Der Weg zur Vertreibung 1938–1945

Pläne und Entscheidungen zum ‚Transfer' der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen

von
Detlef Brandes

Mit einem Vorwort
von
Hans Lemberg

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN 2001

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme:

Brandes, Detlef:
Der Weg zur Vertreibung 1938–1945 : Pläne und Entscheidungen zum ‚Transfer' der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen / Detlef Brandes. Mit einem Vorw. von Hans Lemberg. – München : Oldenbourg, 2001
(Veröffentlichungen des Collegium Carolinum ; Bd. 94)
ISBN 3-486-56520-6

Für Form und Inhalt trägt der Verfasser die Verantwortung.

Satz und Layout: Volker Zimmermann, München; Michaela Marek, Leipzig

Druck und Einband: Schoder Druck GmbH & Co. KG, 86368 Gersthofen

ISBN 3-486-56520-6

INHALT

Hans Lemberg: Vorwort IX

Danksagung XIII

EINLEITUNG 1

I. ERSTE PLÄNE DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN UND POLNISCHEN REGIERUNG UND WIDERSTANDSBEWEGUNG ZWISCHEN MÜNCHENER ABKOMMEN UND DER NIEDERLAGE FRANKREICHS 5

Die Ausgangspositionen von Beneš und Jaksch vor Kriegsausbruch 5

Die Alliierten, die künftigen Grenzen einer Tschechoslowakei und die Zukunft der Sudetendeutschen 16

Vertreibungsforderungen aus der tschechischen Widerstandsbewegung 23

Das sudetendeutsche Exil und der Kriegsausbruch 28

Von Jakschs ‚Richtlinien' zur Holmhurster Deklaration vom März 1940 36

Eintritt in die tschechoslowakische oder die britische Armee? 42

Die Anfänge des polnischen Revisionsprogramms 46

NS-Umsiedlungspolitik als Argument 51

II. VON DER EVAKUIERUNG NACH GROSSBRITANNIEN BIS ZUM ANGRIFF AUF DIE SOWJETUNION 55

Polnische Kriegsziele im Norden und Westen 55

Die Anerkennung der provisorischen tschechoslowakischen Regierung, die sudetendeutschen Sozialdemokraten und ihre Haltung zum Wehrdienst 61

Benešs Konzeption für die Lösung der ,sudetendeutschen Frage' und Jakschs Reaktion 66
Die Abspaltung der ,Zinner-Gruppe' 73
Verhandlungen über die Beteiligung von Sudetendeutschen am Staatsrat 81
Zusammenhänge zwischen den polnischen und tschechoslowakischen Annexions- und Vertreibungsplänen 101

III. VON DER ATLANTIK-CHARTA BIS ZUR ANNULLIERUNG DES MÜNCHENER ABKOMMENS 105
Die Reaktion der polnischen und der tschechoslowakischen Regierung auf die Atlantik-Charta 105
Die De-iure-Anerkennung der tschechoslowakischen Regierung 108
Das Scheitern der sudetendeutschen Beteiligung am Staatsrat 110
Annullierung des Münchener Abkommens und Grundsatzentscheidung zum ,Transfer' 131
Die tschechoslowakische Regierung und die magyarische Minderheit 152
Der sowjetische Kriegseintritt und die polnische Westgrenze 156
Geschichtsbilder als Feindbilder 164

IV. VOM MOLOTOV-BESUCH IN LONDON BIS ZUR KONFERENZ VON TEHERAN 171
Die britische Ablehnung des ,Schuldprinzips' und der Abbruch der Verhandlungen Benešs mit Jaksch 171
Benešs Bemühungen um amerikanische und sowjetische Zustimmung zum Transfer 193
Widerstand oder Unterwerfung? Die Reaktion der sudetendeutschen Exilgruppen auf die Vertreibungspläne 206
Der Streit um die Grenzen Polens bis zur Moskauer Außenministerkonferenz 214
Die polnische Frage auf der Moskauer Außenministerkonferenz 233

Die Entscheidung von Teheran und die polnische Reaktion 240

V. VON DER TEHERANER ZUR POTSDAMER KONFERENZ 243

Das britische ,Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations' 243

Die Diskussion in der britischen Öffentlichkeit und im Parlament 273

Die Entwicklung der britischen Position zu den Aussiedlungsplänen nach der Vorlage des Abschlußberichts 278

Die Weiterentwicklung der amerikanischen Position zu den Annexions- und Vertreibungsplänen 285

Die Majskij- und Litvinov-Kommissionen zu Annexionen und Vertreibung 286

Die Aussiedlungs- und Vertreibungsplanung der tschechoslowakischen Regierung und die Großmächte 290

Die Reaktion der sudetendeutschen Emigration auf den ,Transfer' 314

Aussiedlung und Austausch von Magyaren aus der Slowakei 329

Die polnischen Annexions- und Vertreibungspläne im Zeichen der Kompensation 333

Zwischen Oder- und Oder-Neiße-Linie 363

VI. DER BEGINN DER VERTREIBUNG UND DIE POTSDAMER KONFERENZ 377

Die ,wilde' Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 377

Tschechoslowakische Annexionswünsche 385

Die Pläne zum Austausch und zur Aussiedlung der Magyaren 388

Die ,wilde' Vertreibung der Deutschen aus den alt- und neupolnischen Gebieten 393

Entscheidung in Potsdam 401

ZUSAMMENFASSUNG 419

Quellen- und Literaturverzeichnis ... 429
Sachregister ... 447
Personenregister ... 457
Topographisches Register mit Konkordanz ... 489
Verzeichnis der Abkürzungen ... 501
Herkunftsnachweis der Karten ... 503

VORWORT

Seit den sechziger Jahren scheinbar wissenschaftlich uninteressant geworden und ins Abseits der Verbandskultur abgedrängt, hat der „Komplex der Vertreibung“[1] in der Bundesrepublik Deutschland erst seit den achtziger Jahren langsam – und seit der Wende und der Wiedervereinigung schneller – wieder an Attraktivität gewonnen. Nicht nur Dichter und Schriftsteller interessieren sich jetzt wieder für Flucht und Vertreibung und für die mehr oder weniger geglückte Eingliederung der Entwurzelten am neuen Orte, der ‚neuen Heimat‘, sondern dieser ‚Komplex‘ ist zunehmend zum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen geworden.[2] Diese richten sich auf verschiedene Felder:

- den eigentlichen Vorgang von Flucht und Vertreibung;
- die Integration bzw. die Wiederbesiedlung von Dörfern und Städten, die durch den freiwilligen oder – meist – unfreiwilligen Exodus der vorher dort Wohnenden entvölkert worden waren, und die dabei entstehenden höchst komplizierten sozialen, politischen und ‚ethnischen‘ Prozesse;
- die Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen, vor allem das zwischenstaatliche Verhältnis von ‚Vertreiberstaaten‘ und Aufnahmestaaten;
- aber auch rückgreifend: die Voraussetzungen des Minderheitenproblems in der Vorkriegszeit (Loyalität, Illoyalität, kulturelle und wirtschaftlich-gesellschaftliche Unterschiede zwischen ‚Staatsnationen‘ und Minderheiten, deren politische Partizipation usw. Dieser Kom-

1 So der Titel eines der richtungweisenden polnischen Projekte, die dazu beigetragen haben, das Tabu des Vertreibungsthemas zu durchbrechen. Siehe dazu: Kompleks wypędzenia [Der Komplex der Vertreibung]. Red. von Włodzimierz *Borodziej* und Artur *Hajnicz*. Kraków 1998.

2 Einen Durchbruch bedeutete hier auf dem wissenschaftlichen Gebiet eine Tagung in Göttingen im Jahre 1986: Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit. Hrsg. von Rainer *Schulze*, Doris *von der Brelie-Lewien* und Helga *Grebing*. Hildesheim 1987 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 38; Quellen und Untersuchungen zur Geschichte Niedersachsens nach 1945, 4).

plex kann die wachsenden zwischenethnischen Animositäten und Unverträglichkeiten und deren (oft nur kurze) Wurzeln erläutern.

– Schließlich als Schlüssel zu den Ursachen der Vertreibungen: die Verfertigung der Pläne hierfür. Dabei geht es um das ‚decision making', das kurzfristig, ja ganz spontan sein kann; andererseits sind als Gegenpol dazu langfristige, ganz allgemeine Überlegungen zu beobachten, wie sie etwa schon der Schweizer Anthropologe Georges Montandon während des Ersten Weltkrieges angestellt hat: Die Zukunft gehöre den Nationalstaaten; diese müßten, um den künftigen Frieden zu sichern, ethnisch rein sein; Nichtangehörige der jeweiligen Staatsnation müßten ausgesiedelt werden.

Ein Sonderfall solcher Gedankenspiele waren konkrete Planungen zu unmittelbarem ‚ethnic engineering'. Auch sie hatten, da die Zukunft nie vorauszusehen ist, oft mittlere Reichweite, zielten aber auf – frühere oder spätere – Verwirklichung ab. Sie gingen von konkreten, erst jüngst veränderten Situationen aus. Als europäischer Prototyp gilt die Konferenz von Lausanne, bei der 1923 im griechisch-türkischen Verhältnis erstmalig ein international vereinbarter obligatorischer Bevölkerungsaustausch beschlossen wurde. Einen Nachahmungseffekt hatte das – allerdings ganz massiv – anderthalb Jahrzehnte später in Mitteleuropa, als die neue Rücksichtslosigkeit der Hitlerschen Politik mit der inzwischen auch international größere Akzeptanz findenden Vorstellung zusammentraf, der Friede sei von der Homogenisierung von Nationalstaaten zu erhoffen, anders seien Irredentaprobleme mit Minderheiten nicht vermeidbar. Wenn also Anschlußmodelle à la Österreich oder Sudetenland (mit bemerkenswerter Toleranz des internationalen Systems gegenüber Grenzveränderungen!) nicht mehr angezeigt erschienen, wie im Falle Südtirols, wo der Anschluß ans mittlerweile ‚Großdeutsche' Reich aus Rücksicht auf das mit ihm in der ‚Achse' verbundene Italien sich verbot, wurde das nächste Modell erprobt, der von Lausanne her vertraute Bevölkerungsaustausch oder -transfer, eingebunden in zwischenstaatliche Verträge.

Daß zu Ende der dreißiger Jahre, konkret 1939, der Gedanke der Homogenisierung von Nationalstaaten durch Verschiebung von Minderheiten als Mittel zur Konfliktbeseitigung die Qualität einer international verbreiteten Doktrin angenommen hatte, zeigt die Koinzidenz zweier Episoden: Das Drängen der britischen Diplomatie in den letzten Augustwochen 1939 auf einen Bevölkerungsaustausch von Deutschen und Polen aus den akuten Konfliktherden Korridor/Danzig und Oberschlesien, um den drohenden Kriegsausbruch zu vermeiden, und wenig mehr als einen Monat später die Rede Hitlers vom 6. Oktober mit der

Ankündigung von Umsiedlungen verstreuter deutscher ‚Volkssplitter' aus Osteuropa ‚heim ins Reich'.

Unmittelbar danach begann in der deutschen Umsiedlungspolitik eine Gabelung: Einerseits liefen alsbald die Umsiedlungen von Deutschen ‚heim ins Reich' (abermals aufgrund zwischenstaatlicher Verträge!) an, und sie wurden bis Kriegsende fortgesetzt; andererseits gewann das am Folgetage der Hitlerrede durch die Ernennung Himmlers zum Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums in die Hände der SS geratende Umsiedlungswesen rasch einen gigantischen, pseudowissenschaftlich untermauerten Charakter imperialer Germanisierung, ‚Umvolkung' und rassistischer Vernichtungsplanung. Auf Verträge, ja auf das internationale System von Staaten und ihren Grenzen, auch auf Nationalstaaten und deren Homogenisierung wurde in diesem Zweig der NS-Politik keinerlei Rücksicht mehr genommen.

Im Alliierten Lager verliefen die Überlegungen traditioneller im Sinn der dreißiger Jahre, also folgend der vermeintlichen Erkenntnis, daß Minderheiten den Frieden störten, ja durch ihre schiere Existenz Konflikte verursachten, und daß also konsequente Korrekturen am Staatensystem von 1919 im Sinne einer Staaten-Homogenisierung angebracht seien. Dieser Gedanke hatte im Herbst 1938 auch die Westmächte an den Münchner Konferenztisch geführt und schon zuvor den Anschluß Österreichs ans Reich tolerieren lassen. Jetzt, im Krieg, erarbeiteten Braintrusts im Auftrag des britischen Foreign Office in zunehmender Interaktion mit den Exilregierungen osteuropäischer Staaten Pläne zur Neugestaltung Ostmittel- und Südosteuropas; diese Planungen erhielten nach dem Kriegseintritt der UdSSR und der USA auf alliierter Seite zusätzliche Intensität. Auch hier bildete der Gedanke, daß die nach Überwindung Hitlerdeutschlands wiederherzustellenden Staaten keine nationalen Minderheiten mehr haben sollten, und schon gar keine deutschen, und daß diese Flurbereinigung durch massiven Bevölkerungstransfer erreicht werden sollte, einen Grundkonsens.

Dies ist der Ort und das Thema des vorliegenden Buches von Detlef Brandes. Der Autor hat sich schon früh, in den sechziger Jahren, durch sein zweibändiges Werk über die Tschechen unter deutschem Protektorat einen Namen gemacht. Seine Habilitationsschrift und zahlreiche damit verbundene weitere Publikationen haben dann aufgrund intensiver Quellenstudien vor allem im Archiv des britischen Foreign Office das Geflecht der Entscheidungsfindung und der interalliierten Beziehungen bis zur Konferenz von Teheran und darüber hinaus beleuchtet und analysiert. Nach all diesen Arbeiten und nach neueren Studien, die erst nach dem Zusammenbruch der durch das kommunistische System verhängten Tabus und Archivbeschränkungen möglich geworden waren,

war es jetzt nur konsequent, daß Detlef Brandes in einer detaillierten Gesamtdarstellung das Entstehen und die zunehmende Konkretisierung der Pläne verfolgt hat, die im Zusammenspiel von großen und kleinen Alliierten der Anti-Hitler-Koalition den ‚Transfer' mehrerer Millionen von Deutschen insbesondere aus Polen (einschließlich der von Polen annektierten ehemaligen deutschen Ostgebiete) und der Tschechoslowakei vorbereiteten und damit die ethnische Homogenisierung – bis hin zu der kulturellen Verarmung Ostmitteleuropas, die schon in der Okkupationszeit durch Hitlerdeutschland grundgelegt worden war – weit vorantrieben.

Dem Buch sei die verdiente Aufmerksamkeit der Leserschaft gewünscht.

Marburg, im Januar 2001 *Hans Lemberg*

DANKSAGUNG

Den überwiegenden Teil der Informationen für diese Untersuchung habe ich in den Beständen britischer, tschechoslowakischer, polnischer, amerikanischer und jugoslawischer Archive gefunden. In allen diesen Archiven haben mich viele Mitarbeiter bei der Suche nach einschlägigen Quellen kompetent und immer freundlich unterstützt. In unserer gut ausgestatteten und benutzerfreundlichen Düsseldorfer Landes- und Universitätsbibliothek konnte ich einen Teil der Sekundärliteratur finden, den anderen besorgten mir die Mitarbeiter der Abteilung für Fernleihen. Allen beteiligten Archivaren und Bibliothekaren, die meine Arbeit erst möglich gemacht haben, möchte ich zuerst herzlich danken.

Mit der Fertigstellung eines Manuskripts – die sich in diesem Fall wegen anderer Verpflichtungen hingezogen hat – ist die Arbeit noch nicht getan. Dann ist es wunderbar, wenn man Kollegen und Freunde hat, die kritisch lesen und den Weg vom Manuskript bis zur Veröffentlichung begleiten. Meine jungen Düsseldorfer Kollegen Privatdozent Dr. Dietmar Neutatz, Dr. Maria Rhode und Dr. Volker Zimmermann haben Korrektur gelesen und mich auf Fehler und unklare Formulierungen aufmerksam gemacht, stud. phil. Thorsten Pomian hat die Karten für den Druck vorbereitet und mit Spürsinn die Lebensdaten für das Personenregister ergänzt und Martin Welling, M.A., hat die Register selbständig und gründlich erstellt. Ihnen allen spreche ich meinen herzlichen Dank aus. Prof. Dr. Michaela Marek danke ich für den Freundschaftsdienst, daß sie das Werk nicht nur im Collegium Carolinum, sondern auch und vor allem von Leipzig aus betreut hat, und das neben all den Herausforderungen, die ein Hochschullehrer in seinem ersten Semester bewältigen muß.

Ich freue mich, daß das Münchener Collegium Carolinum unter der Leitung von Prof. Dr. Ferdinand Seibt auch dieses Buch wieder in seine Veröffentlichungsreihe aufgenommen hat; inzwischen kann ich mir als Ehre anrechnen, so etwas wie ein Hausautor des ‚CC' zu sein. Prof. Dr. Hans Lemberg, mit dem ich nun schon seit langem, in den letzten zehn Jahren auch in der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission, zusammenarbeiten darf, danke ich für die Bereitschaft, meine Darstellung mit einem Vorwort einzuleiten.

Und schließlich möchte ich meiner Frau Libuše danken, die ich vor 24 Jahren aus Prag nach Deutschland gelockt habe: Sie hat immer großzügig ertragen, daß meine Freizeit knapp bemessen war, und mir ermöglicht, mich auf die Arbeit zu konzentrieren. Nach der Fertigstellung dieses und eines weiteren Buches habe ich ihr versprochen, fürs erste kein neues Buchprojekt mehr zu beginnen.

Düsseldorf, im Januar 2001 *Detlef Brandes*

EINLEITUNG

Mir geht es um eine Antwort auf die Frage, warum und wie es zur Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa gekommen ist, warum unzweifelhaft demokratische Politiker wie Beneš und Sikorski oder Mikołajczyk, warum die tschechoslowakische und polnische Regierung und die tschechischen und polnischen Widerstandsgruppen jeglicher politischer Richtung, warum nicht nur Stalin, sondern eben auch Churchill und Roosevelt, die Führer zweier westlicher Demokratien, und die britischen, amerikanischen und sowjetischen Beamten und wissenschaftlichen Berater, warum sie alle die Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, Polen und Ostdeutschland für unumgänglich hielten.

Diese Frage wurde m. E. in der bisherigen Literatur nicht beantwortet, und auch meine Ergebnisse werden nicht unbestritten bleiben. Erstens ist die Literatur zur Vertreibung selbst umfangreicher als jene zu ihrer Vorgeschichte. Zweitens beziehen sich alle Arbeiten mit Ausnahme der quellenmäßig ungenügend fundierten und deshalb völlig überholten Darstellung von Alfred Zayas, einer guten Zusammenfassung des Forschungsstandes von Klaus-Dietmar Henke, eines Essays von Hans Lemberg und der Arbeit von Marek Kamiński – diese allerdings nur für die Zeit zwischen Kriegsende und der Konferenz von Potsdam – jeweils auf eine nationale Geschichte und stützen sich drittens in den meisten Fällen nur auf die Archivquellen eines Landes. In den von Richard Georg Plaschka und Robert Streibel herausgegebenen Sammelbänden zur Vertreibung und Zwangsaussiedlung aus mehreren Ländern stehen Aufsätze zu den einzelnen ethnischen Gruppen in der Regel nebeneinander. Im Gegensatz zu diesen Werken vergleiche ich die Entwicklungen im Falle Polens und der Tschechoslowakei und versuche, die Planungen und Entscheidungen der beteiligten Exilregierungen, Widerstandsbewegungen und der drei alliierten Großmächte zu analysieren. Soweit ich sehe, habe ich in meiner Habilitationsschrift, die 1988 unter dem Titel „Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten" erschienen ist, erstmals die Politik von drei Regierungen im Londoner Exil, nämlich der polnischen, der tschechoslowakischen und der jugoslawischen miteinander konfrontiert, allerdings nur für die Jahre 1939 bis 1943. Dazu gehörten auch ihre Pläne zur Vertreibung bzw.

Aussiedlung nationaler Minderheiten und die Reaktion der Großmächte auf diese Pläne. Da die durch innere Gegensätze geschwächte jugoslawische Exilregierung nur eine geringe Rolle bei den Nachkriegsplanungen gespielt hat, beschränke ich mich in der vorliegenden Studie auf die Tschechoslowakei und Polen.

Gewiß sind die Unterschiede zwischen beiden Ländern groß. Die Überzeugung der Exilregierung und der Alliierten von der Notwendigkeit einer ‚Kompensation' der zu erwartenden polnischen Gebietsverluste im Osten durch territoriale Gewinne im Norden und Westen sowie die Existenz einer sudetendeutschen, aber das Fehlen einer polendeutschen Vertretung im Exil sind nur die auffälligsten Unterschiede. Dennoch werde ich zeigen, in welch hohem Maß die Pläne und Entscheidungen zur Aussiedlung aus der Tschechoslowakei und den alt- und neupolnischen Gebieten miteinander verflochten waren. Ausführlicher als in meinem Buch von 1988 werde ich auf die tschechoslowakischen Pläne eingehen, auch die Magyaren aus der Tschechoslowakei auszusiedeln, und die Aussiedlung aus Ungarn kurz erwähnen, da die ‚drei großen Alliierten' auf der Potsdamer Konferenz ihre Zustimmung zum ‚Transfer' der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und auch Ungarn erteilt haben.

Aus der eingangs erwähnten Fragestellung ergibt sich, daß die einschlägigen Dokumente, veröffentlicht oder nicht, sowohl polnischer, tschechoslowakischer und sudetendeutscher als auch britischer, amerikanischer und sowjetischer Provenienz ausgewertet werden mußten. Noch für meine Habilitationsschrift hatte ich in Archiven in Großbritannien, den USA, der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Deutschland gearbeitet und Material auch für die Zeit zwischen den Konferenzen von Teheran und Potsdam gesammelt. Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in der Tschechoslowakei habe ich nochmals einige Bestände in Prag durchgesehen. Seit der Mitte der 1980er Jahre sind auch weitere Sammlungen von Dokumenten veröffentlicht worden, die wesentliche Lücken schließen, besonders „Češi a sudetoněmecká otázka" (Die Tschechen und die sudetendeutsche Frage) und die „Dokumente zur Deutschlandpolitik".[1]

Zu den Quellen gehören auch die Memoiren und zeitgenössischen Reden der Politiker, die sich an der Planung oder am Widerstand gegen die Vertreibungspläne beteiligten, wie Rudolf Bechyně, Edvard Beneš, Ladislav Feierabend, Zdeněk Fierlinger, Julius Firt, Bohuslav Laštovička und Edvard Táborský auf tschechoslowakischer, Wenzel Jaksch und Karl Kern auf sudetendeutscher sowie Jan Ciechanowski, Stani-

[1] Siehe Quellen- und Literaturverzeichnis im Anhang.

sław Kot, Stanisław Mikołajczyk, Leon Mitkiewicz, Edward Raczyński, Jan Rzepecki, Włodzimierz Sokorski und Józef Winiewicz auf polnischer Seite. Aber auch in den Erinnerungen britischer bzw. amerikanischer Politiker und Beamter wie Alexander Cadogan, Winston Churchill, Hugh Dalton, Anthony Eden, Oliver Harvey, Gladwyn Jebb und Robert Bruce Lockhart bzw. amerikanischer wie Adolf Berle, Orville Bullitt, Averell Harriman, Cordell Hull und Harry Truman wird das Thema angesprochen.

Im Rahmen ihrer Studien zum tschechoslowakischen Exil und zur tschechischen Widerstandsbewegung haben schon in den sechziger Jahren Bohumil Černý, Jan Křen und Václav Kural auf der Basis tschechischer Akten auch über die Verschärfung der antideutschen Stimmung im Protektorat Böhmen und Mähren und die Vertreibungspläne berichtet. Die Thesen von Kurals neuester Arbeit zu diesem Thema teile ich in einigen Punkten nicht. Anders als Kural – und auch Hans Lemberg – sehe ich in Benešs Plänen eher eine Kontinuität von 1938 bis 1945 und bei Jaksch in derselben Zeit einen zweifachen Wandel. Die tschechischen Vertreibungspläne führe ich auf die Erfahrung von ‚München' und nicht der nationalsozialistischen Besatzungspolitik zurück. Diese half allerdings den Exilpolitikern, die Vertreibung bei den Alliierten durchzusetzen.

Ausgehend von einer Dokumenten-Publikation aus dem Nachlaß Jakschs kam es in den siebziger Jahren in Deutschland zwischen Friedrich Prinz, Heinrich Bodensieck und Johann Wolfgang Brügel zu einer Auseinandersetzung über die Rolle, Strategie und Taktik Benešs in der Vertreibungsplanung. Seine kompromißlose Gegnerschaft zu Jaksch hat Brügel verführt, die Quellen so einseitig auszuwählen und zu interpretieren, daß jede Aussage in den Quellen nachgeprüft werden muß. Martin Bachstein hat damals eine abgewogene Darstellung auch des Verhältnisses von Beneš und Jaksch vorgelegt, die ebenfalls aus dem Jaksch-Nachlaß schöpfte. Der Wert der Bücher Leopold Grünwalds besteht in seiner umfassenden Kenntnis der personellen Zusammensetzung des sudetendeutschen Exils. Die Darstellungen von Emilia (Holienčiková) Hrabovec und Tomáš Staněk informieren am besten über die Zeit zwischen dem Ende des Krieges und der Konferenz von Potsdam, die Arbeiten von Edita Ivaničková und Dagmar Čierna-Lantayová über das slowakisch-ungarische Verhältnis in und kurz nach dem Kriege. Die Werke von Kaplan und Kastory behandeln besonders die territorialen Auseinandersetzungen zwischen der Tschechoslowakei und Polen um Teschen und Teile Deutsch-Oberschlesiens.

Die polnische Historiographie gewann durch das starke Exil im Westen einerseits und durch die im wesentlichen ungebrochene Aufwärts-

entwicklung seit 1953 einen Vorsprung auch bei der Darstellung der Geschichte Polens im Zweiten Weltkrieg. Während in den siebziger und achtziger Jahren nur wenige tschechische parteifromme Historiker über die Kriegsperiode arbeiteten und schematisch die stets führende Rolle der Kommunistischen Partei im Widerstand und die Befreiung durch die Sowjetunion herausstrichen, erschienen in Polen materialreiche Werke sowohl zum diplomatischen Ringen um die ‚Westverschiebung' Polens und die damit verbundene Vertreibung, besonders von Henryk Batowski und Włodzimierz Kowalski, als auch zu den unterschiedlichen Vorstellungen der einzelnen Gruppierungen im Exil und Untergrund wie jene von Stanisław Dąbrowski, Eugeniusz Duraczyński, Marian Orzechowski, Jacek Ślusarczyk, Jerzy J. Terej, Maria Turlejska und Halina Winnicka. Das Jahr 1989 befreite die polnischen Historiker auch von den lockeren Fesseln wie z. B. die Arbeiten von Bernadetta Nitschke, Bronisław Pasierb, Hieronym Szczególa und das Gemeinschaftswerk von Włodzimierz Borodziej und Artur Hajnicz zeigen. Dagegen hält Terrys These von Sikorski als Erfinder und Verfechter der Oder-Neiße-Grenze, noch dazu ohne Verzicht auf Gebiete im Osten, der Überprüfung mit Hilfe der polnischen und britischen Quellen nicht stand.

In den Werken von Lothar Kettenacker und Albrecht Tyrell zur britischen, in jenen von Zbigniew Mazur und Ilse Pautsch zur amerikanischen und schließlich in der Studie von G. P. Kynin zur sowjetischen Deutschlandpolitik finden sich auch Kapitel bzw. Aussagen zu den Vorstellungen über die Nachkriegsgrenzen Deutschlands und die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, Polen und Ostdeutschland.

Umstritten ist immer noch die Bezeichnung des Vorgangs. Die Briten und Amerikaner sprachen meist von ‚transfer', selten von ‚expulsion', die Tschechen von ‚vyhoštění' (Ausweisung), ‚odsun' (Abschiebung), aber auch von ‚vyhnání' (Vertreibung), allerdings nur der Nationalsozialisten unter den Sudetendeutschen, die Polen meist von ‚wysiedlenie' (Aussiedlung) und die betroffenen Deutschen nennen das Geschehen ‚Vertreibung'. Die Deutsch-Tschechische Historikerkommission, der ich angehöre, hat sich geeinigt, die ‚wilde' Phase vor dem Potsdamer Abkommen als ‚Vertreibung' und die etwas geordnetere Phase als ‚Aussiedlung' zu bezeichnen. An diese Sprachregelung werde ich mich meist halten, wenn ich nicht den zeitgenössischen Sprachgebrauch wiedergebe.

I.

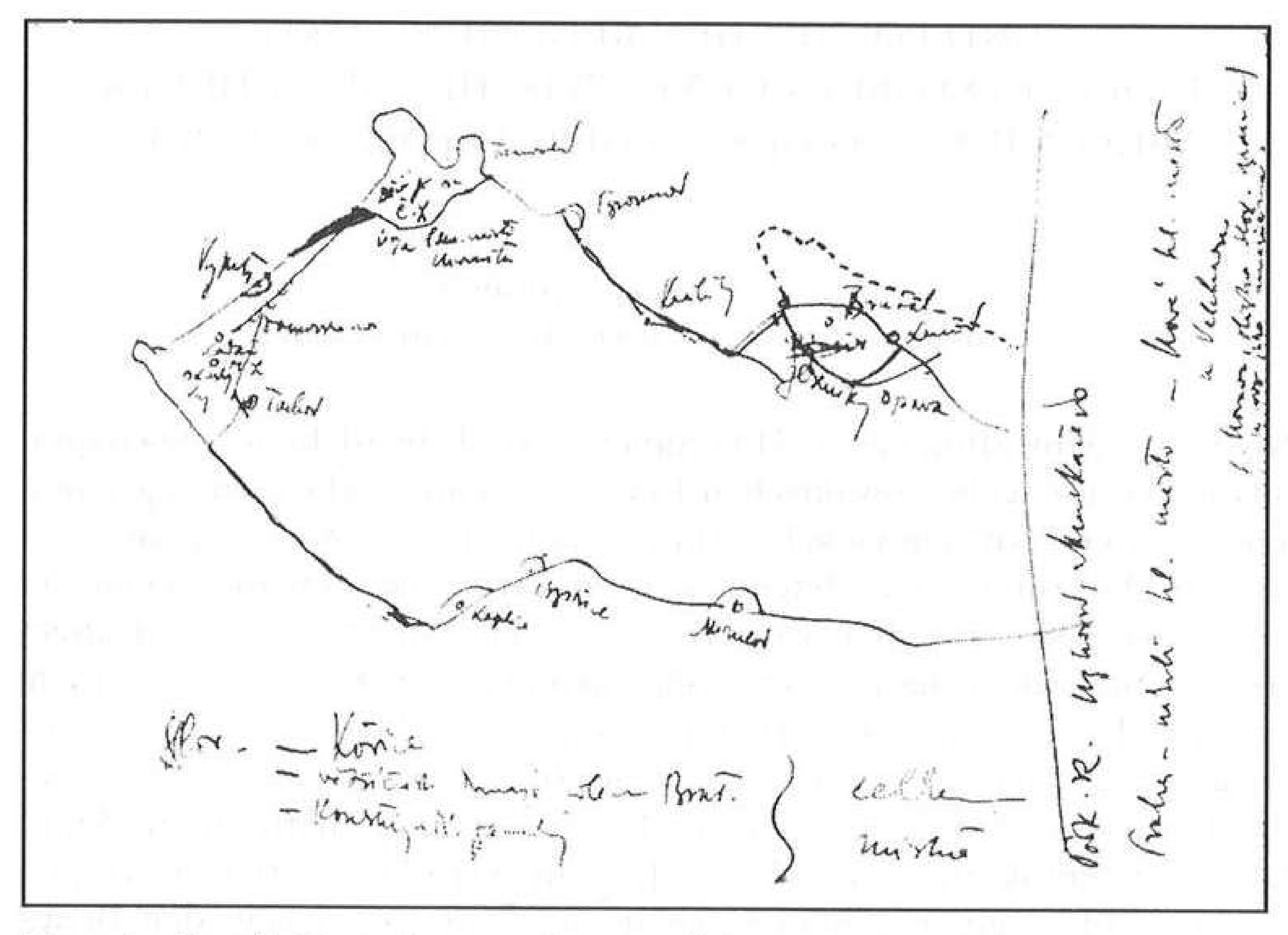
ERSTE PLÄNE DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN UND POLNISCHEN REGIERUNG UND WIDERSTANDSBEWEGUNG ZWISCHEN MÜNCHENER ABKOMMEN UND DER NIEDERLAGE FRANKREICHS

Die Ausgangspositionen von Beneš und Jaksch vor Kriegsausbruch

Noch vor dem Münchener Abkommen hatte Edvard Beneš, Staatspräsident der Tschechoslowakischen Republik, seinen geheimen sogenannten „Fünften Plan" entwickelt.[1] Am 17. September 1938, zwei Tage nachdem die Führung der Sudetendeutschen Partei die Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung über ein Autonomie-Statut abgebrochen und erklärt hatte: „Wir wollen heim ins Reich!", zwei Tage auch, nachdem Hitler dem britischen Premierminister Chamberlain seine Forderung nach dem Anschluß der deutschen Grenzgebiete der Tschechoslowakei an das „Großdeutsche Reich" vorgelegt hatte, hatte Beneš den sozialdemokratischen Minister Jaromír Nečas nach Paris geschickt, um Léon Blum einen „äußerst geheimen" Plan vorzulegen, den Beneš am selben Tag auch mit dem französischen Gesandten in Prag besprach. Die Karte, auf der Beneš die Gebiete eingezeichnet hatte, auf die die Tschechoslowakei verzichten könne, da sie vor ihren Grenzbefestigungen lägen, wurde bisher nicht gefunden. Aus de Lacroix' Beschreibung des Grenzverlaufs geht jedoch hervor, daß es sich um drei Gebiete in Westböhmen, Nordböhmen und Tschechisch-Schlesien mit 8–900000 Deutschen handeln sollte. Zur Abtretung von Gebieten sei er aber nur bereit, wenn Deutschland zusätzlich rund eine Million Su-

[1] Bei den ersten vier Plänen handelte es sich um offizielle tschechoslowakische Angebote zur Regelung des tschechisch-(sudeten)deutschen Problems, nämlich eines „Nationalitätenstatuts" (1. Plan, April 1938), durch Einrichtung „nationaler Kurien" auf Länderebene (2. Plan, Juli 1938), Schaffung dreier deutscher „Gaue" (3. Plan, August 1938) und schließlich eines deutschen Bundeslandes (4. Plan, Anfang September 1938). Vgl. *Brandes:* Die Politik des Dritten Reiches 514-518.

detendeutscher aufnehme. Den Verbleib von rund 1 bis 1,2 Millionen Deutscher könne die Tschechoslowakei verkraften. Die Hälfte von ihnen wären Demokraten, Sozialisten und Juden, die er nicht „dem gleichen Massaker überantworten könne, wie es in Österreich und anderwärts stattgefunden hat", hieß es in Benešs Weisung für Nečas vom September 1938.[2]



Karte 1: Benešs Vorstellungen über mögliche Grenzkorrekturen nach den Aufzeichnungen des Rechtsanwalts Jaroslav Drábek vom 31. Januar 1939

Ende Januar 1939, d. h. zur Zeit der kurzlebigen Nachmünchener Republik, hatte Beneš seine Vorstellungen über die künftigen Grenzen der Tschechoslowakei in einem Gespräch mit Jaroslav Drábek dargelegt, dem Abgesandten einer Gruppe seiner ehemaligen Mitarbeiter in Prag. Auch Drábeks Zeichnung, die 1967 von Jan Křen veröffentlicht wurde (siehe Karte 1), enthält die genannten drei Gebiete, wobei die

[2] De Lacroix an Bonnet, Instruktion Benešs an Nečas, beide vom 17.9.1938. Documents diplomatiques français 273-275 und 288f. — Benešs Instruktion für Nečas. o. D., in: Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen, Dok. 196. — Brügel dagegen behauptet, daß Jaksch „als erster die Möglichkeit einer Bevölkerungsumsiedlung [...] in die Debatte warf". *Brügel:* Tschechen und Deutsche Bd. 2, 14.

Grenze in Westböhmen östlich von Karlsbad gezogen werden sollte. Darüber hinaus dachte Beneš damals noch an den Verzicht auf kleinere Landstriche in Südböhmen und Südmähren, nämlich bei Kaplitz, Neubistritz und Nikolsburg. Insgesamt könnten Gebiete mit rund 1,4 Millionen Deutschen an Deutschland und Österreich abgetreten werden. Die gestrichelte Linie dürfte die Alternative einer Ausdehnung des

Legende zu Karte 1

1. Ortsnamen der Grenze folgend von Nordosten nach Westen und Südosten:
   Opava [Troppau]
   Krnov [Jägerndorf]
   Bruntál [Freudenthal]
   Rýmařov [Römerstadt]
   Jeseník [Freiwaldau]
   Králíky [Grulich]
   Broumov [Braunau]
   Tanvald [Tannwald]
   J[ablonec n. N.] [Gablonz]
   Č[eská] L[ípa] [Böhmisch Leipa]
   Děčín [Tetschen]
   Ú[stí n. L.], něm. město Universita [Aussig an der Elbe, deutsche Stadt, Universität]
   Vejprty [Weipert]
   Doupovské hory [Duppauer Gebirge]
   Kadaň [Kaaden]
   Mariánské Lázně [Marienbad]
   Karlovy Vary [Karlsbad]
   Tachov [Tachau]
   Kaplice [Kaplitz]
   Bystřice [Neubistritz]
   Mikulov [Nikolsburg]

2. Bemerkungen unter der Skizze:
   Slov[ensko] [Slowakei]
   – Košice [Kaschau]
   – větší část Dunaje kolem Brat[islavy] [größerer Teil der Donau um Preßburg]
   – korektury u N[ové] Zámky [Korrekturen bei Neuhäusl]
   – celkem místně [im großen und ganzen lokal begrenzt]

3. Bemerkungen rechts neben der Skizze:
   Podk[arpatská] R[us]. Užhorod, Mukačevo [Karpatenrußland, Ungvár, Mukács]
   Praha – nikoli hl[avní] město – Nové hl. město u Velehradu [Prag, nicht Hauptstadt, neue Hauptstadt bei Velehrad
   (Morava, blízko slov[enské] hranice, u vody, jako Američané) [Mähren, nahe der slowakischen Grenze, am Wasser, wie die Amerikaner]

Staatsgebiets auf Kosten Preußisch-Schlesiens, d. h. die Möglichkeit eines Gebietsaustausches, andeuten.[3] Mit diesen Überlegungen knüpfte Beneš an Julius Grégrs Überlegungen aus den 1880er Jahren[4] und Rudolf Bechynês vom Oktober 1918[5] sowie an den Vorschlag der tschechoslowakischen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919 an (Karte 2).[6]

Nach dem Münchener Abkommen waren viele Tschechen und Juden sowie deutsche Sozialdemokraten und Kommunisten aus den abgetretenen Grenz- bzw. Sudetengebieten ins Innere der amputierten Tschechoslowakischen Republik geflohen. Angesichts der wirtschaftlichen und militärischen Schwäche dieser Nachmünchener Republik und ihrer außen- und innenpolitischen Anpassung an das nationalsozialistische Deutschland versuchten die jüdischen und sudetendeutschen ebenso wie die reichsdeutschen und österreichischen Flüchtlinge das Land schnell zu verlassen. Ihre Weiterreise wurde mit privaten Spenden und zum Teil auch aus der Staatsanleihe finanziert, die Großbritannien der Tschechoslowakei gewährt hatte. Britische und skandinavische Sozialdemokraten und Gewerkschafter halfen ihren Genossen und Kollegen mit Geld und besorgten die ersten Einreisevisa. Bei Kriegsbeginn befanden sich rund 6000 Flüchtlinge mit tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft in Großbritannien.[7]

Die größte Gruppe unter den sudetendeutschen Flüchtlingen bildeten die deutschen Sozialdemokraten, die am 22. Februar 1939 zum

[3] *Křen:* Odsun, Nr. 4, S. 5. — Nachdruck ohne die Karte in: Češi, Němci, odsun 6-32. — *Kokoška:* Poznámky Jaroslava Drábka 365-375.

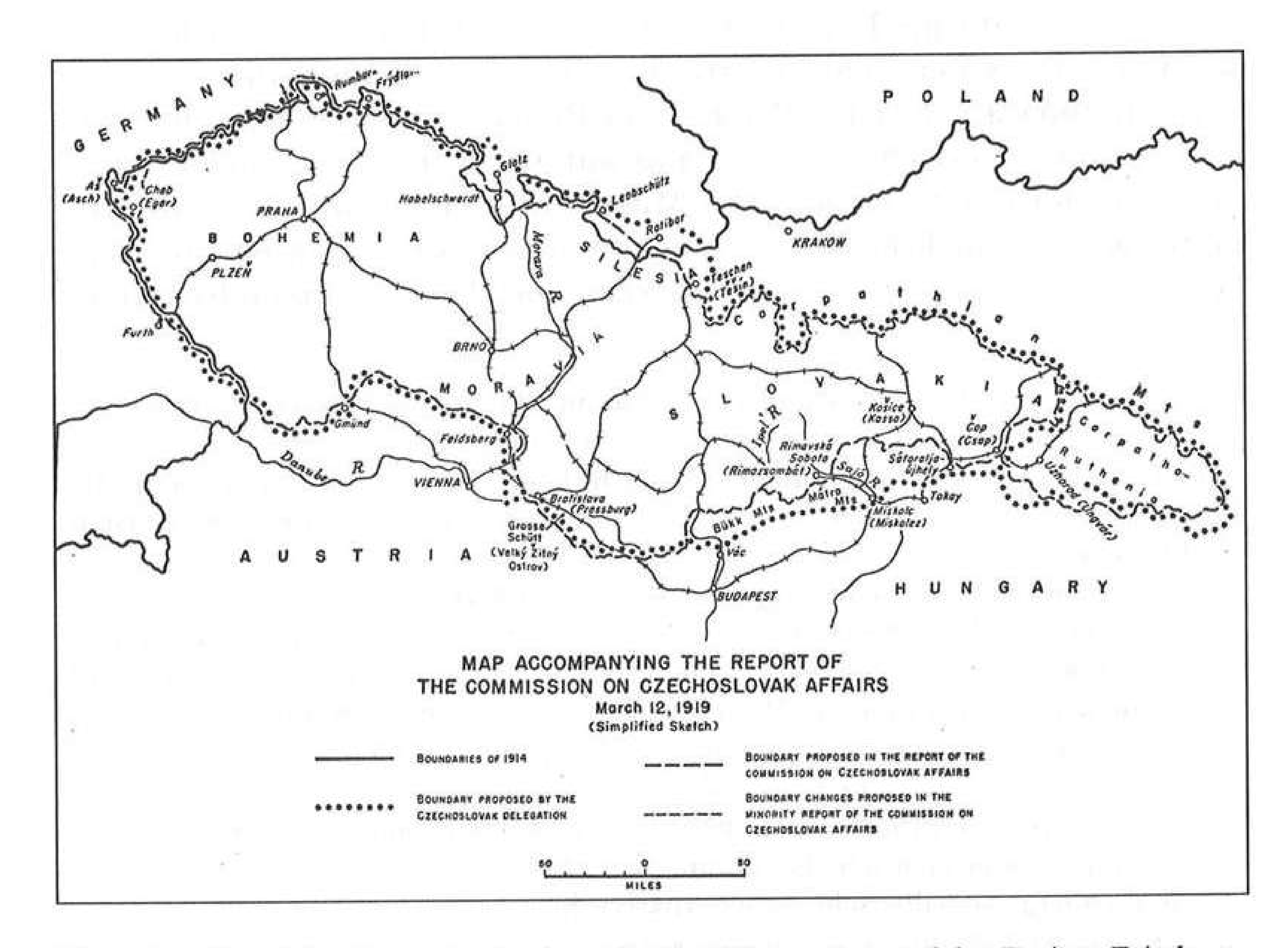
[4] In einem offenen Brief an Vladimir Ivanovič Lamanskij vom 22.9.1888 (abgedruckt und übersetzt in: Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen 165-169) hatte Julius Grégr geschrieben: „Sollte es zur Regulierung der neuen Grenzen unseres Vaterlandes [...] kommen, dann könnten wir [...] [Deutschland] von dem alten historischen Königreich Böhmen auch bereitwillig jene deutschen Bezirke überlassen, die hinter den Bergen liegen und die durch ihre Lage zu den Ebenen des Deutschen Reiches gehören. Wir könnten einen größeren Teil des Egerlandes abgeben, sowie einen größeren Teil der Bezirke Hainspach, Schlukkenau, Katharinaberg, Duppau, Kratzau, Reichenberg, Preßnitz, Sebastiansberg, Rumburg, Görkau, Warnsdorf und Friedland mit einer deutschen Bevölkerung von etwa 718.868 Personen." — Siehe auch *Křen:* Konfliktgemeinschaft 321.

[5] Bechynês Artikel in: Právo lidu vom 18.10.1918. Vgl. Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen, Dok. 115.

[6] *Perman:* The Shaping of the Czechoslovak State, Anlage.

[7] Grundlegend *Heumos:* Die Emigration aus der Tschechoslowakei. — Siehe auch *Röder:* Die deutschen sozialistischen Exilgruppen 17f. — Menschen im Exil 29ff. — *Bachstein:* Wenzel Jaksch 182f. — *Sherman:* Island refuge 137ff., 256. — *Warriner:* Winter in Prague 209ff.

Schutz der zurückbleibenden Genossen die ‚Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei' (DSAP) offiziell aufgelöst und eine Auslandsorganisation unter dem Namen Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten geschaffen hatten. Neben ihr gab es eine kommunistische und eine „demokratische" Gruppe, die überwiegend aus deutschen Juden bestand. Die Angaben über die Größe der



Karte 2: Vorschlag der tschechoslowakischen Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919 für die Grenzziehung der Tschechoslowakei

einzelnen Gruppen schwanken besonders im Falle der Treuegemeinschaft beträchtlich, was vor allem daran liegt, daß in der Zeit von April bis Juli 1939 allein 304 Familien mit rund 1000 Mitgliedern nach Kanada übersiedelten. Von den insgesamt 3000 geflüchteten sudetendeutschen Sozialdemokraten befanden sich Mitte Februar 1940 noch 1161 in Großbritannien.[8] Die Gruppe Beuer (sudetendeutsche Kommuni-

[8] In Schweden stellten die ehemaligen DSAP-Mitglieder knapp die Hälfte der 480 tschechoslowakischen Staatsbürger. Kučera an Beneš am 11.12.1939. BA IV/32/21, 24. — Etwa 400 DSAP-Mitglieder fielen den Nazis bei der Eroberung

sten) und die Gruppe Peres (Deutsch-Demokratische Freiheitspartei) zählten damals 680 bzw. 160 Mitglieder.[9] Die Treuegemeinschaft hatte in den exilierten Parteivorstandsmitgliedern eine durch Wahlen legitimierte Führung. Von diesen lebten im Frühjahr 1939 zehn in England, nämlich Jaksch, Reitzner, Kessler, Katz, de Witte, Wiener, Kögler und die späteren Oppositionellen Zinner, Lenk und Kirpal.[10]

Der Vorsitzende der DSAP Wenzel Jaksch kam mit einem deutlichen politischen Profil ins Exil. Erstens hatte er sich nach den Niederlagen der reichsdeutschen und österreichischen Sozialdemokratie für eine Verbreiterung der sozialen Basis seiner Partei eingesetzt. Sie sollte versuchen, unter Verzicht auf klassenkämpferische Parolen und mit Aufnahme nationaler Losungen die „Mittelschichten" bzw. die „nichtproletarische Volksmehrheit" der Henleinpartei wieder zu entreißen. Aber weniger das Volksparteikonzept als seine gleichzeitige Freundschaft zu

von Norwegen, Dänemark und Belgien in die Hände. Vgl. Jaksch/Reitzner: To whom it may concern, am 29.5.1940. PK 213, 121-123.

9 Der am 21. Juli 1939 gegründete ‚Czech Refugee Trust Fund' unterstützte damals insgesamt 4137 Personen. Von den übrigen Gruppen hatten die meisten Mitglieder:
- eine tschechoslowakiche Gruppe (politisch gemischt) 605
- Rehfeld (Zusammenschluß der drei jüdischen Emigrationsverbände HIAS [Hebrew Immigrant Aid Society], ICA [Jewisch Colonization Association] und Emig-direkt [gegründet 1921 in Berlin vom United Committee for Jewish Emigration], jüdisch, national und politisch gemischt) 550
- Schmidt (reichsdeutsche Kommunisten) 378
- Menne (Künstler, Journalisten, national und politisch gemischt) 180
- Svitanics (österreichische Kommunisten) 154
- Wollenberg (Sozialistische Arbeiterpartei, Kommun. Opposition) 95
- Sander (reichsdeutsche Sozialdemokraten) 90.

Czech Refugee Trust Fund (Ambros) an Oberstleutnant Lukas am 20.2.1940. BA IV/29, 193f. — Nach der Spaltung der DSAP zählte die Gruppe Reitzner 1010, Zinner 176, Beuer (sudetendeutsche Kommunisten) 680 Personen und die „tschechoslowakische" Gruppe 638 Personen. *Roeder:* Die deutschen sozialistischen Exilgruppen 24 zitiert die ‚Sozialistischen Mitteilungen' vom 1.3.1941.

10 Auf dem letzten Parteitag in der Heimat Ende März war ein 42köpfiger Parteivorstand gewählt worden. Dem Vollzugsausschuß, der eigentlichen Parteispitze, gehörten 18 Personen an, von denen 12 ins Exil gegangen waren, nämlich Wenzel Jaksch, Franz Katz, Karl Richard Kern, Franz Kögler, Irene Kirpal, Franz Krejčí, Richard Reitzner, Siegfried Taub, Willi Wanka, Eugen de Witte, Rudolf Zischka. Dem Parteivorstand, also dem weiteren Führungsorgan gehörten außerdem Fritz Kessler, Josef Lenk, Robert Wiener und Josef Zinner an. Insgesamt 11 DSAP-Abgeordnete und -Senatoren befanden sich im Exil, nämlich Fanny Blatny, Jaksch, Katz, Kirpal, Kögler, Krejči, Taub, de Witte, Zischka, Heller und Heinrich Müller. Siehe: Menschen im Exil 15f.

dem ehemaligen Nationalsozialisten Otto Strasser machten ihn bei vielen reichsdeutschen Genossen verdächtig. Zweitens war er entschieden für die Zusammenarbeit mit der tschechoslowakischen Schwesterpartei und die Verteidigung der Republik gegen innen- und außenpolitische Gegner eingetreten. Dreimal war er auf Bitten von Staatspräsident Edvard Beneš nach England gefahren, um der Propaganda der Sudetendeutschen Partei entgegenzuwirken und dort für die „liberale Minderheitenpolitik" des Staates zu zeugen. Drittens hatte er sich wiederholt öffentlich zu Beneš als Vertreter „des Geistes der nationalen Versöhnlichkeit" bekannt. Aus diesem Grund reihte ihn auch Hubert Ripka in die Liste jener Persönlichkeiten ein, die durch die Gestapo bedroht seien und denen die französische und englische Gesandtschaft Einreisevisa erteilen sollten.[11] Viertens aber blieb in ihm und seinen Genossen eine unterdrückte Verbitterung aus dem letzten Jahr der Republik zurück, als die Regierung eine Einigung mit der Sudetendeutschen Partei auf Kosten der staatstreuen Deutschen versucht hatte. In diesen Monaten hatte auch Jaksch seine nationalpolitischen Forderungen bis hin zu deutschen Kantonen und schließlich zur Zusammenfassung der deutschen Gebiete in einem Bundesland erhöht[12], Lösungen, die die tschechoslowakische Regierung Ende August bzw. Anfang September der Henleinpartei als sogenannten ‚Dritten' und ‚Vierten Plan' Plan angeboten hatte.

Seine ersten Überlegungen im Exil legte Jaksch im Juni 1939[13] in einer kleinen Schrift mit dem Titel „Was kommt nach Hitler?" nieder. Der Nationalsozialismus sei überwiegend ein Werk von Auslandsdeutschen und habe von den Fehlern des Versailler Vertrages profitiert. Die deutsche Anschluß- und wirtschaftliche Großraumpolitik entbehre „nicht einer inneren Logik". Nach einem „Regimewechsel" in Deutschland und Italien müsse Europa neu geordnet werden. Nur eine „offensive politisch-ökonomische Konzeption" könne die deutsche und italienische Opposition stärken. Pläne für eine Teilung Deutschlands oder die Wiedererrichtung Österreich-Ungarns evtl. unter Einschluß Bayerns wider-

11 Vermerke des Foreign Office vom 16.3.1939. FO 371/22904, 80-85. — Auf der Liste standen neben Siegfried Taub auch Vernunfts- sowie Überzeugungskollaborateure wie Alois Eliáš und Josef Kalfus sowie Emanuel Moravec! — Die Liste ist weitgehend identisch mit derjenigen, die Smutný Ende März, wie *Křen*: Do emigrace 356, schreibt, im Auftrag Benešs dem Foreign Office übergeben hat.

12 *Bachstein:* Wenzel Jaksch 93 ff.

13 Jaksch datiert diese Denkschrift auf den April 1939. Vgl. *Jaksch:* Europas Weg nach Potsdam 439. — Vondrová datiert sie mit überzeugenden Argumenten jedoch erst auf den Juni. Vgl. ČSNO 13 f.

sprächen dem Selbstbestimmungsrecht. Vielmehr „könnte das im Unterbewußtsein der Völker bereits stark entwickelte Gefühl der *europäischen Solidarität* politisch mobilisiert werden". Deutschland sei als „wirtschaftlich-kulturelle Einheit zu retten, wenn es in der höheren Einheit eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems aufgeht". Es sei „das selbstverständliche Recht der Deutsch-Österreicher, durch freies Plebiszit zu entscheiden, ob sie als selbständiger Staat oder als Provinz Großdeutschlands der innereuropäischen Föderation angehören wollen".[14]

Für die Sudetendeutschen fordern wir ebenfalls das Recht, in freier Entscheidung zu bestimmen, ob sie als autonomer Sektor innerhalb der historischen Provinzen Böhmen-Mähren, also in engerem Staatsverband mit den Tschechen, oder als deutsche Reichsprovinz der Föderation angehören wollen. [...] Die volle Freiheit, den Gedanken einer innereuropäischen Föderation zu akzeptieren oder zu verwerfen, gilt naturgemäß auch für Tschechen, Slowaken, Polen, Ungarn, Jugoslawen, Rumänen und Bulgaren.

Nur in einer Föderation seien die Grenzstreitigkeiten friedlich und auf Dauer zu lösen. Offene Grenzfragen könnten geregelt werden

durch Ausbalanzierung [...] der Konsequenzen des Selbstbestimmungsrechts mit verkehrspolitischen Bedürfnissen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Als technisches Hilfsmittel können hierbei ein organisierter Bevölkerungsaustausch und reziproke Minderheitschutz-Abkommen in Betracht gezogen werden.

Der Verdacht, daß es sich bei der „innereuropäischen Föderation" um eine Neuauflage der deutschen Vorherrschaft über Mitteleuropa handle, sei durch die „innere Föderalisierung Deutschlands" und die Beseitigung „aller strukturellen und ideologischen Wurzeln der preußisch-deutschen Gewaltmethoden" zu entkräften. „Vom Standpunkt eines europäisch orientierten Deutschtums ist die Vernichtung Preußens einer Aufteilung Deutschlands vorzuziehen." Großbritannien, Frankreich, Rußland und Italien, eventuell unter dem Vorsitz der Schweiz, sollten über die nationale Gerechtigkeit innerhalb der „innereuropäischen Föderation" wachen.[15] Jaksch, der schon 1930 für einen „zentraleuropäi-

[14] *Ebenda.* Hervorhebung im Original. — In einem Gespräch mit Seton-Watson und Václav Beneš Mitte Mai 1939 hatte sich Jaksch überzeugt gezeigt, daß sich „alles innerhalb von zwei Jahre ändern und dann ein demokratisches Deutschland dem Protektorat die Freiheit wiedergeben werde". *Táborský:* Pravda zvítězila 164.

[15] Jaksch, Wenzel: Was kommt nach Hitler? Die Möglichkeiten und Voraussetzungen einer demokratischen Föderalisierung Zentraleuropas. Eine Analyse und programmatische Skizze. PK 312, 20ff. Abgedruckt in *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš, Nr. 1, und auszugsweise in: ČSNO Nr. 1.

schen Wirtschaftsblock" unter Einschluß Deutschlands plädiert hatte[16], stellte sein Konzept den Plänen für eine Donauföderation gegenüber, die 1939 in Mode gekommen waren und zu denen sich damals z. B. auch Ripka bekannte.[17] Diese Schrift gab Jaksch, wie er einem „Korrespondenten" des tschechoslowakischen Gesandten in Stockholm erzählte, einigen Engländern, Benešs Kanzleichef Smutný und wenigen Funktionären seiner Partei zum Lesen.[18] Der stellvertretende Parteivorsitzende Eugen de Witte sah in seiner Stellungnahme in Jakschs „innereuropäischer Föderation" eine „Wiederauferstehung Österreich-Ungarns in verändertem Ausmaß und unter besonderen Voraussetzungen". Die Verbindung Österreichs mit Deutschland werde von allen Staaten anerkannt und den Anschluß der Sudetengebiete hätten England und Frankreich in München gutgeheißen. „Das, worum sich die Reichsdeutschen, die Österreicher und auch wir Sudetendeutsche 1918–1919 vergeblich bemüht haben, ist eine Tatsache, die die ganze Welt zur Kenntnis genommen hat". Auch die Sudetendeutschen wollten wissen, „ob sie von der deutschen Demokratie im Altreich nicht morgen wiederum mehr zu erwarten hätten als gestern." Er sprach sich gegen den „kleindeutschen Partikularismus" aus und empfahl, eng mit den reichsdeutschen und österreichischen Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten.[19]

Der Vorstand der Treuegemeinschaft hatte am 24. Mai 1939 beschlossen, der Festlegung auf eine bestimmte Lösung so lange wie möglich auszuweichen.[20] Ihr erstes Gespräch im Exil führten Jaksch und Beneš am 3. August 1939. Noch in Chicago, wo er einen Lehrauftrag wahrnahm, hatte sich Beneš für den gemeinsamen Kampf der „freien Tschechen, Slowaken, Karpatenrussen und auch aller freien Sudetendeutschen" für die Wiedererrichtung der Tschechoslowakischen Republik ausgesprochen.[21] In dem Gespräch mit Jaksch zeigte er nach eigener Angabe nicht, daß er dessen Schrift „Was kommt nach Hitler?" gelesen hatte. Seine Argumente wählte er so, daß Jaksch die Schrift nicht gut aus der Tasche ziehen und ihm überreichen konnte. Denn er wollte nicht gezwungen werden, entweder auf der Basis der Schrift zu verhandeln oder diese abzulehnen. Jaksch führte aus, daß je die Hälfte seiner

16 *Bachstein:* Wenzel Jaksch 53.

17 *Ripka:* Munich 480. — *Bodensieck:* Jakschs Exilauseinandersetzungen 89.

18 Bericht Kučeras vom 5.8.(9)1939. ANM, E. Beneš, Karton 48, Inv.-Nr. 470.

19 Auszüge aus der Stellungnahme de Wittes [rückübersetzt aus dem Tschechischen]. *Beneš:* Paměti 484. — *Křen:* V emigraci 431 f.

20 Protokoll der Exekutivsitzung der ‚Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten' vom 23.10.1939. NJ, Z 118-192.

21 *Brügel:* Tschechen und Deutsche Bd. 2, 11.

Leute für Deutschland und die Tschechoslowakei seien. „Nur bei gegenseitiger Bereitschaft zu einer Föderallösung“ könne man in eine Diskussion eintreten. Dabei erwähnte er den „Vierten Plan“, also die Bildung eines deutschen Bundeslandes innerhalb der Tschechoslowakei, während Beneš betonte, daß dieser Plan eher zur Demaskierung Henleins bestimmt gewesen sei. Aus einer Bemerkung Benešs schloß Jaksch, daß dieser lieber zu dem „Dritten Plan“, d. h. zur Errichtung dreier deutscher Kantone, zurückkehren würde.[22] Eine Erklärung Benešs zur Zukunft der Sudetendeutschen würde ihm sehr helfen, sagte Jaksch. Beneš lehnte jedoch ab: 20 Jahre lang sei Masaryk vorgeworfen worden, daß er das Pittsburgher Abkommen geschlossen und dann nicht Wort gehalten habe. Wer gebe ihm das Recht, irgendeine Erklärung abzugeben, oder Jaksch, für die Sudetendeutschen zu sprechen? Über den weiteren Verlauf notierte Smutný:

> [Beneš]: Daß Böhmen ohne das Sudetenland nicht leben kann, hat Hitler selbst bewiesen. Wie aber die Grenzen sein sollen, darüber kann ich nichts sagen. Ich weiß nur, daß die Grenze nicht bei Mělník verlaufen kann. Stimmen Sie zu? Ja. B: Und sie wird es auch nicht. Wenn wir nun d'accord sind, daß irgendwelche Deutsche bei uns sein werden, dann arbeiten Sie in diesem Sinn, damit es zu einem Abkommen kommt. Ich selbst bin in der ersten Republik immer für die größtmögliche Freiheit der Deutschen gewesen. Heute aber werde ich darüber nicht sprechen [...].[23]

Jaksch gab diese Passage mit folgenden Worten wieder: „Ob das Sudetengebiet ganz oder teilweise einer restaurierten Republik einverleibt werde, müsse der Entscheidung der Realfaktoren überlassen bleiben“, habe Beneš gesagt und anerkannt, „daß auf der Basis einer zentralistischen Staatsverfassung eine Befriedung der Sudetendeutschen unmöglich sei“.[24] Smutný notierte weiter:

> Jaksch hat Angst, daß es bei uns zu Massakern an den Deutschen kommt. Ich habe ihm vertraulich gesagt: Ich werde darauf hinwirken, daß sich die Situation ungefähr so wie 1848 entwickelt, als die anständigen Deutschen mit den Tschechen für die Freiheit gekämpft haben. Schließlich kann es Ihnen nur von Vorteil sein, wenn einige Henlein-Anhänger Schläge erhalten [vyřežou] und wenn das Ihre Leute zusammen mit den Tschechen machen. Ich habe nichts dagegen, daß anständige Deutsche den Tschechen helfen, ein paar Lumpen bei uns zu schlagen. [...] Jaksch hat auch Angst vor der Entwicklung in Deutschland, vor der Zerschlagung Deutschlands. Wie alle Sozialisten und deutschen Demokraten. Deshalb wünscht

22 Jaksch an Taub, 4.8.1939. *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš, Nr. 2. — Siehe auch *Jaksch:* Europas Weg nach Potsdam 354.

23 Vermerk (Smutnýs) über Benešs Besprechung mit Jaksch am 3.8.1939. ANM, E. Beneš, Karton 47, Inv.-Nr. 463. — *Kural:* Místo společenství konflikt 98.

24 Jaksch an Taub, 4.8.1939. *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš, Nr. 2.

er keinen Krieg und hätte es lieber, wenn es zu einem gewaltlosen Umsturz käme. Darauf habe ich ihm nur erklärt, daß wir Tschechen uns daran nicht beteiligen werden, sollen das doch Polen und andere machen, wir machen an unseren Grenzen halt.

Außenpolitisch werde die künftige Tschechoslowakei von Frankreich und England weniger abhängig sein als die Vormünchener Republik und deshalb auch freier in der Gestaltung ihrer Beziehungen zu Deutschland. Beneš informierte Jaksch über seine Schwierigkeiten mit der Bildung eines Leitungsorgans im Exil, „doch wenn es entsteht, werden Sie ihm angehören".

Die Lösung des Problems des Zusammenlebens von Tschechen und Deutschen beschäftigt uns seit 100 Jahren. 1848 gingen wir zusammen, danach gab es aber Streitigkeiten. Für uns ist das nichts Neues, das heißt aber nicht, daß wir es nicht lösen werden. Wir müssen jedoch weniger Deutsche haben. Nicht die Fenster in den deutschen Kultureinrichtungen einschlagen, damit es dazu kommt.[25]

Wie Jaksch am Tag nach der Besprechung mit Beneš Siegfried Taub berichtete, war das Gespräch in „beiderseitiger Zurückhaltung" geführt worden. „Unser klarer Anspruch auf die Repräsentation der Sudetendeutschen in der neuen Situation ist von mir stark unterstrichen und von ihm nicht in Frage gestellt worden." Jaksch schloß aus Benešs Äußerungen, „daß alle möglichen deutschen Oppositionsgruppen [...] die tschechische Bundesgenossenschaft durch den Vorverkauf der Sudetendeutschen eintauschen wollen". Über das Plädoyer Curt Geyers im ‚Neuen Vorwärts' für die Wiederherstellung der Tschechoslowakischen Republik in den Vormünchener Grenzen hatte sich nämlich Beneš zufrieden und Jaksch beunruhigt gezeigt.[26] Einem Informanten des tschechoslowakischen Gesandten in Stockholm gegenüber scheint sich Jaksch unvorsichtig über das Gespräch mit Beneš ausgelassen zu haben: Beneš denke nur an „eine minimale Autonomie mit tschechischer Polizei und Armee. Das werde er niemals hinnehmen".[27]

25 Vermerk (Smutnýs) über Besprechung Benešs mit Jaksch am 3.8.1939. ANM, E. Beneš, Karton 47, Inv.-Nr. 463.

26 *Ebenda.* — Jaksch an Taub, 4.8.1939. *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš, Nr. 2, 80ff. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche Bd. 2, 13. — *Bachstein:* Wenzel Jaksch 201ff. — *Jaksch:* Europas Weg nach Potsdam 362f. — *Beneš:* Paměti 317f.

27 Bericht (Kučera?) vom 5.8.(9)1939. AMN, Karton 47, Inv.-Nr. 464.

Die Alliierten, die künftigen Grenzen einer Tschechoslowakei und die Zukunft der Sudetendeutschen

Als Frankreich und Großbritannien Deutschland den Krieg erklärten, schrieb Beneš dem britischen Premierminister, daß sich die Tschechoslowakei „dem Kampf um ein freies Europa anschließe". Chamberlain antwortete, daß sich Großbritannien für „die Befreiung des tschechischen Volkes von fremder Herrschaft einsetze". Damit hielt er sich an die Empfehlung des Foreign Office: Großbritannien solle sich weder auf die Vor- noch die Nachmünchener Grenzen festlegen. Ideal wäre die freiwillige Rückkehr der Sudetendeutschen in einen Staatsverband mit den Tschechen, doch sollten sie nicht dazu gezwungen werden.[28] Eden, Minister für die Dominien, erklärte am 11. September 1939, daß Großbritannien den Krieg nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen die Nationalsozialisten führe. Aus Chamberlains und Edens Aussagen schloß Táborský, daß die Sudetengebiete im Falle einer Revolution in Deutschland unwiederbringlich verloren wären.[29] Dagegen behauptete Beneš in einer Rundfunkansprache: „Heute ist sicher, daß die Tschechoslowakei zu ihren ursprünglichen tausendjährigen Grenzen zurückkehren wird."[30] Die Meinungen im Foreign Office waren geteilt: Nach Meinung von Robert Vansittart, damals mit dem Posten eines „Chief Political Advisor" abgefunden, hatte die „Lektion von München (30. September bis 15. März)" gezeigt, daß die Tschechoslowakei „verteidigungsfähige Grenzen" brauche, doch Kirkpatrick vom zuständigen Central Department war anderer Meinung: Die Vormünchener Grenzen seien „unmöglich" gewesen. Außenminister Halifax übernahm eine Argumentation von Roberts, ebenfalls Central Department, gegen eine britische Festlegung auf die Wiederherstellung der ČSR in ihren alten Grenzen: Sie würde Polen und Ungarn, Slowaken und Sudetendeutsche der britischen Politik „entfremden".[31] Im Unterhaus sagte Halifax am 3. Oktober 1939 sogar, daß man die Grenzen der Tschechoslowakei nach dem Kriege sicherlich anders als in Versailles ziehen werde.[32] Im Kriegskabinett riet Churchill, seit Kriegsbeginn Erster Lord der Admi-

28 Beneš an Chamberlain am 3.9. und Antwort vom 8.9., Vermerke Troutbecks und Strangs vom 1.9. und 4.9.1939. FO 371/22899, 9ff.

29 *Táborský:* Pravda zvítězila 341.

30 Rundfunkansprache Benešs vom 19.9.1939. *Beneš:* Šest let 67-69.

31 Vermerke von Roberts, Kirkpatrick, Vansittart vom 20.–23.9.1939. FO 371/22946, 205. — Halifax an Phipps am 4.10.1939. FO 371/22899, 109-117.

32 *Křen:* V emigraci 53.

ralität, zwar von jeglicher Festlegung in territorialen Fragen ab, doch solle die Regierung den unterdrückten Völkern wie den Polen und Tschechen Angebote machen, so daß sie sich offen auf die alliierte Seite stellen könnten.[33] In einer von der BBC übertragenen Rede zählte er die Wiederherstellung der Tschechoslowakei zu den britischen Kriegszielen.[34]

Die französische Regierung war nach Kriegsbeginn zwar bereit, eine tschechoslowakische provisorische Regierung anzuerkennen. An deren Spitze dürfe jedoch nicht Beneš stehen, denn die Anerkennung einer solchen Regierung würde die Festlegung auf die Wiederherstellung der Tschechoslowakei als Kriegsziel bedeuten[35], die Beziehungen zu Italien und Ungarn verschlechtern und ein Hindernis gegen eine föderative Umgestaltung Mitteleuropas aufstellen. Aus denselben Gründen sprach sich das Foreign Office gegen die Anerkennung einer provisorischen Regierung aus. Es hielt es allerdings für unvermeidlich, daß Beneš an die Spitze einer solchen Regierung treten würde.[36] Wegen des französischen und britischen Widerstands gegen eine frühe Festschreibung der Wiedererrichtung der Tschechoslowakei mußte sich Beneš mit der Bildung eines Tschechoslowakischen Nationalausschusses (Československý národní výbor – ČSNV) begnügen.

Zu Beginn seiner Verhandlungen mit Großbritannien und Frankreich hatte Beneš die spätere Ernennung eines deutschen Ministers und die Berufung auch deutscher Vertreter in einen Nationalrat nach polnischem Vorbild, eine Art Exilparlament, angekündigt.[37] Beneš stellte die sudetendeutsche Frage jedoch zurück, um die Verhandlungen über die Anerkennung wenigstens eines Nationalausschusses mit dem Foreign Office nicht zusätzlich zu komplizieren[38], und Jaksch drängte am 30. Oktober 1939 Beneš nicht zu einer Erklärung über die Zukunft der Sudetendeutschen, um nicht selbst Stellung nehmen zu müssen.[39] Die Frage

33 War Cabinet Conclusions vom 25.9.1939. PRM 65/1, 206f.

34 Vermerk von Roberts vom 13.11.1939. FO 371/22900, 27.

35 Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Léon Blum vom 15.9.1939. BA IV/23, 25f. — *Táborský:* Pravda zvítězila 345 (15.9.1939).

36 *Křen:* V emigraci 217. — Depesche Smutnýs an Masaryk vom 12., Vermerk Smutnýs vom 13.10.1939. DHČSP I, Nr. 9f. — *Táborský:* Pravda zvítězila 390 (21.10.1939). — Vermerk des Foreign Office (Young) vom 2.5.1940. FO 371/24288, C6283/2/12.

37 Beneš: The Czechoslovak Provisional Government vom 30.9., Vermerk Cadogans über eine Besprechung mit Beneš vom 25.10.1939. FO 371/22899, 123f., 227-229. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche Bd. 2, 20.

38 *Táborský:* Pravda zvítězila 405. — *Křen:* V emigraci 456.

39 Vermerk Smutnýs vom 30.10.1939. DHČSP I Nr. 28.

der Beteiligung deutscher Politiker an der Exilführung tauchte wieder auf, als Beneš im April 1940 erneut in Verhandlungen über die Anerkennung einer tschechoslowakischen provisorischen Regierung und die Bildung eines Exilparlaments eintrat. Sein Vorschlag, den er seinen Kollegen im ČSNV in Paris übersandte, sah vor, von Anfang an auch sudetendeutsche Vertreter in den Nationalrat zu berufen.[40] Gegen diesen Plan scheinen jedoch die übrigen Mitglieder des ČSNV Einwände vorgebracht zu haben. Denn in dem Memorandum, das er Mitte April dem Foreign Office unterbreitete, sprach Beneš sich zwar immer noch für die Beteiligung von Sudetendeutschen aus:

Zu diskutieren bleibt jedoch nur die Frage, ob sie *sofort* bei der Bildung des Nationalrats eingeladen werden sollen, oder ob wir *eine kurze Zeit warten* und die Angelegenheit mit ihnen in allen Einzelheiten vorbereiten müssen."[41]

Roberts bezeichnete es als „glücklich", daß Beneš erkannt habe, daß diese Frage noch „nicht reif für eine sofortige Lösung" sei.[42]

Inzwischen hatte Beneš auch ein erstes Memorandum über „Czechoslovakia After the War" fertiggestellt, daß er am 9. März 1940 dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Sumner Welles überreichte, der damals Europa bereiste, um Möglichkeiten für einen Friedensschluß zu erkunden. Da unter deutschem Druck zustandegekommen, sei alles, was seit dem 18. September 1938 geschehen sei, „illegal und verfassungswidrig". „Alle diese Ungerechtigkeiten und Schäden müssen wiedergutgemacht werden", schrieb Beneš. Da Tschechen und Deutsche durcheinander siedelten, die Grenzen der Nachmünchener Republik eine Verteidigung unmöglich gemacht hätten, müsse man im wesentlichen zu den historischen Grenzen zurückkehren, doch seien Korrekturen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit möglich. „In vielen Fällen werden wir Bevölkerungstransfers und die Schaffung national möglichst homogener Bezirke erwägen müssen." Solange die Frage der Grenzen nicht entschieden und unbekannt sei, „in welchem Ausmaß es möglich sein wird, den Grundsatz des Bevölkerungsaustausches und -transfers ins Spiel zu bringen", könne die Anwendung des Prinzips der Dezentralisierung auf die Sudetendeutschen nicht genau festgelegt werden. Im Central Department widersprach Roberts der These von der Ungültigkeit des Münchener Abkommens von Anfang an und dem Wiedergutmachungsverlangen, da dieses nach Benešs Ansicht den Transfer

40 Memorandum Benešs (mit Anschreiben an Ingr vom 4.4.1940). PK 19, 2ff. — Siehe auch Botschaft Benešs „nach Hause" vom 8.2.1940. DHČSP I Nr. 46.

41 Ebenda. Hervorhebungen im Original.

42 Memorandum Benešs (mit Anschreiben Lockharts vom 16.4.1940) mit Vermerken des Foreign Office. FO 371/24288, 34-48.

nationaler Minderheiten nach Deutschland, Ungarn und Polen einschließe. Makins, ebenfalls Central Department, erschien Benešs Programm wie eine Neuauflage einer schon einmal gescheiterten Außen- und Minderheitenpolitik, und Außenminister Halifax gab die Losung aus, sich weiterhin bei öffentlichen Erklärungen zurückzuhalten. Nur Vansittart ergriff Benešs Partei: Die historischen Grenzen müßten als Schutz vor einem „geborenen Aggressor" wiederhergestellt werden. „If the Sudeten don't like it, they can migrate to the real Reich."[43] Der französische Ministerpräsident Daladier hatte am 7. März 1940 Welles erklärt, daß Frankreich die „Unabhängigkeit des tschechischen Volkes" fordere, doch die Sudetendeutschen, falls sie es wünschten, die Möglichkeit zur Vereinigung mit dem Reich erhalten müßten.[44]

Zur gleichen Zeit fragten die Mitarbeiter des Royal Institute of International Affairs (Chatham House), das Gutachten für das Foreign Office erstellte, Beneš nach seinen Vorstellungen über die Zukunft der Tschechoslowakei. Bei den rund 30 Mitgliedern seines Kollegiums herrschte nach Benešs Eindruck zu Beginn der Befragung die Meinung vor, daß das sudetendeutsche Problem durch Aussiedlung gelöst werden müsse. Seine damalige Position umriß Beneš folgendermaßen: 3,5 Millionen Deutsche könne man nicht vertreiben, doch sei er mit dem Prinzip des Transfers einverstanden. Wenn die Tschechoslowakei bestimmte Grenzberichtigungen vornehme, die von deutscher Seite aber kompensiert werden sollten, müsse sie darauf achten, zusammen mit den Gebieten eine möglichst große Zahl von Deutschen abzutreten, womit er an seinen „Fünften Plan" anknüpfte. Im Chatham House nannte Beneš als nächste Punkte: Auflösung der deutschen Sprachinseln durch Aussiedlung aus dem Landesinnern und Tschechisierung Nordostmährens, des „mährischen Halses". Für diese Schritte glaubte er seine Zuhörer gewonnen zu haben. Nach den Aufzeichnungen Smutnýs bezog sich die Zustimmung aber nicht auf den Plan, auch das Elbbecken mit dem Gebiet um Dux und Teplitz zu tschechisieren, um dadurch das deutsche Siedlungsgebiet zu spalten, und danach den Deutschen in West- und Nordböhmen „local government" zu gewähren.[45]

43 Memorandum Benešs vom 9.3.1940 mit Vermerken von Roberts und anderen. FO 371/24370, C4305/2949/62 (tschechische Version siehe ČSNO Nr. 20). Englische Version in: Dokumente zur Deutschlandpolitik I, Bd. 1, 144-151.

44 Bericht Sumner Welles' (vom März 1940). FRUS 1940 I 63.

45 Vermerke Smutnýs vom 22.1., 9.3. und 5.4.1940. DHČSP I 39, 61, 80. — Auf seine Überlegungen über eine „Dezentralisierung" zugunsten der Slowaken, aber auch der Deutschen, hatte Beneš auch in einer Botschaft vom Dezember 1939 an die Heimat hingewiesen. Vgl. *Táborský:* Pravda zvítězila 448. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche Bd. 2, 17, nimmt Benešs Rückgriff auf alte Aussied-

Nach der Befragung Benešs stellte das Chatham House ein Memorandum zusammen, dessen erste Version Prof. John David Mabbott am 14. Mai 1940 vorlegte: Ohne Gefährdung der Verteidigungsfähigkeit der Tschechoslowakei könnten Gebiete in West- und Nordböhmen sowie in Schlesien abgetreten werden, so daß sich die deutsche Minderheit um eine Million verringere. Zudem dürfte es zu einem „plötzlichen Exodus einer großen Zahl von Deutschen kommen, die vor der tschechischen Rache und der Vergeltung ihrer nicht-nazistischen sudetendeutschen Landsleute fliehen". Für den Transfer der übrigen Sudetendeutschen spreche ihre „Arroganz" und „rassische Überheblichkeit".

As in Poland, compulsory evacuation of Germans would only complete and regularize a movement which will occur anyhow. The promise of completeness may even save the fleeing Germans from some of the natural consequences of their methods in Prague.

Andererseits würde die Tschechoslowakei wertvolle Industriearbeiter verlieren und sich der Gefahr einer Revanche aussetzen. Allenfalls im Rahmen einer Föderation mit anderen Staaten einschließlich Österreichs könnte die Tschechoslowakei dem deutschen Druck widerstehen. Damit hatte sich also das Royal Institute of International Affairs schon im Mai 1940 für die Reduzierung der deutschen Minderheit durch Gebietsabtretungen, Flucht und Transfer auf Null ausgesprochen.[46]

Nach den Gesprächen im Chatham House hatte Smutný Beneš davor gewarnt, den Briten eine Karte mit den tschechoslowakischen Verteidigungsanlagen zu geben, damit die Grenze nicht entlang diesen gezogen werde. Auch Moravec, dem Chef der tschechoslowakischen Abwehr, ging Benešs Bereitschaft zum Gebietsverzicht zu weit.[47] Die deutschen Gebiete, die die „tschechischen Imperialisten" nach dem Ersten Weltkrieg für die Tschechoslowakei verlangt und bekommen hätten, waren dagegen nach Ansicht des Slowaken Hodža, eines ehemaligen tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, eine Quelle der Schwäche und nicht der Stärke der Republik. Deshalb sollten alle strategisch nicht unbedingt nötigen Territorien wie das Egerland abgetreten werden. Auch sein Ziel war die Reduzierung der deutschen Minderheit um zwei Millionen.[48]

lungspläne und ihre Konkretisierung im Chatham House nicht zur Kenntnis, wenn er immer wieder behauptet, sein Intimfeind Jaksch habe die angebotenen Möglichkeiten nicht genutzt.

46 *Rychlík:* Memorandum 612-630.

47 Vermerk Smutnýs vom 30.4.1940. DHČSP I Nr. 98.

48 Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung mit Hodža vom 28.11.1939. PRM 19/I 9.

Am 26. April 1940 druckte der offiziöse Londoner ‚Čechoslovák v Anglii' (Tschechoslowake in England) einen Leserbrief ab, in dem ein „Dr. A. B." die Forderung erhob, alle Sudetendeutschen „nach Deutschland zurückzuschicken". Im Pariser ‚Československý boj' (Tschechoslowakischer Kampf) enttäuschte der langjährige sozialdemokratische Minister Rudolf Bechyně Jakschs Hoffnungen auf eine sozialdemokratische Vermittlung bei eventuellen Autonomie-Verhandlungen mit dem ČSNV. Unter Hinweis auf den nationalsozialistische Terror warnte Bechyně: „Geht auf Zehenspitzen, mit dem Hut in der Hand, und schweigt ehrfürchtig, damit ihr im tschechischen Märtyrer nicht den Rächer weckt."[49] Jaksch nannte daraufhin Bechyně einen Chauvinisten, hoffte aber auf Jaromír Nečas, den ehemaligen Minister für Sozialfürsorge, nach dessen Aufnahme in den Nationalausschuß er in Verhandlungen eintreten wollte.[50]

Benešs Sekretär Táborský hoffte schon im Juni 1939 auf die Aussiedlung von zwei Dritteln der deutschen Bevölkerung und meinte, daß die Regierung die staatstreuen Deutschen gegen das allgemein verbreitete Vertreibungsverlangen[51] werde verteidigen müssen.[52] Im tschechischen Exil gab es aber auch Widerspruch gegen die Aussiedlungspläne. Sie kamen von Jan Masaryk und Oberstleutnant Jan Kalla, dem tschechoslowakischen Militärattaché in London. Jan Masaryk sagte in einer Rede zum Staatsgründungstag am 28. Oktober 1939:

> Kürzlich haben wir Beispiele des Entwurzelns verschiedener Volksstämme gehört, deren Zynismus in der Geschichte der Menschheit ohne Vorbild ist. Möge Gott mein Volk vor allen solchen rohen und imperialistischen Experimenten bewahren.[53]

Kalla erwähnte die Möglichkeit, bestimmte Gebiete abzutreten, nämlich das Egerland (Chebsko), die Gebiete um Schluckenau (Šluknovsko), Friedland (Frýdlantsko), Braunau (Broumovsko) und Freiwaldau (Frývaldov) und stattdessen die Grenzen der Tschechoslowakei bei Mährisch-Ostrau und Lundenburg vorzuschieben. Viele glaubten, schrieb Kalla, daß sich die Tschechoslowakei aller Deutschen entledigen könne: „Man sagt: Einen Teil bringen wir um, einen Teil vertreiben wir, viele fliehen aus Angst vor Rache und den Rest werden wir durch die Umsiedlung der Deutschen bzw. Grenzkorrekturen los." Eine solche Lö-

49 *Bechyně:* Pero mi zůstalo 80ff.

50 Neumann an ČSNV am 5.5.1940. PK 213, 124ff.

51 Siehe S. 23-28.

52 *Táborský:* Pravda zvítězila 206ff.

53 *Brügel:* Tschechen und Deutsche Bd. 2, 240.

sung hielt Kalla für ausgeschlossen. Er schätze, daß in den Grenzzipfeln, die die Tschechoslowakei ohne Schaden an das Reich abtreten könne, keine Million wohne. Dann blieben aber immer noch 2 ¼ Mio. Deutsche übrig, die man weder umbringen noch vertreiben noch umsiedeln könne. Man spreche auch von der Umsiedlung der Deutschen aus dem Landesinnern in die Grenzgebiete. Diese liege jedoch nicht im tschechischen, sondern im deutschen Interesse, da die Deutschen dadurch ein kompaktes Siedlungsgebiet erhielten. Er sei überzeugt, daß man die Sudetendeutschen brauche, um die Sudetengebiete zu erhalten, und deshalb müsse man mit ihnen verhandeln.

Entweder, wir einigen uns mit Jaksch oder ohne ihn. Geht es mit ihm, umso besser, denn wir dürfen seine Popularität zu Hause nicht unterschätzen. Läßt sich aber Jaksch nichts sagen, müssen wir ihn mit seinen eigenen Leuten schlagen. Im Schoß seiner Partei muß in diesem Fall eine Abspaltung entstehen, die wir unterstützen müssen, damit eine uns günstige Konzeption gewinnt.

Für die Friedenskonferenz brauche man Sudetendeutsche, die nach der Tschechoslowakei riefen, nicht nach dem Reich oder Österreich oder Autonomie. Deshalb müsse man schon jetzt „eine korrekte Beziehung zwischen Tschechen und Deutschen im Ausland" und „ein korrektes Verhältnis zwischen Tschechen und loyalen Deutschen bei uns zu Hause" vorbereiten. Während des Krieges könnten folgende Mittel für die Verständigung eingesetzt werden:

a) die Einbeziehung loyaler Deutscher in den Kampf für die Erneuerung der Tschechoslowakei durch die Aufnahme von Deutschen in den Tschechoslowakischen Nationalausschuß, wenn möglich von Jaksch,
b) die Aufnahme in die tschechoslowakische Armee, um der ganzen Welt zu zeigen, daß tschechoslowakische Deutsche für die Aufhebung ‚Münchens' sterben,
c) der Verzicht auf den Versuch, die Sudetendeutschen in die politische Isolation zu treiben,
d) der geistige Umschwung, der auf die Niederlage der Nationalsozialisten folgen werde. „Sie werden einer moralischen Depression erliegen und alles verurteilen, was sie in die Katastrophe geführt hat: Imperialismus, Pangermanismus und Nazismus."
e) das Schüren von Angst vor den Folgen des verlorenen Krieges,
f) die Suche nach einer Lösung auf der Basis der „Gleichberechtigung", aber nicht der territorialen Autonomie.

Kurz nach dem Krieg werde es zu einer Welle von Racheakten kommen, doch werde nicht so viel Blut fließen, „daß sich dadurch die deutsche Minderheit auch nur um 10 Prozent verringert". Eine blutige

Abrechnung sei allerdings nötig, damit sich die Sudetendeutschen „noch ganze Generationen daran erinnern, welche Folgen ihre Sünde hatte, die sie an der Tschechoslowakei und ganz Europa durch ihren Beitrag zum Krieg begangen haben". Diese Abrechnung sollten die Tschechen den Sudetendeutschen untereinander überlassen. Nur der Deutsche könne „im Deutschen den Pangermanen töten". Die Tschechen sollten sich zurückhalten, um nicht die Grundlagen für eine Verständigung auf Jahrhunderte hinaus zu zerstören.[54]

Vertreibungsforderungen aus der tschechischen Widerstandsbewegung

Schon Mitte April 1939 schien einem Widerstandsfunktionär „die gründliche Verringerung ihrer Zahl eine allgemeine Forderung zu sein". Ein anderer berichtete im Mai von dem Ruf nach „Rache", „blutiger Revolution" und „Aufhängen".[55] „Wir müssen jedoch weniger Deutsche haben", hatte auch Beneš Anfang August zu Jaksch gesagt.[56] Zum Münchener Abkommen teilte Beneš der tschechischen Widerstandsbewegung am 1. August, also wenige Tage vor seinem Gespräch mit Jaksch, seine Position mit:

> Die Münchener Entscheidung existiert für uns rechtlich nicht. Sie wurde uns aufgezwungen und ohne unsere Beteiligung gefällt, niemals ratifiziert, von keinem Unterzeichner respektiert und ausgefüllt und am Ende durch die Invasion vom 15. März völlig zerstört.[57]

In seiner Botschaft an das ‚Politische Zentrum' (Politické ústředí) und die ‚Nationalverteidigung' (Obrana národa), d. h. an die Führungen des zivilen und des militärischen Widerstands im Protektorat Böhmen und Mähren, vom 21. August 1939 behauptete Beneš: „Für den Fall eines Krieges bzw. von Verhandlungen nach einem Umsturz in Deutschland ist die Wiederherstellung der Tschechoslowakei schon sicher." Aber man könne noch nicht sagen, unter welchen Bedingungen und in wel-

[54] Memorandum Josef Kalla für Beneš (vom 18.1.1940). ČSNO Nr. 17. — Die Tendenz von Kallas Memorandum kommt in dem Auszug, den *Kural:* Místo společenství konflikt 109f., bringt, nicht zum Ausdruck.

[55] *Křen:* V emigraci 445.

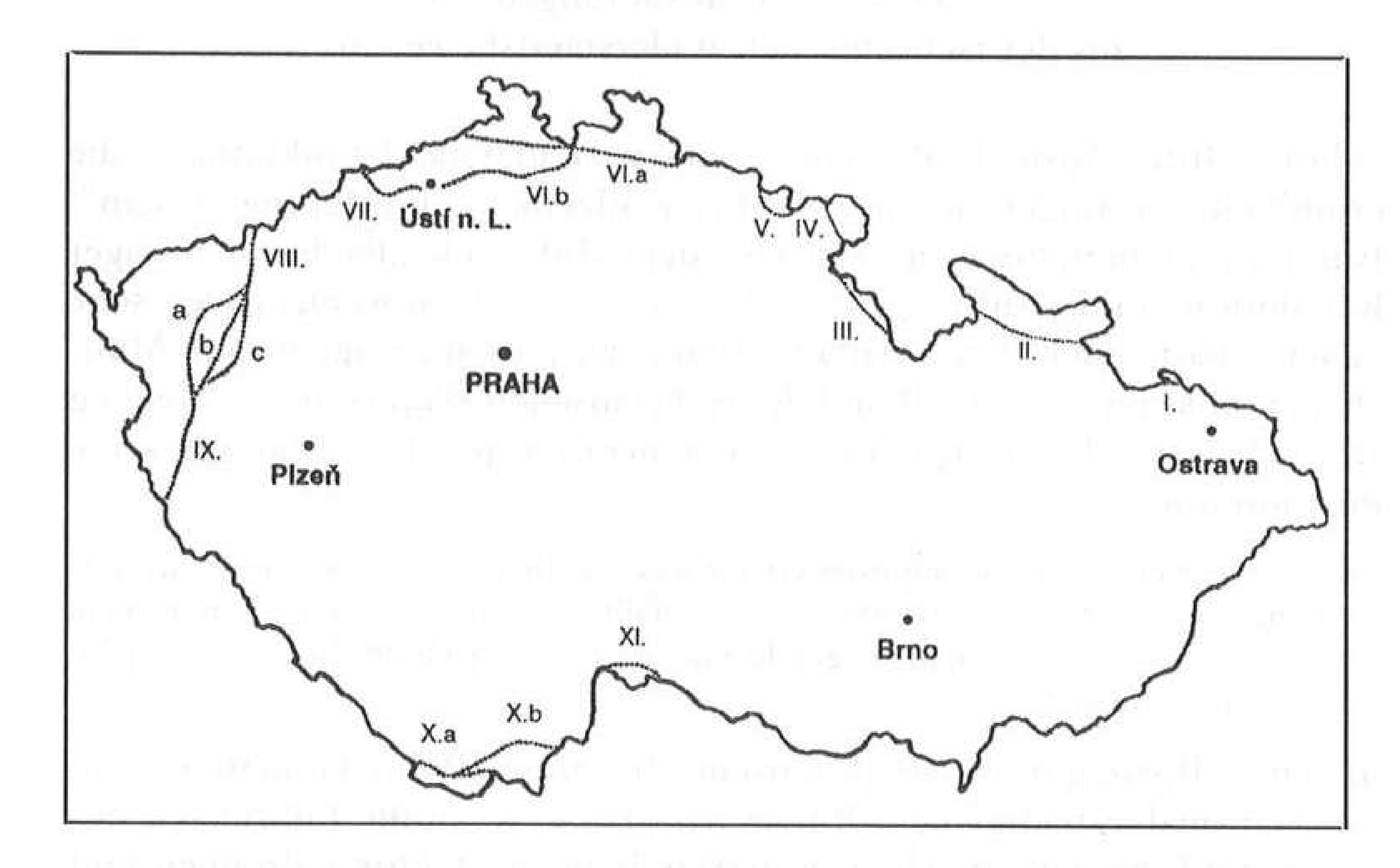
[56] Siehe S. 15.

[57] Auszug aus der Botschaft Benešs an den heimatlichen Widerstand vom 1.8. 1939. ČSNO Nr. 2.

chen Grenzen. Er werde sich aber um „das erreichbare Maximum" bemühen. In seinem Begleitschreiben kommentierte Smutný:

Mit der Säuberung von den Deutschen und den Verrätern sind wir alle einverstanden. Aus außenpolitischen Gründen wird die Regierung Euch jedoch öffentlich zur Rücksicht aufrufen müssen. Zu Hause sind wir jedoch die Herren. [...] Wenngleich das Ideal ein national einheitlicher Staat wäre, wird es nicht zu verhindern sein, daß irgendwelche Deutsche in der Republik bleiben. Deshalb liegt es an ihnen, sich durch Auswahl der Leute für ein weiteres Zusammenleben mit den Tschechen in der Republik vorzubereiten.[58]

Die Diskussionen innerhalb der ‚Nationalverteidigung' und im ‚Politischen Zentrum' führten zu mehreren Stellungnahmen, die noch vor



Karte 3: Vorschlag für neue Grenzen der böhmischen Länder, 1939 vorbereitet von den Widerstandsorganisationen Nationalverteidigung (Obrana národa) und Politisches Zentrum (Politické ústředí)

dem Ausbruch des Krieges entstanden waren und von Prof. Vladimír Klecanda bei seiner Flucht im Dezember 1939 nach London gebracht wurden. Die erste Stellungnahme ging von dem Ziel aus, einerseits durch Gebietsabtretungen die Zahl der Deutschen innerhalb der Republik möglichst weitgehend zu reduzieren, andererseits aber die Grenzen so zu ziehen, daß die Verteidigungsfähigkeit der Republik nicht leide.

[58] Smutnýs Begleitschreiben vom 21.8.1939. ČSNO Nr. 5. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche Bd. 2, 33, zitiert nur den Teil nach der Auslassung.

Die Varianten für mögliche Mindestgrenzen lehnten sich weitgehend an Benešs Plan an.

Die Autoren der zweiten Stellungnahme forderten jedoch weitgehende Annexionen im Nordosten und Südosten, nämlich die Teilung Preußisch-Oberschlesiens mit Polen, wobei die Gebiete westlich der Oder sowie das Glatzer Becken einschließlich des Eulengebirges und der ‚preußischen Lausitz' (Pruská Lužice) an die Tschechoslowakei fallen sollten. Im Süden könne man eine Ausdehnung um einen Teil Niederösterreichs bis Korneuburg – d. h. bis kurz vor Wien, und von dort entlang dem Rußbach bis zur Donau verlangen. Gelinge es nicht, Ungarn als Quelle ständiger Unruhen zu „liquidieren", sei es unbedingt

Legende zu Karte 3

Vorgeschlagene Korrekturen:

I. Sudice [Zauditz]

II. Krásné Loučky [Schönwiese] – Vraclávek [Kleinbressel] – Staré Purkartice [Alt-Bürgersdorf] – Medvědí vrch [Bärenfangkoppe] – Orlík – Domašov [Thomasdorf] – Nockelsberg – Pichelik [Špičák]

III. Orlické hory [Adlergebirge]

IV. Broumovsko [Braunauer Gebiet]

V. Žacléřsko [Schatzlarer Gebiet] (Johannesberg [Janovice] – Stachelberg – Dvorský les)

a) Frýdlantský a Šluknovský výběžek [Zipfel von Friedland und Schluckenau]

b) Luž [? = Lužec <Luschwitz>] – řeka Kamenice [Fluß Kamnitz] – Dolní Benešov [Beneschau] – Malé Březno [Kleinpriesen] – řeka Labe [Fluß Elbe] – Ústí n. L. [Aussig]

VII. Věšťany [Weschen] – Duchcov [Dux] – Osek [Ossegg] – Stropník [Strobnitzberg] – Loučná [Wieselstein] – státní hranice [Staatsgrenze]

VIII. a) Černý potok [Sorgenthal] – Kovářská [Schmiedeberg] – Meluzína [Wirbelstein] – Stráž n. Ohří [Warta] – Dubina [Eichenhof] – Michalovy hory [Michelsberg]

b) Andělská hora [Engelhaus] – Teplička [Töpeles] – řeka Teplá [Fluß Tepl]

c) Toužim [Theusing]

IX. a) Ústí [Truß] – Staré Sedliště [Alt-Zedlisch] – Pořejov (součást obce Žebráky, nyní zaniklá) [Purschau, Teil der Gemeinde Petlarn, jetzt aufgelassen] – Teplá [Tepl] – Kořen [Kurschin] – Čečkovice [Eschowitz] – Bělá n. Radbuzou [Weißensulz] – Novosedly (součást obce Rybník, nyní zaniklá) [Neubau (Teil der Gemeinde Waier, heute aufgelassen)] – státní hranice [Staatsgrenze]

X. a) Kyselov (součást obce Dolní Vltavice, nyní zaniklá) [Sarau (Teil der Gemeinde Unter-Moldau, jetzt aufgelassen)] – Vltava (Moldau) – Certlov (součást obce Rybník) [Zartlesdorf (Teil der Gemeinde Waier)] – státní hranice [Staatsgrenze]

b) Valtéřov [Waldetschlag] – Kaplice [Kaplitz] – Německý Benešov (Černý Benešov [Deutsch-Beneschau <Benešov nad Černou>] – Černé Údolí [Schwarzthal] – státní hranice [Staatsgrenze]

XI. Nový Mlýn (?) – Peršlák (součást Nového Vojířova) [Böhmisch Bernschlag (Teil der Gemeinde Nový Vojířov] – Hradiště [Burgstall] – Dobrohoř [Kohlberg]

nötig, erstens die Magyaren durch einen Korridor von den Deutschen zu trennen, dessen nördlicher Teil der Tschechoslowakei und dessen Süden Jugoslawien zufallen könne. Zweitens solle die slowakische Grenze bis zum Fuß der Nógráder Berge, der Matra und der Bukk vorgeschoben werden. Über die Frage einer Zwangsaussiedlung von Deutschen und Magyaren schwiegen sich beide Dokumente aus.[59]

Diese ist Gegenstand einer Denkschrift von Prof. Zdeněk Peška.[60] In seiner Analyse des türkisch-griechischen Bevölkerungsaustausches kommt Peška zum Ergebnis, daß Griechenland von der Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen aus Kleinasien sogar wirtschaftlich und kulturell profitiert habe. Als Argumente für die Aussiedlung der Sudetendeutschen führt er an: Ein großer Teil habe sich als „unzuverlässig" erwiesen und an der Zerschlagung der ČSR beteiligt. Das parlamentarische System habe die nötige Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit verloren, da den Minderheiten eine breite tschechische Koalition entgegengestellt werden mußte. Durch ihre Borniertheit, Überheblichkeit und Abgrenzung gegenüber den Tschechen hätten die Sudetendeutschen, besonders ihre Bourgeoisie „ihre historische Rolle eines Verbindungsgliedes und Vermittlers zwischen beiden Kulturen aufgegeben und sich zu einem Hindernis für die tschechisch-deutsche Annäherung entwickelt". Deutschland habe die deutschen Bürger der ČSR in eine Lage gehetzt, in die sie, sich selbst überlassen, niemals geraten wären; deshalb sei Deutschland moralisch verpflichtet, sich bei einer Neuregelung der Verhältnisse um diese Personen zu kümmern. Entweder könnten 1. alle Deutschen oder 2. fast alle, d. h. mit Ausnahme jener, die nicht nachweisen könnten, daß sie aktiv zur Erhaltung der Republik beitragen hätten, oder 3. jene entfernt werden, die sich an der Zerschlagung der ČSR beteiligt hätten. Bei der 3. Alternative könnte man alle Mitglieder der Henlein-Partei, d. h. rund 1,5 Millionen Personen, ausweisen. Damit würde das Ziel – die Verringerung der Zahl der Deutschen und die Entfernung der unzuverlässigen Elemente – ausreichend erfüllt. Vieles spreche jedoch für die 2. Alternative, die nur rund ½ Million Deutscher verschone. Eine Ausweisung von 1,5 bis 3 Millionen Deutschen ohne Absprache werde Europa nicht zulassen, einen entsprechenden Vertrag Deutschland nicht schließen. Deshalb müsse die Zwangsaussiedlung auf einer europäischen oder Friedenskonferenz durchgesetzt und von den Großmächten oder dem Völkerbund garan-

59 Jedenfalls in den abgedruckten Auszügen. ČSNO Nr. 3, und Karte.

60 Vlastimil Klíma bezeichnet Peškas Studie als Stellungnahme des ‚Politischen Zentrums' auf eine Anfrage des Exils bzw. Benešs zur Zwangsaussiedlung der Deutschen. *Klíma:* K historii domácího odboje 152f.

tiert werden. Mit der Durchführung werde wahrscheinlich eine internationale Kommission unter Beteiligung der Tschechoslowakei und Deutschlands beauftragt. Die Aussiedler dürften nur Gegenstände des persönlichen Gebrauchs mitnehmen und müßten von Deutschland entschädigt werden.[61]

Der ‚Petiční výbor Věrni zůstaneme' (Petitionsausschuß Wir bleiben treu), die dritte landesweite Widerstandsorganisation, die Gewerkschafter und Sozialisten vereinigte, hatte zwar am 6. Oktober 1939 gefordert, die Grenzen mit einem fait accompli wiederherzustellen, ohne auf eine internationale „Erlaubnis" zu warten. Gleichzeitig sei eine „rasche Lösung der Minderheitenfragen vorzubereiten (je nachdem, was der Kriegsausgang zuläßt) und eine rasche Abrechnung mit allen, die sich an Nation und Staat durch Verrat vergangen haben".[62] Das ‚Politické ústředí' berichtete, daß sich das Volk für seine Leiden an den Deutschen „schrecklich rächen" werde. Wer sich gegen diese Abrechnung stelle und von Humänität, Demokratie oder von Rücksicht auf das Ausland spreche, werde „sofort vom ergrimmten Volk hinweggefegt werden". Den Menschen zu Hause müsse freie Bahn für die nationale Abrechnung gelassen werden. „Erst wenn das erledigt ist, wird Sie das Volk gern für die politische und weitere Aufbauarbeit rufen, aber vorher nein, nein ..."[63] Im gleichen Sinn äußerten sich die Geheimarmee ‚Obrana národa'.[64] ‚V boj' (In den Kampf), eine illegale Zeitschrift, die dem ‚Politischen Zentrum' und der ‚Nationalverteidigung' nahestand, wandte sich gegen jegliche Unterscheidung zwischen dem Hitler-Regime und dem deutschen Volk: „Wir wissen doch schon längst, daß die Deutschen alle gleich sind."[65] Die illegale Zeitschrift ‚Český kurýr' (Tschechischer Kurier) drohte am 16. Dezember 1939:

Die Umsiedlung der Volksgenossen, begonnen von Adolf Hitler, wird in vollem Umfang durchgeführt werden, aber in umgekehrter Richtung, als sie der Führer

61 Zdeněk Peška: Pamětní spis o výměně obyvatelstva [Denkschrift über den Bevölkerungsaustausch] (vom August 1939). ČSNO Nr. 6. — Die Aussiedlungsforderungen sind also keine Reaktion auf das deutsche Vorgehen gegen die tschechischen Hochschulen und Studenten, wie *Kural:* Místo společenství konflikt 107, annimmt.

62 Bericht des ‚Petitionsausschusses Wir bleiben treu', Nr. 13, (an das Exil) vom 6.10.1939. ČSNO Nr. 11. Eingegangen spätestens am 16.11.1939. — *Táborský:* Pravda zvítězila 419-421.

63 Schreiben des Politischen Zentrums für (Beneš) vom 16.11.1939. ČSNO Nr. 15.

64 *Křen:* V emigraci 446.

65 *Brandes:* Die Tschechen unter deutschem Protektorat Bd. 1, 179.

vorgeschrieben hat. Alle unsere Vertrauensleute sind verpflichtet, sich die eingewanderten Deutschen und die überführten Helfer des Nazi-Regimes zu merken.[66]

Diese Drohung konnte noch so verstanden werden, als träfe die Aussiedlung nur diese beiden Kategorien. Ende Dezember 1939 konkretisierte auch der ‚Petitionsausschuß Wir bleiben treu' seine Position:

Die historischen Grenzen sind für uns der Ausgangspunkt; falls Korrekturen (Grenzzipfel, Freiwaldau, kurz, was jenseits der militärischen und wirtschaftlichen Grenzen liegt) international nötig wären – dann gegenseitig (Glatz?) und zur Reduktion der Zahl der Deutschen nutzen, die unumgänglich ist![67]

Auch aus Kreisen der polnischen Regierung wurden die Tschechen gedrängt, „sich eines Teil ihrer Deutschen zu entledigen und ihre strategische Grenze zu verbessern, besonders im Glatzer Gebiet".[68]

Das sudetendeutsche Exil und der Kriegsausbruch

Vom Hitler-Stalin-Pakt und dem folgenden deutschen Angriff auf Polen wurde die Führung der ‚Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten' überrascht. Jaksch befand sich auf einer Reise zu den Genossen in Skandinavien, Siegfried Taub war dabei, an der Grenze zwischen dem Protektorat und Polen ein Grenzsekretariat aufzubauen.[69] Auf den Kriegsbeginn reagierten die sudetendeutschen Sozialdemokraten in den Lagern um das ostenglische Badestädtchen Margate/Kent, wo mehr als die Hälfte von ihnen untergebracht war, ebenso wie ihre tschechischen und slowakischen Landsleute mit einem Bekenntnis zur Tschechoslowakischen Republik. Deutsche, Tschechen und Slowaken wollten „für die Rückkehr in unsere freie Heimat als eine Stätte des sozialen Fortschritts und der nationalen Gleichberechtigung [...] kämpfen", hieß es in einer gemeinschaftlichen Resolution, die auch von Reitzner unterzeichnet[70] und von verschiedenen Tageszeitungen aus-

66 *Ebenda.*

67 Bericht des ‚Petitionsausschusses Wir bleiben treu', Nr. 24, vom 28.12.1939. DHČSP II Nr. 379.

68 *Křen:* V emigraci 470, zitiert aus einem Vermerk Hejrets über seine Besprechung mit Popiel am 22.5.1940.

69 Protokoll der Parteivorstandssitzung vom 23.10.1939. SDA, NJ, Z-118-121.

70 Erklärung der „Gruppe der sudetendeutschen sozialdemokratischen Emigration (Jaksch-Gruppe) und der tschecho-slowakischen Gruppe" in Margate vom 1.9.1939. BA IV/31, 3/82. Diese Erklärung ist abgedruckt in: ČSNO Nr. 7.

zugsweise veröffentlicht wurde.[71] Die im ‚Czech Refugee Trust Fund' vertretenen Gruppen versprachen in einer weiteren Erklärung, alles für die Befreiung von der faschistischen Fremdherrschaft und für die Wiederherstellung einer demokratischen Tschechoslowakischen Republik zu tun. Als Unterzeichner wurden eine „tschechoslowakische" Gruppe und die Gruppen Beuer, Peres, Hicem (jüdisch), Lenk (sudetendeutsche Gewerkschaften) und Jaksch genannt. Wie dieser feststellte, hatte der sudetendeutsche Kommunist Beuer die Erklärung eigenmächtig auch im Namen der Lenk- und der Jaksch-Gruppe abgegeben, obwohl Kessler, der Vertreter der ‚Treuegemeinschaft' im ‚Trust Fund', seine Unterschrift mit Hinweis auf eine eigene Resolution seiner Partei verweigert hatte.[72]

Die in London lebenden Vorstandsmitglieder Kessler, Wiener und Kögler sprachen schon am 2. September 1939 persönlich bei Beneš vor, um ihren Text zu übergeben. Schnelles Handeln schien ihnen wegen der Gefahr der Internierung der deutschen Flüchtlinge geboten.[73] In ihrer Resolution setzten sie Beneš

in Kenntnis, daß die Sudetendeutschen in der wiedererstandenen Republik ein gleichberechtigter Faktor im Rahmen einer föderativen Verfassung werden wollen, die die Sicherheit der sozialen Existenz und die Freiheit der national-kulturellen Entfaltung verbürgt. Zu dieser Voraussetzung ersuchen wir Sie, im Verein mit uns mit den Regierungen in London und Paris darüber zu verhandeln, daß die Vereinbarung von München als außer Kraft gesetzt erklärt wird [...]. Durch die Ungültigkeit des Münchener Übereinkommens würde die staatsrechtliche Stellung der Sudetendeutschen geklärt. Wir sind uns aller damit verbundenen Konsequenzen bewußt.[74]

71 London Representative of the Sudeten German Refugees (Kessler) an alle Lagergemeinschaften vom 15.9.1939. PK 211, 14-17.

72 Erklärung der „Gruppe der sudetendeutschen sozialdemokratischen Emigration (Jaksch-Gruppe) und der tschecho-slowakischen Gruppe" in Margate vom 1.9.1939, Resolution der ‚Volné souručenství čs. skupin' vom 1.9.1939 mit Anschreiben Professor M. Ambrož an Masaryk vom 13.9.1939. BA IV/31, 82 und 144f. — Protokoll der Exekutivsitzung der ‚Treuegemeinschaft' vom 23.10. 1939. NJ, Z 118-121. — Die Resolution von Margate ist abgedruckt in: ČSNO Nr. 7.

73 Protokoll der Parteivorstandssitzung vom 23.10.1939. NJ, Z 118-121.

74 London Representative of Sudeten German Refugees an Beneš (vom 2.9.1939). BA IV/31, 113. Abgedruckt in: ČSNO Nr. 8. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche Bd. 2, 16, hat die Forderung nach einer „föderativen Verfassung" durch „..." ersetzt. Denn sie würde seiner These vom Gegensatz zwischen den drei Gesprächspartnern Benešs auf der einen und Jakschs auf der anderen widersprechen.

Auf tschechischer Seite kannte man Kessler als entschiedenen Anhänger der Tschechoslowakischen Republik.[75] Dieser betonte, „wie wichtig es für beide Seiten ist, daß die Deutschen von Anfang an am Aufbau des Staates positiv mitarbeiten". Beneš antwortete den drei Vertretern der Treuegemeinschaft, daß der freiwillige Eintritt von Sudetendeutschen in die Auslandsarmee dem tschechischen Volk erleichtern werde, zwischen den „nazistischen Peinigern und den demokratischen Deutschen [zu] unterscheiden". Nach dem Kriege würden sich in verschiedenen Teilen Europas „föderalistische Unionen" bilden. Auf Jakschs „innereuropäische Föderation" anspielend, bezeichnete er aber eine Föderation zwischen einem 80 Millionen-Staat und Kleinstaaten als unmöglich. „Mein Endziel sind die Vereinigten Staaten Europas." Die Frage der Staatsgrenzen sei für ihn nicht grundsätzlicher, sondern praktischer Natur, doch könne die Tschechoslowakei „in den Grenzen von München nicht leben". Masaryk und er selbst seien 1918 dafür gewesen, einen Teil der deutschsprachigen Gebiete abzutreten. Die Tschechoslowakei werde jedoch „auf jeden Fall viele deutsche Staatsbürger haben". Die Sudetendeutschen sollten sich entscheiden, ob sie „eine territoriale oder personelle Regelung" wünschten. „Bei [einer] territorialen Regelung käme eine Dreiteilung in tschechische, deutsche und gemischte Verwaltungsgebiete in Betracht." Beneš sprach sich auch für einen nationalen Proporz im öffentlichen Dienst aus. Allerdings brauche er Zeit für die psychologische Vorbereitung einer solchen Lösung. Die drei Sozialdemokraten erkannten an,

> daß heute der Zeitpunkt für paragraphierte Formulierungen nicht gekommen ist. Aber wir dürfen nicht desavouiert werden, wenn wir den Menschen, die wir zum Kampf für die Wiederherstellung der tschechoslowakischen Republik aufrufen, zugleich sagen, daß sie in diesem Staat Freie und Gleichberechtigte sein werden.

Beneš berichtete ihnen über die Stimmung im Protektorat:

> Die Quälereien der Diktatur im Protektorate, die von Sudetendeutschen verübt werden, während die Reichsdeutschen die Gentlemen spielen, haben Haß ausgelöst und einen Teil des Volkes sehr nationalistisch gemacht. Es wird von solchen Dummheiten gesprochen, wie Austreibung der Deutschen.[76]

Der Dualismus zwischen dem als „ruhig und gemäßigt bekannten" reichsdeutschen Reichsprotektor Konstantin von Neurath und seinem sude-

[75] Kessler forderte Reitzner am 10. September 1939 auf, den ehemaligen DSAP-Mitgliedern die freiwillige Meldung zur tschechoslowakischen Armee in Frankreich zu empfehlen. Vgl. ČSNO, Anm. 3 zu Nr. 7.

[76] Vermerk Kallas vom 29.1.1940. BA IV/31, 167ff. — „Gedächtnisprotokoll" von Kessler, Kögler, Wiener vom 2.9.1939. NJ, ZZ 368-370.

tendeutschen Stellvertreter Karl Hermann Frank, der sich nicht nur intern als Scharfmacher erwies, sondern sich auch öffentlich zu einer harten Politik bekannte und von Himmler auch noch zum Höheren SS- und Polizeiführer ernannt worden war, hatte sich negativ auf die Einstellung der tschechischen Bevölkerung zu den Sudetendeutschen ausgewirkt.[77]

Schon am 3. September 1939 beschlossen die sudetendeutschen Flüchtlinge der Lager bei Margate auf Antrag Reitzners, „als tschechoslowakische Soldaten für die Niederringung des Hitlersystems zu kämpfen".[78] Anfragen betreffend den Eintritt in Hilfsorganisationen der britischen Wehrmacht bzw. in die tschechoslowakische Armee seien an Reitzner zu richten, schrieb Kessler noch am selben Tag:

Ich glaube, daß jeder in diesen Stunden noch einmal den September 1938 still in sich erlebt und erlitten hat. Ich weiß nicht, ob es Euch so geht wie mir, daß man erst jetzt fühlt, wie richtig, wie gut unsere Partei, die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der ČSR mit ihrem Vorsitzenden, Gen. Wenzel Jaksch, ihren Weg gegangen ist.[79]

Der sozialdemokratische Gewerkschafter Josef Zinner sprach sich gegenüber Kessler gegen eine Propaganda für Autonomie oder das Selbstbestimmungsrecht aus, da er mit der Wiederherstellung der ČSR rechne. Die Treuegemeinschaft solle sich damit „begnügen, in Verhandlungen wegen Gleichberechtigung, Dezentralisierung und Gauverfassung einzutreten und in diesen Punkten die notwendigen Garantien und Zugeständnisse zu erreichen".[80] Die Gruppe Peres übernahm die Resolution der Treuegemeinschaft vom Vortage fast wörtlich, verzichtete aber bewußt auf den Begriff „föderativ" vor „Verfassung".[81] Nach einer Vorsprache bei Beneš plädierte die Gruppe für die Bildung eines „Aktionsausschusses" aus Vertretern aller antifaschistischen Kräfte einschließlich der Deutschen unter Benešs Führung.[82]

In seiner offiziellen Antwort auf die erwähnte Resolution der Treuegemeinschaft schrieb Beneš am 13. September: Er teile ihre Ansicht, daß

77 *Brandes:* Die Tschechen unter deutschem Protektorat Bd. 1, 28ff.

78 *Brügel:* Tschechen und Deutsche Bd. 2, 17.

79 Rundschreiben des London Representative of the Sudeten German Refugees (Kessler) vom 3.9.1939. PK 211, 12f.

80 Zinner an Kessler am 11.9.1939. Zitiert in: Menschen im Exil 306f.

81 Die Deutsch-Demokratische Freiheitspartei wurde von Dr. Alfred Peres (Obmann), Dr. Adolf G. Girschiek (Stellvertreter) und Dr. Rudolf Popper (Geschäftsführer) geleitet. — Resolution vom 7.9.1939. BA IV/31, 105.

82 Peres, Girschiek und Popper an Beneš am 27.9.1939. BA IV/31, 4f.

das Münchener Abkommen für uns nicht existiert, daß Nazi-Deutschland es durch sein gewaltsames und brutales Vorgehen selbst vernichtet hat. [...] Mit großer Freude werden wir gewiß zusammen mit Ihnen daran arbeiten, daß auch die Londoner und Pariser Regierungen die Münchener Entscheidung für völlig ungültig erklären.

Es verstehe sich von selbst, daß die Deutschen in der restaurierten Republik „ein gleichberechtigter Faktor werden müssen, der eine gesicherte Basis für seine soziale Existenz und die Freiheit seiner national-kulturellen Entwicklung haben wird". Er selbst trete, wie schon früher, für die Dezentralisierung des Staates ein, habe aber keine Vollmacht, sich auf eine konkrete Ausgestaltung des tschechisch-deutschen Verhältnisses festzulegen.[83] Bei ihrem zweiten Gespräch mit Beneš am 15. September vereinbarten Kessler, Kögler und Wiener mit Beneš, den Genossen

mitzuteilen, daß mit dem Eintritt Sudetendeutscher in die tschechoslowakische Legion noch zugewartet werden soll, da für uns Sudetendeutsche eine Reihe von Verhandlungen erst geführt werden muß.

Eine große Zahl zustimmender Erklärungen habe gezeigt, daß die Überreichung des Briefs am 2. September „der richtige Weg war", schrieb Kessler an die Lagergemeinschaften.[84]

De Witte und Katz, die sich selbst als „Großdeutsche" bezeichneten, waren jedoch über die Resolution und das Protokoll der Aussprache vom 2. September „entsetzt" und forderten „Maßnahmen gegen die Eigenmächtigkeit" Kesslers, Wieners und Köglers.[85] Der Parteivorsitzende Jaksch schaltete sich von Skandinavien aus in die Auseinandersetzungen ein. In dem in Oslo erscheinenden Parteiorgan ‚Sudeten-Freiheit' reklamierte er für die Sudetendeutschen das Recht auf Selbstbestimmung und freie Entscheidung über ihre staatliche Zugehörigkeit.[86] Die Differenzen innerhalb der Partei wurden auch nach außen offenkundig, als Kögler, Zinner und zwei weitere Gewerkschafter im Namen der „freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenorganisationen aus dem deutschen Sprachgebiete der früheren Tschechoslowakischen

83 BA IV/31, 106.

84 Rundschreiben Kesslers an alle Lagergemeinschaften vom 15.9.1939. PK 211, 14ff. — Offenbar für dieses Gespräch hatte Dr. Egon Schwelb „Vorschläge für den Neuaufbau der Republik" ausgearbeitet, in der er „die Gleichberechtigung nicht nur von Personen, sondern Völkern" forderte. (Schwelb) an Stránský am 12.5.1942. AÚTGM, BA (40), XI/7/15.

85 Protokoll der Exekutivsitzung der ‚Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten' vom 23.10.1939. NJ, Z 118-192.

86 ‚Sudeten-Freiheit. Informationsblatt der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten', Nr. 3, September 1939. BA IV/31, 121.

Republik in England" Beneš am 3. Oktober eine eigene Resolution übergaben, in der sie sich für „die Wiederherstellung der selbständigen Tschechoslowakischen Republik" aussprachen, ohne zugleich Gleichberechtigung und Föderalisierung zu fordern[87], während de Witte und Katz sich ebenfalls in einem Brief an Beneš von den Positionen distanzierten, die Kessler, Kögler und Wiener in den Gesprächen vom 2. und 15. September eingenommen hatten. Diese hätten „eigenmächtig, ohne Wissen der Partei und ihrer verantwortlichen Funktionäre" gehandelt. Die offizielle Haltung der Partei komme in der von der ‚Sudeten-Freiheit' erhobenen Forderung nach Selbstbestimmung zum Ausdruck. Dennoch hofften sie, daß Tschechen und Sudetendeutsche „in freien Willen [sic] und in gegenseitigem Verständnis einen Staat, ebenso fest und glücklich, wie die Schweiz es ist, erarbeiten könnten".[88]

Wenn die Tschechen die Republik in ihren historischen Grenzen wiederaufrichten wollten, schrieb Jaksch nach seiner Rückkehr Ende September, Anfang Oktober aus Schweden[89] an die Parteimitglieder, müssen sie „die Sudetendeutschen zur Teilnahme am neuen Staatsaufbau einladen. [...] Auf Grund 20jähriger Erfahrungen glauben wir, daß eine beiderseits zufriedenstellende Lösung nur auf der Basis einer sudetendeutschen Autonomie mit eigener Landesregierung möglich sein wird". Nur so könne die Majorität der Sudetendeutschen dafür gewonnen werden, zusammen mit den Tschechen „einen kleineren oder größeren Föderalstaat" zu bilden. „Unsererseits wird eine mehr als provisorische Vereinbarung, welche einer Empfehlung an die sudetendeutsche Bevölkerung gleichkommt, nicht angestrebt." Denn die Genossen in der Heimat hätten „das letzte Wort zu sprechen".[90]

87 Josef Zinner, Franz Kögler, Max Koutnik, Gustav Neumann an Beneš am 3.10. 1939. BA IV/31, 127. Abgedruckt in: ČSNO Nr. 10. — Entgegen der Behauptung Neumanns hatten sie nicht „die von der Partei gegebene Linie eingehalten". *Bachstein:* Wenzel Jaksch 209.

88 ‚Sudeten-Freiheit. Informationsblatt der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten', Nr. 3, September 1939. BA IV/31, 121. — De Witte und Katz an Beneš am 8.10.1939. BA IV/31, 127. Abgedruckt in: ČSNO Nr. 12. — *Bachstein:* Wenzel Jaksch 209f., vermutet, daß Jaksch hinter dieser Aktion gestanden habe, zumal er schon seit Ende September oder Anfang Oktober wieder in London weilte. — Kessler entzog sich den Auseinandersetzungen durch Auswanderung nach Neuseeland. Bericht Kallas an ČSNV vom 29.1.1940. ČSNO Nr. 18.

89 Rundschreiben des London Representative (Kessler) an alle Lagergemeinschaften vom 2.10.1939. NK 213, 367f.

90 Rundschreiben Jakschs vom 9.10.1939. TP, HI. Teilweise abgedruckt in: ČSNO Nr. 13. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche Bd. 2, 18. — *Křen:* V emigraci 438f. — Rud. Thomann an Kalla am 23.10.1939. BA IV/31, 129f.

Im Sinne der Taktik, unerfüllbare Forderungen zu stellen, formulierten de Witte und Katz kurz vor der ersten Sitzung der Partei-Exekutive nach Jakschs Rückkehr aus Schweden „Einige Grundprinzipien in Sachen Č.S.R. und Sudetenland". Die Partei müsse so umgestaltet werden, „daß sie als deutsche sozialistische Volkspartei auftreten kann und alle Schichten des Volkes zu erfassen vermag". Über die staatliche Zugehörigkeit des Sudetenlandes solle eine Volksabstimmung unter internationaler Kontrolle entscheiden. In der bis zu fünf Jahre langen Übergangszeit bis zur Abstimmung sei das Sudetenland unter „tätiger Mithilfe" von Völkerbundsorganen zu verwalten. Über den Ausgang der Volksabstimmung konnte eigentlich kein Zweifel bestehen. Falls überhaupt noch einmal ein Staat zusammen mit den Tschechen gebildet werden sollte, dürfe man sich nach den slowakischen Erfahrungen mit dem Pittsburgher Vertrag nicht mit Abmachungen über Autonomie- oder Föderationsabsichten begnügen. Die Abkehr vom tschechischen Nationalstaat müsse dann schon im Namen zum Ausdruck kommen. Das sudetendeutsche Gebiet brauche „volle Selbstverwaltung mit eigener Regierung, eigener Verwaltung der Monopole, eigener Polizei und eigener Ordnung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten". Dem gemeinsamen Staat wollten Katz und de Witte nur das Staatsoberhaupt, die Außenvertretung, die Staatsbank, die Verwaltung der Zölle und das Militär zugestehen und seine Kompetenzen auch noch durch ein Vetorecht der autonomen Teile einschränken und diese Verfassung durch internationalen Schutz garantiert wissen.[91] Die Taktik, unerfüllbare Forderungen zu stellen, beherrschten die beiden Sozialdemokraten also noch besser als die Sudetendeutsche Partei im Jahre 1938.

Auf der Sitzung der Partei-Exekutive am 23. Oktober 1939 wiederholten die ‚Großdeutschen' de Witte und Katz ihre Kritik an Kesslers, Wieners und Köglers Aktion. Jaksch hielt eine „glatte Desavouierung des geschehenen Schritts" für falsch, doch solle die Partei „die Autonomieforderung scharf herausarbeiten, um nach Ablehnung durch die Tschechen unsere Operationsfreiheit wiederzugewinnen", und zwar für den Fall, daß die Westmächte wegen der russischen Gefahr ein starkes Deutschland wünschten. Katz ergänzte: Wenn der Krieg mit Verhandlungen ende, „wie sehen wir dann mit unseren Erklärungen aus, wenn das Sudetengebiet bei Deutschland bleibt".[92] Und de Witte verlas die

[91] Memorandum von de Witte und Katz vom 18.10.1939 (mit Anschreiben Josef Bělinas an Beneš vom 30.11.1939). BA IV/31, 95ff.

[92] Elaborat des Innenministeriums/IV. odd. (von Mitte Juli 1942). PK 213. — *Křen:* V emigraci 437.

eben erwähnten „Grundprinzipien". Kessler, Wiener und Kögler rechtfertigten ihr schnelles Handeln mit der Gefahr der Internierung der Parteimitglieder. Die Wiedererrichtung der Tschechoslowakei nach dem Krieg hielten sie für wahrscheinlich; in dieser werde es auf jeden Fall Deutsche geben. Kessler konnte sich „sehr gut vorstellen, daß das sudetendeutsche Industriegebiet im Zusammenhang mit den tschechischen Agrargebieten die besseren Lebensmöglichkeiten bietet". Kögler hatte Jakschs Rundschreiben als „Privatmeinung" bezeichnet. Vor der Partei-Exekutive erklärte er: „Wir können uns nicht auf den Standpunkt stellen, daß wir 20 Jahre versklavt waren." Er kritisierte auch Jakschs Position in der Frage des Wehrdienstes und seine Forderung nach einem Landeshauptmann. Jaksch wandte sich daraufhin gegen „Leute [...], die ohne Rücksicht auf die Zukunft des Sudetengebietes zurückkehren wollen". Da sich Jaksch mit Reitzner, de Witte und Katz in der Minderheit bzw., falls Zinner als Gewerkschaftsvertreter nicht als stimmberechtigt anerkannt wurde, in einer Patt-Situation gegenüber Kessler, Kögler, Wiener, Kirpal (und Zinner) befand, vermied er eine Abstimmung, während die tschechoslowakisch orientierten Vorstandsmitglieder vielleicht den Fehler begingen, eine solche nicht zu beantragen.[93] Die Opposition wollte allerdings damals nicht mit Jaksch brechen, da sie sein Ansehen in der Heimat sehr hoch einschätzte und hoffte, ihn noch auf ihre Seite ziehen zu können.[94] Zu dem Versuch der Treuegemeinschaft, sich die Wahl zwischen der Tschechoslowakischen Republik und einem demokratischen Deutschland offenzuhalten, meinte Táborský: „Dann behalten wir uns eben das Recht vor, euch, wenn es uns paßt, in jenes ‚demokratische' Deutschland zu schicken, nach dem ihr so schielt. Aber ohne die Sudetengebiete."[95]

Immer häufiger hörten besonders die Sudetendeutschen in Frankreich den Ruf nach der Aussiedlung aller Deutschen. In Absprache mit tschechoslowakischen Genossen von Ende Dezember 1939, die die Zwangsaussiedlung ablehnten, legten drei sudetendeutsche Sozialdemokraten in Paris eine kleine Schrift mit dem Titel „Drei Millionen Sudetendeutsche sollen auswandern?" vor. Wer die Sudetendeutschen ohne Befragen aussiedeln wolle, sei „bei den Diktatoren in die Schule gegangen"; er akzeptiere den Hitlerschen Grundsatz „ein Volk, ein Reich". Die Sudetendeutschen fühlten sich mit Österreich verbunden, zu Preu-

[93] Protokoll der Exekutivsitzung der ‚Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten' vom 23.10.1939. NJ, Z 118-192.

[94] Vermerk Kallas vom 29.1.1940. BA IV/31, 167ff. — „Gedächtnisprotokoll" von Kessler, Kögler, Wiener vom 2.9.1939. NJ, ZZ 368-370.

[95] *Táborský:* Pravda zvítězila 377 (Vermerk vom 9.10.1939).

ßen könne man sie nicht machen. Die Aussiedlung werde die Tschechoslowakei „in eine wirtschaftliche Katastrophe führen, von der sie sich viel weniger wird erholen können als von der politischen Katastrophe, von der sie am 15. März betroffen wurde". Die Aussiedlung werde zudem den Pangermanismus wieder aufleben lassen, die Sudetendeutschen „zur Keimzelle eines neuen Revanchismus" machen und zur „Perpetuierung des sudetendeutschen Problems" führen. Die Austreibung der großen Masse der Sudetendeutschen sei abzulehnen, doch könnten die „Verantwortlichen und Mitverantwortlichen" kein Heimatrecht für sich beanspruchen. In dieser Schrift taucht also erstmals eine Idee auf, die als Vertreibung von „Schuldigen" in künftigen Verhandlungen noch eine Rolle spielen sollte. „Die Existenz einer festorganisierten demokratischen Gruppe, die nach dem Sturze des Hitlerregimes allein das Recht politischer Willensäußerungen besitzen wird", biete dagegen die Garantie für ein friedliches Zusammenleben.[96]

Von Jakschs „Richtlinien" zur Holmhurster Deklaration vom März 1940

Ende November 1939 hatte Jaksch „Richtlinien für die Auslandsarbeit der Sudetendeutschen Sozialdemokratie" entworfen. Über die staatliche Zugehörigkeit der Sudetengebiete sei durch die Diktate von St. Germain und München einseitig entschieden worden. Das Münchener Abkommen sei nicht nur ein Diktat gegenüber den demokratischen Sudetendeutschen, sondern auch für „den autonomistisch orientierten Teil der Anhänger Henleins" gewesen, hatte Jaksch formuliert und damit angedeutet, für wen er auch sprechen wollte. Das Selbstbestimmungsrecht interpretierte Jaksch im Sinne einer autonomen Landesregierung und sprach von einer Föderation mit Österreich, Ungarn, Polen und Rumänien an Stelle einer „innereuropäischen" mit Deutschland – wie noch im Juni.[97]

96 *Brügel/Goldschmidt/Kolarz:* Le problème du transfer de populations. — Menschen im Exil 133-135. — PS 212, 64-104. — PK 190. — Dieses Memorandum übergab Jaksch Beneš. General Miroslav (Neumann) an Beneš, Šrámek und Ripka am 5.5.1940. PK 213, 124-127.

97 Richtlinien-Entwurf vom 27.11.1939. BA IV/31, 114ff. Abgedruckt in: ČSNO Nr. 14. — Memorandum von Jaksch: „Principles of International Policy for the Sudeten German Social Democrats" (mit Anschreiben an Makins vom 11.1. 1940). FO 371/24291, 11-18. — Jakschs Telegramm an Attlee vom

Jakschs Verzicht auf die großdeutsche Option in den „Richtlinien" dürfte mit der Anerkennung des ČSNV ebenso zusammenhängen wie mit der Festlegung der reichsdeutschen Sozialdemokratie auf die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937. Curt Geyer setzte sich im ‚Neuen Vorwärts' für die Wiederherstellung der Tschechoslowakei einschließlich des Sudetenlandes ein. Die deutsche Demokratie denke nicht daran, „sich listig hitlersche Eroberungen für den Aufbau des neuen freien Deutschlands zunutze zu machen". Wenige Tage darauf kritisierte der SPD-Vorstand Jakschs Vorstellung einer „innereuropäischen Föderation". In einem Staat, in dem die Deutschen mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen würden, könne eine deutsche Vormachtstellung nicht verhindert werden.[98] Die ‚Volkssozialistische Bewegung Deutschlands', der Jaksch programmatisch verbunden war, schrieb nämlich Beneš, daß sie sich „in der gleichen Weise gegen das Unrecht vom März 1939 wie gegen das Unrecht vom September 1938 auflehnt".[99] Friedrich Stampfer, Mitglied des SPD-Vorstands und zugleich Herausgeber des ‚Neuen Vorwärts', notierte über eine Gespräch mit Beneš am 19. Oktober 1939:

St meint, Deutschland müsse zufrieden sein, wenn es so aus der Hitlerzeit herauskommt, wie es in sie hineingegangen sei. B: Also die Grenzen von Weimar! St: Ja, und es wäre Sache der aus dem Reichsgebiet wieder Ausscheidenden, über sich selbst zu bestimmen. Auch eine Donauföderation wäre für D[eu]tschl[an]d erträglich, wenn es nach dem Kriege eine Einheit bleibt.[100]

Die reichsdeutschen Sozialdemokraten Ollenhauer, Vogel und Sander sagten ihren tschechoslowakischen Genossen, daß „die demokratischen Deutschen die Erneuerung Deutschlands in den Grenzen von Versailles wünschen". Sie versprachen sogar, Jaksch ihre Haltung mitzuteilen.[101] In ihrem Aufruf an die deutsche Bevölkerung, sich nicht am Naziterror

8.11.1939 hatte die gleiche Tendenz. Vgl. *Bachstein:* Wenzel Jaksch 215. — In einem undatierten Memorandum gab die ‚Treuegemeinschaft' zwar einer großen Föderation mit Deutschland den Vorzug, doch sollte diese nicht zu erreichen sein, plädiere sie für eine kleinere ostmitteleuropäische Föderation. Memorandum (o. D.). BA IV/31, 301 ff.

98 *Behring:* Demokratische Außenpolitik für Deutschland 373-377.

99 Hans Jaeger und Eugen Brehan an Beneš am 8.10.1939. BA IV/18, 641.

100 Vermerk Stampfers über eine Besprechung mit Beneš vom 19.10.1939. Mit dem Gesicht nach Deutschland Nr. 77. — In bezug auf dieses Gespräch konstruiert *Brügel:* Tschechen und Deutsche Bd. 2, 20, einen Gegensatz zwischen Stampfer und Jaksch, was nur möglich ist, indem er Stampfers Aussage über die „Donauföderation" unterschlägt.

101 Vermerk über eine Besprechung Bechynĕs, Bĕlinas und Kříźs mit Vogel, Ollenhauer und Sander vom 18.12.1939. BA IV/18, 631.

in Polen und der Tschechoslowakei zu beteiligen, schrieb die SPD: „Die Grenzen, die Hitler zieht, sind nicht endgültig. Die Eroberungen, die er gemacht hat, werden vergehen."[102]

Die „Richtlinien für die Auslandsarbeit" dienten Jaksch als Unterlage für sein Gespräch mit Beneš am 4. Dezember 1939.[103] Dem Foreign Office überreichte er Mitte Januar 1940 eine überarbeitete Version der Richtlinien.[104] Damit bereitete er den nächsten Schritt vor. Am 1. Februar 1940 bat er das Foreign Office um die Anerkennung eines ‚Sudeten-German Office for Freedom and Home Rule', als dessen Initiatoren er sich selbst, de Witte und Siegfried Taub bezeichnete. Dieses sollte als „Vertretung der demokratischen Kräfte innerhalb der sudetendeutschen Bevölkerung" tätig werden und seine gesellschaftliche Basis so bald wie möglich erweitern. Dabei erinnerte Jaksch an die Zusammenarbeit der deutschen sozialdemokratischen, christlich-sozialen und Landwirtepartei in der Tschechoslowakischen Republik. Von der Grundlage des anerkannten ‚Sudeten-German Office' aus sollten die Verhandlungen mit dem ČSNV aufgenommen werden. Einerseits könne eine Vorentscheidung über die zukünftige Stellung der Sudetendeutschen, wie sie ein Anschluß an den ČSNV bedeuten würde, andererseits aber auch der Eindruck vermieden werden, als hätte die Partei die Eingliederung des Sudetenlandes in „Großdeutschland" akzeptiert. Taub, dessen Übersiedlung aus Schweden nach England sich wegen eines Herzanfalls verzögert hatte, sollte Jaksch bei der Integration der innerparteilichen Opposition und als „Tschechophiler" bei den Verhandlungen mit dem ČSNV helfen.[105] Im Sinne seines Plans, ein Sudeten-German Office zu konstituieren, ließ Jaksch Beneš das Konzept eines Schreibens überrei-

[102] SOPADE an Beneš und Sikorski am 25.1.1940. BA IV/18, 646ff., und PRM 15/9.

[103] *Beneš:* Paměti 318. — *Feierabend:* Beneš mezi Washingtonem a Moskvou 119.

[104] Jaksch an Makins am 11.1.1940. FO 371/24291, 11-18. — Rundschreiben Jakschs vom 17.1.1940. BA/V. Bělina. Abgedruckt in: ČSNO Nr. 16. — *Křen:* V emigraci 441f. — Čechoslovák v Anglii vom 2.2.1940.

[105] Kučera an Smutný am 22.12.1939. BA IV/32/21, 48. — Jaksch an Makins am 1.2. und 26.3.1940 mit Vermerken von Young, Roberts, Makins. FO 371/24291, 22 u. 58ff. — Siegfried Taub hatte Beneš schon am 14. März 1939 versichert, daß er sich ihm „gern selbstlos zur Verfügung stellen wolle". Taub an Beneš am 14.3.1939. BA V/Taub. — Anfang April 1940 hatte Taub endlich das Visum erhalten, doch lief es am 15. April aus, und zu diesem Zeitpunkt konnte Taub noch nicht fahren. Walter Taub an Smutný am 6.4.1940. BA IV/32/21, 176. — Der Brünner Siegfried Taub hatte eng mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden Dr. Ludwig Czech zusammengearbeitet und sprach fließend Tschechisch. Vgl. Menschen im Exil 51.

chen, in dem er eine „weitestgehende Parallelität" und „weitblickende Bündnispolitik" der tschechischen und der sudetendeutschen „Freiheitsbewegung" vorschlug.[106] Das Foreign Office lehnte den Antrag jedoch mit der Begründung ab, daß Jaksch nur ein Sechstel der sudetendeutschen Wähler von 1935 vertrete, so daß dieser seinen Plan aufgeben mußte.[107]

Zwei Tage vor der Vorstandssitzung der Treuegemeinschaft in Loughton/Essex im Landhaus Holmhurst appellierte Beneš an die Sudetendeutschen, sich auf die Seite der Tschechen zu stellen und sie sich dadurch zu verpflichten.[108] Am 10. März 1940 verabschiedete der Parteivorstand in Holmhurst eine Grundsatzerklärung, die auf Jakschs „Richtlinien" beruhte und in weiten Passagen mit diesen identisch war, doch läßt sich vom ersten Entwurf über die dem Foreign Office übergebene Version bis zur Erklärung vom März eine Akzentverschiebung in Richtung Tschechoslowakei feststellen.[109] Die Erklärung berief sich auf Bemühungen der österreichischen Sozialdemokratie, die Habsburgermonarchie in einen Nationalitäten-Bundesstaat zu verwandeln, und auf den Kampf der Partei gegen die Henlein-Bewegung und den Nazi-Imperialismus. Aufgabe der freien Deutschen sei die „Ausrottung des imperialistischen Geistes in der eigenen Nation, die Überwindung aller Vorherrschaftsträume und die Zurückführung der Deutschen zu ihrer Mittlerrolle zwischen Ost und West, Nord und Süd. „Die besondere Sendung der Sudetendeutschen ist es dabei, eine Brücke zwischen deutschem und slawischem Wesen zu sein." Angesichts der Siedlungsverhältnisse in Böhmen und Mähren werde stets „eine größere oder kleinere Zahl Deutscher mit dem tschechischen Staatsproblem verbunden" sein.

„Deshalb [Berufung auf die Tradition der Partei] schließt unser Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht die Anerkennung aller wirtschaftlichen und geographischen Verbundenheiten mit den historischen Räumen Böhmens und Mährens-Schlesiens in sich."

106 Entwurf eines Schreibens von Jaksch und de Witte an Beneš (Ende Februar/Anfang März 1940). ČSNO Nr. 19.

107 Jaksch an Makins am 1.2. und 26.3.1940 mit Vermerken von Young, Roberts, Makins. FO 371/24291, 22 und 58ff. — Wie Glees zu der Aussage kommt, das Foreign Office habe der Errichtung des ‚Sudeten-German Office' zugestimmt und Jaksch aus eigener Initiative seinen Antrag zurückgezogen, ist mir unerfindlich. Vgl. *Glees:* Exile politics 47f.

108 ‚Čechoslovák v Anglii' vom 15.3.1940.

109 Meine Einschätzung unterscheidet sich deutlich von der Kurals, der eine Kontinuität großdeutscher Vorstellungen bei Jaksch annimmt. Vgl. *Kural:* Místo společenství konflikt 94.

Im Entwurf vom November 1939 hatte sich beides noch „nicht ausgeschlossen“, in der Version für das Foreign Office wurden die Verbundenheiten „betont“. Schon in den Richtlinien enthalten war folgende Passage:

Will die tschechische Politik auf die Methode des einseitigen Diktats verzichten und eine Neuorganisation des Staates in demokratischen Formen vorbereiten, dann ist es ihre Aufgabe, zur gegebenen Zeit die Vertreter der sudetendeutschen Bevölkerung einzuladen, alle Fragen betreffend die Grenzen, den Aufbau und den Inhalt des Staates im Wege freier Vereinbarungen zu klären. Nur diese Methode würde für die Verständigungskräfte in der sudetendeutschen Bevölkerung den Boden schaffen, für die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes im Sinne einer Staatsgemeinschaft mit dem tschechischen Volke erfolgreich eintreten zu können.

Die Erklärung forderte

die Autonomie in allen Angelegenheiten, die nicht der Natur der Sache nach ausschließlich gesamtstaatlich geregelt werden müssen. Dieses Bedürfnis kann durch ein System der lokalen Selbstverwaltung allein nicht befriedigt werden. Die drei Millionen Sudetendeutschen brauchen daher eine zentrale Repräsentanz ihrer Gesamtinteressen, bestehend aus Landesparlament und Landesregierung.

Das Landesparlament war neu in die Erklärung gekommen. Die strittigen Grenzfragen seien nur innerhalb „einer demokratischen Verfassung der europäischen Föderation“ zu lösen. Die „gesamteuropäische Lösung“ war schon im Entwurf vom November angedeutet, aber die dort enthaltene Erwähnung einer Donauföderation wurde fallengelassen. Im Entwurf hatte Jaksch die „administrative Abgrenzung“ und „Anerkennung des geschlossen deutschen Sprachgebiets in Böhmen und Mähren“ gefordert. Im Rahmen einer föderativen Staatskonzeption, hieß es in der Erklärung, „werden sich durch eine zweckmäßige Kombination von Territorial- und Personalautonomie auch die Fragen der administrativen Abgrenzung erfolgreich lösen lassen“. Am weitesten wich die Erklärung im März von Jakschs Entwurf in der Frage der Sprachgrenze ab. Jaksch hatte formuliert:

Das Problem der beiderseitigen Sprachinseln könnte dabei eine großzügige Lösung nach den Grundsätzen der Personalautonomie finden. Nur an jenen wenigen Punkten, wo eine administrative Abgrenzung der Sprachgebiete vor allem aus verkehrstechnischen Gründen nicht möglich ist, wäre ein Bevölkerungsaustausch in Betracht zu ziehen.

In der Version vom Januar 1940 ist dieser zweite Satz, der besonders nach dem Kriege Anlaß zu heftigen Kontroversen gab, nicht mehr enthalten. Die Erklärung vom März reagiert schon auf Vertreibungspläne: „Eine Lösung der deutsch-tschechischen Grenzfragen durch zwangsweisen Bevölkerungsaustausch lehnen wir als undemokratisch und bar-

barisch ab."[110] Allerdings erfuhr Beneš noch nach der Verabschiedung der Holmhurster Erklärung, daß Jaksch „an den Sprachinseln, Prag, Brünn [...] kein Interesse" habe, aber die Rückkehr zu den historischen Grenzen wünsche.[111] Als Jaksch und de Witte die Erklärung Beneš übersandten, betonten sie, daß sie von ihm keine augenblickliche Stellungnahme oder Entscheidung erwarteten, da die „gegenwärtige psychologische Verfassung des tschechischen Volkes" frühzeitige Entscheidungen erschwere. „Auch für unseren Teil fühlen wir uns durch ähnliche Rücksichten auf unsere Heimatposition gebunden." Die Parteileitung wolle „die frühere vertrauensvolle Zusammenarbeit konsequent fortsetzen" und „die notwendigen Klarstellungen zwischen den Auffassungen der tschechoslowakischen und der sudetendeutschen Demokratie in freundschaftlichstem Geiste [...] führen".[112] In seiner Antwort begrüßte Beneš, daß die Partei „das Schicksal der Deutschen aus den tschechoslovakischen Ländern mit dem Schicksal unseres Volkes" verbinde.[113] Er sei für die Erneuerung des tschechoslowakischen Staates und gegen die Abtrennung der Sudetengebiete, sagte Jaksch Anfang Mai 1940 einem V-Mann der tschechoslowakischen Abwehr.[114]

Jaksch wurde wiederholt wegen seiner guten Beziehungen zu Otto Strasser angegriffen. Dieser erklärte damals zwei tschechischen Gesprächspartnerinnen, er halte es für einen Fehler, Ostpreußen von Deutschland abtrennen zu wollen. Deutschland solle jedoch in mehr oder weniger autonome Einheiten aufgeteilt werden, ähnlich wie die Schweiz in Kantone. Er trete für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein, das auch den Sudetendeutschen gewährt werden müsse.

Er verstehe aber, daß die Tschechoslowakei Deutschland nicht vertrauen könne, sich von diesem bedroht fühlen müsse und deshalb militärstrategische Grenzen brauche. Damit die Tschechoslowakei sich sicher fühle, müsse Deutschland seine Friedfertigkeit beweisen. Deshalb sollten die Sudetengebiete 10 Jahre lang der Tschechoslowakei angegliedert werden, dann könne entsprechend dem Selbstbestimmungsrecht entschieden werden. Soweit es um die sog. deutschen Inseln in der ČSR gehe, könne man nach Strassers Meinung zur Aussiedlung und zum Austausch der Bevölkerung schreiten, vielleicht gegen die Lausitzer Sorben.[115]

110 Deklaration von Holmhurst (London) vom 10.3.1940. BA IV/31, 207ff. — Zu den Auseinandersetzungen nach dem Kriege siehe *Bachstein:* Wenzel Jaksch 217. — Im Gegensatz zu *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš 262ff., betone ich den allmählichen Wandel in Jakschs Anschauungen.

111 Vermerke Smutnýs vom 24.3. und 5.4.1940. DHCSP I, Nr. 71 und 80.

112 Jaksch und de Witte an Beneš am 14.3.1940. ČSNO Nr. 22.

113 Beneš an Jaksch und de Witte am 27.3.1940. ČSNO Nr. 23.

114 General Neumann an Ripka am 5.5.1940. AÚTGM, BAV, B, kr. 129.

115 Vermerk Leierovás über eine Besprechung mit Strasser vom 22.4.1940. AÚTGM, PK 192, 55.

Eintritt in die tschechoslowakische oder die britische Armee?

Am 10. September 1939 hatte Kessler dem Leiter des Lagers Margate Richard Reitzner vorgeschlagen, die Parteimitglieder zum freiwilligen Eintritt in die tschechoslowakische Armee aufzurufen. Kurz darauf schrieb ihm Jaksch jedoch aus Schweden, daß „nicht nur vom politischen, sondern auch vom persönlichen Interessenstandpunkt her" allein der Eintritt in die britische Armee zu empfehlen sei, zumal damals nur für das Pionierkorps (Corps of Engineers) gemustert wurde. Die genannten „persönlichen Interessen" sind wohl als Hinweis auf die besonderen Gefahren zu verstehen, denen Sudetendeutsche im Falle der Gefangennahme als „Landesverräter" ausgesetzt gewesen wären. Gegen Jakschs Instruktionen protestierten am 20. September 1939 einige jüngere Lagerinsassen von Margate unter der Führung des ehemaligen Textilarbeitersekretärs Max Koutnik.[116] Der Lagerleiter Reitzner stellte daraufhin die Wahl zwischen der tschechoslowakischen und der britischen Armee frei.[117] Bei ihrer zweiten Vorsprache bei Beneš vereinbarten Kessler, Wiener und Kögler mit Beneš, ihre wehrfähigen Parteimitglieder noch nicht zum Eintritt in die Auslandsarmee aufzurufen, da für die Sudetendeutschen noch eine Reihe von Verhandlungen geführt werden müßten.[118]

Die Gruppe Peres schrieb Beneš Ende September 1939, sie sei „nach reiflicher Überlegung" auf dessen Standpunkt eingeschwenkt, „daß in der geplanten tschechoslowakischen Armee keine Formationen der einzelnen Nationalitäten geschaffen werden sollen". Die Kommandosprache könne Tschechisch sein, doch sollte die deutsche intern der tschechischen und slowakischen Sprache gleichgestellt werden.[119] Später stellte auch diese Gruppe ihren Mitgliedern die Wahl zwischen der tschechoslowakischen und britischen Armee frei. Da Offiziere, die „reaktionäre und faschistische Tendenzen fördern", nach Meinung von Peres entscheidenden Einfluß in der tschechoslowakischen Armee besaßen, habe sich die Mehrheit der Mitglieder seiner Gruppe für die britische, eine „wahrhaft demokratische[n] Armee", entschieden.[120] Bei dieser Entscheidung dürfte jedoch auch die Furcht eine Rolle gespielt ha-

116 *Bachstein:* Wenzel Jaksch 208-211.
117 Koutník an Kalla am 20.9.1939. BA IV/31, 152ff.
118 Rundschreiben Kesslers vom 15.9.1939. PK 211, 12f.
119 Peres, Gierschiek und Popper an Beneš am 27.9.1939. BA IV/31, 4f.
120 Rundschreiben von Alfred Peres (o. D.). BA IV/31, 8.

ben, die ihnen im Falle einer Gefangennahme sowohl als Landesverräter bzw. in vielen Fällen als Juden drohte.

Nach seiner Rückkehr aus Schweden schrieb Jaksch an die Parteimitglieder, daß die Leitung der Treuegemeinschaft keinen „allgemeinen Appell zum Eintritt in die tschechoslowakische Armee erlassen" werde. Andererseits habe sie „nicht die Absicht, einzelne Genossen, besonders aus dem Protektoratsgebiet [!], die sich spontan zur tschechoslowakischen Armee melden, von diesem Schritt abzuraten". Dem Gros der wehrfähigen Männer empfehle er aber den Eintritt in die britische Armee.[121] Solange die staatsrechtliche Stellung der Sudetengebiete nicht geklärt sei, sei der freiwillige Eintritt in die britische Armee vorzuziehen, bekräftigte Jaksch seine Position im November 1939.[122] Mitte Januar 1940 überreichten Jaksch und Reitzner den Briten eine Liste mit 137 Freiwilligen für die britische Armee.[123] Jaksch informierte seine Genossen am 17. Januar, daß in der nächsten Zeit eine Mobilisierung für die tschechoslowakische Armee zu erwarten sei, doch habe er erreicht, daß sich eine „verbindliche Mobilisierungsorder für Flüchtlinge deutscher Nationalität, welche aus dem Gebiete der Tschechoslowakei in den vormünchner [sic] Grenzen kommen, nicht in Frage kommen kann". Es sei jedoch mit einem Appell zum freiwilligen Eintritt in die tschechoslowakische Armee zu rechnen.

Wir wollen in dieser Frage ebensowenig Zwang ausüben wie bei den Meldungen zur englischen Armee. Wir müssen aber unsere wehrfähigen jüngeren Leute sehr ernst aufmerksam machen, daß sie vor der englischen Umgebung in eine unangenehme Lage kommen werden, wenn sich nach einiger Zeit herausstellt, daß sie sich nirgends gemeldet haben.[124]

121 Rundschreiben Jakschs vom 9.10.1939. TP, HI. Teilweise abgedruckt in: ČSNO Nr. 13. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche Bd. 2, 18. — *Křen:* V emigraci 438f. — Wie der sudetendeutsche Freiwillige Rudolf Thomann dem tschechoslowakischen Militärattaché Kalla am 23.10.1939 berichtete, hatte Reitzner auf einer Versammlung am 17.10.1939 erklärt, daß er nicht an die Wiedererrichtung der ČSR in den alten Grenzen glaube und er keinen allgemeinen Aufruf zum Eintritt in die tschechoslowakische Armee zulassen werde. Eher würden er und seine Anhänger sich internieren lassen. BA IV/31, 129f.

122 Rundschreiben des London Representative of the Sudeten German Social-Democratic Party (Jaksch) vom 24.11.1939. AÚTGM, BAV, B, Kart. 129 und PK 212, 95ff.

123 Jaksch an Makins am 11.1.1940. FO 371/24291, C702/534/12. — Rundschreiben Jakschs vom 17.1.1940. BA/V. Bělina. Abgedruckt in: ČSNO Nr. 16. — *Křen:* V emigraci 441f. — Čechoslovák v Anglii vom 2.2.1940.

124 Rundschreiben Jakschs an die Mitglieder der ‚Treuegemeinschaft' vom 17.1. 1940. ČSNO Nr. 16.

Drei Tage später stellte er fest, daß „einige Agenten eine unterirdische Aktion für den Widerruf der bereits erfolgten Anmeldungen zur britischen Armee betreiben, die geeignet sind, den guten Ruf unserer Gruppe zu schädigen". Man scheue nicht davor zurück, sich mit tschechischen Stellen zu beraten, mit welchen Argumenten man gegen die Meldung zur britischen Armee arbeiten solle. Es gehe darum,

ob die demokratischen Sudetendeutschen künftig Objekt oder Subjekt der Politik sein sollen. Kein einziger Parteifunktionär hat bisher mündlich oder schriftlich den Standpunkt vertreten, daß wir unsere Ansprüche, Subjekt der künftigen Entscheidungen zu sein, durch eine bedingungslose Meldung unserer Genossen zur tschechischen Auslandsarmee aufgeben sollen.

Eine unabhängige Haltung hätten auch die Genossen in Skandinavien gefordert.

Demgegenüber haben wir in England die beschämende Erscheinung, daß einige Leute auf Kosten des Ansehens der Partei und hinter unserem Rücken direkt als Werbeagenten einseitiger, tschechischer Interessen tätig sind. Mit einer raffinierten Flüsterpropaganda werden jene Genossen, die sich zur engl. Armee gemeldet haben, unter Druck gesetzt. [...] Diese Erscheinungen sind ein Zeichen dafür, daß die schon längst fällige Säuberung unserer Englandgruppe sobald als möglich u. z. [sic] mit eiserner Hand durchgeführt werden muß.[125]

Der erwartete Appell Benešs wurde am 23. Januar 1940 im ‚Čechoslovák v Anglii', und zwar in tschechischer und deutscher Sprache veröffentlicht. In den folgenden Tagen meldeten sich Sprecher mehrerer Lager beim zuständigen tschechoslowakischen Militärattaché, weitere kündigten ihren Besuch an.[126] Den Aufruf hätten sie mit Begeisterung gelesen; sie wollten für die Wiederherstellung der Tschechoslowakei kämpfen, telegrafierten fünf Sozialdemokraten, unter ihnen Max Koutnik, aus Montrose (Margate) an Beneš.[127] Koutnik und weitere zehn Oppositionelle wurden nicht nur aus der Partei ausgeschlossen, sondern auch An-

125 Rundschreiben Jakschs an Mitglieder des Parteivorstands und Lagerleiter vom 20.1.1940. AÚTGM, 40, XI/7/9.

126 Nämlich Koutnik, Schwarz und Hochner für das Lager Montrose/Margate, Josef Nitsch für Surrey Hills/Surrey, Sigmund Löwi für Sheerwother Lodge, angekündigt waren die Besuche des ehemaligen Senators Heinrich Müller für Burchett House, des 2. Vorsitzenden des Internationalen Arbeiterturnverbandes und des ehemaligen Abgeordneten Kögler für Westbourne Terrace, London. Kalla an Militärverwaltung des ČSNV am 29.1.1940. ČSNO Nr. 18. — Siehe auch *Brügel:* Tschechen und Deutsche Bd. 2, 18.

127 Telegramm von Alois Giesa, Dr. Herbert Hofmann, Max Koutnik, Max Lippert und Ernst Schwarz an Beneš vom 25.1.1940. BA IV/31, 183f.

fang März in ein anderes Lager überführt.[128] Am 26. Januar 1940 wurde mit dem War Office vereinbart, daß die Sudetendeutschen frei zwischen der tschechoslowakischen und der britischen Armee wählen könnten.[129] Unter den 415 Personen, die sich in Großbritannien im Januar freiwillig zur tschechoslowakischen Armee gemeldet hatten, waren 112 Deutsche.[130] Dagegen dienten Mitte April 1940 nur 39 Genossen, d. h. Mitglieder der Jaksch-Gruppe, in der britischen Armee.[131]

Tschechoslowakische Werbeoffiziere versuchten, Druck auf die sudetendeutschen Flüchtlinge auszuüben. Für den Fall der Ablehnung des Eintritts in die Armee deuteten sie die Möglichkeit an, ihnen die tschechoslowakischen Pässe zu entziehen, und verwiesen auf mögliche negativen Folgen für die Verwandten in der Heimat oder für die Flüchtlinge selbst im Falle einer Rückkehr in die Heimat. Die Meldung zur britischen Armee könne „nicht als vollwertige Pflichterfüllung im Kampf für die Freiheit angesehen werden".[132]

Mit Unterstützung des Trust Fund lebten die geflohenen tschechoslowakischen Staatsbürger ‚in Wohlstand'. Ein Teil von ihnen denke deshalb nicht daran, sich zur tschechoslowakischen Armee zu melden, sagte Beneš Ende April 1940 zu Cadogan. Die Rekrutierungskommission habe 450 tschechoslowakische Staatsbürger angeschrieben, nur 150 hätten geantwortet, von diesen 90 sich freiwillig gemeldet, und schließlich seien nur 65 als tauglich befunden worden. Die Briten sollten nach Meinung Benešs der Bildung einer provisorischen Regierung zustimmen, damit die Flüchtlinge zur Armee einberufen werden könnten.[133]

In Frankreich mußten die sudetendeutschen Sozialdemokraten dagegen entweder als tschechoslowakische Staatsbürger der Mobilisierung in die tschechoslowakische Armee Folge leisten oder die Internierung in

128 Hochner an Bunbury (Direktor des Czech Refugee Trust Fund) am 5.3.1940. AÚTGM 40, XI/7/5. — Anmerkung zu Kalla an Militärverwaltung des ČSNV vom 29.1.1940. ČSNO Nr. 18. — Koutnik und Dr. Hofmann an den ČSNV am 23.3.1940. AÚTGM 40, XI/7/9.

129 Kalla an die Militärverwaltung des ČSNV am 29.1.1940. ČSNO Nr. 18. — Vermerk Youngs vom 8.2.1940. FO 371/24291, C1823/534/12.

130 Liste (Moravec, Januar 1940). AÚTGM, 40, IV/8, 361 ff.

131 Rundschreiben des London Representative of the Sudeten German Refugees (Reitzner) vom 15.4.1940. PK 211, 23 f.

132 Jaksch an Beneš am 18.4.1940. ČSNO Nr. 24.

133 Vermerk Smutnýs vom 27.4.1940. DHČSP I Nr. 95. — Vermerk Cadogans über eine Besprechung mit Beneš vom 26.4.1940. FO 371/24288, C6283/2/12. — Vermerk Youngs vom 2.5.1940. FO 371/24365, C6284/1419/12.

Kauf nehmen, was rund die Hälfte vorzog.[134] Im Februar 1940 hatte die tschechoslowakische Armee eine Gesamtstärke von 7664 Mann erreicht; 289 von ihnen waren Deutsche.[135] Allerdings waren die deutschen Soldaten im Lager Agde bei Béziers dem Haß tschechischer Soldaten und Unteroffiziere ausgesetzt[136] und durften weder inner- noch außerhalb des Lagers deutsch sprechen.[137] Soldaten, die ihre Muttersprache gebrauchten, wurden zu Arrest verurteilt, „ja sogar geprügelt", schrieben Mitglieder der DSAP in einer Denkschrift.[138] Aufgrund der Proteste wurde dieses Verbot zwar Mitte April aufgehoben[139], „doch blieb die Schikanierung in anderen Formen erhalten", stellten die DSAP-Mitglieder fest.[140] Die antideutsche Stimmung war so stark, daß die Nachricht, daß einige hundert deutsche Sozialdemokraten eintreffen sollten, Unruhe hervorrief.[141] Deswegen räumte auch Jaksch ein, daß „ein provokativer Gebrauch der deutschen Sprache nicht geduldet werden könne".[142]

Die Anfänge des polnischen Revisionsprogramms

Die strategische Position der Tschechoslowakei war schon durch den Anschluß Österreichs so hoffnungslos geworden, daß diese ihre deutsch besiedelten Gebiete kampflos räumte. Ein Blick auf die Landkarte, besonders den ‚mährischen Hals', zeigt, daß die Nachmünchener Republik erst recht nicht zu verteidigen war. In der Verbreiterung des tschechischen Siedlungsgebietes in Mähren sah Beneš deshalb eine vordringli-

134 Rundschreiben des London Representative of the Sudeten German Social-Democratic Party vom 24.11.1939. AÚTGM, BAV, B, Kart. 129, und PK 212, 11 ff.

135 *Heumos:* Die Emigration aus der Tschechoslowakei 160.

136 Jaksch an Beneš am 18.4.1940. ČSNO Nr. 24.

137 František Klátil an Beneš am 15.1.1940. AÚTGM, 40, IV/7, 54 ff. — Bericht (o. V., Dezember 1939). — *Heumos:* Die Emigration aus der Tschechoslowakei, Dokument Nr. 15. — Elaborat von Ležák-Borin mit Anschreiben vom 9.4.1940. PK 12, 67 ff.

138 Denkschrift der Mitglieder der DSAP in der ČSR in der tschechoslowakischen Armee in Chelmondeley (Alfred Frenzel). BA IV/8, 108 f.

139 Ingr an Beneš am 18.4.1940. AÚTGM, 40, IV/6, 235 ff.

140 Denkschrift der Mitglieder der DSAP in der ČSR in der tschechoslowakischen Armee in Chelmondeley (Alfred Frenzel). BA IV/8, 108 f.

141 Ingr an Beneš am 20.4.1940. AÚTGM, 40, IV/6, 241 ff.

142 ČSNV/Militär-Verwaltung an Beneš, Šrámek und Ripka am 5.5.1940. NK 213, 124-127.

che Aufgabe. Strategische Überlegungen spielten auch im polnischen Fall eine entscheidende Rolle. Durch die Grenzziehung der Jahre 1919 bis 1921 war ein deutscher Halbkreis von Ostpreußen bis Oberschlesien um Polen gelegt worden, durch den die Verteidigung des Landes erschwert und die militärische Niederlage im September 1939 beschleunigt wurde. Es war verständlich, daß unter diesem Eindruck die Frage der Revision der polnischen Grenzen im Norden und Westen in der polnischen öffentlichen Meinung eine größere Rolle spielte als vor dem Kriege, als die Idee der polnischen Mission im Osten im Vordergrund gestanden hatte.

In bezug auf Polen hatten Frankreich und Großbritannien einerseits darauf geachtet, daß die Rechtskontinuität Polens trotz der Niederlage im Septemberkrieg nicht unterbrochen wurde, und andererseits dafür gesorgt, daß das kompromittierte Obristenregime durch eine Regierung der nationalen Einheit ersetzt wurde.[143] Während Beneš noch – vergeblich – um die Anerkennung einer tschechoslowakischen Regierung kämpfte, trug der polnische Außenminister August Zaleski dem Foreign Office schon am 11. Oktober 1939 den Wunsch Polens nach einer Entschädigung durch Deutschland „in materieller und territorialer Hinsicht" vor, und zwar durch eine „Entmilitarisierung" und Kontrolle Ostpreußens durch Polen. Halifax nahm diese Erklärung zwar zur Kenntnis, ließ sich aber auf keine Diskussion ein.[144] Denn die britische Regierung hielt es für verfrüht, Kriegsziele zu formulieren, eine Antwort, die sie schon Zaleskis Vorgänger Beck gegeben hatte.[145] In einer Rundfunkansprache erklärte Eden, daß die Briten den Krieg nicht gegen die Deutschen, sondern gegen die Nazis führten.[146] Die französische Regierung wollte diese Unterscheidung nur als Richtlinie für die Propaganda verstanden wissen. Denn auch sie suchte größere Sicherheit gegen eine Wiederholung der deutschen Aggression; ein Regime-Wechsel genüge ihr nicht.[147] Da die Regierungen der Dominien für eine „Geste der Großzügigkeit und Gerechtigkeit" bzw. „eine akzeptable Alternative" für Deutschland eintraten und sich gegen die „Zerstückelung" Deutschlands aussprachen, blieb das britische Kabinett bei seiner

143 *Brandes:* Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 25-30.

144 Vermerke über eine Besprechung Zaleskis mit Halifax vom 11.10.1939. A 12.49/WB/3 und FO 371/23159, 250ff. — *Kowalski:* Walka dyplomatyczna 153. — *Batowski:* Z dziejów 95.

145 War Cabinet Conclusions vom 10.9.1939. CAB 65/1.

146 *Táborský:* Pravda zvítězila 341 (11.9.1939).

147 Halifax an Campbell am 23.10.1939. CAB 67/2, W.P. (G) 77. — Vermerk Cadogans über eine Besprechung mit Corbin vom 18.10.1939, Vermerk von Makins vom 28.10.1939. FO 371/22946, 311ff.

Zurückhaltung. Der französischen Regierung wurde mitgeteilt, daß eine auf Dauer angelegte britisch-französische Zusammenarbeit die gewünschte Sicherheit bieten werde. Zudem sollten die Staaten Ostmittel- und Südosteuropas zu einer engeren Assoziation ermutigt werden, um ihre Widerstandskraft gegen den Expansionsdrang der Großmächte im Westen und Osten zu stärken.[148] Dagegen sprachen sich Hugh Dalton und einige andere Labour-Abgeordnete für eine Westverschiebung Polens mit Annexion Ostpreußens, Danzigs und einiger Gebiete westlich der polnischen Vorkriegsgrenze aus. Hitler habe gezeigt, wie die Frage der nationalen Minderheiten in diesen Gebieten zu regeln sei.[149]

Mitte November 1939 konkretisierte Botschafter Raczyński Zaleskis Aussage vom Vormonat mit dem Verlangen nach der Angliederung Ostpreußens an Polen.[150] Gegenüber Halifax sprach Sikorski allerdings nur wieder von der „Entmilitarisierung" Ostpreußens.[151] Von dem polnischen Journalisten Litauer erfuhr das Foreign Office, daß Sikorski Zweifel habe, ob Polen alle sowjetisch besetzten Gebiete zurückgewinnen könne und an eine Kompensation durch Ostpreußen denke, das unter internationaler Kontrolle entmilitarisiert und unter die besondere Verantwortung Polens gestellt werden solle.[152] Wahrscheinlich hatte Sikorski damals den Status der Freien Stadt Danzig als Vorbild im Auge.[153] Ende November 1939 erhielten die polnischen Diplomaten den Auftrag, in ihren Gastländern dafür zu werben, daß Polen nach dem Kriege durch strategisch günstige Grenzen, u. a. durch die Übergabe Ostpreußens an Polen, die Befreiung Böhmens und der Slowakei, die Reduzierung des deutschen Territoriums im Osten und Westen und eventuell auch durch die Aufteilung Deutschlands gesichert werde.[154] Am 18. Dezember 1939 forderte die Exilregierung erstmals öffentlich „neben einem unmittelbaren und breiten Zugang zum Meer eine Gren-

[148] Memorandum des Secretary of State vom 15.12.1939. FO 371/22947, 49f. — War Cabinet Conclusions vom 20.12.1939. CAB 65/12.

[149] Vermerk des Marine-Attachés Tadeusz Stoklas über eine Besprechung mit Dalton vom 25.10.1939. A 12.49/WB/3.

[150] Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung mit Halifax vom 15.11.1939. PRM 3/8j.

[151] Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung Sikorskis in London vom 14.–20.11.1939. SP-D 188-120.

[152] Leeper an Strang am 25.11.1939. *Polonsky:* The Great Powers, Nr. 10. — Siehe auch *Tyrell:* Großbritannien und die Deutschlandplanung 378.

[153] Eine vergleichbare Lösung hatte 1918 Dmowski vorgeschlagen. Vgl. *Rhode:* Geschichte Polens 462.

[154] Biuletyn Informacyjny MSZ, Nr. 1, vom 28.9.1939. SP-D 124ff. — Siehe auch *Kowalski:* Walka dyplomatyczna 149.

ze, die dauernde Sicherheit gewährt".[155] Tadeusz Kunicki – im polnischen Außenministerium zuständig für Deutschland – sagte Mitte Januar 1940 zu Savary, daß Deutschland Ostpreußen und einen Teil Oberschlesiens abtreten sollte und dafür einen Landstreifen westlich von Bromberg und Posen erhalten könnte.[156] Sein Gesprächspartner, der zweite Mann in der britischen Mission bei der polnischen Regierung, machte sich zum Anwalt der polnischen Ansprüche auf Ostpreußen und Deutsch-Oberschlesien. Denn es gebe eine „beträchtliche polnische Bevölkerung auf der deutschen Seite der Grenze". Wünschenswert sei zudem die Verlängerung der polnisch-tschechoslowakischen Grenze. Aus den neu gewonnenen Gebieten seien die Deutschen auszusiedeln. Makins spekulierte über die Notwendigkeit, jene Bevölkerungsverschiebungen rückgängig zu machen, die Nazi-Deutschland vorgenommen habe. Dann könnte es Argumente geben, den „Prozeß auszuweiten". Leeper, Leiter des ‚Political Intelligence Department', meinte, daß die Polen, sollten sie dazu in der Lage sein, die deutsche Bevölkerung sowohl vom Territorium der Vorkriegsrepublik als auch aus Ostpreußen und Danzig vertreiben würden, ohne daß Großbritannien etwas dagegen tun könne. Im ‚Central Department' hielten Collier, Kirkpatrick und Strang den polnischen Anspruch auf Ostpreußen und Preußisch-Schlesien für nicht gerechtfertigt. Die Volksabstimmung im Bezirk Allenstein im Jahre 1919 habe den deutschen Charakter Ostpreußens eindeutig bewiesen. Und die „wasserpolnischen" Elemente hätten sich bei der Volksabstimmung in Oberschlesien als Deutsche bekannt.[157] In einem ersten Memorandum zum Transfer ging der ‚Foreign Research and Press Service', der aus dem Chatham House entstandene wissenschaftliche Dienst des Foreign Office, von der Feststellung aus:

No movement of Germans after the war is likely to approach in its injustice or inhumanity the German treatment of Poles and Czechs. Nor need the pre-war line of ethnic demarcation be considered as fixing the frontier when it has been Hitler's object to obliterate this line forever by his own transfers. [...] Germany will have to be compelled in any case to absorb large numbers of settlers, which she has planted in Poland and there could be no fairer form of „reparations" than to compel her to absorb any further numbers which the settlement of the most permanent possible frontiers may require. With the inconvenience caused to the trans-

155 *Ebenda* 23f. — Kennard an Halifax am 21.12.1939. FO 417/40, C20935/123/55. — Vgl. auch Elaborat (o. V.) vom 30.12.1939. Archiwum Paderewskiego 271.

156 Kennard an Strang am 15.1.1940. FO 371/24479, C986/986/55.

157 Memorandum Savarys mit Anschreiben Kennards vom 29.1.1940 und verschiedenen Vermerken vom 16.–26.2.1940. FO 371/24470, C1762/116/55. — Kirkpatrick an Kennard am 3.2.1940. FO 371/24479, C986/986/55.

ferred populations it may be fairly said that this consideration is weakened when the population to be evicted is by its own previous behaviour in any degree responsible for the situation which makes transfer advisable.

Für Polen erwog der ‚Foreign Research and Press Service' drei mögliche Lösungen: 1. die Beibehaltung der Vorkriegsgrenze und den Transfer der Polendeutschen, die der Autor des Papiers J. D. Mabbott auf 825000 Personen schätzte, 2. die Ausdehnung Polens bis zu seinen „ethnischen Grenzen" durch die Annexion des Bezirks Allenstein und Oberschlesiens bis zur Oder, wobei zwei Millionen Deutsche zu „evakuieren" seien, und schließlich 3. die zusätzliche Übergabe des restlichen Ostpreußen und Danzigs an Polen, welche die Gesamtzahl der Evakuierten auf 4225000 Deutsche erhöhen würde und eine „verzweifelte Maßnahme" wäre. Deutschland dürfte es schwer fallen, so viele Vertriebene unterzubringen, und Polen, diese zu ersetzen.

Schließlich wäre dies ein solcher Schlag für Deutschland, daß es die Aussichten auf einen Revanchekrieg sehr vergrößern würde, falls Deutschland nicht völlig zerstückelt oder für eine lange Nachkriegsperiode zur Impotenz reduziert wird.[158]

In einem Rundschreiben vom 19. Februar 1940 zählte Zaleski die Aussiedlung der Deutschen aus Vorkriegspolen und die „Liquidierung des deutschen Kolonialbesitzes an der Ostsee", d. h. Ostpreußens, zu den Kriegszielen seiner Regierung. Ein Zusammenleben mit der deutschen Minderheit sei aufgrund der gegenwärtigen Leiden der polnischen Bevölkerung in Zukunft undenkbar. Mikołajczyk bekannte sich Anfang März auf einer Sitzung des Nationalrats zu diesem Grundsatz.[159] Der polnische Generalstab erarbeitete dagegen schon damals Varianten für die Verwaltung Ostpreußens, Hinterpommerns und Schlesiens. Die meisten Pläne gingen von einer Grenze Stettin – Frankfurt/Oder – Breslau aus.[160] Die polnische Regierung wolle „die Frage der deutschen Minderheit durch die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung lösen", berichtete Slávik aus Angers, dem Sitz der polnischen Regierung.[161]

Das Programm der ‚Polnischen Sozialistischen Partei' (Polska Partia Socialistyczna) im Exil sah die Annexion Ostpreußens und eine Westgrenze vor, die östlich von Stettin beginnen und von dort in südöstliche Richtung bis Breslau verlaufen und Oppeln-Schlesien und die anliegenden Gebiete einschließen sollte. Die Tschechoslowakei sollte sich in das

158 *Rychlík:* Memorandum 612-630.

159 Rundschreiben Zaleskis vom 19.2.1940. SP-D 138ff. — *Kowalski:* Walka dyplomatyczna 150f. — *Pasierb:* Polskie prace 186-189.

160 *Mitkiewicz:* Z generałem Sikorskim 15.

161 *Křen:* V emigraci 470.

Schlesien westlich der Oder ausdehnen. Alle deutschen Bewohner müßten ihre Heimat verlassen und nach Deutschland oder in seine Nachfolgestaaten evakuiert werden. Die ‚Polnische Sozialistische Partei' dachte an einen katholischen Südstaat einschließlich Österreichs, einen Nordweststaat und ein verkleinertes und durch eine Bodenreform seiner herrschenden Schicht beraubtes Preußen, die alle für eine bestimmte Zeit von alliierten Behörden und Besatzungstruppen kontrolliert werden, während das Rheinland auf Dauer unter französischen und Helgoland sowie der Nord-Ostsee-Kanal unter englischen Einfluß kommen sollten.[162]

NS-Umsiedlungspolitik als Argument

Argumente für ohnehin vorhandene Pläne zur Aussiedlung der Deutschen holten sich polnische und tschechoslowakische Exilpolitiker bei Hitler. Im Juli 1939 berief sich Heliodor Píka, der ehemalige tschechoslowakische Militärattaché in Bukarest, auf den Präzedenzfall, den Hitler in seinem Abkommen über die Umsiedlung der Südtiroler vom 23. Juni 1939 geschaffen habe.[163] Am 6. Oktober 1939, nach der Eroberung Polens, sprach Hitler von

> einer neuen Ordnung der ethnographischen Verhältnisse, d. h. einer Umsiedlung der Nationalitäten so, daß sich am Abschluß der Entwicklung bessere Trennungslinien ergeben, als es heute der Fall ist, [...] denn der ganze Osten und Südosten Europas ist zum Teil mit nicht haltbaren Splittern des deutschen Volkes gefüllt.[164]

Himmler erhielt als Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums den Auftrag, Polen und Juden aus Westpreußen und dem „Warthegau" zu vertreiben und die erwähnten volksdeutschen „Splitter" in diesen „eingegliederten Gebieten" anzusiedeln. Daraufhin schrieb Táborský in sein Tagebuch:

> Am Ende wird es jedoch umgekehrt ausgehen. Wir und die Polen werden unsere Länder von all' diesen nichtsnutzigen Elementen gründlich säubern und mit Schimpf auch jene Mitbrüder hinausfegen.[165]

Hitlers Worte „passen sehr gut auf die Lage in der Tschechoslowakei", notierte auch Zdeněk Peška in einem Zusatz zu seiner oben erwähnten

162 Memorandum der ‚Polnischen Sozialistischen Partei' (o. D.). A 21.6.-2.

163 ČSNO Nr. 14.

164 Völkischer Beobachter vom 7.10.1939.

165 *Táborský:* Pravda zvítězila 393 f.

Denkschrift.[166] Raczyński erklärte Halifax, daß Ostpreußen ebenso entstanden sei wie die deutschen Kolonien in Lettland und Estland und Hitler mit der Rücksiedlung der Baltendeutschen einen „nützlichen Präzedenzfall" geschaffen habe, worauf Halifax nicht reagierte.[167] Die Regierungskonvention zwischen Deutschland und Italien vom 21. Oktober 1939 über die Option zwischen Aussiedlung und Assimilation der Südtiroler nannte Léon Blum dagegen „eine Rückkehr zur Barbarei": „Die gewaltsame Trennung des Menschen von seinem Land, die Vertreibung in andere Länder und Himmelsgegenden ist gleichbedeutend mit Sklaverei". Churchill sah allerdings schon damals in der Trennung der Italiener und Südtiroler, allgemein jedoch in der „Entflechtung" (sorting out) gemischter Bevölkerungen ein Mittel, das zu positiven Resultaten führen könne.[168] Im Oberhaus empfahl Lord Moyne, Unionist Party, die Umsiedlung der deutschen Minderheiten entsprechend den Methoden Hitlers.[169] Und Wickham Steed schrieb in einem Memorandum für Außenminister Halifax, daß es für klare Aussagen zur Zukunft Mittel- und Südosteuropas zu früh sei: „But in one respect Hitler has created a valuable precedent – that of the transfer of minority populations to homogeneous States."[170]

Das Prinzip des Bevölkerungsaustauschs wurde im März 1940 vor allem in Frankreich diskutiert. Ein Kreis um die Zeitschrift ‚Epoque', als deren Sprecher der Soziologie-Professor Bernard Lavergne galt, wollten dieses Prinzip in ganz Europa in großem Maßstab anwenden. In einem Leitartikel plädierte Kérillis am 3. März 1940 für die Erneuerung der Tschechoslowakei in ihren natürlichen Grenzen und „die Lösung des sudetendeutschen Problems durch Bevölkerungsaustausch". Kurz darauf sprach sich der ehemalige griechische Gesandte und Jura-Professor Politis im ‚Centre d'études de la politique internationale' für die Beseitigung von Minderheitenproblemen in Nachkriegseuropa durch den Austausch von Bevölkerungen nach dem Vorbild Hitlers aus. Der Austausch zwischen Griechenland und der Türkei sei in dieser Hinsicht befriedigend gewesen. Die anwesenden Franzosen wandten nach Informationen des tschechischen Beobachters Ivo Ducháček ein, daß der ge-

166 Zdeněk Peška: Pamětní spis o výměně obyvatelstva [Denkschrift über den Bevölkerungsaustausch] (August 1939). ČSNO Nr. 6.

167 Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung mit Halifax vom 15.11.1939. PRM 3/8j. — Ebenso Zaleski in seinem Rundschreiben vom 19.2.1940. SP-D 138ff.

168 Beide Zitate: *Vishnyak:* Dos transferirn van bafelkerungen 76-83. — Auszüge in: PK 192/2.

169 Poland in the British Parliament I, 366 (7.11.1939).

170 Memorandum Steeds „Elements of policy" (mit Anschreiben an Halifax vom 15.8.1940). Dokumente zur Deutschlandpolitik I, Bd. 1, 195.

genwärtige Krieg auch dafür geführt werde, daß „die fremdsprachige[n] Bevölkerungsgruppen in den Lebensräumen der dynamischen Völker nicht wie Vieh behandelt würden".[171]

Die Einstellung der tschechischen Widerstandsbewegung und Flüchtlinge zu den Sudetendeutschen verschärfte sich im Herbst 1939. Damit reagierten sie auf das brutale Vorgehen der Polizei bei den Demonstrationen anläßlich des Jahrestages der Staatsgründung am 28. Oktober und des Trauerzuges für einen dabei erschossenen Studenten am 15. November, besonders aber auf die Schließung der tschechischen Hochschulen, Einlieferung von 1200 Studenten in Konzentrationslager und Erschießung von neun „Rädelsführern" zwei Tage darauf.[172] Die polnische Regierung kündigte als Strafe für die Massenexekutionen im besetzten Polen „Repressalien gegenüber den Deutschen und besonders den herrschenden Kreisen" an.[173] Nach langwierigen Verhandlungen erreichte sie einen britisch-französischen Protest gegen den deutschen Terror, aber anfangs ohne die Ankündigung von Vergeltungsmaßnahmen.[174] Im Mai folgte eine gemeinsame britisch-französisch-polnische Deklaration, in der Deutschland der Verletzung des Kriegsrechts angeklagt und die Bestrafung der Verantwortlichen angekündigt wurde.[175]

Die britische und französische Regierung waren im März 1940 aber noch weit davon entfernt, auf die polnischen und tschechoslowakischen Annexions- und Transfer-Vorstellungen einzugehen. Von Daladier und Chamberlain erfuhr nämlich Sumner Welles, daß sie zwar für die Wiedererrichtung sowohl eines unabhängigen Polens als auch „Tschechiens" (Czechia) einträten, daß Danzig aber eine eindeutig deutsche Stadt sei und den Österreichern die Möglichkeit gegeben werden sollte, sich mit den Reichsdeutschen zu vereinigen. Diese Option wollte Daladier auch den Deutschen Polens und des Sudetenlandes einräumen, und Chamberlain hatte nicht vor, in der Frage der Grenzen Polens und der Tschechiens „intransigent" zu sein. Andere Akzente setzte Churchill, als er im Gespräch mit Sumner Welles die Wiedererrichtung Österreichs, Polens und der Tschechoslowakei forderte.[176]

171 Vermerk Ducháčeks vom 8.3.1940. PK 192, 53. — Vgl. Lavergnes Aufsatz vom November 1938 in ‚L'année politique française et étrangère'. Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen, Dok. 225.

172 *Brandes:* Die Tschechen unter deutschem Protektorat Bd. 1, 83ff.

173 Kennard an Halifax am 25.12.1939. FO 417/40, C20960/123/55.

174 ‚The Times' vom 18.4.1940. FO 417/41, No. 43.

175 *Kowalski:* Walka dyplomatyczna 56f.

176 Bericht Sumner Welles (März 1940). FRUS 1940 I, 63, 76, 84.

II.

VON DER EVAKUIERUNG NACH GROSSBRITANNIEN BIS ZUM ANGRIFF AUF DIE SOWJETUNION

Polnische Kriegsziele im Norden und Westen

In einer Situation, in der Deutschland und die Sowjetunion durch einen Freundschaftsvertrag, die Teilung Ostmitteleuropas und enge Wirtschaftsbeziehungen verbunden waren und Frankreich sich sowohl militärisch als auch politisch als wenig widerstandsfähig erwiesen hatte, schien Polen eine neue Rolle zuzufallen, nämlich der wichtigste Partner Großbritanniens auf dem europäischen Kontinent zu werden. Ohne Union mit seinen Nachbarn im Norden und Süden und auf das ethnisch polnische Gebiet beschränkt konnte es diese Aufgabe nicht erfüllen.

Die Höhe der Forderungen nach einer territorialen Ausdehnung Polens auf deutsche Kosten war vor allem eine Funktion der ostpolitischen Vorstellungen der einzelnen Parteien. Die ‚Nationalpartei' strebte entsprechend ihrer Tradition nach der Oder-Grenze im Westen unter Beibehaltung der Rigaer Grenze im Osten. Die christlich-soziale ‚Partei der Arbeit' sprach anfangs nur von der Annexion Ostpreußens, die bäuerliche ‚Volkspartei' von der Ausdehnung Polens mit einer „breiten Ostseeküste" und bis zur Oder, die Nachfolgerin der ‚Polnischen Sozialistischen Partei', ‚Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit', schaute mehr nach Osten als nach Westen und zielte auf ethnographische, aber zugleich auf solche Grenzen, die Schutz sowohl vor dem sowjetischen Imperialismus als auch dem deutschen „Drang nach Osten" gewährten.[1] Von den Führern der ‚Polnischen Sozialistischen Partei' im Exil erfuhr der sozialdemokratische Minister Nečas, daß sie auf eine Verwirklichung des alten Piłsudski-Programms einer Verbindung mit Weißrußland und der Ukraine hofften. Im Westen dachten diese an eine „Grenze Kolberg-Oder" und die Entfernung der Deutschen aus den „deutschen besetzten Gebieten". Gemeinsame Sorge Polens und der Tschechoslowakei

[1] *Orzechowski:* Odra 14ff. — *Turlej:* Koncepcje ustrojowe 190f. — *Siemaszko:* Narodowe Siły Zbrojne 35.

sei die Zukunft des schlesischen Keils mit Breslau.[2] Am weitesten reichten die Forderungen des faschistischen ‚Nationalradikalen Lagers' (Obóz narodowe-radikalny) und der ‚Sanacja' (Gesundung), der Anhänger Piłsudskis und seiner Nachfolger, die beide in Opposition zur Exilregierung standen. Nicht nur Ostpreußen und Danzig, sondern alle Gebiete bis zur Oder und Lausitzer Neiße sollten polnisch werden und dieser Staatsgrenze noch eine Verteidigungslinie vorgelagert werden, schrieb ein Organ des ‚Nationalradikalen Lagers'.[3] Die polnische Exilpresse äußerte sich zur Frage der künftigen polnischen West- und Nordgrenzen im Oktober 1940, als durch die deutschen Luftangriffe auch in der englischen Öffentlichkeit das Verständnis für extreme Forderungen gewachsen war. Gemäß den ‚Wiadomości Polskie' (Polnische Nachrichten) sollte Polen nach dem Kriege Rußlands Rolle in Osteuropa übernehmen und zu diesem Zweck sowohl im Osten als auch Westen vergrößert werden. ‚Polska Walcząca' (Kämpfendes Polen) verlangte ganz Ostpreußen, Danzig, Pommern und im Südwesten eine Grenze 10 km westlich der Oder. Stettin, Danzig, Königsberg und Memel sollten polnische Häfen werden. Die rechtsoppositionelle Zeitschrift ‚Jestem Polakiem' (Ich bin Pole) forderte die Annexion Pommerns bis zur Oder-Mündung, ganz Schlesien und zusätzlich beide Lausitzen.[4]

Der Stimmungsumschwung in Großbritannien dürfte auch die Exilregierung zur Vorlage einer Denkschrift mit den polnischen Kriegszielen ermutigt haben. In ihrem am 20. November 1940 dem Foreign Office überreichten Memorandum[5] ging die polnische Regierung davon aus, daß das europäische Gleichgewicht durch die Einigung und Industrialisierung Deutschlands gestört worden sei. Nützten die Alliierten ihren Sieg gegen Deutschland ebenso halbherzig wie 1918, werde die deutsche Jugend wahrscheinlich zu einem neuen Krieg um die Hegemonie bereit sein. Nur durch die Schwächung der Grundlagen der Macht Deutschlands und ein starkes politisches System in Europa könne ein „dritter Punischer Krieg" verhindert werden, behauptete die polnische Regierung. Frankreich werde nach dem Kriege nicht in der Lage sein, den Widerpart Deutschlands zu spielen. Großbritannien solle an

[2] Bericht Nečas über seine Verhandlungen mit den Politikern der ‚Polnischen Sozialistischen Partei' Liebermann, Stańczyk, Tomaszewski, Ciołkosz, Pragier und Grosfeld im Dezember 1940 und Januar 1941. DHČSP I, Nr. 129.

[3] *Orzechowski:* Odra 14 ff. — *Turlej:* Koncepcje ustrojowe 190 f. — *Siemaszko:* Narodowe Siły Zbrojne 35.

[4] Bericht des Außenministeriums an die Kanzlei des Präsidenten der Republik vom 21.10.1940. BA XVIII/Po. 1.

[5] Einen Tag zuvor hatte Sikorski das Memorandum dem Labour-Politiker und Minister Ernest Bevin überreicht. *Terry:* Poland's Place 87 f.

Frankreichs Stelle treten und sich auf eine ostmitteleuropäische Föderation stützen. Das britische Engagement auf dem Kontinent müsse eine langandauernde militärische Besetzung ganz Deutschlands beinhalten. Woodward vom ‚Political Intelligence Department' sah aber schon die Gefahr der Verbrüderung und familiärer Verbindungen zwischen Besatzungssoldaten und Deutschen, worin Roberts (Central Department) ihm beipflichtete. Die polnische Regierung forderte Reparationen für die wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Schäden, die Deutschland Polen zugefügt habe. So sollten deutsche Anteile an ausländischen Aktiengesellschaften jenen Staaten übergeben werden, in denen Deutschland Kriegsschäden verursacht habe. Auch Woodward und Roberts hielten eine teilweise Enteignung deutschen Aktienkapitals im Ausland für erwägenswert und Demontagen für unvermeidlich. Das polnische Memorandum sprach von einer Wiederherstellung der Autonomie der deutschen Bundesstaaten und der Unabhängigkeit Österreichs. Vansittart war in seinem Kommentar für die Zerstückelung Deutschlands, Woodward konterte, daß ein neuer Einigungsprozeß gefährliche Unruhen auslösen werde. Zur Stärkung der eigenen und Schwächung der deutschen Position forderte die polnische Regierung die Übergabe Ostpreußens und Danzigs an Polen.[6] Im Westen solle die polnisch-deutsche Grenze verkürzt und von den polnischen Häfen Danzig und Gdingen sowie von der Weichselmündung entfernt werden. Die geplante polnisch-tschechoslowakische Union mache eine Verlängerung der Grenze zwischen beiden Staaten in der Provinz Schlesien nötig. Neben den strategischen trug die polnische Regierung ethnische Argumente für ihr Verlangen vor: Ostpreußen, Preußisch-Pommern, alle Gebiete bis zur Oder und Preußisch-Schlesien hätten einen großen Anteil polnischsprachiger und „rassisch-polnischer" (d. h. entnationalisierter) Bevölkerung. Zudem habe ein Teil dieser Gebiete unter deutscher Herrschaft unter der Abwanderung in wohlhabendere Gegenden des Reiches gelitten. Dem polnischen Generalstab waren diese Forderungen zu unbestimmt. Er verlangte als Westgrenze ausdrücklich die Oder und zur militärischen Neutralisierung des schlesischen Schlauches einerseits zusätzlich einen Landstreifen vom Katzen-Gebirge bis zu den Höhen bei Grünberg westlich der Oder sowie den westlichen Teil Oberschlesiens und andererseits die Umwandlung des restlichen Niederschlesiens mit Breslau in eine entmilitarisierte und zollfreie Zone unter polnisch-tschechoslowa-

[6] Tatsächlich dachte die polnische Regierung daran, den nordöstlichen Teil eventuell an Litauen weiterzugeben, wenn es nicht unter sowjetischen Einfluß gerate und wenn es zum Beitritt in eine ostmitteleuropäische Föderation bereit sei. *Wrzesiński:* Prusy Wschodnie 344-348.

kischer Kontrolle. Den nördlichen Teil Ostpreußens sollte aus ethnischen Gründen Litauen erhalten. Nach Roberts' Meinung spiegelte sich in dem Memorandum Sikorskis Erkenntnis, daß es schwierig sein werde, die ehemaligen ukrainischen und weißrussischen Gebiete der Republik wiederzugewinnen.[7] Diese Einschätzung übernahm Eden, als er das polnische Memorandum seinen Ministerkollegen vorstellte.[8] Bei einem Sieg werde man nicht verhindern können, daß Polen Ostpreußen und Oberschlesien durch ein fait accompli in Besitz nehmen werde, fuhr Roberts fort. Diese Annexionen hätten den Vorzug, daß sie „in das Herz des Junkertums und des preußischen militärischen Systems" treffen würden. Die Sowjetunion könnte diese Annexionen begrüßen, da sie die polnischen Ambitionen nach Westen ablenken würden. Gegen die Forderung nach einer weiteren Verkürzung der Westgrenze hatte Roberts allerdings Bedenken. Woodward hielt eine eventuelle Abtrennung deutscher Gebiete von Deutschland für einen noch größeren Fehler als eine lange andauernde Besetzung Deutschlands, sah aber keine Möglichkeit, eine Annexion Ostpreußens durch Polen zu verhindern. Die ebenfalls von den Polen vorgeschlagenen britischen Militärstützpunkte rund um Deutschland waren für ihn ein mögliches Handelsobjekt, um die Polen von ihren Annexionsforderungen abzubringen. Die Übergabe Ostpreußens an Polen ohne einen gleichwertigen Ausgleich für Deutschland in einem anderen Bereich würde nach Meinung Ronalds (General Department) einen neuen Kriegsgrund liefern. Wichtiger als territoriale Veränderungen sei eine Untersuchung der Fehler und Unterlassungssünden der Vorkriegsregierungen Großbritanniens, der USA und auch Polens sowie die Korrektur dieser Fehler in ihrer nationalen Politik. Leeper, der Leiter des ‚Political Intelligence Department', hielt die polnischen Desiderate für vernünftig, da er die Möglichkeit, die Deutschen umzuerziehen, pessimistisch beurteilte. Vansittart gab ihm, wie zu erwarten, ebenso recht[9] wie Dalton, Minister für wirtschaftliche

[7] Memorandum der polnischen Regierung vom 20.11.1940 mit Vermerken. FO 371/26419, C14/14/62. Abgedruckt in: DDP I/1, 221-235. — Diese Einschätzung wurde von Savary bestätigt. Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Savary am 30.1.1941. FO 371/26376, 30.

[8] Memorandum Edens für das War Cabinet vom 22.1.1941. DDP I/1, 272f.

[9] Memorandum der polnischen Regierung an das FO vom 20.11.1940 mit Vermerken vom 21.11.–28.12.1940. FO 371/26419, C14/14/62. — *Korpalska:* Władysław Eugeniusz Sikorski 227. — *Rothwell:* Britain 23-25. — *Terry:* Poland's Place 92, sieht in Sikorskis Memorandum eine Abkehr von „nationalem Egoismus und Großmachtansprüchen"! — Über das polnische Memorandum war Beneš entweder schlecht informiert, oder aber Feierabend erinnerte sich falsch: Nach seiner Aussage hat Beneš seinen Ministern am 16. Januar 1941 erzählt, daß

Kriegführung.[10] Seinem Tagebuch vertraute Dalton an: Zum Aufbau einer großen ostmitteleuropäischen Föderation sei ein „Bevölkerungsaustausch, um die nationalen Minderheiten zu eliminieren", erforderlich.[11]

In seiner Stellungnahme kritisierte der polnische Generalstab, daß die Regierung in ihrem Memorandum zur Frage des Transfers der deutschen Bevölkerung schwieg. Diese solle nach deutschem bzw. sowjetischem Vorbild aus allen an Polen oder die Tschechoslowakei übertragenen Gebieten ausgesiedelt werden.[12] Anfang Januar 1941 erklärte Raczyński dem britischen Außenminister, daß die Deutschen aus Ostpreußen nach Deutschland ausgesiedelt werden müßten. Hitler habe in den „eingegliederten" polnischen Gebieten gezeigt, wie man solche Probleme löse.[13] Von Savary erfuhr das Foreign Office, daß „repräsentative Polen" nicht an eine Wiedergewinnung aller Ostgebiete glaubten und sich deshalb um einen Ausgleich durch die Annexion Ostpreußens und Schlesiens bemühten. Zu diesen Politikern gehörten Minister Kot und der Diplomat Kulski. Als Makins Änderungen an der polnischen Ostgrenze wahrscheinlich nannte, meinte nämlich Kulski, daß die territoriale Integrität der Ausgangspunkt sei, doch was die polnische Regierung wünsche, sei „une assiette territoriale suffisante".[14]

Sikorski trat am 24. März 1941 eine Reise nach Kanada und den USA an, von der er am 12. Mai zurückkehrte. In seinen Gesprächen mit Roosevelt, Hull und Welles beanspruchte er für Polen die Grenze von Riga sowie eine neue Westgrenze, die Ostpreußen und ganz Oberschlesien einschließen sollte.[15] Öffentlich, in einem Interview mit der Zeitung ‚Chicago Daily News', wies er darauf hin, daß angesichts der ungünstigen Grenze zu Deutschland die polnische Armee im September

die Polen über die Oder nach Westen hinausgreifen wollten, und zwar bis nach Fürstenwalde. *Feierabend:* Ve vládě, Bd. 2, 45f.

10 Dalton an Sikorski am 23.11.1940. PRM 20.

11 Tagebuch-Eintragung Daltons vom 30.1.1941. DDP I/1, 275f.

12 Memorandum Sztab Nacz. Wodza/O. III vom 6.11.1940. PRM 20/34.

13 Eden an Kennard am 2.1.1941. FO 371/26718, C165/151/55.

14 Vermerk Roberts' über eine Besprechung mit Savary vom 30.1.1941, Vermerk von Makins über eine Besprechung mit Kulski vom 18.2.1941. FO 371/26736, 30 und 46. — Vermerk von Makins über eine Besprechung mit Savary vom 9.2.1941. FO 371/26755, C3226/3226/55. — *Feierabend:* Ve vládě, Bd. 1, 77.

15 *Kukiel:* Sikorski 150f. — *Kowalski:* Walka dyplomatyczna 83 — *Drozdowski:* Z dziejów stosunków polsko-amerykańskich 217ff. — *Mitkiewicz:* Z generałem Sikorskim 109ff., behauptet, daß er an einem Memorandum für Roosevelt mitgearbeitet habe, in dem „Ostpreußen, Deutsch-Pommern, ganz Schlesien, Ober- und Niederschlesien" für Nachkriegspolen verlangt wurde. Gemäß ihrer These, daß Sikorski von Anfang an für die Oder-Neiße-Linie eingetreten sei, hält *Terry:* Poland's place 94f., Mitkiewiczs Aussage für glaubwürdig.

1939 einer „Zangenbewegung“ zum Opfer gefallen sei. Die „1.200 Meilen lange Grenze, die durch Polens älteste Provinzen im Westen und Norden verläuft“, müsse revidiert werden.[16]

Im Londoner Exil gab es keine Vertretung der deutschen Minderheit aus Polen, die der ‚Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten‘ entsprochen hätte. Am 5. Juli 1940 stellte sich dem polnischen Botschafter ein ‚Danzig Committee in the United Kingdom‘ vor, das sich für die Autonomie Danzigs im Rahmen des polnischen Staates und für den Dienst in der polnischen Armee aussprach. Die polnische Botschaft war bemüht, das Komitee abzuwerten und Mißtrauen gegen seine Mitglieder zu säen. Es vertrete nur rund 200 Personen, bei denen es sich meist um Juden handle, die zwar gegenüber „dem nationalsozialistischen Regime in seiner gegenwärtigen antisemitischen Form“ feindlich eingestellt seien, damit aber noch nicht automatisch die deutsche Sache ablehnten. Sie hätten sich um die Mitarbeit des ehemaligen Danziger Senatspräsidenten Hermann Rauschning bemüht, der aber nur eine passive Teilnahme akzeptiert habe, und zwar unter der Bedingung, daß das Komitee in bezug auf Polen eine vorsichtige Formel akzeptiere, durch die die Zukunft der Stadt nicht präjudiziert werde. Rauschning zeige zugleich ein besonderes Interesse an den Bemühungen der deutschen Emigranten in Großbritannien, ein paralleles Komitee zu gründen, um gegen die Internierungen zu kämpfen, was um so zweideutiger sei, als er dabei als Danziger auftrete. Die polnische Regierung beanspruche nach dem Vertrag zwischen Polen und Danzig vom 9. November 1920 das Recht zur Vertretung der Danziger im Ausland, werde es aber nicht für solche Personen ausüben, an deren Loyalität Zweifel beständen. Die britischen Behörden sollten keine direkten Interventionen des Komitees oder von einzelnen Danzigern annehmen. Jene behielten sich jedoch vor, die Danziger nach eigenem Ermessen als feindliche oder loyale Ausländer einzustufen und direkten Kontakt zu Personen zu unterhalten, die wie Rauschning der Sache der Alliierten zwar loyal gegenüberstanden, aber den polnischen Schutz ablehnten. Das Foreign Office empfahl der polnischen Regierung, nicht auf ihrem Recht gegenüber Danzigern zu bestehen, die nicht durch die polnische Regierung vertreten werden wollten.[17]

16 Interview Sikorskis mit den Chicago Daily News vom 26.3.1941. DDP I/1, 300f.

17 Danzig Committee an Raczyński am 5., Raczyński an das FO am 30.7.1940, Rundschreiben des FO vom 2.9.1940. FO 371/24482, 118ff.

Die Anerkennung der provisorischen tschechoslowakischen Regierung, die sudetendeutschen Sozialdemokraten und ihre Haltung zum Wehrdienst

Am 27. Mai 1940, dem Tag der Einschiffung der britischen Expeditionsarmee in Dünkirchen, schrieb Jaksch an Beneš, daß jetzt „alle Kräfte für einen Sieg der Demokratien über die Nazigefahr restlos mobilisiert werden müssen". Alle Fragen der Neuordnung Europas seien deshalb zurückzustellen. Er schlug vor, daß die Vertreter der unterdrückten Nationen einen Appell „an die freien Nationen der Welt" herausgeben sollten, dem sich nachträglich die Repräsentanten der oppositionellen Kräfte in Deutschland, Österreich und dem Sudetengebiet anschließen könnten.[18] Diese Position bekräftigte er in seinem Gespräch mit Beneš am 4. Juli. Er erklärte seine Solidarität mit der tschechoslowakischen Auslandsaktion und seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Er halte zur Zeit eine Diskussion über die Zukunft der Sudetendeutschen nicht für möglich und erwarte deshalb von Beneš weder ein entsprechendes Programm noch eine Erklärung.[19]

Mit der militärischen Niederlage Frankreichs und dem Abschluß des deutsch-französischen Waffenstillstands am 22. Juni 1940 hatte sich die Position der britischen Regierung zum Schlechteren verändert. „Da wir weniger zu verlieren haben, können wir uns vielleicht mit den Tschechen zusammentun" und eine tschechoslowakische Regierung anerkennen, stellte Makins (Central Department) fest. Zudem könne Ungarn, auf das man bisher Rücksicht genommen habe, abgeschrieben werden. Dasselbe gelte für Italien, das in den Krieg eingetreten sei. Schließlich hätten Krieg und Unglück Polen und Tschechen zusammengeführt. Außerdem habe man den ČSNV und die tschechoslowakische Armee und Luftwaffe nach England evakuiert.[20] Aus diesen Gründen waren das Foreign Office und das ‚War Cabinet' bereit, eine tschechoslowakische Regierung anzuerkennen. Beneš hatte am 21. Juni dem Foreign Office ein entsprechendes Memorandum übergeben. Mit der Anerkennung lege sich die britische Regierung nicht auf bestimmte Grenzen fest, doch werde die Slowakei und „ein Teil [some part] der Sudetengebiete" der Nachkriegsrepublik eingegliedert werden. Zwar nicht in die Regierung, aber doch in den Nationalrat wolle er sudetendeutsche Vertreter auf-

18 Jaksch an Beneš am 27.5.1940. *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš Nr. 4.

19 Vermerk Benešs über eine Besprechung mit Jaksch am 4.7.1940. ČSNO Nr. 26. — *Beneš:* Paměti 320 f. — *Feierabend:* Beneš mezi Washingtonem a Moskvou 120.

20 Vermerk von Makins vom 24.6.1940. FO 371/24290, C7646/2/12.

nehmen[21]; dessen dreiköpfiges Präsidium solle aus je einem Tschechen, Slowaken und Deutschen bestehen. Ein Minister solle die Zuständigkeit für die wachsende Zahl der Flüchtlinge erhalten:

The Czecho-Slovak Government would be able to give a complete guarantee for those refugees who would come under its authority, could rapidly eliminate any bad elements, and in agreement with the British authorities, place all suspicious or uncertain individuals into conditions where they could do no evil to the country. All passport problems with the Sudeten Germans and Slovaks would be, too, definitely settled.[22]

Beneš berichtete Jaksch am 4. Juli vom Stand der Verhandlungen über die Anerkennung der provisorischen Regierung und seine Absicht, sudetendeutsche Vertreter in ein „Parlament" zu berufen und danach mit ihnen politische Gespräche zu führen, denn „für die Zusammenarbeit mit unseren antifaschistischen Deutschen sind wir grundsätzlich und entschieden". Ohne die Engländer könne man die damit zusammenhängenden Fragen nicht entscheiden, gehe es doch vor allem um die Liquidierung ‚Münchens'. Zusätzlich müsse man sich „mit dem Volk zu Hause einigen". Von der Mitteilung über die bevorstehende Anerkennung der Regierung überrascht[23], übersandte Jaksch dem Foreign Office noch schnell die bisher zurückgehaltene Erklärung von Holmhurst und bat, vor eventuellen Entscheidungen konsultiert zu werden. Nachdem die Anerkennung der tschechoslowakischen Regierung im Unterhaus angekündigt worden war, wandte sich Jaksch erneut an das Foreign Office: Bei der Anerkennung solle aber die Frage der künftigen Grenzen der Tschechoslowakei offengehalten werden. Ohne ein vorhergehendes Abkommen mit der tschechischen Seite würde die ‚Treuegemeinschaft' die Berufung in den Nationalrat nicht annehmen. Sie sei bereit, eine „föderative Union" der Sudetendeutschen mit den Tschechen und Slowaken zu erwägen, bestehe aber „auf voller Partnerschaft oder gar nichts", einschließlich eines Postens in der Regierung und von Sitzen im Nationalrat. Er fürchte, daß die neue Regierung zumindest jene Su-

21 Von Nečas hörte Feierabend, daß Beneš sogar daran gedacht habe, Jaksch zum Minister zu ernennen, aber wegen der Abneigung der ČSNV-Mitglieder davon Abstand genommen habe. *Feierabend:* Politické vzpomínky, Bd. 1, 374.

22 Memorandum Benešs und Vermerk Strangs über eine Besprechung mit Beneš am 21.6.1940 mit Vermerken von Strang, Malkin, Cadogan, Halifax vom 25.–27.6. und Auszug aus den War Cabinet Conclusions vom 3.7.1940. FO 371/24290, C7646/2/12.

23 Vermerk Benešs über eine Besprechung mit Jaksch am 4.7.1940. ČSNO Nr. 26. — *Beneš:* Paměti 320f. — *Feierabend:* Beneš mezi Washingtonem a Moskvou 120.

detendeutschen, die tschechoslowakische Pässe hätten, in die Armee einziehen wolle.[24]

Halifax betonte am 18. Juli 1940, daß die Anerkennung der tschechoslowakischen provisorischen Regierung keine Festlegung auf bestimmte Grenzen in Mitteleuropa und auf die „Rechtskontinuität der Tschecho-Slowakischen Republik" beinhalte und daß die Frage der Jurisdiktion über die tschechoslowakischen Streitkräfte und Zivilisten noch geregelt werden müsse.[25] Zwar hatten Foreign, Home und War Office sich am 11. Juni darauf geeinigt, der Rekrutierung tschechoslowakischer Staatsbürger in Großbritannien unter bestimmten Bedingungen zuzustimmen, den Beschluß jedoch nicht mehr Beneš mitgeteilt, als klar wurde, daß die tschechoslowakische Armee nach England evakuiert werden mußte und eine Entscheidung über die Anerkennung der tschechoslowakischen Regierung anstand. Roberts empfahl, „widerspenstige Sudetendeutsche" weiterhin in andere Einheiten aufzunehmen, umso eher, als die Rekrutierung von Staatsbürgern feindlicher und anderer Ausländer in das ‚Auxiliary Military Pioneer Corps' wieder aufgenommen worden sei. Beneš dürfe keine Möglichkeit erhalten, ergänzte Makins, „Personen zu verfolgen, die seine Führung nicht akzeptieren", und über den ‚Trust Fund' die Sudetendeutschen zum Eintritt in die tschechoslowakische Armee zu zwingen.[26] Der „Allied Forces Act" vom August 1940 änderte an der Freiwilligkeit des Eintritts in die tschechoslowakische Armee nichts, worauf ‚Der Sozialdemokrat' seine Leser aufmerksam machte.[27]

Nur wenigen sudetendeutschen Sozialdemokraten gelang die Flucht aus Dänemark und Norwegen nach Schweden, bevor diese Staaten von der Wehrmacht besetzt wurden. Schon im Februar 1940 hatte Jaksch eine Zusage des ‚Czech Refugee Trust Fund' erwirkt, die sudetendeutschen Sozialdemokraten aus Belgien nach England zu überführen, doch standen die Visa für 125 Personen erst Anfang Mai zur Verfügung.[28] 80 von ihnen schlugen sich nach Calais durch und wurden per Schiff eva-

24 Jaksch an Makins am 9.7.1940. FO371/24291, C7749/534/12. — Vermerk von Makins vom 15.7.1940. FO371/24290, C7646/2/12.

25 Halifax an Beneš am 18.7.1940. FO 371/24290, C7646/2/12.

26 Home Office an Strang am 21.7. und Vermerke von Latham, Makins, Roberts vom 23.7.–1.8.1940. FO 371/24290, C8466/2/12.

27 Der Sozialdemokrat vom 4.9.1940.

28 General Miroslav (Neumann) an Beneš, Šrámek und Ripka am 5.5.1940. NK 213, 124-127. — Rundschreiben Jakschs vom 15.4. und (vom Juni 1940). PK 212, 128ff. und 216-219. — 122 sudetendeutsche Sozialdemokraten waren noch im Herbst 1939 aus Skandinavien nach Kanada emigriert. *Heumos:* Die Emigration aus der Tschechoslowakei 174.

kuiert.[29] Rund die Hälfte von ihnen bekannte sich zur Tschechoslowakei, die anderen lehnten als Deutsche den Eintritt in die tschechoslowakische Armee ab und wurden von den britischen Behörden auf Betreiben tschechoslowakischer Konsulatsbeamter als „feindliche Ausländer“ interniert, obwohl sie „in der Verteidigung der Republik mehr als ihre Pflicht getan“ hätten, schrieb Jaksch an Beneš. Ihre Haltung entspreche der Weisung der Parteileitung, „in der Frage des Militärdienstes zuzuwarten“.[30] Erst Anfang August gelang es ihm, beim Home Office ihre Freilassung zu erreichen.[31] Den folgenden Überblick über den Kriegsbeitrag der Mitglieder der Treuegemeinschaft hatten Jaksch und Reitzner möglicherweise für diesen Zweck zusammengestellt: Von den rund 500 Männern im Alter zwischen 14 und 60 Jahren dienten 71 in der tschechoslowakischen Armee und hatten sich 75 zur britischen Armee gemeldet, von denen der größere Teil schon Dienst im ‚Pioneer Corps‘ tat. 47 seien im Rahmen des ‚National Service‘ als Metallarbeiter, Holzfäller und Landarbeiter beschäftigt; 150 hätten Arbeit in ihrem Beruf gefunden; 20 absolvierten ein Ausbildungsprogramm nach dem YMCA-System. Die Parteileitung bemühe sich, ihre Mitglieder weiter für die britischen Kriegsanstrengungen zu mobilisieren, und sei bereit, über die frühere Tätigkeit aller Mitglieder der Gruppe Auskunft zu geben und für diese die Garantie zu übernehmen.[32]

Nach der Evakuierung der Armee nach England klagten sudetendeutsche Sozialdemokraten über „Deutschenhaß, Judenhaß und Faschismus“ in der tschechoslowakischen Armee.[33] Auch die britische

29 Reitzner/Jaksch: „To whom it may concern“ vom 29.5.1940. PK 213, 121-123. — *Heumos:* Die Emigration aus der Tschechoslowakei 174f.

30 Jaksch an Beneš vom 5.8.1940. *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš Nr. 5.

31 Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Jaksch vom 21.8.1940. ČSNO Nr. 28.

32 Reitzner/Jaksch: „To whom it may concern“ vom 29.5.1940. PK 213, 121-123. — Ein Jahr später umfaßte die Treuegemeinschaft 967 Mitglieder bzw. deren Familienangehörige. Von den Berufstätigen arbeiteten 277 in der Industrie, 31 in der Forstwirtschaft, 27 in der Landwirtschaft, 17 im Büro, 3 waren Lehrer, 8 Ärzte, 52 waren im Haushalt, Gastgewerbe und als Krankenschwestern tätig. Sie unterhielten 235 Familienangehörige. Dazu kamen 66 Soldaten mit 105 Angehörigen und 7 Medizinstudenten mit 9 Angehörigen. Vom ‚Trust Fund‘ wurden nur noch 158 Personen unterstützt. Reitzner: Die Tätigkeit der Gruppe im Trust Fund (nach dem 10.5.1941). SDA, NJ.

33 Rundschreiben Jakschs an die Mitglieder des Parteivorstands und die Gewerkschaftsfunktionäre vom 27.7.1940. ČSNO Nr. 27. — Gemäß einem ungezeichneten Bericht riet jedoch Reitzner sudetendeutschen Soldaten der tschechoslowakischen Armee, sich ungeniert der deutschen Sprache zu bedienen und über antideutsche Zwischenfälle der Partei zu berichten. Jaksch werde dann versuchen, die Zweisprachigkeit der Armee oder aber ihre Entlassung bzw.

Presse berichtete, daß den deutschen und magyarischen Soldaten verboten sei, ihre Muttersprache zu gebrauchen.[34] Wie DSAP-Mitglieder in einer Denkschrift schrieben, werde es „uns Soldaten demokratischer Anschauung äußerst erschwert, in einem Armeeverbande zu bleiben, wo wir nur Menschen zweiten Grades sind". Die deutschen Sozialdemokraten behielten sich vor, „durch ihren Sprecher Wenzel Jaksch eine Darstellung der Verhältnisse nach jeder Richtung zu geben".[35] Jaksch lehnte es jedoch ab, die Unzufriedenen bei ihrem Begehren um Entlassung aus der Armee zu unterstützen.[36] Er habe nicht die Absicht, versicherte Jaksch Beneš, als „Neben-Rapportstelle zu fungieren".[37]

Jakschs Position verschlechterte sich nach dem Abschluß des britisch-tschechoslowakischen Militärabkommens: Seitdem nahm das britische Heer keine sudetendeutschen Freiwilligen mehr an, solange die tschechoslowakische Regierung nicht auf ihre Ansprüche auf die betreffende Person verzichtete. Makins versicherte Jaksch, daß die tschechoslowakische Regierung aber nicht das Recht habe, die Sudetendeutschen einzuziehen, und empfahl den Freiwilligen die Meldung zur ‚Royal Air Force'.[38] Unter diesen Umständen stieg die Zahl der Angehörigen der tschechoslowakischen Armee, die Deutsch als Muttersprache angaben, in den folgenden Jahren und lag seit Anfang 1942 bei durchschnittlich 10 Prozent.[39]

Überführung in die britische Armee durchzusetzen. Bericht (o. V., nach 3.8. 1940]). AÚTGM, 40, XI/14.

34 *Laštovička:* V Londýně za války 86, zitiert einen Artikel im ‚Evening Standard' vom 15.8.1940.

35 Denkschrift der Mitglieder der DSAP in der ČSR in der čs. Armee in Chelmondeley (Alfred Frenzel). BA IV/8, 108f.

36 Rundschreiben Jakschs an die Mitglieder des Parteivorstands und die Gewerkschaftsfunktionäre vom 27.7.1940. ČSNO Nr. 27.

37 Jaksch an Beneš am 18.4. und Jaksch an die Parteivorstands-Mitglieder vom 27.7.1940. ČSNO Nr. 24 und 27. — Jaksch an Beneš am 3.9.1940. *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš Nr. 6.

38 Vermerk von Makins über eine Besprechung mit Jaksch am 29.10.1940. FO 371/24291, C11880/534/12. — Diese Empfehlung gab Jaksch an seine Genossen weiter. Rundschreiben von Jaksch/Reitzner vom 1.11.1940. SDA, NJ. — Sudetendeutsche wurden von der Verpflichtung befreit, bei einer Meldung zur Royal Air Force eine Genehmigung tschechoslowakischer Behörden vorzulegen. Air Ministry „Regulations for the enlistment of aliens [...]" vom 2.12. 1941. FO 371/ 26392, 158.

39 *Maršálek:* Českoslovenští občané 140-143.

Benešs Konzeption für die Lösung der ‚sudetendeutschen Frage' und Jakschs Reaktion

In seiner Ansprache im tschechoslowakischen Dienst des BBC anläßlich der Anerkennung der provisorischen Regierung vertrat Beneš die These,

> daß die Tschechoslowakische Republik, die Republik Masaryks, auch nach München weitergelebt und weiterexistiert hat. [...] Für uns existiert rechtlich mein Abgang vom Amt und aus der Heimat nicht, rechtlich gibt es für uns keine Zerschlagung der Republik [...]. Ich erkläre alles für nicht-existent und rechtswidrig, wozu wir seit September 1938 rechts- und verfassungswidrig gezwungen worden sind.[40]

Benešs These der Rechtskontinuität widersprach Dr. Egon Schwelb in einer Schrift mit dem Titel „Zur Anerkennung der Tschechoslovakischen Regierung in England", die im August 1940 von Jaksch herausgegeben, aber als „nicht parteiamtlich" bezeichnet wurde. Schwelb kam zu dem Schluß, daß Benešs Theorie zwar „normativ-juristisch" vertretbar sei, aber von der britischen Regierung „zumindest vorläufig" nicht geteilt werde. „Trotz der mangelnden Wirksamkeit im innerstaatlichen Verfassungsrecht der ersten Tschechoslovakischen Republik und der Rückwirkung dieses Mangels im Völkerrecht ist die Abtretung des Sudetengebietes international von allen maßgebenden Staaten anerkannt worden." Damit erkenne Großbritannien die Gesetzgebung der zweiten, d. h. der Nachmünchener Republik an, also auch die Ausbürgerung der Sudetendeutschen, die demnach entweder Reichsbürger oder staatenlos und damit der Jurisdiktion der tschechoslowakischen Regierung vorläufig nicht unterworfen seien, solange es nicht zu einer anderweitigen Vereinbarung komme. Benešs Führungsrolle im tschechoslowakischen Exil beruhe jedoch nicht auf einer juristischen Konstruktion, sondern auf dem klaren Auftrag des tschechischen Volkes. Nur „durch eine neue Revolution und durch revolutionäre Rechtsschöpfung" könne eine befriedigende Ordnung in Böhmen, Mähren und Schlesien geschaffen werden, entweder

> im Wege einseitiger Dekretierung, welche Methode, wie die Beispiele von Jahrhunderten und der heute bestehende Trümmerhaufen beweisen, sich nicht bewährt hat, oder durch demokratisches Einvernehmen der beteiligten Nationen und Volksgruppen. Die Wahl zwischen diesen Mitteln hat nicht der Jurist, sondern der Politiker zu treffen.

[40] Rundfunkansprache Benešs vom 24.7.1940. *Beneš:* Šest let 89.

Makins stimmte Schwelbs Analyse zu. Das Foreign Office habe sich deshalb bemüht, Beneš nicht als Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik zu bezeichnen.[41]

Den 2. Jahrestag des Münchener Abkommens nutzte Churchill zu einer Rundfunkansprache an die Bevölkerung der Tschechoslowakei. Churchill sprach davon, daß Hitler das Münchener Abkommen zerstört habe und daß Großbritannien auch für die Wiederherstellung der „tschechoslowakischen Freiheiten" kämpfe. Osuský, der ehemalige tschechoslowakische Gesandte in Paris, machte darauf aufmerksam, daß Churchills Ansprache die tschechoslowakische Rechtsauffassung von der Ungültigkeit des Münchener Abkommens und der Rechtskontinuität der Republik nicht bestätige. Auf Benešs Nachfrage ermächtigte das Foreign Office daraufhin Lockhart, den britischen Vertreter bei der Exilregierung, zu der Erklärung, daß die britische Politik, sich in Grenzfragen nicht festzulegen, auch die in München gezogene Grenze betreffe, was Beneš als Erfolg verbuchte.[42]

Am 2. August 1940 hatte Beneš Jaksch die Position eines Vizepräsidenten des geplanten ‚Staatsrats' angeboten.[43] Den Namen ‚Staatsrat' wählte Beneš, um den Anspruch auf die Wiederherstellung des tschechoslowakischen „Staates" zu dokumentieren, hatte doch die britische Regierung der provisorischen Regierung nur das Recht zuerkannt, das „tschechoslowakische Volk" zu repräsentieren. Zumindest Feierabend sprach sich angesichts der Verhältnisse im Protektorat gegen die Aufnahme von Sudetendeutschen in den Staatsrat aus. Dagegen wandte Beneš ein, daß er der Henlein-Partei sogar den „Vierten Plan" angeboten habe und jetzt den demokratischen Deutschen nicht eine Vertretung im Staatsrat verweigern könne.[44] Am 21. August meldete Lockhart, daß Beneš die Verhandlungen mit Jaksch hinauszögern wolle und seine Absicht mit dem Erscheinen der Broschüre Schwelbs und der Uneinigkeit in den Reihen der sudetendeutschen Sozialdemokraten begründete. Einige von ihnen hätten sich hinter Jakschs Rücken an Beneš gewandt.

41 Studie mit einem Vermerk von Makins vom 29.8.1940, Vermerk von Roberts vom 21.8.1940. FO 371/24291, C8506, 8917/534/12. — *Feierabend:* Ve vládě, Bd. 1, 51.

42 Lockhart an Halifax am 14.10. und Antwort von Makins an Lockhart vom 31.10.1940. FO 371/24290, C11069/2/12. — Vermerk Cadogan über eine Besprechung mit dem ungarischen Botschafter vom 13.12. und Lockhart an Beneš am 11.11.1940. FO 371/24289, 28 und 261. Abgedruckt in: DDP I/1, 215f. — Siehe auch *Beneš:* Paměti 446f. — *Feierabend:* Ve vládě, Bd. 1, 118.

43 Lockhart an das FO am 4.8.1940. FO371/24289, 161. — *Feierabend:* Ve vládě, Bd. 1, 51.

44 *Feierabend:* Politické vzpomínky, Bd. 2, 45.

Dieser wolle warten, bis die Sozialdemokraten ihre internen Schwierigkeiten beigelegt und eine „gemeinsame Front" gebildet hätten.[45] Am selben Tag sagte Jaksch zu Ripka, daß seiner Meinung nach die Hoffnung der Engländer auf einen Aufstand der unterdrückten Völker Europas enttäuscht werde. Vielmehr sei der Sieg und die Rettung der Tschechen und der Sudetendeutschen mit Hilfe „einer Linksrevolution in ganz Europa" zu erreichen.[46] Diese werde zuerst in Italien ausbrechen und dann auf Deutschland übergreifen.[47] Der Krieg werde

in einer freiheitlichen sozialen Revolution münden, in welcher nicht Nation gegen Nation stehen, sondern die progressiven Elemente aller beteiligten Völker eine gemeinsame Aufgabe haben. Sehr wichtig wird dabei die Abgrenzung gegenüber den totalitären Ansprüchen des Stalinismus in Zentraleuropa sein, und wir operieren dahin, gemeinsam mit einer von Grund auf erneuerten englischen Demokratie unsere heimatlichen Länder für die Sphäre der westlichen Zivilisation zurückzugewinnen.[48]

Mitte August 1940 hatte Beneš offenbar seine Konzeption für die Lösung der sudetendeutschen Frage fertiggestellt. Wie er dem polnischen Botschafter in London erklärte, wolle er „die geographische Lage seines Landes, die eine der schlechtesten in Europa sei, verbessern". Für eine Verbesserung des tschechischen Besitzstandes in Mähren sei er zu „beträchtlichen Opfern" in Westböhmen bereit.[49] Von polnischer Seite wurde Benešs Bereitschaft zu territorialen Konzessionen kritisiert. Die Tschechen sollten den Deutschen nicht ein Stück Land abtreten, meinte Kot.[50] Seine Konzeption führte Beneš in einer Depesche an den ‚Zentralausschuß des heimatlichen Widerstandes' (Ústřední výbor odboje domácího) aus, zu dem sich die erwähnten drei landesweiten Widerstandsorganisationen zusammengeschlossen hatten[51]:

Wir brauchen ein Programm, das nicht von den berechtigten Gefühlen der Abrechnung und des Hasses gegen die Deutschen, sondern von den dauerhaften In-

45 Vermerk von Roberts vom 21.8.1940. FO 371/24291, 8917/534/12. — *Feierabend:* Ve vládě, Bd. 1, 51.

46 Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Jaksch am 21.8.1940. ČSNO Nr. 28.

47 Die beste Lösung für die sudetendeutsche Frage sehe er in einer föderalisierten Tschechoslowakei im Rahmen der „Vereinigten Staaten von Europa". Protokoll W. Messers über ein Gespräch mit Jaksch vom 6.9.1940. ČSNO Nr. 30.

48 Jaksch an einen von der tschechoslowakischen Regierung internierten Abgeordneten (Vladimír Ležák-Borin?) am 16.9.1940. AÚTGM, BAV, B, kr. 129.

49 Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung mit Beneš vom 23.8.1940. PRM 19/10.

50 *Křen:* V emigraci 470, zitiert einen Vermerk Hejrets über eine Besprechung mit Kot am 1.10.1940.

51 Siehe S. 23-27.

teressen von Nation und Staat bestimmt ist. Aus dieser Sicht formuliere ich persönlich mein Programm wie folgt: Auch das tschechische Volk braucht seinen Lebensraum (in der Terminologie der Nazis gesprochen). Diesen gaben ihm die Münchener Grenzen nicht. Deshalb müssen die Münchener Grenzen verschwinden [...]. Ich verzichte nicht auf die historischen Grenzen, doch ist das für mich eine Frage der Opportunität und nicht des Grundsatzes. Die Hauptsache ist und bleibt, in Zukunft neue größere national-tschechische Gebiete zu bilden und zu sichern. Dazu wird es nötig sein, das tschechische Gebiet Mährens so weit wie möglich nach Norden und Süden auszuweiten und so unsere Umklammerung durch die Deutschen von Österreich und Schlesien aus zu beseitigen. [...] Deshalb werden die Deutschen aus Nord- und Südmähren (inclusive Brünn und Iglau) und aus Schlesien zwischen Jägerndorf und Ostrau verschwinden müssen. Zwischen dem Großen Schneeberg [Kralický Sněžník] und Neuwelt [Nový Svět/Riesengebirge] muß die historische Grenze bestehen bleiben. Von Neuwelt bis Bodenbach muß es eine neue ethnographische Grenze geben, die für uns militärisch akzeptabel ist, dann die historische Grenze jenseits von Komotau und Kaaden. Dann eine neue ethnographische Grenze über das Duppauer Gebirge bis Tachau. Außerhalb des national tschechischen Gebiets blieben damit drei Gaue [župy]. Jägerndorf, Reichenberg und Karlsbad. Die Binnendeutschen [vnitřní Němci] inclusive Prags müßten aussiedeln oder das tschechische Regime sprachlich und administrativ und ohne Minderheitenrechte innerhalb dieser neuen ethnographischen tschechischen Grenze ohne Bedingung annehmen. Die drei deutschen Gaue wären so abgegrenzt, daß unsere Deutschen uns in Zukunft nicht terrorisieren können, daß es, wenn sie sich abtrennen, nicht wieder wie nach München zu unmöglichen Grenzen kommt, die militärisch nicht zu verteidigen sind. Ansonsten würde ich jedoch grundsätzlich darauf bestehen, daß jene Gaue nach der neuen nationalen Abgrenzung auch in Zukunft im Rahmen unseres Staates verbleiben. Welches Regime sie hätten, ist eine Frage der weiteren Entwicklung und der Kriegsereignisse. Dieser Plan hat jedoch folgende weitere Auswirkungen. Wir dürfen nicht unerfüllbare Hoffnungen hegen, daß es möglich sei, drei Millionen Deutsche zu vernichten oder auszurotten, wie das bei uns einige naiv annehmen. Aber es ist möglich oder nötig, mit dem Weggang oder der Vertreibung ganzer Hunderttausender kompromittierter nazistischer Deutscher und der Zwangsaussiedlung weiterer Hundertausender Deutscher aus den oben beschriebenen Kreisen in die drei deutschen Gaue oder nach Österreich und Deutschland zu rechnen. Aber die Umsiedlung wird die Gesamtzahl von einer Million kaum weit übertreffen können. Schon dies wäre ein ungeheurer Erfolg und eine große Sicherung unseres Staates und der Entwicklung innerhalb unseres nationalen Territoriums.[52]

Von Mitte September bis Anfang Oktober 1940 erläuterte Beneš seine Konzeption auch Lockhart. Wie dieser in seinem zusammenfassenden Bericht schrieb, sei Benešs Ziel die Schaffung eines national möglichst homogenen Staats. Die slowakisch-ungarische Grenze solle so gezogen werden, daß Kaschau an die Tschechoslowakei falle, doch wünsche er

52 Depesche Benešs an den ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' vom 26./27.11.1940. ČSNO Nr. 39, und Edvard Beneš: Vzkazy do vlasti Nr. 52, 86-88.

nicht die Reinkorporation magyarischer Teile der Slowakei. In bezug auf die Deutsch-Böhmen sei eine Rückkehr zum status quo ante nicht möglich, da eine „Verschmelzung" (amalgamation) von Tschechen und Deutschen die menschlichen Fähigkeiten übersteige. Deutsche blieben immer Deutsche, ob sie Nazis oder Liberale oder Sozialisten oder Kommunisten seien. Bei der gegenwärtigen Verteilung der Bevölkerung scheide eine föderative Lösung nach Schweizer Lösung aus. Denn es gebe zu viele Bezirke und Städte mit knappen Mehrheitsverhältnissen. Deshalb habe Beneš „seine eigene Lösung des Problems" gefunden. Er habe „sie von Hitler geliehen". Sie bestehe in einem Bevölkerungsaustausch:

> In principle he would transfer Germans from the central and northern districts of Bohemia and Moravia to Western Bohemia. He would be prepared, if necessary, to concede to Germany a strip of the Western Frontier in exchange for a piece of Reich territory in the north where the North and South Czechoslovak frontiers are dangerously narrow. He would then have a proper Czech Lebensraum in Central Bohemia and Moravia and a German-Bohemian Lebensraum in the West. Some form of federalism would then be feasible.

Früher oder später wolle Beneš das Problem mit Jaksch oder anderen Sudetendeutschen diskutieren und frühzeitig zu einer Einigung mit den Sudetendeutschen kommen. Denn er fürchte, daß die Tschechen im Augenblick des Sieges blutige Rache an den Deutsch-Böhmen nehmen könnten, und sei sich des „irreparablen Schadens" für die deutsch-tschechischen Beziehungen und der ungünstigen Reaktion bewußt, die ein solches Blutbad im Britischen Empire und in den Vereinigten Staaten hervorrufen würde.

Mit Interesse registrierte Roberts Benešs Bereitschaft, die historischen Grenzen aufzugeben. Gute Argumente sprächen für die Absicht, die Deutschen so weit wie möglich in Westböhmen zu konzentrieren, das jedoch kaum alle drei Millionen Sudetendeutsche aufnehmen könne. Roberts ging davon aus, daß das überwiegend deutsche Gebiet in Westböhmen bei Deutschland bleiben werde. Für höchst unwahrscheinlich hielt er, daß Jaksch oder irgendein anderer Sudetenführer Benešs Vorstellungen akzeptieren könne. Deshalb müsse Großbritannien jede Hoffnung auf eine Einigung zwischen Beneš und Jaksch aufgeben. Während Makins befürchtete, daß Beneš seine ohnehin „übertriebenen Ideen" weiter verschärfen werde, wenn der Sieg näherrücke, meinte Strang: „Der tschechische Staat wird keinen Frieden finden, solange die deutsche Minderheit nicht aus ihm hinausgefegt ist".[53] Anfang Dezember 1940

[53] Lockhart an Halifax am 7.10. mit Vermerken von Roberts, Makins und Strang vom 14.–17.10.1940. FO 371/24290, C10776/2/12. Teilweise abgedruckt in: DDP I/1, 205f.

erfuhr Roberts, daß Beneš mit der Abtretung des Eger-Dreiecks sowie bestimmter Gebiete in Nordböhmen rechnete. Wenn deren Bewohner lieber in der Tschechoslowakei leben wollten, könnten sie, doch würden die Tschechen nichts tun, um sie zu halten, hatte Beneš in einer „redseligen Stimmung" gesagt. Durch den Verzicht auf diese Gebiete, durch die Flucht von „Schuldigen" und durch Deportation solle die Zahl der Deutschen auf rund eine Million verringert werden. Dieser Restminderheit werde man weder kulturelle noch politische Minderheitenrechte einräumen.[54]

Als Beneš am 12. Oktober 1940 seine vertraulichen Gespräche mit Jaksch wieder aufnahm, verband er das Angebot von sechs Staatsratssitzen mit der Forderung nach der Annahme seines Plans.[55] Jaksch stimmte wenigstens für seine eigene Person der „Preisgabe der Sprachinseldeutschen und kleineren Verschiebungen an der Sprachgrenze" zu. Ebenso wie bei Lockhart dürfte Beneš auch Jaksch gegenüber damit argumentiert haben, daß er ein Blutbad seiner rachelüsternen tschechischen Landsleute verhindern wolle. Außerdem hätten die betroffenen Deutschen sich ja nach Benešs Aussagen wenigstens zwischen Aussiedlung und Assimilation entscheiden können. Am 16. Oktober verabreichte Beneš Jaksch „eine weitere Dosis":

Wir müssen eine Million Deutsche aus den böhmischen Ländern aussiedeln. Wir machen das im Guten, zahlen Entschädigung, das wird unser und Ihr Staat, aber es muß sein. Alle diese Jungen, Unverbesserlichen, die Nazis, die schicken wir nach Deutschland und befreien Sie und uns von ihnen. Dann werdet ihr Deutschen zusammen sein, und wir geben Euch Kantone. [...] Dann werdet Ihr die Wahl haben, entweder bei einem verarmten Deutschland zu bleiben oder bei uns.

Wie Beneš seinem Kanzleichef Smutný sagte, „nimmt Jaksch diese Grundlage an".[56] Die Notiz in Smutnýs Tagebuch muß zwar ernst genommen werden, zumal sie ein vertrauliches Gespräch wiedergibt, in dem Beneš eigentlich keine taktischen Rücksichten nehmen mußte. Andererseits paßte Jakschs Zustimmung zur Aussiedlung von einer Million „Nazis" nicht zu der Position, die er vorher und nachher eingenommen hat. Zudem gibt es viele Beispiele für Benešs Gewohnheit, Gesprächs-

54 Latham an Roberts über Äußerungen Benešs am 30.11.1940. FO 371/24289, C13015/2/12.

55 Um Jaksch vorwerfen zu können, daß er 1940 die Chance der Einigung mit Beneš versäumt habe, teilt Brügel Benešs damaliges Angebot an Jaksch – Staatsratssitze und Bevölkerungstransfer – in zwei verschiedene Pläne auf. *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 29-33.

56 *Jaksch:* Europas Weg nach Potsdam 368. — Vermerk Smutnýs vom 17.10.1940. DHČSP I, Nr. 105.

ergebnisse unterschiedlich darzustellen und zu verzerren. Ich nehme an, daß Beneš sich so ausgedrückt hat, daß die eine Million sich auf die Rückführung der Reichsdeutschen, die innerstaatlichen Umsiedlungen und die Vertreibung der Nazis beziehen konnte. Über den „Grenzraum" – das sollte die dritte Dosis werden – hatte Beneš noch nicht mit Jaksch gesprochen.[57] Aus den zur Verfügung stehenden Dokumenten geht nicht klar hervor, ob Beneš mit diesem Stichwort die Tschechisierung Mährens, Ostschlesiens und des Elbbeckens meinte oder den schon im Chatham House erwähnten Gebietsaustausch.[58] Lockhart berichtete nur, daß Beneš Jaksch die Abgrenzung der „Lebensräume" vorgeschlagen und den Sudetendeutschen „home-rule" angeboten habe. Jaksch sei überrascht gewesen, habe sich aber an Benešs Vorschlägen interessiert gezeigt und versprochen, sie seinem Parteivorstand vorzulegen. Die Aussichten für eine Annahme beurteilte Lockhart als nicht rosig.[59]
Jaksch erwähnte nach dem Kriege nur das Gespräch vom 12. Oktober 1940. Nach seiner Darstellung sah Benešs Konzeption nur „die Schaffung abgegrenzter tschechischer und deutscher Sprachgebiete in einer neuen Republik vor, auch um den Preis der Aufgabe der deutschen Minderheiten im heutigen Protektorat und der tschechischen Minderheiten in Nordböhmen". Beneš habe erklärt, daß, wie in der Schweiz, Minderheiten, die im anderen Sprachgebiet bleiben wollten, auf irgendwelche Schul- und Sprachenautonomie verzichten müßten. „Soweit sie damit nicht einverstanden seien, könnte auf der Basis der Freiwilligkeit ein Austausch der Bevölkerung – und zwar nur von Sub-Minderheiten aus den andersnationalen Sprachgebieten – stattfinden." Bei dieser Lösung müßten allerdings die Deutschen größere Opfer bringen als die Tschechen. Die Gebiete sollten so abgegrenzt werden, daß die Deutschen „zum Teufel gehen könnten, wenn es ihnen nicht paßt".[60]

[57] *Jaksch:* Europas Weg nach Potsdam 368. — Vermerk Smutnýs vom 17.10.1940. DHČSP I, Nr. 105. — Sobald Jaksch aber das wirkliche Ausmaß der geplanten Aussiedlung erkannte, konnte er auf Benešs Vorstellungen nicht eingehen. Damit gab es nicht die weitgehende Annäherung, von der *Kural:* Místo společenství konflikt 128f., ausgeht. Denn, wie ich zeige, hielt Beneš auch 1940/41 an seinem Ziel fest, etwa eine Million Sudetendeutsche und nicht etwa „nur" 600 000 oder 3–500 000 „Nazis" zu vertreiben. *Kural:* Místo společenství konflikt 140f. — Die von Beneš in die Welt gesetzte und von Historikern übernommene These über eine Chance, die Jaksch im Herbst 1940 verpaßt habe, ist falsch.

[58] Siehe S. 19.

[59] Lockhart an das FO vom 17.10.1940. FO 371/24291, C8917/514/12. — *Feierabend:* Politické vzpomínky, Bd. 2, 106.

[60] Benesch war gewarnt. München 1949, zitiert in: Menschen im Exil 328.

Die Abspaltung der ‚Zinner-Gruppe'

Die Holmhurster Deklaration vom März 1940 hatte auch die Kritik der ‚Auslandsvertretung des DGB' in Schweden und seiner ‚England-Gruppe' an der abwartenden Haltung der Treuegemeinschaft gegenüber der tschechoslowakischen Auslandsaktion auffangen sollen. Der DGB-Vorsitzende Josef Ladig hatte am 3. März 1940 dazu aufgerufen, sich im Geiste der Parteitradition „auf den Boden der Vormünchener Republik zu stellen". Am 7. April begrüßte er, daß die Holmhurster Deklaration „Klarheit geschaffen" habe, wenngleich „die eine oder andere Stelle in der Deklaration nicht allen Wünschen und Auffassungen restlos entsprechen" möge.[61] Aus Oslo berichtete Paul, daß alle skandinavischen Gruppen der Treuegemeinschaft der Deklaration zugestimmt hätten.[62]

Zinner, der Vorsitzende der ‚England-Gruppe des DGB', schloß sich dem positiven Urteil Ladigs über die Holmhurster Deklaration an. Am 8. Februar hatten die „Vertrauensmänner der Gewerkschaften" in England betont, daß „sie an den Grundsätzen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung unabänderlich festhalten und vor allem jede nationalistische Verschleierung wirtschaftlicher und sozialer Tatsachen auf das entschiedenste ablehnen". Diese Erklärung, erläuterte Zinner am 4. April in einer Aussprache mit Jaksch, habe einerseits das enge Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Partei hervorheben und andererseits die Vorstellung von Katz und de Witte in den „Grundprinzipien" zurückweisen wollen, nach dem Kriege die ‚Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei' in eine „deutsche sozialistische Volkspartei" umzugestalten. In der Veröffentlichung der Erklärung vom 8. Februar im April 1940 sah Jaksch allerdings eine Wiederaufnahme von Streitfragen, die er mit der Holmhurster Deklaration für überwunden gehalten habe, und einen Versuch, seine Verhandlungsposition gegenüber der tschechoslowakischen Führung zu untergraben. Daraufhin stellte er die Legitimation von zwei der sechs ‚Landesausschuß'-Mitglieder der ‚England-Gruppe' in Frage. Unter Vorspiegelung gewerkschaftlicher Interessen und ohne Befragung der freigewerkschaftlichen Mitglieder und Funktionäre versuche diese, „eine politische Nebenstelle" zu etablieren, um einstimmig gefaßte Beschlüsse des Vorstandes zu umgehen. Sozialdemokratischer Tradition widerspreche es, eine Person wie Max Koutnik, die die Partei aus ihren Reihen ausgeschlossen habe, weiterhin im ‚Landes-

61 Gewerkschaftliche Mitteilungen Nr. 1 vom April 1940. — Jaksch an Zinner am 7.5. und Antwort vom 20.5.1940. BA IV/31, 14ff. und 27ff.

62 Rundschreiben Jakschs (vom Juni 1940). PK 212, 218.

ausschuß' der Gewerkschaften zu belassen. Grund bzw. Vorwand des Ausschlusses war Koutniks Telegramm an Beneš gewesen, daß unter der Überschrift „Staatsdisziplin, nicht Parteidisziplin" im ,Čechoslovák v Anglii' veröffentlicht worden war. Die Sekretäre der Textilarbeitergewerkschaft verlangten daraufhin von Zinner, Koutnik aus dem ,Landesausschuß' auszuschließen und durch Ernst Rambauske zu ersetzen. Diesen lehnte Zinner am 20. Mai jedoch ab, weil er gegen die Unabhängigkeit der Gewerkschaften arbeite. In seiner Antwort an Jaksch wandte sich Zinner unter Berufung auf Ladig gegen Jakschs Anspruch einer „Vormundschaft über die Gewerkschaften", betonte deren „absolute Gleichheit und Unabhängigkeit"[63] und wies Jakschs Forderung zurück, Koutnik aus dem ,Landesausschuß' zu entfernen. Auch als Koutnik zur tschechoslowakischen Armee nach Frankreich ging und deshalb sein Mandat im ,Landesausschuß' niederlegte, war Zinner nicht zur Aufnahme von Rambauske bereit.[64] Ende Juli 1940 lehnte es Jaksch ab, schriftlich auf Zinners Schreiben vom 20. Mai zu reagieren. Denn viele Genossen würden es als „Kretinismus empfinden, angesichts eines halben Weltuntergangs Zeit und Papier für Wortklaubereien zu verschwenden".[65]

Am 21. August 1940 beschwerte sich Jaksch bei Ripka, daß die tschechoslowakische Regierung gegen ihn Leute wie Kögler und Zinner einsetze. Als den größten Hetzer bezeichnete er Josef Bělina, der ihn als pangermanischen Agenten Otto Strassers und Tschechenfeind diffamiert und als Vorsitzender der tschechischen Gruppe im ,Czech Refugee Trust Fund' die aus der ,Treuegemeinschaft' ausgeschlossenen Mitglieder unter seine Obhut genommen hatte. Nicht nur für Nationalisten und Chauvinisten, sondern auch für links orientierte Demokraten sei Jaksch kaum noch von Henlein zu unterscheiden, konterte Ripka. Durch sein Vorgehen gerate Jaksch in einen luftleeren Raum – und das umso mehr, als er sich selbst als Repräsentant der Sudetendeutschen vorstelle. Es gebe nur zwei Lösungen der tschechoslowakischen Frage:

63 Gewerkschaftliche Mitteilungen vom April 1940. — Jaksch an Zinner am 7. und Antwort vom 20.5., Zinner an Němec am 9.8.1940. BA IV/31, 14ff., 27ff. und 39f. — Die Gewerkschaftsführung in Schweden habe sich hinter den Ausschluß von „Koutnik und Konsorten" gestellt, schrieb Jaksch, und Lenk nicht als „Vertreter des J.B.P. [Internationaler Bund der Privatangestellten] und für die Bank- und Sparkassenbeamten sowie der Versicherungsbeamten" anerkannt. Dieser sei vielmehr als Sekretär des Einheitsverbandes der Privatangestellten in Prag Mitglied der tschechischen Gewerkschaften gewesen. Jaksch an Zinner am 7.5.1940. BA IV/31, 22ff.

64 Zinner an Němec am 9.8.1940. BA IV/31, 39f.

65 Rundschreiben Jakschs an die Parteivorstands-Mitglieder vom 27.7.1940. ČSNO Nr. 27.

„Entweder Versklavung durch ein nazistisches, demokratisches oder sozialistisches Deutschland oder die Freiheit der Tschechoslowaken." Im zweiten Fall wäre die Mehrheit der Sudetendeutschen wieder in der Tschechoslowakei. „Ob Jaksch wolle oder nicht, er sitze auf dem tschechoslowakischen Ast und müsse aufpassen, nicht hinunterzufallen." Niemand mit Vernunft und Anstand wolle bestimmte Sudetendeutsche gegen ihn einsetzen. Obwohl nicht zu bestreiten sei, daß Jaksch der bedeutendste und sicherlich der führende Mann sei, dürfe er nicht vergessen, daß er weder allein noch unersetzlich sei. Unter Bezug auf Schwelbs Broschüre bezeichnete es Ripka als „unerhört", wenn sudetendeutsche Emigranten heute behaupteten, die Tschechen hätten ‚München' angenommen.[66]

Der Parteivorstand mußte sich auf seiner Sitzung am 20. Oktober 1940 mit der Abspaltung der ‚Zinner-Gruppe' beschäftigen. Nachdem sich diese als ‚Landesausschuß' des DGB in England konstituiert hatte, hatte Jaksch die Legitimation einzelner Ausschußmitglieder bestritten, ihnen parteitreue Gewerkschafter gegenübergestellt und am 4. September 1940 alle Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert, eine Treueerklärung für die DSAP zu unterschreiben. Über diese internen Auseinandersetzungen hatte die Zinner-Gruppe die Regierung hinter dem Rükken der Parteiführung auf dem laufenden gehalten.[67] Nečas war Anfang September 1940 zur Überzeugung gekommen, daß Jaksch nach der Befreiung „Präsident des künftigen autonomen Sudetenlandes" werden wolle und auch ein Plebiszit zugunsten eines Anschlusses an Deutschland nicht ausschließe. Er informierte Beneš über seine Gespräche mit der Opposition mit dem Ziel, die Treuegemeinschaft zu spalten. Dieser Schritt sollte gut vorbereitet werden, damit die Spaltergruppe einen möglichst großen Teil der Mitgliederschaft mit sich ziehen könne.[68]

66 Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Jaksch vom 21.8.1940. ČSNO Nr. 28.

67 Vermerk von Roberts vom 21.8.1940. FO 371/24291, C8917/534/12. — *Bachstein:* Wenzel Jaksch 224ff. — Zinner an Němec am 9.8. und 30.9.1940. BA IV/31, 337ff. — Rundschreiben Jakschs vom 4.9.1940. SDA, NJ.

68 Vermerk von Nečas für Beneš vom 4.9.1940. BA IV/31, 337ff. — Zur Opposition zählte Nečas die ehemaligen Abgeordneten Kögler und Kirpal, die ehemaligen Senatoren Müller und Fanny Blatny sowie die Gewerkschafter Zinner und Lenk, zu Jakschs Anhängern Katz, de Witte, Reitzner, Dr. Schwelb, Dr. Goldschmied (sic). Ebd. — Andererseits verteidigte Nečas Jaksch gegen Laušmans Vorwurf, ein „deutscher Faschist" zu sein. Jaksch strebe gar nicht in den Nationalrat, sondern habe Siegfried Taub vorgeschlagen. Nečas an Laušman am 17.9.1940. DHČSP I, Nr. 101. — Mit Kögler stand Nečas seit März 1940 in Verbindung. DHČSP I, Nr. 71. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 267,

Jaksch hatte dagegen damals immer noch[69] die Illusion, daß die Stärkung der Position der tschechoslowakischen Sozialdemokraten innerhalb der Exilregierung und der ‚Labour Party' in der britischen Regierung die Verhandlungen über die nationalpolitischen Forderungen der Sudetendeutschen erleichtern werde.[70]

Am 17. Oktober 1940 stimmte die Oppositionsgruppe die bevorstehende Parteispaltung mit Němec ab, einem tschechischen Sozialdemokraten und zugleich Sozialminister der Exilregierung. Dieser nahm ihnen das Versprechen ab, daß sie an der Trennung von Jaksch festhalten würden, selbst wenn dieser seine Politik ändern sollte. Von Němec wollte die Opposition die Zusage erreichen, daß er ihre Bemühungen um die Bildung einer eigenen Gruppe innerhalb des ‚Trust Fund' unterstützen werde. Dr. Brügel solle im Sozialministerium angestellt werden, um eine direkte Verbindung zwischen der Gruppe und der Regierung herzustellen und ihre Anhänger vor dem „Terror der Jaksch-Gruppe" zu schützen.[71]

Am nächsten Tag, zwei Tage vor der Sitzung der Partei-Exekutive, wandte sich die Opposition mit einem Aufruf an die sudetendeutschen Sozialdemokraten. „Mit wachsender Sorge" habe sie die Entwicklung verfolgt, die die Partei unter der Führung von Wenzel Jaksch genommen habe. „Es ist unmöglich geworden, weiterhin zu schweigen und eine abwartende Passivität zu verantworten." Mit der Umbenennung der Partei in ‚Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten' habe Jaksch „das Wort ‚Arbeiter' durch den völkisch betonten Landstrich, dem ersten Worte des Henleinischen Parteinamens, ersetzt". Aus den Publikationen der Partei spreche nicht „der Geist des internationalen Sozialismus", sondern ein „rückschrittlicher provinzieller Nationalismus". Zu dessen Wurzeln im „Volkssozialismus", einer „verschwommenen, kleinbürgerlicher Ideologie", wolle Jaksch die Partei führen.

behauptet dagegen, daß die Abspaltung „von tschechischer Seite weder angeregt noch gefördert worden" sei.

69 Vgl. S. 21.

70 Leserbrief Jakschs an den ‚New Statesman and Nation' vom 24.2.1940. FO 371/24291, 38. — Der Sozialdemokrat vom 13.8. und 8.11.1940. — Protokoll der Besprechung Jakschs mit Mrs. W.E. Messer vom 6.9.1940. BA IV/31, 345 ff. Abgedruckt in: ČSNO Nr. 30.

71 Dr. Brügel wurde tatsächlich im Sozialministerium eingestellt und verblieb bis zum Ende der Tätigkeit der Londoner Regierung in dessen Diensten. Vermerk über eine Besprechung zwischen Němec und Kögler, Kirpal, Lenk und Zinner am 17.10.1940. ČSNO Nr. 32. — Neben Brügel drängte die ehemalige Abgeordnete Fanny Blatny auf eine Trennung von Jaksch. *Brügel:* Zur Geschichte der Zinnergruppe 6.

Die Verleugnung marxistischer Grundsätze, die Duldung antisemitischer Strömungen, die öffentlich bekundete Verbundenheit des Parteivorsitzenden mit einem Otto Strasser [...] sind nur so zu erklären. Wir fragen Euch, in welcher sozialdemokratischen Partei hätte der Vorsitzende ein Vorwort zu einem ausgesprochen antimarxistischen Buche eines Nationalsozialisten geschrieben?

Die Opposition nahm den alten Namen ‚Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik' für sich in Anspruch und bekannte sich „ohne Vorbehalt zum wissenschaftlichen Sozialismus und zur Idee des proletarischen Internationalismus". Den Kampf gegen Hitler führe sie „gemeinsam mit dem tschechischen Volke, mit dem uns die Geschichte, die Wirtschaft und die soziale Struktur unserer Heimat verbunden hat." Die Republik Masaryks wolle sie gemeinsam „mit der tschechischen Arbeiterklasse zum Vorbild eines sozial und national gerechten Kulturstaates machen". Sie kenne „keine Halbheiten, keine Zwiespältigkeiten, keine Konzessionen an das Denken der angeblichen ‚gemäßigten Nazi', wie es der Parteivorsitzende beliebt". Die Opposition berief sich auf ihre Anhänger, die in der tschechoslowakischen Armee dienten. Den Aufruf hatten 24 Genossen unterschrieben, darunter neben Zinner und Lenk die ehemaligen Abgeordneten Blatny, Kirpal und Kögler sowie Dr. Brügel, der ehemalige Sekretär des früheren Parteivorsitzenden Dr. Ludwig Czech.[72] Bis zur Jahreswende 1940/41 hatte sich knapp ein Drittel (336) der ehemaligen Mitglieder der Treuegemeinschaft der Zinner-Gruppe angeschlossen, mehr als zwei Drittel (740) waren der Partei treu geblieben.[73]

Trotz ihres Austritts hatte die Opposition immer noch einen oder mehrere Informanten im Parteivorstand der Treuegemeinschaft, wie ihr Bericht über die PV-Sitzung am 20. Oktober 1940 zeigt. Jaksch vertrat die Meinung, daß die Unterzeichner des Aufrufs aus der Partei ausgetreten seien und die Angelegenheit damit erledigt sei. Allerdings zeigte er sich über einige Namen unter dem Aufruf überrascht und nahm an, daß sie mit irgendwelchen Zusagen geködert worden seien. „Den Abfall der Kögler-Anhänger", wie er den Vorgang nannte, nutzte der Parteivorstand, um sich durch Kooptierung zu verjüngen und zu verstärken. Nach der PV-Sitzung konstituierte sich ein neuer gewerkschaftlicher

[72] Rundschreiben Zinners und Genossen vom 18.10.1940 (mit einem Anschreiben Zinners an Němec vom 23.10.1940). ČSNO Nr. 35.

[73] *Grünwald:* In der Fremde für die Heimat, Bd. 3, 13. — Nach *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 291 ff., schlossen sich der Gruppe 140 DSAP-Mitglieder an. Der Unterschied in den Zahlenangaben ist wohl dadurch zu erklären, daß Grünwald die Familienmitglieder mitzählt.

Landesausschuß.[74] In seinem politischen Referat berichtete Jaksch, daß er mit Beneš verhandelt habe, dessen „Konzeption annehme", und über Benešs Mitteilung, daß sechs Staatsratssitze „für Vertreter der Sudetendeutschen Sozialdemokratie reserviert" werden sollten.[75] Inwieweit Jaksch seinen Genossen Benešs „Konzeption" erläutert hat, ist unklar. Wie aus seiner Äußerung gegenüber Ripka, Slávik und Ingr hervorgeht, stimmten er und „seine Freunde" der vorgeschlagenen Abgrenzung der tschechischen und sudetendeutschen „Lebensräume" zu.[76]

Jaksch erklärte seinen Genossen, daß er zum Eintritt in den Staatsrat bereit sei, falls die Treuegemeinschaft alle für deutsche Vertreter vorgesehenen Sitze erhalte, nicht jedoch, wenn Beneš auch der Opposition eine Vertretung anbiete. Nach seinem Bericht sprach der Parteivorstand Jaksch sein „volles Vertrauen" aus. Die Opposition war überrascht, daß Senator Heinrich Müller für die Vertrauenserklärung für Jaksch gestimmt hatte, und schloß daraus, daß Jaksch ihm einen Sitz im Staatsrat angeboten habe. Dem Parteivorstand lag ein Telegramm aus Stockholm vor, in dem Paul und Taub für die Annahme von Benešs Angebot plädierten. Im Parteivorstand gab es jedoch auch Widerstand gegen einen bedingungslosen Eintritt in den Staatsrat. Dennoch sprach der Vorstand „seine prinzipielle Zustimmung im vollen Vertrauen zu der demokratischen, sozial fortschrittlichen und europäisch-konstruktiven Orientierung des Präsidenten Dr. Beneš" aus, doch müßten vor dem Eintritt „alle Probleme, die sich aus unserem selbstverständlichen Streben nach voller und gleicher Partnerschaft ergeben, im Wege freundschaftlicher Verhandlungen" geklärt werden. Die sudetendeutsche Sozialdemokratie betrachte es als ihre Aufgabe, „ein möglichst enges Bündnis mit den sozialistischen und demokratischen Kräften des tschechischen Volkes sowohl im Kampfe gegen die Nazi-Tyrannei als auch für den Neuaufbau nach dem Sturze des Hitler-Regimes vorzubereiten".

74 Durch Franz Ziwisch, Rudolf Hantusch, Franz Švanderlik, Wenzel Rückert. Zu den Parteivorstandsberatungen sollten ferner Karl Gabler und Dr. Egon Schwelb dann hinzugezogen werden, wenn es um staatsrechtliche Fragen gehe. Den gewerkschaftlichen Landesausschuß sollte Dr. Hahn, Mitglied des ZGK und Sekretär des Verbandes der öffentlichen Angestellten, im Parteivorstand vertreten, sobald er durch die Gewerkschaftsmitglieder bestätigt sei.

75 Bericht (Josef Lenk) über die Parteivorstandssitzung am 20.10.1940. ČSNO Nr. 34. — Rundschreiben des London Representative of the Sudeten German Social Democratic Party (Jaksch und Reitzner) vom 23.10.1940. AÚTGM, BAV, B, kr. 129.

76 Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Jaksch, Slávik und Ingr am 13.11. 1940. ČSNO Nr. 38. — In diesem Sinne berichtete Jaksch auch Taub. *Bachstein:* Wenzel Jaksch 244.

Ihre Politik ergebe sich „aus ihrem freiheitlich-revolutionären Führungsanspruch innerhalb der Sudetenbevölkerung" und ziele darauf hin, „zur gegebenen Zeit die werktätigen Massen der Sudeten als einen konstruktiven Faktor in die kommende föderalistische Neuordnung einzugliedern". Mit diesen Sätzen erinnerte der Parteivorstand zwar an die Holmhurster Erklärung, band den Eintritt in den Staatsrat aber nicht mehr an vorhergehende Zusagen der tschechischen Seite. Jaksch habe in der Frage der Tschechoslowakei „eine völlige Kehrtwendung vollzogen", stellte auch die Opposition fest.[77] Allerdings hatte sich Jaksch noch im wenige Tage zuvor erschienenen ‚Sozialdemokrat' zu Seligers „Programm des vollendeten Föderalismus" bekannt.[78]

Nach der Sitzung des Parteivorstands nahmen Jaksch und Reitzner zu den Angriffen der Opposition Stellung: Nicht einmal die Spalter hätten „die Behauptung gewagt, daß die Parteiführung im Kampf gegen Henlein etwas versäumt hätte" oder daß nach ‚München' „in dem großen und tragischen Rettungswerk für unsere Menschen zu wenig getan worden wäre." Am Beschluß zur Bildung der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten am 22. Februar 1939 habe auch der jetzige Oppositionelle Kögler mitgewirkt; auf der ersten Auslandssitzung des Parteivorstands am 24. Mai 1939 sei dieser Beschluß in Anwesenheit Köglers, Zinners und Kirpals bestätigt worden. Die Bezeichnung „sudetendeutsch" sei ein Begriff der internationalen Politik geworden und schon vor dem Kriege auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie üblich gewesen. Zudem hätten die Unterzeichner des Aufrufs noch im März 1940 der „Deklaration der Sudetendeutschen Sozialdemokratie" zugestimmt. Auf den Vorwurf, ein Vorwort zu einem Buch Otto Strassers geschrieben zu haben, konterte Jaksch, daß dieses Buch über Masaryk gehandelt habe und „dem tschechischen Volk in seiner schwersten Stunde gewidmet" gewesen sei. Der „Antimarxismus" dieses Buches bestehe in der Wiedergabe einer Marx-Kritik Masaryks, die von 90 Prozent der tschechischen Sozialdemokraten und 100 Prozent der tschechischen Volkssozialisten geteilt werde. Strasser, „ein Erzfeind Hitlers", habe 1931 die Nazipartei verlassen und auch das Vertrauen vieler tschechischer Politiker und Journalisten gewonnen. Auch briti-

77 Bericht (Josef Lenk) über die Parteivorstandssitzung am 20.10.1940. ČSNO Nr. 34. — Rundschreiben des London Representative of the Sudeten German Social Democratic Party (Jaksch und Reitzner) vom 23.10.1940. AÚTGM, BAV, B, kr. 129. — Rundschreiben der DSAP (Auslandsgruppe) (Zinner, Lenk) vom 28.11.1940. SDA, NJ.

78 Rundschreiben von Jaksch/Reitzner vom 23.10.1940. PK 212. — Der Sozialdemokrat vom 16.10.1940.

sche Politiker jeder Couleur unterhielten z. B. zu Hermann Rauschning Beziehungen. Den „Volkssozialismus" verteidigten Jaksch und Reitzner mit einem Hinweis auf die undogmatische Politik Labours und ihre Bemühungen um die „Mittelklasse". Gegen das Schlagwort von der „Republik Masaryks" wandten sie ein, daß „die agrarischen Restguts-Politiker und der Živno-Konzern immer mehr von ihr Besitz ergriffen" hätten, gegen die Losung „proletarischer Internationalismus", daß die Prager Regierung, der auch tschechische Sozialdemokraten angehörten, im Sommer 1938 mit der Henleinpartei verhandelt habe, „und wir standen draußen, preisgegeben und allein". Die Regierung Hodža habe „den ‚gemäßigten' und ‚radikalen' Nazis zehnfach größere Zugeständnisse angeboten, als sie vorher den demokratischen Sudetendeutschen vergönnte". Bei vielen geheimen Betriebsratswahlen hätten die Nazis eine Mehrheit gewonnen.

Jawohl, wir werden viele ‚gemäßigte Nazis' zurückgewinnen müssen, wenn wir wieder eine starke und geschlossene Arbeiterbewegung im Sudetengebiet haben wollen. Oder sollen wir wieder beginnen mit der armseligen Brosamenpolitik der Ernährungskarten, mit nichteingelösten Versprechungen, wie nach dem 18. Feber? Das soll das Ziel einer Revolution und der Preis der Opfer unserer Märtyrer sein? Niemand zwischen Asch und Jägerndorf würde uns bei einer Wiederholung der opportunistschen Politik des Alt-Aktivismus folgen, auch wenn wir sie noch so schön mit klassenkämpferischen Parolen garnierten.

Auf den Vorwurf einer schwankenden Haltung zur tschechoslowakischen Auslandsaktion antworteten Jaksch und Reitzner allerdings nicht. Sie fuhren fort: Auch die Parteimehrheit habe Anhänger unter den Deutschen in der Auslandsarmee. Man verfüge über „Stöße von Beschwerden über nationale und rassische Ungerechtigkeiten" in der Armee, habe diese aber „sehr delikat" behandelt, „weil wir keine überflüssigen Konflikte, sondern die Verständigung suchten".[79]

In Briefen an Ripka, Němec und Bechyně vom 25. Oktober 1940 beschwerte sich Jaksch über die tschechische Unterstützung für die Abtrünnigen, die er als „Gruppe alter Anhänger der Politik Dr. Czechs mit Kögler und Kirpal an der Spitze" bezeichnete. Vor allem Bělina machte er für die Spaltung verantwortlich und fragte, ob dieser mit Zustimmung und Wissen der tschechischen Sozialdemokratie gehandelt habe. Jaksch schrieb:

Ich bin der letzte Aktivist. Ich zweifle nicht, daß Ihr als Ersatz für mich käufliche Elemente gewinnen könnt. Aber die werden Euch in der Stunde der Gefahr genauso verlassen, wie sie ihre eigene Partei verraten haben. Wenn Ihr Euch auf die

[79] Rundschreiben von Jaksch/Reitzner vom 23.10.1940. PK 212.

Seite solcher Elemente und gegen die Partei der deutschen sozialistischen und demokratischen Arbeiter stellt, dann werdet Ihr niemals mehr einen Partner finden, der die schwere Aufgabe erfüllt: Sich das Vertrauen der Arbeiterelite in den Sudeten zu erhalten und ein Freund der breiten Schichten des tschechischen Volks zu sein.[80]

Jakschs Gruppe führe eine „Hetzkampagne" gegen die Opposition, klagten Zinner und Lenk. Sie würden als undankbar bezeichnet, weil sie Jaksch ihr „ruhiges Leben in England verdankten".[81] Nach vollzogener Spaltung schrieben Zinner und Lenk an Němec und Beneš, daß die Auslandsgruppe der DSAP „die seit jeher eingehaltene konstruktive Haltung zum tschechoslowakischen Staatsproblem fortsetzen" und sich weiter bemühen werde, „die notwendigen Lösungen sowohl in politischen, wirtschaftlichen, nationalen, kulturellen und sozialen Fragen einvernehmlich mit den Repräsentanten des tschechischen Volkes im Auslande vorzubereiten, um die Grundlagen eines reibungslosen Zusammenlebens der Völker der Tschechoslowakischen Republik sicherzustellen".[82] Die Zinner-Gruppe informierte auch Gillies, den internationalen Sekretär der Labour Party, der versprach, führende Mitglieder seiner Partei im Sinne der Opposition zu unterrichten.[83]

Verhandlungen über die Beteiligung von Sudetendeutschen am Staatsrat

Nachdem Jaksch Benešs „Konzeption" angenommen hatte, überließ Beneš die weiteren Verhandlungen über den Eintritt der Jaksch-Gruppe in den Staatsrat einer Ministergruppe, mit der Jaksch im November 1940 drei „unverbindliche freundschaftliche Gespräche" führte. Beide Seiten waren sich einig, daß der tschechische und der sudetendeutsche „Lebensraum" möglichst genau abgegrenzt werden sollten. Aus dem tschechischen Gebiet müßten „alle deutschen Inseln verschwinden". Nur auf das Dux-Teplitzer Becken, meinte Jaksch, könnten weder die

80 Jaksch an Bechyně am 25.10.1940. ČSNO Nr. 36.

81 Bericht (Lenk) über eine Sitzung des Parteivorstands am 20.10.1940. ČSNO Nr. 34.

82 Rundschreiben Zinners und Genossen vom 18.10.1940 (mit einem Anschreiben Zinners an Němec vom 23.10.1940. ČSNO Nr. 35.

83 Bericht (Lenk) über eine Sitzung des Parteivorstands der ‚Treuegemeinschaft' am 20.10.1940. ČSNO Nr. 34. — Vermerk von Nečas über eine Besprechung mit Gillies vom 3.2.1941. NS 19, 136.

Tschechen noch die Deutschen verzichten, das gemeinsam verwaltet werden könnte. Ripka äußerte Zweifel, ob die „abgetrennten Sudetenkreise" zur Tschechoslowakei gehören oder nicht besser sofort an Deutschland anzuschließen seien. Darauf antwortete Jaksch: „Das ist unmöglich. Diese Kreise müssen wirtschaftlich, sozial und politisch im Zusammenhang mit den tschechischen Gebieten bleiben, da sie sonst zu einer bedeutungslosen Peripherie würden." Über die „zweite Dosis", die Beneš Jaksch verabreicht haben wollte, nämlich die Aussiedlung, wurde zumindest am 13. November nicht gesprochen. Wenn die Tschechen die sudetendeutsche Frage durch ein „Diktat" lösen wollten, wozu sie sicherlich nach der Niederlage Deutschlands Gelegenheit hätten, könne er das nicht verhindern. In diesem Fall habe es aber keinen Zweck, mit ihm zu verhandeln. Zwar sehe er ein, daß man keine definitiven und bindenden Vereinbarungen aushandeln könne, doch sollte es wenigstens möglich sein, in der ersten Sitzung des Staatsrats entweder in einer gemeinsamen Deklaration oder in getrennten tschechischen und sudetendeutschen Ansprachen festzustellen, daß die künftige Verfassung in einem Übereinkommen zwischen Tschechen und Deutschen ausgehandelt werden solle. Eine solche Erklärung hielt Ripka für akzeptabel. Innenminister Slávik ergänzte, daß diese Erklärung nach dem Vorbild der Deklaration des ČSNV über das Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken abgefaßt werden könne und den Satz enthalten solle, daß der Entscheidung der legitimen Volksvertreter zu Hause aber nicht vorgegriffen werden dürfe. Der Grundsatz der Gleichberechtigung der Deutschen im Exil müsse anerkannt werden, meinte Jaksch. So seien auch deutsche Beamte in den Exilbehörden einzustellen und in der Armee entweder deutsche Einheiten zu bilden oder deutsche Offiziere einzustellen. Eigene deutsche Einheiten in der Auslandsarmee lehnten Ripka und Verteidigungsminister Ingr ab, deutsche Offiziere könnten dagegen eingestellt werden, wenn solche denn überhaupt zur Verfügung ständen. Beneš habe ihm zwar gesagt, meinte Jaksch, daß die Zeit für die Berufung eines Deutschen in die Regierung nicht reif sei, doch fühle er sich verpflichtet, diese Forderung zu stellen. Die deutsche Sozialdemokratie sei der Republik immer treu gewesen und könne in dieser Hinsicht mit gutem Gewissen mit vielen Tschechen und Slowaken konkurrieren. Deshalb glaube er nicht, daß das tschechische Volk eine solche Vertretung in der Regierung nicht hinnehmen werde. Wenn die Lage reif sei, könnte ein deutscher „Landsmann-Minister" berufen werden. Erst müsse Jaksch das durch die Erklärungen des vergangenen Jahres bei den Tschechen im Ausland und in der Heimat verspielte Vertrauen wiedergewinnen, konterte Ripka, bevor an die Ernennung eines

deutschen Ministers gedacht werden könne. Wenn wir uns einigen, forderte Ripka, „müssen die Sudetendeutschen auf dem internationalen Forum in einem einheitlichen Block mit den Tschechoslowaken als Angehörige und Anhänger eines einheitlichen tschechoslowakischen Staates auftreten. Vorbehalte dürfen und werden nicht zugelassen." Außerdem müßten die Sudetendeutschen anerkennen, daß Deutschland von jeder Neuordnung Mitteleuropas ebenso ausgeschlossen werden müsse wie Rußland und Italien, und sich positiv zu den Bemühungen um eine Konföderation der kleineren Völker Mitteleuropas stellen. Auch diesen Forderungen stimmte Jaksch zu, plädierte aber zugleich für eine umfassende gesamteuropäische Föderation. Ziel der Tschechen, Slowaken und Sudetendeutschen müsse es sein, sich im engeren Mitteleuropa eine Führungsposition zu sichern.[84] In einem Vortrag vor dem Sozialistischen Klub in Oxford und gegenüber dem Parteivorstand beschrieb Jaksch seine Gespräche mit Beneš und der Ministergruppe als sehr fruchtbar.[85]

Die sudetendeutschen Demokraten unter Führung von Jaksch sollten von Anfang an der Arbeit des Staatsrats beteiligt werden, die Konstituierung solle notfalls um zwei Wochen verschoben werden, schrieb der tschechische Sozialdemokrat Dr. jur. Břetislav Palkovský an Beneš. Zwar gebe es eine Gruppe, die unter allen Umständen und ohne Bedingungen in den Staatsrat strebe, doch nicht nur für die tschechische, sondern auch für die britische Öffentlichkeit sei nichts mit den Sudetendeutschen vereinbart, wenn Jaksch nicht dabei sei.

Alle jene deutschen ‚Bürger', die die Tschechoslowakei für das Hakenkreuz verraten haben, als der Nazismus und Faschismus ein besseres Geschäft zu bieten schien, müssen aus dem politischen Leben und aus dem Land verschwinden, genauso wie die tschechischen und slowakischen. Kein Mitgefühl mit den nazistischen und faschistischen Herren zu Hause ohne Unterschied der Nationalität! Niemand von den freien demokratischen Deutschen wird die Nazisten schonen, denen die Plätze und Hauptstraßen der sudetendeutschen Städte gehörten. Kein Mitleid für die ‚SS', die Gestapoleute und die anderen Häuptlinge der nazistischen und militärischen und halbmilitärischen Organisationen! Rücksicht gegenüber den hochverräterischen Lehrern, Professoren und Beamten ist nicht am Platz. Wir sind für absolute Strenge gegenüber den ehemaligen Demokraten, die nach dem Münchener Diktat das Privateigentum von Juden, nach der Invasion im März das von Tschechen und nach dem Anschluß jenes von deutschen Demokraten geplündert

84 Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Jaksch, Slávik und Ingr am 13.11. 1940. ČSNO Nr. 38. — *Feierabend:* Politické vzpomínky, Bd. 2, 107.

85 Am 29.11.1940. Anmerkung 6 zu ČSNO Nr. 39. — Rundschreiben Jakschs an die Mitglieder des Parteivorstands vom 10.3.1941. ČSNO Nr. 52.

haben. [...] Das alles wollen wir durchführen, doch *wollen wir keinen Bürgerkrieg in der Tschechoslowakei.*[86]

Zwischen den freien Tschechen und den freien demokratischen Deutschen, die „unsere Bürger geblieben sind, die uns treu waren und sind, darf kein Blut fließen".

Wenzel Jaksch muß mit seinen Mitarbeitern nach Böhmen zurückkehren als Kern, um den herum ein neues deutsches Leben aufgebaut wird. Bevor der Krieg zu Ende geht, wird Deutschland zerstört und durch Bürgerkriegskämpfe zerrüttet sein, wenn es nicht rechtzeitig durch die Armeen aus dem Westen und Osten besetzt wird. Unsere historische Aufgabe besteht darin, den guten Kern des deutschen Volkes zu bewahren, das wir – die Tschechen – wieder einmal zu einem Volk erziehen werden, das eines Goethe, Schiller und Herder würdig ist. Es wäre schön, wenn dieses Programm, diese Abkommen über eine bessere Zukunft durch eine gemeinsame *feierliche* Erklärung auf der ersten Staatsratssitzung besiegelt würde. Ich nehme an, daß die Wirkung auf die britische öffentliche Meinung ungeheuer und damit die Frage unserer Grenzen entschieden wäre. Die Tschechen würden wieder als würdige Nachkommen Komenskýs auftreten.[87]

Auch wenn die Tschechen auf das Egerland, die Landzipfel und den nördlichen Teil Schlesiens verzichten und gegen den dünn besiedelten Teil des Glatzer Landes tauschen und rund 500000 Nazis fliehen würden, blieben immer noch zwei Millionen Deutsche.

Ich kenne unsere Leute, in der ersten Wochen passiert ‚etwas', aber dann wird nur in den Kaffeehäusern und Kneipen geschimpft, werden radikale Reden geschwungen und wird Ruhe sein. Das tschechische Volk weiß nicht zu morden, besonders nicht Frauen und Kinder, darüber mache ich mir keine Illusionen. Deshalb muß man schon heute einen Weg zu einem gemeinsamen Leben suchen. Die polnischen Brüder – das ist etwas anderes, die schlagen drei Millionen von ihnen tot wie auf einem Schlachthof. Sie haben es geschafft, 1918/1919 1 ½ Millionen hinauszuwerfen, und nach dem 1. September 1939 haben sie etliche Tausend von ihnen verdroschen.[88]

Am 11. Dezember 1940 trat der Staatsrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Beneš berichtete, daß er deutschen Vertretern eine Beteiligung angeboten, von ihnen eine positive Antwort erhalten habe und in absehbarer Zeit mit der Ergänzung des Staatsrats rechne. Er betonte, daß „wir auf unsere Staatsbürger keiner Nationalität und Partei weder in den böhmischen Ländern noch der Slowakei noch Karpatenrußland

[86] Palkovský an Beneš am 7.11.1940. AÚTGM, BAV, B, kr. 129. Hervorhebung im Original.

[87] *Ebenda.* Hervorhebung im Original.

[88] *Ebenda.*

verzichten".[89] Verhandlungen über das Verhältnis zwischen Tschechen und Sudetendeutschen nach dem Kriege könne es im Exil nicht geben, erklärte er Jaksch am 21. Dezember 1940. Er sehe allerdings ein, daß Jaksch beim Eintritt in den Staatsrat eine Erklärung abgeben müsse, auf die dieser eine Erwiderung erwarte. Vor der Aufnahme in den Staatsrat müsse sich Jaksch jedoch mit der Zinner-Gruppe einigen. Als Jaksch einwandte, daß diese Gruppe nur einen unerheblichen Teil der Partei vertrete, antwortete Beneš, daß diese Gruppe immerhin die deutschen Gewerkschaften repräsentiere.[90] Der Zinner-Gruppe hatte die Regierung zudem die Erlaubnis zu einer Unterschriftenaktion unter den deutschen Soldaten gegeben.[91] 49 der 96 deutschen Soldaten der tschechoslowakischen Armee appellierten an Beneš, „bei der Vergebung der deutschen Mandate im Staatsrat die ‚Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (provisorischer Vorsitzender Josef Zinner)' gebührend zu berücksichtigen". Zugleich wurde auf Jakschs Anhänger unter den Soldaten Druck ausgeübt, sich von ihrem Parteivorsitzenden loszusagen.[92] Beneš hatte es am 21. Dezember nicht mehr eilig: „Jetzt kommt es nicht mehr darauf an, wann sie kommen. Je länger der Krieg dauert, desto weniger werden sich die Leute für die Sudetendeutschen interessieren." Beneš verwies sowohl auf Lockharts oben erwähnten Brief, in dem die Münchener Grenzziehung in Frage gestellt worden war, als auch auf eine Meinungsumfrage, bei der sich 52 Prozent der britischen Bevölkerung für einen Frieden ausgesprochen hatten, der härter als der von Versailles werden sollte, gegenüber 35 Prozent, die entgegengesetzter Meinung waren. Mit jedem deutschen Bombenangriff werde sich die antideutsche Einstellung verschärfen und Jakschs Position verschlechtern.[93]

89 Auszug aus Benešs Rede vom 11.12.1940. ČSNO Nr. 44.

90 Vermerk Smutnýs vom 22.12.1940. DHČSP I, Nr. 125. — Wie Lockhart berichtete, empfand Beneš „ein bißchen Schadenfreude" über die Spaltung, die ihm aber „zu weit" gehe. Lockhart an Halifax am 4.11.1940. FO 371/24292, 124f. — Nach Jakschs Aussage gegenüber Makins, standen nur 172 Personen einschließlich der Frauen und Kinder hinter der Zinner-Gruppe. Jaksch an Makins vom 11.2.1941. FO 371/26392, C1647/639/12.

91 Zinner/Lenk an Neměc am 23.10.1940. BA IV/31, 51f. — Jaksch an Ingr am 12.1.1941. Elab. Min. vnitra/IV (Juli 1942). PK 213.

92 Brief der deutschen Soldaten der tschechoslowakischen Armee in England an Beneš am 15.11.1940 (mit einem Anschreiben von Max Koutnik und Kurt Pick vom 15.11.1940). BA XI/14. — Jaksch an Ingr am 19.12.1940. *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš Nr. 8.

93 Vermerk Smutnýs vom 22.12.1940. DHČSP I, Nr. 125.

Auch Palkovský, der noch zwei Monate zuvor für Jakschs sofortige Aufnahme in den Staatsrat plädiert hatte, warnte diesen unter dem unmittelbaren Eindruck der deutschen Bombenangriffe vom 29. Dezember 1940 auf London, daß Beneš nach diesem Tag „über keinerlei Regelung des *künftigen* Status der Deutschen – selbst der demokratischen – in der Tschechoslowakei" verhandeln könne.[94] So sehr er sich das Gegenteil gewünscht habe, habe er den Eindruck, daß mit dem 29. Dezember auch „die Sudetenfrage endgültig erledigt" sei. Tschechische Exilpolitiker hätten Jaksch „zwar viel versprochen, doch können sie von ihren Zusagen heute schon nichts halten, weil ihnen das die öffentliche Meinung nicht erlaubt". Beneš sei zu vernünftig, um ein „momentanes Übergewicht" auszunützen, doch könne es sein, daß sich das momentane in ein „dauerhaftes Übergewicht" verwandle wie 1918. „Dann läßt sich schwerlich noch etwas machen, besonders bei dem heutigen Stand der öffentlichen Meinung nicht nur des tschechischen, sondern des europäischen Volks."[95] In dem Gespräch vom 21. Dezember hatte Beneš Jaksch über die Stimmung der Tschechen im Protektorat unterrichtet, die sich nicht nur gegen die Henlein-Leute, sondern auch Jaksch richte, „weil sie wissen, was Sie hier getan haben".[96]

Tatsächlich gibt es zahlreiche Belege dafür, daß sich die tschechische Widerstandsbewegung in der Forderung nach der Aussiedlung der Deutschen einig war. Die illegale Zeitschrift ‚Český kurýr' (Tschechischer Kurier) schrieb: „Wir wollen erneut einen gemeinsamen Staat der Tschechen und Slowaken, in dem anstelle der deutschen und magyarischen Minderheiten auch unsere in der Fremde zerstreuten Landsleute konzentriert würden." Und das bedeutendste Widerstandsorgan ‚V boj' (In den Kampf) schlug in dieselbe Kerbe: „Die deutsche Minderheit fiel schon damals, als die Sudetendeutschen sich zu Reichsbürgern erklärten. Nur dort ist ihr Platz, nur dort kann ihr ‚Lebensraum' sein". Oder: „Wenn jetzt Hitler gezeigt hat, daß es möglich ist, Hunderttausende von Deutschen von einem Staat in den anderen wie eine Viehherde zu treiben, warum sollten dann nicht alle deutschen Minderheiten aus allen europäischen Ländern ins Reich zurückgesiedelt werden?" ‚V boj' kritisierte die Erlaubnis, einen deutschen Soldaten der tschechoslowakischen Armee in der BBC in deutscher Sprache zu seinen Landsleuten sprechen zu lassen. Das tschechische Volk wolle „freie Hand behalten"

94 Palkovský an Jaksch am 30.12.1940. AÚTGM, BAV, B, kr. 129. Hervorhebung im Original.

95 *Ebenda.*

96 Vermerk Smutnýs vom 22.12.1940. DHČSP I, Nr. 125.

und nicht durch Abmachungen zwischen der Exilregierung und Jaksch gebunden werden.[97]

Einen Tag, nachdem Beneš Jaksch sechs Sitze im Staatsrat angeboten hatte, informierte Drtina den Funktionär des Geheimausschusses ‚Politisches Zentrum' Krajina über das Angebot, erklärte aber den Eintritt für wenig wahrscheinlich. In einer Depesche vom 5./6. November 1940 wurde Krajina dann unterrichtet, daß die Ernennungsurkunden für die unumstrittenen Staatsratmitglieder unterschrieben seien. Für Kommunisten und die deutschen Sozialdemokraten seien acht Sitze und der Posten des Vizepräsidenten vorgesehen, doch seien diese noch nicht ernannt.[98] In seiner Antwort warnte Krajina: „Das Volk wird die Berufung von Deutschen in den Staatsrat kaum ertragen. Es leidet unter ihnen so stark, daß die Gefahr besteht, daß sie gegen Euch ausgenutzt wird."[99] Daraufhin informierte Beneš den ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' über seine Konzeption und fuhr fort:

Das bedeutet, daß es in der Republik wieder Deutsche geben wird. Dementsprechend müssen wir auch vorgehen. Sonst käme man überall zum Urteil, daß wir von vornherein die historischen Grenzen aufgeben, und es gibt immer noch Leute (besonders in Frankreich und anderswo), die einfach zu München zurückkehren wollen; und sie glauben fälschlich, daß sie dann vor den Deutschen in der ČSR Ruhe hätten. Die Existenz des deutschen Problems bei uns zu ignorieren, wäre ein Grundfehler. Zumal hier, wo wir unsere Deutschen als Emigranten haben und wo sie arbeiten. Die erste Frage, die uns jeder politisch einflußreiche Engländer stellt, lautet, was habt Ihr mit Euren Deutschen vor? Wenn später die Amerikaner eingreifen, wird es noch schwerer. Dabei hilft uns jedoch die allgemeine Meinung, daß uns durch München Unrecht geschehen ist, sehr und erlaubt uns, ein klares, festes, für uns vorteilhaftes und dabei erfolgreiches [vítězný], aber dennoch nicht überzogenes Programm zu formulieren. Man darf nicht vergessen, daß die Frage unserer Deutschen neben Danzig und Ostpreußen die allerschwierigste ist auch für eine dauerhafte Lösung nach diesem Krieg. Deshalb habe ich von Anfang an mit den Deutschen verhandelt und tue es weiter. Ich verspreche und werde im Namen des Volkes nichts versprechen. Auf die Aussiedlung zumindest einer Million bereite ich sie vor ebenso wie auf die Notwendigkeit eines tschechischen Lebensraums. Grundsätzlich habe ich ihnen die Beteiligung am Staatsrat versprochen, aber erst dann, wenn das reif und für uns zu Hause erträglich ist.

Die sudetendeutschen Emigranten wüßten, daß ihre Landsleute in der Heimat in der Mehrheit immer noch sehr nationalsozialistisch eingestellt seien, und fürchteten ein Massaker bei Kriegsende. Sie seien untereinander nicht einig. Jaksch bekenne sich „halb" (napolo) zur Republik

[97] Zitate bei *Brandes:* Die Tschechen unter deutschem Protektorat, Bd. 1, 179f.
[98] Anmerkung 1 zu ČSNO Nr. 37.
[99] Šíp (Krajina) an Suk (Drtina) am 13.11.1940. ČSNO Nr. 37.

und warte die weitere Entwicklung ab. Der kleinere Teil sei bedingungslos für die Republik. Es könne sein, daß die Regierung durch die Ereignisse zu einer schnellen und deutlichen Aussage in der Angelegenheit der Deutschböhmen gezwungen werde. Die englische Regierung wolle wohl bald eine Grundsatzerklärung über ihre Kriegsziele abgeben. Das Foreign Office würde ein Übereinkommen mit den hiesigen sudetendeutschen Emigranten begrüßen. Zum Abschluß forderte Beneš den ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' zu einer Stellungnahme auf.[100]

Krajina berichtete über unterschiedliche Reaktionen auf Benešs Konzeption. „Die Politiker würden die Errichtung von drei Gauen verstehen, nicht jedoch das Volk", habe Bořek-Dohalský erklärt und: „Ich beschwöre [Euch], weder über eine Beteiligung der Deutschen am Staatsrat zu sprechen noch an sie zu denken. Ich kenne die Situation genau, es könnte Eure Rückkehr unmöglich machen". Ebenso denke die ‚Nationalverteidigung', sie spreche sogar über die Besetzung der Lausitz.[101] Im Volk wachse „ein schreckliches Verlangen nach Vergeltung, das nur sehr schwer, vielleicht gar nicht zu kanalisieren ist. [...] Das Volk sieht seinen Lebensraum in den historischen Grenzen und hält die Deutschen für Zuwanderer, die ausgesiedelt werden müssen".[102] Dagegen hätten andere Benešs Lösung als „glücklich und staatsmännisch" bezeichnet: „Möglichst viele Deutsche raus, mit den übrigen anständig umgehen." Die Deutschen in den Gauen wären insofern privilegiert, als sich Pflichten der Besiegten nicht auf sie beziehen würden. Die Tschechen in den Gauen sollten Minderheitenschutz erhalten, nicht jedoch die Deutschen im tschechischen Gebiet, die ins Reich und nicht in die Gaue auszusiedeln seien. Ihr Eigentum sei einzuziehen und einem Entschädigungsfond zuzuführen.[103] Drtina äußerte Verständnis für diese Reaktionen, doch

[100] Depesche Benešs an den ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' vom 26./27.11.1940. ČSNO Nr. 39. In Auszügen bei *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš Nr. 7.

[101] Oberstleutnant Josef Balabán, der die ‚Nationalverteidigung' im ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' vertrat, protestierte: „Wir freuen uns auf die Trennung von den teuren ‚Pinseln'. Schlagen wird man sich, damit die drei von Euch erdachten und verdammten Gaue, für die man Sie hier zerreißen würde, irgendwo bei Berlin errichtet werden. [...] Auf Wiedersehen in der ČSR – ohne Gaue." Balabán an Ingr am 13.12.1940. Anm. 1 zu ČSNO Nr. 45.

[102] Krajina an Drtina am 3.12.1940. ČSNO Nr. 40.

[103] Dies war die Ansicht von Křišťan (Vladimír Hora) und Čtvrtečka (Augustin Popelka?). Krajina an Drtina am 6.12.1940. ČSNO Nr. 41.

Tatsache ist, daß wir drei Millionen Deutsche weder anheiraten noch totschlagen können. Die große Mehrheit wird bleiben, und mit ihnen muß irgend etwas geschehen. Von uns gibt es nur sieben gegenüber siebzig Millionen Deutschen, auch sie können uns nicht ausrotten. Das bedeutet nicht, daß unser Volk nicht zum gegebenen Zeitpunkt Vergeltung üben soll. [...] Auch Navrátil [Beneš] erkennt das an. Dann aber muß eine vernünftige Lösung kommen. Es wird jedoch an Euch zu Hause liegen, möglichst viele Deutsche möglichst weit hinauszudrängen. Hier rechnet man damit, daß das Wichtigste am Ende zu Hause geschehen wird, und zwar blutig und nicht als Spaziergang auf dem Wenzelsplatz wie im Jahre 18.

Jedem müsse klar sein, daß im Ausland nicht eine ebenso radikale Politik gemacht werden könne wie zu Hause. Beneš halte daran fest, in seiner Rede für eine Beteiligung der Deutschen am Staatsrat zu plädieren.[104] Der ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' antwortete Beneš am 19. Dezember 1940:

Heute kennen wir weder alle militärischen und politischen Partner noch den Grad der antideutschen Stimmung im Westen bei Kriegsende. Es wäre nicht gut, durch vorzeitige Verpflichtungen auf die Möglichkeit einer günstigeren Lösung zu verzichten. Die Frage unserer Deutschen ist nur eine der Fragen, wie Europa nach dem Kriege vor deutscher Eroberung geschützt werden kann, und zwar auf lange Sicht. Wir dürfen nicht zulassen, daß die Frage unserer Deutschen isoliert entschieden wird. Wir setzen voraus, daß Sie in dieser Sache gemeinsam mit anderen heute unterworfenen Völkern vorgehen, besonders mit den Polen. Nötig ist, daß unsere Deutschen als unsere innere Angelegenheit anerkannt werden. Genügen würde, wenn die Erneuerung der ČSR ohne weitere Vorbehalte alliiertes Kriegsziel wäre. Das Festhalten an den historischen Grenzen halten wir für unumgänglich, auch wenn ein Teil der Deutschen in ihnen verbleibt. Der Schaffung dreier großer Gaue, die erneut die Gefahr eines ‚geschlossenen Gebiets' mit sich brächte, können wir nicht zustimmen. Damit gäben wir stillschweigend unsere Zustimmung, daß sie sich früher oder später vom Staat abtrennten. Wir schlagen kleine unzusammenhängende und gemischte Gebiete hinter einer vorgeschobenen ethnographischen Grenze vor. Mit einer beträchtlichen Verringerung der Zahl der Deutschen rechnen wir. Auch mit der Sequestrierung ihres Eigentums und dem Entzug wirtschaftlicher Positionen. Alle diese Aufgaben und die Besetzung der historischen Grenzen werden durch eine revolutionäre Aktion bei uns verwirklicht, allerdings auch mit Ihrer Hilfe.[105]

Im Frühjahr 1941 einigten sich die drei im ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' vertretenen Gruppen (‚Politisches Zentrum', ‚Petitionsausschuß Wir bleiben treu' und ‚Nationalverteidigung') auf ein Programm, das in der nationalen Frage relativ maßvolle Formulierungen enthielt. Der ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' forderte die

104 Drtina an Krajina am 9.12.1940. ČSNO Nr. 43.

105 ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' an Beneš am 19.12.1940. ČSNO Nr. 45.

Rückkehr zu den historischen Grenzen, „nicht nur weil sie historisch sind, sondern vor allem, weil es ohne sie keine freie Selbstbestimmung unseres Volks gibt". „Unsere Aufgabe wird es sein, im Rahmen der europäischen Lösung [der deutschen Frage] und parallel zu ihr mit dem deutschem Problem innerhalb unserer Grenzen fertigzuwerden, und zwar sowohl durch machtpolitische Garantien als durch die Umerziehung der hiesigen Deutschen, deren Zahl bestimmt sinkt". Auf jeden Fall sei in der Republik „kein Platz für jene Deutschen, die sich für die Henleins oder Nazis exponiert, von ihnen Vorteile angenommen haben usw.". Für Hitler trage das ganze deutsche Volk Verantwortung „einschließlich der persönlich Unschuldigen, die jedoch vom Ganzen nicht zu unterscheiden sind". „Deshalb wird die nationalrevolutionäre Regierung unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen einleiten, die sich auf die Staatsbürgerschaft, das Eigentum, die Beseitigung der Schäden, die Erneuerung der Rechtsordnung beziehen."[106]

Am 3. Januar 1941, zwei Wochen nach dem Gespräch vom 21. Dezember 1940, legte Jaksch Beneš vier Punkte vor, die „im Zusammenhang mit der Entsendung unserer Delegation in den Staatsrat einer Klärung bedürfen". Seine Partei strebe eine Regierungserklärung an, daß „die fundamentalen Fragen des künftigen Zusammenlebens der Tschechen und Sudetendeutschen im Wege gegenseitiger Vereinbarungen gelöst werden sollen", daß nach der Abrechnung mit den Nazis beide Seiten sich bemühen werden, einen „nationalen Bürgerkrieg" zu verhindern, und daß die demokratischen Deutschen auch während des Krieges von keinem Verwaltungszweig ausgeschlossen würden, und wollte wissen, ob eine Regierungsbeteiligung der Sudetendeutschen erwogen werde.[107]

Als er vergeblich auf eine Antwort Benešs wartete, bat Jaksch das Foreign Office um Hilfe. Die Verhandlungen mit Beneš und der Ministergruppe hätten Erfolg versprochen, doch plötzlich, kurz vor Weihnachten, habe man ihm erklärt, daß die Stimmung im Protektorat kein Zusammengehen zulasse. Österreich und das Sudetenland seien die Schwachstellen des Naziregimes, doch könne sich der sudetendeutsche Widerstand wegen der Furcht vor einer undifferenzierten tschechischen Rache nicht entfalten. Die Pläne für die Vertreibung von drei Millionen Sudetendeutschen seien nicht nur unpraktikabel, sondern würden die Be-

106 Anmerkung 4 zu ČSNO Nr. 49. — Siehe auch *Kural:* Místo společenství konflikt 145.

107 Jaksch an Beneš am 3.1.1941. FO 371/26392, C639/639/12, ČSNO Nr. 45 und *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš Nr. 10. — Rundschreiben Jakschs vom 10.3.1941. Elab. Min. vnitra/IV odd. (Mitte Juli 1942). PK 213.

völkerung auch in eine Art „Nationalbolschewismus" treiben. Im Falle einer Krise des Systems traue sich seine Partei zu, mit dem Vorstand und 50 Spitzenleuten innerhalb von 48 Stunden die Kontrolle über das Gebiet zwischen Eger und Reichenberg zu gewinnen und nach der Bestrafung der Nazis eine demokratische Mehrheit unter den Sudetendeutschen zu schaffen. Um die oppositionellen Kräfte im Sudetenland zu stimulieren, solle Großbritannien erklären, daß die Sudetendeutschen nach der Säuberung vom Nazigeist „eingeladen werden, in einer tschechoslowakischen oder größeren mitteleuropäischen Föderation auf der Grundlage der Selbstverwaltung mitzuarbeiten". Ein erster Schritt in diese Richtung könne die Einrichtung eines speziellen Rundfunkdienstes für die Sudetendeutschen sein. Das Central Department lehnte jedoch eine britische Intervention in die Verhandlungen zwischen Jaksch und Beneš ab. Roberts zeigte erstmals Verständnis für die tschechische Weigerung, sich gegenüber Jaksch zu binden. Schließlich vertrete dieser bestenfalls ein Sechstel der sudetendeutschen Wähler. Er sei nicht sicher, ob Jaksch mit seinem Widerstand gegen den Bevölkerungstransfer, zumindest als Teillösung, recht habe. „When all is said & done the Sudetens are the originators of the old Pan-German movement from which Nazism evolved."[108] Das Central Department befürwortete aber den Plan, einmal in der Woche ein spezielles Bulletin für die Sudetendeutschen im österreichischen Programm der BBC zu senden. Wenn Beneš sich nicht einmal mit den sudetendeutschen Sozialdemokraten einigen könne, bestimmte Gebiete wie das Eger-Dreieck abtreten und weitere Sudetendeutsche vertreiben wolle, habe er kein Einspruchsrecht. Beneš gelang es jedoch mit Lockharts Unterstützung, diesen Vorschlag mit der Begründung abzublocken, daß dadurch der Widerstandswille der Tschechen geschwächt werden könnte und das Ergebnis der Gespräche mit Jaksch abgewartet werden sollte.[109]

Unter Hinweis auf die polnische Denkschrift vom November 1940[110] forderte Lockhart Beneš am 21. Dezember dazu auf, auch die tschechoslowakischen Kriegsziele zu formulieren.[111] Mitte Januar 1941 hatte Beneš die erste Version fertig[112], die zweite Version lag Anfang Februar

108 Jaksch an Makins am 25.1. mit einem Vermerk von Roberts vom 31.1. und Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Jaksch am 3.2.1941. FO 371/26392, C918/639/12.

109 Makins an Leeper am 28.4. mit Vermerken von Roberts und Lockhart. FO 371/26392, C3939/639/12. — Jaksch an Makins am 12. und Makins an Leeper am 19.6.41. FO 371/26381, C6531/57/12.

110 Siehe S. 56-59.

111 Vermerk Smutnýs vom 22.12.1940. DHČSP I, Nr. 126.

112 Beneš: Mírové cíle československé (vom 13.1.1941). NS 33/1.

vor. Beneš verpflichtete die Minister zu äußerster Vertraulichkeit und bat sie um Stellungnahmen. Ihm liege daran, daß keine Forderungen auf Annexion reichsdeutscher Gebiete erhoben würden, um die Lage der Tschechoslowakei bei den Friedensverhandlungen nicht zu erschweren.[113] In seinem Memorandum forderte Beneš die Anerkennung der Rechtskontinuität der Republik. „Diese ist für uns eine Frage des Rechts und der Gerechtigkeit, aber auch eine moralische und der Ehre der ganzen Nation, in der das tschechoslowakische Volk niemals einen Kompromiß eingehen wird." Unter die Kriegsziele sei die „Restauration des gesamten früheren tschechoslowakischen Gebiets" aufzunehmen. Danach verließ Beneš jedoch die rechtliche Argumentation: Zuerst sei eine „geographisch natürliche, militärisch, wirtschaftlich, verkehrsmäßig und politisch für den tschechoslowakischen Staat unerläßliche Grenze festzulegen als unbedingt notwendige Existenzbedingung des tschechoslowakischen Staates in seinem tschechoslowakischen Charakter". Einen Satz der ersten Version hatte Beneš in der zweiten Version fallengelassen, nämlich: „Diese Linie wird auch im Laufe der Zeit zu einer nationalen, ethnographischen Linie zwischen Deutschen und Tschechen werden". Zwischen dieser und der alten historischen Grenze gebe es ein Gebiet, das man definitiv als mehrheitlich deutsch betrachten könne. Dieses werde aus wirtschaftlichen Gründen „immer ein Interesse haben, zum tschechoslowakischen Staat zu gehören". Seine Bewohner könnten eine „vernünftige lokale Autonomie" erhalten. Sie würden so behandelt, daß sie sich in Zukunft nicht über eine nationale Unterdrükkung beklagen könnten, hatte es in der ersten Version noch geheißen. Die Neuregelung erfordere

> eine Umsetzung [přemístění] der tschechischen und deutschen Bevölkerung in Böhmen und Mähren, so daß sich die alten komplizierten Streitereien in Verwaltung, Sprachen- und Schulfragen [...] nicht wiederholen können und bei der heutigen einzigartigen Gelegenheit historisch endgültig entschieden werden.

Dadurch verschwänden die sogenannten gemischten Gebiete, die immer das größte Problem in national gemischten Staaten darstellten. Die Schweiz habe keine zähen nationalen Kämpfe, da es dort keine gemischten Gebiete gebe. Eine weitere deutliche Aussage der ersten Version hatte Beneš in der zweiten getilgt:

> Wenn diese Regelung [die Umsetzung] angenommen wird und sich in der Zukunft die Frage der Abtrennung der deutschen Gebiete in Böhmen und Mähren stellt, würde sich München nicht wiederholen, denn das so neu gebildete tschechische Gebiet würde überhaupt nicht jenem ähneln, das nach der Münchener Entschei-

113 *Feierabend:* Politické vzpomínky, Bd. 2, 40f.

dung entstanden war und den tschechoslowakischen Staat mit der Münchener Grenzen lebensunfähig gemacht hat.

Verliere Deutschland Oberschlesien, könnte das tschechoslowakische Staatsgebiet auf Kosten Preußisch-Schlesiens erweitert werden und das gewonnene Territorium gegen einige Gebiete in Nord- und Westböhmen ausgetauscht werden.

Der tschechoslowakische Staat hat nämlich keinesfalls die Absicht, nach diesem Krieg die Zahl seiner Bürger deutscher Nationalität zu erhöhen, sondern im Gegenteil so weit zu begrenzen und zu vermindern, wie dies möglich ist und die Kriegsverhältnisse es erlauben.

Nach den Erfahrungen in der Habsburgermonarchie und der Zwischenkriegszeit komme er zu dem Schluß, daß nationale Minderheiten nicht so weitgehend und konsequent zu schützen seien, daß sie nicht auch in Zukunft Anlaß zu zwischenstaatlichen Konflikten bieten würden. Deshalb müsse man den Mut haben, nach diesem Krieg das Problem der nationalen Minderheiten definitiv und radikal, ohne Halbheiten, zu lösen. Jede Nation Mitteleuropas brauche ein unumstrittenes nationales Territorium. Die verbleibenden national und sprachlich gemischten Gebiete müßten unter Berücksichtigung geographischer, historischer, kultureller, militärischer, wirtschaftlicher und verkehrsmäßiger Gesichtspunkte diesem oder jenem Staat zugeteilt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müßten Bevölkerungen umgesetzt werden, wie dies nach dem Ersten Weltkrieg auf dem Balkan geschehen sei und wie es auch Deutschland mit den deutschen Minderheiten in Italien, der Sowjetunion und in den baltischen Staaten getan habe.

Übrigens wendet Nazi-Deutschland dieses System heute auf eine geradezu barbarische Weise in Polen und der Tschechoslowakei an. Unserer Meinung nach läßt sich dieses System im beträchtlichen Ausmaß anwenden, und wenn es zwischen den betroffenen Staaten vereinbart und durch die notwendigen staatlichen und internationalen finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen unterlegt wird, würde es den größten Teil seiner Härten und Nachteile verlieren und könnte zur Grundlage einer friedlichen und definitiven Erledigung eines der schwersten Probleme des heutigen Europa werden.[114]

Vier Stellungnahmen von Ministern sind bekannt. Feierabend empfahl in seiner Stellungnahme zu Benešs Memorandum, einerseits die Staatsgrenze über die historischen Grenzen hinaus vorzuverlegen, wo die „existentiell notwendige" nicht mit der historischen Grenze überein-

114 Beneš: Mírové cíle československé [Tschechoslowakische Friedensziele] (Fassung vom 3.2.1941). ČSNO Nr. 47. — Siehe auch *Kural:* Místo společenství konflikt 137-143.

stimme, und zwar bis zum Fuß der Gebirge, bis zu einigen Bergrücken im Böhmerwald und auch im Glatzer Land. Von Österreich solle ein Streifen westlich der March gefordert werden, da Fachleute der Meinung seien, daß der Oder-Donau-Kanal nur auf dieser Seite gebaut werden könne. Die Gebiete in West- und Nordböhmen zwischen der „existentiellen" und der historischen Grenze sollten selbst ohne Zugewinn in Oberschlesien abgetreten werden. Denn auch in diesen Gebieten werde man tschechische Zollbeamte und andere tschechische Elemente und damit Schulen und kulturelle Einrichtungen brauchen, was zu Konflikten und Separationsforderungen führen könne. Ein gewisses Maß an nationaler Freiheit sollte den Deutschen nur im deutschen Teil Troppau-Schlesiens und in einem Stück Nordmährens gewährt werden, falls die Tschechoslowakei zur Verbesserung der Grenzen zu Polen ein Stück Oberschlesien erhalte. Machten jedoch die Bedingungen der internationalen Sicherheit eine solche Verbesserung nicht nötig, sollte auch der gesamte deutsche Teil Troppau-Schlesiens abgetreten werden. Trotz Bevölkerungsaustausch werde es nicht gelingen, alle Gebiete national zu entmischen. Die Deutschen im national tschechischen Gebiet dürften keine Minderheitenrechte erhalten.[115] Am 31. Januar 1941 hatte Feierabend der Meinung vertreten, daß sich über eine Million Deutsche gegen die Republik schuldig gemacht hätten und deshalb ausgesiedelt, die übrigen aber in den Grenzgebieten vor der vorgeschobenen ethnographischen Sicherheitslinie untergebracht werden könnten. Diese verkleinerten Grenzgebiete könnten schlimmstenfalls abgetreten werden.[116]

Ripka war mit der Bildung der in Benešs Entwurf erwähnten drei Gaue ebenfalls nicht einverstanden. Zwar liege es im Interesse der Deutschen, in den ersten Nachkriegsjahren im Rahmen der Tschechoslowakei zu verbleiben, um die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Niederlage nicht tragen zu müssen. Sobald Deutschland wieder stärker geworden sein werde, würden die Deutschen wieder nach dem Anschluß rufen oder mit dem Anschluß drohen und erpressen. Aus Angst davor werde Prag Investitionen im „autonomen" deutschen Gebiet scheuen mit der Folge, daß die „Vernachlässigung" Unzufriedenheit hervorrufen werde, schrieb Ripka. Die Deutschen würden auch einen gewissen Einfluß auf die Politik des Gesamtstaates fordern.

Ich habe Zweifel, daß uns die Durchführung des Transfers der deutschen Bevölkerung aus dem tschechischen Nationalgebiet gelingt, wenn wir zugleich auf den historischen Grenzen bestehen – schwerlich würden wir für diese Kombination in

115 Feierabend an Beneš am 15.2.1940. ČSNO Nr. 48. — *Feierabend:* Politické vzpomínky, Bd. 2, 41.
116 *Feierabend:* Politické vzpomínky, Bd. 2, 108.

England und Amerika (ganz zu schweigen von Rußland) Unterstützung finden, denn wir könnten diese Transaktion nicht als Kompensation für Zugeständnisse von unserer Seite darstellen, und dann, wohin soll transferiert werden?

Somit verblieben nur zwei Alternativen: a) Entweder die historischen Grenzen verlangen, die Grenzgebiete so weit wie möglich mit Tschechen durchmischen, die Deutschen in der Anfangszeit einerseits zur Aussiedlung nach Deutschland, andererseits zur Umsiedlung ins Landesinnere zwingen, sie aus allen wichtigen wirtschaftlichen Positionen entfernen und im übrigen die Nationalitätenpolitik der Ersten Republik wieder aufnehmen und ihnen allenfalls lokale Selbstverwaltung in Gemeinden und Bezirken gewähren. Er neige zur zweiten Alternative, nämlich zur Aufgabe der historischen Grenzen. Für den Preis der Abtretung einiger Grenzgebiete wie des Egerlands, von Schluckenau, Friedland, Freiwaldau und Jägerndorf, eventuell einiger Gebiete an der Thaya (Südmähren) sei zu fordern:

1. das Glatzer, eventuell auch noch das Ratiborer Gebiet, 2. der organisierte Transfer von 1 ½ Millionen Deutschen nach Deutschland [...] 3. daß die Deutschen, die in der Tschechoslowakei verbleiben, sich entweder zu Reichsbürgern, die im Lande nur die Rechte und Stellung von Ausländern hätten, oder zu Tschechoslowaken erklären, 4. die Ablehnung des Systems [režim] des Minderheitenschutzes und der Minderheitenrechte – und, wenn das konsequent nicht durchzuführen sein sollte, dann wenigstens die Beseitigung der deutschen Inseln durch radikale Anwendung des Grundsatzes, wie er in Punkt 3 formuliert ist.[117]

Gegen den Gauplan wandten sich Slávik[118] und Ingr mit fast den gleichen Argumenten wie Ripka. Wir brauchen einen Minimal- und Maximalplan, hieß es in Ingrs Stellungnahme. Im Rahmen des Minimalplans benötige die Tschechoslowakei aus militärischen, wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Gründen in Nord- und Südostböhmen das Erzgebirge im Westen bis zum Elbbecken, das Massiv des Duppauer Gebirges und den Kaiserwald, den Oberpfälzer Wald und Böhmerwald sowie in Nord- und Nordostböhmen das Jeschken-, Riesen- und Adlergebirge. In Mähren könne man auf die Thaya im Süden und auf das Gesenke im Norden nicht verzichten, vielmehr sei eine Grenzkorrektur zugunsten der Tschechoslowakei bei Ratibor zu fordern. Die deutsche Frage sei wohl nicht so zu lösen, wie sich das Volk das vorstellt, d.h. „daß die Deutschen aus der Republik fliehen oder totgeschlagen oder vertrieben werden". Vielmehr müsse eine geregelte Lösung gesucht werden. Einen gangbaren Weg sehe er in der Abtretung der folgenden Landzipfel:

117 Ripka an Beneš am 25.2.1941. ČSNO Nr. 50. — *Feierabend:* Politické vzpomínky, Bd. 2, 42.

118 Slávik an Beneš (o. D.). ČSNO Nr. 56.

Asch-Eger, Schluckenau, Friedland, Braunau, Freiwaldau, Hotzenplotz mit rund einer Dreiviertelmillion Deutschen und dem Transfer von rund einer Million Deutschen.

Befreiung von ¼ Million Deutscher durch Flucht und Vertreibung oder Totschlag in der Zeit des Umsturzes. Diese Methode, sich eines Teil der Deutschen zu entledigen – ich denke an die seit 1938 und unter dem heutigen Regime allgemein, im Bezirk und örtlich prononcierten und exponierten Deutschen – ist zu gegebener Zeit durch eine Propagandaaktion und Terrorakte vorzubereiten und zu unterstützen.

Die Wirtschaftsmacht der restlichen 1 ¼ Million Deutschen sei einerseits durch Konfiszierung ihres Eigentums als Entschädigung für die wirtschaftlichen Schäden, die die Deutschen den Tschechen zugefügt hätten, andererseits mittels durchgreifender sozialer Maßnahmen zu brechen. Die bisherigen deutschen Gebiete, die bei der Republik blieben und durch den Transfer und die anderen Maßnahmen ausgedünnt würden, sollten durch tschechoslowakische und gegebenfalls karpatenrussische Elemente besiedelt werden, und zwar entsprechend ihrer militärischen, wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Bedeutung so, daß der zusammenhängende, kompakte deutsche Streifen zerschlagen werde.[119]

Jaroslav Stránský und František Hála hatten eine Antwort des Staatsrats auf die Adresse Benešs an den Staatsrat vom 11. Dezember 1940 vorbereitet. Im Entwurf wurden die Aufgabe der historischen Grenzen sowie die drei Gaue abgelehnt. Der Entwurf ging von der Erneuerung des Zusammenlebens der Tschechen und Deutschen im gemeinsamen Staat aus und sprach sich für den Eintritt von Sudetendeutschen in den Staatsrat aus.[120] Im Gespräch mit Beneš bezeichnete Stránský Bevölkerungsverschiebungen als „nazistische Erfindung". Er verstehe eine Vertreibung im Augenblick des Umsturzes, aber nicht durch ein Dekret, das sei grausam.[121] Beneš versuchte Stránský für seinen Plan zu gewinnen. Die Amerikaner könnten für die Deutschen die Münchener Grenze fordern, wenn die Tschechen keinen eigenen Plan vorlegten und er nicht „kühn behaupten" könne, daß er den Deutschen Autonomie geben werde. „Über das weitere spreche ich jetzt nicht." Die Republik werde in die Länder Böhmen, Mähren und Slowakei und zudem in Gaue gegliedert, von denen die Deutschen nur drei erhalten sollten, nämlich Reichenberg, Karlsbad und „in Schlesien". Die Militärs habe er aufgefordert aufzuzeichnen, wie sie sich eine strategische Grenze vorstellten.

119 Ingr an Beneš am 8.4.1941. ČSNO Nr. 54.

120 Anmerkung 1 zu ČSNO Nr. Nr. 55.

121 Vermerk Smutnýs über eine Besprechung Benešs mit Stránský am 3.4.1941. DHČSP I, Nr. 149.

Er wisse aber schon jetzt, daß deren Empfehlung nicht zu gebrauchen sein werde: Sie würden die Vorverlegung der Grenze bis an den Fuß der Gebirge fordern. Festungen müßten aber schnell durch Einheiten aus der Umgebung besetzt werden können und deshalb in Gebieten mit zuverlässiger, d. h. tschechischer Bevölkerung liegen; an der Grenze könne es daneben kleine Festungen geben. Stránský zeigte sich überrascht, daß die „Hauptlinie unserer Festungen sich so tief im Landesinnern befand, was ihn mit Benešs Plan „stärker versöhnte".[122]

Offenbar um der Kritik an seinem Plan den Wind aus den Segeln zu nehmen, sagte Beneš in einem Interview mit einem Korrespondenten der holländischen Exilzeitung ‚Vrij Nederland':

> Die große Mehrheit der Sudetendeutschen bedauert, was geschehen ist. Wir von unserer Seite nehmen in dieser Frage eine sehr reservierte Haltung ein. Wir wissen, daß dieses Gebiet wieder zu unserer Republik gehören wird. Wir hoffen, daß die Ereignisse selbst Europa zeigen werden, was für eine Lösung nötig ist und wie die Welt mit ‚Henlein' umgehen muß.[123]

Nach Meinung von Roberts stand diese Erklärung im Widerspruch zu einer früheren Aussage Benešs gegenüber Lockhart: Er sei bereit, „einen ziemlich großen Teil des Sudetengebiets im Nordwesten aufzugeben und in anderen Teilen dieses Gebiets sogar einen Austausch der Bevölkerung zu erwägen". Lockhart erhielt den Auftrag, Beneš zu fragen, ob er seine Meinung geändert habe.[124] Beneš erklärte Lockhart, daß er von dem Korrespondenten der holländischen Zeitung falsch zitiert worden sei, und entwickelte seinen Plan für die Lösung der Minderheitenfragen in der Tschechoslowakei.

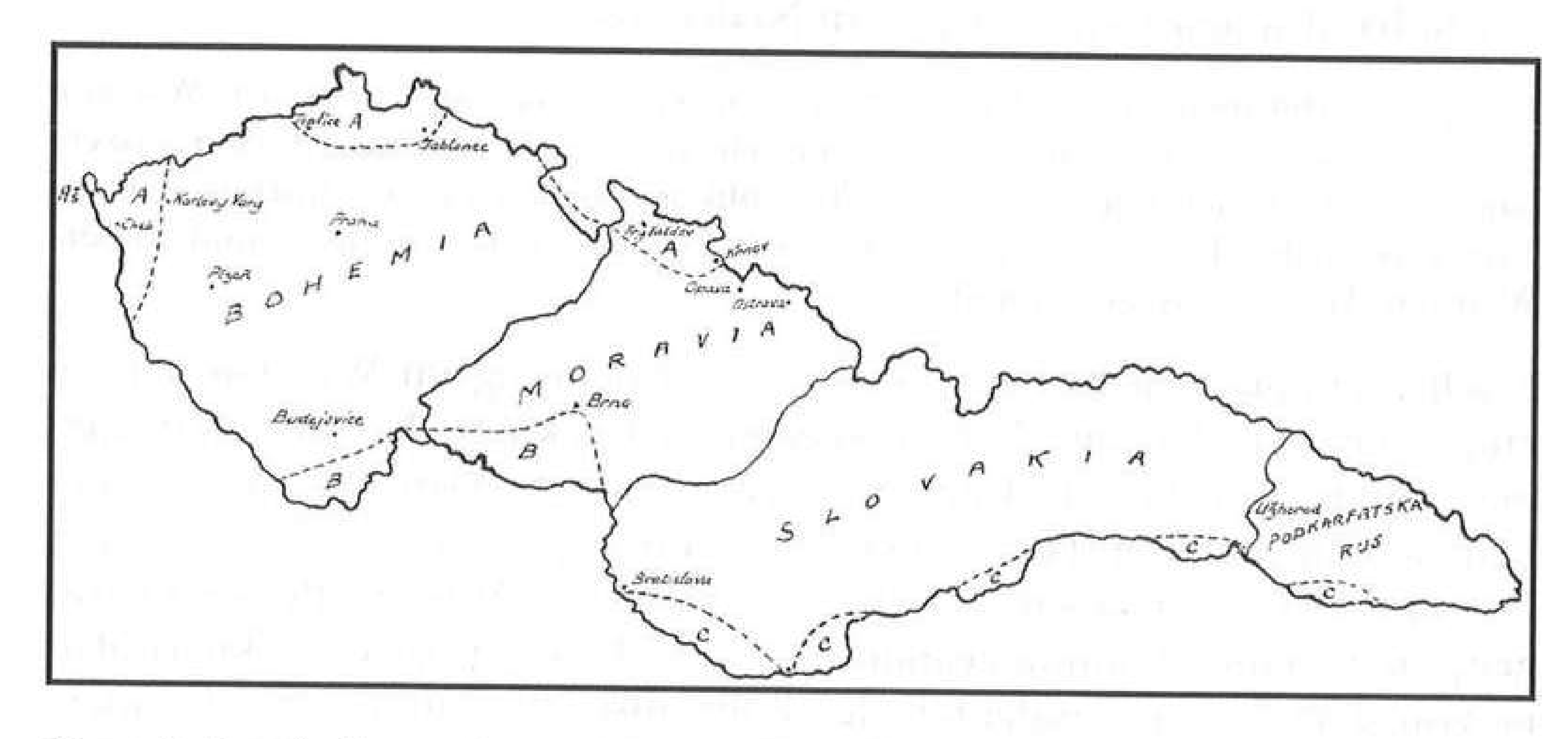
Er sei bereit, sagte Beneš, je einen Grenzstreifen in Westböhmen, in Nordböhmen und in Tschechisch-Schlesien mit insgesamt rund 900 000 Deutschen an Deutschland abzutreten. Die rund 291 000 Deutschen Südböhmens und Südmährens wolle er gegen Tschechoslowaken austauschen, die gegenwärtig in Österreich lebten. Werde Österreichs Unabhängigkeit wiederhergestellt, sei dieses Problem leicht zu lösen. Die auf der Karte gestrichelte Linie durchschneidet auch das Glatzer Bekken und zeigt Benešs Wunsch nach einer kleinen Kompensation für die territorialen Verluste. Er nehme an, sagte Beneš zu Lockhart, daß 300 000 Deutsche nach dem Sieg der Alliierten nach Deutschland flie-

122 Vermerk Smutnýs über eine Besprechung Benešs mit Stránský am 11.4.1941. DHČSP I, Nr. 153.

123 Dem Central Department des Foreign Office war diese Aussage erst aufgefallen, als ‚Die Zeitung' einen Auszug aus dem Interview nachgedruckt hatte.

124 Vrij Nederland vom 1.5. und Vermerk Roberts vom 7.5.1941. FO 371/26392, C4941/639/12.

hen und 400 000 Deutsche, vor allem Sozialdemokraten, für die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft optieren würden. Die restlichen 1 100 000 Deutschen würden „ins Reich zurückgeschickt". An Ungarn werde die Tschechoslowakei Landstriche mit 510 000 Magyaren abtreten und die restlichen 200 000 Magyaren gegen in Ungarn lebende Slowaken austauschen. Dieser Plan dürfe nicht als definitiv betrachtet werden, betonte Beneš. Er erklärte Lockhart, daß er große Schwierigkeiten haben werde, seine eigenen Landsleute für die Annahme dieser Vorschläge zu gewinnen, doch glaube er, eine Lösung gefunden zu haben,



Karte 4: Benešs Vorstellungen über mögliche Grenzkorrekturen vom Mai 1941

die helfen könne, alle Minderheitenprobleme in Mittel- und Südosteuropa zu lösen.[125] Nach der Lektüre von Lockharts Bericht äußerte sich Roberts zufrieden, daß Beneš seine früheren Ideen nicht aufgegeben habe. Sie seien zwar schwer zu verwirklichen, böten jedoch „eine staatsmännische Lösung dieses heiklen Problems". Mit den Worten „Wir werden sehen" deutete Makins seine Skepsis an, während Abteilungsleiter Strang Benešs Plan „eine verspätete tschechische Alternative zum

125 Lockhart an Eden am 22.5.1941. SP, Archives of the Columbia University.

Münchener „Diktat" nannte. Staatssekretär Cadogan und Eden wurde Lockharts Bericht ebenfalls vorgelegt.[126]

Vor dem Politischen Ausschuß des Staatsrats hatte Beneš Ende März 1941 erklärt, daß die Tschechoslowakei sich darum bemühen müsse, möglichst wenig Deutsche zu haben. Dabei könne man sich nicht allzu sehr auf die Diplomatie verlassen. „Das ist das ordinärste Handwerk."[127] Unter dem Eindruck der einhelligen Kritik des Staatsrats gab Beneš seine Absicht auf, auch auf Karlsbad zu verzichten, hielt aber an der Aufgabe Egers fest.[128] Auch von der polnischen Regierung kamen Einwände gegen die Absicht der Tschechen, auf bestimmte Gebiete an der Grenze zu Deutschland zu verzichten.[129]

Anfang 1941 war Jakschs Optimismus verflogen. In der Januar-Nummer eines Organs der Treuegemeinschaft schrieb Jaksch:

Bedingungslose Loyalität zu einer Regierung, deren Zusammensetzung provisorisch ist, zu einer Politik, zu einer Verfassung, deren Inhalt noch niemand kennt, zu einer Politik, deren nationalpolitische Ziele im Dunkeln liegen, können nur armselige Werkzeuge heucheln, aber nicht Träger einer historischen Verantwortung.

Und in einem Leserbrief an den ‚Manchester Guardian' forderte er eine „Provinzregierung im Rahmen der Tschecho-Sudeten-Slowakei oder einer weiteren Zentraleuropäischen Föderation".[130] Auf diese Zuschrift reagierte der ‚Čechoslovák v Anglii' mit einer Kampagne gegen Jaksch und seine Politik. Dieser bat daraufhin Beneš und einige Minister um Hilfe gegen die „Kriegserklärung dieses Blattes": „Wenn dieser Ton die weitere Auseinandersetzung beherrschen sollte, dann sind alle Hoffnungen auf eine gegenwärtige oder spätere Verständigung schon heute begraben". Im ‚Sozialdemokrat' plädierte Jaksch für eine Verständigung zwischen der tschechoslowakischen Regierung und den demokratischen Sudetendeutschen. Die Regierung solle den Rufen nach Vergeltung entgegentreten.

Die beste Sicherheit für die tschechoslowakische Freiheit und Unabhängigkeit ist eine gesicherte Demokratie in Deutschland, in Österreich und Ungarn. [...] Wozu

126 Vermerke von Roberts, Makins, Strang, Cadogan und Eden vom 26.5.–1.6. 1941. *Ebenda.*

127 *Firt:* Cestou k únoru 211.

128 Vermerk Smutnýs über eine Besprechung mit Stránský vom 5.6.1941. DHČSP I, Nr. 181.

129 *Feierabend:* Politické vzpomínky, Bd. 2, 63. — *Křen:* Odsun Němců 4. —*Ders.:* V emigraci 170.

130 *Bachstein:* Wenzel Jaksch 251, zitiert Jakschs Beitrag in ‚Freundschaft'. Hrsg. vom Vorstand der Treuegemeinschaft in England sowie den Leserbrief im Manchester Guardian vom 12.2.1941.

sollte das tschechische Volk auf Freunde verzichten, die es in Budapest und Wien, in Reichenberg und Berlin gewinnen kann?[131]

Ende Februar 1941 war Jaksch in einer verzweifelten Stimmung: Trotz des positiven Verlaufs der Gespräche im Oktober 1940 mit Beneš und im November mit den Ministern habe er auf seine Minimalbedingungen vom 3. Januar 1941 keine Antwort erhalten. Stattdessen protegierten die Tschechen die „Marionetten-Partei" Zinners. Er werde noch ein „abschließendes Wort" veröffentlichen, sagte er Ende Februar 1941 zu Nečas, und sich dann auf eine Farm zurückziehen.[132] Kurz darauf, im März 1941, schloß er sich der ‚Union deutscher sozialistischer Organisationen in Groß-Britannien' an, die von den großen reichsdeutschen sozialdemokratischen Exilgruppen dominiert wurde.[133]

Am 25. März 1941 empfing Beneš die Parteiexekutive der Treuegemeinschaft und schlug ihr die Aufnahme von Gesprächen über die künftige Struktur der tschechoslowakischen Wirtschaft vor. Beide Seiten verabredeten, bis zur Entscheidung über einen Beitritt zum Staatsrat „parallel und loyal vorzugehen, [...] wobei wir uns einstweilen Freiheit in den Ansichten über die weitere Ausgestaltung unserer inneren Angelegenheiten nach dem Kriege bewahren wollen". Kurz darauf erzählte Beneš Lockhart, daß er in nicht allzu ferner Zukunft doch noch mit der Aufnahme sudetendeutscher Vertreter in den Staatsrat und wahrscheinlich auch in die Regierung rechne.[134] Im April und Mai begannen Beneš und Ripka jedoch, öffentlich von der Notwendigkeit „einer organisierten Anwendung des Grundsatzes des Bevölkerungstransfers" zu sprechen, damit Deutschland in Zukunft nicht mehr „seine nationalen Minderheiten für seine pangermanistischen Ziele mißbrauchen" könne und die kleineren mitteleuropäischen Staaten national so homogen wie möglich würden.[135] Auf diese Äußerungen bezog sich wohl eine Anfrage im Unterhaus, ob Eden wisse, „daß anti-Nazi Sudetendeutsche eine Politik der Rache gegen alle Deutschen in der Tschechoslowakei nach dem

131 Der Sozialdemokrat vom 28.2.1941.

132 Vermerk Nečas über eine Besprechung mit Jaksch vom 29.2.1941. ČSNO Nr. 51.

133 Mit dem Gesicht nach Deutschland 134.

134 Lockhart an Eden am 29.3.1941. FO 371/26392, C3299/639/12. — Beneš an Jaksch am 9.6.1941. *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš Nr. 10.

135 Ripka im April in Manchester (Menschen im Exil 316) und Beneš am 23.5. 1941 in Oxford. *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 40. — Ripkas Vortrag wurde gedruckt (in: Central European Observer 18 (1941), Nr. 11 vom 30.5.1941, 130ff. DDP I/1, 360-363.) und auch im tschechoslowakischen Dienst der BBC gesendet, dürfte also die Widerstandsgruppen und die Bevölkerung zu entsprechenden Forderungen zusätzlich ermutigt haben.

Fall des Nazi-Regimes fürchten".[136] In einem Artikel über „Die Probleme Mitteleuropas" fragte Jaksch Ripka, wie er Österreich und Ungarn für eine mitteleuropäische Föderation gewinnen wolle, wenn er Deutsche und Magyaren mit dem Transfer bedrohe.[137] Bei einer Unterredung mit Beneš sprachen sich am 10. Juni 1941 auch die Vertreter der Zinner-Gruppe gegen einen „Bevölkerungsaustausch" aus.[138]

Zusammenhänge zwischen den polnischen und tschechoslowakischen Annexions- und Vertreibungsplänen

Die Annexion Ostpreußens und Oberschlesiens und die Vertreibung der deutschen Einwohner dieser Gebiete sollten Polen so stärken, daß es nach dem Kriege die Rolle eines Partners für Großbritannien und Frankreich und eines Bollwerkes gegen Deutschland und einer Barriere gegen die Sowjetunion übernehmen könnte. Mit der teilweisen Aussiedlung der Sudetendeutschen sollte ein vergleichsweise bescheidenes Ziel erreicht werden, nämlich die Schaffung eines tschechischen „Lebensraums", der nicht durch die Separation der Sudetendeutschen bedroht würde. Die tschechoslowakische Regierung wurde, wenngleich widerwillig, durch die Verhandlungen über eine Föderation mit Polen auch in die größeren Pläne der polnischen Regierung einbezogen. Diese plädierte nicht nur für eine Verkürzung der polnisch-deutschen, sondern auch eine Verlängerung der polnisch-tschechoslowakischen Grenze und die Aussiedlung der Sudetendeutschen aus dem schlesisch-mährischen Grenzgebiet, und zwar ebenso wie der Deutschen aus Preußisch-Schlesien.[139] Als der ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' Benešs Konzeption kritisierte, forderte er eine Abstimmung der Kriegsziele mit der polnischen Regierung, von der er eine härtere Haltung erwartete.[140] Auf der anderen Seite wußte Jaksch, warum er die tschecho-

136 Frage Price am 16.7.1941. DDP I/1, 411f.

137 Beneš-Rede vom 17.5.1941. Czechoslovakia in Postwar Europe 61. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 40. — Elab. Min. vnitra/IV (Juli 1942). PK 213.

138 *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 41.

139 Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung mit Beneš vom 23.2.1940. PRM 19/V9. — Vermerk Benešs über eine Besprechung mit Raczyński am 23.8. 1940. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 21. — *Křen:* V emigraci 470.

140 *Brandes:* Die Tschechen unter deutschem Protektorat, Bd. 1, 182f.

slowakische Regierung vor einer engen Zusammenarbeit mit den Polen warnte.[141] Einen gewichtigen Grund für ein enges Bündnis mit der Tschechoslowakei sah der Londoner Botschafter Polens in den polnischen Annexionsplänen, die Deutschland zum „Todfeind“ Polens machen würden. Beide Exilregierungen sollten sich bei ihren Forderungen gegenüber Deutschland gegenseitig unterstützen.[142] Bei den Föderationsverhandlungen wandten sich Sikorski, Zaleski und Kot gegen Benešs Bereitschaft zu einem eventuellen Verzicht auf das Egerland und einige kleinere Grenzgebiete.[143] Die Tschechoslowakei brauche die Sudetengebiete für die gemeinsame Verteidigung der Konföderation gegen Deutschland, schrieb Sikorski an Beneš.[144] Aus dem „Kreis um Sikorski“ erfuhr das tschechoslowakische Außenministerium, daß Polen kaum in eine Konföderation mit der Tschechoslowakei eintreten könne, „wenn in der neuen Tschechoslowakei irgendeine deutsche Minderheit verbleibe“.[145] Auch die führenden polnischen Sozialisten im Exil vertraten gegenüber ihren tschechischen Genossen das Programm ihrer Regierung. Aus den neupolnischen Gebieten bis Kolberg und zur Oder müßten die Deutschen vertrieben werden.[146] Nach Benešs Meinung widersprachen die polnischen Annexionspläne jedoch dem gesunden Menschenverstand.[147]

Die Exilregierungen hinkten mit ihren Annexions- und Vertreibungsplänen hinter den Forderungen der polnischen Untergrundparteien bzw. der tschechoslowakischen Widerstandsgruppen her. Einerseits versuchten sie sich der Stimmung ihrer Anhänger in der Heimat anzupassen, andererseits durften sie der Entwicklung der öffentlichen Meinung im Gastland nicht zu weit vorauseilen. Die Verschärfung der antideutschen Einstellung nicht nur beim Mann auf der Straße, sondern wohl auch beim Beamten des Foreign Office bewirkten die deutschen Bombenangriffe im Herbst 1940. Der polnischen Regierung schien die Gelegenheit günstig, ein Memorandum mit weitreichenden Kriegszielen vorzulegen. Das Foreign Office bezeichnete die Münchener Grenze als nicht mehr bindend, und Lockhart forderte Beneš auf, seine Kriegsziele zu formulieren. Anders als sein Vorgänger Chamberlain trat Churchill

141 Der Sozialdemokrat vom 28.2.1941.

142 Raczyński an Zaleski am 4.9.1940. PRM 19/10.

143 *Feierabend:* Ve vládě, Bd. 1, 74 ff. — *Křen:* V emigraci 470.

144 Sikorski an Beneš am 10.2.1941. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 45.

145 Bericht vom 9.3.1941. Anmerkung 1 zu Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 82.

146 Bericht von Nečas (Januar 1941). DHČSP I, Nr. 129.

147 Lockhart an Eden über eine Besprechung mit Beneš vom 12.1.1941. FO 371/26376, C508/6/12.

schon am 12. Dezember 1940 in einem Gespräch mit seinem Privatsekretär John Colville für die Abtretung bestimmter Gebiete von Preußen ein und fuhr fort: „[...] exchanges of population would have to take place on the lines of that so successfully achieved by Greece and Turkey after the First World War."[148] Wie weit verbreitet die Überzeugung von der Notwendigkeit war, homogenere Nationalstaaten zu schaffen, zeigt das weithin diskutierte Memorandum über die „Zukunft Deutschlands", das die 1931 gegründete Forschungsgruppe ‚Political and Economic Planning', die von mehr als hundert Industriellen, Gewerkschaftern, Regierungsbeamten, Universitätslehrern usw. beraten wurde, am 1. Juli 1941 veröffentlichte. Selbst in diesem insgesamt maßvollen Memorandum empfehlen die Verfasser den Transfer deutscher Grenz-Minderheiten, „um künftige Spannungen zu minimieren".[149]

148 DDP I/1, 255f.
149 DDP I/1, 389-404, hier 386.

III.

VON DER ATLANTIK-CHARTA BIS ZUR ANNULLIERUNG DES MÜNCHENER ABKOMMENS

Die Reaktion der polnischen und der tschechoslowakischen Regierung auf die Atlantik-Charta

Am 12. August 1941 gaben Roosevelt und Churchill eine gemeinsame Erklärung über ihre Kriegsziele ab, deren zweiter Grundsatz den Vorstellungen der polnischen und tschechoslowakischen Exilregierung widersprach. Dieser lautete: „Second, they desire to see no territorial changes that do not accord with the freely expressed wishes of the peoples concerned." Roosevelt hatte Churchill sogar darauf festlegen wollen, gegenüber den Exilregierungen „keine Verpflichtungen in bezug auf Territorien, Bevölkerungen oder Wirtschaft für den Nachkriegsfrieden" einzugehen, und vorgeschlagen, diese Absprache auch der Öffentlichkeit mitzuteilen. Er habe „das törichte Gerücht" (the crazy story) vernommen, daß Churchill die Wiederherstellung Jugoslawiens und die Übergabe Triests an diesen Staat versprochen habe. Dabei könne es doch ratsam sein, „die Kroaten von den Kehlen der Serben und umgekehrt fernzuhalten", was auch für Tschechen und Slowaken, Flamen und Wallonen gelten könnte. Diese Fragen müßten seines Erachtens durch Plebiszite gelöst werden.[1] Die britische Regierung spielte ihre Zusage vom März 1941, die Grenze zu Italien zugunsten Jugoslawiens zu revidieren, zu einem Diskussionsangebot über die Zugehörigkeit Istriens herunter und lehnte es ab, sich öffentlich zum Grundsatz der Enthaltsamkeit in Nachkriegsfragen zu bekennen, da eine solche Erklärung die Bevölkerung der besetzten Staaten entmutigen würde.[2]

Das Foreign Office bereitete ein interalliiertes Treffen vor, bei dem sich auch die Exilregierungen für die Atlantik-Charta aussprechen sollten, doch statt Zustimmungserklärungen erhielt das Foreign Office kri-

[1] Roosevelt an Churchill am 14.7.1941. FRUS 1941 I, 342.

[2] Vermerke von Welles über eine Besprechung mit Cadogan vom 9. und über eine Besprechung Roosevelts mit Churchill vom 10.8.1941. FRUS 1941 I, 345ff.

tische Stellungnahmen. Die polnische Regierung sah bei einer strikten Anwendung der Charta ihren Anspruch auf Ostpreußen und Danzig gefährdet. Bei der Grenzziehung sollten nicht nur ethnische, sondern auch strategische und wirtschaftliche Gesichtspunkte beachtet werden. Die Charta müsse im Sinne der „fundamentalen und vitalen Interessen" Polens interpretiert werden. Sie diene wahrscheinlich der Propaganda in den USA und gegenüber Deutschland, dürfe aber nicht die Moral der unterdrückten Völker unterminieren. Eden antwortete, daß Churchill und Roosevelt bei der Abfassung der Charta wohl nicht an die Grenzen Polens gedacht hätten.[3] Raczyński, der jugoslawische Außenminister Ninčić und Masaryk verabredeten, in ihren Reden die Charta in ihrem Sinn auszulegen und weitergehende Vorbehalte in Briefen an das Foreign Office unterzubringen. Raczyńskis Redeentwurf enthielt das Verlangen nach Reparationen und Stärkung der strategischen Position Polens. Darüber hinaus bat die polnische Regierung um eine schriftliche Zusage, daß der zweite Grundsatz der Charta nicht zu streng angewandt werden und besonders die alliierten, befreundeten und neutralen Nationen schützen solle. Die polnischen Grenzen sollten nach dem Kriege keinesfalls ein weniger wichtiges Territorium umfassen als vor dem Kriege und „Polens Lebensbedürfnis nach einem breiten, gegen ausländische Einmischung genügend geschützten Zugang zum Meer und seine wirtschaftlichen Erfordernisse entsprechend seiner Bevölkerungszahl sichern".[4] An die amerikanische Regierung schrieben die Polen, daß der zweite Grundsatz Niedergeschlagenheit hervorgerufen habe, da er wirtschaftliche und strategische Gesichtspunkte außer acht lasse. Unter strategischer Sicherheit verstehe die polnische Regierung die Auflösung der deutschen Enklave in Ostpreußen. Der US-Gesandte Biddle meldete nach Washington, daß die Polen die Deutschen aus Ostpreußen vertreiben wollten.[5] Da es den Jugoslawen vor allem um die Befreiung der Slowenen von italienischer Herrschaft ging, konnten sie die Atlantik-Charta leichter akzeptieren als die Polen und Tschechen.[6]

[3] Eden über eine Besprechung mit Raczyński an Dormer vom 18.8.1941. FO 371/26758, C9279/3226/55. Abgedruckt in DDP I/1, 441-443. — Sikorski an Churchill am 21.8.1941. A 12.49/WB/5.

[4] Raczyński an Eden am 25.8.1941. FO 371/26775, C9563/5996/55. Abgedruckt in DDP I/1, 448f. — Vermerke Raczyńskis über eine Besprechung mit Cadogan am 22. und 26.8.1941. A 12.49/WB/5. — *Prażmowska:* Britain and Poland 92f.

[5] Biddle an Secretary of State am 12.9.1941. (Siehe auch DDP I/2, 30-33). — Ciechanowski an Hull am 10.11.1941. FRUS 1941 I, 373ff. und 259f.

[6] Vermerk Cadogans über eine Besprechung mit Ninčić vom 21.8.1941. FO 371/30210, R7920/73/92. — Subotić an Eden am 7.9.1941. FO 371/26423, C10261/14/62.

Nach Masaryks Aussage fragten sich viele Tschechen – die Widerstandsbewegung hatte auch ihre Unzufriedenheit geäußert –, ob es denn neue „Henlein-Plebiszite" geben solle. Die tschechoslowakische Regierung schickte dem Foreign Office entsprechend der Absprache mit der polnischen und jugoslawischen Regierung eine eigene Interpretation der Atlantik-Charta. Deren Grundsätze sollten in den verschiedenen Teilen Europas unterschiedlich angewandt werden, um besonders Deutschlands Nachbarn verteidigungsfähige Grenzen zu gewähren. Die seit dem September 1938 von Deutschland verletzten Interessen und souveränen Rechte der Tschechoslowakischen Republik seien wiederherzustellen.[7]

Da dem Foreign Office Sikorskis Position durch den polnisch-sowjetischen Vertrag vom 31. Juli 1941, in dem die polnische Regierung ihre Forderung nach Anerkennung des status quo vor Kriegsbeginn nicht hatte durchsetzen können, durch einen ‚Times'-Artikel über den erwarteten dominierenden Einfluß Rußlands in Osteuropa und nun die Atlantik-Charta erschüttert schien[8], erklärte Eden in einer öffentlichen Rede, daß die Prinzipien der Atlantik-Charta „jeglichen Gedanken an Hegemonie oder Zonen einer Führerschaft, ob im Westen oder Osten, ausschließen". Nach dem Kriege werde Polen ebenso wie die Türkei in den internationalen Beziehungen eine wichtige Rolle spielen.[9] Im Foreign Office wurde auch erwogen, ob Eden nicht in seiner Rede beim interalliierten Treffen versichern könne, daß seine Regierung in der Atlantik-Charta kein Hindernis für eine gerechte Grenzregelung sehe und sich bei ihrer Anwendung nicht von den Bevölkerungsverschiebungen beeinflussen lassen werde, die Deutschland während des Krieges vornehme. Da eine solche Interpretation aber mit der USA hätte abgesprochen werden müssen, entschied Eden, daß die Exilregierungen öffentlich vortragen sollten, was sie zu sagen hätten, und Großbritannien diese Aussagen einfach zur Kenntnis nehmen werde. Das polnischerseits vorgeschlagene Schreiben wurde abgelehnt und Masaryk zur Rücknahme seines Briefes überredet.[10] Daraufhin verschärften die pol-

[7] Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Masaryk am 27. und die tschechoslowakische Regierung an das Foreign Office am 29.8.1941. *Ebenda* C9647, 9697. — Krajina an Drtina am 22.8.1941. T-77, R 1050.

[8] *Brandes:* Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 155-161.

[9] Vermerk Strangs vom 20.11.1941. FO 371/26760, C11801/3226/55.

[10] Vermerke von Roberts und Sargent vom 14.9.1941, Makins an Dormer über eine Besprechung Strangs mit Raczyński vom 4.9.1941. FO 371/26775, C9563, 9994/5996/55. — Vermerke von Makins vom 15., 16., 19.9.1941. FO 371/26434, C10382, 10426/14/62. — Vermerke von Roberts, Makins, Strang und Cadogan vom 29.8.1941. — Memorandum von Roberts mit Vermerk Sargents vom 14.9.1941. DDP I/1, 456-459 und 471-474.

nische und die tschechoslowakische Regierung ihre Erklärungen auf dem interalliierten Treffen vom 24. September 1941. In einer gemeinsamen Deklaration verlangten sie „nicht nur die völlige präventive Zerstörung der Mittel, die Deutschland in Zukunft bei einem weiteren Versuch benutzen könnte, seine aggressiven Pläne zu verwirklichen, sondern auch die Gewährung effektiver politischer und materieller Garantien" sowie Hilfe beim Wiederaufbau der Nachbarstaaten Deutschlands.[11]

Die De-iure-Anerkennung der tschechoslowakischen Regierung

Churchill plädierte am 20. April 1941 dafür, die Tschechoslowakei ebenso anzuerkennen wie Polen, doch sei er in beiden Fällen nicht bereit, sich auf bestimmte Grenzen festzulegen. Roberts widersprach außerdem einer eventuellen Zustimmung zu Benešs These von der Rechtskontinuität und zur Forderung nach Jurisdiktion der tschechoslowakischen Regierung über die Sudetendeutschen. Die rechtliche und tatsächliche Lage sprächen zwar gegen die Anerkennung, meinte Strang, doch träten Churchill und Eden offenbar für einen „Vertrauensbeweis" (act of faith) gegenüber den Tschechen ein. Was immer man vom Münchener Abkommen halten möge, er sei nicht bereit, sich „heute auf die Vormünchener Grenzen der Tschecho-Slowakei zu verpflichten", schloß Eden die Diskussion.[12]

Nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion forderte Beneš, daß die britische Regierung der erwarteten De-jure-Anerkennung durch die Sowjetunion zuvorkommen sollte. Das Foreign Office versuchte jedoch mit einem Schritt unterhalb der definitiven Anerkennung, gegen die sich Südafrika und Australien gewandt hatten, auszukommen. Zwischen den Regierungen sollten „diplomatische Vertreter", aber ohne Beglaubigungsschreiben ausgetauscht, das Attribut „provisorisch" stillschweigend fallengelassen, aber die britischen Vorbehalte in den Fragen der Grenzen, der Rechtskontinuität und der sudetendeutschen Emigranten aufrechterhalten werden. Zugleich setzte sich das Foreign Office beim

11 Inter-Allied Meeting. Report of Proceedings. London 1941. DASIP, Posl. Lo. 41/2. — DDP I/1, 479-482. — *Tyrell:* Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 47f.

12 Churchill an Eden am 20., Vermerke von Roberts, Strang und Eden vom 22.-25.4.1940. PREM 3/114/3A.

State Department für „eine Portion Anerkennung" ein.[13] Am 6. Juli spielte Beneš die sowjetische Karte aus: Die tschechischen Rundfunksendungen aus Moskau seien geschickt gemacht. Píka, der tschechoslowakische Militärattaché, habe schon das Angebot bekommen, eine militärische Einheit aufzustellen. Es bestehe die Gefahr, daß sich die Bevölkerung zu Hause in ein pro-russisches und ein pro-angloamerikanisches Lager spalte. Lockhart ergänzte: Man müsse die Möglichkeit einkalkulieren, daß Rußland dem deutschen Angriff standhalte, was die europäischen Völker und besonders die Tschechen als Wendepunkt des Krieges und als Sieg Rußlands betrachten würden. In einem solchen Fall könnte die „synchronisierte nationale Revolte", die Großbritannien zu initiieren hoffe, unter einer andersartigen Führung und mit ganz anderen Zielen ausbrechen.[14]

Der sowjetische Botschafter Majskij hatte dem Foreign Office am 4. Juli 1941 mitgeteilt, daß die Sowjetunion für die Wiederherstellung des tschechoslowakischen, polnischen und jugoslawischen Staates eintrete.[15] Beneš erzählte Lockhart, daß Majskij ihm neben der Anerkennung von Staatspräsident und Regierung auch die Bestätigung der Rechtskontinuität und der Grenzen der Vormünchener Republik zugesagt habe. Im Foreign Office kam anscheinend niemand auf den Gedanken, Benešs Behauptungen zu überprüfen. In Wirklichkeit hatte Majskij nur den letzten beiden Aussagen Benešs nicht widersprochen und sich dabei auf das Fehlen genauer Instruktionen berufen.[16]

Am 14. Juli 1941 entschied sich das Kriegskabinett auf Antrag Edens für die volle Anerkennung der tschechoslowakischen Regierung und gab damit dem Drängen Lockharts nach, mit der sowjetischen Politik Schritt zu halten, während Roberts weiterhin Skepsis gezeigt hatte.[17] Zwei Tage darauf erhielt Beneš Majskijs Vertragsentwurf, dem er sofort zustimmte: Beide Regierungen beschlossen, Gesandte auszutauschen, sich ge-

13 Memorandum des Foreign Office vom 1. und Vermerk von Roberts vom 14.7. 1941. FO 371/26394, C7263, 7977/1320/12. — Lockhart an Eden am 26.6. mit Vermerken von Eden und Roberts vom 3.-6.7.1941. FO 371/26410, C7140/ 7140/12.

14 Lockhart an Eden am 7.7.1941. FO 371/26394, C7511/1320/12.

15 Eden an Cripps am 4.7.1941. FO 371/26755, C7421/3226/55.

16 Lockhart an Eden am 9.7.1941. FO 371/26410, C7680/7140/12. — Vermerke Smutnýs vom 10., 12. und 18.7.1941. DHČSP I, Nr. 196, 198, 204. — Vermerk Benešs über eine Besprechung mit Majskij vom 8.7.1941. DMDČSSV Nr. 76.

17 Lockhart an Strang am 11.7.1941. FO 371/26410. — Vermerk (Roberts) vom 14.7.1941. FO 371/26394, C7977/1320/12. — War Cabinet Conclusion vom 14.7.1941. CAB 65/19.

genseitige Hilfe gegen Hitler-Deutschland zu leisten und tschechoslowakische Einheiten auf sowjetischem Boden aufzustellen.[18]

Die Unterzeichnung des Abkommens mit der Sowjetunion verschob Beneš auf den 18. Juli, um den Briten Gelegenheit zu geben, mit den Sowjets gleichzuziehen. Mittags wurde das Abkommen mit der Sowjetunion unterschrieben, nachmittags erhielt Masaryk das Schreiben des Foreign Office, in dem die tschechoslowakische den anderen Exilregierungen gleichgestellt wurde, die Vorbehalte in den Fragen der Grenzen und der Rechtskontinuität wiederholt und die Jurisdiktion der Exilregierung über bestimmte Kategorien ehemaliger tschechoslowakischer Staatsbürger solange suspendiert wurde, wie die Verhandlungen mit bestimmten sudetendeutschen Führern nicht abgeschlossen seien. Mit Jaksch, der nur 10 Prozent der Sudetendeutschen vertrete, führe er keine Verhandlungen, und wer nicht in der tschechoslowakischen Armee diene, sei für ihn ein Reichsdeutscher, ließ Beneš daraufhin dem Foreign Office mitteilen. Auf sein Verlangen wurde die letzte Einschränkung aus dem Anerkennungsschreiben herausgenommen und in einem gesonderten Brief untergebracht, so daß Beneš sie vor dem Staatsrat geheimhalten konnte.[19] Als Beneš aber im Rundfunk bekanntgeben wollte, daß die britische und sowjetische Anerkennung bedeuteten, daß die Sudetengebiete und Karpatenrußland der Republik zurückgegeben und die slowakisch-ungarische Grenze revidiert würden, ließ das Foreign Office diese Passagen streichen.[20] Die amerikanische Regierung schloß sich am 30. Juli 1941 dem britischen Vorgehen einschließlich der drei Vorbehalte an.[21]

Das Scheitern der sudetendeutschen Beteiligung am Staatsrat

Nach der Beendigung der ersten Amtsperiode des Staatsrats am 15. Juli 1941[22] machte sich die Partei-Exekutive der ‚Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten' erneut Hoffnung auf die Aufnahme

18 Abkommen vom 18.7.1941. *Beneš:* Šest let 458. — Vermerk Smutnýs vom 16.7. 1941. DHČSP I, Nr. 203.

19 Eden an Beneš am 18.7.1941. FO 371/26394, C7992/1320/12. — Vermerke Smutnýs vom 18., 23. und 20.7.1941. DHČSP I, Nr. 204, 209, 211.

20 Vermerk Smutnýs vom 27.7.1941. DHČSP I, Nr. 210. — Manuskript Benešs vom 26.7.1941. PK 16, 122ff. — Vermerk von Roberts vom 26.7.1941. FO 371/26394, C8436/1320/12.

21 Roosevelt an Beneš am 30.7.1941. FRUS 1941, II, 32f.

22 *Feierabend:* Vzpomínky, Bd. 2, 166.

ihrer Vertreter in dieses Ersatz-Parlament. Beneš aber erhöhte, durch die De-iure-Anerkennung seiner Regierung gestärkt, die Hürden für den Eintritt. Er werde keinerlei Vorbehalte, Bedingungen oder Erklärungen akzeptieren. Erst wenn die Treuegemeinschaft sich vorbehaltlos für die Tschechoslowakische Republik ausgesprochen habe, erklärte er Jaksch und Genossen am 30. Juli 1941, könne über ihre Forderungen gesprochen werden. Dann werde er mit ihnen auch über den Bevölkerungstransfer reden, zu dem es kommen müsse.[23] Zur gleichen Zeit erschien in der Zeitschrift ‚The Fortnightly Review' ein regierungsoffizieller Artikel über die tschechoslowakischen Kriegsziele, in dem die Verringerung der Minderheiten durch „Änderung von Grenzen und den Transfer von Bevölkerungen" anvisiert wurde.[24] Trotz dieses Artikels habe er die Hoffnung auf eine Besinnung der tschechischen Politiker noch nicht aufgegeben, teilte Jaksch den Mitgliedern der Exilpartei mit.[25] Und an Ernst Paul schrieb er, daß er sich der tschechoslowakischen Regierung nicht bedingungslos unterwerfen werde: „Wir werden keine Politik machen, welche uns in dauernden Gegensatz zu den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Mehrheit der Sudetenbevölkerung bringt." Wenn ihm die Partei in England und Schweden nicht folge, werde er lieber zurücktreten, als „den Schatz des heimatlichen Vertrauens gegen das Kupfergeld der Emigrationspolitik einzuwechseln".[26] Auf der Sitzung der Partei-Exekutive am 9. August 1941 berichtete Jaksch, daß ihm Ripka zugeredet habe, in den ‚Staatsrat' einzutreten. Jaksch schlug folgende Verhandlungsbasis vor:

Wir streben eine Lösung an, welche Aussicht hat, die freiwillige Billigung der Mehrheit der sudetendeutschen Bevölkerung zu finden. – Die ideale Lösung in unserem Sinn ist in der Deklaration [von Holmhurst] niedergelegt.

In der anschließenden Debatte wurde Wert darauf gelegt, daß die Treuegemeinschaft beim Eintritt in den Staatsrat eine solche Erklärung abgeben und auch der Heimat zur Kenntnis bringen könne. Die Partei-Exekutive verabschiedete auch „Grundsätze" für ein Memorandum, an die sich Jaksch aber nur zum Teil hielt, als er an das Foreign Office und Beneš unterschiedliche Versionen schickte. Jaksch begrüßte im ‚Sozialdemokrat' die Atlantik-Charta und besonders deren Punkt 2 – keine Ge-

23 Vermerk Smutnýs vom 31.7.1941. DHČSP I, Nr. 212.

24 Abgedruckt in: Menschen im Exil 317f.

25 Rundschreiben Jakschs vom 8.8.1941. Zitiert in Elab. Min. vnitra/IV (Juli 1942). PK 213.

26 *Bachstein:* Wenzel Jaksch 254, zitiert ein Schreiben Jakschs an Paul vom 4.8.1941.

bietsveränderungen ohne Zustimmung der betroffenen Bevölkerung als „Absage an das vielgepriesene Mittel des Bevölkerungstransfers“ und als „eine ausgezeichnete Grundlage für eine Vertragslösung zwischen Tschechen und Sudetendeutschen“[27], zog es aber vor, diesen Punkt in seinen Denkschriften nicht direkt zu erwähnen. Für die Landeskonferenz am 28. September 1941 hatte Jaksch eine Diskussionsgrundlage unter dem Titel „Unsere Konzeption“ vorbereitet, die er dem Foreign Office übergab und über die er mit Beneš diskutieren wollte:

In staatspolitischer Hinsicht werden wir unsere Bereitschaft aussprechen *im Sinne des Punkt 2 der Deklaration Churchill-Roosevelt, für den Wiederaufbau eines gemeinsamen Staates der Tschechoslowaken und Sudetendeutschen zu optieren und zwar*, soweit Böhmen und Mähren in Frage kommen, *im Rahmen der unveränderten historischen Grenzen. Dabei werden wir aussprechen, daß wir eine rundpolitische [sic] Vertragslösung anstreben*, welche Aussicht hat, *von einer Mehrheit der Sudetendeutschen freiwillig als Grundlage dauernden gleichberechtigten Zusammenlebens angenommen zu werden.* [...] Wir werden den Standpunkt vertreten, *daß die künftige Rechtsposition der Sudetendeutschen* auf den *Opfern begründet* werden muß, die von den demokratischen Kräften im Kampf gegen den Nationalsozialismus gebracht werden. Die Behandlung von Verfassungsfragen behalten wir uns *für den Zeitpunkt vor, bis unsere Heimatbewegung frei dazu Stellung nehmen kann.*[28]

An die Arbeiterschaft werde die Treuegemeinschaft appellieren,

am Tage der europäischen Erhebung gegen Hitler Schulter an Schulter mit dem tschechischen Volke zu kämpfen und so einen revolutionären Beitrag zur Einleitung einer neuen Ära übernationaler Zusammenarbeit in Zentraleuropa zu leisten.

Die Partei fühle sich *„stark genug, die Lage im Sudetengebiet verhältnismäßig rasch zu konsolidieren“*. Sie verlange *„freie Hand“* für die Reinigung der autonomen Selbstverwaltung, die Demokratisierung des Schulwesens, die Abrechnung mit den Nazi-Terroristen und *„genügend Einfluß der deutschen Revolutionspartei auf die staatliche Ziviladministration* und auf *die Polizeigewalt*, um ihre Reinigungsaufgabe durchführen zu können.“ Die Partei werde ihre Mitarbeit „zur Überwindung chaotischer Verhältnisse“ anbieten, und zwar durch die „sofortige *Reaktivierung der freien Gewerkschaften* und Konsumgenossenschaften“, die *„Einsetzung einer provisorischen Wirtschaftsverwaltung* für den sofort zu *enteignenden Sektor* der nationalsozialistischen *Kriegswirtschaft* in unserem Siedlungsgebiet“, die *„Schaffung von Industrie-Syndikaten auf gemischtwirtschaftlicher Basis“*, die entsprechend dem *„natio-*

27 Der Sozialdemokrat vom 10.9.1941.

28 Jaksch an Beneš mit Memorandum „Unsere Konzeption“ vom 11.9.1941. ČSNO Nr. 65. Englische Übersetzung in FO 26392, C10421/639/12. — Protokoll der Sitzung der Partei-Exekutive am 9.8.1941. SDA, NJ Z-122-125. Hervorhebungen im Original.

nalen Schlüssel" der Arbeiter und Angestellten zusammenzusetzen sei, und die weitgehende *„Dezentralisierung der Wirtschaftsverwaltung in dem definitivem System einer gesamtstaatlich organisierten Planwirtschaft"*. Nach einer politischen Einigung mit der tschechoslowakischen Regierung werde die Treuegemeinschaft ihre in Großbritannien lebenden wehrfähigen Mitglieder auffordern, sich freiwillig zur tschechoslowakischen Armee zu melden. Dabei setze sie voraus, daß die demokratischen Deutschen nicht von der Exilverwaltung ferngehalten würden, und daß *„insbesondere qualifizierte Experten unserer Partei zu der Vorbereitung der wirtschaftlichen, sozialen und staatsrechtlichen Nachkriegslösungen herangezogen werden"*.[29]

Den Punkt 6 der „Grundsätze", nämlich „Ablehnung jedes zwangsweisen Bevölkerungstransfers", den die Partei-Exekutive unter dem Eindruck der Besprechung mit Beneš und des erwähnten regierungsoffiziellen Artikels formuliert hatte, hatte Jaksch nicht in die „Konzeption" übernommen, da er persönlich weiterhin die Auflösung der deutschen Sprachinseln in tschechischem Gebiet akzeptierte. Auf die Idee einer Aussiedlung der Sudetendeutschen nach Deutschland könne jedoch kein Sudetenführer auch nur für einen Moment eingehen, erklärte er im Foreign Office. Während Jaksch sich optimistisch über die Verhandlungsaussichten äußerte, war Roberts skeptisch, da er sich an Lockharts Bericht vom 22. Mai 1941 erinnerte.[30] Beneš konnte in der Aussage der „Konzeption", daß Nazi-Terroristen durch Revolutionsgerichte abzuurteilen und Sudetendeutsche „bei aktiver Mitschuld" in Arbeitslager zu überführen seien, wobei ihnen die politischen Rechte entzogen werden sollten, als Andeutung einer Zustimmung zur Aussiedlung von Nazis verstehen.[31] Diese Andeutung wird deutlicher in der Formulierung einer anderen Version der „Konzeption", die Prinz auf den 11. September, Vondrová aber auf den Februar 1942 datiert, wo es heißt: „Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen, welche nicht mit Blutschuld belastet sind, werden als Kriegsgefangene behandelt und in Zwangsarbeitsformationen eingereiht."[32] In der ersten Version spricht Jaksch von

29 Alle Zitate: *ebenda*. Hervorhebungen im Original.

30 Vermerk von Makins über eine Besprechung mit Jaksch am 4. mit Vermerk von Roberts vom 10.9.1941. FO 371/26392, C10002/639/12. — Vermerk von Makins über eine Besprechung mit Jaksch am 11.9.1941. FO 371/30834, C1057/326/12.

31 Jaksch an Beneš mit Memorandum „Unsere Konzeption" vom 11.9.1941. ČSNO Nr. 65. Englische Übersetzung in FO 26392, C10421/639/12. — Protokoll der Sitzung der Partei-Exekutive am 9.8.1941. SDA, NJ Z-122-125.

32 Memorandum Jakschs „Unsere Konzeption" (11.9.1941 oder Februar 1942). — *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš Nr. 11 bzw. ČSNO (Hrsg. von Jitka *Vondrová*) 65, besonders Anmerkung 2.

einer möglichen Schließung von Sekundarschulen und Universitäten, bis eine demokratisch erzogene Lehrerschaft zur Verfügung stehe, Beneš gegenüber aber von der Schließung der deutschen Hochschulen, bis über ihren Standort entschieden sei – ein Hinweis auf den Verzicht auf die deutschen Sprachinseln.[33]

In dieser Version taucht weder die von der Exekutive verabschiedete „Verhandlungsbasis" noch die Atlantik-Charta auf, vielmehr bezieht sich Jaksch auf Benešs Vorstellungen eines „Kompromisses zwischen Ost und West", einer „Politik der europäischen Synthese" und spricht von der „Form des kooperativen Sozialismus, welche eine Synthese zwischen den kollektivistischen Möglichkeiten und individualistischen Tendenzen der modernen Gesellschaft darstellt". Beneš verspricht er auch keinen Appell an die sudetendeutschen Arbeiter. Aus den Richtlinien der Exekutive übernimmt er aber den Anspruch der Sozialdemokraten auf die Führung der sudetendeutschen Bevölkerung nach dem Kriege. Aus eigener Kraft wollten sie die „De-facto-Anerkennung als die Partei der sudetendeutschen Revolution" erringen. Die Selbstverwaltung der Gemeinden und Bezirke solle anerkannten Gegnern des nationalsozialistischen Regimes übertragen und die Polizei aus Angehörigen der ‚Republikanischen Wehr' zusammengesetzt werden.[34]

Besonders die spätere Version der „Konzeption" unterscheidet sich von der Holmhurster Erklärung von 1940. Beneš war es gelungen, die Partei von der nationalpolitischen Zielsetzung auf ein sozialistisches Programm abzudrängen. Die Partei wiederum hoffte, durch die Unterstützung von Benešs innenpolitischen Plänen die nationale Frage zu entschärfen. Wenn Jaksch die sozialistischen Ziele herausstellte, dachte er aber sicherlich auch an die Konkurrenz der Zinner-Gruppe. Zinner und Lenk, die nicht davor zurückschreckten, den „Volkssozialismus" und „Nationalsozialismus", Henlein und Jaksch gleichzusetzen, Jaksch als „unehrlichen Menschen" zu diffamieren und zu verdächtigen, mit seiner Zustimmung zur innerstaatlichen Umsiedlung auf die Abtrennung der sudetendeutschen Gebiete hinzuarbeiten, während sie ihrerseits jede Zwangsumsiedlung ablehnten.[35]

33 Memorandum Jakschs „Unsere Konzeption" (vom 11.9.1941). ČSNO Nr. 65. Englische Übersetzung in FO 371/26392, C10002, 10421/639/12. — Jaksch an Beneš (vom 11.9.1941 oder Februar 1942). *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš Nr. 11.

34 *Ebenda.*

35 Vermerk Drtinas über eine Besprechung mit Zinner und Lenk vom 15.9.1941. BA IV/31, 60ff. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 41 f.

Anfang August 1941 hatte Ingr die ‚Nationalverteidigung' gebeten, eventuell mit anderen „Volksteilen" eine neue Stellungnahme zur sudetendeutschen Frage, und zwar vor allem zur Frage von Grenzkorrekturen und Bevölkerungsverschiebungen zu formulieren. Eine solche Stellungnahme sei wichtig für die Verhandlungen, zu denen es in absehbarer Zeit kommen werde.[36] Der ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' antwortete:

Nach allgemeiner Überzeugung des Volkes muß die ČSR in den historischen Grenzen erneuert und müssen die Deutschen vertrieben werden. Unser Programm sieht vor, die Maßnahmen gegen die Deutschen im Rahmen der Bestrafung von Schuldigen und Verrätern, der Wiedergutmachung von Unrecht und Schäden und von sozialökonomischen Reformen und nicht als nationale Repressionen durchzuführen. Eine Verringerung der Zahl der Deutschen bei uns ist nötig, der Bevölkerungsaustausch erwünscht, aber ohne Gebietsverlust. Bei der konkreten Beschreibung der Grenzkorrekturen, die strategisch begründet werden müssen, müssen wir ebenso weit wie andere gehen.

Die künftigen Grenzen seien strategisch zu begründen, die Korrekturen mit den Ansprüchen Polens auf Ostpreußen und Oberschlesien, der westlichen Staaten auf das Rheinland bzw. der übrigen Nachbarn Ungarns abzustimmen. Schließlich fragte der ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes': „Wird es zu einer Wiedergeburt der Lausitzer Sorben kommen oder kann man nicht wenigstens mit ihrem Austausch gegen Deutsche rechnen?"[37]

Drtina unterrichtete das führende Mitglied des ‚Zentralausschusses des Heimatwiderstandes' Krajina, daß „vielleicht" im Herbst Deutsche in den Staatsrat eintreten würden. Bedingung sei eine Einigung der ‚Treuegemeinschaft' mit der Zinner-Gruppe, was am ehesten Siegfried Taub gelingen könne, der vielleicht aus Amerika kommen werde.[38] „Die Einberufung von Deutschen in den Staatsrat würde hier große Verbitterung hervorrufen und die Autorität Svobodas [Benešs] erschüttern", antwortete der ‚Zentralausschuß'. Das Volk, in dem es keine Familie gebe, die nicht durch die Gewalttaten der Deutschen betroffen ist, würde es nicht ertragen.[39] Bořek-Dohalský, der Verbindungsmann des ‚Zentralausschusses des Heimatwiderstandes' zur Protektoratsregierung, ergänzte:

36 Ingr an Morávek vom 1. (bzw. 6./7.) 8.1941. ČSNO Nr. 58. Auch: T-77, R 1050, 104.

37 ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' an Ingr am 19.-21.8.1941. ČSNO Nr. 60 und T-77, R. 1050, 80.

38 Drtina an Krajina am 15.8.1941. ČSNO Nr. 59.

39 ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' an Drtina am 27.8.1941. ČSNO Nr. 62 und T-77, R 1050, 89.

Alles was aus Berlin kam, wird mit aller Grausamkeit gerade von Sudetendeutschen umgesetzt. Die Erschießungen, Konfiskationen, die Einkerkerungen führt *Frank* durch, der Sudetendeutsche. Die größten Bestialitäten im Sudetenland begehen die dortigen Sudetendeutschen. Die größten Diebstähle organisieren Sudetendeutsche. Die daraus resultierenden Aversionen können nicht mit internationalen Gründen überbrückt werden. [...] Die Stimmung würde sich mit voller Kraft gegen die Londoner Regierung richten bei der Erwähnung irgendwelcher Verhandlungen mit den Sudetendeutschen oder gar im Falle ihre Beteiligung an unserer Politik.[40]

Bořek-Dohalský hatte zwar bei seinem Urteil über Frank recht. Auch hat Zimmermann nachgewiesen, daß der Löwenanteil der höheren Verwaltungs- und Parteiposten im ‚Reichsgau Sudetenland' von Sudetendeutschen eingenommen wurde[41], doch gibt es bisher keine Untersuchung über den Einfluß von Sudetendeutschen – mit Ausnahme Franks – im Protektorat. Beneš warnte am 8. September 1941 den ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' vor der Illusion, „daß wir einfach alles, was wir hatten, ohne Schwierigkeiten zurückerhalten, daß Deutschland vollkommen besiegt wird und unsere Deutschen einfach vertrieben werden". Er verwies auf die Atlantik-Charta und eine Aussage Majskijs, daß Rußland den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts verteidigen werde.[42] Tatsächlich hatte Majskij Ende August Beneš gefragt, ob sich der Besitz der Sudetengebiete nicht als unvorteilhaft für die Tschechoslowakei erweisen könne und Beneš den Anspruch auch für den Fall aufrechterhalte, daß Deutschland nach dem Kriege revolutionär und sozialistisch werde. „Dann fragte er erneut: Warum wir diese Bevölkerung wollten, ob wir sie nicht lieber loswerden wollten. Ja, wir würden uns gern von ihr befreien. Ich bin für den Transfer, wir sollten sie loswerden und Sie sollten uns dabei helfen", hatte Beneš geantwortet.[43] Wie die künftigen Grenzen Deutschlands aussehen werden, könne überhaupt noch nicht gesagt werden, fuhr Beneš in seiner Depesche an den ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' fort. Im Westen werde niemand sich etwas von Deutschland nehmen wollen. Vielmehr werde an eine weitgehende Föderalisierung Deutschlands und besonders an die Aufteilung Preußens in drei bis vier Einheiten gedacht. Die Polen

40 Bořek-Dohalský an Beneš am 7.9.1941. T-77, R 1050 bzw. ČSNO Nr. 66. Hervorhebung im Original. — Ähnlich Depesche ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' an Beneš am 14.9.1941. SP 11, CUA.

41 *Zimmermann:* Die Sudetendeutschen im NS-Staat, bes. 455-464.

42 Beneš an den ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' am 8.9.1941. ČSNO Nr. 64. — Edvard Beneš: Vzkazy do vlasti, Nr. 67, 117-120, und T-77, R. 1050, 128-133.

43 Vermerk Benešs über eine Besprechung mit Majskij am 28.8.1941. TP, HI.

wollten ihre Westgrenze vorverlegen, Ostpreußen annektieren und die Deutschen aussiedeln, wogegen es aber starken Widerstand gebe, auch von seiten Rußlands. Er glaube nicht, daß sich deren Pläne verwirklichen ließen.

An die Lausitzer Sorben denken wir nicht. Dafür wird hier niemand Verständnis haben. Zu uns könnten sie im Austausch kommen, doch warne ich davor, bei uns eine neue Nationalitätenfrage und ein neues Volk zu schaffen. Ich bin der Meinung, daß das Aufwerfen der Lausitz-Frage ebenso enden würde wie nach dem letzten Krieg.

Sein Maximalprogramm sei die Aufrechterhaltung der historischen Grenzen bei Aussiedlung aller Deutschen, sein Minimalprogramm „mindestens eine Million Deutsche auf jeden Fall loszuwerden, d. h. möglichst unter Beibehaltung der ursprünglichen Grenzen und eventuell um den Preis kleiner und für uns erträglicher territorialer Zugeständnisse“.[44]

Falls jedoch laut Minimalprogramm bei uns irgendwelche Deutsche bleiben, ist es im Interesse der Sache, daß wir sie hier im Ausland zur Zusammenarbeit heranziehen und die Aussiedlung der einen Million mit ihrem Einverständnis oder zumindest mit ihrem Stillschweigen durchführen, falls es jedoch möglich sein sollte, laut Maximalprogramm sich aller Deutschen zu entledigen, wird die Zusammenarbeit hier im Ausland automatisch und ohne Schwierigkeiten liquidiert.

Eine Weigerung, mit den Deutschen im Exil zusammenzuarbeiten, wäre jedoch gefährlich, da die Engländer und Amerikaner sie als Verzicht auf die sogenannten Sudetengebiete und Hinnahme eines „verbesserten München“ interpretieren würden. Schließlich stimmte er der Ansicht des ‚Zentralausschusses des Heimatwiderstandes‘ zu, die Maßnahmen gegen die Deutschen als Bestrafung der Schuldigen für ‚München‘, den 15. März 1939 und den Krieg wie auch für die „begangenen Bestialitäten in der Tschechoslowakei“, der Wiedergutmachung und der sozialökonomischen Reformen vorzubereiten.[45] Noch am 18. September 1941 erzählte Beneš Feierabend, daß er sudetendeutsche Vertreter in den Staatsrat berufen wolle, um die Reihen vor einem für den Winter oder das Frühjahr 1942 erwarteten Friedensangebot Deutschlands zu schließen.[46]

44 Zur selben Zeit erläuterte Beneš einem polnischen Gesprächspartner, daß er auf den Vorkriegsgrenzen bestehe mit Ausnahme des Egerlandes mit „einer Bevölkerung von plus minus 250 000 Personen (d. h. wahrscheinlich ohne Karlsbad!)“. Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung am 4.9.1941. PRM 38/14.

45 Beneš an den ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes‘ am 8.9.1941. ČSNO Nr. 64 und T-77, R. 1050, 128-133.

46 *Feierabend:* Vzpomínky, Bd. 2, 240. — *Beneš:* The New Order in Europe 6. — *Ders.:* Czechoslovakia's struggle 13.

Kurz darauf änderte Beneš jedoch seine Meinung. Die Nachrichten, daß deutsche Vertreter in die Regierung, den Staatsrat, eintreten und die Deutschen in die Armee einberufen werden sollten, hatte nämlich in der Armee „große Erregung und Unwillen" hervorgerufen. Die Kommandeure befürchteten für diesen Fall den Zerfall der Armee: 80–90 Prozent der Tschechen würden die Armee verlassen oder eine Oppositionsgruppe gegen die Regierung bilden. Die Deportation der Wolgadeutschen habe den Soldaten gezeigt, wie die Russen sich die Lösung der deutschen Frage vorstellten. Käme der Verteidigungsminister oder selbst der Präsident, um den Leuten die Gründe für die Zusammenarbeit darzulegen, würde man ihn nicht einmal anhören.[47] Unter diesen Umständen genügte nicht einmal die Kompromißbereitschaft, die Jaksch in seinem Memorandum bewiesen hatte, für eine Einigung. Am 22. September 1941, also vor der Entsendung Heydrichs ins Protektorat, stellten Jaksch, Paul und Beneš fest, daß ein Eintritt in den Staatsrat vorläufig beiden Seiten schaden dürfte und deshalb aufzuschieben sei, doch wollten sie ihre Politik aufeinander abstimmen. Darauf einigten sie sich wegen der tschechischen Proteste – Beneš hatte den beiden Sozialdemokraten Resolutionen der Widerstandsbewegung vorgelesen – und der möglichen Propaganda unter den Sudetendeutschen, daß Jaksch den Tschechen „einen Freibrief gegeben" habe (had sold a pass to the Czechs). Auf der bevorstehenden Landeskonferenz sollte Jaksch eine Erklärung zugunsten der Republik in den historischen Grenzen abgeben und der Regierung die Mitarbeit anbieten, aber nicht allzusehr drängen. Mit Zinner solle er sich auf der Basis von vier zu zwei Mandaten im Staatsrat einigen. Wegen des Widerstandes innerhalb der tschechoslowakischen Brigade gegen die Einberufung von Deutschen sollten die Militärbehörden andererseits nicht für den Eintritt in die Armee werben. Über den weiteren Verlauf des Gesprächs notierte Beneš: „Keine Föderalisierung – keine Vertreibung aller = [sic] ich habe ihm den Gauplan dargelegt – das Kuriensystem. Erledigung im Rahmen der all-

[47] Der prozentuale Anteil der Deutschen – damals dienten 65 Deutsche – dürfe keinesfalls erhöht werden, erklärten die Kommandeure. Bericht (mit Anschreiben von Ingr an Beneš vom 15.9.1941). ČSNO Nr. 67. — Damals waren schon alle Männer mit tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft mit Ausnahme von rund 300 gerade zwangsregistriert worden. Dabei hatte sich herausgestellt, daß 1957 „Tschechoslowaken" 1389 Deutsche und 186 Magyaren gegenüberstanden. (Bělina) an Němec am 25.9.1941. AÚTGM, BA XI/18. — Für einen weiteren Protest siehe J. Dobřemyl an Klecanda am 26.9.1941. NK 214, 17. — Offenbar sprach Beneš am 27.9.1941 aber doch zu den Soldaten, wobei er sich zwar für die Reduktion, aber nicht die Totalaustreibung der Sudetendeutschen aussprach. *Křen:* V emigraci 462.

gemeinen Abrechnung." Zum Schluß notierte Beneš: „Jaksch geht – Taub."[48] Jaksch hatte nämlich Beneš im Vertrauen mitgeteilt, daß er sich zurückziehen wolle, da er sehe, daß die Tschechen nicht genügend Vertrauen zu ihm hätten und er selbst den Streit mit der Zinner-Gruppe nicht lösen könne. Er wolle die Rolle des Vermittlers Taub überlassen; deshalb wäre es gut, wenn dieser bald nach England komme.[49]

Am 27. September 1941 tagte der Vorstand der Treuegemeinschaft, am 28. fand die Landeskonferenz statt. Jaksch berichtete dem Vorstand von dem Plan, die sudetendeutsche Minderheit durch „Gebietsabtretungen, etwa des Egerlandes ohne Marienbad und Karlsbad, Warnsdorf, Rumburg und Schluckenau, sowie Reichenberg und Friedland, und ferner durch Aussiedlung um etwa eineinhalb Millionen zu verringern". Mit den Worten, daß zwischen der Treuegemeinschaft und dem Präsidenten „persönlich volle Übereinstimmung in den Auffassungen besteht", weckte Jaksch den Eindruck, als ob Beneš persönlich diesen Plan nicht vertrete. „Die Überraschung für uns besteht darin, daß der Widerstand gegen eine offene Zusammenarbeit bei den Tschechen zuhause zu groß ist und daß sich auch in der Armee eine Protestbewegung geltend gemacht hat." Während der Vorstandssitzung verlas Schwelb eine Erklärung des ‚Čechoslovák', der in scharfer Form die Nachricht einer anderen Zeitung dementiert hatte, daß der Eintritt der Deutschen in den Staatsrat bevorstehe und die tschechoslowakische Regierung den Grundsatz der Selbstverwaltung für die deutsche Minderheit anerkenne. Vielmehr liege die Entscheidung über die Zukunft des deutsch-tschechischen Verhältnisses allein beim Volk in der Heimat.[50] Daraufhin meldeten sich die zahlreiche Kritiker an Jakschs regierungsfreundlicher Politik zu Wort. Nun solle sich die Partei auf die Atlantik-Charta berufen, an England anlehnen und die wiedergewonnene Handlungsfreiheit nutzen. Für die Zukunft brauche die Partei ein Alibi, daß sie im Ausland alles getan habe, um zu einer Vereinbarung mit den Tschechen zu kommen, sagte Jaksch. „Es müsse ausgesprochen werden, daß bei Beneš zweifellos der beste Wille vorhanden ist, und daß er uns gegenüber mit

48 Notiz Benešs über eine Besprechung mit Jaksch am 22.9.1941. AÚTGM, BAV, kr. 129. Abgedruckt mit einem Übertragungsfehler aus der Handschrift in: ČSNO Nr. 68. — Jaksch an Beneš am 23.9.1941. *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš Nr. 12. — Vermerk von Makins über eine Besprechung mit Jaksch vom 26.9. 1941. FO 371/26392, C10841/639/12. — *Beneš:* Paměti 321 f. — *Jaksch:* Europas Weg nach Potsdam 364 f.

49 Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Jaksch bzw. Beneš vom 2.10.1941. ČSNO Nr. 72.

50 Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Jaksch am 2.10.1941. ČSNO Nr. 72.

offenen Karten spielt." Auf ein Eingreifen Englands dürfe man keine zu großen Hoffnungen setzen.

Tatsache ist, daß es heute in England keinen Mann von Rang und Namen gibt, der es wagen würde, uns zu unterstützen. Ihr Mann ist Beneš, hinter dem ein Volk steht, wir aber haben nichts hinter uns als eine von Verfolgung dezimierte Partei, die während des Krieges für keine Aktion im Dienste der Alliierten zu haben ist, und bei der Unbestimmtheit unserer Stellung ist es schwer, zur Sabotage aufzufordern. Dalton ist ganz auf Tschechen und Polen eingeschworen. Wir sind unter den Bundesgenossen Englands die schwächsten, aber man versucht uns immer wieder in dem Vertrauen zu stärken, daß eine befriedigende Lösung gefunden wird. In einer zuwartenden Stellung verlieren wir nichts.

Die Entwicklung treibe auf einen „blutigen Konflikt zwischen Tschechen und Sudetendeutschen" zu. Die Partei wolle den Zusammenstoß so weit wie möglich mildern. Sie müsse auch mit der Möglichkeit rechnen, daß „nach der Niederlage das deutsche Volk furchtbar hergenommen wird [...] Auch die größte Geschicklichkeit kann die Verbrechen Hitlers nicht aus der Welt schaffen." Es gebe „keine Alternative" zur Tschechoslowakei, sagte Jaksch. Auch Seliger habe 1918 „von Selbstbestimmungsrecht gesprochen, aber Autonomie gemeint". Auf diese müsse die Partei alle ihre Bestrebungen konzentrieren.[51]

Vor den Delegierten der Landeskonferenz erklärte Jaksch am folgenden Tag: „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß heute ein faktischer Kriegszustand zwischen Tschechen und Deutschen herrscht. Die Tschechen sind unterdrückt, und Sudetendeutsche sind es, die an der Unterdrückung teilnehmen." Die Treuegemeinschaft sei weiterhin zu einer Vertragslösung bereit, nicht jedoch der tschechische Partner. „Ein Diktat zu befürworten gegen unsere eigenen Leute kann von uns niemand verlangen. Wenn eine Diktatlösung kommt, muß sie gemacht werden ohne uns und ohne unsere Mitverantwortung." Er plädierte für eine „Zwischenlösung, die darin besteht, daß wir die Annäherung in gemeinsamer Arbeit suchen und die revolutionäre Kooperation unserer heimatlichen Freiheitskräfte mit dem tschechischen Befreiungskampf vorbereiten".[52]

Die Konferenz von 226 ehemaligen sozialdemokratischen Funktionären erklärte in ihrem Beschluß, daß sie „glaube, daß Punkt 2 der Atlantik-Charta die Basis für eine Vertragslösung zwischen den Sudetendeutschen und ihren slawischen Nachbarn im Sinne einer Erneuerung des gemeinsamen Staates sein kann"; sie wolle in dem Maße mit der tschechoslowakischen Staatsführung zusammenarbeiten, wie es die psychologischen Bedingungen in der Heimat erlauben. Sie wählte eine

51 Protokoll der Sitzung des Parteivorstands vom 27.9.1941. SDA, NJ 89-102.
52 Auszug aus der Rede Jakschs am 28.9.1941. ČSNO Nr. 70.

„Wirtschaftskommission" unter der Leitung de Wittes, die Gutachten für den Wiederaufbau nach dem Kriege erstellen[53] und mit dem ‚Inter-Allied Post-War Requirements Committee' unter der Leitung von Leith-Ross zusammenarbeiten sollte.[54] Die Resolution fiel gegenüber der Tschechoslowakei reservierter aus, als es Jaksch lieb war. Sie sprach zwar von einem gemeinsamen Staat, nicht jedoch ausdrücklich von der ČSR. Da die Landeskonferenz aber außerdem Beneš „die besten Wünsche für sein großes Befreiungswerk" schickte, bezeichnete dieser die Beschlüsse als „Verbesserung der ganzen Atmosphäre" und kündigte neue Gespräche mit Siegfried Taub an, der aus den USA nach London kommen sollte.[55] Die Konferenz stand unter dem Eindruck der Meldungen über Heydrichs Terror, den sie in einer Protestresolution verurteilte.[56]

Eine Woche nach der Treuegemeinschaft hielt auch die Zinner-Gruppe ihre Landeskonferenz ab. Sie bezeichneten sich als „Tschechoslowaken ohne Reserven", beeilten sich, ebenfalls eine Wirtschaftskommission zu bilden und beharrten zugleich auf der Ablehnung jeglicher „Zwangsaussiedlung".[57] Als Beneš am 12. Oktober 1941 die neuen Mitglieder des Staatsrats ernannte, befand sich unter ihnen kein Sudetendeutscher. Erst mit der Berufung von vier Kommunisten am 21. November 1941 zog ein Sudetendeutscher, nämlich Karl Kreibich, in den Staatsrat ein.[58] Als Erfolg verbuchte Jaksch die Ernennung des Treuegemeinschafts-Mitglieds Dr. Hahn zum sudetendeutschen Sekretär der

53 Beschluß der Landeskonferenz vom 28.9.1941. ČSNO Nr. 71.

54 Vermerk von Makins über eine Besprechung mit Jaksch am 26.9.1941 mit Vermerken von Roberts und Makins. FO 371/26392, C10814/619/12.

55 Jaksch an Makins am 3.10.1941, Vermerk Roberts über eine Besprechung mit Jaksch vom 5.11.1941, Vermerk Nichols über eine Besprechung mit Ripka an Eden vom 26.11.1941. FO 371/26392, C11057, 12284, 13205/639/12. — Bericht von Nečas über seine USA-Reise vom 16.-30.12.1941. PS 19, 421 ff. — Vgl. auch ‚Der Sozialdemokrat' vom 18.10.1941. Die in Schweden lebenden Genossen hielten eine „Kantonalverfassung [...] für eine geeignete Verhandlungsgrundlage". Mit einer Ausnahme seien sie alle gegen Großdeutschland, schrieb Paul am 22.6.1941 an Jaksch. TP, HI.

56 Protest der Landeskonferenz vom 28.9.1941. ČSNO Nr. 71.

57 Beschluß dieser Landeskonferenz vom 5.10.1941. PK 214, 12f. — Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Zinner und Lenk vom 30.10.1941. BA IV/31, 68.

58 Die KSČ hatte darum gebeten, auch einen Deutschen zu berufen. Beneš, Zásadní stanovisko [Grundsatzposition] (vom 1.12.1942). ČSNO Nr. 105. — Beneš entschied sich gegen Gustav Beuer, weil dieser wegen seiner Stellungnahme gegen den Krieg im Jahre 1940 von den Engländern interniert worden war. ČSNO Nr. 76, Anm. 1. — *Feierabend:* Vzpomínky, Bd. 2, 167.

tschechoslowakischen Gewerkschaften. 1942 schloß sich auch die Zinner-Gruppe der tschechoslowakischen Einheitsgewerkschaft an.[59]

Im Oktober 1941 hatte Beneš einen Beitrag für die Zeitschrift ‚Foreign Affairs' fertiggestellt, der allerdings erst in der Januar-Ausgabe 1942 erschien: Er kenne keine ideale Lösung für die Minderheitenprobleme. In manchen Fällen könne die Größe der Minderheit vielleicht durch „lokale Grenzberichtigungen" verringert, in anderen durch „innerstaatliche Migration" die Homogenität bestimmter Regionen gesichert werden. Dennoch gebe es Staaten, die ohne eine Region mit gemischter Bevölkerung nicht lebensfähig seien, „wie z. B. die Tschechoslowakei ohne die deutschen und gemischten Bezirke in Böhmen und Mähren".

The protection of minorities in the future should consist primarily in the defense of human democratic rights and not of national rights. Minorities in individual States must never again be given the character of internationally recognised political and legal units, with the possibility of again becoming sources of disturbance.

Schließlich seien Bevölkerungstransfers „in viel größerem Maßstab als nach dem letzten Krieg" erforderlich, wobei es von Vorteil wäre, wenn diese Tranfers „in einer möglichst humanen Weise, organisiert und international finanziert" durchgeführt werden könnten.[60] Ähnlich drückte sich Ripka aus: „Wenn wir an einen Transfer denken, wollen wir keine brutale Willkür-, sondern eine gebührend organisierte Aktion, bei der so weit wie möglich menschliche Rücksicht geübt wird."[61]

Anfang November 1941 glaubte Beneš, „sehr sichere und detaillierte Nachrichten" über einen bevorstehenden Putsch der Wehrmacht in Deutschland zu haben.[62] Um für einen Waffenstillstand gewappnet zu sein, ließ Beneš einerseits die Verhandlungen mit der polnischen Exilregierung über den Konföderationsplan intensivieren. Andererseits betonte Ripka gegenüber Jaksch die politische Bedeutung eines Eintritts

[59] Protokoll der Sitzung der Partei-Exekutive am 24.10.1941. SDA, NJ. — Menschen im Exil 345.

[60] Auszug aus dem Artikel in: ČSNO Nr. 75. — Ähnlich in seinem Beitrag The New Order in Europe. In: The Nineteeth Century and After 130 (1941), September-Heft.

[61] Ripka an Kopecký (Genf) am 10.10.1941. ČSNO Nr. 74.

[62] Vermerk des Ministerstvo za inostrane poslove (Außenministerium) über eine Besprechung mit Ripka vom 6.11.1941. AJ, MIP. — Eine dieser Nachrichten stammte angeblich aus dem deutschen „Oberkommando". Der Generalstab gebe Hitler nur noch eine Schonfrist bis zum Frühjahr 1942. Krajina an Moravec und Drtina am 16.8.1941. T-77, R 1050.

sudetendeutscher Vertreter in den Staatsrat.[63] In einem Runderlaß an die diplomatischen Vertretungen sprach Ripka davon, daß es „kindisch" sei, sich auf die Aussage zu beschränken, daß alle Deutschen vertrieben würden:

Es ist nötig, so bald wie möglich ein positives Verhältnis zu jenen Deutschen zu finden, die uns im Kampf mit den Nazis nicht verraten haben, damit wir uns auf sie berufen können als Unterstützung im Kampf um die alten Grenzen. Des weiteren wird es nötig sein, die deutsche Bevölkerung in Schichten aufzuteilen und den Transfer auf die gefährlichsten und unversöhnlichsten zu beschränken, wobei es in erster Linie um den Kader der Henleins, die Schichten der Intellektuellen und jene Schichten geht, in denen der pangermanische Gedanken stets am lebendigsten war.[64]

In diesem Sinn können auch Benešs Äußerungen gegenüber Eden am 13. November 1941 interpretiert werden: Die Zahl der Deutschen solle auf nicht mehr als 1,5 Millionen reduziert werden, und zwar durch eine Kombination von Grenzkorrekturen und Aussiedlung „aller aktiven Henlein-Anhänger und Nazis".[65] Durch die Abtretung von drei Bezirken im Westen (dem Egerland), im Norden und Nordosten wolle die Tschechoslowakei rund 700 000 Deutsche loswerden und als Kompensation durch Transfer nach Deutschland etwa die gleiche Zahl von Deutschen, und zwar besonders die Intellektuellen und die Mittelschichten, nach Deutschland abschieben. Bauern und Arbeiter könnten bleiben, da die tschechoslowakische Regierung mit diesen auch früher leichter übereingekommen sei.[66]

Um für einen Putsch in Deutschland gewappnet zu sein, betonte Beneš in seiner Rede anläßlich der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des Staatsrats am 25. November 1941, daß der Eintritt sudetendeutscher Repräsentanten in dieses Gremium nur „wegen der Ereignisse in der Heimat vorläufig aufgeschoben" worden sei. Zugleich beruhigte er seine tschechischen Hörer: Durch die eventuelle Aufnahme von Sudetendeutschen in den Staatsrat werde keine Vorentscheidung gefällt. Sie verstanden ihn, als er eine Verbindung zwischen „dem Standpunkt unserer politisch gut orientierten Leute zu Hause" und einer Äußerung Churchills über die Bestrafung der Schuldigen nach dem Kriege herstellte, zu denen er alle zählte, „die sich am Verrat und den Greueltaten

63 Vermerk Ripkas für Beneš über eine Besprechung mit Jaksch am 6.11.1941. ČSNO Nr. 76.

64 *Ebenda.*

65 Vermerk Ripkas vom 13.11.1941. ČSNO Nr. 74, Anm. 3.

66 Nichols an Eden über eine Besprechung mit Ripka am 26.11.1941. FO 371/26392, C13205/639/12.

Henleins, der Nazis und der Gestapo direkt oder indirekt beteiligt haben".[67]

Die polnische Regierung hatte Anfang September 1941 von Beneš erfahren, daß er für den Transfer „aller Magyaren und einer möglichst großen Zahl von Deutschen" eintrete.[68] Nach seiner Staatsratsrede war die polnische Regierung allerdings verwirrt, zumal Beneš mehrfach auch von der Möglichkeit gesprochen hatte, Österreich in die geplante Konföderation einzubeziehen. Was die Versuche eines Abkommens mit den Sudetendeutschen bedeuten und ob die tschechoslowakische Regierung ihre antideutsche Ausrichtung und das Ziel der Vertreibung der Sudetendeutschen aufgegeben habe, wollte Raczyński wissen. Ripka versicherte ihm, daß seine Regierung durch eine Kombination von Gebietsabtretungen mit kleinen Kompensationen im Gebiet von Glatz und Ratibor, Aussiedlung und Flucht belasteter Personen 1,5 bis zwei Millionen Sudetendeutsche loswerden wolle. Eine Konföderation mit Österreich komme nur bei einem Scheitern der Verhandlungen mit Polen in Betracht, wiegelte Beneš ab. Die verbleibenden Deutschen sollten aller „Privilegien" als Minderheit beraubt werden. Entsprechend Ripkas Notiz stimmte Raczyński diesem Plan „völlig" zu, wies aber darauf hin, daß er bei den polnischen Militärs „bestimmt auf Widerstand stoßen" werde, die von den Nachbarstaaten große Territorien annektieren wollten.[69]

Andere Emigranten vertraten noch extremere Positionen als Beneš und Ripka: Der tschechoslowakische Gesandte František Černý verlangte die unveränderte Beibehaltung der historischen Grenzen, die Aussiedlung aller Deutschen und die Annexion der Lausitz. Der Vergleich mit der Umsiedlung der Griechen aus Kleinasien zeige, daß Deutschland ohne größere Schwierigkeiten drei Millionen Deutsche aus der Tschechoslowakei und fünf Millionen aus dem künftigen Polen aufnehmen könne. Schon heute solle über den Rundfunk die strenge Bestrafung aller Deutschen angekündigt werden, „die sich irgendwann, irgendwo oder irgendwie gegen das tschechische Element schuldig gemacht haben", mit der Folge, daß ein bestimmter Teil der Deutschen sofort und ein größerer Teil vor der nahenden tschechischen Gendarmerie und Polizei fliehen werde. Danach sollten Bekanntmachungen angeschlagen werden,

67 Rede Beneš vom 25.11.1941. *Beneš:* Šest let 300ff. — Englische Version in: DDP I/1, 568-571.

68 Vermerk Benešs über eine Besprechung mit Raczyński am 4.9.1941. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 62.

69 Vermerke Raczyńskis über Besprechungen mit Ripka vom 29.11.1941 und 7.1.1942. PRM 64/3/1. — Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Raczyński vom 29.11.1941. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 82.

daß sich jeder melden müsse, wer sich irgendwie gegen die tschechoslowakische Sache oder das tschechoslowakische Volk vergangen habe oder NSDAP-Mitglied gewesen sei, und zwar mitsamt allen seinen Verwandten, was wiederum eine große Zahl von Deutschen zur Flucht veranlassen werde. Schließlich solle die freiwillige Aussiedlung unterstützt werden; die Deutschen würden ihre Immobilien und die größeren Teile ihres mobilen Eigentums verkaufen, die in Mark bezahlt werden sollten. Der Rest der Deutschen werde dem Transfer unterliegen, der innerhalb von drei bis fünf Jahren durchzuführen sei.[70] Der Transfer müsse in kürzester Zeit, innerhalb weniger Monate durchgeführt werden, korrigierte sich Černý in seinem nächsten Memorandum, und zwar ohne „gemischte Kommissionen", ohne Einfluß der Vereinten Nationen oder anderer Staaten.[71]

Einen Tag nach Benešs Staatsratsrede bat Ripka unter Berufung auf den Passus „nur aufgeschoben" darum, deutschsprachige Sendungen innerhalb des tschechoslowakischen Dienstes der BBC auszustrahlen und wandte sich dagegen, daß Jaksch im Rahmen des Deutschland-Programms sprechen durfte. Das Central Department empfahl die Ablehnung des Antrages mit der Begründung, daß andernfalls die Zugehörigkeit des Sudetenlandes zur Tschechoslowakei durch die Hintertür anerkannt würde und jeder Anreiz zu einem Arrangement mit Jaksch entfiele. Über den Verhandlungsstand befragt, hatte dieser bekräftigt, daß sein Angebot eines bedingungslosen Eintritts in den Staatsrat immer noch unbeantwortet auf dem Tisch liege.[72] Beneš berief sich darauf, daß das Foreign Office vor kurzem auch Sendungen für die Bevölkerung Karpatenrußlands zugelassen hatte, allerdings in tschechischer Sprache, da russische und ukrainische Sendungen von der britischen Regierung mit Rücksicht auf die Sowjetunion ausgeschlossen wurden. Da das karpatenrussische Staatsratsmitglied schon in seiner ersten Ansprache massiv gegen die wirklichkeitsfremde Bedingung verstoßen hatte, die britischen Vorbehalte in bezug auf die tschechoslowakischen Staatsgrenzen zu beachten, wirkte sich dieser Präzedenzfall gegen eine Genehmigung deutscher Sendungen aus. Außerdem verfügte Jaksch, der seit dem 9. Juli 1941 alle 14 Tage fünf Minuten lang als „personality speaker" im deut-

70 Studie František Černý: „Problem Němců v Československu po válce" [Das Problem der Deutschen in der Tschechoslowakei nach dem Krieg], November 1941. ČSNO Nr. 79.

71 Studie František Černýs vom Januar 1942. ČSNO Nr. 85.

72 Nichols an Eden am 26. und 28.11.1941, Vermerke von Roberts und Makins vom 3., 4. und 10.12.1941. FO 371/26392, C13205, 13260/639/12. — Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Nichols am 26.11.1941. AÚTGM XI/18.

schen Abendprogramm der BBC sprechen durfte, nach Meinung des Central Department über einen weit größeren Einfluß auf seine Landsleute als jeder mögliche Sprecher der Exilregierung.[73] Makins riet Jaksch, weiterhin im deutschsprachigen Dienst der BBC zu sprechen.[74]

Am 6. Januar 1942 hatte Beneš ein neues „Memorandum über die Frage der Grenzen der ČSR" fertiggestellt, das er am 22. Dezember 1941 mit Mitgliedern der tschechoslowakischen Regierung beraten hatte. Zwar stelle sich die große Mehrheit des tschechoslowakischen Volkes die Lösung der sudetendeutschen Frage so vor, daß die früheren Grenzen wiederhergestellt und alle Deutschen entweder fliehen oder ausgesiedelt würden. Wenn es jedoch möglich sei, eine bessere Lösung zu finden, und zwar in Hinblick auf die allgemeine Sicherheit in Europa und zugunsten einer besseren Zukunft auf beiden Seiten der Grenzen der ČSR, „müßten wir dieser den Vorzug geben". Diese Lösung müsse folgenden Grundforderungen genügen:

1. Die Lebensfähigkeit und Existenz könnten nur Grenzen sichern, die entlang der natürlichen Grenzgebirge zwischen der ČSR und Deutschland und teilweise entlang der Donau verliefen.
2. Durch den Austausch großer tschechoslowakischer gegen sehr kleine deutsche Gebiete könne „auf friedlichem Weg und ohne weitere Opfer und Leiden der Bevölkerung" die Zahl der Deutschen in der Tschechoslowakei um einen beträchtlichen Prozentsatz verringert werden.
3. In diesen Gebieten lebten ungefähr 6–700 000 Deutsche, während die Zahl der Deutschen in den Gebieten, die die Tschechoslowakei im Austausch beanspruche, winzig sei.
4. 1,2–1,4 Millionen Deutsche, also doppelt so viele, seien dagegen ohne Land „nach Deutschland (d. h. nach Preußisch-Schlesien, Sachsen und Bayern) und Österreich" auszusiedeln. Dieser Transfer müsse „vereinbart, organisiert und finanziell unterlegt sein, um das Leiden der Bevölkerung und alle Strapazen, die sich aus dem Transfer ergeben, so weit wie möglich zu begrenzen", und würde die hauptsächlichen finanziellen Reparationsansprüche erledigen.[75] Im Ergebnis blieben rund eine Million Deutsche in der Republik.

[73] Vermerk Smutnýs vom 18.7.1941. DHČSP I, Dok. 204. — Beneš an Lockhart am 14.11. und Antwort vom 2.12.1941, Makins an Nichols am 10.1.1942. FO 371/26418, C13338, 13393/10893/12. — Vermerk von Roberts vom 23.1. 1942. FO 371/30823, C596/51/12. — Vermerk Lockharts vom 10.4.1942. FO 371/30834, 73f.

[74] Vermerk von Roberts vom 15.2.1942. FO 371/30834, C1645/326/12.

[75] Feierabend schätzte, daß die tschechoslowakischen Forderungen gegenüber der Reichsbank und aus dem „Kriegsbeitrag" des Protektorats schon Anfang 1942

Unter die „abziehende Bevölkerung" seien auf jeden Fall jene Deutschen einzureihen, die sich nach ‚München' und nach dem 15. März 1939 in irgendeiner Form an der Verfolgung der tschechischen Bevölkerung beteiligt hätten, die ehemaligen Funktionäre oder Repräsentanten der Henlein-Partei, die Mitglieder der Hitler-Jugend, der SS-Formationen, der Gestapo oder der deutschen Polizei- und Spionagedienste; zudem die große Mehrheit jener, die in diesem Krieg in der Wehrmacht gedient hätten, besonders an der russischen Front. Diese Gruppen machten 3–400 000 Personen aus und müßten ohnehin fliehen oder vertrieben werden, da sie andernfalls nach dem Fall Deutschlands im Laufe des revolutionären Umsturzes massakriert würden. Entweder verringere sich durch diese Flüchtlinge die Zahl jener, die organisiert und mit finanzieller Entschädigung ausgesiedelt werden müssen, oder die Zahl derjenigen, die aus der Republik abzögen, erhöhe sich auf 2,4 Millionen.

Der organisierte Transfer kann m. E. kaum die Zahl von 1 200 000–1 400 000 Menschen überschreiten. Schon das wird ein ungewöhnlich schwieriges Problem, läßt sich jedoch noch beherrschen, ebenso wie dies Griechenland und die Türkei nach dem letzten Krieg gelungen sei.

Ein großer Teil der verbleibenden eine Million Deutschen werde sich nach einer gewissen Zeit assimilieren. Die übrigen würden sehr liberal behandelt werden und bildeten im Rahmen eines Zwölf-Millionen-Volkes und zerstreut zwischen den Tschechen für die nationale und staatliche Existenz der Republik keine Gefahr mehr. Könne man sich nicht auf diesen Plan einigen, sehe er nur die Möglichkeit, auf dem ursprünglichen Programm zu beharren – der Restitution des status quo ante, d. h. der gesamten Vormünchener Grenze, und die weiteren Ereignisse abzuwarten, doch halte er diese Lösung für weniger günstig. Schließlich nahm Beneš zu anderen Lösungsmöglichkeiten Stellung:

1. Eine Beschränkung auf die Abtretung kleinerer oder größerer Gebiete komme nicht in Frage, weil dadurch das Problem der Deutschen in der Tschechoslowakei nicht gelöst und das tschechoslowakische Volk eine Abtretung ohne weitere Kompensationen weder politisch noch moralisch hinnehmen werde.
2. „In einigen tschechoslowakischen Kreisen und bei einigen Deutschen aus Böhmen, besonders den sozialistischen, überwiegen Bestrebungen, einfach zu den Vormünchener Verhältnissen zurückzukehren und sie angeblich etwas zu verbessern." Die eine Gruppe rechne da-

so hoch waren, daß jedem Vertriebenen 20 000 Kčs. gezahlt werden könnten. *Feierabend:* Vzpomínky, Bd. 2, 250.

mit, daß die Umgestaltung der Struktur des Staates im sozialistischen Sinn die Nationalitätenkämpfe zumindest mildern werde. Die Jaksch-Gruppe vertrete dagegen die Ansicht, daß weder Gebiete an Deutschland abgetreten noch ein Transfer durchgeführt werden sollten. Zwar könnten die Kriegsschuldigen aus der Henlein-Partei bestraft oder vertrieben werden, doch handle es sich bei der Mehrheit der Henlein-Wähler angeblich „um verführte Menschen, die im neuen Nachkriegsmilieu und nach der gründlichen Niederlage Deutschlands zur Vernunft kommen und wieder gute Bürger der Republik werden". Um sie gegen künftige nationalistische Agitation aus Deutschland zu immunisieren, müsse man ihnen eine möglichst große Territorialautonomie geben und einen neuen Staat auf neuen Grundlagen, einen Staat der Tschechen, Deutschen und Slowaken errichten.

Die Enttäuschung der Tschechen von seiten der großen Mehrheit der tschechoslowakischen Deutschen, die in ihrer Mehrheit während des Krieges mit den nazistischen Unterdrückern zusammenarbeiteten und an der heutigen schrecklichen Lage und am deutschen Terror gegenüber den Tschechen und Slowaken mitschuldig sind, ist so groß, daß ich die Rückkehr zur aufrichtigen früheren Zusammenarbeit zwischen den Tschechen und der Mehrheit der Deutschen psychologisch auf lange Zeit für unmöglich halte. Ohne sichtbare äußere Veränderungen unter den Deutschen der böhmischen Länder und ohne irgendeine deutliche politische und moralische Satisfaktion für das tschechische Volk sehe ich nicht, wie die Mehrheit der Tschechen zu einer liberalen Minderheitenpolitik zurückkehren könnte, wie sie von beiden Präsidenten (Masaryk und mir) verkündet und durchgeführt worden ist.

Im Verbleib aller Deutschen in der Republik mit Ausnahme einiger Zehntausender direkt Schuldiger und Helfer des Nationalsozialismus in den historischen Grenzen und mit einer gewissen Territorialautonomie würde „die gesamte tschechische Bevölkerung ohne Unterschied" eine Neuauflage des Henlein-Programms, diesmal vertreten von den Sozialisten, eine Belohnung der Deutschen für den Henlein-Verrat und alles, was darauf während der deutschen Besatzung folgte, und die Vorbereitung einer definitiven Abtrennung dieses Gebiets sehen, sobald sich die Umstände zum Vorteil der deutschen Nationalisten änderten.

Daraus ziehe ich den Schluß, daß sich diese Lösung nach diesem Krieg überhaupt nicht durchsetzen läßt und daß kein tschechoslowakischer Politiker sich mit ihr der gewaltigen Mehrheit des tschechischen Volks aller politischen Richtungen nach diesem Krieg auch nur nähern kann.[76]

[76] Beneš: Memorandum o otázce hranic ČSR [Memorandum über die Frage der Grenzen der ČSR] (vom 6.1.1942). ČSNO Nr. 80. — Über die Grundzüge seiner Überlegungen mit den neuen Zahlen hatte Beneš Nichols schon am 23.12. 1941 informiert. *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 55.

Dem Journalisten Smollett, einem langjährigen Bekannten, erzählte Beneš Ende Januar, daß er persönlich große Bevölkerungsumsiedlungen favorisiere, „weil die Tschechoslowakei nicht sicher wiederhergestellt werden kann ohne die strategische Grenze der Sudetengebirge. Ich möchte hinter diesen Bergen sitzen ohne Deutsche unter meinem Volk."[77]

Am 7. Januar 1942 erläuterte Beneš seine Pläne einer Delegation der Treuegemeinschaft unter Führung von Jaksch, am nächsten Tag sprach er nochmals mit Jaksch und Paul. Man müsse sich auf das Ende des Krieges im Oktober bis November 1942, spätestens im Frühjahr 1943 vorbereiten, und zwar „unter uns als auch im Innern" (mezi sebou a uvnitř). Seine Gesprächspartner wüßten ja, welcher „radikale Nationalismus" unter den Tschechen herrschen werde, „daß unsere Leute zu Hause denken, daß sie alle Deutschen loswürden, daß es ein Massaker geben werde, und daß sie die übrigen vertreiben werden." Das andere Extrem sei der Glaube der Treuegemeinschaft an „irgendeine neue föderalistische Regelung". Er glaube weder an das eine noch das andere. Nach diesem Kriege werde weder das erste gelingen, noch sei das zweite nach allem, was geschehen sei, überhaupt denkbar. „Tatsache ist jedoch, daß die Deutschen bei uns geschwächt werden, und in Hinblick darauf, was mit Deutschland sein wird, werden die Minderheiten überall und auch bei uns geschwächt." Er wolle die Elemente Abtretung von Gebieten, Vertreibung der Schuldigen und Transfer kombinieren, „für die Deutschen im Geiste einer sozialen Revolution = sich von den Schuldigen befreien, wenn möglich von allen aus der Klasse der Bourgeoisie und aus der Intelligenz". Sie sollten den Mut haben, sich dazu zu bekennen und sich von der Bourgeoisie und der „pangermanischen Intelligenz" befreien. „Bei ihnen wird es sich um eine soziale, bei uns um eine nationale Revolution handeln". Ihre Partei wird es nicht mehr geben, sondern nur noch eine einheitliche Arbeiterpartei. Sie müßten mit den Kommunisten zusammenarbeiten und gemeinsam die neue Republik vorbereiten. „Wie sie wüßten, wollen die zu Hause alle vertreiben – ich möchte mit den Arbeitern zusammenarbeiten und die deutsche Bourgeoisie loswerden." Er wolle sie im Staatsrat haben, sagte Beneš am nächsten Tag zu Jaksch und Paul, doch sollten sie zuvor seinen Plan kennen. In zwei bis drei Monaten werde er sich mit den Engländern über die Frage der Grenzen einigen, und danach könnten sie in den Staatsrat eintreten. „Es wird auch für sie leichter sein, wenn diese Dinge auch mit den Engländern geklärt sind." Schließlich fragte Beneš die beiden Unterhändler, ob er das Gespräch erneut verstehen könne „als Bekräftigung, daß sie für

77 Aufzeichnung von Harry Peter Smollett über eine Besprechung mit Beneš vom 29.1.1942. DDP I/3, 79f.

die Republik sind, daß sie ohne Reserven und Bedingungen mit uns gehen, daß sie sich als Teil betrachten?" Jaksch und Paul „antworteten, ja, ohne Bedingungen, wie wir das auf dem Parteitag formuliert haben". Dort hätten sie andererseits über die Atlantik-Charta gesprochen, notierte Beneš in Klammern. Die Vertreter der Treuegemeinschaft seien „sehr bestürzt" gewesen, erzählte Beneš Ripka, weil sie bisher offenbar das Reden über den Transfer für Taktik gehalten hätten.[78] Wie Beneš Nichols berichtete, hatte er am 23. Januar 1942 Jaksch nochmals seine Position dargelegt.[79] Am selben Tag informierten Jaksch und Reitzner ihre Genossen:

> Wieder einmal müssen wir gegen den Strom schwimmen. Was in London bequem und populär wäre, das Lossagen von der Heimat und von unseren schaffenden Volksmassen – morgen wäre es unser politischer Tod. [...] Deshalb ist alles, was wir schreiben oder sagen, so abgestimmt, daß es morgen in den Versammlungssälen [...] verantwortet werden kann. [...] Die Logik der Dinge, die sich zuhause abspielen, weist auf einen blutigen Konflikt zwischen Tschechen und Sudetendeutschen hin. Kein Manövrieren unsererseits kann diesen Konflikt aus der Welt schaffen. So wollen wir wenigstens an der Seite derer stehen, die diesen tragischen Zwiespalt nicht heraufbeschworen haben und die das Recht haben, *die tschechische Bourgeoisie der Wegbereitung der Knechtschaft ihres Volkes anzuklagen und unsere Arbeiterschaft von der Mitschuld an den Schandtaten Heydrichs freizusprechen.* Wenn unsere Märtyrer, *die von einer Regierung tschechischer Kapitulanten und Halbfaschisten* in die Konzentrationslager des Dritten Reiches abgeliefert wurden, einmal ihre Stimme erheben dürfen, dann wird die tschechisch-deutsche Frage vor dem Urteil eines nachfaschistischen Europa ein neues Gesicht bekommen.[80]

Trotz des Fortgangs der Verhandlungen mit den

[78] Vermerk Benešs über eine Besprechung mit Jaksch und anderen am 7. und 8.1.1942. AÚTGM, BAV, B, kr. 129. Siehe auch Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Beneš am 9.1.1942. ČSNO Nr. 81. — In seinen Memoiren behauptet Beneš, daß er auch den Transfer der „dem Faschismus verfallenen Arbeiterschaft" gefordert habe. *Beneš:* Paměti 323. — In einer Besprechung mit den Spitzen der Exilarmee sagte Beneš: „Alle jungen Deutschen bis zu einem bestimmten Alter müssen weg." Vermerk Antonín Nižborský über eine Besprechung Benešs mit Ingr, Viest und anderen am 22.1.1942. *Laštovička:* V Londýně za války 225.

[79] Nichols an Eden am 9.2.1942. FO 371/30834, C1645/326/12.

[80] Rundschreiben Jaksch/Reitzner vom 23.1.1942. FO 371/30834, C1645/326/12 bzw. PS 213, 75ff. Hervorhebung im Original. — Unter Verweis auf dieses Rundschreiben, das er als Distanzierung von der Exilregierung interpretierte, trat der deutsch-jüdische Schriftsteller Ernst Sommer aus der Partei aus. Er hoffe, antwortete Jaksch, daß „die Zukunft unserer Bewegung nicht ausschließlich von den taktischen Bedürfnissen kleinmütiger Intellektueller bestimmt werden wird". *Bauer:* Ein böhmischer Jude im Exil 181f.

führenden Faktoren der tschechischen Auslandsaktion [...] geben wir uns [...] keinen Illusionen hin. Das Ziel der tschechischen Politik bleibt nach wie vor ein maximaler Machtgewinn nach dem Kriege. Es wäre bequem für unsere Partner, wenn sich dieser Prozeß mit unserer formellen Zustimmung abspielen würde. *Unsere Führung denkt nicht daran, diese Zustimmung zu geben.* Was immer in dieser Richtung in der Übergangszeit geschieht, *soll ohne unsere Zustimmung und Mitverantwortung geschehen.* Das tschechische Volk muß die Grenzen seiner Möglichkeiten selbst kennen lernen. [...] Aufgabe unserer Auslandspolitik kann es lediglich sein, nicht ein Jota guten Willens von tschechischer Seite unbeantwortet zu lassen.[81]

Dadurch verschaffe man sich ein „historisches Alibi". Da die deutsch-tschechische Frage ein europäisches Problem sei, brauche die Partei „nichts zu fürchten als ihre eigene Schwäche". Die Partei kämpfe

nicht um Staatsratsmandate [...], sondern um die Sicherung unserer sozialrevolutionären Position nach dem Kriege. Wir stützen uns auf unsere eigene Kraft *als demokratische Repräsentanten eines Drei-Millionenvolkes* im Herzen Europas.[82]

Obwohl Jaksch und Reitzner davor zurückschreckten, den eigentlichen Grund für den Bruch, den geplanten Transfer, zu nennen, warf Beneš dem Foreign Office unter Hinweis auf das Rundschreiben vor, einen Mann zu unterstützen, dessen Politik in ein neues ‚München' münden könne. Jaksch solle keine Gelegenheit mehr zu Rundfunkansprachen erhalten. Dem Central Department paßte das Rundschreiben zwar ebenfalls nicht, weil es unbequem war, doch hatte Beneš nach Roberts' Worten „den Sinn für Proportionen verloren" und war nach Makins' Meinung „über die Konsequenzen seiner eigenen Gerissenheit in Wut geraten". Allerdings wollte das Foreign Office nicht mehr wie zuvor geplant, Jaksch versichern, daß die britische Regierung weiterhin ein Interesse an einer Einigung zwischen ihm und Beneš und sich ihre Haltung in der Frage der Grenzen nicht geändert habe.[83]

Annullierung des Münchener Abkommens und Grundsatzentscheidung zum ‚Transfer'

Beneš hoffe, die britische Regierung auf die Wiederherstellung der Vorkriegsgrenzen der Republik verpflichten zu können, und werde danach, sagte der „tief enttäuschte" Jaksch zu Roberts, die sudetendeutsche Fra-

81 *Ebenda.* Hervorhebungen im Original.

82 *Ebenda.*

83 Vermerke von Roberts vom 16.1. und 15.2., Vermerk von Makins vom 16.2. 1942. FO 371/30834, C326, 1645/326/12.

ge zu einer rein inneren Angelegenheit der Tschechoslowakei erklären und Jakschs ohnehin schwache Verhandlungsposition weiter schwächen können. In der wichtigsten Periode unmittelbar nach der Einstellung der Feindseligkeiten wären die Sudetendeutschen „der Gnade der tschechischen nationalen Gefühle, eventuell verstärkt durch kommunistische oder gar pan-slavische Einflüsse", ausgeliefert. Roberts empfahl, erstens die tschechoslowakischen Einwände gegen Jakschs Rundfunkansprachen abzuwehren und zweitens sowohl Jaksch als auch Beneš zu erklären, daß die britische Regierung weiterhin an einer Übereinkunft zwischen beiden interessiert sei, allerdings keinen Druck ausüben wolle. Erst nach einer zufriedenstellenden Einigung zwischen beiden könne das Foreign Office deutschen Sendungen im tschechoslowakischen Programm zustimmen. Beneš solle vertraulich informiert werden, daß Großbritannien den USA zugesagt habe, keine Verpflichtungen in bezug auf künftige Grenzen einzugehen. Dadurch könnte Beneš dazu gebracht werden, sich erst einmal an das State Department zu wenden, und Jaksch von einem Abbruch der Gespräche mit der Exilregierung abgehalten werden.[84]

Lockhart, dem Überbringer der Nachricht, sagte Beneš mit „brutaler Offenheit", daß zwischen den Engländern und den Tschechen „München" stehe. Deshalb verhandle er mit ihnen und nicht mit den Russen, die „München" ja nicht gemacht hätten. Wenn die Engländer auf ihrem bisherigen Standpunkt verharrten, werde er sich eben mit den Russen über die Grenzen und die Deutschen einigen, was seiner Überzeugung nach ohne besondere Schwierigkeiten möglich sei.[85] Auf der Grundlage von Roberts' Einwänden hatte der britische Gesandte Nichols ein Memorandum verfaßt[86], das er Ripka und Beneš zeigte und erläuterte. Ripka antwortete am 15. Januar 1942, daß Benešs Bereitschaft, im Falle eines Transfers territoriale Zugeständnisse zu machen, von der Mehrheit der Minister sowie dem Staatsrat nicht geteilt werde. Er selbst, Masaryk und Ingr nähmen eine Mittelposition ein. So sei er, Ripka, zwar für die Aufnahme der Jaksch- und Zinner-Gruppe in den Staatsrat ein-

84 Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Jaksch am 9., Vermerk von Roberts vom 16.1., Makins an Nichols am 4.2.1942. FO 371/30834, C326, 845/326/12. Siehe auch DDP I/3, 86-90.

85 Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Jaksch, danach mit Beneš vom 15.1.1942. ČSNO Nr. 82. — Beneš behauptete auch gegenüber Professor Seton-Watson, daß die Russen den tschechoslowakischen Anspruch auf die Sudetengebiete unterstützten. Vermerk von Roberts vom 16.1.1942. FO 371/30834, C326/326/12.

86 Memorandum des Foreign Office „The Sudeten Question" (o. D.). FO 371/30834, C326/326/12. Siehe auch DDP I/3, 41 f.

getreten, müsse jedoch anerkennen, daß jene recht hätten, die fragten: Was bringt uns die Aufnahme Jakschs und der anderen in den Staatsrat, wenn die Engländer sich dennoch nicht positiv zur Restitution der Tschechoslowakei in ihren Grenzen aussprechen. Nur wenn dies geschehe, könne die Regierung das „Odium auf sich nehmen, die Deutschen in den Staatsrat zu lassen".[87] Beneš gab zu, daß Jaksch und andere sudetendeutsche Führer bereit seien, ohne Bedingungen in den Staatsrat einzutreten. Grundsätzlich trete er selbst immer noch dafür ein – allerdings sollten sie nicht mehr sechs, sondern nur noch vier Sitze erhalten – doch falle ihm die Umsetzung schwer wegen der chauvinistischen Stimmung im Protektorat und der Exilarmee. Er selbst erkenne die Notwendigkeit, „Seite an Seite und in Freundschaft mit wenigstens einigen Deutschen zu leben". Je näher der alliierte Sieg rücke, desto weniger werde die tschechische Bevölkerung jedoch zu Zugeständnissen an die Sudetendeutschen bereit sein. Die Zeit spiele also gegen seine gemäßigte Politik. Umso wichtiger sei ein frühes Übereinkommen mit der britischen Regierung. Die UdSSR werde zweifellos die integrale Restitution der Tschechoslowakei unterstützen. Ihm wäre nicht recht, „wenn die tschechische öffentliche Meinung die UdSSR als ihren einzigen Retter betrachten und der russische Einfluß innerhalb der Tschechoslowakei stark anwachsen würde." Auf Nichols' Hinweis, daß Großbritannien sich u. a. verpflichtet habe, sich in territorialen Fragen nicht ohne vorherige Beratung mit den USA festzulegen, antwortete Beneš, daß die Tschechoslowakei wegen des Opfers, das sein Land 1938 für den Weltfrieden gebracht habe, als Sonderfall zu behandeln sei. Er werde sich auch mit einer britischen Erklärung zufriedengeben, daß Großbritannien das Münchener Abkommen und den Wiener Schiedsspruch als nicht existent betrachte und dadurch der status quo ante wiederhergestellt sei, was Diskussionen über Grenzen und ihre Implikationen nicht ausschließe. Beneš kritisierte ferner, daß Jaksch weiterhin im deutschsprachigen BBC-Programm sprechen durfte. Denn damit wecke die britische Regierung im Reich wie im Protektorat einen falschen Eindruck und verstoße zudem gegen ihre Regel, kein Präjudiz zu schaffen.[88]

Nichols war für, Roberts gegen Benešs Verlangen. Benešs Behauptung der Rechtskontinuität der Ersten Republik sei „Unsinn", da er in einer Rundfunkansprache an die tschechoslowakische Nation freiwillig

87 Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Jaksch, danach mit Beneš vom 15.1.1942. ČSNO Nr. 82. — Nichols an Eden, u. a. über eine Besprechung mit Ripka am 15.1.1942. FO 371/30834, C1101/326/12.

88 Nichols an Eden, u. a. über eine Besprechung mit Beneš am 16.1.1942. FO 371/30834, C1101/326/12.

auf die Präsidentschaft verzichtet habe und „der tschechoslowakische Staat zwischen ‚München' und der Besetzung Prags ein international voll anerkanntes Gebilde [entity] gewesen ist". Die Anerkennung dieses Prinzips würde Großbritannien auf die „schiefe Bahn der Anerkennung der alten Grenzen führen". Wegen der Konkurrenz mit Rußland habe Großbritannien der Exilregierung die volle Anerkennung gewährt.

On the other hand, Russian policy, unlike our own, is based on opportunism and can afford to give sweeping paper promises to the Czechs one day with complete disregard to earlier Soviet policy (eg. breaking off relations with the Czechs), or to future Soviet intentions. We cannot hope to compete with the Soviet Government on this plane and we should not try to do so.

Das Argument, daß Benešs Einfluß bei seinen Landsleuten leiden könnte, „läßt mich kalt", meinte Roberts. Es gebe kaum einen alliierten Staatsmann, dessen Position so unumstritten sei wie Benešs. Die Forderung nach einer privilegierenden Behandlung der Tschechoslowakei sei unhaltbar, „da ihre Leiden sogar heute nicht wirklich mit jenen Polens oder Jugoslawiens, die Beneš erwähnt hat, oder Griechenlands verglichen werden können". Roberts versuchte auch den Angriff auf Jakschs Rundfunkansprachen abzuwehren: Er könne mit größerem Propaganda-Effekt zu seinen Landsleuten im Sudetenland sprechen als jeder andere. Cadogan hielt es für möglich, Beneš zu unterrichten, daß Großbritannien sich nicht durch den Wiener Schiedsspruch gebunden fühle. Eden bezeichnete diese Stellungnahmen als „hilfreiche Orientierung" und fragte, ob er nicht „in aller Unschuld" Beneš fragen solle, wie seine Gespräche mit Jaksch voranschritten, wogegen das Central Department keine Einwände hatte.[89]

In seinem Gespräch mit Eden am 21. Januar 1942 wiederholte Beneš die Vorschläge und Argumente, die er schon Nichols unterbreitet hatte. Erst nach einer Einigung über die Wiederherstellung des status quo ante werde er den Briten ein Memorandum über die Lösung der Frage der Sudetendeutschen vorlegen. Erst dann sei auch ein Übereinkommen mit den Sudetendeutschen im Exil möglich. Er informierte Eden aber doch über den Inhalt seines internen Memorandums vom 6. Januar 1942, das er inoffiziell schon Lockhart ausgehändigt hatte. Sein Angebot einer Grenzkorrektur sollte es den Briten erleichtern, „den für sie schweren Bissen zu schlucken". Beneš zeigte Eden eine Karte mit der ethnographischen und der Münchener Grenze. Eden betrachtete die Karte mit dem ungünstigen Grenzverlauf besonders in Mähren lange und sagte zu Nichols: „Schauen sie auf diese verbrecherische Absurdität". In sei-

[89] Nichols an Eden vom 19., Vermerke von Roberts, Cadogan, Eden vom 20. und 21.1.1942. FO 371/30824, C1101/326/12.

ner Besprechung mit Beneš folgte Eden zwar den Empfehlungen des Foreign Office in bezug auf den Wiener Schiedsspruch und die Gespräche mit Jaksch, doch erklärte er nach dem tschechischen Protokoll, daß er für seine Person und wohl auch Churchill Benešs Ansichten teile. Ebenso wie Churchill sei er gegen ‚München' gewesen. Er verspreche Beneš, dem Kriegskabinett diese Frage vorzulegen und im Sinne Benešs zu verteidigen, wenn Beneš ihm ein entsprechendes Memorandum zu seinen Plänen und zu einer Formel betreffend ‚München' unterbreite. Er halte es für möglich, eine Formel zu finden, die Benešs Bedürfnissen entspreche und für die britische Regierung akzeptabel sei.[90]

Für Edens Zusage dürfte eine Rolle gespielt haben, daß ihm Stalin im Dezember 1941 in Moskau erklärt hatte, daß die Tschechoslowakei in ihren alten Grenzen erneuert werden, d. h. auch die Sudetengebiete zurückerhalten müsse. Außerdem solle Ungarn für sein gegenwärtiges Verhalten durch Gebietsabtretungen an die Tschechoslowakei bestraft werden.[91] Eden hatte einen Tag, nachdem er dem Kriegskabinett über seine Gespräche mit Stalin berichtet hatte, dem wissenschaftlichen Dienst des Foreign Office den Auftrag gegeben, eine Stellungnahme zur deutsch-polnischen, deutsch-tschechoslowakischen und italienisch-deutsch-jugoslawischen Grenze zu erstellen. Der ‚Foreign Research and Press Service'[92] solle weniger ethnographische Gesichtspunkte berücksichtigen und „soweit dies dazu führt, den Austausch von Bevölkerungen zu befürworten", ein zweites Papier über den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch und die Umsiedlung der Deutschbalten und der NS-Siedlungspolitik in den von Deutschland besetzten Gebieten erarbeiten.[93] Damals versprach auch Majskij, der informiert war, daß Stalin

90 Eden an Nichols über eine Besprechung mit Beneš und Ripka vom 21.1.1942. FO 371/30834, C845/326/12. Siehe auch DDP I/3, 55-57. — Vermerk Ripkas über diese Besprechung. ČSNO Nr. 83, Vermerk über militärische Beratung bei Beneš vom 22.1.1942. PS 15, 54ff. — Táborský-Tagebuch. TP 7, HI. — Auch die US-Regierung wurde von Beneš über den Inhalt seines Memorandums informiert. Biddle an Secretary of State vom 20.2.1942. DDP I/2, 139-145.

91 Protokoll der Besprechung Stalins mit Eden am 16.12.1941. SSSR i germanskij vopros Nr. 11. — *Tyrell:* Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 62f.

92 Der ‚Foreign Research and Press Service' unter der Leitung von Professor Arnold Toynbee entstand im Herbst 1939 auf Initiative des Foreign Office und sollte dem Amt die Kompetenz des ‚Royal Institute of International Affairs' für die Kriegführung und Friedensplanung nutzbar machen. *Kettenacker:* Krieg zur Friedenssicherung 147.

93 Vermerk Ronalds über eine Besprechung mit Private Secretary Harvey mit Vermerken Strangs und Cadogans. FO 371/32481, W 335/81/49. Siehe auch DDP I/3, 8f.

Sikorski und Eden die Übertragung Ostpreußens an Polen als Kompensation für die Verluste im Osten vorgeschlagen hatte, Beneš, daß die Sowjetunion den Tschechen beim Transfer der Sudetendeutschen helfen werde.[94]

In der Besprechung mit Eden hatte Beneš erklärt, sich mit den Polen auf nichts Bindendes einigen zu können, bevor die Frage der Grenzen seines Landes entschieden sei.[95] In einem Gespräch mit Molotov im Dezember 1943 behauptete Beneš, daß er das britische Einverständnis zum Transfer mit seinem Eingehen auf die britischen Konföderationspläne bezahlt habe.[96] Einen Zusammenhang könnte es tatsächlich gegeben haben, aber nicht so, wie Beneš es 1943 schilderte. Die zweite polnisch-tschechoslowakische Erklärung wurde am 23. Januar unterzeichnet, doch hatte Beneš schon am 7. Januar 1942 grünes Licht für diesen Schritt gegeben.[97] Seine Transferpläne hat er aber erst am 21. Januar dem britischen Außenminister dargelegt. Es ist dagegen durchaus möglich, daß Beneš durch die Zustimmung zur Konföderation die britische Haltung zu seinen Transferplänen positiv beeinflussen wollte. Auch der ‚Foreign Research and Press Service' ging in dem am 2. Januar 1942 von Eden bestellten Gutachten, das schon am 12. Februar 1942 vorlag, auf diesen Zusammenhang ein: Eine Konföderation aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Österreich könne nur dann ohne russische Hilfe und bei polnischen territorialen Verlusten im Osten ein Gegengewicht gegen Deutschland bilden, wenn sie über Ostpreußen, Oberschlesien und das Sudetenland verfüge. Je nach dem Ausmaß der Grenzverschiebungen zugunsten Polens und der Tschechoslowakei müßten 3–6,8 Millionen Deutsche vertrieben werden. In bezug auf die Sudetengebiete hielt der ‚Foreign Research and Press Service' die Übergabe des Egerland-Karlsbad-Dreiecks und der Landzipfel von Schluckenau-Warnsdorf und Friedland mit etwa einer halben Million Deutschen an Deutschland für möglich, ohne die Verteidigungsfähigkeit der Tschechoslowakei allzu sehr zu gefährden. Wenn der Transfer von Bevölkerungen überhaupt als Möglichkeit akzeptiert werde, sprächen stra-

94 Vermerk Benešs über eine Besprechung mit Majskij am 26.1.1942. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 91.

95 Eden an Nichols über eine Besprechung mit Beneš und Ripka vom 21.1.1942. FO 371/30834, C845/326/12. — Vermerk Ripkas über diese Besprechung. ČSNO Nr. 83. — Vermerk über militärische Beratung bei Beneš vom 22.1. 1942. PS 15, 54ff. — Táborský-Tagebuch. TP 7, HI.

96 Vermerk Smutnýs über eine Besprechung Benešs mit Molotov am 16.12.1943. *Mastný:* Benešovy rozhovory 495.

97 Vermerk Benešs über eine Besprechung mit Raczyński vom 7.1.1942. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 84.

tegische Argumente für den Transfer der Deutschen Mährens und Tschechisch-Schlesiens. Die vollständige Vertreibung aller Sudetendeutschen, die „so pangermanisch und nationalistisch und in den vergangenen Jahren so viele heftige Nazis hervorgebracht hätten wie nur irgendeine deutsche Region", könnte im Interesse der europäischen Sicherheit liegen, doch sei es nicht sicher, daß die tschechoslowakische Regierung dies vorhabe. Viel werde von der Einstellung der Tschechen gegenüber den Deutschen nach dem Kriege abhängen:

If the Heydrich policy is continued in the ‚Protectorate' it may become true, as it is certainly true for Poland, that the life and security of any German left in an area restored to Czechoslovakia will be in such danger that facilities for departure would be the best service which could be rendered to the Germans themselves.

Der ‚Foreign Research and Press Service' machte folgende Gesamtrechnung auf: Mindestens werde Deutschland die von den Nazis umgesiedelten Deutschen aus dem Baltikum, Bessarabien, der Bukowina und Dobrudscha (300 000), die Polendeutschen (80 000) und die gesamte Bevölkerung Ostpreußens ohne den Regierungsbezirk Allenstein (1 900 000) aufnehmen müssen. Dazu könnten Optanten aus Oberschlesien östlich der Oder (mindestens 500 000), die Deutschen Mährens und Tschechisch-Schlesiens (800 000), jene Böhmens ohne das Egerland (2 000 000), die Deutschen des Egerlands und der beiden erwähnten Landzipfel (500 000) kommen. Der ‚Foreign Research and Press Service' ging von der Annahme aus, daß Schlesien westlich der Oder deutsch bleibe; andernfalls kämen weitere 3 300 000 Vertriebene hinzu. Der Vergleich der Bevölkerungszahlen und Beschäftigungsmöglichkeiten Griechenlands und Deutschlands zeige, daß dieses auch einer solch riesigen Zahl von Vertriebenen – verteilt über fünf bis zehn Jahre – Raum und Arbeit bieten könne. Da die geplante polnisch-tschechische Konföderation als Preis für gute Beziehungen mit Rußland auf polnische Gebiete im Osten verzichten müsse, soll sie Kompensationen im Westen erhalten, kommentierte Roberts. Dies sei nur auf Kosten der Grundsätze der Atlantik-Charta möglich. Der künftige deutsche Staat werde keinerlei Gebietsverlust freiwillig akzeptieren. Klare Lösungen wie die Übergabe Ostpreußens und eines großen Teils von Oberschlesien seien deshalb weniger gefährlich als Kompromißlösungen mit dem Ziel ethnographischer Gerechtigkeit.[98]

98 Memorandum des ‚Foreign Research and Press Service' (Arnold J. Toynbee) an Ronald vom 12.2.1942 mit Vermerken von Harrison und Roberts vom 2.3.1942. FO 371/30930, C2167/241/18. Siehe auch DDP I/3, 125-152 und *Tyrell:* Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 373f. —

Aufgrund von Edens Zusage, nach einem Kompromiß betreffend ‚München' zu suchen, hatte Beneš am 26. Januar 1942 unter dem Titel „Principles of agreement" folgende Formel vorgeschlagen:

1. It is recognised that no decision concerning Czechoslovakia which has been brought about since September 1938 by force or by threat of war or by the violation of treaties and Czechoslovak laws can be considered valid.
2. The pre-Munich legal status of Czechoslovakia is reestablished, but it is agreed at the same time that at the moment when the final peace arrangements will be discussed between the Great Allies and the other allied Governments Czechoslovakia too together with the Great Allied Powers will determine the final settlement (relating to frontiers and other questions) in order to give more strength and stability as well to Czechoslovakia as to the cause of European peace.[99]

Diese Formel lehnte das Central Department ab.[100] Makins hatte Ripka so verstanden, als biete Beneš an, sudetendeutsche Vertreter in den Staatsrat aufzunehmen, wenn die britische Regierung dafür den Vorbehalt vom 18. Juli 1941 betreffend die Jurisdiktion der Regierung über die Sudetendeutschen aufgebe. Das Foreign Office war bereit, auf einen solchen Handel einzugehen: Dieser Vorbehalt werde zurückgezogen, sobald sudetendeutsche Vertreter „einschließlich Dr. [sic] Jaksch und seine Freunde" in den Staatsrat aufgenommen seien. Er sei von Makins falsch verstanden worden, erklärte Ripka: Benešs Angebot habe das Fallenlassen aller Vorbehalte vom 18. Juli 1941, d. h. in beiden Briefen, zur Voraussetzung.[101] Inzwischen hatte Beneš nämlich von Jakschs Absage an seinen Plan, d. h. von dem Rundschreiben vom 23. Januar, erfahren.[102] Solange die Briten sich nicht zu einer Erklärung durchringen könnten, durch die der „pre-Munich legal status" wiederhergestellt wer-

Arnold Toynbee hatte schon im Ersten Weltkrieg dem Political Intelligence Department des Foreign Office angehört, das die britische Delegation in Paris mit dem nötigen Informationen versorgte. — Autor des Gutachtens über den Transfer vom Februar 1942 war John David Mabbott. Mabbott an O'Neill vom 22.10.1943. FO 371/34461, C12443/279/18.

99 Entwurf Benešs (vom 26.1.1942). ČSNO Nr. 84.

100 Vermerke von Nichols vom 26.1. sowie von Strang und Cadogan vom 4.2. 1942. FO 371/80324, C845/326/12.

101 Vermerk von Makins über eine Besprechung mit Ripka am 30.1., Makins an Nichols am 4. und Antwort vom 5.2.1942. FO 371/30834, C845, 1401/326/ 12. — Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Nichols am 4.2.1942. ČSNO Nr. 86.

102 Nichols an Makins vom 9.2.1942 über eine Besprechung mit Beneš. FO 371/ 30834, C1645/326/12.

de[103], werde er auch kein Memorandum über seine Konzeption zur Lösung der Frage der Sudetendeutschen vorlegen. Dabei blieb er, obwohl ihn Nichols drängte und „eine sehr wohlwollende Behandlung des Memorandums" zusagte.[104] Das Foreign Office wiederum lehnte die von Beneš gewünschte Erklärung ab, die als britische Zusage verstanden werden könnte, sich bei der Friedenskonferenz für die Vormünchener Grenzen einzusetzen.[105]

Obwohl sich Lockhart den tschechoslowakischen Standpunkt zu eigen machte, hielt das Central Department auch an seiner Entscheidung fest, Jaksch zweimal monatlich im deutschen BBC-Programm reden zu lassen, zumal dieser ein Auditorium gefunden zu haben scheine, was man von vielen anderen Sprechern nicht behaupten könne.[106] Jaksch wies seine Gesprächspartner im Foreign Office darauf hin, daß der ‚Sudetendeutsche Freiheitssender' von sowjetischem Boden aus die „anständigen Nationalisten" zum Kampf „für freie Sudeten" aufrief, während der sudetendeutsche Kommunist Kreibich von London aus sogar den sudetendeutschen Postlern und Eisenbahnern, die Hitlers Briefe und Soldaten beförderten, mit der Entlassung drohe, es aber ablehne, den Tschechen Bedingungen für die Behandlung seiner Landsleute nach dem Kriege zu stellen. ‚Der Sozialdemokrat' erklärte, daß Widerstandsaufrufe nur dann Aussicht auf Erfolg hätten, wenn man den Angesprochenen sagen könne, was sie nach dem Kriege erwarte. Der Kampf sozialistischer Minderheiten gegen den Faschismus sei gewiß nicht leichter als der nationale Widerstand unterdrückter Völker. In der Frage des Wehrdienstes müsse die Partei weiter abwarten, da die Gefahr bestehe, daß die sudetendeutschen Soldaten der tschechoslowakischen Armee zur Vertreibung ihrer Genossen mißbraucht würden.[107] Unter dem Ein-

103 Vermerk von Makins über eine Besprechung mit Ripka vom 30.1.1942, Vermerke Strangs und Cadogans vom 4.2., Makins an Nichols am 4. und Antwort vom 5.2.1942, Nichols an Makins am 9. und 28.2.1942. FO 371/30834, C845, 1401, 1644, 2945/326/12. Siehe auch DDP I/3, 64f.

104 Nichols an Makins über eine Besprechung mit Beneš am 6.2.1942. FO 371/30834, C1644/326/12.

105 Vermerke von Hancock, Roberts, Makins, Strang, Malkin, Cadogan und Eden vom 14.-17.2.1942. FO 371/30834, C1644/326/12. — Nichols an Ripka am 28.2.1942. AÚTGM, BAV, B, kr. 129.

106 Nichols an Ripka am 28.2.1942. AÚTGM, BAV, B, kr. 129. — Jaksch an Makins am 2.3.1942 mit Vermerken von. Lockhart, Roberts und Makins vom 10.4.-14.4.1942. FO 371/30834, 73ff.

107 Der Sozialdemokrat vom 22.2., 28.3. und 28.5.1942. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 182. — *Grünwald:* Vysílač svobody 332ff. — *Janeček:* Zrod politiky národní fronty 817.

druck der Aussiedlungspropaganda kündigte Jaksch dem Central Department ein Memorandum für die Autonomie der Sudetendeutschen auf der Basis des „Vierten Planes" an, stellte dieses Vorhaben aber Anfang Mai wieder zurück. Erst wenn die tschechoslowakische Regierung auch das Angebot ablehne, bei der Vorbereitung der ersten Hilfsmaßnahmen und des Wiederaufbaus der Verwaltung in den sudetendeutschen Gebieten mitzuarbeiten, werde er sich mit einem Memorandum an die Unterzeichner der Atlantik-Charta wenden.[108]

Mit seinen Bemühungen um eine Ungültigkeitserklärung ‚Münchens' kam Beneš auch bei einem Gespräch mit Eden am 23. März 1942 nicht voran. Sein Argument, Großbritannien solle durch eine solche Geste dem russischen Einfluß in der Tschechoslowakei entgegenwirken, hielt Strang für nicht entscheidend. Wenn Rußland militärisch erfolgreich sei, werde es in Rumänien dominierenden und in der Tschechoslowakei starken Einfluß gewinnen, unabhängig davon, was Großbritannien sage oder nicht sage. Wenn allerdings ein britisch-sowjetischer Vertrag mit territorialen Klauseln betreffend Finnland, das Baltikum und Rumänien diskutiert und abgeschlossen werden sollte, werde das Prinzip des Offenhaltens der Grenzfragen so durchlöchert sein, daß es schwer sein werde, Benešs Druck zu widerstehen.[109] Als Informationen über den geplanten Vertrag mit der Sowjetunion[110] durchsickerten, legte Beneš eine abgewandelte Form seiner „Principles of Agreement" vor, die aber immer noch die Aussage enthielten, daß nach dem Bruch des Münchener Abkommens durch Deutschland der Vormünchener „legale Status" wiederhergestellt sei. Eine solche Aussage hielt aber das Central Department für unvereinbar mit der britischen Verpflichtung gegenüber der US-Regierung, keine Zusagen in Grenzfragen zu machen. Das Department wies auch Nichols' Kompromißvorschlag zurück, in dem ein Satz enthalten war, daß Großbritannien sich bei der Friedensregelung für solche Grenzen der Tschechoslowakei einsetzen werde, „die die Stärke und Stabilität dieses Landes sichern".[111] Beneš erklärte dem britischen Gesandten: Wenn Polen für eventuelle Verluste im Osten durch

[108] Vermerk von Makins über eine Besprechung mit Jaksch vom 4.3. und 6.5. 1942. FO 371/30834, C2409, 4761/326/12. Siehe auch DDP I/3, 193f.

[109] Eden über eine Besprechung mit Beneš und Ripka an Nichols vom 23.3., Nichols an Makins am 30.3.1942, Vermerk Strangs vom 3.4.1942. FO 371/30834, 95 bzw. C3484/326/12. — Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Nichols vom 24.3.1942. DMDČSSV 4/1, 138.

[110] *Brandes:* Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 267-282.

[111] Memorandum des Foreign Office/Central Department (Roberts) vom 29.5. 1942. FO 371/30834, C5508/326/12. Siehe auch DDP I/3, 395-399.

Ostpreußen entschädigt werden müsse, sei es „undenkbar", daß „die Frage der Deutschen in *seinem* Land" nicht ebenfalls geregelt werde.[112]

Im Foreign Office war man sich am 21. April 1942 einig, daß die Tschechoslowakei „mehr oder weniger" die Vormünchener Grenzen bekommen sollte, doch wollte man sich wegen der Wirkung einer solchen Zusage auf den polnisch-sowjetischen Streit nicht öffentlich festlegen. Beneš ging davon aus, daß nach einer Befriedigung der sowjetischen Forderungen den Polen Ostpreußen zugesprochen und die deutsche Frage in der Tschechoslowakei gelöst werden müsse.[113] Nachdem Eden Beneš persönlich unterrichtet hatte, daß der britisch-sowjetische Vertrag doch keine Grenzklauseln enthielt, lenkte Beneš widerwillig ein und gab sich mit der Zusage zufrieden, daß sich Großbritannien auf der Friedenskonferenz von den 1938 und später über die Tschechoslowakei verhängten Entscheidungen nicht beeinflussen lassen werde. Er akzeptierte auch die von Ripka und Nichols vereinbarte Formel über die Anerkennung der Jurisdiktion über alle ehemaligen tschechoslowakischen Staatsbürger, sobald sudetendeutsche Vertreter Sitze im Staatsrat eingenommen hätten, doch sollte der entsprechende Briefwechsel geheim bleiben.[114] Kurz darauf, am 28. April 1942, bekannte sich Beneš vor der ‚British Press Association' öffentlich zum Bevölkerungstransfer.[115] Der Widerstandsorganisation ‚Jindra', auf die sich die Heydrich-Attentäter stützten, teilte er Mitte Mai mit: „Auch hier neigt man zum Grundsatz der Umsiedlung von Minoritäten. Aber man weiß, daß man drei Millionen Deutsche nicht umsiedeln kann und wir wieder Deutsche haben werden, wenngleich merklich weniger."[116]

Der sowjetische Gesandte Bogomolov teilte Ripka am 4. Juni 1942 mit, daß seine Regierung für die „völlige Restauration der Tschechoslowakei in ihren Vormünchener Grenzen" eintrete. Was die Tschechen mit den Sudetendeutschen machen wollten, sei ihre Sache. Er hoffe, antwortete Ripka, auf Unterstützung der sowjetischen Regierung bei der

112 Nichols an Makins über eine Besprechung mit Beneš vom 1.5.1942, Memorandum des Central Department vom 29.5.1942. FO 371/30834, C4868, 5508/326/12. Hervorhebung im Original.

113 Ergebnisprotokoll einer Konferenz des Foreign Office unter Sargents Leitung am 21.4.1942. FO 371/32880, N2182/5/38. — *Táborský:* Beneš and the Soviets 305 f.

114 Nichols an Eden am 9.6. über eine Besprechung mit Beneš am 5.6.1942. FO 371/30834, C5797/326/12. — Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Nichols am 10.6.1942. AÚTGM, BAV, B, kr. 129.

115 *Feierabend:* Vzpomínky, Bd. 2, 250.

116 Edvard Beneš: Vzkazy do vlasti, Nr. 71, 130.

Reduktion der Deutschen in der Republik „auf ein Minimum". Über den weiteren Verlauf der Unterhaltung notierte Ripka:

Daraufhin lachte Bogomolov: wir werden doch nicht fordern, daß Rußland irgendeine Million unserer Deutschen übernehme. Darauf ich wieder scherzhaft, daß ich hoffe, daß die große Sowjetunion sie ruhig verdauen würde, doch darum gehe es nicht, daß die Sudetendeutschen ruhig nach Deutschland gehen können, dessen Bevölkerungszahl durch jene Verluste beträchtlich verringert werde, für die die sowjetischen Truppen an der russischen Front gesorgt haben und weiter sorgten. Dann erwähnte Bogomolov den Scherz des Präsidenten, daß die Sudetendeutschen irgendwohin nach Sibirien gehen könnten. Danach erklärte ich Bogomolov, daß wir die Sache nicht aus einem eng nationalen oder nationalistischen Gesichtspunkt sehen, daß wir uns ein für alle Mal von jenen sozialen Schichten der Deutschböhmen befreien wollen, die seit dem vergangenen Jahrhundert bis Hitler Träger des Pangermanismus gewesen sind, was bedeutet, daß die gesamte Bourgeoisie, die deutsche Intelligenz, ein beträchtlicher Teil der nationalistischen deutschen Bauern, aber auch ein bestimmter Teil der dem Nazismus verfallenen deutschen Arbeiter raus muß.

Ripka war überrascht, als Bogomolov dem „sehr lebhaft zustimmte". In dieser Angelegenheit könne die Tschechoslowakei mit dem Verständnis und der Unterstützung der sowjetischen Regierung rechnen, doch könne man darüber verhandeln, wenn die Sache akut werde.[117] Bei seinem Zwischenaufenthalt in London am 9. Juni 1942 bestätigte Molotov die Aussage, daß seine Regierung für die Erneuerung der Tschechoslowakei in den historischen Grenzen eintrete. Er plädierte in diesem Gespräch auch für die Annexion Ostpreußens durch Polen. Anderthalb Millionen Deutsche oder alle, die sich als Nazisten schuldig gemacht hätten, wollen wir loswerden, sagte Beneš. Molotov „stimmte zu, doch sei das angeblich unser inneres Problem, in das sie sich nicht einmischen werden; wo es möglich sei, werden sie helfen". Beide waren sich einig, daß die Deutschen kollektiv für die Nazis verantwortlich gemacht werden sollten. Sie müßten „eine schöne Revolution durchlaufen. Man muß ihnen helfen, sich gegenseitig umzubringen", meinte Beneš, und das gefiel Molotov.[118] Trotz dieser Äußerungen Molotovs warnte Bogomolov Ripka

[117] Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Bogomolov am 4.6.1942. ČSNO Nr. 90. — *Muraschko/Noskowa:* Politisch-psychologische Aspekte der Umsiedlung der Deutschen 980, datieren dieses Gespräch auf den 4. Juli 1942.

[118] Vermerk Benešs über eine Besprechung mit Molotov vom 9.6.1942. TP, HI. — Beneš an Fierlinger am 4., Vermerk Smutnýs vom 9. und 10.6.1942. DHČSP I, Nr. 218 und 222. — *Fierlinger:* Ve službách ČSR, Bd. 2, 45 und 76. — Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Bogomolov und Molotov vom 8. und 9.6.1942. DMDČSSV 4/1, Nr. 160. — Beneš an Fierlinger am 11.6. 1942. TP, HI. — In Molotovs Besprechungsprotokoll wurden diese Aussagen anscheinend nicht aufgenommen. War and diplomacy 285f. — Ripka verkauf-

am 21. August, die Forderung nach dem Transfer der Sudetendeutschen schon offiziell zu erheben, weil dadurch alle Deutschen einschließlich der Sudetendeutschen zusammengeschweißt würden.[119]

Für den 7. Juni 1942 hatte Jaksch die Partei-Exekutive zu einer Sitzung einberufen. In einem Vorgespräch – zwei Tage nach dem Attentat auf Heydrich – erklärte Beneš Jaksch, daß sich die Tschechoslowakei „fast von der gesamten führenden deutschen Intelligenz, die früher und heute noch mehr nazifiziert sei", befreien müsse.[120] Dabei denke er an eine Million Menschen.[121] Beneš warf Jaksch vor, sich nicht von Anfang an „kompromißlos und grundsätzlich" hinter seine Politik gestellt zu haben. Wenn er das getan hätte, dann wären „unsere Deutschen schon längst in die Bewegung, die Arbeit und den Staatsapparat eingegliedert". Die tschechischen Arbeiter Pilsens und die deutschen Kosolups könnten sich leicht einigen und „gemeinsam die Nazis aufhängen", hoffte Jaksch. „Der Haß gegen die Deutschen, das Gefühl gerechter Vergeltung und rücksichtsloser Rache wird alles entscheiden", setzte Beneš dagegen: „Ich werde mich freuen, wenn alles friedlich abläuft und es zu einer schnellen Zusammenarbeit kommt, mache mir aber keine Illusionen und will auf die gegenteilige Eventualität vorbereitet sein".[122] Jaksch hatte den Eindruck: „Man will uns so lange im moralischen Einflußkreis halten, bis alle Möglichkeiten einer äußeren Geltungmachung unseres Standpunktes verpaßt sind."[123]

te Molotovs Äußerungen den Briten und Polen nicht nur als Anerkennung der historischen Grenzen, sondern auch der tschechoslowakischen Kontinuitätstheorie. Vermerk Sargents vom 17.6.1942. FO 371/30827, C6122/151/12. — Vermerk Raczyńskis vom 19.6.1942. A 12.49/Cz.1/17.

119 Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Bogomolov am 21.8.1942. Československo-sovětské vztahy, Bd. 1, Nr. 186.

120 Vermerk Benešs über eine Besprechung mit Jaksch am 29.5.1942. AÚTGM, BAV, B, kr. 129. — Beneš fragte Jaksch nach dem Inhalt seiner Unterredung mit Otto Witt, dem Stellvertreter Otto Strassers in der ‚Frei-Deutschland-Bewegung'. „Nichts besonderes" antwortete Jaksch. *Ebenda.* — Tschechoslowakische Agenten berichteten damals über angebliche „großdeutsche" Äußerungen und Pläne Jakschs, u. a. über das erwähnte Treffen mit Witt, über eine Reise Jakschs in die Schweiz zum Kongreß der Schweizer Sozialdemokraten im Mai 1942, wo er Strasser getroffen habe, daß de Witte für, Wiener gegen die Zusammenarbeit mit Strasser eingetreten sei und mit seinem Rücktritt gedroht habe. Bericht des Innenministeriums/IV oddělení o činnosti Jakschově a jeho soc.dem. skupině od pol. 1939 do pol. července 1942. NK 213, 136-225.

121 Menschen im Exil 301, zitiert einen Brief Jakschs an Paul vom 1.6.1942.

122 Vermerk Benešs über eine Besprechung mit Jaksch am 29.5.1942. AÚTGM, BAV, B, kr. 129.

123 Menschen im Exil 301 zitiert einen Brief Jakschs an Paul vom 1.6.1942.

Die Partei-Exekutive verabschiedete einen Protest gegen die „Menschenjagd“ im Protektorat und appellierte „an alle anständigen Sudetendeutschen, ihrer aktiven Solidarität mit den Opfern des Nazi-Terrors Ausdruck zu geben“. Mit diesem Protest sollten auch die Sudetendeutschen gewarnt werden, kommentierte Reitzner. Niemand mache den Österreichern das Selbstbestimmungsrecht streitig, doch die Sudetendeutschen sollten wieder „menšina“ (Minderheit) werden, klagte Rambauske: „Meiner Meinung nach handelt es sich um Furchtpropaganda, um uns gefügig zu machen, und es ist hohe Zeit, dagegen aufzutreten“. Frenzel ergänzte: „Die tschechische Politik ist stark von militärischen Kreisen beeinflußt. Sie stellen sich vor, daß man die gefügigen Deutschen in einem Gebiete konzentriert und 1 Million aussiedelt.“ Und Schreier erklärte: „Engländer haben mir ihre Empörung darüber ausgesprochen, daß die Tschechen das Gebiet haben wollen, aber nicht die Menschen.“ Lorenz hielt die tschechische Haltung für wenig ermutigend, doch sehe er nicht schwarz. „England wird kein Interesse haben, daß irgendeine Nation übermächtig wird. Die Tschechen haben in Wirklichkeit selbst kein Interesse daran, im relativ armen Sudetengebiet Tschechen anzusiedeln.“ Man solle die Bedeutung der Auslandsregierungen nicht überschätzen; auch England werde nach dem Kriege weniger zu sagen haben als die USA. Wiener meinte: „Der englische Vansittartismus ist nicht so gefährlich wie der Deutschenhaß der kleinen Nationen, der auf sehr realer Furcht beruht, für die wir Verständnis haben müssen.“ In seinem Schlußwort sagte Jaksch:

In der tschechischen Emigration ist ein Wettstreit um nationalen Radikalismus, um zuhause nicht zu wenig radikal zu sein. [...] Bevölkerungstransfer: Wenn ich eine Sache in der Tasche habe, muß ich nicht nach Cambridge gehen, um Propaganda zu machen. Die Entscheidung, wie man Deutschland behandeln wird, liegt nicht bei Vansittart und auch nicht bei Morrison. Die entscheidende Frage ist, wie schafft man eine ‚expanding economy‘, die bisher nur für Kriegszwecke möglich war, für die Zwecke des Friedens. Aber wir müssen alle Möglichkeiten der Verständigung mit den Tschechen ausschöpfen. Wenn wir scheitern, ist es unsere Aufgabe zu versuchen, was wir auf Grund der Atlantic Charter schaffen können.

In ihrer Resolution[124] wandte sich die Treuegemeinschaft dagegen, daß „den Sudetendeutschen mit dem Bevölkerungstransfer gedroht wird, während für die Slowakei der Grundsatz der politischen und juristischen Abrechnung mit den Werkzeugen Hitlers gelten soll“. Der „einseitigen Machtlösung“ stellte die Partei eine „Vertragslösung“ und die Absicht entgegen, mit den Naziverbrechern selbst abzurechnen und „das

124 Resolution vom 7.6.1942. *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš Nr. 18. — Protokoll der Vorstandssitzung der Treuegemeinschaft vom 7.6.1942. PK 213, 58ff.

Werk der Redemokratisierung sowie des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaues in die eigenen Hände zu nehmen". Nachdem Roberts und Makins die Resolution als maßvoll anerkannt hatten[125], schickte Jaksch sie an Beneš. In seinem Begleitschreiben vom 22. Juni wies er darauf hin, „welches Ausmaß an Konsternation die bisherige Propaganda für Massentransfer der Sudetenbevölkerung in unseren Reihen hervorgerufen hat".

Unseren im Kampf und Leid geschulten Menschen ist der Unterschied zwischen der englischen These der Bestrafung der Schuldigen und der Absicht der tschechischen Politik, weit über die Abrechnung mit den Naziverbrechern hinaus nationalen Machtgewinn anzustreben, nicht entgangen. Bei der tiefen Heimatverwurzelung unserer arbeitenden Bevölkerung ist es klar, daß die Evakuierung ganzer Gebiete nur mit nackter Gewalt erzwungen werden könnte, gegen den einmütigen Widerstand aller politischen Kräfte, die nach dem Fall der Naziherrschaft vorhanden sein werden. [...] Bevölkerungstransfer wäre undiskrimierte Vergeltung, und das bedeutet [...] die Zerstörung jeder Basis demokratischer Verständigung für eine Generation.

Selbst in der Frage politischer und wirtschaftlicher Übergangslösungen sei die Regierung zu keinem Einvernehmen bereit, was der „Verständigungspolitik jede Grundlage" entziehe.[126] Bei ihrem nächsten Gespräch am 25. Juni 1942 fand Beneš Jaksch „niedergeschlagen und ratlos". Er habe sich gegen den Transfer aussprechen müssen, doch sollten Präsident und Regierung darin keine Aktion gegen sich sehen. Das sei Sache der Treuegemeinschaft, antwortete Beneš. „Die Regierung hat über den Transfer keinen Beschluß gefaßt, das ist eine von verschiedenen Lösungen, wir können nicht wissen, wie das am Ende sein wird, müssen uns jedoch ernsthaft damit befassen". Wenn Jaksch daran liege, daß die Regierung den Protest gegen den Transfer nicht als gegen sich gerichtet auffasse, komme es darauf an, wie er das sage.[127]

Für kurze Zeit schien es Möglichkeiten eines Bündnisses zwischen der Treuegemeinschaft und den sudetendeutschen Kommunisten gegen die Aussiedlungspläne zu geben. Am 10. Mai 1942 traf Jaksch mit Kreibich zusammen, am 28. Juni hielt Reitzner die Hauptrede auf einer Kundgebung sudetendeutscher Antifaschisten in London. Im August wandte sich der sudetendeutsche Kommunist Ludwig Freund in der ‚Einheit'

125 Vermerk von Roberts und Makins vom 20. und 22.6.1942. FO 371/30834, C6180/326/12. Siehe auch DDP I/3, 504-507.

126 Zitiert in Menschen im Exil 323f. und in ČSNO Nr. 91. Englische Übersetzung in FO 371/34239, 63f. — *Beneš:* Paměti 451ff. — Jaksch an Paul am 1.6. 1942. Menschen im Exil 301f.

127 Anmerkung 5 zu ČSNO Nr. 91.

gegen „jene tschechischen Politiker, die heute Pläne über die Aussiedlung der Sudetendeutschen ausbrüten", und forderte „eine freie Entscheidung für die Zukunft" im Sinne der Atlantik-Charta. Jaksch konnte sein Mißtrauen gegenüber den Kommunisten jedoch nicht überwinden.[128] Die Vertreter der KSČ hatten Ripka noch am 21. August 1941 aufgefordert, in der offiziellen tschechoslowakischen Propaganda „keinen Unterschied zwischen Parteien und Nationalitäten" zu machen, und „die Sudetendeutschen nicht anzugreifen". Mitte April 1942 hörte Ripka aber vom tschechischen Kommunisten Nosek, daß dieser „gleich dem Präsidenten glaubt, daß der zukünftige Staat ein Staat der Tschechen und Slowaken sein wird und die Deutschen in ihm niemals die Stellung haben dürfen, wie sie sie in der Ersten Republik besaßen". Und im Juli erzählte Nosek wiederum Ripka, daß die tschechischen Kommunisten Schwierigkeiten mit ihren deutschen Genossen hätten, „welche gleich allen anderen Deutschen Angst vor dem tschechischen Imperialismus haben".[129] Am 5. Juli 1942 verabschiedeten der ‚Verband der Auslandstschechoslowaken' sowie drei weitere Organisationen von Auslandstschechen in London einen „Aufruf gegen den deutschen Terror in der Heimat": Sie lehnten jegliche Zusammenarbeit mit den deutschen und magyarischen „Erbfeinden" oder auch nur „einer einzelnen Gruppe" sowie die „Bildung deutscher oder magyarischer abgegrenzter Gebiete innerhalb der Republik" ab. Die Regierung solle genau darauf achten, daß der tschechoslowakische Auslandswiderstand ein rein nationaler Widerstand der Tschechen, Slowaken und Karpatenrussen sei und sich „die Erneuerung und Bildung eines einheitlich national gesäuberten Staates in seinen vollen historischen Grenzen" zum Ziel setzen. Mitglieder der Exilregierung hätten erklärt, daß das ganze deutsche Volk die Folgen für die am tschechischen Volk begangenen Verbrechen tra-

128 *Bachstein:* Wenzel Jaksch 260f. — Im September und Oktober 1941 forderte Gustav Beuer die Treuegemeinschaft zum Anschluß an die ‚Sudetendeutsche Antifaschistische Front' auf. Die Zusammenarbeit komme nicht in Frage, erklärte Reitzner auf der zweiten Landeskonferenz, solange die Kommunisten nicht auf drei Forderungen der Treuegemeinschaft eingingen, nämlich Verurteilung der Aussiedlungspläne, Vertragslösung für das sudetendeutsch-tschechische Problem und Forderung an die Exilregierung, mit der sudetendeutschen Emigration besonders in Fragen des Wiederaufbaus zusammenzuarbeiten. Anmerkung 2 zu ČSNO Nr. 100. — Die Informationen über die eigentlichen Gründe des Scheiterns liegen aber noch im Dunkel. *Bachstein:* Wenzel Jaksch 261, vermutet, daß die Treuegemeinschaft die positive Haltung der Kommunisten und ihrer Verbündeten zur Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens nicht akzeptierte.

129 *Hrabovec:* Vertreibung und Abschub 44.

gen müsse. Die Regierung solle dafür sorgen, daß „diese Schuldigen, gemeinsam mit allen Volksverrätern ihrer gerechten Strafe nicht entgehen".[130]

Dem ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' hatte Beneš noch am 9. Juni mitgeteilt, daß es zwar in Großbritannien „und anderswo" eine Tendenz zur Umsiedlung von Minderheiten gebe, aber: „Jeder weiß, daß man drei Millionen Deutsche nicht umsiedeln kann und daß wir also wieder Deutsche haben werden, auch wenn es offensichtlich weniger sein werden." Jaksch bekenne sich jetzt zur Republik, doch verberge sich hinter dem Bekenntnis eine „Reserve, daß es zu einem Abkommen zwischen uns und der deutschen Bevölkerung zu Hause kommen muß".[131] Die britische Regierung stand in der sudetendeutschen Frage jedoch vor einer Neuorientierung. Voraus ging eine Entscheidung Edens am 22. Juni 1942, Jaksch nicht mehr im deutschen BBC-Programm sprechen zu lassen. Darauf hatte Vansittart schon im Mai 1942 mit der Behauptung gedrungen, Jaksch sei nicht nur ein „extremer Linkssozialist", sondern auch ein „Nationalist und Pangermane und Tschechenfeind". Nach dem Terrorakt gegen Lidice, den die effektvolle tschechoslowakische Propaganda in der ganzen Welt bekannt machte, schloß sich Lockhart wiederum Vansittarts Verlangen an, der gedroht hatte, im Unterhaus eine diesbezügliche parlamentarische Anfrage zu initiieren. Die Erlaubnis, Jaksch im deutschen Dienst sprechen zu lassen, erinnere die Tschechen an ‚München' und errege bei ihnen Mißtrauen gegen die britische Politik, meinte Lockhart. Das Central Department wußte dagegen, daß Beneš Jaksch in der Staatsratsfrage hintergangen hatte und nun das britische „imprimatur" für diesen Betrug haben wollte, und forderte, Jaksch „nicht den Wölfen vorzuwerfen".[132] In seiner letzten BBC-Sendung hatte Jaksch die Vernichtung von Lidice als „das schlimmste Verbrechen gegen das tschechische Volk" bezeichnet und die Bestrafung der Schuldigen angekündigt. Die tsche-

130 Schreiben des Svaz zahraničních Čechoslováků, Sokolská župa zahraniční, Spolek čs. žen, Čs. odbočka Britské Legie [Verband der Auslandstschechoslowaken, Sokol-Gau im Ausland, Verein tschechoslowakischer Frauen, Tschechoslowakisches Filiale der Britischen Legion] an Staatsrat am 6.7.1942. NK 190, 84-87.

131 *Kural:* Místo společenství konflikt 200.

132 Vansittart an Eden am 10.5.1942 mit verschiedenen Vermerken vom 14.-22.6.1942, Memorandum des Foreign Office vom 20.6.1942. FO 371/30834, C6447. Siehe auch DDP I/3, 455-460. — Bei Vansittarts Initiative mag auch die Tatsache eine Rolle gespielt haben, daß der tschechoslowakische Gesandte in dessen Haus lebte.

chischen Freiheitskämpfer seien auch für die Freiheit der deutschen Antifaschisten gestorben.[133]

Nach der Entscheidung gegen Jakschs Rundfunkansprachen traf Eden am 25. Juni erneut mit Beneš zusammen, um über eine Kompromißformel zu ‚München' zu sprechen. Beneš berichtete, daß sich Molotov für die Wiederherstellung der Tschechoslowakei in den Vormünchener Grenzen ausgesprochen habe.[134] Anschließend setzte Eden den Widerruf des Münchener Abkommens auf die Tagesordnung der Regierung. In seinem Memorandum vom 2. Juli 1942 stellte er einen Zusammenhang zwischen der Terrorwelle im Protektorat und der vorgeschlagenen Erklärung her: „Angesichts der schweren Belastungen, die das tschechoslowakische Volk seit dem Tod Heydrichs ausgesetzt" sei, betrachte er es „hauptsächlich aus psychologischen Gründen für wünschenswert, Dr. Beneš so weit wie möglich Genugtuung zu geben". Da Deutschland das Münchener Abkommen zerstört habe,

His Majesty's Government regard themselves as free from any engagements in this respect. At the final settlement to be reached at the end of the war, they will not be influenced by any changes effected in and since 1938.

Dieser Text sollte veröffentlicht, die vereinbarte Formel zu der Jurisdiktion über die ehemaligen tschechoslowakischen Staatsbürger geheim bleiben. Der Eintritt sudetendeutscher Vertreter in den Staatsrat sei bisher an Benešs Absicht gescheitert, die Zahl der Deutschen in der Tschechoslowakei auf rund eine Million zu reduzieren, und zwar durch den Verzicht auf das Eger-Dreieck und zwei weitere Gebiete von geringer strategischer Bedeutung mit rund 6–700 000 Einwohnern, der allerdings durch kleinere Grenzverschiebungen zugunsten der Tschechoslowakei kompensiert werden solle, sowie durch die Vertreibung von 3–400 000 Sudetendeutsche als Kriegverbrecher und den Transfer einer weiteren Million. Im folgenden schöpfte Eden aus dem Memorandum des ‚Foreign Research and Press Service' vom 12. Februar 1942: Hitler habe selbst Bevölkerung in großem Maßstab zwangsweise verschoben. Viele Staaten, besonders Polen und die Tschechoslowakei würden zweifellos den Transfer deutscher Minderheiten nach dem Krieg verlangen. Wenngleich es in vielen Fällen schwer sein werde, „zwischen den Deutschen und der lokalen Bevölkerung zu unterscheiden", betrage die Zahl

133 Francis D. Raška: Wenzel Jaksch's BBC Broadcasts: A Largely Forgotten Episode of Czech-Sudeten German Relations in British Exile During World War II. Manuskript 11.

134 Vermerk Ripkas über eine Besprechung Benešs mit Eden am 25.6.1942. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 117.

der Deutschen, deren Transfer zurück nach Deutschland aus Mittel- und Südosteuropa nötig sein könnte, zwischen 3 und 6,8 Millionen, und zwar je nach der Vollständigkeit des Transfers. Außer Hitler habe nur die sowjetische Regierung große Transfers vorgenommen. Einen erfolgreichen Bevölkerungsaustausch habe es nach dem Ersten Weltkrieg zwischen Griechenland und der Türkei bzw. Bulgarien gegeben. Im Falle Deutschlands sei ein Austausch jedoch kaum möglich, da die nationalen Minderheiten innerhalb Deutschlands vergleichsweise klein seien.

It will probably be impossible to avoid some measures of this kind in post-war Europe, but, if they are not carried out in an orderly and peaceful manner it is only too likely that the Czech and Polish populations will forcibly expel the German minorities from their midst. The question is whether we should now commit ourselves to the principle of such transfers, and let both Dr. Beneš and the Sudeten German representatives know that this is our view. I should not be in favour of discussing the application of the principle until a much later stage.

Eden bat das Kabinett um die Zustimmung

for the general principle of the transfer to Germany of German minorities in Central and South-Eastern Europe after the war in cases where this seems necessary and desirable, and authority to let this decision be known in appropriate cases.[135]

Das Kriegskabinett gab am 6. Juli 1942 sowohl der Erklärung zum Münchener Abkommen als auch dem Prinzip des Transfers seine Zustimmung und Eden die Vollmacht, Beneš zu informieren[136], was jener schon am nächsten Tag tat. Als Eden Beneš den im Kabinett verabschiedeten Text zeigte, versuchte dieser noch mehr herauszuholen, nämlich die Anerkennung der Rechtskontinuität und der tschechoslowakischen Jurisdiktion über die Sudetendeutschen ohne Aufnahme ihrer Vertreter in den Staatsrat, die der tschechischen Bevölkerung angesichts des Verhaltens von 80 Prozent der Sudetendeutschen bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei, der derzeitigen Situation im Protektorat und des Verhaltens von Jaksch im Exil nicht zuzumuten sei. Zur Bekräftigung seiner Ablehnung zitierte Beneš aus Jakschs Memorandum „Was kommt nach Hitler?“ und erreichte, daß Eden Jakschs Ansichten als „ausgesprochenen Pangermanismus“ bezeichnete. Vor allem wollte Beneš das Einverständnis des Kriegskabinetts zum Transfer schriftlich haben, doch wies das Foreign Office diese Forderung ebenso zurück

135 Memorandum Edens „Anglo-Czechoslovak Relations“ vom 2.7.1942. CAB 66/26, W.P. (42) 280. Siehe auch DDP I/3, 549-552.

136 War Cabinet Conclusions vom 6.7.1942. CAB 65/27. Siehe auch DDP I/3, 554-556.

wie die Anerkennung der Jurisdiktion über die Sudetendeutschen ohne Aufnahme ihrer Vertreter in den Staatsrat. Beneš solle keinen Blankoscheck gegenüber den sudetendeutschen Demokraten erhalten, schrieb Roberts.[137] Am 5. August 1942 sandte Eden die vereinbarte Erklärung zum Münchener Abkommen an Masaryk.[138] In der Zwischenzeit hatte Beneš versucht, unter Hinweis auf die bevorstehende britische Erklärung eine schriftliche Bestätigung von Molotovs Aussage zu erhalten, daß seine Regierung die Tschechoslowakei in den Vormünchener Grenzen anerkenne, was die sowjetische Regierung mit dem Hinweis ablehnte, daß sie sich in ihrem Bündnisvertrag mit Großbritannien verpflichtet habe, über alle wichtigen internationalen Probleme den Partner zu konsultieren.[139] Es dauerte knapp drei Monate, bis die sowjetische Regierung zu dem britischen Widerruf ‚Münchens' Stellung nahm: Da sie sich am Münchener Abkommen nicht beteiligt habe, habe sie sich nie durch dieses Abkommen gebunden gefühlt und tue dies auch jetzt nicht.[140]

Jaksch protestierte in Telegrammen an den amerikanischen Außen- und den kanadischen Premierminister unter Berufung auf die Atlantik-Charta gegen die Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens, das er als die britische Absicht interpretierte, die Sudetendeutschen ohne Minderheitenrechte in einen tschechoslowakischen Staat zu zwingen. Als er im Foreign Office vorsprach, wurde er über den Grundsatzbeschluß zum Transfer unterrichtet, gegen den er „stärkste Opposition der Sudetendeutschen gleich welcher politischen Einstellung" ankündigte.[141] An die Mitglieder der Exilpartei schrieb er zusammen mit Reitz-

137 *Beneš:* Paměti 305 f. — Eden an Nichols über eine Besprechung mit Beneš am 7., Nichols an Makins über eine Besprechung mit Beneš am 9. und Antwort von Roberts vom 17.7.1942. FO 371/30835, C6834, 6867/326/12. Siehe auch DDP I/3, 572 f. und 575-578. — Vermerk Ripkas über eine Besprechung zwischen Beneš und Eden am 7. und über seine Besprechung mit Nichols am 9.7. 1942. ČSNO Nr. 92 f.

138 Eden an Masaryk am 5.8.1942. FO 371/38835, C7210/326/12.

139 Vermerk Benešs über eine Besprechung mit Bogomolov am 13. und Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Bogomolov am 27.7.1942. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 119, 124.

140 Fierlinger an das Außenministerium am 30.10.1942 mit dem Text der sowjetischen Erklärung. Československo-sovětské vztahy 201.

141 Vermerk von Roberts vom 7.8.1942. FO 371/30835, C7809/326/12. Siehe auch DDP I/3, 661-663. — *Jaksch:* Europas Weg nach Potsdam 374, will diese Unterrichtung in seinen Memoiren nicht mehr wahrhaben. — Jakschs Protest gegen den Widerruf ‚Münchens' habe nicht nur Beneš, sondern manchen von Jakschs Freunden innerhalb der Regierung und des Staatsrats, besonders aber Ripka verärgert, der sich bis dahin aufrichtig um einen Kompromiß zwischen

ner, daß die Partei nicht gegen den Wortlaut der Note Edens protestiere, sondern gegen die voraussichtliche Auslegung des Notenwechsels durch die tschechische Seite, „daß damit jedes Mitbestimmungsrecht der Sudetendeutschen an der Gestaltung ihrer Zukunft gefallen ist". Die Auseinandersetzung über das künftige Schicksal der Sudetendeutschen werde weitergehen.

Dabei werden wir aus der bisher beobachteten Reserve herausgehen, nachdem unsere vornehme und versöhnliche Haltung auf tschechischer Seite so gut wie gar kein Verständnis gefunden hat. Der Eindruck verstärkt sich immer mehr, daß in der tschechischen Politik die Kräfte die Oberhand gewinnen, welche in der neuen Republik zwar den größten Teil des Sudetengebietes, aber so wenig Sudetendeutsche wie möglich haben wollen.[142]

Aus dem ‚Französischen Nationalkomitee' holte Beneš einen weitergehenden Widerruf ‚Münchens' heraus als aus der britischen Regierung. Das Komitee erklärte das Abkommen als „nul et non avenue" und verpflichtete sich, „alles zu tun, was in seiner Macht liegen wird, daß die Tschechoslowakei in ihren Grenzen vor dem September 1938 alle wirksamen Garantien erhalte, die ihre militärische und wirtschaftliche Sicherheit, ihre territoriale Integrität und politische Einheit betreffen". Cadogan bezeichnete die französische Erklärung als „Harlekinade", die polnische Regierung war wegen Teschens verärgert.[143] Auch die italienische Regierung war Ende September 1944 bereit, das Münchener Abkommen für „von Anfang an ungültig" zu erklären.[144]

Mitte Juli 1942 machte das tschechoslowakische Innenministerium den Vorschlag, in Zukunft die Benutzung der Worte „sudetendeutsch", „Sudetendeutsche" oder „Sudetenland" durch tschechoslowakische Institutionen und Vertreter als gegen die Verfassung gerichtet zu untersagen. Denn erstens kämen diese Worte nicht in der Verfassung vor und zweitens seien sie Ausdruck deutscher Separationsbestrebungen, die zu ‚München' geführt hätten. Slavík kritisierte, daß nicht nur Jaksch diesen Begriff im Parteinamen, sondern auch die kommunistische Zeitschrift

Beneš und Jaksch bemüht hatte, meint das damalige Staatsratsmitglied Julius Fürth. *Firt:* Cestou k únoru 220.

142 Rundschreiben von Jaksch/Reitzner vom 8.8.1942. ČSNO Nr. 96.

143 De Gaulle an Beneš am 29.9.1942. *Beneš:* Šest let 476f. — Nichols an das Foreign Office am 28.9. über eine Besprechung mit Ripka mit Vermerken von Roberts und Cadogan vom 4.-12.10.1942. FO 371/30853, C9364/9364/12. — Vermerke Smutnýs vom 5. und 9.9.1942. DHČSP I, Nr. 240, 242. — *Táborský:* Prezident E. Beneš 68f. — Die Ungültigkeit des Münchener Abkommens wurde am 22.8.1944 in einer weiteren gemeinsamen Erklärung bestätigt. Nichols an Eden am 24.9.1944. FO 371/38933, C11421/320/12. — *Beneš:* Šest let 485f.

144 Erklärung vom 26.9.1944. *Beneš:* Šest let 486f.

,Einheit' den Untertitel „Sudeten German Antifascist Weekly" benutze. Die Regierung verbot die Benutzung dieser Begriffe durch staatliche Behörden, nicht jedoch durch die „deutschen tschechoslowakischen Staatsbürger im Ausland".[145]

Die tschechoslowakische Regierung und die magyarische Minderheit

1921 hatten sich 745 000, 1930 692 000 tschechoslowakische Staatsbürger zur magyarischen Nationalität bekannt. In ihren Parteien gab es ähnliche Auseinandersetzungen über das Verhältnis zur Tschechoslowakischen Republik wie bei den Sudetendeutschen. Im Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 sprachen Hitler und Mussolini in Wien Ungarn einen Grenzstreifen im Süden der Slowakei und Karpatenrußlands mit 854 000 Einwohnern zu, von denen sich 504 000 zur magyarischen und 272 000 zur slowakischen oder tschechischen Nationalität bekannten.[146]

Die ungarische Regierung hatte gegen die britische Anerkennung des ,Tschechoslowakischen Nationalausschusses' vom 20. Dezember 1939 protestiert und das Foreign Office am 2. Januar 1940 geantwortet, daß damit keine Festlegung hinsichtlich der künftigen Grenzen verbunden sei.[147] Wie im sudetendeutschen waren es auch im magyarischen Fall Sozialdemokraten, die der tschechoslowakischen Auslandsaktion die Mitarbeit anboten. Sie waren an eine enge Zusammenarbeit gewöhnt, da sie sich nach der Abspaltung der Kommunisten, denen die Mehrheit der Mitglieder und Wähler gefolgt war, der tschechoslowakischen Sozialdemokratie angeschlossen hatten.[148] Mit Unterstützung Hodžas bildete sich Anfang Februar 1940 ein ,Verband der Magyaren aus der Tschecho-Slowakei' unter dem Vorsitz von Juraj Esterházy, der sich zur ČSR

145 Rundschreiben des Innenministeriums vom 14.7. und Auszug aus einem Beschluß des Ministerrats vom 25.9.1942. AÚTGM 40/XI/7 und /17.

146 Nach der tschechoslowakischen Volkszählung stellten die Magyaren in den abgetrennten Gebieten 504 114 von 854 217 Einwohnern, die Slowaken bzw. Tschechen 272 337. Die ungarische Volkszählung von Dezember 1938 kam auf nur noch 123 000 Slowaken, nachdem die slowakischen und tschechischen „Kolonisten" und Staatsangestellten zum Verlassen gezwungen worden waren. *Čierna-Lantayová:* Podoby Česko-Slovensko-Maďarského vzťahu 12 f.

147 *Ivaničková:* Československo-maďarské vzťahy 255.

148 Ripka über eine Besprechung mit Váradi und Szuranyi an Smutný vom 4.8. 1939. BA IV/22, 14 ff.

bekannte.[149] Beneš war damals zu Verhandlungen mit Ungarn über eine Korrektur der Grenze zugunsten Ungarns bereit, um das Verhältnis zu diesem Nachbarn nicht ebenso wie vor dem Kriege zu verderben und auch um die Slowaken für ihr Verhalten in der Krise von 1938/39 zu bestrafen.[150] Allerdings müsse die damalige slowakisch-ungarische Grenze zugunsten der Slowakei korrigiert werden; vor allem solle Kaschau wieder der Slowakei zugeschlagen werden.[151] Diese Ansichten Benešs gingen auch in ein Memorandum ein, daß der ,Foreign Research and Press Service' am 14. Mai 1940 vorlegte.[152] Lockharts Schreiben vom 11. November 1940, in dem sich die britische Regierung als durch das Münchener Abkommen nicht mehr gebunden bezeichnete, spielte Beneš auch gegen Ungarn aus. Dem ungarischen Botschafter erklärte Cadogan auf dessen Protest, daß Großbritannien sich nicht am Wiener Schiedsspruch beteiligt habe und deshalb durch diesen nicht gebunden sei.[153]

Beneš versicherte aber Sikorski, dem Premier einer traditionell ungarnfreundlichen Nation, daß er Grenzkorrekturen erwäge, über die er schon mit Hodža verhandle.[154] Außerdem strebte er einen Bevölkerungsaustausch an, wobei er allerdings von einer zu hohen Zahl von Slowaken in Ungarn ausging. Dem Austausch hatte Hodža schon zugestimmt.[155] Mit der Annahme des Wiener Schiedsspruchs habe Ungarn „erstmalig und freiwillig" die These von der Integrität des alten Ungarn aufgegeben; dies sei „ein Fortschritt und ein wichtiger Schritt zu einem definitiven Übereinkommen mit der Tschechoslowakei" und Voraussetzung für einen eventuellen Beitritt Ungarns zu einer „föderativen Einheit in Mitteleuropa", schrieb Beneš in seinem Kriegszielmemorandum vom Februar 1941. Territoriale Zugeständnisse an Ungarn seien möglich,

149 Protokoll der Gründungsversammlung vom 5.2.1940 (mit einem Anschreiben des NVČS (Ingr) an Beneš vom 19.3.1940). NK 216, 1 ff.

150 Vermerk Smutnýs vom 5.4.1940. DHČSP I, Nr. 80. Siehe auch Benešs Denkschrift für Sumner Welles vom 9.3.1940. FO 371/24370, C4305/2949/62.

151 Bericht Raczyńskis über eine Besprechung mit Beneš am 23.8.1940. PRM 19/10.

152 *Rychlík:* Memorandum 612-630.

153 Vermerk Cadogans über eine Besprechung mit de Barcza vom 13.12.1940, de Barcza an Cadogan am 6. und Antwort vom 30.1.1941. FO 371/26289, C235/235/12.

154 Protokoll Strońskis über eine Besprechung Sikorskis mit Beneš vom 5.6.1941. FO 371/26376, C6578/6/12 und PRM 38/3.

155 Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung mit Beneš vom 4.9.1941. PRM 38/14. — Vermerk Smutnýs vom 8.6.1941. DHČSP I, Nr. 183. — Beneš an den ,Zentralausschuß des Heimatwiderstandes' am 10.-12.9.1941. T 77, R 1050.

doch müsse die Grenze zumindest bis zur Mündung der Neutra entlang dem Hauptstrom der Donau verlaufen, und die Tschechoslowakei erhebe Anspruch auf Kaschau und Užhorod. Mit Hilfe einer „möglichst weitgehenden Umsetzung der Bevölkerung“ solle die Staatsgrenze mit der ethnographischen Grenze in Übereinstimmung gebracht werden.[156] Feierabend forderte in seiner Stellungnahme, auf den Brückenkopf bei Preßburg (Petržalka) jenseits der Donau nicht zu verzichten, sondern diesen noch zu erweitern.[157] Slávik warnte zu Recht vor der Annahme, daß die Magyaren in der Slowakei oder die Slowaken in Ungarn freiwillig ihre bisherigen Wohnorte verlassen würden.[158]

Im September 1941 wies Beneš den ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes‘ darauf hin, daß seiner Meinung nach die Ungarn mindestens ihr Vorkriegsterritorium behalten würden. Zudem gebe es Tendenzen, ihnen gerechtere Grenzen als nach dem Ersten Weltkrieg einzuräumen. Er habe mit den Slowaken, und zwar auch mit Hodža und Lichner eine Grenze abgesprochen, die sich der ethnischen Grenze stärker annähere, bestehe jedoch auf der Beibehaltung der Vorkriegsgrenze entlang der Donau bis Komorn und auf einem Bevölkerungsaustausch.[159] Im November 1941 erklärte Beneš, daß Ungarn die mit deutscher Unterstützung erlangten Gebiete wieder herausgeben müsse. Als diese Äußerung, angeblich durch ein Versehen, in das tschechoslowakische BBC-Programm geraten war, schlug Roberts die Herausgabe eines Dementis vor, in dem die britische Regierung bekräftigen sollte, daß sie sich nicht auf bestimmte Grenzen in Europa festgelegt habe, konnte sich jedoch gegen Lockhart, Strang und Cadogan nicht durchsetzen. Roberts sprach verärgert von Benešs „üblicher Praxis, seinen Mund jedes Mal ein wenig weiter zu öffnen.“[160]

Die britische Kriegserklärung gegenüber Ungarn im Dezember 1941 nützte die tschechoslowakische Regierung zu einer öffentlichen Stellungnahme. Sie verglich den Wiener Schiedsspruch mit dem Münchener Abkommen. Ebenso wie Deutschland das Abkommen durch den Einmarsch am 15. März 1939 gebrochen habe, habe Ungarn den Schieds-

156 Memorandum Benešs „Die tschechoslowakischen Friedensziele“ vom 3.2. 1941. ČSNO Nr. 47.

157 Feierabend an Beneš am 15.2.1941. ČSNO Nr. 48. — *Feierabend:* Politické vzpomínky, Bd. 2, 41.

158 Slávik an Beneš (o. D.). ČSNO Nr. 56.

159 Depesche Beneš an den ‚Zentralausschuß des Heimatwiderstandes‘ vom 8.9.1941. ČSNO Nr. 64 und T-77, R. 1050, 128-133.

160 Vermerke von Roberts und anderen vom 3.-24.11.1941. FO 371/26418, C13319/10893/12 und Vermerk von Roberts vom 3.12.1941. FO 371/26394, C13290/1320/12.

spruch durch die Besetzung Karpatenrußlands am selben Tage verletzt. Seitdem befinde sich die Tschechoslowakei im Kriegszustand mit Ungarn. Sie werde die Restitution ihres gesamten Territoriums verlangen.[161] Dennoch sprach Beneš vertraulich weiterhin von der Möglichkeit, kleinere Gebiete abzutreten.[162] Die schon im vorigen Kapitel erwähnte Konferenz im Foreign Office am 21. April 1942, die die Gespräche mit Molotov vorbereitete, kam zu dem Schluß, daß die Wiener Grenze ethnisch gerechter war als die in Trianon gezogene. Um die Einbeziehung Ungarns in die Konföderation zu ermöglichen, sei Beneš wahrscheinlich zu kleineren Korrekturen bereit.[163] Auch das ‚Subcommittee on Territorial Problems' des ‚State Departments' plädierte im August 1942 für die Übergabe der „Großen Schütt" an Ungarn.[164] Wenn Ungarn dem Abschub der tschechoslowakischen Magyaren zustimme, könnten bestimmte Gebiete abgetreten werden, war die Meinung Benešs und der Regierung auch Ende 1942.[165]

Ende Februar 1942 gründeten tschechoslowakische Magyaren in England einen Journalistenverband. An dessen Spitze stand Illés Kaczér, der zeitweise bei Ullstein in Berlin gearbeitet und nach seiner Übersiedlung in die Slowakei zwei ungarische Zeitschriften in Preßburg redigiert hatte. Zu seinen Mitstreitern gehörten einige Kommunisten sowie Magyaren, die nach dem Ende der Räterepublik oder in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre aus politischen Gründen aus Ungarn in die Tschechoslowakei emigriert waren.[166] Mitte Juli 1942 konstituierte sich eine ‚Demokratische Gruppe der Magyaren aus der ČSR', und zwar in den Räumen des ‚Tschechoslowakischen Instituts'. Als „treue" Bürger der Tschechoslowakei wollten sie „Hand in Hand mit den tschechischen und slowakischen Brüdern" am Wiederaufbau der ČSR teilnehmen und als Brücke zur demokratischen Bewegung in Ungarn dienen.[167] Im Staats-

161 Protokoll der außerordentlichen Kabinettssitzung vom 16.12.1941. DHČSP I, Nr. 214. — Ripka an Eden am 16.12.1941. *Beneš:* Šest let 466 ff.

162 Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung mit Beneš vom 7.1.1942. PRM 64/3/1.

163 Ergebnisprotokoll der Foreign Office-Konferenz unter Sargents Leitung vom 21.4.1942. FO 371/32880, N2182/5/38.

164 Protokoll des Subcommittee on Territorial Problems vom 14.8.1942. DDP I/2, 478-480.

165 *Feierabend:* Vzpomínky, Bd. 2, 252.

166 Ministerstvo vnitra/4. odbor „Maďarská emigrace a její politické směry. Díl I." (Innenministerium/4. Abteilung „Die ungarische Emigration, ihre politischen Richtungen und Ziele. Teil I."), London im Mai 1943. NK 217.

167 Demokratická skupina Maďarov z ČSR (Demokratische Gruppe der Magyaren aus der ČSR) (Imre Bárdocz) an Maxa vom 17.7.1942. NK 216, 10.

rat bezeichnete Macháček diese Gruppe als Einzelpersonen ohne Gefolgschaft.[168] Sie wurde geführt von einem Gutsbesitzer, einem Arzt und einem Journalisten. Diese Gruppe reorganisierte sich am 6. Dezember 1942 in den ‚Verband der tschechoslowakischen Magyaren in England', der sich zur Tschechoslowakei bekannte, gegen den Wiener Schiedsspruch Stellung nahm und alle wehrfähigen Magyaren zum Eintritt in die tschechoslowakische Armee aufforderte.[169] Die Führungsgruppe dieses Verbandes war weitgehend mit jener des Journalistenverbands identisch.[170]

Der sowjetische Kriegseintritt und die polnische Westgrenze

Der deutsch-sowjetische Krieg weckte bei den polnischen Untergrundparteien Hoffnung auf eine gegenseitige Schwächung der beiden Teilungsmächte Deutschland und Rußland und eine größere Ausdehnung des polnischen Staates auf deutsche Kosten. ‚Nationalpartei' (Stronnictwo Narodowe), ‚Volkspartei' (Stronnictwo Ludowe) und die ‚Sanacja' forderten die Verlegung der Grenze an die Oder und Lausitzer Neiße, die ‚Partei der Arbeit' (Stronnictwo Pracy) verlangte die gesamte Ostseeküste von Stettin bis Memel, die ‚Nationalpartei' sogar von Stettin bis zur Düna, während sich die ‚Polnische Sozialistische Partei' (Polska Partia Socialistyczna – Wolność-Rovność-Niepodległość) wegen ihres größeren Ziels eines „Verbandes der freien Völker Europas" und ihrer traditionellen Ost-Orientierung in der Frage der deutsch-polnischen Grenze noch nicht festlegte. Zeitungen der ‚Nationalpartei', der ‚Partei der Arbeit' und einer Nachfolgeorganisation der ‚Sanacja' forderten die Aussiedlung der Deutschen und Juden, die ‚Volkspartei' nur der Deut-

168 Protokoll der 22. Plenarsitzung des Staatsrats vom 2.9.1942. NK 22, 502ff. — Vorsitzender der Gruppe war Dr. Otto Féher, ein Großgrundbesitzer aus Neutra, sein Stellvertreter der Arzt Imrich Bárdos, Generalsekretär Dr. Béla Rév, der in Prag die Zeitschrift ‚Die Wahrheit' redigiert hatte. Ministerstvo vnitra/4. odbor „Maďarská emigrace a její politické směry. Díl I." (vgl. Anm. 166).

169 Svaz čs. Maďarů v Anglii (Verband tschechoslowakischer Magyaren in England) (M. Kálmán) an Maxa am 8.12.1942. ANS 33. — Der Vorstand dieses Verbandes bestand aus Illés Kaczér, Dr. Aladár Váradi, Dr. Ladislav Ferenc, Mikuláš Kálmán und Dr. Max Fejér. Ministerstvo vnitra/4. odbor „Maďarská emigrace a její politické směry. Díl I." (vgl. Anm. 166), 92.

170 Vgl. oben, Anm. 166.

schen und die ‚Polnische Sozialistische Partei' aller Deutschen, die der Polnischen Republik nicht treu geblieben waren.[171]

Auch im Londoner Exil stiegen nun die Ansprüche auf deutsches Gebiet. Wie die tschechoslowakische Regierung erfuhr, dachten führende Vertreter der Exil-‚Partei der Arbeit' sogar an die Einbeziehung der Lausitzer Sorben in die Polnische Republik.[172] Die polnische Regierung wolle ganz Oberschlesien einschließlich Beuthen und Oppeln annektieren, erklärte Raczyński gegenüber Ripka. Er beklagte sich, daß die Militärs „unmöglich große Territorien von den Nachbarstaaten" abtrennen und die gemeinsame Grenze mit der Tschechoslowakei bis zum Riesengebirge verlängern wollten.[173] Öffentlich sprach er nur von einer starken und sicheren Grenze Polens an der Ostsee, und die Regierung verabschiedete ein vom ‚Ministerium für (Friedens-)Kongreßarbeiten' vorgelegtes Memorandum, in dem neben Ostpreußen und Danzig die „Begradigung" der Westgrenze gefordert wurde.[174]

Noch im August 1941 hatte Majskij die „megalomanischen" Territorialforderungen der polnischen Regierung kritisiert und als Beispiel deren Verlangen nach der Annexion Ostpreußens und der Ausdehnung Polens bis Stettin genannt.[175] Als Sikorski im Dezember 1941 in Moskau über das Schicksal der deportierten Polen und die Aufstellung einer möglichst großen polnischen Armee auf sowjetischem Boden verhandelte, nahm ihn Stalin in einer Pause zur Seite und bot ihm ein Gespräch über die künftige gemeinsame Grenze an. Die Sowjetunion könne auf Lemberg verzichten und biete für den Verzicht Polens auf die übrigen ostpolnischen Gebiete Kompensation in Ostpreußen an. Die polnische Westgrenze sei auf die Oder zu stützen. Sikorski meinte jedoch, den polnischen Rechtsstandpunkt vertreten zu müssen, und wich Verhandlungen über die Grenzen aus.

171 *Orzechowski:* Odra 14ff. — *Dąbrowski:* Koncepcje przebudowy Polski 15ff. — *Winnicka:* Tradycja a wizja Polski 220ff.

172 Skalický an das Außenministerium am 19.9.1941. BA XVIII/Polsko 3.

173 Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Raczyński am 29.11.1941. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 82.

174 *Raczyński:* W sojuszniczym Londynie 427ff. — *Orzechowski:* Odra 58. — Dieses Ministerium wurde am 14. Juli 1942 gebildet und hatte mehrere Vorgänger, nämlich das ‚Büro der Kriegsziele' (Biuro Celów Wojny), das noch in Frankreich eingerichtet worden war, und das im August 1940 gebildete ‚Büro der politischen, ökonomischen und rechtlichen Arbeiten' (Biuro Prac Politycznych, Ekonomicznych i Prawnych). *Pasierb:* Polskie prace 193-195.

175 Vermerk Subotićs über eine Besprechung zwischen Ninčić und Majskij am 7.8.1941. AJ, MIP.

Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion erklärte Sikorski dem Kabinett, daß Polen sich in Zukunft nicht mehr zwei feindliche Nachbarn leisten könne. Gestützt auf die Verständigung mit dem Rußland Stalins solle es nach Westen schauen. Die Geschichte biete ihm jetzt die einmalige Gelegenheit, das Unrecht und die Fehler von Jahrhunderten wiedergutzumachen, „strategisch mächtige Grenzen im Westen zu verstärken, eine sichere Stellung an der Ostsee zu erringen und die deutsche Horde, die Jahrhunderte lang nach Osten gedrängt hat, zu zerschmettern und zu zwingen, sich weit zurückzuziehen".[176] Vor diesem Hintergrund muß auch die Regierungserklärung vom 24. Februar 1942 interpretiert werden, in der „sowohl ein breiter Zugang zum Meer" – Danzig, Ostpreußen – gefordert wurden, „als auch Grenzen, die die Sicherheit" – Vorverlegung der Westgrenze – „und Prosperität" – Oberschlesien – „voll garantieren". Die Regierung versprach allen nationalen, religiösen und rassischen Minderheiten Gleichberechtigung, sofern sie gegenüber dem Staat loyal geblieben seien. Mit diesem Zusatz sollten die Volksdeutschen von der Zusage ausgenommen werden.[177] Ihrer Vertretung in der Heimat, der Delegatur, teilte die Exilregierung mit, daß sie eine Grenze von Kolberg nach Crossen an der Oder und entlang der Oder und Glatzer Neiße anstrebe, während die ‚Nationalpartei' auf die Oder und Lausitzer Neiße ziele und eine andere Partei, wohl die ‚Polnische Sozialistische Partei', sich mit Ostpreußen und Oberschlesien begnügen würde. Die polnische Armee solle durch die Besetzung Ostpreußens, Danzigs und Deutsch-Oberschlesiens und die Aussiedlung der dortigen Deutschen vollendete Tatsachen schaffen.[178]

Inzwischen hatte das Foreign Office aufgrund eines Memorandums über die Nachkriegsziele diskutiert, das der britische Botschafter in Moskau im August 1941 vorgelegt hatte. Neben Konföderationen in allen Teilen Europas hatte Cripps empfohlen, neue strategische Grenzen auf Kosten der Besiegten zu ziehen. Polen sollte Oberschlesien erhalten und das „Korridor"-Problem durch einen Gebiets- und Bevölkerungsaustausch zwischen Ost- und Westpreußen gelöst werden, durch den Deutschland Danzig und die Gebiete bis zur Netze und Weichsel erhalten würde. Das Foreign Office hielt jedoch eine Diskussion über die Nachkriegsgrenzen für verfrüht, vor allem da die Stärke der Sowjetuni-

176 Rede Sikorskis vom 12.1.1942. FO 371/31077, C795/19/55. Siehe auch DPSR, Bd. 1, 171.

177 Dormer an Eden am 24.2.1942. FO 371/31094, C2204/807/55.

178 *Vierheller:* Polen und die Deutschland-Frage 25. — Sikorski an Anders am 1.5.1942. DPSR I, Dok. 215.

on bei Kriegsende nicht vorauszusehen sei.[179] Schon Mitte September 1941 hielt Eden jedoch im Gespräch mit seinem Privatsekretär Harvey die „Übergabe Ostpreußens an Polen nach einer Evakuierung der deutschen Bevölkerung [...] für einen der besten Wege, Polen Sicherheit und den Zugang zum Meer zu gewähren". Harvey äußerte sich ziemlich skeptisch:

It would mean [...] a mass movement of population which had been there since the 13th century. It would make it impossible to resist similar demands from the Czechs. The latter had much stronger grounds [...] for such a method. But as for Poland and Germany, it was a very big surgical operation. We agreed that minority treaties had been a curse – causing minorities to be often impossible obstructive and obliging us to intervene perpetually in internal affairs. We thought next time there should be no minorities. They must opt between exchange and absorption, having no special privileges.[180]

Einen Monat später notierte Harvey, daß Sikorski Churchill und Eden die Idee „verkaufen" wolle, die Deutschen aus Ostpreußen zu deportieren und diese Provinz Polen zu geben. Seinem Tagebuch vertraute er an: „Anyway we have Hitler's authority for mass deportation and it may be a solution. If for Poland, it must be also for Czechs too (Sudeten)."[181]

Da Stalin im November 1941 eine Verständigung über die Kriegsziele und Friedensorganisation nach dem Kriege forderte, entschloß sich die britische Regierung, Eden nach Moskau zu schicken.[182] Das Kriegskabinett verabschiedete ein Memorandum, in dem es Geheimverhandlungen der alliierten Großmächte über die Friedensregelung als möglich, Entscheidungen über Territorialfragen aber als „wahrscheinlich [...] verfrüht" bezeichnete.[183] In diesem Sinne meldete Majskij nach Moskau, daß es die britische Regierung nicht für zweckmäßig halte, irgendwelche Einzelheiten in bezug auf die Behandlung Deutschlands nach dem Kriege zu publizieren, u. a. um unerwünschte Reaktionen in

179 Memorandum von Cripps „Note on the Post-War Settlement of Europe" (mit einem Anschreiben an Eden vom 12.8.1941) mit Vermerken von Makins und anderen. FO 371/28905, W11266/426/49. Abgedruckt in DDP I/1, 426-437, 474-478.

180 *[Harvey:]* The War Diaries 45 (22.9.1941).

181 *Ebenda* 55 (25.10.1941).

182 War Cabinet Conclusions vom 13.10.1941. CAB 65/19. — Stalin an Churchill am 8. und Antwort vom 21.11.1941. Correspondence 20f. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 2, 220f.

183 Memorandum Edens für das War Cabinet vom 29.11.1941. CAB 66/20. — War Cabinet Conclusions vom 11.11. und 4.12.1941. CAB 65/24. — *Eden:* The Reckoning 282.

Deutschland zu vermeiden.[184] Im Dezember 1941 legte Stalin dem britischen Außenminister seine Vorstellungen über die künftigen Grenzen der Staaten Europas dar. In einem Geheimprotokoll sollte Großbritannien die sowjetischen Grenzen von 1941 anerkennen. In bezug auf Polen sagte Stalin – nach dem britischen Protokoll – am 16. Dezember: „The boundary of Poland should be expanded at the expense of Germany so as to get rid of the Corridor by the transfer of East Prussia to Poland." Das kürzlich veröffentlichte sowjetische Protokoll enthält ebenfalls den Vorschlag, Ostpreußen und den Korridor Polen zu übergeben, aber auch den Zusatz, „wobei die deutsche Bevölkerung dieser Gebiete nach Deutschland evakuiert werden muß". Im britischen Protokoll fehlt Edens Aussage, daß er für seine Person der Übertragung Ostpreußens an Polen zustimme. Auch glaube er nicht, daß sich Churchill dagegen aussprechen werde. Mit diesem habe er jedoch nicht darüber gesprochen und könne sich deshalb nicht festlegen. Im Gespräch mit Eden beanspruchte Stalin Tilsit und das Memelgebiet für die litauische Sowjetrepublik. Im Entwurf des geheimen Zusatzprotokolls hieß es:

> g. Der an Litauen anschließende Teil Ostpreußens (einschließlich Königsbergs) geht an die UdSSR für eine Frist von 20 Jahren, um den Ausgleich der Schäden zu garantieren, die die UdSSR durch den Krieg mit Deutschland erlitten hat (v kačestve garantii vozmeščenija ponesennych SSSR ubytkov ot vojny s Germaniej).

Der andere Teil werde an Polen fallen. Diese Formulierung sollte nur die De-facto-Annexion verhüllen, denn eine Rückgabe nach einer 20jährigen Besetzung, noch dazu, wenn Polen den südwestlichen Teil erhalten hatte, schien kaum wahrscheinlich. „Auf jeden Fall müssen", sagte Stalin, „Polen alle Gebiete bis zur Oder übergeben werden". Das britische Protokoll machte aus „müssen" (dolžny) „können" (could).[185] Ebenso wie Cripps informierte Eden Sikorski, daß Stalin auch ihm gegenüber für die Übergabe Ostpreußens an Polen plädiert habe. Er selbst habe ebenfalls für diese Lösung ausgesprochen, aber natürlich nicht das Kriegskabinett binden können.[186] Ein Mitarbeiter der sowjetischen Bot-

[184] Majskij an Molotov am 1.12.1941. SSSR i germanskij vopros Nr. 9. — *Kynin:* Germanskij vopros 93.

[185] Memorandum Edens für das War Cabinet vom 5.1.1942. FO 371/32874, W.P. (42) 8. Teilweise abgedruckt in: DDP I/1, 592-597. — Das sowjetische Protokoll ist abgedruckt in: *Rževskij:* Vizit A. Edena v Moskvu 85-102 und in SSSR i germanskij vopros Nr. 11. — Siehe auch *Miner:* Between Churchill and Stalin 186f. — Harveys Notizen enthalten keine Erwähnung einer Aussiedlung der Deutschen aus den neu-polnischen Gebieten. Vgl. Harvey 74f.

[186] Vermerk Edens über eine Besprechung mit Sikorski vom 19.1.1942 und 3.3. 1942. FO 371/31077-8, C794, 2488/19/55. Siehe auch DDP I/3, 43-45. — Vermerk über eine Besprechung Sikorskis mit Cripps vom 26.1.1942. SP-D

schaft in London informierte auch die Tschechen, daß die UdSSR im Falle Polens die Angliederung Ostpreußens und des Danziger Korridors sowie eine „gerechte Korrektur seiner Westgrenze" anerkenne. In bezug auf Oberschlesien habe er allerdings keine Informationen.[187] Makins kam zu dem Schluß: „Actually, if the Poles end up this war with East Prussia, the Corridor, part of Silesia and the Curzon Line they will have done pretty well [...]."[188] Der ‚Foreign Research and Press Service' empfahl in seinem oben erwähnten Memorandum vom 12. Februar ebenfalls die Übergabe Ostpreußen und Danzigs aus strategischen und Deutsch-Oberschlesiens östlich der Oder aus wirtschaftlichen Gründen an Polen. Aus Danzig und dem Nordteil Ostpreußens müßten die Deutschen vertrieben werden, während den zum Teil ursprünglichen polnischen und nur germanisierten Bewohnern des Bezirks Allenstein und Oberschlesiens eine Option zwischen Auswanderung und Assimilation angeboten werden könne. Der ‚Foreign Research and Press Service' schätzte die Gesamtzahl der Vertriebenen in diesem Fall auf 3,3 Millionen. Strategische Überlegungen sprächen für die Annexion ganz Schlesiens durch Polen, doch müßten dann weitere 3,3 Millionen Deutsche vertrieben werden, was schlecht vorstellbar sei.[189]

Die sowjetische Führung drängte weiterhin auf den Abschluß eines Vertrages, in dem die britische Regierung die sowjetischen Eroberungen der Jahre 1939–1940 anerkennen sollte.[190] Als Sikorski im März 1942 in Washington um amerikanische Schützenhilfe in seinem Kampf gegen den geplanten britisch-sowjetischen Vertrag warb, hielt er es für geraten, eher maßvolle Gebietsforderungen zu Papier zu bringen. Ostpreußen sollte zwischen Polen und einem mit Polen konföderierten Litauen geteilt, die polnische Grenze in Pommern bis Stolpmünde reichen und das oberschlesische Kohlenrevier zwischen Polen und der Tschechoslowakei aufgegliedert oder von beiden gemeinsam verwaltet werden.[191] Für die Abtrennung Ostpreußens von Deutschland hatte sich

261-263. Siehe auch DPSR I, Nr. 176. — Vermerk Benešs über eine. Besprechung mit Majskij am 26.1.1942. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 91.

187 Vermerk von Jaroslav Kraus über eine Besprechung zwischen Ripka und Kiril V. Novikov am 16.1.1942. Československo-sovětské vztahy, Bd. 1, Nr. 130.

188 Vermerk von Makins vom 8.1.1942. FO 371/31090, C82/82/55.

189 Memorandum des ‚Foreign Research and Press Service' (A. J. Toynbee) an Ronald vom 12.2.1942 mit Vermerken von Harrison und Roberts vom 2.3.1942. FO 371/30930, C2167/ 241/18. — Siehe auch DDP I/3, 125-152 und *Tyrell:* Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 373f.

190 *Brandes:* Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 271-282.

191 *Terry:* The Oder-Neisse line revisited 60. — *Mitkiewicz:* Z generałem Sikorskim 248.

der Präsident schon am 8. bzw. 12. März 1942 gegenüber Halifax und Litvinov ausgesprochen[192], eine Aussage, die er gegenüber Sikorski wiederholte. Ich halte Mitkiewicz' Behauptung, daß Sikorski am 24. März weitergehende Ansprüche, nämlich auch auf Niederschlesien, vorgetragen habe, für falsch.[193] So bezeichnete Sikorski im Gespräch mit Dalton Stalins Angebot der Oder-Grenze „nur als Provokation". Er könne nicht ein Gebiet mit so vielen Deutschen übernehmen.[194]

Das Foreign Office beschied Sikorskis Anfrage, ob Großbritannien und die Sowjetunion in dem geplanten Beistandspakt nicht wenigstens zugleich die Übergabe Ostpreußens an Polen zusagen könnten, abschlägig, vor allem um der deutschen Propaganda keine Munition zu liefern.[195] Die Verhandlungen zwischen Molotov und Eden begannen am 21. Mai 1942. In einer – wohl inoffiziellen – Unterhaltung mit Eden an diesem Tag sagte Molotov zu Eden: Wie er aus den Gesprächen in Moskau wisse, könne Polen nach Meinung der sowjetischen Regierung „auf Kosten Deutschlands und nicht auf Kosten der UdSSR [...] befriedigt" werden. Zwar habe seine Regierung den Polen noch keine „Zusagen über die Kompensation Polens auf Kosten Deutschlands" gemacht. Die polnisch-sowjetischen Schwierigkeiten könnten aber überwunden werden, wenn die polnische Regierung von der „Existenz eines sowjetischen Vorschlags über eine seriöse Kompensation auf Kosten Deutschlands erfahre".[196] Zur Milderung der erwarteten negativen Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit auf den geplanten Vertrag hatte Roosevelt vorgeschlagen, der Bevölkerung der finnischen, baltischen und polnische Gebiete, die die Sowjetunion annektieren wollte, das Recht zur Auswanderung einzuräumen. Welles sah in diesem Vorschlag „eine Verbesserung der Umstände für die betroffenen menschlichen Wesen", wäh-

192 Halifax an das Foreign Office am 9.3.1942. FO 371/31079, C2838/19/55. Siehe auch DDP I/3, 201 f. — *Kynin:* Germanskij vopros 95.

193 *Terry:* The Oder-Neisse line revisited 60. — *Mitkiewicz:* Z generałem Sikorskim 248.

194 Tagebuch-Eintragung Daltons vom 21.5.1942. DDP I/3, 377.

195 Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung mit Eden am 13.4.1942. PRM 68/13. — Vermerk Strangs über eine Besprechung mit Retinger vom 10., Vermerk Edens über eine Besprechung mit Sikorski am 15., Vermerk Strangs über eine Besprechung mit Kulski vom 17. und Vermerk Cadogans über eine Besprechung mit Raczyński vom 21. mit verschiedenen Kommentaren vom 24.-28.4.1942. FO 371/31082, C3838, 3924, 3999, 4072, 4305/19/55. Siehe auch DDP I/3, 259-263. — Ergebnisprotokoll der Foreign Office-Konferenz unter Sargents Leitung vom 21.4.1942. FO 371/32880, N2182/5/38. Siehe auch DDP I/3, 285-290.

196 *Kynin:* Germanskij vopros 97.

rend der Abteilungsleiter im State Department Berle befürchtete, daß die britische Regierung Roosevelts Antwort als Zustimmung zum Vertrag und zur Massenauswanderung der baltischen Völker verstehen werde.[197] Molotov wollte dieses Recht anfangs gar nicht und später nur für „Einwohner [...], die nationalen Minderheiten angehören", akzeptieren. Polen sollten Litauen verlassen dürfen, nicht jedoch Litauer. Zwar lehnte Eden diese Einschränkung ab, hielt die Auswanderungsformel aber auch auf Ostpreußen für anwendbar: „Wenn wir uns schließlich einig werden, Ostpreußen an Polen zu übertragen, wäre es sicherlich wünschenswert, Regelungen zu treffen, die die Entfernung der deutschen Bevölkerung ermöglichen." In diesem Fall pflichtete ihm Molotov bei. „Im Falle Ostpreußens wird es keine Meinungsverschiedenheiten geben."[198] Damit hatte sich aus Roosevelts Optionsrecht für die Freiheit ein „Transfer von Bevölkerungen, die nationalen Minderheiten angehören", entwickelt! Die Verhandlungen scheiterten schließlich an der sowjetischen Forderung nach Militärstützpunkten in Finnland und Rumänien. Am 24. Mai 1942 ermächtigte Stalin Molotov, einen Vertrag ohne territoriale Klauseln zu unterzeichnen. Denn dadurch erhalte die Sowjetunion „freie Hand", so daß die Frage der Grenzen „mit Gewalt entschieden" werde.[199]

Nach dem Grundsatzbeschluß zum Transfer deutscher Minderheiten aus Osteuropa[200] erläuterten Mitarbeiter des ‚Foreign Office Research and Press Service' dem britischen Botschafter in Washington, daß ihres Erachtens Deutschland nach dem Kriege zwar nicht geteilt, aber durch die Abtretung von Ostpreußen und Vertreibung der dortigen Deutschen geschwächt werden solle. Über das Schicksal Ostpreußens werde allerdings ohnehin nicht von Großbritannien entschieden.[201] Auch De Gaulle und Dejean, im ‚Französischen Nationalkomitee' für die Außenpolitik zuständig, unterstützten die polnische Forderung nach Ostpreußen und

[197] Vermerk von Welles über eine Besprechung mit Halifax vom 1., Vermerke von Berle vom 3. und Welles vom 4.4.1942. FRUS 3, 538ff. — Halifax an Eden am 1.4.1942. CAB 66/23, WP 144. — *[Berle:]* Navigating the Rapids 407. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 2, 241 ff.

[198] *Kynin:* Germanskij vopros 97. — Protokoll der Besprechung Molotovs mit Eden am 22.5.1942. War and diplomacy 85.

[199] Protokoll der Besprechung zwischen Eden und Molotov vom 21.-25.5.1942. CAB 66/24, WP 220. — Stalin an Molotov am 24.5.1942. War and diplomacy 122.

[200] Siehe S. 148-150.

[201] Protokoll dieser Sitzung vom 13.7.1942. FO 371/31500/61/72. Siehe auch DDP I/3, 602-614.

Oberschlesien – als Ausgleich der zu erwartenden Verluste im Osten – ebenso wie die tschechoslowakische nach den Vormünchener Grenzen.[202]

An einem Wehrdienst der Volksdeutschen zeigte sich die polnische im Gegensatz zur tschechoslowakischen Regierung nicht interessiert. Die sowjetische „Amnestie" für die polnischen Kriegsgefangenen des Jahres 1939 erstreckte sich zwar rechtlich auch auf volksdeutsche Staatsbürger Polens, doch hielt die Exilregierung deren Freilassung nicht für wünschenswert.[203]

Geschichtsbilder als Feindbilder

In seinem Rundschreiben vom 19. Februar 1940 bezeichnete Zaleski Ostpreußen als einzige „Kolonie" einer Großmacht in Europa. Unter dem Deckmantel der Ausbreitung des Christentums hätten sich die Ritterorden als „die ersten Pioniere des deutschen Imperialismus im Osten" erwiesen. Die Rücknahme der Deutschbalten durch Hitler sei ein Prozeß, der zu Ende geführt werden müsse, um den „deutschen Kolonialbesitz an der Ostsee zu liquidieren".[204] Ähnlich argumentierte die Warschauer Regierung in ihrem Memorandum für die Potsdamer Konferenz: Die Ritter des Deutschen Ordens waren „aktive Exponenten des deutschen Imperialismus". Zwei Jahrhunderte lang haben sie versucht, die slawischen Völker an der Ostsee-Küste „auszurotten". Im 18. Jahrhundert habe der deutsche Imperialismus den Untergang Polens erreicht.[205] In ihrem am 20. November 1940 dem Foreign Office überreichten Memorandum ging die polnische Regierung davon aus, daß das europäische Gleichgewicht durch die Einigung und Industrialisierung Deutschlands gestört worden sei. Der Nationalsozialismus stehe in der Tradition des deutschen Imperialismus, der sich von Bismarck und Wilhelm II. über Stresemann bis zu Hitler nur graduell gewandelt habe.

„A careful and dispassionate study of German political literature during the last 100 years leads to the conclusion that Nazism invented almost nothing that was new, but that it constitutes rather a synthesis of

202 Peake an Mack am 25.6.1942. FO 371/31108, C6436/6436/55. — Peake berichtete über Gespräche, die de Gaulle mit Molotov und Dejean mit Bogomolov geführt hatten.

203 Kot an MSZ am 8.11.1941. *Kot:* Listy z Rosji 45.

204 Rundschreiben Zaleskis vom 19.2.1940. SP-D 138ff. — *Kowalski:* Walka dyplomatyczna 150f. — *Pasierb:* Poskie prace 186-189.

205 Memorandum vom 10.7.1945. FRUS, The conference of Berlin I, 757-777.

earlier German efforts."[206] Die deutsche Mentalität habe sich in tausend Jahren nicht geändert, weshalb sollte sie sich nach der Niederlage in diesem Krieg ändern, fragte der tschechoslowakische Gesandte František Černý. Die Deutschen würden insgeheim folgendermaßen urteilen: Den Ersten Weltkrieg haben wir durch Zersetzung im Innern verloren, für den Zweiten waren wir nicht genügend vorbereitet. „Davor müssen wir uns im künftigen Krieg hüten, indem wir ganz Europa beherrschen und England besetzen." Der Nationalsozialismus sei keine Ideologie, die von selbst entstanden sei und deshalb rasch verschwinden könne, sondern „das Ergebnis der Erziehung des deutschen Volkes während der letzten 180 Jahre; der Nazismus ist der Gipfelpunkt des Germanismus – und ganz Deutschland in Geist, Erziehung und Kultur pangermanisch." Die Tschechen sollten die Chance nutzen, die dieser Krieg biete, um Sicherheit für möglichst lange Zeit, für einige Jahrhunderte zu gewinnen, und diese sei „nur durch die vollständigste Entfernung des deutschen Elements" zu erreichen. „Unsere Generation schafft die Grundlagen des politischen Lebens unseres Volkes auf lange Sicht, und deshalb müssen wir ohne jede Sentimentalität und mit dem größtmöglichen nationalen und staatlichen Egoismus handeln." Er halte es für völlig ausgeschlossen, eine Restminderheit von rund 1,5 Millionen Deutschen zu tschechisieren. Wer garantiere, daß die heutigen deutschen Sozialdemokraten selbst oder ihre Kinder sich nicht früher oder später gegen die Republik wenden? „Stellen wir uns vor, wie wir in einer analogen Situation handeln würden: Bestimmt würden wir uns um den Anschluß an den Staat bemühen, in dem wir unser wahres Vaterland sehen."[207]

Während andere große Nationen wie die Engländer, Franzosen, Russen und Spanier, schrieb Beneš im Oktober 1941, ihre überschüssige Bevölkerung auf andere Kontinente geschickt hätten, wo sie neue Gebiete erschlossen, kolonisiert und zivilisiert hätten, hätten sich die Deutschen darauf beschränkt, ihre Kolonisten in Nachbarländer zu entsenden, die entweder auf der gleichen oder auf einer höheren Kulturstufe standen. Dort seien sie zu einem „Stachel im Fleisch anderer Nationen" und „Agenten für die Ausbreitung deutscher Interessen" geworden und hätten den Samen gelegt für eine Erscheinung, die man heute als „Fünfte Kolonnen" beschreibe. Anderswo habe sich die deutsche Bevölkerung als Ergebnis eines jahrhundertelangen deutschen militärischen und kul-

206 Memorandum der polnischen Regierung vom 20.11.1940 mit Vermerken. FO 371/26419, C14/14/62. Abgedruckt in DDP I/1, 221-235.

207 Studie von František Černý: Das Problem der Deutschen in der Tschechoslowakei nach dem Kriege, November 1941. ČSNO Nr. 79.

turellen Drucks auf den Osten dauerhaft niedergelassen und dadurch einen beinahe autochthonen Charakter gewonnen. Deshalb sei es 1918 nicht möglich gewesen, in diesen Gebieten sprachlich und national homogene Staaten zu errichten, sofern sie nicht durch einen extensiven Bevölkerungstransfer erreicht werden konnten. Ein solcher Transfer, wie ihn z. B. der französische Soziologe Bernard Lavergne vorgeschlagen habe, sei jedoch abgelehnt worden, weil er den idealistischen Tendenzen zu widersprechen schien, die den Plan für ein neues Europa im Jahre 1919 bestimmt hätten.[208]

Als die tschechoslowakische Regierung im November 1944 der ‚European Advisory Commission' ihr Memorandum mit den Vertreibungsforderungen vorlegte, fügte sie diesem eine Anlage „The Pan-Germanism of the Germans in Czechoslovakia" bei. Sie behauptete, daß nur die wenigsten Sudetendeutschen Nachfahren derjenigen Kolonisten seien, die sich seit dem 13. Jahrhundert auf Einladung der böhmischen Könige in Böhmen und Mähren niedergelassen hätten. Dieses deutsche Element sei nämlich entweder assimiliert oder in den Hussitenkriegen vertrieben worden. Die meisten Deutschen seien dagegen im Zuge der Germanisierungspolitik der Habsburger und des fremdnationalen Adels seit dem Dreißigjährigen Krieg angesiedelt worden. Nach einigen Aussagen über das Anwachsen des deutsch-böhmischen Pangermanismus innerhalb der Habsburgermonarchie folgen Sätze wie: „It was Hitler's rise to power in Germany which revealed their true feelings." Oder: „From the very beginning the Henlein movement had been an integral part of the Nazi party in Germany, although outwardly it had a separate organisation [...]."[209]

Die Pariser Friedenskonferenz, schrieb Beneš, habe sich für den internationalen Schutz von Minderheiten entschieden, diesen aber nur wenigen Staaten auferlegt, nicht jedoch Deutschland und Italien. Abgesehen von der Schweiz habe die Tschechoslowakei ihre Minderheiten am besten behandelt, die sich in ihrer Politik „stets von den Grundsätzen der Loyalität, Toleranz, Objektivität und des guten Willens leiten ließ".[210] In der Zwischenkriegszeit habe die Tschechoslowakei versucht, die Deutschen durch ein „liberales Regime" zur Mitarbeit zu gewinnen, behauptete auch Ripka.[211] Die deutschen und magyarischen Minderheiten hät-

208 Auszug aus dem Artikel in: ČSNO Nr. 75, wiederholt in seiner Rede an der Universität Manchester am 5.12.1942. NK 191/1.

209 Memorandum der tschechoslowakischen Regierung mit Anschreiben Ripkas vom 23. und Nichols vom 28.11.1944. FO 371/38946, C16563/1347/12.

210 Auszug aus dem Artikel in: ČSNO Nr. 75, wiederholt in seiner Rede an der Universität Manchester am 5.12.1942. NK 192/1.

211 Ripka an Kopecký (Genf) am 10.10.1941. ČSNO Nr. 74.

ten die Rechte, die ihnen die Republik gewährt habe, „in der unglaublichsten Weise mißbraucht, versucht, den Staat zu desorganisieren und zu diskreditieren“ und für diese Arbeit finanzielle Unterstützung aus Deutschland und Ungarn erhalten, hatte Beneš ein Jahr zuvor geschrieben.

Im Namen des Minderheitenschutzes mußte die Tschechoslowakische Republik staatsfeindliche Aktivitäten von seiten einiger deutscher Parteien, die systematische Vergiftung durch die Henleinpresse und das Eindringen subversiver Tendenzen in die deutschen Hochschulen hinnehmen.[212]

Kaum sei es aber in Deutschland zur „nationalen Krise“ gekommen, seien die Sudetendeutschen ins „germanische Lager“ übergelaufen. Damit sei bewiesen, daß es schwer, wenn nicht unmöglich sei, schrieb Ripka, „mit liberalen Methoden zur Zusammenarbeit mit den Deutschen zu kommen“.[213] Die „große Mehrheit der Deutschen“ sei dem Faschismus verfallen, während bei den Tschechen die Linke bis ‚München‘ „stets Herr der Lage“ geblieben sei, warf Beneš in seiner Abrechnung vom 2. Dezember 1942 Jaksch vor.[214]

Andere Länder hätten die buchstabengetreue Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Minderheiten durch die Republik nicht anerkannt, schrieb Beneš, die Propaganda der illoyalen Minderheiten und ihrer ausländischen Protektoren geglaubt und die Tschechoslowakei schließlich für „einen Frieden um jeden Preis“ geopfert. Zu ihrem Schutz habe der Völkerbund keinen Finger gekrümmt. „Deshalb stelle ich mit Bedauern fest, daß das Vorkriegssystem des Minderheitenschutzes zusammengebrochen ist.“

Bevor wir anfangen, die Rechte der Minderheiten zu definieren, müssen wir die Rechte der Mehrheiten definieren und die Verpflichtungen der Minderheiten. Jede Nation hat das Recht, friedlich und frei innerhalb ihrer Grenzen zu leben.[215]

Das Minderheitenschutzsystem der Vorkriegszeit habe so viel Ärger und Irritation hervorgerufen, da es die Minderheiten ermutigt habe, sich an mächtige Schutzherren zu wenden, daß er hoffe, daß es nach diesem Krieg nicht erneuert werde, meinte auch der Mitarbeiter des Foreign Office Warren und Cadogan und Eden stimmten ihm zu.[216] Es sei aber

212 Auszug aus dem Artikel in: ČSNO Nr. 75.

213 Ripka an Kopecký (Genf) am 10.10.1941. ČSNO Nr. 74.

214 Jaksch an Beneš am 2.12.1942. *Prinz:* Wenzel Jaksch – Edvard Beneš Nr. 21. — Tschechische Version in: ČSNO Nr. 111, englische Übersetzung in: FO 371/34329, 65ff.

215 Auszug aus dem Artikel in: ČSNO Nr. 75.

216 Vermerke von Warren, Cadogan und Eden vom 26. und 27.2.1944. FO 371/38945, C1350/1347/12.

auch keine Lösung, den Minderheiten keine Rechte einzuräumen, schrieb Dr. Jaroslav Císař, der Leiter der Forschungsabteilung des tschechoslowakischen Außenministeriums. Denn auf staatliche Diskriminierung würden die Minderheiten mit neuem Separatismus, der Staat mit zusätzlicher Unterdrückung antworten und so fort. Wenn aber diese Frage weder durch die Bewahrung noch den Entzug des Minderheitenschutzes beantwortet werden könne, müsse es durch die Entfernung der Ursache, d. h. durch die Entfernung der Minderheit gelöst werden.[217]

In diesen Krieg seien die deutschen Minderheiten, die in allen Staaten teils passiv, teils aktiv als Instrumente des deutschen Imperialismus gedient hätten, zu „einer internationalen Bedrohung" geworden, schrieb Beneš. „Kein mitteleuropäischer Staat wird sich erneut dem Risiko aussetzen wollen, dem wir, Jugoslawien, Rumänien oder Polen in den letzten Jahren ausgesetzt waren." Hitler selbst habe die deutschen Minderheiten aus dem Baltikum und Bessarabien umgesiedelt. Deshalb könne es Deutschland nicht a priori als ungerecht betrachten, wenn andere Staaten dieselben Methoden auf deutsche Minderheiten anwendeten.

Dies wäre eine schmerzliche Operation und würde zu vielen kleineren Ungerechtigkeiten führen. Aber gewiß wird jede Nation in Mitteleuropa es als ihr heiliges Recht ansehen, mit aller Härte jene Mitglieder ihrer Minderheiten zu bestrafen, die sich des Verrats, der Spionage, der Tyrannei über die Mehrheit, des Mords, der massenhaften Plünderung mit Hilfe der deutschen Armeen schuldig gemacht haben, wie dies heute in Polen, der Tschechoslowakei, Belgien, Jugoslawien, Holland und Griechenland der Fall ist.[218]

Mark Vishniak, vor der Revolution Professor für öffentliches Recht in Moskau, nach seiner Emigration Mitarbeiter der Zeitung ‚Dni' (Tage) und Professor in Paris, veröffentlichte 1942 eine Broschüre, in der er gegen den Transfer nationaler Minderheiten und gegen Benešs Äußerungen Stellung nahm. Der sogenannte „Erfolg" des Bevölkerungsaustauschs auf dem Balkan beruhe auf folgenden Tatsachen: Er habe während des Friedens stattgefunden und sei ziemlich großzügig von außen finanziert worden. Trotz aller Einschränkungen habe es sich um einen Austausch gehandelt, so daß die Regierungen das Eigentum der Ausgesiedelten für die Ansiedlung nutzen konnten. Es gebe eine politische Verbindung zwischen diesem Austausch und den Bevölkerungsverschiebungen, die Hitler durchgeführt habe. Durch den Austausch seien aber weder die Spannungen auf dem Balkan noch jene zwischen Deutschland und der Sowjetunion vermindert worden. Statt Grenzen oder Bevölke-

217 Jaroslav Císař: Vorschlag für die Lösung der deutschen Frage in der ČSR (Mai 1944). ČSNO Nr. 134.

218 Auszug aus dem Artikel in: ČSNO Nr. 75.

rungen zu verschieben, sollten Minderheiten durch eine weltweite Organisation international geschützt werden. Deren Aufgabe „würde bedeuten, auf ein richtiges Prinzip zu verzichten, nur weil der erste Versuch seiner Durchsetzung wegen der Ängstlichkeit mancher und der Unfähigkeit und Unehrlichkeit anderer gescheitert ist".[219]

219 *Vishniak:* The Transfer of Population.

IV.

VOM MOLOTOV-BESUCH IN LONDON BIS ZUR KONFERENZ VON TEHERAN

Die britische Ablehnung des ‚Schuldprinzips' und der Abbruch der Verhandlungen Benešs mit Jaksch

Im Zusammenhang mit der Annullierung des Münchener Abkommens im Juli 1942 hatte Eden Beneš informiert, daß seine Regierung dem Grundsatz des Transfers deutscher Minderheiten aus Mittel- und Südosteuropa nach Deutschland zustimme, wo dies notwendig und wünschenswert sei. Der polnische Botschafter und die US-Regierung wurden informell unterrichtet.[1] Gegen den Widerruf des Münchener Abkommens und den Grundsatz-Beschluß des Kriegskabinetts zugunsten des Transfers deutscher Minderheiten aus Ostmittel- und Südosteuropa hatte Jaksch zwar „stärkste Opposition" angekündigt.[2] Mitte August übersandte er dem Foreign Office jedoch eine „wie gewöhnlich maßvolle und vernünftige" – so Allen – Stellungnahme. Das Münchener Abkommen könne er nicht verteidigen, dessen Widerruf habe aber negative Auswirkungen auf das Schicksal der Sudetendeutschen. Zwar gebe es wenig Hoffnung, die rund 250 000 Deutschen im sogenannten „Protektorat Böhmen und Mähren" zu retten, doch solle die Abrechnung mit den Nationalsozialisten in den „typischen Sudetengebieten" den Sudetendeutschen selbst überlassen bleiben.

We need, therefore, in the Sudeten territory a breathing space for the carrying through of a popular revolt, for the squaring of our own accounts with the Nazis, and for the establishment in collaboration of workers, peasants and catholics of provisional democratic institutions.

Wenn eine Frist für die Abkühlung der Leidenschaften gewonnen werde, könne eine konstitutionelle Lösung des deutsch-tschechischen Verhältnisses vereinbart werden. Das Foreign Office solle das Streben sei-

[1] Foreign Office: Report of the Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations vom 12.5.1944. FO 371/39092, 6391/220/18.

[2] Siehe S. 150.

ner Partei nach der Beteiligung ihrer Experten an der Vorbereitung von Hilfs- und Wiederaufbau-Programmen und nach einem ‚Modus vivendi' mit der Exilregierung unterstützen. Falls ein solcher nicht zu erreichen sei, solle man für die Zeit zwischen der Feuereinstellung und der Friedenskonferenz eine internationale Verwaltung der typischen Sudetengebiete in Erwägung ziehen.[3]

Im August 1942 schrieben sowohl Bechynēs Zeitschrift ‚Nová svoboda' (Neue Freiheit) als auch die kommunistische ‚Einheit', daß

> die tschechischen Arbeiter, Demokraten und Sozialisten mit den Keimen des tschechischen Faschismus aufräumen und dafür sorgen [werden], daß die deutsche Frage nicht mit barbarischen Methoden gelöst werde, die dem Nazismus abgeguckt sind.[4]

Im Staatsrat erklärte Kreibich am 31. August 1942, daß die große Mehrheit der Sudetendeutschen den demokratischen Prinzipien treu geblieben sei.[5] Der ‚Sozialdemokrat' stellte allerdings fest, daß Bechyně mit seiner Meinung auf tschechischer Seite schon ziemlich allein stehe. Auch die illegale ‚Polnische Sozialistische Partei' habe die Aussiedlung aller Volksdeutschen gefordert.[6]

Im Gegensatz zu Jaksch begrüßten die sudetendeutschen Kommunisten, die Zinner- und die Peres-Gruppe, in Einzelerklärungen und am 1. September 1942 in einer gemeinsamen Kundgebung die „formelle Aufhebung des sog. Münchener Abkommens [...] mit freudiger Genugtuung". Zur Verschärfung des Widerstandes bis zum Partisanenkampf forderten sie „eine regelmäßige antifaschistische Rundfunkpropaganda an die sudetendeutsche Bevölkerung im Rahmen der tschechoslowakischen Sendungen des B.B.C." sowie die „Erweiterung der Vertretung der demokratischen Deutschen im Staatsrat und in den übrigen Organen der tschechoslowakischen Auslandsbewegung". Während des Krieges solle über die künftigen Beziehungen zwischen Sudetendeutschen und Tschechen nicht gestritten werden.[7] Ripka kommentierte die Erklä-

[3] Memorandum Jakschs für Eden „The Czech-Sudeten Problem After the Renunciation of the Munich Agreement" vom 19. und Vermerk Allens vom 26.8.1942. FO 371/30835, C8119/326/12. — *Jaksch:* Europas Weg nach Potsdam 373f.

[4] *Bechyně:* Pero mi zůstalo 209. — Einheit Nr. 16 vom 15.8.1942. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 44.

[5] *Feierabend:* Vzpomínky, Bd. 2, 251.

[6] Der Sozialdemokrat vom 29.8.1942.

[7] Schreiben dieser Gruppen vom 12.9.1942. ČSNO Nr. 97. — Hrabovec zitiert allerdings undatierte „Richtlinien Moskaus für die Arbeit der Kommunisten in London": Sie sollten sich nicht festlegen, um die Partei nicht der Bewegungsfreiheit zu berauben und den Aufbau einer möglichst breiten Front aller Hitler-Gegner nicht zu behindern. *Hrabovec:* Vertreibung und Abschub 43.

rung der „Antifaschisten" mit folgenden Worten: „Daß diese so positiv ist, wird uns noch Schwierigkeiten bereiten. Sie werden in den Staatsrat wollen."[8] Beneš nannte die Erklärung in seiner offiziellen Erwiderung „einen wichtigen politischen Schritt".[9] Nach Roberts' Meinung repräsentierten diese „tschechischen Marionetten" allerdings nichts.[10] Sie sollten vorläufig keine Antwort erhalten, da es nicht unmöglich sei, daß Jaksch seine Haltung doch noch ändere und mitarbeite, meinte Ripka. In der Dreierkombination hätten die Kommunisten zu großen Einfluß.[11] Deutsche sollten in den Staatsrat aufgenommen und im Rundfunk solle den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht und weitgehende Selbständigkeit innerhalb der ČSR zugesagt werden, forderten Lenk, Peres und der Kommunist Ehrlich in einem Gespräch mit Beneš Ende September oder Anfang Oktober, doch wich Beneš einer konkreten Stellungnahme aus[12], vielleicht auch wegen eines Protestes des 311. Tschechoslowakischen Bombergeschwaders.[13]

Als Kreibich eine Konferenz aller republiktreuen Demokraten ankündigte, meldete sich Jaksch wieder bei Roberts. Er sei bereit, so ruhig wie möglich zu bleiben, was ihm allerdings schwerfalle, da die Exilregierung sudetendeutsche Kommunisten und sozialdemokratische Abweichler ermutige, die sich um deutschsprachige Rundfunksendungen im tschechoslowakischen Dienst der BBC bemühten. Wenn Kreibich die Sudetendeutschen zu verfrühten Aktionen aufrufe, müsse auch er die Möglichkeit zu einer Rundfunkansprache bekommen. Allerdings erwartete auch Jaksch von einem „sudetendeutschen Lidice" eine Verbesserung des Verhandlungsklimas.[14]

Trotz der Grundsatzentscheidung des britischen Kabinetts zugunsten des ‚Transfers' sah Beneš weiterhin vier Möglichkeiten für die Behandlung der Sudetenfrage: Erstens die Rückkehr zu den alten Grenzen ohne Transfer. Für diese Lösung trat Stránský ein, der auf keinen Teil

8 Anmerkung 1 zu ČSNO Nr. 97.

9 Anmerkung 3 zu ČSNO Nr. 97.

10 Beuer/Kreibich/Zinner/Lenk/Peres/Popper an Eden am 15.9. mit Marginalie von Roberts vom 18.9.1942. FO 371/30835, C 9048/326/12.

11 Nichols an Eden am 24.9.1942 über eine Besprechung mit Ripka. FO 371/30835, 9250/326/12.

12 Anmerkung 2 zu ČSNO Nr. 97.

13 Schr. 311. čs. bomb. peruť (tschsl. Bomber-Geschwader) an Beneš am 23.9.1942. NK 19, 237.

14 Vermerk von Roberts vom 8.9.1942. FO 371/30835, C8712/326/12. — *Feierabend:* Ve vládě, Bd. 2, 151. — Die Treuegemeinschaft hatte eine Einladung Gustav Beuers zurückgewiesen, sich an der sudetendeutschen ‚Einheitsfront' zu beteiligen. Rundschreiben Jakschs vom 19.10.1942. TP, HI.

der historischen Länder verzichten wollte. Denn Benešs Alternativen 2 bis 4 – Aussiedlungen geringen, mittleren und großen Umfangs – waren mit der Abtretung kleinerer Landstreifen verbunden, für die Beneš im Gegenzug einen Teil des Glatzer Beckens zu gewinnen hoffte. Beneš selbst plädierte damals für eine mittelgroße Vertreibung von eineinhalb Millionen Menschen. Deutschland sollte eine halbe Million Sudetendeutscher mit ihren Wohngebieten und eine Million ohne ihre Heimat aufnehmen.[15]

Durch den Widerruf des Münchener Abkommen gestärkt, nahm Beneš die Gespräche mit Jaksch wieder auf. Am 17. September 1942 machte er Jaksch Vorwürfe wegen des Protests gegen den Widerruf des Münchener Abkommens, wegen seiner Politik der Bedingungen, der Empfehlungen zum Eintritt in die britische Armee, der Benutzung des Begriffs ‚sudetendeutsch' und der Forderung nach Selbstbestimmung. Dies werde er auch in einer Stellungnahme zum Beschluß der Partei vom 7. Juni ausführen. Nun, nach dem Widerruf ‚Münchens', müßten die deutschen Sozialdemokraten sich zu einem klaren Standpunkt durchringen. Einen offiziellen Beschluß über den Transfer habe die Regierung noch nicht gefaßt, erklärte Beneš beim nächsten Gespräch am 25. September:

Alles, was wir in dieser Sache tun werden, wird vom Kriegsausgang abhängen, doch müßten sich die deutschen Demokraten bewußt werden, daß kaum 20 Prozent der Deutschen der Republik treu geblieben seien und er und die anderen demokratischen Deutschen jene anderen nicht vertreten, daß sie jene auch nicht zu vertreten suchen sollten, daß bei uns alle Schuldigen: Deutsche, Tschechen, Slowaken bestraft werden und daß das praktisch bedeute, daß Hunderttausende Deutsche von uns verschwinden müssen.

Die deutschen Demokraten müßten wissen, daß nach ‚München' und

dem Wüten der Deutschen bei uns [...] endgültig Schluß ist mit Konzeptionen über ein Sudetenland, über irgendeine territoriale Verwaltung oder Autonomie, daß das Maximum, was die Deutschen bei uns bekommen, nationale Kurien in den Landtagen (Böhmen, Mähren, Slowakei, Karpatenrußland) sind.

Er sei bereit, alle Fragen mit den deutschen Demokraten zu diskutieren, werde sich aber nichts aufzwingen lassen. „Wenn wir vorläufig zu einem ‚Modus vivendi' oder sogar zu einem Übereinkommen über die Zusammenarbeit mit unseren Deutschen kommen", werde er die deut-

[15] Nichols an Roberts am 21.9.1942 über eine Besprechung mit Beneš am 18.9. 1942. FO 371/30835, C9161/326/12. — Gegen einen Transfer äußerte sich Stránský am 11. November 1942 auch vor dem ‚Foreign Research and Press Service'. Das Protokoll wurde mir freundlicherweise von Stanislav F. Berton zur Verfügung gestellt.

schen Demokraten über den Verlauf aller Verhandlungen und Vorbereitungen zur Zukunft der Republik und Mitteleuropas informieren. Sie müßten sich an den Grundsatz halten, daß es sich um innere Fragen der Tschechoslowakei handle und sich öffentlich für die Aufhebung ‚Münchens' aussprechen. Unter dieser Voraussetzung sei er auch zum Empfang einer Delegation der Partei bereit. Dieser Delegation erklärte er zwar nochmals, daß die Regierung noch keinen Beschluß über den Transfer gefaßt habe, daß er selbst aber dafür sei, ebenso wie er einen Gebietstausch mit dem Ziel der weiteren Reduktion der Zahl der Deutschen erwäge. „Ich will das mit dem Grundsatz der Bestrafung der Schuldigen und Verräter verbinden. Alle Pangermanen sollen uns lieber im guten verlassen, als daß wir einen schweren Bürgerkrieg bekommen." Über all das werde er mit den Großmächten sprechen, weshalb auch die Verhandlungen innerhalb der Regierung und mit den Vertretern der Deutschen sich über mindestens drei, wenn nicht mehr Monate hinziehen dürften. Mit der deutschen Frage gebe es Schwierigkeiten im Exil, in der Armee, vor allem aber „zu Hause", „alles ist bei uns national schrecklich radikalisiert durch das, was in der Heimat geschehen ist und geschieht". Deshalb werde auch die Beteiligung der Deutschen am Staatsaufbau noch einige Zeit auf sich warten lassen. Er erkenne an, was die demokratischen Deutschen im Jahre 1938 für den Staat geleistet hätten, doch ebenso müßten die Nazis und Schuldigen für ihre Schuld bezahlen. Von der geplanten Landeskonferenz erwarte er eine Zustimmung zum Widerruf von ‚München', forderte Beneš, und die Delegation war einverstanden.[16] Wie Nichols von Beneš erfuhr, habe Jaksch sich zwar gegen das allgemeine Prinzip des Transfers nationaler Minderheiten ausgesprochen, wolle aber die Aussiedlung der „Intelligenz, der Rechtsanwälte, Fachleute [professional men], Ärzte etc., die sich der Zusammenarbeit mit den Nazis schuldig gemacht hatten", hinnehmen.[17] Beneš war zwar nicht zur Aufnahme sudetendeutscher Vertreter in den Staatsrat bereit, bot aber Gespräche über die Zusammenarbeit in der Übergangszeit an. Darin sah Jaksch eine Wendung zum Besseren. Nach einer kurzen Periode individueller Racheakte werde sich die Regierung um zufriedenstellende praktische Regelungen bemühen. Zu diesem Zeitpunkt, hoffte er, werde man im Sudetenland schon eine starke demokratische Bewegung aufgebaut haben.[18]

16 Vermerke Benešs über eine Besprechung vom 17.9., 25.9. und 2.10.1942. AÚTGM, BAV, B, kr. 129.

17 Nichols an Roberts am 21.9.1942. FO 371/30835, C9161/326/12.

18 Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Jaksch vom 29.9.1942. FO 371/30835, C9386/326/12. Siehe auch DDP I/3, 820. — Rundschreiben Jakschs vom 19.10.1942. TP, HI.

Als Beneš dem britischen Botschafter über seine Verhandlungen mit Jaksch zur Vertreibung von „Schuldigen" und seine erwähnten vier Alternativen für die Lösung der sudetendeutschen Frage berichtete, antwortete Nichols, daß er persönlich die erste Alternative – Wiederherstellung der Republik „mit genau denselben Grenzen wie vor ‚München' und ohne jeglichen Transfer von Bevölkerungen für unvorstellbar" halte und ihm rate, die anderen drei Alternativen weiterzuverfolgen. Kein Engländer würde verstehen, daß die Deutschen ausgesiedelt werden, aber alle von ihnen bewohnten Gebiete bei der Tschechoslowakei bleiben sollten. Als Beneš Nichols seine Liste von „Schuldkriterien" für die Vertreibung von rund einer Million Deutschen aufzählte – aktive Unterstützung (nicht unbedingt Wahl) der Henleinpartei und des Besatzungsregimes, Verbindung zu den Jugendbewegungen, der SS und Gestapo usf. –, war Nichols skeptisch: Das Sudetenproblem sei eine der Ursachen des Krieges gewesen; seine Lösung werde in Großbritannien und in aller Welt genau beobachtet und als Testfall angesehen werden. Deshalb müßten klare und erkennbare Kriterien für die Vertreibung der einen Million festgelegt werden und dürfe bei ihrer Anwendung „kein Verdacht des Hokuspokus" (hanky-panky) auftauchen.[19] Gegen das Schuldprinzip wandte Allen ein, daß Jaksch in diesem Fall als „Gottesgeißel im Sudetenland erscheinen werde, um die Sünder unter seinen Landsleuten zu züchtigen und sein Ansehen bei den treu gebliebenen wiederherzustellen". Allen hielt es für unmöglich, allgemein akzeptable Kriterien für die „Schuld" aufzustellen. Sie wären schwer auch mit den Erklärungen der Alliierten über die ordnungsgemäße Bestrafung der Kriegsverbrecher zu vereinbaren. Die Transfers allein auf „Kriegsschuld" zu gründen, würde jedoch „unsere Position hoffnungslos präjudizieren". Auch Roberts sah keinen Weg, „die Schafe von den Böcken zu trennen". Cadogan stimmte diesen Argumenten zu und fügte hinzu, daß das Schuldprinzip

> might lead to the limitation of our right to make considerable transfers of populations. We may want (and the Americans may propose) to use this remedy in a fairly large scale without reference to ‚guilt', and we shd. keep our hands free to do so.

Eden schloß sich Cadogans Argumentation an. Daraufhin teilte das Foreign Office Nichols mit, daß „Schuld" ein schwieriger Maßstab sei und die Freiheit, mehr Deutsche zu vertreiben, einschränken würde.[20] Der

[19] Nichols an Roberts am 21.9.1942. FO 371/30835, C9161/326/12. — Vermerk Smutnýs vom 21.9.1942. DHČSP I, Nr. 246.

[20] Vermerke von Allen, Roberts, Sargent, Cadogan und Eden vom 27.9.–1.10. 1942 und Roberts an Nichols vom 6.10.1942. FO 371/30835, C9161/326/12. Siehe auch DDP I/3, 801-806 und 844f.

Botschafter informierte Beneš und Ripka über die Gründe, weshalb das Foreign Office das Kriterium der „Schuld“ ablehnte. Das Hauptargument sah auch Beneš in „den unerwünschten Begrenzungen“ des Transfers, zu dem das Schuldprinzip führen könne. Dennoch wollte er an diesem festhalten, weil es ihm die Einigung mit Jaksch erleichtern könne. Daraufhin stellte Allen fest: Zwar blieben die Einwände gegen die Vertreibung von „Schuldigen“ bestehen, doch andererseits „können wir gegen Dr. Benešs Ideen nur opponieren mit dem Risiko, seine Versuche einer Einigung mit Jaksch zu vereiteln“. Die Auslandsdeutschen seien von Berlin als „Trojanische Pferde“ eingesetzt worden, meinte Harrison. Ebenso wie in Benešs werde es wohl im britischen Interesse liegen, diese deutschen Minderheiten und „Außenposten“ so weit wie möglich aufzulösen. Er sehe nicht ein, daß man die Kriterien der Aufnahmefähigkeit Deutschlands und der „politischen Zweckmäßigkeit“, alle Deutschen nach Deutschland zu „repatriieren“, mit Prinzipien wie der Schuld tarnen müsse, zumal der Transfer dadurch, ergänzte Roberts, zu einer innerstaatlichen Angelegenheit gemacht würde, während doch über sein Ausmaß international entschieden werden müsse.[21]

Am 4. Oktober 1942 sprach Jaksch auf der „2. Landeskonferenz der Englandgruppe der Treuegemeinschaft der sudetendeutschen Sozialdemokraten“. Beneš hatte ihn zwei Tage zuvor gebeten, bei der Beschlußfassung vorsichtig zu sein, um die Verhandlungen nicht zu erschweren. Gegen die sudetendeutsche Konkurrenz im Exil gerichtet war Jakschs Aussage: „Nur Verblendete können erwarten, daß die Antifaschisten in der Heimat für Bevölkerungstransfer, für neues nationales Unrecht, Ungleichheit und Diskriminierung ihr Leben einsetzen werden.“ Den Kampf der Demokraten im Sudetenland stellte er „dem Schauspiel in der Slowakei vor und nach München“ gegenüber und leitete aus diesem Vergleich den Anspruch der Deutschen ab, in der neuen Republik mindestens die gleichen Rechte zu erhalten wie die Slowaken. Jaksch plädierte für die Wiederherstellung der Republik in den historischen Grenzen, hielt aber an der bisherigen Haltung der Partei zum Dienst in der tschechoslowakischen Armee fest. Schwelb, der zuvor bei Drtina angefragt hatte, ob es Einwände gegen seine Teilnahme an der Landeskonferenz gebe[22], kritisierte Jakschs Stellungnahme zum Widerruf des Mün-

21 Nichols an Roberts über eine Besprechung mit Beneš am 15.10. mit Vermerken von Allen, Harrison, Roberts vom 22.–29.10.1942. FO 371/30835, C9161, 10043/326/12. Siehe auch DDP I/3, 903-907. — Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Nichols am 18.9.1942. ČSNO Nr. 98.

22 Vermerk (Drtina) über eine Besprechung mit Schwelb am 30.9.1942. AÚTGM 40, XI/7/15.

chener Abkommens. Nach den Erfahrungen mit Henlein und den Nazis könne man mit „einem Appell zum Schutz einer Minderheit", „mit Beschwerden über Staatslieferungen, Briefträgerposten und Straßentaferln" in Westeuropa oder einem künftigen Völkerbund „keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken". Auf die Transfer-Pläne solle die Partei nicht durch Beiseitestehen reagieren, sondern diese durch möglichst enge Zusammenarbeit abzuwenden oder zu mildern versuchen. Sie könne doch nicht übersehen, „daß die Masse der deutschen Bevölkerung unseres Landes mitschuldig und mitverantwortlich ist". Schwelb forderte auch, die Position der Partei in der „Militärfrage" zu revidieren. Andere wie das Vorstandsmitglied Rambauske wollten jedoch lieber „aufrecht zugrunde gehen als die Kapitulation in Kauf nehmen". Jaksch versuchte zwischen beiden Flügeln seiner Partei zu lavieren. In seinem Schlußwort blies er in Rambauskes Horn, sprach auch wieder von Autonomie für die Sudetendeutschen, setzte aber zugleich eine äußerst maßvolle Resolution durch: „Der Befreiung der Heimat zu dienen und das Leid der Völker nach besten Kräften abkürzen zu helfen, ist unsere einzige Aufgabe im Exil." Die Konferenz zitierte die Aussage der Landeskonferenz des Vorjahres, „daß der Punkt 2 der Atlantik Charter [sic] die Basis für eine Vertragslösung zwischen den Sudetendeutschen und ihren slavischen Nachbarn im Sinne einer Erneuerung des gemeinsamen Staates sein kann". Sie forderte nicht die Gleichberechtigung der Sudetendeutschen, sondern nur ein „Mitbestimmungsrecht unserer arbeitenden Massen" an einer demokratischen Lösung des deutsch-tschechischen Verhältnisses. Alle konstitutionellen Probleme könnten jedoch bis nach der Beendigung der Feindseligkeiten zurückgestellt werden. Voraussetzung sei aber „eine Verständigung zwischen der tschechoslowakischen Regierung und den seriösen Mandataren der demokratischen Sudetendeutschen" über eine Reihe von Übergangsmaßnahmen.[23] Damit sei die Partei so weit auf Benešs Weigerung eingegangen, im Ausland einen zweiten Pittsburgher Vertrag zu schließen, „als es ohne Freigabe unseres prinzipiellen Standpunkts, der nach wie vor ‚Vertragslösung' heißt, möglich ist", erklärte Jaksch seinen Genossen. Er rechne damit, daß

nach dem Falle Hitlers nicht nur die *übergroße Mehrheit der Arbeiterklasse, sondern auch der ernüchterten Bauern und des nichtkompromittierten Teils der Mittelschichten hinter uns stehen wird.* Im Bewußtsein unserer Stärke und im Besitz einer einzigartigen Aus-

[23] Zweite Landeskonferenz der sudetendeutschen Sozialdemokraten, abgehalten in London am 4. Oktober 1942. Hrsg. von der Exekutive der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten. London (1943). Auszüge in: ČSNO Nr. 99f. — Der Sozialdemokrat vom 30.10.1942.

gangsposition werden wir daher Verfassungsfragen zurückstellen können, bis das politische Gewicht einer neuen legalen Heimat-Bewegung auf unserer Seite ist.[24]

Er wolle noch einen entschlossenen Versuch machen, sich mit der tschechischen Seite über Probleme des Übergangs zu verständigen.[25] Als Jaksch den Parteitagsbeschluß Beneš übersandte, drängte er darauf, daß die Verhandlungen „terminiert", also bald zu Ende geführt würden. Denn „beide Lager entfernen sich psychologisch immer mehr voneinander, je später ein entschlossener Versuch gemacht wird, sie zusammenzubringen".[26]

In seiner Rede zur Eröffnung der 3. Session des Staatsrats am 12. November 1942 erklärte Beneš erneut, daß er für die Zusammenarbeit mit den „demokratischen und treuen Deutschen, die zu uns gehalten haben und dann im Krieg mit uns gegangen sind", eintrete, vor allem, weil „ein Teil der Deutschen, sei er größer oder kleiner, nach dem Krieg in der Republik bleibt". Wer jegliche Zusammenarbeit mit „unseren" demokratischen Deutschen ablehne, „verursacht jetzt und für die Friedensverhandlungen große Schwierigkeiten". Befürchtungen vor „verfrühten Abkommen mit unseren Deutschen" seien ebensowenig gerechtfertigt wie entsprechende Hoffnungen. „Viele Hunderttausende Deutsche" hätten sich dem Nationalsozialismus angeschlossen, schon vor ‚München' Verrat geübt und „sich während des Krieges direkt oder indirekt an den Mordtaten und Plünderungen der Gestapo, am gewaltsamen Terror und an der kulturwidrigen Herrschaft über unsere Leute beteiligt". Das Schicksal der deutschen Minderheit werde von den Ereignissen und der Stimmung zu Hause, dem Verhalten der Sudetendeutschen im Exil und in der Heimat sowie von den Großmächten abhängen.[27] Dem kommunistischen Staatsratsmitglied Nosek waren Benešs Äußerungen zu den Deutschen nicht scharf genug.[28] Auch Sikorski und Raczyński fragten beunruhigt, ob Beneš seine Politik geändert habe, der ihnen jedoch versicherte, daß es sich nur um eine neue Taktik gegenüber den Engländern und Amerikanern handle. Wegen ihrer Unterstützung für Hitler könne man 80 Prozent der Sudetendeutschen als „schul-

24 Rundschreiben (Jaksch) vom 19.10.1942. AMZV 494 (Hervorhebung im Original).

25 *Ebenda.*

26 Jaksch an Beneš am 7.10.1942. ČSNO Nr. 100.

27 *Beneš:* Šest let 335ff. — Siehe auch ČSNO Nr. 104 und DDP I/3, 990-1003.

28 Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Beneš am 3.12.1942. ČSNO Nr. 106. — Solange die Deutschen nicht auf die Nazis in Reichenberg, Aussig usw. schössen, könnten und dürften sie der tschechoslowakischen Regierung gegenüber keine Forderungen stellen, meinte Nosek. *Ebenda*, Anmerkung 3 zu Nr. 106.

dig" bezeichnen. So viele wolle er aber nicht aussiedeln. Auch denke er nicht an die Abtretung des Egerlands, sondern nur an den Austausch kleiner Territorien wie des Gebiets um Asch oder Rumburg gegen eine Verschiebung der Grenze in Richtung Glatz und Ratibor.[29] Nichols lobte jedoch wie schon Roberts die Rede. Das Kriegskabinett bleibe dabei, daß es zu einem Transfer der Sudetendeutschen kommen müsse, sagte Nichols, wolle sich aber auf konkrete Zahlen erst beim Waffenstillstand oder danach festlegen. Zu diesem Zeitpunkt werde die tschechoslowakische Regierung das Recht zur Besetzung des Vormünchener Territoriums bis zur endgültigen Festlegung der Grenzen fordern, erklärte Beneš: Inzwischen werden wir uns untereinander darauf einigen, welche Gebiete wir als Preis für den Transfer austauschen. Die Tschechoslowakei verlange auch eine Beteiligung an der Okkupation Deutschlands. Seine Politik einer frühzeitigen Einigung über das Ausmaß des Transfers habe zum Ziel, diesen legal und ohne „große Massaker" durchführen zu können.[30]

„Dann kam aber plötzlich eine Wendung", berichtete Jaksch seinen Vorstandskollegen.[31] Denn Jaksch wußte nichts von den britischen Einwänden gegen das Schuldprinzip, auf die Beneš reagierte. Zudem aber dürfte Jakschs Verhalten auf der Landeskonferenz Benešs Zweifel bestärkt haben, ob er ihm die Zustimmung zum Transfer einer großen Zahl von Sudetendeutschen abringen könne. Ganz deutlich machte Jaksch seine Haltung dann in seiner Antwort auf eine Rede und einen Zeitungsartikel Ripkas, in dem dieser alle Wähler Henleins, also zwei Drittel der sudetendeutschen Bevölkerung, unter die „Schuldigen" eingereiht hatte. Für niemanden, der Henlein und den Nationalsozialisten geholfen habe, werde Platz in der befreiten Republik sein.[32] Jaksch er-

[29] Der Direktor der Politischen Abteilung des tschechoslowakischen Außenministeriums erklärte einem Botschaftsrat der Londoner Botschaft Polens sogar, daß seine Regierung sich darum bemühen wolle, die Zeit der Racheakte an Sudetendeutschen möglichst zu verkürzen. Außerdem werde das „Gros der Deutschen in der Tschechoslowakei bleiben". Vermerk Stanisław Balińskis über eine Besprechung mit Nosek (Außenministerium) und Pavlovský (Präsidium des Ministerrats) vom 7.11.1942. — Siehe auch Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung zwischen Sikorski und Beneš am 13.11.1942. PRM 64/3/8f. — Vermerk Ripkas über diese Besprechung. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 145. — Vermerk (Kulski) vom 17.9., 23.10. und 20.11.1942. Ambassada w WB, HI.

[30] Vermerk Ripkas über eine Besprechung Benešs mit Nichols am 3.12. und über seine eigene Besprechung mit Nichols am 9.12.1942. ČSNO Nr. 107f.

[31] Protokoll der Sitzung des Parteivorstands am 17./18.4.1943. SDA, NJ.

[32] Rede Ripkas vor dem ‚Czechoslovak-British Friendship Club' vom Oktober 1942. DDP I/3, 823-831.

innerte Ripka öffentlich daran, daß dieser noch 1939 die Wähler der ‚Sudetendeutschen Partei' in Autonomisten und Irredentisten eingeteilt hatte, und sprach sich nun dafür aus, die Kriegsverbrecher zu bestrafen, aber nicht von einem Staat in den anderen zu verschieben.[33] Er sei jedoch nicht pessimistisch, denn die Lage werde sich verbessern, sagte Jaksch zu Roberts, wenn die Tschechen vor dem praktischen Problem stehen würden, mindestens einen beträchtlichen Teil der Sudetendeutschen in die Nachkriegsrepublik einzugliedern.[34]

Seinem Gespräch mit Jaksch am 1. Dezember 1942 gab Beneš nun „einen peinlichen Charakter", wie Jaksch seinen Vorstandskollegen berichtete, und zwar durch die Frage, warum Jaksch nicht von Anfang an den „richtigen Standpunkt" bezogen habe.[35] Bei dieser Unterredung übergab Beneš Jaksch eine „Grundlegende Stellungnahme" zur Resolution der ‚Treuegemeinschaft' vom 7. Juni 1942. Entweder könnten sie sich auf der Grundlage dieser „Stellungnahme" einigen, oder sie müßten eben feststellen, daß ein Übereinkommen unmöglich sei, und alles bis Kriegsende offen lassen.[36] In seiner „Stellungnahme" fragte Beneš, ob für die vielen Hunderttausend Schuldigen nicht die Aussiedlung besser sei als eine Einweisung in Großgefängnisse oder lebenslang in Konzentrationslager. Konkrete Beschlüsse zum Transfer habe die Regierung aber noch nicht gefaßt, zumal es sich nicht um eine ausschließlich tschechoslowakische, sondern „eine Frage von allgemeiner europäischer Bedeutung" handle.

Eine definitive Position dazu [d. h. zum Transfer] wird die tschechoslowakische Regierung auf der Basis der letzten Kriegsereignisse treffen sowie der Ereignisse bei uns zu Hause und je nachdem, wie sich die übrigen Siegermächte in ihren Vorbereitungen für den Waffenstillstand und den Frieden dazu stellen werden.

Gegen den Vorwurf der „einseitigen Machtlösung" in der Resolution der ‚Treuegemeinschaft' wandte Beneš ein, daß das deutsche Volk und deshalb auch die Sudetendeutschen die Folgen der Niederlage tragen müßten. Dennoch sei jedem „klar, daß in der neuen Republik irgendwelche Deutsche sein werden und leben müssen". Die Geschichte habe gezeigt, daß die Selbstbestimmung der Sudetendeutschen jene der Tsche-

33 Der Sozialdemokrat vom 30.11.1942. FO 371/30835, C11650/326/55. — Arbeitspapier des ‚Subcommittee on Territorial Problems' vom 5.2.1943. DDP I/4 164-166.

34 Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Jaksch vom 24.11.1942. FO 371/30835, C11650/326/55.

35 Protokoll der Sitzung des Parteivorstands vom 17./18.4.1943. SDA, NJ.

36 Vermerk Ripkas über eine Besprechung Benešs mit Jaksch am 1.12.1942. ČSNO Nr. 106.

choslowaken und ihren Staat unmöglich mache. Da diese nicht ständig mit „einem deutschen Revolver an der Brust" leben könnten, dürften „die Bewohner unseres Grenzgebiets kein Recht auf eine kollektive oder territoriale ‚Selbstbestimmung' ohne Zustimmung der Tschechen", wohl aber alle individuellen Rechte bekommen.[37] In einem Vortrag in Manchester am 5. Dezember 1942 erklärte Beneš:

> We cannot altogether rule out the possibility of certain population transfers as a condition for establishing the equilibrium of a permanent peace. [...] Transfers are a painful operation. They involve many secondary injustices. The framers of the peace settlement could not give their consent, unless the transfers were humanely organised and internationally financed.

Er glaube nicht, daß sich die Staaten Mitteleuropas auf größere konföderative Einheiten einigen würden, solange die Streitigkeiten um Grenzen und Minderheiten nicht verschwänden, die im Falle der Tschechoslowakei durch den Transfer einer möglichst großen Zahl von Deutschen und Magyaren gelöst werden sollten.[38]

Am 8. Januar 1943 empfing der Präsident Jaksch von neuem und warf ihm wieder einmal sein unterschiedliches Verhalten in der Heimat und im Exil vor. Jaksch fragte dagegen:

> Warum skrutiniert man nicht die Motive der Kommunisten? [...] Was will man von uns? Im Staatsrat, in der Regierung, in der Administrative kann man uns nicht brauchen, Verhandlungen mit uns kann man nicht aufnehmen. Wozu also die Diskussion über Motive?[39]

Kurz darauf schickte Beneš Jaksch eine auf den 2. Dezember 1942 datierte Abrechnung, die als Antwort auf Jakschs Begleitschreiben vom 22. Juni 1942 zur Juni-Resolution konzipiert war. Zwar erkannte Beneš an, daß die deutschen Sozialdemokraten bis ‚München' „standhaft zu uns gehalten haben". Er hielt Jaksch jedoch vor, bis 1941 versucht zu haben, die Exilregierung zu einer Garantie für die Zukunft zu zwingen. Jaksch habe selbst zugegeben, die Entwicklung falsch eingeschätzt, nämlich eine Revolution in Deutschland und einen kurzen Krieg erwartet zu haben. Er selbst – Beneš – habe jedoch keinerlei Fehler gemacht – „alles

37 Beneš: Zásadní stanovisko k usnesení představenstva sudetoněmecké sociální demokratické strany z června 1942 (Grundsatzbeschluß des Vorstands der sudetendeutschen sozialdemokratischen Partei vom Juni 1942), (vom 1.12.1942). ČSNO Nr. 105, und *Beneš:* Paměti 455ff. — FO 371/34343, C791/791/12.

38 Beneš-Rede an der Universität Manchester vom 5.12.1942. NK 192/1. — Das gleiche sagte Ripka im Chatham House am 12.12.1942. ČSNO Nr. 109.

39 Protokoll der Sitzung des Parteivorstands der ‚Treuegemeinschaft' am 17./18.4.1943. SDA, NJ.

ging genau so vor sich, wie ich es erwartet habe". Ein rechtzeitiges Einlenken im Jahre 1940 hätte den sudetendeutschen Sozialdemokraten den Eintritt in den Staatsrat vor dem Aufkommen der neuen nationalistischen Welle im Protektorat ermöglicht. Durch sein Abseitsstehen habe Jaksch den Nationalisten in die Hände gearbeitet. Schließlich warf Beneš seinem Kontrahenten dessen Aufrufe zum Eintritt in die britische Armee, seine Rundfunkansprachen im „Reichsrundfunk" und seine Reaktion auf die Annullierung von ‚München' vor. Zum Beleg seiner Kritik zitierte Beneš aus zahlreichen Rundschreiben und Papieren der ‚Treuegemeinschaft'. Roberts empfand es als „äußerst unwürdig", daß Beneš sich auf eine solche Polemik mit Jaksch einließ und behauptete, selbst immer recht gehabt zu haben.[40] Mit dieser Abrechnung legte Beneš die Grundlage für eine Legende, die bis in die heutige Historiographie hineinwirkt. Denn erstens hat Beneš, wie ich gezeigt habe, zwar 1940 immer wieder von der Möglichkeit eines Eintritts sudetendeutscher Vertreter in den ‚Staatsrat' gesprochen, diesen aber selbst immer wieder verzögert. Zweitens war die nationalistische Welle schon kurz nach der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren aufgekommen. Drittens hatte Beneš seit dem September 1938 an seinem Plan – Teilabtretung, Teilvertreibung und Assimilation – festgehalten, einem Plan, dem Jaksch niemals zustimmen konnte.

Als Beneš seine „Grundlegende Stellungnahme" am 3. Dezember 1942 dem britischen Botschafter übergab, sagte er, daß er schon für den Herbst 1943 mit dem Ende des Krieges rechne. Durch den „showdown" mit Jaksch wolle er die Vorbereitungen für die Nachkriegszeit beginnen und diese innerhalb der nächsten sechs Monate beenden. In den Waffenstillstandsbedingungen mit Deutschland solle festgelegt werden, daß die Tschechoslowakei zwei Millionen Deutsche vertreiben könne, die Deutschland bei kleineren Grenzkorrekturen, d. h. bei Verzicht auf das Egerland und auf Gebiete um Reichenberg und Jägerndorf, aufnehmen müsse.[41] Auf diese Konzeption hatte sich Beneš bei informellen Treffen mit den Ministern geeinigt.[42] Roberts schien es wichtiger, daß Jaksch Einfluß unter seiner Anhängerschaft behalte, um sie später in den tschechoslowakischen Staat zu führen, als daß er sich jetzt mit

40 Beneš an Jaksch am 2.12.1942 mit einem Vermerk von Roberts vom 9.2.1943. FO 371/34329, 65ff. — Siehe auch *Beneš:* Paměti 472ff.

41 Nichols an Roberts am 3.12.1942. FO 371/30835, C12172/326/12. Siehe auch DDP I/3, 1103-1117. — Amery über eine Besprechung mit Beneš an Eden vom 19.1.1943. FO 371/34334, C1020/206/12. — *Feierabend:* Ve vládě, Bd. 2, 151. — *Ders.:* Beneš mezi Washingtonem a Moskvou 121.

42 Anm. 2 zu ČSNO Nr. 107. — *Feierabend:* Vzpomínky, Bd. 2, 251f.

der Regierung einige und vielleicht als „tschechische Marionette" diskreditiert werde.[43] Jaksch war inzwischen nicht mehr bereit, die deutsche Frage als inner-tschechoslowakische Angelegenheit zu bezeichnen und den Tschechen damit einen ‚Blankoscheck' zu geben.[44] Über ein Übereinkommen mit Beneš würde er sich freuen, aber: „Zum politischen Selbstmord darf es nicht kommen", erklärte Jaksch dem tschechoslowakischen Agenten Frenzel.[45]

Beneš machte immer offener Propaganda für eine umfangreiche Vertreibung. Deutschland und Ungarn hätten ihre Minderheiten in den Nachbarstaaten als Werkzeug und ‚Fünfte Kolonne' genutzt. Deshalb plädiere er für eine „drastische und dauerhafte" Lösung durch den Transfer eines Teils dieser Minderheiten. Den verbleibenden Minderheiten dürften keine nationalen Rechte eingeräumt werden.[46] In seiner Rundfunkansprache zu Ostern 1943 erklärte Beneš:

> Die Zeit unserer Erlösung rückt näher [...]. Vergeßt niemanden, der uns beleidigt, der uns verraten hat; merkt Euch die Namen und Adressen jedes Gestapo-Mannes, jedes Gauleiters, jedes Landrats [...], merkt Euch besonders auch die Verräter unter unseren deutschen Staatsangehörigen – kurz alle, die sich gegen die Republik versündigt haben.[47]

Die Schärfe dieser Anweisung kann auch als Reaktion auf das brutale Vorgehen Karl Hermann Franks gegen die Familien der Exilpolitiker interpretiert werden. Seit Ende September 1942 hatte Frank deren Angehörige internieren lassen, um sie als Geiseln zu benutzen. In einer Rede vom 18. Oktober 1942 hatte er erklärt, mit dieser Maßnahme den Emigranten „das lose Maul stopfen" zu wollen, und gedroht: „Sollten sie weiterhetzen, so wäre ich gezwungen, in entsprechender Weise gegen die Häftlinge vorzugehen."[48] Anfang Dezember 1943 erhielt die Exilregierung einen zusammenfassenden Bericht über das Schicksal der Familien einiger ihrer exponierten Vertreter, den ich ausführlich zitiere:

[43] Vermerk von Roberts vom 18.12. und Schreiben an Nichols vom 24.12.1942. FO 371/30835, C12172/326/12. Siehe auch DDP I/3, 1194f.

[44] Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Jaksch vom 22.1.1943. FO 371/34329, C865/96/12.

[45] Frenzel an Smutný am 15.1.1943. AÚTGM, 40/XI/7/4.

[46] New York Times vom 19.2.1943. DDP I/4, 176-179. — Siehe auch Protokoll der Parteivorstandssitzung der ‚Treuegemeinschaft' vom 17./18.4.1943. SDA, NJ. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 61. — *Beneš:* Demokracie (1944) 248.

[47] *Tomášek/Kvaček:* Causa Emil Hácha 175.

[48] *Brandes:* Die Tschechen unter deutschem Protektorat, Bd. 2, 22.

Für den Herrn Präsidenten: Jiří Beneš (Enkel) in Dachau. Alle Vlčeks [d. h. die Familie von Benešs Frau Hana] im Gefängnis. Olga Drtina in Ravensbrück, die übrigen in Freiheit. Für Minister Masaryk: Die gesamte Verwandtschaft Masaryks befindet sich in Freiheit und hat keine Schwierigkeiten. Die Deutschen haben bewußt keinen von ihnen angerührt mit Rücksicht auf die sehr empfindliche tschechische öffentliche Meinung in bezug auf das Andenken des Befreier-Präsidenten. Für Minister Dr. Feierabend: Ing. Feierabend (85 Jahre) und die beiden Söhne sind in Dachau; beide Frauen in Ravensbrück; die Kinder sind gesund und bei Hartmann, der für sie sorgt. Für Dr. Outrata: Beide in Dachau. Für Prof. Dr. Klecanda: Die Frau ist tot, die Kinder in Ravensbrück. Für Dr. Opočenský: Frau Opočenský ist in Ravensbrück. Für Julius Fürth: Beide Frauen gesund. Für Frant. Němec: Frau und Tochter starben im Konzentrationslager. Für Fr. Hála: Die Mehrheit der Familienmitglieder im Konzentrationslager. Die übrigen in Freiheit. Für Fierlinger: Architekt Fierlinger und Schwester starben unter normalen Umständen; die anderen beiden Schwestern sind frei und gesund. Für Dr. Kraus: Die ganze Familie in Freiheit. Für Ing. Jar. Nečas: Frau und Tochter starben in Auschwitz. Für Minister Bechyně: Beide Šnejdáreks sind im Konzentrationslager in Svatobořice, die Kinder sind in Freiheit bei Verwandten, sind gesund.

Danach nannte der Bericht die Namen einer Reihe anderer Personen, die verhaftet oder hingerichtet worden waren, darunter die Namen von 14 hingerichteten Generälen, zehn Obersten und zwölf Oberstleutnanten.[49]

Ende Februar 1943 hatte Karl Hermann Frank auf einer Kundgebung in Prag, die vom Rundfunk übertragen wurde, aus einer Depesche vom 10. Oktober 1942 zitiert, die Beneš einer Fallschirmagentengruppe mit auf den Weg gegeben hatte: Gleich nach der Niederlage Deutschlands sollten „möglichst viele der kleinen und großen Schuldigen durch eine Volks-Revolutionsaktion gerichtet werden, und eine Massenrevolution soll zur Vertreibung der schuldigen Deutschen und Magyaren aus der Republik dienen." In wenigen Monaten seien die noch nicht betroffenen Schuldigen von Kriegsgerichten abzuurteilen. Nach diesen kurzen revolutionären Phasen sollte der international vereinbarte Transfer der deutschen und magyarischen Bevölkerung gesetzlich vorbereitet und durchgeführt werden. Er habe immer darauf bestanden, daß den demokratischen und unschuldigen Deutschen nichts geschehen dürfe, aus „Rücksicht auf die Gefühle unserer Leute zu Hause", aber keine Vereinbarungen mit ihren Vertretern abgeschlossen.[50] Während Frank diese Aussagen über den geplanten Transfer anscheinend nicht zitiert hat, machte er Benešs Äußerungen über das Zaudern der sudetendeutschen

49 Zpráva z domova [Bericht aus der Heimat] vom 2.12.1943. DHČSP II, Nr. 536.

50 Benešs Botschaft nach Hause vom 10.10.1942. DHČSP I, Nr. 501, und Edvard Beneš: Vzkazy do vlasti Nr. 72, 138-140.

Sozialdemokraten unter Jakschs Führung bekannt, sich für die Republik auszusprechen.[51]

Viele Genossen in England erfuhren erst aus der Rede Franks von Benešs Plänen und dessen Vorwurf, daß die deutschen Sozialdemokraten unter Jakschs Führung lange gezaudert hätten und sich ohne eine tschechoslowakische Erklärung oder eine Vereinbarung nicht für die Republik hätten aussprechen wollen, so daß Jaksch reagieren mußte. In einem Rundschreiben an seine Genossen bezeichnete Jaksch den Vorwurf des „Schwankens" als ungerecht. Während seine Gruppe in Holmhurst erklärt habe, daß es „Pflicht eines jeden freiheitsliebenden Deutschen [sei], sich im Kriegszustande mit dem Mord- und Raubregime der Nazis zu betrachten", hätten die Kommunisten „den Freiheitscharakter des Krieges und ihre Begeisterung für die Republik erst dann entdeckt [...], als es von Moskau anbefohlen wurde". Er wies auf das Angebot seiner Gruppe hin, sich über Probleme des Überganges zu verständigen. „Vorbehaltlich einer neuen Beschlußfassung des Parteivorstandes werden wir allerdings Angebote dieser Art nicht wiederholen." Churchills Plädoyer für einen ‚Europäischen Rat' und Konföderationen der kleinen Staaten interpretierte er als Bestätigung seiner Politik. Nun müßten auch die europäischen Sozialisten zum Thema einer europäischen Friedenskonzeption und der „gemeinsamen Strategie der europäischen Arbeiter- und Bauernregierungen" Stellung nehmen. Der Plan der Nazis, eine Verteidigungsstellung von Ostpreußen über Mittelpolen bis zum Protektorat aufzubauen, könne nur durch den Sturz des Regimes mit den vereinten Kräften der nationalen Widerstandsbewegungen und der anti-nationalsozialistischen Deutschen vereitelt werden. Allerdings sei es „besser, die vorhandenen Kräfte für einen großen einheitlichen Schlag aufzusparen, anstatt sie in vordatierten und isolierten Aktionen sinnlos hinzuopfern".[52]

Am 3. April 1943 nahm Jaksch zu Benešs Abrechnung Stellung. Den deutschen Sozialdemokraten bzw. ihm persönlich mache Beneš ihre von seiner Politik abweichende Haltung zum Vorwurf und spreche er von Fristversäumnis. Seit 1939 hätten sich doch auch die Kampf- und Friedensziele anderer Politiker geändert. So habe Attlee am 8. November 1939 nur „den Rückzug der Truppen und Polizei aus dem Gebiet gefordert, das sogar in München als tschechoslowakisch angesehen worden ist". Noch bevor Beneš am 24. Juli 1940 öffentlich von staatlicher „Rechtskontinuität" gesprochen habe, habe sich die ‚Treuegemeinschaft' in Holmhurst zu einer Vereinbarung über „die Anwendung des Selbst-

[51] Rundschreiben von Jaksch/Reitzner, Ende März 1943. DHČSP II, Nr. 264.
[52] *Ebenda.*

bestimmungsrechts im Sinne der Wiederherstellung einer Staatsgemeinschaft mit dem tschechischen Volk" bereiterklärt. „Fassungslos" sei er über Benešs Vorwurf, daß er im „Reichsrundfunk" gesprochen habe. Dieses „Instrument der politischen Propaganda gegen Hitler" wende sich an alle deutschsprachigen Hörer im besetzten Europa. Auch Tschechen hätten schon in diesem deutschsprachigen Dienst der BBC gesprochen. Zu den Zitaten in Benešs Abrechnung schrieb Jaksch: „Der Grad unserer Erbitterung über die ‚polizeiliche' und sonstige Bewachung unserer Bewegung im Exil, die zuhause ihre besten Menschen für eine gemeinsame Sache geopfert hat, ist schwer auszudrücken". Die Fälschung des Zitats aus dem Richtlinien-Entwurf vom November 1939 – „Unserer Überzeugung nach würde die Wiedererrichtung eines tschechisch-slowakischen Nationalstaates in den Vor-Münchner Grenzen den Keim neuer Konflikte bedeuten" – nannte Jaksch „gewerbsmäßige Brunnenvergiftung". Die Kommunisten, die die Auslandsbewegung in den Jahren 1939–1941 sabotiert, Personen mit engen Kontakten zu den Nazis sowie Gesandte, die ihre Ämter im sicheren Ausland niedergelegt hätten, würden in die Exil-Institutionen aufgenommen. Jaksch gab dennoch seiner Hoffnung Ausdruck, daß das tschechische Volk nach diesem „tieftraurigen Zwischenspiel [...] zu der Erkenntnis kommen wird, daß Freunde in der engsten Nachbarschaft wichtiger sind als Bundesgenossen in der Ferne".[53]

Die Parteiexekutive reagierte auf Benešs „Grundlegende Stellungnahme" mit dem Memorandum „Unser Standpunkt". Sie bekannte sich zu ihrer traditionellen Forderung nach einer „übernationalen Staatskonzeption" und lehnte die „bedingungslose Annahme der tschechischen Staatsdoktrin" ab. Sie brachte Beispiele für die Diskriminierung der Sudetendeutschen von 1918 bis 1943 und schloß:

Heute werden wird als ‚Tschechoslowaken' reklamiert, morgen als ‚Deutsche' zurückgestoßen. Wenn es um Pflichten geht, sind wir gleichberechtigte ‚Tschechoslowaken'; sobald es um Rechte geht, sind wir unerwünschte ‚Deutsche'.

Sie warnte vor dem Transfer:

Vertriebene Sudetendeutsche sind der Zukunft des tschechischen Volkes gefährlicher als jene, die daheim bleiben und zufrieden sind. [...] ob man die Sudetendeutschen an Zahl reduziert oder nicht, ob man Eger-Asch abtritt oder behält – keine junge Generation wird sich dauernd mit einem Minderheits-Schicksal abfinden in der Nachbarschaft eines Siebzigmillionenvolks, das ihre Sprache spricht. [...] [Die Sudetendeutschen] aber können sich nur als politisch-nationale Eigenpersönlich-

53 Jaksch an Beneš am 3.4.1943. ČSNO Nr. 115. Englische Übersetzung in: FO 371/34330, C4460/96/12.

keit von der Lockung der Zugehörigkeit zu einer großen Nation abheben – als ‚Minderheit' niemals.[54]

Während der Sitzungen des Parteivorstands am 17. und 18. April 1943 berichtete Jaksch über die letzten „peinlichen" Gespräche mit Beneš und dessen beide Anklageschriften gegen die ‚Treuegemeinschaft' und ihn persönlich. Seines Erachtens hatte die Exilregierung „Angst vor zuhause und will sich deshalb mit keiner Vereinbarung belasten, sondern im Gegenteil sich ein Verdienst erwerben, indem sie uns als ihren Hauptgegner bekämpft". Die Verhandlungen mit Beneš habe er nicht früher abbrechen können, um den Engländern zu zeigen, daß die tschechoslowakische Seite die Schuld an ihrem Scheitern trage. „Mit der beabsichtigten Reise Benešs nach Washington wird die Sache ernst, weil nun das Lavieren aufhört. Ich glaube nicht, daß die Amerikaner auf den Bevölkerungstransfer einschnappen werden." In der politischen Debatte sprach sich die Mehrheit der Mitglieder des Parteivorstands für eine härtere Politik gegen die Exilregierung aus. „Wir müssen aufhören, Angst vor der eigenen Courage zu haben", sagte z. B. de Witte. „Wir haben hier mit einem großen Föderationsplan gestartet; es ist jammerschade, daß wir die Sache damals fallenließen. Sie muß wieder aufgegriffen werden." Die ‚Treuegemeinschaft' solle sich rechtzeitig mit einem „europäischen Friedensplan" zu Worte melden. Rambauske fragte: „Warum hat man denn immer von Vertragslösung gesprochen, wenn die führenden Genossen wußten, daß es aussichtslos ist?" Und Hantusch ergänzte: „Wenn wir von der schlechten Behandlung unserer Genossen bei den Aussprachen gewußt hätten, hätten wir ihnen gesagt: Geht nicht mehr hin." Als einige Debattenredner sich für Kontakte zu den „sozialistischen Kräften Mitteleuropas" aussprachen, dämpfte Jaksch die Hoffnungen: „Im ganzen deutschsprachigen Sektor der Emigration haben wir nicht einen einzigen Bundesgenossen!" Auch eine Zusammenarbeit mit den slowakischen Exilpolitikern Hodža und Osuský schloß Jaksch aus. In seinem Schlußwort sagte Jaksch:

Wir müssen aus der rein tschechoslowakischen Fragestellung herauszukommen trachten. Die Jahre 1920–1938 bildeten eine Periode des Degenerationsprozesses des Sozialismus in allen Nationalstaaten. Die Politik der Deutschen Böhmens und Mährens ist seit der Jahrhundertwende im deutschen Kraftfeld entschieden worden. Wirtschaftlich sind wir *mit* den Tschechen im deutschen Kraftfeld.[55]

54 „Unser Standpunkt" (Anlage zu Jaksch an Beneš am 3.4.1943). ČSNO Nr. 116.
55 Protokoll der Sitzung des Parteivorstands vom 17./18.4.1943. SDA, NJ (Hervorhebung im Original).

Der Parteivorstand empfahl den Mitgliedern der ‚Treuegemeinschaft', nicht in die tschechoslowakische, sondern in die britische Armee einzutreten. Sudetendeutsche Sozialdemokraten könnten nicht für „die Massenvertreibung ihrer Landsleute" kämpfen. Sie blieben Freunde und Verbündete des tschechischen Volkes, Partner der sozialistischen und demokratischen Kräfte innerhalb dieses Volkes, lehnten aber den Dienst für ein Regime ab, das die Verdienste und Opfer der deutschen sozialdemokratischen Bewegung ignoriere und deren demokratische Rechte annullieren wolle. Dieser Antrag zum Militärdienst wurde vom Parteivorstand einstimmig und ohne Enthaltungen angenommen.[56]

In diesem Aufruf zum Eintritt in die britische Armee sah Beneš den „endgültigen Bruch Jakschs mit unserem Staatsgedanken".[57] Die Frage war erneut aktuell geworden, da das Kriegskabinett am 6. August 1942 einen ‚Allied Powers-War Service Act' verabschiedet hatte, der bestimmte, daß vom 1. April 1943 an alle wehrfähigen Angehörigen verbündeter Staaten, soweit sie nicht in deren Armeen dienten, in das ‚Pioneer Corps' oder die Royal Air Force eingezogen würden. Die Exilregierung hatte ihren Widerstand gegen diese Regelung erst am 22. Oktober 1942 aufgegeben, nachdem die britische Regierung mit der Veröffentlichung ihres Vorbehalts in der Frage der Jurisdiktion gedroht hatte.[58] Zwei Wochen zuvor hatte allerdings General Neumann gefordert, keine Sudetendeutschen aus Kanada und Großbritannien einzuberufen.[59]

Der Parteivorstand mußte sich auch mit einer Parteispaltung auf schwedischem Boden befassen, wo Josef Ladig und der ehemalige Abgeordnete Franz Krejči eine ‚Arbeitsgemeinschaft čechoslowakischer Sozialisten' gegründet hatten, die sich bedingungslos zur Tschechoslowakischen Republik bekannte und die deren Gesandten in Stockholm um einen Kredit bat.[60] Ihr hatten sich ebenso wie in Großbritannien rund ein Drittel der Mitglieder der ‚Treuegemeinschaft' angeschlossen.[61] Nach dem Beschluß des Parteivorstands vom April 1943 in der Militärfrage schrieb Krejči, daß diese Entscheidung die Sozialdemokraten als Kriegsdienstverweigerer verhandlungsunfähig gemacht habe und sie „auch nach dem Kriege [...] in einen üblen Geruch bringen" werde. Die

56 *Ebenda.* — Rundschreiben Jaksch/Reitzner, Anfang Mai 1943. ČSNO Nr. 118.

57 Vermerk Smutnýs vom 26.4.1943. DHČSP I, Nr. 273.

58 Anmerkung 5 zu ČSNO Nr. 111.

59 *Maršálek:* Českoslovenští občané 135.

60 Press Reading Bureau (Stockholm) vom 14.4.1943. FO 371/34336, C4514/372/12. — Protokoll der Sitzung des Parteivorstands der ‚Treuegemeinschaft' vom 17./18.4.1943. SDA, NJ.

61 123 von 314 Personen. *Grünwald:* In der Fremde für die Heimat, Bd. 3, 25.

Sozialdemokraten sollten im Exil nur für die sozialistischen Arbeiter das Wort ergreifen und sozialistische und nicht nationale Forderungen für die gesamte deutschsprachige Bevölkerung der Tschechoslowakischen Republik erheben. Die Arbeiter aller Völker der Tschechoslowakei sollten sich in einer Partei vereinigen. Die nationale Autonomie sei ebenso wie vor dem Kriege „lediglich eine Frage der Zweckmäßigkeit" und könne „der nationalsozialistisch verseuchten Mehrheit" der Deutschen nicht ohne jeden Übergang eingeräumt werden. Die Partei solle ihre Stellung gegenüber Sowjetrußland und den Kommunisten revidieren, zumal sich in der russischen Politik große Wandlungen vollzogen hätten.[62] Der tschechoslowakische Gesandte in Stockholm forderte Anfang 1944 die deutschen sozialdemokratischen Emigranten auf, sich von Jaksch zu trennen. Wer dies nicht tue, dessen tschechoslowakischen Paß werde er nicht erneuern.[63]

Die in Schweden lebenden Mitglieder des Parteivorstands wiesen zwar die „bedingungslose Kapitulation" dieser ‚Arbeitsgemeinschaft čechoslovakischer Sozialisten' als „beispiellosen Mangel an Würde und als Verrat an den Sudetendeutschen im allgemeinen und den sudetendeutschen Arbeitern im besonderen" zurück, waren aber ebenfalls nicht mit dem Beschluß zugunsten des Dienstes in der britischen Armee einverstanden, weil er sich nicht nur gegen die Regierung, sondern auch gegen den tschechoslowakischen Staat richte. Ziel müsse ein bindender Vertrag zwischen der ‚Treuegemeinschaft' und der Exilregierung sein, der die Freiheit unserer Bewegung in der künftigen ČSR sichert und verhindert, daß die unvermeidliche Abrechnung mit den Nazis zu einem fast unüberbrückbaren Abgrund zwischen Tschechen und Deutschen führt. Zugleich wandten sie sich gegen den Transfer auch nur eines Teils der sudetendeutschen Bevölkerung als „eine barbarische und undemokratische Methode, woraus unglücklicherweise geschlossen werden müsse, daß bestimmte Personen, die sich Demokraten nennen, von der Denkweise der Nazis und Faschisten infiziert sind".[64] Daraufhin sollte Reitzner nach Schweden fahren, um die Vorstandskollegen über die Hintergründe des Beschlusses zu unterrichten, bekam jedoch kein

[62] Franz Krejči: Sudetendeutsche oder čechoslovakische Politik. Stockholm 1943. AMZV 433. — Press Reading Bureau, Stockholm an Political Intelligence Department vom 14.3.1944. FO 371/38922, C3608/63/12.

[63] Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Jaksch am 24.2.1944. FO 371/38922, C2605/63/12.

[64] Rückübersetzung aus dem Englischen. Heller, Paul, Kern und andere an Jaksch (August? 1943). FO 371/34330, C11319/96/12.

britisches Ausreisevisum.[65] „Ohne Not und ohne zwingenden Grund hat die Partei aus eigener Initiative auch formell den vollständigen Bruch mit dem vollzogen, was in dem Rundschreiben (von Anfang Mai) als ein Auslandsregime bezeichnet wird, dem wir keinen Dienst schuldig sind", schrieb auch Egon Schwelb an den Parteivorstand. Durch seinen Beschluß in der Militärfrage habe der Parteivorstand „das Resultat des Bevölkerungstransfers", d. h. den Verlust der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft, „geradezu vorweggenommen. [...] Ich erachte mich durch ihn nicht gebunden."[66]

Auf der anderen Seite hatte der frühe Dissident Franz Kögler aufgrund der Transfer-Propaganda der Exilregierung im April 1943 zumindest zeitweise die Hoffnung auf eine Zusammenarbeit mit der Exilregierung aufgegeben. Deshalb stellte die geplante ‚Freie Vereinigung deutscher Aktivisten aus der ČSR' noch vor ihrer offiziellen Konstituierung ihre Tätigkeit ein.[67] Die Leute um Kögler opponierten auch gegen den Beitritt der Zinner-Gruppe zu der von den Kommunisten beherrschten ‚Sudetendeutschen Einheitsfront' und erwogen ihren Austritt aus der Zinner-Gruppe.[68] Im Oktober 1943 konstituierte sich die Gruppe doch noch als ‚Arbeitsgemeinschaft ehemaliger deutscher Aktivisten aus der ČSR' und soll aus Vertretern der Landbundes, der Christlich-Sozialen und der Sozialdemokraten bestanden haben. Sie wollte auch Vertreter der Demokraten aufnehmen, soweit sie nicht der Gruppe Peres angehörten.[69] Auch sudetendeutsche Kommunisten und die

65 Carl Heller, Ernst Paul, Karl Kern an Jaksch mit einem Anschreiben vom 24.9. 1943. — Vermerke von Roberts über Besprechungen mit Jaksch vom 1.4. und 29.4.1943. — Roberts an Jaksch am 19.11.1943. FO 371/34330, C11319, 10038, 11519/96/12. — Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Jaksch am 24.2.1944. FO 371/38922, C2605/63/12.

66 Schwelb an Parteivorstand vom 9.5.1943 (mit einem Anschreiben an Drtina vom selben Tage). AÚTGM, 40, XI/7/15.

67 Slávik an die Kanzlei des Präsidenten der Republik am 8.4.1943. AÚTGM, 40, XI/10. — Diese Vereinigung hatte ein Gustav Borsky-Bodirsky zusammen mit Kögler, Koutnik und dem ehemaligen Redakteur Karl Kunschke als eine Art „überparteilicher Arbeitsgemeinschaft" ins Leben gerufen. Borsky-Bodirsky an Smutný am 30.9.1942. AÚTGM, 40/XI/7/4. — Allerdings erschien im April 1943 noch eine Broschüre Köglers unter dem Titel „Oppressed Minority?". Sie wird erwähnt in einem Rundschreiben von Jaksch/Reitzner (Anfang Mai 1943). ČSNO Nr. 118. — Auch Dr. Herbert Mayr-Harting, der Sohn des ehemaligen Justizministers, und Max Koutnik entschlossen sich, auf ihre geplante aktivistische Tätigkeit in der künftigen Tschechoslowakei zu verzichten. *Maršálek:* Českoslovenští občané 136.

68 Vermerk (o. V., Juli-August 1943). ANM, kr. 48, č. 470.

69 Innenministerium an Drtina am 13.10.1943. AÚTGM, 40, XI/10.

‚Deutsch-Demokratische Freiheitspartei' kritisierten die Aussiedlungspläne, mit deren Erörterung man der Entwicklung des Widerstandes in den deutschen Gebieten schade.[70] Das Innenministerium kam zu dem Schluß, daß alle sudetendeutschen Exilgruppen gegen den Transfer seien, aber wie z. B. Brügel mit der Vertreibung von rund 50 000 Nazis rechneten.[71] Der Kommunist Beuer lehnte damals die Übernahme der nationalistischen Positionen der Exilregierung ab, doch betonte die Führung der KSČ-Sektion in Großbritannien, von Kreibich unterstützt, daß die Partei die Vertretung der tschechischen nationalen Forderungen nicht ihren bürgerlichen Partnern überlassen dürfe. Das Schicksal der Sudetendeutschen hänge vom Verhalten der Massen in der Heimat ab. Nur durch sudetendeutschen Widerstand gegen das Nazi-Regime könne den Vertreibungsplänen die Grundlage entzogen werden. Wie Beneš warfen die deutschen Kommunisten und Deutsch-Demokraten Jaksch eine schädliche Politik der Vorbedingungen vor.[72]

Die tschechische Widerstandsbewegung war durch Heydrichs Terror im Herbst 1941 und durch die zweite Terrorwelle nach seinem Tod äußerst geschwächt und meldete sich nur selten zu Wort. Der ehemalige Außenminister Dr. Kamil Krofta und der ehemalige Präsident des Obersten Gerichtshofs Dr. Emil Lany, die im Herbst und Winter 1941/42 einen ‚Vorbereitenden National-Revolutionären Ausschuß' gebildet hatten[73], forderten im Juni 1942, alle Deutschen als Reichsbürger zu behandeln, ihr Eigentum zu konfiszieren und die Schuldigen zu bestrafen. Auch die „loyalen" Deutschen sollten nur eine Aufenthaltserlaubnis als Ausländer erhalten. Zudem müßten die Deutschen „als Arbeiter der ČSR für Wiederaufbau-Arbeiten zur Verfügung stehen.[74] Im Oktober und November 1943 erhielt die Exilregierung Nachrichten aus der Hei-

70 *Nový:* Život a revoluce 163. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 59. — Leserbrief Kreibichs vom 12.3.1943 im ‚Manchester Guardian'. NK 212, 212. — Entschließung des Vorstandes der ‚Deutsch-Demokratischen Freiheitspartei' vom 27.6.1943. ANS 33.

71 Slávik an die Kanzlei des Präsidenten der Republik am 1.7.1943. AÚTGM, 40, XI/9.

72 *Nový:* Život a revoluce 163. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 59, 65. — Leserbrief Kreibichs vom 12.3.1943 im ‚Manchester Guardian'. NK 212, 212. — Entschließung des Vorstandes der ‚Deutsch-Demokratischen Freiheitspartei' vom 27.6.1943. ANS 33. — Damit folgten die Londoner Kommunisten der Linie, die ihre Moskauer Zentrale in einer Resolution vom 5.1.1943 festgelegt hatte: Die Sudetendeutschen sollten durch ihren Kampf gegen die Nazis die Voraussetzungen für eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit den Tschechen schaffen. *Janeček:* Národní fronta 208 ff.

73 *Brandes:* Die Tschechen unter deutschem Protektorat, Bd. 2, 61.

74 Bericht aus Genf vom 21.6.1943. DHČSP II, Nr. 512.

mat, daß die Tschechen zwar einhellig die Aussiedlung aller Deutschen forderten, daß aber der Wunsch nach eigener blutiger Rache hinter der Furcht zurückgetreten sei, daß die Deutschen bei der Räumung des Protektorats „die Mehrheit unserer Leute umbringen" wollten. Aus Kreisen der tschechoslowakisch-evangelischen Intelligenz hatte ein Berichterstatter dagegen gehört, „daß wir um keinen Preis den Deutschen mit Erschießung, Totschlagen usw. heimzahlen sollten, ‚damit ihr Blut nicht an unserem Volk kleben bleibt'".[75] Intern kritisierte Beneš, daß Ripka zu wenig Propaganda für die Vertreibung mache. Es müsse gezeigt werden, daß die Sudetendeutschen „die eigentliche Ursache des Krieges seien und immer sein werden". Kurz darauf nannte der tschechoslowakische Dienst der BBC die Sudetendeutschen „die Hauptschuldigen dieses Krieges" und erklärte Ripka in einer Rede in Oxford, daß Deutschland und Ungarn zur Aufnahme aller ihrer Volksangehörigen gezwungen werden sollten.[76]

Benešs Bemühungen um amerikanische und sowjetische Zustimmung zum Transfer

Im Mai 1943 fuhr Beneš in die Vereinigten Staaten, wo er Zustimmung zu seinen Transferplänen suchte. Diese Reise bereitete er intensiv vor. Schon seine erwähnten Äußerungen gegenüber der ‚New York Times' sollten der Einstimmung dienen. Am 3. April 1943 wurde Beneš von Churchill empfangen. Großbritannien und Amerika müßten sich mit Rußland einigen, was nicht leicht sein werde, sagte Churchill, da es sonst keinen dauerhaften Frieden geben werde, und fuhr fort:

> Der Bevölkerungstransfer ist notwendig. Wer die baltischen Staaten verlassen will, soll gehen. Ebenso aus Ostpreußen, wenn es den Polen zufällt, und auch aus dem Sudetenland. Sie bekommen eine kurze Frist, um sich das Nötigste zu nehmen und zu gehen – ich hoffe, daß wir das bei den Russen durchsetzen. Das hat sich vor Jahren in der Türkei und Griechenland bewährt und wird sich auch jetzt bewähren.[77]

75 Bericht des Außenministeriums (Oktober–November 1943). ČSNO Nr. 129.
76 Vermerk Smutnýs vom 17.10.1943. DHČSP I, Nr. 325. — Rede Jakschs vom 7.11.1943. FO 371/34331, C13635/96/12. — *Ripka:* ČSR v nové Evropě 21.
77 Auszug aus einem Protokoll der Besprechung Benešs mit Churchill am 3.4. 1943. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 170. — Siehe auch Československo-sovětské vztahy, Bd. 1, Nr. 223.

Noch im März 1943 hatte Beneš Befürchtungen gehabt, daß die Kommunisten die Sudetendeutschen „durch ihre Parole der Selbstbestimmung der Völker für den Kommunismus gewinnen wollten, um damit die Tschechen in Schach zu halten, von denen sie wissen, daß sie sie nicht dafür gewinnen können".[78] Am 19. März hatte er Bogomolov gefragt, „wie sich Moskau die Lösung der Frage Deutschlands vorstelle und ob es den Grundsatz des Transfers wenigstens eines Teils unserer Deutschen annehme", wobei er darauf verwiesen hatte, daß Großbritannien „entschieden" für eine Reduktion der Zahl der Sudetendeutschen eintrete.[79] Kurz darauf hatte Bogomolov geantwortet, daß seine Regierung erst Stellung nehmen könne, wenn es die Haltung Londons und Washingtons kenne. Zwei hochrangige Beamte des Volkskommissariats des Äußeren waren, wie Fierlinger berichtete,

der Meinung, daß sie schwerlich auf Ihre Anfrage antworten können, da es sich um unsere Innenpolitik handle. Es sei selbstverständlich, daß wir zuhause Ordnung schaffen müssen und die sowjetische Regierung uns daran nicht hindern werde. Ich selbst denke, daß diese Antwort aufrichtig ist und daß Moskau nur gutheißen wird, wenn wir uns um die Auflösung der deutschen Sprachinseln und die Umsiedlung des chauvinistischen Teils der deutschen Minderheit bemühen. Wie Kornejčuk sagt, wird sich unser Volk selbst darum kümmern, daß die Nazis von uns verschwinden.[80]

Über den Grundsatzbeschluß des Kriegskabinetts zum Bevölkerungstransfer und die britischen Bedenken gegen das Kriterium der Schuld, das das Ausmaß des Transfers einschränken könnte, hatte Strang im März 1943 einen Beamten des State Department unterrichtet. Atherton hatte geantwortet, daß er persönlich sogar für die Rückkehr aller deutschen Minderheiten nach Deutschland sei, ebenso wie für die Rückkehr aller Japaner aus den Ländern des Fernen Ostens nach Japan. Das Foreign Office war aber unsicher, inwieweit das State Department als Ganzes von den britischen Empfehlungen Kenntnis genommen hatte, da sich Atherton keine Notizen gemacht hatte.[81] Von Eden und Strang wußte Beneš, daß die US-Regierung den Kabinettsbeschluß zum Trans-

78 Anmerkung 4 zu ČSNO Nr. 114.

79 Beneš an Fierlinger (vom 4.5.1943). DHČSP I, Nr. 275. — Vermerk Benešs über eine Besprechung mit Bogomolov am 19.3.1943. TP, HI. Siehe auch Československo-sovětské vztahy, Nr. 220. — *Fierlinger:* Ve službách ČSR, Bd. 2, 128f.

80 Vermerk Benešs über eine Besprechung mit Bogomolov am 19.3.1943. TP, HI. — Beneš an Fierlinger (am 4.5.1943). DHČSP I, Nr. 275. — *Fierlinger:* Ve službách ČSR, Bd. 2, 128f. — DMDČSSV 4/1, 352f.

81 Memorandum des Foreign Office vom 13.3. und Vermerk Strangs vom 19.3. 1943. FO 371/34396, C3655.

fer kannte.[82] Bei seinem Aufenthalt in Washington im März 1943 hatte sich Eden auch mit Litvinov getroffen. Diesem sagte er, daß man die Umsiedlung einiger nationaler Minderheiten und die Ablehnung von Minderheitenverträgen im Auge habe.[83] Im Foreign Office wurde kurz darauf diskutiert, ob nicht die sowjetische Regierung über die britische Zustimmung zum Transfer von deutschen Minderheiten unterrichtet werden sollte. Roberts war dagegen, da die Sowjetunion gezeigt habe, daß sie zu Bevölkerungsverschiebungen inner- und außerhalb ihres Staatsgebiets bereit sei, „ohne sich um humanitäre Erwägungen zu kümmern". Sie könnte der britischen Zustimmung eine zu weitgehende Interpretation geben. Nach Warners Meinung war die sowjetische Regierung durch die Diskussionen über die Zukunft Ostpreußens und vielleicht auch schon durch Beneš ohnehin unterrichtet.[84]

Gleich bei seinem ersten Gespräch mit Roosevelt am 12. Mai 1943 bemühte sich Beneš um dessen Einverständnis zum Transfer der Sudetendeutschen nach Deutschland und wies auf den britischen Grundsatzbeschluß und wahrscheinlich auch auf die positive Einstellung der Sowjetunion zu diesem Vorhaben hin. Dabei dachte er an Molotovs Äußerung vom 9. Juni 1942, daß die Lösung der sudetendeutschen Frage ein „inneres Problem [sei], in das sie sich nicht einmischen werden".[85] Als Ergebnis des Gesprächs am 12. Mai diktierte Beneš Smutný:

Den Transfer hat der Präsident vollkommen akzeptiert. Ich habe gesagt, daß die Deutschen aus Siebenbürgen, von uns und Ostpreußen umgesiedelt [přestěhovat] werden müssen, weiter welche Kategorie von Deutschen wir behalten wollen. Damit war er vollkommen einverstanden. Das bedeutet jedoch nicht, daß schon alles gewonnen wäre.[86]

Nach diesem Gespräch informierte Beneš Masaryk und die Regierung, daß Roosevelt „der Konzeption zustimmt, die Zahl der Deutschen in der Tschechoslowakei so weit wie möglich zu reduzieren".[87] Mit Welles erörterte Beneš „das deutsche Problem im gleichen Sinn wie

82 Vermerk Ripkas über eine Besprechung Benešs mit Eden am 22.4.1943. ČSNO Nr. 117.

83 Litvinov an Molotov vom 29.3.1943. SSSR i germanskij vopros Nr. 41.

84 Vermerke von Roberts und Warner vom 16.4.1943. FO 371/34396, C3655.

85 Siehe S. 142.

86 Vermerk Smutnýs vom 12.5.1943. ANM, kr. 48, č. 473/2. — Beneš an Masaryk vom 13.5.1943. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 177.

87 *Ebenda* 132f. — Beneš an Masaryk und Regierung vom 13.5.1943. Zitiert in: *Beneš:* Paměti 285. — Nichols an Roberts über eine Besprechung mit Masaryk vom 17.5.1943. FO 371/34400, C5591/696/62.

mit dem Präsidenten".[88] Hull erklärte Beneš, daß die USA die Münchener Regelung als „null und nichtig" betrachten.[89] In Chicago sprach Beneš auch öffentlich von der „grimmigen Notwendigkeit" des Transfers, um ein „dauerhafteres Gleichgewicht und einen dauerhaften Frieden zu schaffen".[90] Elmer Davis, der Leiter des Informationsamtes der USA, begrüßte allerdings Beneš in der New Yorker Carnegie Hall u. a. mit folgenden Worten:

Ich weiß, manche Leute werden sagen, daß die Minderheiten in der Tschechoslowakei zu viele Rechte hatten und zu gut behandelt wurden: daß es die Lehre der Münchener Krise sei, einer deutschen Minderheit keine Rechte mehr zu geben. Doch dies zu sagen, bedeutet in den Nazi-Irrtum zu verfallen und Tugend und Bösartigkeit als eine Sache der Rasse und des Blutes zu betrachten und nicht als Ausdrucksform menschlichen Fühlens und Denkens. Es gab viele Sudetendeutsche, welche schließlich die Lösung Masaryks akzeptierten und versucht haben, sie lebensfähig zu machen. Der Druck, der diese Lösung zerstörte, kam von außen und nicht von innen. Er hatte Unterstützung durch innere Kräfte, gewiß. Doch daß diese Unterstützung irgendwelche nennenswerte Ausmaße erreichte, war eine Folge der wirtschaftlichen Krise – der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren.[91]

Wie die Protokolle des ‚Committee on Territorial Problems'[92] zeigen, stand Davis den Überlegungen der Planungsgremien des State Department näher als Roosevelt. Diese befürworteten im Januar 1943 in bewußter Anknüpfung an ihre Position auf der Pariser Friedenskonferenz von 1919[93] die Abtretung von sechs kleinen Grenzbezirken, von denen auch Beneš immer wieder sprach, nämlich Asch, Rumburg, Friedland, Braunau, Freiwaldau und Jägerndorf mit etwa 359000 deutschen und 29000 tschechischen Bewohnern (Karte 5). Dieser Territorial-Unterausschuß empfahl auch, der Tschechoslowakei zum Ausgleich Gebiete bei Leobschütz und Ratibor sowie das Glatzer Becken teilweise oder ganz zu übertragen. Gegen tschechoslowakische Transfer-Forderungen wandte der Ausschuß ein, daß die Deutschen seit Jahrhunderten in der Tschechoslowakei gelebt hätten.[94]

88 Beneš an Masaryk über eine Besprechung mit Sumner Welles vom 17.5.1943. ANM, kr. 48, č. 473.

89 Vermerk über eine Besprechung Benešs mit Hull vom 18.5.1943. ANM, kr. 48, č. 473.

90 Vortrag Benešs in Chicago vom 22.5.1943. FO 371/34352, C6150/6009/12. Siehe auch DDP I/4, 316f. und Dr. Edvard Beneš 79.

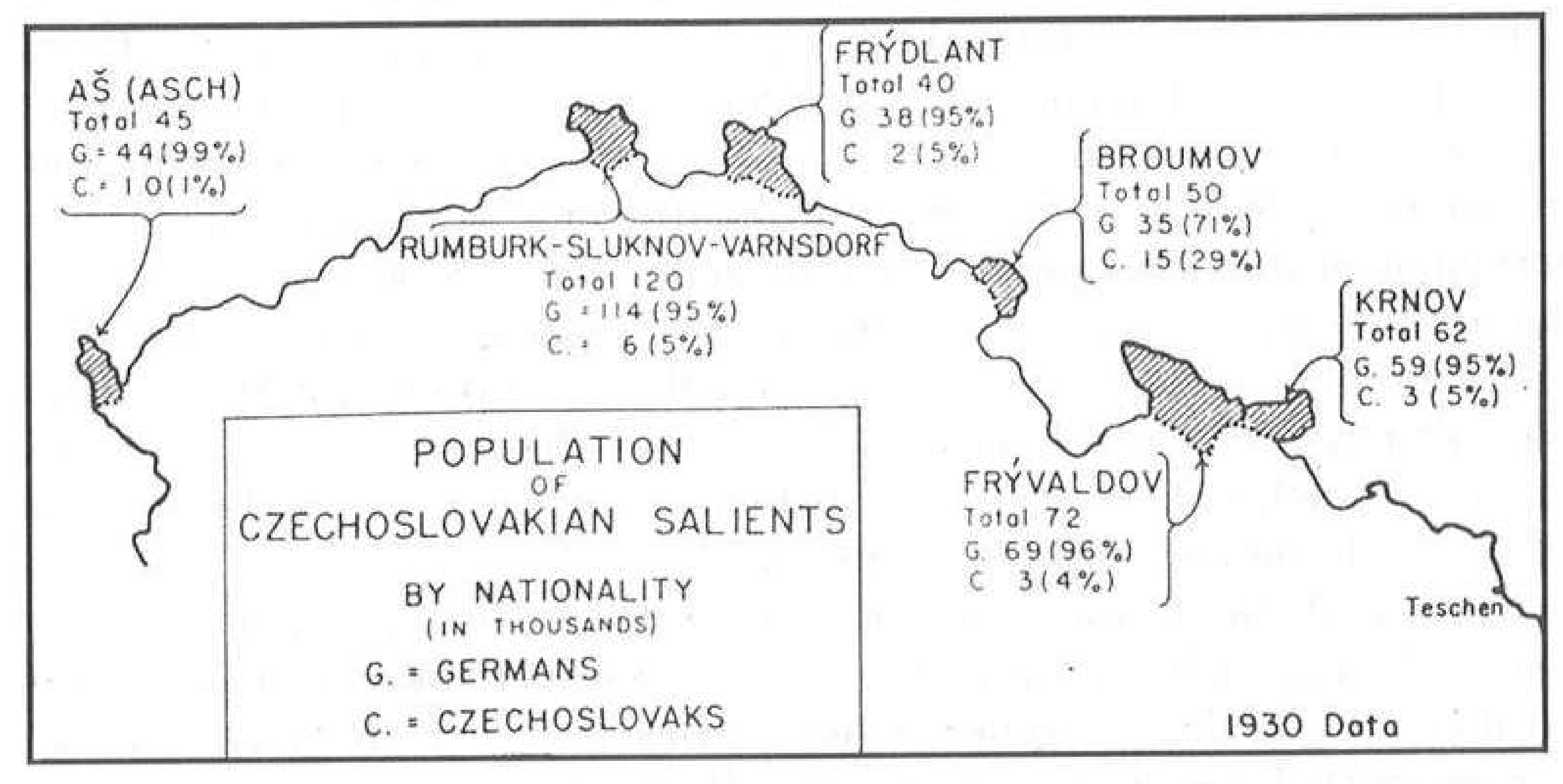
91 Menschen im Exil 341.

92 Siehe S. 221-223.

93 *Perman:* The Shaping of the Czechoslovak State 142-144.

94 Sitzungsprotokoll des ‚Subcommittee on Territorial Problems' vom 30.10.1942, 29.12.1942 und 22.1.1943. DDP I/2, 614-624 und 736-743 sowie DDP I/4, 88-

In London berichteten Masaryk und Ripka nach der Besprechung Benešs mit Roosevelt vom 12. und nochmals am 27. Mai dem sowjetischen Botschafter Bogomolov, daß sich nun auch die US-Regierung für den Transfer ausgesprochen habe, und erklärten, daß ihrer Regierung die sowjetische Erklärung, daß sie die deutsche Frage als eine innere Angelegenheit der Tschechoslowakei betrachte, nicht mehr genüge.



Karte 5: Die ethnische Struktur der Bevölkerung in sechs Bezirken entlang der deutsch-tschechoslowakischen Grenze

Noch am 27. Mai fragte Bogomolov, ob die Tschechen den Transfer nicht als Bevölkerungsaustausch deklarieren könnten, was seiner Regierung die Annahme des Vorschlags erleichtern würde. Am Abend des 5. Juni 1943 meldete er jedoch, daß die sowjetische Regierung „dem Gedanken des Transfers der Deutschen zustimmt", so daß Beneš bei seinem zweiten Gespräch mit Roosevelt am 7. Juni nun „erneut" auf die positive britische und sowjetische Stellungnahme zum Transfer verweisen konnte. Nach London berichtete er, daß Roosevelt sich für den „Transfer der Minderheitenbevölkerung aus Ostpreußen, Siebenbürgen und von uns" ausgesprochen habe[95]; in Wirklichkeit hatte Roosevelt, wie gezeigt, nur Benešs entsprechender Äußerung zugestimmt. Und Ripka

101. — Übersicht der ‚Division of Political Studies' vom 13.7.1943. DDP I/4, 400-403. — *Pautsch:* Die territoriale Deutschlandplanung 165-171.

95 Vermerke Ripkas über Besprechungen mit Bogomolov am 27.5. und 5.6.1943. ČSNO Nr. 119f. — Siehe auch Československo-sovětské vztahy, Bd. 1, Nr. 241. — Ripka an Beneš am 29.5. und 6.6.1943, Beneš an Masaryk und Regierung vom 7.6.1943. Zitiert in: *Beneš:* Paměti 288f. — Siehe auch Československo-sovětské vztahy, Bd. 1, Nr. 248f. — Nichols an Roberts am 9.6.1943. FO 371/34388, C6653/525/12.

informierte Nichols über Bogomolovs Aussage und fügte hinzu, daß nunmehr sowohl Großbritannien als auch die USA und die Sowjetunion in dieser Frage einig seien.[96]

Wieder in London, wiederholte Beneš dem britischen Botschafter, daß er als Ergebnis des Washington-Besuches das Einverständnis der drei Großmächte zu folgenden beiden Grundsätzen habe: Die Vormünchener Grenzen würden erst einmal völlig wiederhergestellt, doch könnten anschließend Grenzkorrekturen vorgenommen werden. Rund drei Millionen Sudetendeutsche würden nach Deutschland transferiert. Allgemein sollten s. E. alle künftigen Minderheitenabkommen eine Bestimmung enthalten, die es erlaube, unzufriedene oder gefährliche Minderheiten in ihre Ursprungsländer zu deportieren. Soweit ich sehe, hat Beneš in dieser Unterredung erstmals von drei statt zwei Millionen Vertriebenen gesprochen – wohl auch deshalb, weil Jaksch die Mithilfe bei der Vertreibung seiner Landsleute verweigert hatte. Es dürfte sich um einen ‚Versuchsballon' gehandelt haben, denn Ende September kehrte er zur Zahl von zwei Millionen zurück.

Eden und die Beamten des Foreign Office scheinen sich über die neue Zahl gar nicht gewundert zu haben. Sie diskutierten immer noch darüber, ob sie ihren eigenen Transfer-Beschluß der sowjetischen Regierung mitteilen sollten. Von Sumner Welles kam eine Klage über Benešs Taktik, „gelegentliche Bemerkungen als stillschweigende Übereinkommen zu interpretieren". Eden beauftragte die Botschaft in Washington, den Amerikanern die Position seiner Regierung zu verdeutlichen. Sie habe sich nicht zur „integralen Wiederherstellung der Tschechoslowakei in den Vormünchener Grenzen" verpflichtet, gehe aber davon aus, daß diese infolge der Forderung nach dem Rückzug der deutschen Truppen aus allen eroberten Gebieten erst einmal provisorisch erneuert würden, was aber kein Präjudiz gegen spätere Korrekturen darstelle. Bei vielen Gelegenheiten habe Beneš privat zu erkennen gegeben, daß er zu „bedeutenden Berichtigungen" an den Grenzen der Tschechoslowakei gegenüber Deutschland und Ungarn bereit sei. Großbritannien habe sich auch nicht auf den Transfer des ganzen oder eines bestimmten Teils der Sudetendeutschen festgelegt, sondern nur den allgemeinen Grundsatz gutgeheißen, deutsche Minderheiten in geeigneten Fällen aus Mittel- und Südosteuropa nach Deutschland zu transferieren.[97] Im briti-

[96] Nichols an Roberts über eine Besprechung mit Ripka am 8.6.1943. FO 371/34338, C6656/525/12.

[97] Vermerk von Nichols über eine Besprechung mit Beneš vom 22.6.1943 mit Vermerken von Allen u. a., Eden an Campbell am 13.9.1943. FO 371/34352, C8031/6009/12. — Nichols an Roberts über eine Besprechung mit Beneš am 29.9.1943. FO 371/34340, C11675/525/12.

schen Botschafter Nichols besaß Beneš dagegen einen strikten Befürworter des Transfers als Partner. Das Wichtigste sei, einen dritten Weltkrieg zu verhindern, meinte Nichols im August 1943. Deshalb dürfe Deutschland keine Gelegenheit bekommen, sich in die inneren Angelegenheiten von Nachbarstaaten einzumischen. Aus diesem Grund müsse die Größe deutscher Minderheiten reduziert werden und dürften die Rest-Minderheiten keine nationalen Rechte erhalten.[98]

Vor der für Oktober 1943 geplanten Außenminister-Konferenz in Moskau faßte Roberts die damalige britische Position nochmals zusammen. Aus Gründen der „internationalen Moral" werde die britische Regierung grundsätzlich die Rückkehr zu den Vormünchener Grenzen in bezug auf Deutschland, Polen und Ungarn empfehlen, die tschechoslowakische Regierung aber ermutigen, das Eger-Dreieck und die Große Schütt abzutreten und den Transfer auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Er habe Zweifel, ob die Aussiedlung von zwei Dritteln der Sudetendeutschen möglich und erforderlich sei. Auch das Kriegskabinett sprach sich am 5. Oktober 1943 für die Reduzierung Deutschlands auf die Grenzen von 1937 und die Wiederherstellung der Tschechoslowakei aus, „möglicherweise mit kleinen vereinbarten Grenzberichtigungen im Eger-Dreieck".[99] Beneš drängte damals Nichols, daß sich die britische Regierung nun eindeutig für den Transfer entscheiden solle. Vorher werde er kein Memorandum über das Ausmaß und die Durchführung der Aussiedlung der Deutschen und Magyaren vorlegen. Sonst könnte Roosevelt wegen der magyarischen Wählerstimmen den ganzen Plan zunichte machen. Die tschechoslowakische Bitte, den Widerruf des Münchener Abkommens und des Wiener Schiedsspruchs unter die Waffenstillstandsbedingungen für Italien einzureihen, wurde vom Foreign Office abgelehnt.[100] Die sowjetische Position entsprach der britischen: Wie der stellvertretende Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Dekanosov in einem internen Memorandum für die Moskauer Außenministerkonferenz schrieb,

> soll die Tschechoslowakei in ihren alten Grenzen einschließlich der Sudeten erneuert werden. Dabei hält die sowjetische Regierung die Absicht der tschechoslo-

98 Nichols an Eden am 20.8.1943. FO 371/34355, C9894/9894/12.

99 Memorandum von Roberts vom 29.9.1943. FO 371/34355, C11244/6009/12. — Memorandum Edens für das War Cabinet vom 27.9.1943. CAB 66/41, W.P. 421. — War Cabinet Conclusions vom 5.10.1943. CAB 65/40.

100 Aide-mémoire der tschechoslowakischen Regierung vom 11.10. mit Vermerken von Allen und anderen vom 19.10.1943ff. FO 371/34357, C11932/11932/12. — Vermerk Smutnýs vom 4.10.1943. DHČSP I, Nr. 316.

wakischen Regierung für richtig, nach dem Krieg die Deutschen aus dem Sudetengebiet nach Deutschland umzusiedeln.[101]

Für seine für Dezember 1943 geplanten Gespräche mit der sowjetischen Führung in Moskau bereitete Beneš verschiedene Memoranden vor, die er der Exilregierung nicht vorlegte. Dem britischen Botschafter erzählte er, daß er in Moskau über den Transfer der Deutschen ins Reich sprechen wolle. Die Russen hätten schon eine „Andeutung" (intimation) gemacht, daß sie dafür seien.[102] Benešs Abflug verzögerte sich bis zum 23. November 1943. Im Irak mußte er zwölf Tage lang warten, bis Stalin und Molotov von der geheimgehaltenen Konferenz in Teheran nach Moskau zurückgekehrt waren.[103] Nach Benešs Ankunft in Moskau unterzeichneten Molotov und Fierlinger am 12. Dezember 1943 einen „Vertrag über Freundschaft, gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit nach dem Kriege". Schon drei Tage darauf bezeichnete Ripka in einer Rede vor dem Staatsrat den Vertrag als Garantie, daß ‚München' „mit aller Gründlichkeit verschwinden" werde, vor allem aber sich niemals wiederholen könne.[104] Aufgrund der Informationen aus Moskau erklärte Ripka in derselben Rede, daß die Sowjetunion das Ziel der Regierung unterstütze, daß die Tschechoslowakei aus diesem Krieg als „national so homogen wie möglich" hervorgehe auf der Grundlage der Einheit der Tschechen und Slowaken mit den Karpatenukrainern – eine Aussage, die Beneš kurz darauf in einer Botschaft aus Moskau an das tschechische Volk wiederholte.[105] Erst nach der Unterzeichnung nahm Beneš seine politischen Gespräche mit der sowjetischen Führung auf, anders als Sikorski oder De Gaulle, die erst verhandelten und dann unterschrieben. Beneš hoffte wohl, durch diese Umkehrung ein günstiges Gesprächsklima zu schaffen. Der sowjetischen Regierung übergab er u.

101 Aufzeichnung Dekanosovs vom 3.10.1943 „Zur bevorstehenden Außenministersitzung in Moskau". SSSR i germanskij vopros Nr. 59.

102 Nichols über eine Besprechung mit Beneš an Roberts am 4.11.1943. FO 371/34340, C13087/525/12. — Auch Mikołajczyk erfuhr von Beneš, daß er sich in Moskau um die sowjetische Zustimmung zum Transfer bemühen wolle. Vermerk (Mikołajczyk) über eine Besprechung mit Beneš am 13.11.1943. DPSR II, Nr. 48.

103 *Mastný:* Benešovy rozhovory 470. — *Beneš:* Paměti 392.

104 Nichols an Eden am 22.12. über eine Rede Ripkas am 15.12.1943. FO 371/34341, C15065/525/12.

105 Memorandum Jakschs „Mass Expulsion of the Sudeten Germans" (Januar 1944). ČSNO Nr. 132.

a. Memoranden über die tschechoslowakischen Waffenstillstandsbedingungen sowie über die Vertreibung der Deutschen und Magyaren.[106]

In seinem Memorandum über „Einige der Hauptprinzipien betreffend den zukünftigen Status der Tschechoslowakischen Republik" sprach Beneš von der Übernahme des gesamten Vormünchener Territoriums der Republik durch die tschechoslowakische Regierung und zwar „unmittelbar nach der Besatzungsarmee", was Stalin zusagte, und von der Anerkennung der ČSR „als nationaler tschechoslowakischer Staat, d. h. als Staat für die Tschechen und Slowaken, dem die Karpatenukraine mit einem besonderen Autonomie-Statut angegliedert wird". Die tschechoslowakische Regierung wolle „eine endgültige Regelung für einen eventuellen Gebietsaustausch mit Deutschland und Ungarn und für eine größere nationale Homogenität des Staates vorschlagen". Der Transfer der deutschen und magyarischen Bevölkerung und ein eventueller Austausch von Gebieten mit Deutschland und Ungarn solle der größeren nationalen Homogenität dienen. Für die verbleibenden Deutschen und Magyaren akzeptiere die Tschechoslowakei den Status, den die Friedenskonferenz für Minderheiten in Europa festlege.[107] Dieses Memorandum übergab Beneš nach seiner Rückkehr nach London auch dem britischen Botschafter. Lord Hood hatte Zweifel, ob jene Gebiete, die eventuell an Deutschland übergeben werden sollten, in der Zwischenzeit von „rein [undiluted] tschechischen Behörden und Truppen verwaltet und kontrolliert werden sollten". Er befürchtete, daß der „lobenswerte Wille" zu einem Gebietsaustausch „sich verflüchtigen könne", nachdem die Tschechoslowakei auch die in Frage kommenden Gebiete *de jure* und *de facto* in Besitz genommen habe. Nach Roberts' Ansicht dachte Beneš immer noch an die Abtretung des Eger-Dreiecks und der Großen Schütt.[108] In einem weiteren Memorandum über „Bevölkerungstransfer in der Tschechoslowakei" verband Beneš das nationale mit dem Schuldprinzip:

106 *Táborský:* Benešovy moskevské cesty 196ff. — *Beneš:* Paměti 410f. — Protokoll Smutnýs über eine Besprechung zwischen Beneš und Molotov am 14.12. 1943. *Mastný:* Benešovy rozhovory 487. — Vermerke Smutnýs vom 11. und 12.12.1943. Smutný Papers 14, CU.

107 Memorandum Benešs (mit einem Anschreiben von Nichols vom 28.1.1944). FO 371/38945, C1350/1347/12. — *Beneš:* Paměti 398. — *Feierabend:* Beneš mezi Washingtonem a Moskvou 100.

108 Memorandum Benešs „Some of the Main Principles Affecting the Future Status of the Czechoslovak Republic" (mit einem Anschreiben von Nichols vom 28.1.1944) mit Vermerken von Roberts und Hood vom 10. und 25.2.1944. FO 371/38945, C1350/1347/12.

Der Grundsatz, daß alle Deutschen in der ČSR Reichsbürger sind, wie ihn die Gesetze des Deutschen Reiches festgelegt haben, wird übernommen. Die tschechoslowakische Regierung behält sich das Recht vor zu bestimmen, welche Deutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft bekommen oder behalten können.

In den ersten Monaten nach der Befreiung werde die Tschechoslowakei bestimmte Gruppen von Deutschen vertreiben, wie die Angehörigen der SS und der Polizei, SdP- und Turnvereins-Funktionäre ebenso wie Lehrer, Rechtsanwälte, Techniker und solche Personen, die sich an der wirtschaftlichen und finanziellen Ausplünderung der Tschechoslowakei beteiligt hätten. Die Hauptmasse der Sudetendeutschen werde man innerhalb von zwei Jahren, die übrigen innerhalb der nächsten drei Jahre aussiedeln. Durch einen Erlaß werde festgelegt, wieviel Eigentum die Deutschen mitnehmen könnten. Die Regierung werde ihnen eine Bescheinigung über den Rest ihres Eigentums geben und dieses Eigentum gegen ihren Anspruch auf Reparationen verrechnen. Deutschland werde die Flüchtlinge für ihre Verluste entschädigen müssen. Die tschechoslowakische Regierung werde dafür sorgen, daß in keiner Gemeinde weniger als 67 Prozent Tschechen, Slowaken oder Karpatenruthenen lebten. Die Angehörigen nationaler Minderheiten erhielten „alle individuellen demokratischen und bürgerlichen Rechte", würden aber nicht per Gesetz als „eine nationale oder politische kollektive Körperschaft" anerkannt. Der Staat werde nur tschechoslowakische und ukrainische Schulen unterstützen, eventuell mit Ausnahme deutscher Elementarschulen. Staatliche Behörden würden nur in tschechischer, slowakischer und ukrainischer Sprache amtieren. Ein ausführlicher Transferplan werde ausgearbeitet, und zwar „im Rahmen des gesamtstaatlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fünfjahresplans zur Rekonstruktion der Republik". Im Rahmen der Aussiedlung werde auch an die „Rückkehr der Landsleute aus Wien, Österreich und eventuell aus Jugoslawien" gedacht. Ebenso werde man beim Transfer der magyarischen Bevölkerung aus der Slowakei und Karpatenrußland vorgehen, wobei es sich angesichts der großen Zahl von Slowaken und Karpatenrussen in Ungarn größtenteils um einen Bevölkerungsaustausch handeln werde.[109] Ripka erläuterte einem Beamten des Foreign Office: In der Tschechoslowakei lebten 700 000 Magyaren, in Ungarn 350 000 Slowaken. Die verbleiben-

109 Memorandum Benešs „Transfer obyvatelstva v ČSR" (Transfer der Bevölkerung in der ČSR) (o. D.). ČSNO Nr. 130. Russische Version in: ANM, E. Beneš, kr. 48, č. 473/4. Englische Version „Transfer of Population in Czechoslovakia" (mit einem Anschreiben von Nichols vom 28.1.1944 und verschiedenen Vermerken). FO 371/38945, C1350/1347/12.

den Magyaren sollten von ihrem Mutterland „völlig getrennt", d. h. wohl innerhalb der Tschechoslowakei umgesiedelt werden.[110]

Schon bei ihrem ersten Gespräch am Abend des 12. Dezember erklärte Stalin sein Einverständnis mit dem Transfer der Sudetendeutschen. Am 14. Dezember verwies Beneš auf diese Aussage und sagte zu Molotov:

Mit den Amerikanern und Engländern haben und werden wir noch Schwierigkeiten über das Ausmaß der Bestrafung der Schuldigen haben, was unsere Schuldigen betrifft. Wir haben unsere Deutschen, diese sind schuld an München, daß die Deutschen bei uns eingefallen sind und an allem, was dann folgte. Das waren die ersten Kriegsschuldigen. [...] Unter den Tschechen wird es wenige Schuldige geben, unter den Slowaken mehr, doch unter unseren Deutschen sicherlich 90 Prozent.

In der Tschechoslowakei gebe es rund 2,8 Millionen Deutsche. „Könne man alle aussiedeln, umso besser; geht das nicht, dann wenigstens 2 Millionen." Er sei bereit, einige Gebiete der Republik Deutschland zu übergeben, wenn im Gegenzug alle Deutschen ausgesiedelt werden könnten. Ein solcher Gebietsverzicht bzw. -austausch dürfte den Amerikanern und Engländern die Zustimmung zum Transfer erleichtern. Das Eigentum der ausgesiedelten Sudetendeutschen solle als Reparation für die Besatzungsschäden dienen. Das Land, die Fabriken, Bergwerke, Eisenhütten, Banken der Deutschen könne man nicht an Einzelpersonen verteilen, sondern sie sollten nationalisiert werden. Nach dem deutschen solle der Staat auch das tschechische Eigentum übernehmen.[111] In den Besprechungen mit Molotov und Stalin erläuterte Beneš die Forderungen der tschechoslowakischen Militärs nach Annexionen in „Oberschlesien und im Glatzer Gebiet" und wies zum Ausgleich auf die Möglichkeit der Abtretung von Landzipfeln hin.[112] Am Morgen des 18. Dezember erklärte Stalin[113], daß er sowohl den tschechoslowakischen Vorschlägen für den Waffenstillstand als auch dem Memorandum über den Transfer der deutschen und magyarischen Bevölkerung zustimme. Von Ungarn sollte die Tschechoslowakei verlangen, „was wir brauchen, denn die Ungarn müssen eingeklemmt werden; sie haben es verdient". Stalin riet der tschechoslowakischen Regierung auch, „das ganze Glatzer Ge-

110 Foreign Office (W. Barker) an Allen am 6.1.1944. FO 371/38928, C643/208/ 12.

111 Vermerk Smutnýs über eine Besprechung Benešs mit Molotov am 14. und 16.12.1943. *Mastný:* Benešovy rozhovory 483 und 494.

112 Edvard Beneš o jednání v Moskvě 331.

113 Protokoll Smutnýs über eine Besprechung Benešs mit Stalin am 18.12.1943. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 203. — Vermerk (Fierlinger) über dieselbe Besprechung. Československo-sovětské vztahy, Bd. 2, Nr. 69.

biet zu fordern und die Grenze mit Polen so abzustimmen, daß unsere Grenzlinie so lang wie möglich wird".

Über die sowjetische Zustimmung zum Transfer von mindestens zwei Millionen Sudetendeutschen unterrichtete Beneš den britischen Geschäftsträger in Moskau, und Eden gab die Nachricht an die polnische Regierung weiter.[114] Wie Beneš der tschechoslowakischen Regierung am 11. Januar 1944 berichtete, hatte er in Marrakesch auch Churchill über die sowjetische Haltung zum Transfer und die Vorkriegsgrenzen informiert, und dieser habe erklärt, daß er

> dem Transfer völlig zustimme und daß wir unsere Grenzen zurückbekommen müssen. [...] Churchill hat mir da die Vormünchener Grenze bestätigt und unsere Deutschen raus [sic], wenn möglich alle [Churchill mi tedy potvrdil předmnichovskou hranici a naše Němce pryč, pokud možno všechny]. Wir werden darüber jetzt nicht sprechen, aber es ist nötig, daß die Regierung das weiß.[115]

Am selben Tag plädierte Majskij in einem Memorandum für Molotov dafür, die Tschechoslowakei im Gegensatz zu Polen möglichst zu stärken. Denn aufgrund der politischen Stimmung ihrer Bevölkerung als auch im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des zwanzigjährigen Beistandspaktes könne sie „ein wichtiger Übermittler [provodnik] unseres Einflusses in Mittel- und Südosteuropa" sein. Sie solle mindestens in ihren alten Grenzen wiederhergestellt werden und Teschen erhalten.

> Erweist es sich beim endgültigen Zuschnitt [perekrojka] der Karte Europas als möglich, der Tschechoslowakei noch irgendetwas zuzumessen [prirezat'], soll dies getan werden. Die Deutschen müssen gemäß dem Wunsch der Tschechoslowaken aus ihren Landesgrenzen ausgesiedelt werden.[116]

Erst nachdem er sich der sowjetischen Unterstützung versichert hatte, diskutierte Beneš seine Transferpläne am 18. Dezember mit der Moskauer KSČ-Führung. Diese wußte von ihrem Londoner Ableger nur, daß Beneš für den Transfer aller Sudetendeutschen plädierte, die „sich direkt oder indirekt durch die Unterstützung für Henlein schuldig gemacht" hätten.[117] Das Präsidium der ‚Komintern' hatte Anfang 1943 Richtlinien verabschiedet, in denen es auch die Frage der Sudetendeutschen behandelte. Deren Widerstand leide unter ihrer „Angst vor der

114 Balfour über eine Besprechung mit Beneš an das Foreign Office vom 18.12. 1943. FO 371/38920, C86/35/12. — Vermerk Mikołajczyks über eine Besprechung mit Eden vom 28.12.1943. DPSR II, Nr. 67.

115 Edvard Beneš o jednání v Moskvě 339.

116 Memorandum Majskijs vom 11.1.1944. Abgedruckt in: Istočnik 1995, Heft 4, 124-144.

117 Londoner an Moskauer KSČ über eine Besprechung am 1.7.1943. CK S. 35f.

sog. tschechischen Rache". Je stärker sie Widerstand leisteten, umso bessere Voraussetzungen schüfen sie für „eine freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem tschechischen Volk auf der Grundlage der Gleichberechtigung". Bei der Schaffung einer „sudetendeutschen Friedens- und Freiheitsfront" stütze sich die ‚Komintern' vor allem auf die „alten antihitlerischen Kräfte im Sudetenland", bemühe sich aber auch darum, „die enttäuschten und verbitterten Henlein-Anhänger zu gewinnen".[118] Gottwald und Genossen hatten noch am 13. Dezember 1943 Beneš ein Memorandum vorgelegt, in dem sie die Regierung zu einer Proklamation an die deutsche Minderheit aufforderten, daß sie wegen der Henlein- und Frank-Verbrecher nicht alle Deutschen, sondern nur „die unmittelbar Schuldigen" verfolgen werde. Deshalb liege es im Interesse jedes einzelnen Deutschen, sich rechtzeitig durch aktive Handlungen und Kampf von den reichsdeutschen Okkupanten und ihren Henlein-Helfern zu trennen.[119] Daraus folgt, daß die KSČ-Führung selbst vor Beginn der Gespräche mit Beneš nicht an die Vertreibung aller oder auch nur der Mehrheit der Deutschen gedacht hatte.[120] Am 18. Dezember 1943 bezeichnete nun Beneš der Moskauer KSČ-Führung gegenüber die Niederlage Deutschlands als eine

> einmalige historische Gelegenheit zur radikalen Säuberung unseres Staatsgebietes vom deutschen Element. [...] Alle deutschen Lehrer, Professoren, SS-Leute, die Gestapo, die Hitlerjugend, alle aktiven Leute der Henlein-Bewegung und überhaupt die deutsche Bourgeoisie, die reichen Deutschen müssen bedingungslos raus aus der Tschechoslowakei.

Die deutschen Hochschulen und Gymnasien müßten verschwinden. Das Eigentum der Deutschen, die Bäder, Gruben, Fabriken, ihr Großgrundbesitz würden in nationale Verwaltung genommen.

> Das wird eine nationale Revolution, verbunden mit einer sozialen Revolution. Durch Maßnahmen nationalen Charakters und gegen die deutschen Reichen öffnet sich der Weg für radikale Eingriffe in die Wirtschaft und soziale Wandlungen in den böhmischen Ländern.

Von den Deutschen blieben die Antifaschisten, Demokraten, Kommunisten, alle, die sich im Ausland am Kampf gegen Hitler beteiligt hät-

118 Beschluß des Präsidiums der Komintern vom 5.1.1943. SNP-D, Nr. 1, 42. — *Kural:* Místo společenství konflikt 223 f.

119 Memorandum der Moskauer KSČ für Beneš (vom 13.12.1943). CK Nr. 1.

120 Nach Grünwalds Aussage, der sich damals in Moskau befand, waren zwei Mitglieder der siebenköpfigen Moskauer Parteiführung, nämlich Rudolf Dölling und Jan Šverma, gegen, Bruno Köhler und Robert Korb jedoch für die Vertreibung. *Hrabovec:* Vertreibung und Abschub 45.

ten, zurück. Stalin habe dem Transfer zugestimmt wie zuvor schon England und Roosevelt. Ähnlich sei mit den Magyaren zu verfahren, wobei ein Austausch der Magyaren gegen die Slowaken in Ungarn die Lösung erleichtern werde. Nach der Entscheidung Stalins ging es den Kommunisten nur noch um das taktische Vorgehen. Die Angelegenheit solle „im Rahmen der Bestrafung von Kriegsschuldigen und Verbrechen gegen die Tschechoslowakischen Republik im antifaschistischen und antinazistischen Sinn" gelöst werden. Alle, die Hitler aktiv geholfen und Landesverrat begangen hätten, seien zu bestrafen, einschließlich des ‚Hinauswurfs' aus der Republik und der Konfiszierung ihres Eigentums. Die übrigen könnten für Deutschland oder die Tschechoslowakei optieren, wobei sich diese in jedem Einzelfall das Entscheidungsrecht vorbehalte. Wer sich aktiv am Kampf gegen Hitler vor wie auch nach ‚München' beteiligt habe, habe Anspruch auf die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft. Mit diesen Richtlinien war Beneš einverstanden.[121] Sie wurden auch in das Programm des ‚Nationalen Blocks des arbeitenden Volks der Städte und auf dem Lande' übernommen, zu dem sich die Kommunisten mit den Sozialdemokraten und Volkssozialisten vereinigten.[122]

Widerstand oder Unterwerfung? Die Reaktion der sudetendeutschen Exilgruppen auf die Vertreibungspläne

Jaksch zeigte sich beunruhigt über Benešs Transfer-Propaganda in den USA und bat das Foreign Office um Erlaubnis, über den Rundfunk zu seinen Landsleuten zu sprechen, da das nationalsozialistische Regime die Transfer-Pläne für seine Zwecke benützte. Zum letzten Mal hatte er am 1. Mai 1943, und zwar im österreichischen Programm der BBC, reden dürfen; Ripka hatte dagegen protestiert und Eden der Exilregierung recht gegeben. Roberts machte Jaksch keine Hoffnung auf eine Revision der Entscheidung, riet ihm jedoch, angesichts der prinzipiell positiven Haltung Großbritanniens zum Bevölkerungstransfer auf die prakti-

121 Vermerk über eine Besprechung zwischen Gottwald und Genossen und Beneš vom 13.–20.12.1943 und Gottwald an Genossen in London am 21.12.1943. CK I, Nr. 1-3.

122 Entwurf dieses Programms (vom Februar 1944). CK I, Nr. 8. — Siehe auch Aktionsprogramm der Gruppe der tschechoslowakischen Sozialdemokratie in London (16.4.1944). AÚTGM, BAV, B, kr. 129.

schen Schwierigkeiten im speziellen Fall der Sudetendeutschen hinzuweisen.[123] Zwei Monate später veröffentlichte Jaksch eine Broschüre mit dem Titel „Can Industrial People Be Transferred: The Future of the Sudeten Population". Er wies auf den Kampf der „Aktivisten" gegen die ‚Sudetendeutsche Partei', die Verfolgung besonders der deutschen Sozialdemokraten durch die Nazis, die Übergabe von 20000 sudetendeutschen Antifaschisten an das Dritte Reich durch die tschechoslowakischen Behörden ebenso wie auf die Schwierigkeiten hin, drei Millionen Sudetendeutsche in ein hochindustrialisiertes Deutschland einzugliedern. Die Tschechoslowakei werde sowohl durch den Verlust von Industrie-Facharbeitern als auch den Aufbau konkurrierender Industrien in Deutschland große wirtschaftliche Schäden erleiden.[124] Außerdem druckte ‚Der Sozialdemokrat' „Eine ungehaltene Rede an den Tschechoslowakischen Staatsrat" ab, in der Jaksch auf eine Ansprache Sláviks antwortete. Dieser hatte Jakschs föderative Vorstellungen als „Henlein-nahe Einstellung" und die sudetendeutschen Sozialdemokraten als „Separatisten" denunziert, die „außerhalb der anti-faschistischen Einheit" ständen. Jaksch konterte, daß nicht die Föderationspolitik seiner Partei, sondern die Propaganda für den Massentransfer der sudetendeutschen Bevölkerung, die tschechische Kreise in London betrieben und dadurch zeigten, daß sie undemokratische Methoden für die Lösung der Nationalitätenprobleme Ostmitteleuropas übernommen hätten, das Haupthindernis für eine Zusammenarbeit der tschechischen Freiheitskräfte mit der sudetendeutschen Opposition darstelle. Einst hätten die Tschechen den sudetendeutschen Demokraten als „Schwimmern gegen den Strom" applaudiert. „Nun ist es an Ihnen, gegen den Strom des Hasses zu schwimmen, wenn wir zusammen an den gerechten Ufern einer besseren Zukunft ankommen sollen."[125]

Bei einem Treffen des ‚Europa-Ausschusses der Bewegung für eine föderative Union' im Juli 1943 entwickelte Jaksch einen Plan für die Zukunft der Sudetengebiete. In der Übergangsperiode solle die Bevölkerung umstrittener Gebiete durch Plebiszit entscheiden können, ob sie sich an der Wahl des Parlaments eines Nachbarstaates beteiligen oder

[123] Vermerke von Roberts über Besprechungen mit Jaksch vom 7.4. und 9.6.1943 sowie Vermerk Harrisons über eine Besprechung mit Ripka vom 30.4.1943. FO 371/34329f., C3896, 6593, 4930/96/12. — Edens Entscheidung. *Ebenda*, C5379.

[124] Wenzel Jaksch: Can Industrial People Be Transferred? London 43. *Ebenda*, C9466. — Stellungnahme Táborskýs für Beneš (Juli 1943). AÚTGM, BAV, B, kr. 121.

[125] Der Sozialdemokrat Nr. 45 (Juli 1943).

eine eigene Vertretung wählen wolle. Die gewählten Regierungen bzw. Nationalausschüsse – im Falle der umstrittenen Gebiete – könnten dann auf der Friedenskonferenz über die künftige Form ihrer nationalen Ordnung entscheiden. Aufgabe der Föderalisten sei es, für die Wahl solcher Regierungen zu sorgen, die bereit seien, sich einer europäischen Föderation anzuschließen. In der Föderation müßten alle Angehörigen nationaler und religiöser Minderheiten gleiche Rechte genießen und allen Minderheiten „Schutz und kulturelle Selbstverwaltung“ gewährt werden.[126]
Am 1. September 1943 beschwerte sich Jaksch bei Roberts darüber, daß Agenten der Exilregierung die Sudetendeutschen einzeln aufsuchten und ihnen erklärten, daß kein Jaksch-Anhänger in die Heimat zurückkehren dürfe. Seinen Gefolgsleuten in Schweden würden die Pässe entzogen. Für den Oktober plane die Exilregierung ein Treffen der sogenannten ‚Sudetendeutschen Einheitsfront‘. Jaksch kündigte an, daß er in näherer Zukunft zwei bekannte sudetendeutsche Katholiken aus den USA bzw. Brasilien nach England holen wolle, um die demokratischen gegenüber den kommunistischen Kräften zu stärken, und bat nochmals um die Erlaubnis zu einer Rundfunkansprache, in der er aber die heiklen sudetendeutsch-tschechischen Themen vermeiden wolle. Diese Bitte wurde vom Foreign Office erneut abschlägig beschieden. Roberts gab seine abweichende Stellungnahme zu Protokoll:

1. The Czechs have treated Herr Jaksch abominably (Dr. Beneš has broken a definite promise to him & his henchmen are now showing all the best Central-European Polizei methods in dealing with this problem).
2. The Czechs will have to take practical account of Sudeten Germans when they return to Prague. It will then be in their and our interest to find a majority of moderate Social-Democrats of the type of Herr Jaksch.
3. Herr J. & his friends were the first victims of Munich. They were welcomed to this country to save them from Hitler & because the then Czech Government wanted to send them here.
4. Herr J. has refrained from causing any trouble & from stirring up Labour circles to take up his case.
5. We are of set purpose refraining from making any propaganda appeal to Sudeten-Germans alone among all German-speaking peoples in Europe.[127]

Die erwähnte ‚Einheitsfront‘ der sudetendeutschen Kommunisten, der Zinner- und der Peres-Gruppe hatte eine ‚Landeskonferenz der deutschen Antifaschisten aus der Tschechoslowakischen Republik‘ angekündigt. Als sich Pater Reichenberger, der ehemalige Vorsitzende des ‚Volksbundes Deutscher Katholiken‘, nach längerer Zeit wieder bei

[126] „Minoritätenbericht Jakschs“ (Juli 1943). ČSNO Nr. 124.
[127] Vermerke von Roberts, Lockhart und Strang vom 1.–16.9.1943. FO 371/34330, C10038/96/12.

Jaksch meldete, sah dieser eine Chance, der Einheitsfront eine ‚Treuhandschaft für Sudeten-Demokratie' gegenüberzustellen, die im Exil aus Vertretern der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der Freien Gewerkschaften, der „demokratischen Katholiken" und der „fortschrittlichen Intellektuellen" bestehen sollte. Reichenberger sollte aus den USA und dessen Freund Lustig-Prean aus Brasilien nach England kommen. Jaksch schickte Reichenberger den Text eines Memorandums unter dem Titel „Die Anwendung der Atlantik Charter auf das Sudeten-Problem. Erklärung der Auslandsrepräsentanten der Sudeten-Demokratie", das die Partei-Exekutive verabschiedet hatte. Während die drei in Schweden lebenden Vorstandsmitglieder ein klares Bekenntnis zum tschechoslowakischen Staat gefordert hatten, da seit langem deutlich sei, daß Deutschland keines der eroberten Gebiete werde behalten können, vermied die Londoner Partei-Exekutive eine solche Festlegung. Wegen der engen wirtschaftlichen und geographischen Beziehungen zwischen den tschechischen und deutschen Gebieten der böhmischen Länder und der Existenz der 400 000 Personen starken tschechischen Sub-Minorität im Sudetengebiet sei die abstrakte Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen problematisch. „Deshalb reklamieren wir im Sinne der Atlantik Charter das *Mitbestimmungsrecht* der Sudeten-Deutschen an der Gestaltung ihres zukünftigen Schicksals."[128] Der

Realkonflikt zwischen den historischen, wirtschaftlichen und strategischen Ansprüchen der tschechischen Politik auf das Sudetenterritorium auf der einen Seite und dem Naturrecht der drei Millionen Sudetendeutschen auf freie Selbstbestimmung auf der anderen Seite [...] kann nur auf der höheren Ebene einer ethnischen Föderation freier Völker bereinigt werden,

entweder in „einer inneren Föderation der Tschechen, Sudetendeutschen und Slowaken im Rahmen der Vor-Münchner Grenze oder einer größeren Föderation in Ost-Zentral-Europa". In seinem Anschreiben nannte Jaksch als dritte Möglichkeit ein vereintes Europa. Nach dem Kriege werde es große Schwierigkeiten bei der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft geben.

Trotz dieser Schwierigkeiten sehen wir gute Aussichten für eine Politik der demokratischen Konsolidierung. Die große Mehrheit der Sudeten-Bevölkerung hat mit dem Anschluß an Nazi-Deutschland bittere Erfahrungen gemacht. Die Sudetendeutschen wurden im Dritten Reich als Kolonialvolk behandelt. Schätzungsweise

128 Entwurf eines Memorandums mit einem Anschreiben Jakschs an Reichenberger vom 14.9.1943. FO 371/34330, C12241/96/12. Das Memorandum ist abgedruckt in: ČSNO Nr. 127. — Für die DSAP sollten Jaksch, Reitzner, de Witte und Katz unterzeichnen, dagegen fehlte Taubs Name, des Zweiten Sekretärs der Partei. Hervorhebung im Original.

200.000 sudetendeutsche Soldaten sind als Kanonenfutter Hitlers getötet oder zu Krüppeln gemacht worden. Die Administration wurde verpreußt. Die wirtschaftlichen Schlüsselpositionen sind heute von Nazis aus dem Altreich besetzt. [...]

Unsere Berichte stimmen darin überein, daß das Henlein-Hitler-Regime bei freien Wahlen im Sudetengebiet heute nur maximal 15 Prozent der Stimmen erhalten würde. Eine Koalition von Sozialdemokraten, Katholiken, Bauern und Liberalen kann nach dem Zusammenbruch des Naziregimes mit einer soliden und stabilen Mehrheit in der Sudetenbevölkerung rechnen. Die große Gefahr für die Sudetendemokratie liegt in der Möglichkeit einer wahllosen tschechischen Rache gegen die Sudetenbevölkerung. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler, das Sudetengebiet sofort nach dem Waffenstillstand einer tschechischen militärischen und zivilen Okkupation auszuliefern. Unter dem Druck einer solchen Okkupation würde sich die Enttäuschung der Mehrheit der Sudetendeutschen gegen das Naziregime sehr bald in eine neue Opposition gegen die tschechische Fremdherrschaft wandeln. Die Sudeten-Demokratie braucht daher eine Atempause für die schonungslose politische Abrechnung mit den Naziverbrechern, für die Austreibung des Nazigeistes aus dem öffentlichen Leben, für die Erneuerung der demokratischen Lokalverwaltung, ferner für die schnelle Wiederbelebung freier Arbeiter- und Bauernbewegungen sowie demokratisch-religiöser Organisationen.

Das Memorandum plädierte für eine „provisorische autonome Verwaltung des Sudetengebietes in der Periode zwischen Waffenstillstand und Friedensvertrag“. In seinem Anschreiben sprach Jaksch von einer „internationalen Regentschaft“ für die Übergangszeit. Er glaube nicht, daß man in dieser Zeit umfangreiche Umsiedlungen von Deutschen nach Deutschland vornehmen könne, da dort ohnehin schon große Wohnungsnot herrschen werde, es sei denn, man strebe ein völliges Chaos an. Es werde einige Racheakte geben, doch selbst wenn ein Dutzend Gemeinden an der Sprachgrenze den Preis für Lidice bezahlen müßte, blieben noch 3 000 deutsche Gemeinden übrig. Die tschechischen Staatsmänner müßten in dieser Zeit auf eigene Verantwortung handeln, die sudetendeutschen Demokraten sich in den Anfangstagen heraushalten, um später unbelastet mit den Tschechen zusammenarbeiten zu können.[129]

Sein Pessimismus in bezug auf die Politik der Exilregierung habe zugenommen, da sich nun sogar Jan Masaryk für weitgehende Bevölkerungstransfers ausgesprochen habe, berichtete Jaksch am 29. September Roberts. Dennoch versprach Jaksch, dem Foreign Office vorläufig keine Schwierigkeiten zu machen und geduldig zu warten, bis Entscheidungen anstünden. Dann werde er mit seinen demokratischen Freunden ein Memorandum vorlegen und vor allem die Forderung stellen, das Sudetenland in der Übergangszeit von einer „unparteiischen alliierten

129 *Ebenda.*

Truppe" besetzen zu lassen[130], doch Nichols versicherte Beneš, daß die alliierten Truppen bei einer Besetzung des Sudetenlandes nur für die öffentliche Ordnung, die tschechoslowakische Regierung aber für alles andere zuständig sein werde.[131]

Die tschechoslowakische Regierung hatte Informationen, daß sudetendeutsche Soldaten aus der britischen und auch aus der kanadischen Armee allmählich zum militärischen Geheimdienst überführt und für einen anti-tschechischen Einsatz in der Heimat vorbereitet werden sollten. Wie eine Anfrage des Foreign Office beim MI 5 ergab, hatte Jaksch am 31. Januar 1942 erstmals von dem Aufbau einer para-militärischen Initiativgruppe im Exil für den Wiederaufbau der ‚Republikanischen Wehr' gesprochen, die nach dem Sturz des NS-Regimes die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und einen Bürgerkrieg verhindern sollte. Der Parteivorstand ermächtigte im Juni 1942 die Exekutive, zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt die „Aktivierung" der ‚Republikanischen Wehr' „einzuleiten". Erst im Juni 1943 habe sich die Partei-Exekutive wieder diesem Problem zugewandt. Die ‚Republikanische Wehr' sollte die Kriegsverbrecher ergreifen und den Behörden übergeben und die unschuldigen Sudetendeutschen vor tschechischen Repressalien schützen. Nach Meinung des MI 5 hoffte Jaksch auf eine Besetzung des Sudetenlandes durch die Alliierten. Die ‚Republikanische Wehr' sollte mit den Besatzungstruppen zusammenarbeiten. Seine Pläne mögen den tschechoslowakischen Behörden nicht gefallen, seien aber kein Loyalitätsbruch gegenüber Großbritannien. Außerdem habe Jaksch dem entsprechenden britischen Department geeignete Rekruten für dessen Zwecke zur Verfügung gestellt. Hierbei handelte es sich offenbar um diejenigen fünf Parteimitglieder, von deren Auswahl auch die Exilregierung erfahren hatte und die dann tatsächlich im März 1944 auf dem Seeweg nach Dänemark bzw. im Mai 1944 auf dem Luftweg ins Sudetenland gebracht wurden. Entsprechend ihren Aussagen nach dem Kriege hatten sie die Aufgabe, die Sudetendeutschen vor den Vertreibungsplänen zu warnen und einen sudetendeutschen Nationalausschuß auf breiter Basis zu organisieren[132], und zwar sogar unter Einbeziehung von „gemäßigten" Nationalsozialisten.[133]

130 Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Jaksch vom 29.9.1943. FO 371/34330, C11519/96/12.

131 Nichols an Roberts am 6.10.1943. FO 371/34330, C11724/96/12.

132 Protokoll der Sitzung des Parteivorstands der ‚Treuegemeinschaft' am 7.6. 1942. NK 213, 58ff.; MI 5. — (S. P. Brooke-Booth) an Roberts am 26.10. 1943. FO 371/34331, C12747/96/12. — Vermerk Smutnýs vom 23.8.1943. DHČSP I, Nr. 299. — *Bachstein:* Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche So-

Am 16. und 17. Oktober 1943 fand die angekündigte „Landeskonferenz der Deutschen Antifaschisten aus der Tschechoslowakischen Republik" statt. Dort bestätigte Ripka Benešs Aussage, daß die demokratischen und loyalen Deutschen, besonders jene, die „Seite an Seite mit uns unter der Flagge der Republik für die integrale Befreiung kämpfen, nichts zu fürchten haben."[134] Mit 334 Mann stellten Sudetendeutsche damals 12,2 Prozent der 2738 Angehörigen der tschechoslowakischen Armee im Westen.[135] Es sei jedoch eine schreckliche Tatsache, fuhr Ripka fort, daß viele Hunderttausende von Sudetendeutschen Verrat geübt hätten. Ein mehr oder weniger großer Teil der Deutschen werde aber in der Republik bleiben. Beuer behauptete auf dieser Konferenz, daß die Sudetendeutschen Hitler „mehr Kanonenfutter" geliefert hätten als alle anderen Nationen. Nur durch Widerstand könnten sie sich von der Schuld befreien, die sie auf sich geladen hätten. Kreibich erklärte, daß die „tschechoslowakischen Deutschen" keine Forderungen in bezug auf die Regelung der Nationalitätenfrage erheben und die Regierung keine Zusagen machen könne: „Wir haben vollkommenes Vertrauen in den Gerechtigkeitssinn der demokratischen Nation der Tschechen und Slowaken."[136] Die Landeskonferenz wählte einen 50köpfigen ‚Sudetendeutschen Ausschuß, Vertretung der demokratischen Deutschen aus der ČSR' aus Mitgliedern der Kommunistischen Partei, der Zinner- und der Peres-Gruppe. Sein Kern waren die Kommunisten, seine „Massenbasis" die unpolitischen sudetendeutschen Emigranten.[137] Der Ausschuß ap-

zialdemokratie 280ff. — *Exler:* Das große Wagnis 7. — Nach einer Nachricht, die die tschechoslowakische Exilregierung erhielt, hatte Exler jedoch die Aufgabe, Informationen über die V 1 zu sammeln. Vermerk der Kanzlei des Präsidenten der Republik für Drtina vom 17.7.1944. AÚTGM, 40, XI/7/3.

133 *Bachstein:* Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie 281, zitiert aus einem Brief Jakschs an Paul vom 7.6.1943 über einen möglichen Seitenwechsel von Hans Krebs, des Aussiger Regierungspräsidenten. Siehe auch *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 136.

134 Landeskonferenz der deutschen Antifaschisten vom 16./17.10.1943. PK 215, 9. — Auszüge aus den Reden Kreibichs und Ripkas in: ČSNO Nr. 126. — *Feierabend:* Beneš mezi Washingtonem a Moskvou 122.

135 *Grünwald:* Sudetendeutscher Widerstand (1986) 62.

136 Landeskonferenz der deutschen Antifaschisten vom 16./17.10.1943. PK 215, 9. — Auszüge aus den Reden Kreibichs und Ripkas in: ČSNO Nr. 126. — *Feierabend:* Beneš mezi Washingtonem a Moskvou 122.

137 Leserbrief Jakschs im ‚Manchester Guardian' vom 20.10.1943. PS 213, 17. — Vermerk von Roberts vom 22.10.1943. FO 371/34330, C12420/96/12. — Das Präsidium des Sudetendeutschen Ausschusses bestand aus den Kommunisten Gustav Beuer, Karel Kreibich und Hugo Ehrlich, den Vertretern der DSAP-Abspaltung Irene Kirpal, Josef Lenk und Josef Zinner, dem Deutsch-

pellierte an die Mitglieder der ‚Treuegemeinschaft', Jaksch auf der kommenden Landeskonferenz wegen seiner Weigerung, sich in die ‚Sudetendeutsche Einheitsfront' und in den gemeinsamen Kampf mit den Tschechen einzureihen, zur Rede zu stellen.[138] In einem Aufruf warnte die Konferenz die Sudetendeutschen, Hitlers Krieg weiter zu unterstützen. Jede weitere Hinnahme der Verbrechen der Hitler- und Henlein-Clique und ihrer Helfer am sowjetischen Volk, den Tschechen und Juden verlängere den Krieg, „vergrößert die Schuld und Verantwortung unseres Volks und führt ins Verderben, in den Untergang und zum Verlust der Heimat". Kämpften aber die Sudetendeutschen an der Seite der Tschechen, dann werde es ein „freundschaftliches Zusammenleben der Völker auf der Grundlage der Gleichberechtigung" geben. Der Aufruf schloß mit der Forderung, überall „Ausschüsse und Gruppen der sudetendeutschen Front für Frieden und Freiheit" zu bilden.[139] Eine parallele Konferenz sudetendeutscher Kommunisten und der Krejči-Ladig-Gruppe fand am 28. November 1943 in Anwesenheit des tschechoslowakischen Gesandten in Stockholm statt.[140] Der ‚Sudetendeutsche Ausschuß' legte ein Papier über „Das neue deutsche Schulwesen in der ČSR" vor, das Peres auf der Konferenz angekündigt hatte. Nur rund 10 Prozent der alten Lehrerschaft könnten übernommen werden; die „Nazis" und Mitläufer müßten ersetzt werden. Die Autoren plädierten für eine „Einheitsschule", die alle Kinder bis 14 Jahren durchlaufen sollten, bevor sie zwischen mehreren Aufbauschulen wählen könnten. Die deutschen Hochschulen in Prag und Brünn müßten geschlossen werden, an ihre Stelle solle eine Hochschule im Gebiet von Aussig-Teplitz treten.[141]

Auf der 3. Landeskonferenz der ‚Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten' am 7. November 1943 griff Jaksch die kommunistische Konkurrenz an. Noch 1932 hätten die Kommunisten das Recht auf Selbstbestimmung bis zur Losreißung vertreten, nach 1940 habe Beuer sich für seine „stop the war"– Überzeugung internieren lassen. 1941 habe Beneš von der Bestrafung der Schuldigen in jedem Volk gesprochen, nun werde eine Kollektivschuld der Sudetendeutschen kon-

Demokraten Dr. Alfred Peres sowie dem Maler Ernest Neuschul, dem Professor Ernst Georg Pringsheim und Dr. N. Steinhard. Rundschreiben des Sudetendeutschen Ausschusses vom 1.11.1943. NJ, SDA. — Auch Brügel war Mitglied des Ausschusses. *Grünwald:* In der Fremde für die Heimat, Bd. 3, 67.

138 Rundschreiben des Sudetendeutschen Ausschusses vom 1.11.1943. NJ, SDA.

139 Aufruf „Sudetendeutsche", verabschiedet am 16./17.10.1943. NK 215.

140 Innenministerium an Drtina am 18.1.1944. AÚTGM, 40, XI/19.

141 Rede von Peres am 16.10.1943, Sudetendeutscher Ausschuß: Das neue deutsche Schulwesen in der ČSR (o. D.). NK 215.

struiert. Die Sozialdemokraten wollten „die vom Nazismus gereinigten Sudetendeutschen als nationale Individualität den Völkern Zentraleuropas eingliedern". Sie verlangten für sich die gleichen nationalen Rechte, die den Slowaken und Karpatenukrainern eingeräumt würden, zumindest aber ein politisch-kulturelles Zentrum, eine Universität im deutschen Sprachgebiet, Kontrolle der sudetendeutschen Exportindustrie, eine eigene Beamtenschicht und Schulautonomie. Die Konferenz bedauerte, daß die Außenminister der Großmächte in Moskau zwar an die Österreicher, nicht aber an die Sudetendeutschen „ein Wort der Ermutigung" gerichtet hätten. Schließlich seien auch sie ohne Befragung und gegen ihren Willen dem Deutschen Reich einverleibt worden. Die Partei sprach sich für die „innere Föderalisierung der Tschechoslowakei nach dem Schweizer Vorbild", für „einen engeren wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß der Donauvölker" und für eine „europäische Föderation" aus.[142]

Der Streit um die Grenzen Polens bis zur Moskauer Außenministerkonferenz

Monate bevor Beneš mit Roosevelt über den Transfer der Deutschen aus der Tschechoslowakei sprach, nämlich im Dezember 1942, hatte die polnische Regierung sowohl den Amerikanern als auch Briten eine Denkschrift mit ihren Ansprüchen auf deutsche Gebiete unterbreitet. In bezug auf Schlesien hatte Minister Seyda der Regierung zwei Varianten zur Entscheidung vorgelegt, nämlich entweder die Festlegung der Westgrenze an der Glatzer Neiße oder eine „etwas weiter nach Westen vorgeschobene Alternative". Sowohl das ‚Politische Ministerkomitee' als auch der gesamte Ministerrat hatten die Lausitzer Neiße als polnische Staatsgrenze ausdrücklich und einstimmig abgelehnt, da sie es als Utopie betrachteten, neun Millionen Deutsche aussiedeln und durch die gleiche Zahl von Polen, noch dazu fachlich qualifizierten, ersetzen zu können.[143] Der Ministerrat hatte am 7. Oktober 1942 beschlossen, die Übergabe Ostpreußens, Danzigs und Oppeln-Schlesiens zu verlangen. Um dieses Ziel nicht zu gefährden, sollte die Forderung nach einer

142 3. Landeskonferenz vom 7.11.1943. FO 371/34331, C13635/96/12.

143 Seyda an Klimecki am 11.2.1943. PRM 94/3. — In diesem Sinn erläuterte Sikorski das polnische Programm auch gegenüber Beneš. Protokoll Ripkas über eine Besprechung Benešs mit Sikorski und Raczyński am 13.11.1942. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 145. — *Pasierb:* Polskie prace 211 f.

„Verkürzung der Westgrenze" noch nicht konkretisiert werden. „Im höchsten Maße schädlich ist das Aufstellen phantastischer territorialer Forderungen, die bis zur Lausitzer Neiße oder Bober reichen oder das ganze Niederschlesien mit einer fanatisch antipolnischen Bevölkerung umfassen". Zudem könnten übermäßig weitreichende Ansprüche im Westen den Besitzstand Polens im Osten gefährden. „Das bedeutet nicht, daß nicht auf die Notwendigkeit hingewiesen werden kann, das Reich auf schlesischem Gebiet, welches innerhalb seiner Grenzen bleibt, militärisch unschädlich zu machen [...]".[144] Deshalb empörte sich Seyda noch im Februar 1943 darüber, daß Klimecki sich bei den Verhandlungen im Polnisch-Tschechoslowakischen Militärkomitee nicht an den Regierungsbeschluß vom 7. Oktober 1942 gehalten hatte. Denn Klimecki hatte nicht nur das Stettiner Küstenland und alle Gebiete bis zur Oder, sondern auch noch je einen Brückenkopf bei Grünberg und einen weiteren bei Breslau für Polen beansprucht.[145] Schließlich betonten gerade die Tschechen stets, argumentierte Seyda, daß sie „keine Maximalisten seien", und wollten selbst nur das Ostrauer Revier durch eine geringe Verschiebung der Grenze nach Norden schützen und einen Teil des Glatzer Beckens annektieren.[146] Beim nächsten Treffen erklärte Klimecki dann, daß er in der vorigen Sitzung nur die Ansichten der Militärs dargelegt habe.[147]

In ihrer Denkschrift vom 1. Dezember 1942 nahm die polnische Regierung ihre Forderungen vom November 1940[148] wieder auf, doch versuchte sie ihre Kriegsziele nun mit der Atlantik-Charta in Übereinstimmung zu bringen, aber nicht mit deren bekanntem Grundsatz, keine territorialen Veränderungen gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung vorzunehmen, sondern mit Punkt 8, der die Entwaffnung derjenigen Nationen vorsah, die andere Völker mit Aggression bedrohten. Zur Entwaffnung Deutschlands gehöre nicht nur die Zerstörung der Rüstungsindustrie und das Verbot, Truppen aufzustellen, sondern auch die Abtrennung der Offensivbasen vom deutschen Staat, zu denen in

144 Seyda an Klimecki am 11.2.1943. PRM 94/3. — *Turlej:* Koncepcje ustrojowe obozu londyńskiego 183. — Sikorski an die polnischen diplomatischen Vertretungen am 14.10.1942. Ambassada w WB, HI. Abgedruckt bei: *Winiewicz:* Co pamiętam 285f. — Ähnlich hatte Seyda gegenüber dem stellvertretenden Kriegsminister Izydor Modelski argumentiert. *Wrzesiński:* Prusy Wschodnie 351.

145 *Winiewicz:* Co pamiętam 294.

146 Seyda an Klimecki am 11.2.1943. PRM 94/3. — *Turlej:* Koncepcje ustrojowe obozu londyńskiego 183.

147 *Winiewicz:* Co pamiętam 295.

148 Siehe S. 56-58.

dem Memorandum Ostpreußen, der „schlesische Keil" (Silesian salient) und Preußisch-Pommern gerechnet wurden.[149] Wie der Rhein Frankreichs und Belgiens, so sei die Oder mit ihren Nebenflüssen Polens „nationale Sicherheitslinie". Um die deutsche Vorherrschaft in der Ostsee zu brechen und eine strategische Verbindung zwischen Westeuropa und der ostmitteleuropäischen Föderation zu schaffen, sollten der Nord-Ostsee-Kanal mit einer genügend breiten Verteidigungszone zu beiden Seiten internationalisiert und auf den deutschen und dänischen Nord- und Ostsee-Inseln britische, amerikanische und polnische Militärstützpunkte errichtet werden, wobei Polen solche auf Rügen, Fehmarn und Bornholm erhalten wolle.

In dem Memorandum wurden danach die strategischen, wirtschaftlichen, ethnischen und historischen Argumente für die Angliederung Ostpreußens, Danzigs und Oberschlesiens an Polen im einzelnen ausgebreitet, die das Verteidigungspotential Polens und der Tschechoslowakei stärken und das Aggressionspotential Deutschlands schwächen, die deutschen Ostgebiete aus ihrer wirtschaftlich ungünstigen Randlage befreien und innerhalb des polnischen Staates entwickeln, die jahrzehntelange Germanisierung rückgängig und historisches Unrecht wiedergutmachen werde. Die Polonisierung dieser Gebiete werde erleichtert durch einen Prozeß, der schon im 19. Jahrhundert begonnen habe, nämlich die Abwanderung eines Teils ihrer deutschen Bewohner nach Westen und die Anwerbung polnischer Arbeitskräfte für ihre Landwirtschaft und Industrie, durch die Rückkehr nur oberflächlich germanisierter Slawen zum polnischen Volkstum und durch eine freiwillige Abwanderung von Deutschen als Reaktion auf die Einverleibung ihrer Heimat in den polnischen Staat, ein Vorgang, der sich in Westpreußen und Posen auch nach dem Ersten Weltkrieg abgespielt habe.[150] Beneš gegenüber erläuterte Sikorski, daß der Transfer der Deutschen aus Ostpreußen vielleicht gar nicht nötig werde. Bei einem großen Teil der dortigen Einwohner handle es sich um Masuren, die leicht zu ihren polnischen Ursprüngen zurückkehren würden. Und durch eine Bodenreform könnten auch die deutschen Bauern Ostpreußens zufriedengestellt und zu

149 Von Danzig, Ostpreußen, Oppeln-Schlesien und Grenzberichtigungen zugunsten der Sicherheit der polnischen Häfen sprach Sikorski auch in einer Instruktion an Rowecki vom 28.11.1942. DPSR I, Nr. 278.

150 Memorandum Raczyńskis für Eden vom 1.12.1942. FO 371/31091, C12169/464/55. — Dieses Memorandum hatte das ‚Ministerium für Kongreßarbeiten' vorbereitet. *Winiewicz:* Co pamiętam 291 f. — Siehe auch Thesen der polnischen Regierung vom 7.12.1943. SP-D 431 ff.

loyalen polnischen Staatsbürgern werden.[151] Bestimmte Teile der deutschen Bevölkerung müßten aber zwangsweise umgesiedelt werden, damit keine ‚Fünfte Kolonne' entstehe, hieß es in der Denkschrift. Hitlers Umsiedlung fremder Völker, aber auch deutscher Minderheiten „führt zu dem Schluß, daß die Methode des Bevölkerungstransfers schon von Deutschland als auf Deutsche anwendbar sanktioniert worden ist". Bis zu einem gewissen Ausmaß könne der Transfer den Charakter eines Austausches gegen in Deutschland arbeitende Polen annehmen. Die Exilregierung forderte eine „Verkürzung und Verengung des schlesischen Keils" (shortening and narrowing of the Silesian salient), aber nicht dessen völlige Abtrennung von Deutschland.[152] Diejenigen deutschen Grenzgebiete, deren Einverleibung in Nachbarstaaten vorgesehen bzw. deren Besetzung zur Durchsetzung der alliierten Bedingungen nötig sei, worunter die Exilregierung wohl vor allem die Aufnahme der Vertriebenen in Deutschland verstand, sollten einem „strengen Besatzungsregime" (strict occupation) unterworfen werden. Diese Zone allerdings sollte bis zur Oder und Lausitzer Neiße reichen. Diese Zweiteilung in Gebiete, die annektiert und solche, die nur militärisch besetzt werden sollten, ging später auch in das polnische Memorandum für die Außenministerkonferenz in Moskau ein.[153]

Am 1. Dezember 1942 legte Seyda das Regierungsprogramm, das eine Grenze an der Oder und Glatzer Neiße ohne Stettin und Breslau vorsah, dem ‚Nationalrat' vor. Selbst für diese Forderungen rechne er noch mit großen Schwierigkeiten von seiten der westlichen Alliierten. Der ‚Nationalrat' erklärte, daß die Sicherung Europas vor einem erneuten deutschen Angriff die Hauptaufgabe polnischer Politik sei. Zur Sicherung seiner Grenzen und zur friedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung benötige Polen „einen breiten Zugang zum Meer

151 Vermerk Ripkas über eine Besprechung Benešs mit Sikorski und Raczyński am 13.11.1942. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 145.

152 Memorandum Raczyńskis für Eden vom 1.12.1942. FO 371/31091, C12169/464/55. — Thesen der polnischen Regierung vom 7.12.1943. Siehe auch DDP I/2, 754-764 und SP-D 431 ff.

153 *Terry:* The Oder-Neisse Line Revisited 65 f. — *Pasierb:* Polskie prace 95 ff. — *Orzechowski:* Odra 61 f. — *Kowalski:* Walka dyplomatyczna 285-287. — Denkschrift der polnischen Regierung vom 5.10.1943. DPSR II, Nr. 42. — *Terry:* Poland's Place 107-118, ist der Meinung, daß das Memorandum zwar zweideutig formuliert sei, aber doch auf die Annexion aller Gebiete bis zur Oder und westlichen Neiße ziele. — Die Denkschrift hat einen Vorläufer in der Denkschrift des ‚Polnischen Nationalkomitees' vom 4. November 1918, in der ebenfalls eine vorgeschobene Linie gefordert wurde, um deutsche Gegenwehr während den Friedensverhandlungen zu verhindern. *Lundgren-Nielson:* The Polish problem 132 f.

und eine ausreichend vorgeschobene, begradigte und verkürzte Grenze zu Deutschland".[154]

Ebenso wie die tschechische erhob auch die polnische Widerstandsbewegung radikalere Forderungen als die jeweilige Exilregierung. Angesichts der schrecklichen Gegenwart male sich die polnische Gesellschaft eine helle Zukunft aus, zu der auch die Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße gehöre, antwortete der Regierungsdelegat auf den Beschluß des Ministerrats.[155] Die schärfste Opposition gegen dieses sogenannte „minimalistische" Programm kam von der ‚Nationalpartei', die von einem „Groß-Polen" träumte und in der „Rückkehr" zur Oder und Lausitzer Neiße die von ihrem Parteigründer Dmowski vorbestimmte historische Mission Polens sah. Darin waren sich die ‚Nationalpartei' in der Heimat und der Mehrheitsflügel im Exil unter Bielecki einig. Mit der Partei verbundene Presseorgane verlangten auch die Befreiung der Lausitzer Sorben von der deutschen Herrschaft und sahen in Annexionen eine Möglichkeit, das Problem der Übervölkerung ohne Bodenreform zu lösen. Auf dem anderen Flügel stand die ‚Sozialistische Partei' (‚Polnische Sozialistische Partei – Freiheit-Gleichheit-Unabhängigkeit'), die sich mit Forderungen im Westen zurückhielt, um die Ostgrenze nicht zu gefährden. Sie sprach davon, daß die seit den Teilungen Polens vollzogene Germanisierung rückgängig gemacht werden müsse, die staatstreuen Deutschen aber in Polen bleiben dürften. Die ‚Volkspartei' trat für die Oder-Lausitzer Neiße-Linie ein, mäßigte aber im Laufe des Jahres 1943 ihre Vorstellungen und erhob nun nicht mehr den Anspruch auf Niederschlesien. Die ‚Demokratische Partei' war gegen, die ‚Partei der Arbeit' für die Oder-Lausitzer Neiße-Grenze.[156] Zum Programm des sowjethörigen ‚Verbandes Polnischer Patrioten' in der UdSSR vom 10. Juni 1943 gehörte der Verzicht auf litauische, weißrussische und ukrainische Gebiete und „die Stärkung Polens im Westen und an der Ostsee". Der polnische Charakter Schlesiens müsse „wiederhergestellt" werden. Der schlesische Zweig der polnischen Nation sei wieder mit dem Mutterland zu vereinigen. Die Mündung der Weichsel, der „wichtigsten Lebensader unseres Landes" müsse wieder in polnische Hände gelangen und Ostpreußen die Brücke Polens zur Ostsee werden.[157]

154 *Orzechowski:* Odra 62.

155 Piekałkiewicz an Zentrale am 16.12.1942. AK II, Nr. 366.

156 *Orzechowski:* Odra 23ff. — Programm Volkspolens mit einem Anschreiben Dormers vom 24.12.1942. FO 371/31091, C13064/464/55. — *Terej:* Rzeczywistość i polityka 392ff.

157 Programm des ‚Verbandes Polnischer Patrioten' vom 10.6.1943. DMISPO VII, Nr. 270.

Anfang Juli 1943 schlug die ‚Politische Landesvertretung' – ebenso wie die Regierung schon im Oktober 1942 – vor, daß die polnische Besatzungszone bis zur Oder-Lausitzer Neiße-Linie reichen sollte, die polnische Staatsgrenze aber nur bis zur Linie Altdamm (ohne Stettin), Landsberg an der Warthe, Züllichau, Oder (ohne Breslau) und Glatzer Neiße. Am 15. August 1943 formulierten die vier Parteien ihre Ziele noch vorsichtiger: „eine Grenze im Westen und Norden, die Polen einen breiten Zugang zum Meer garantiert". Da die ‚Heimatarmee' eine Besiedlung Niederschlesiens mit Polen nicht für durchführbar hielt, wollte sie nur einige seiner Kreise aus strategischen Gründen annektieren und möglichst die Tschechen an der Aufteilung beteiligen. Das ‚Büro für die Westgebiete' und die ‚West-Sektion' der Informations- und Presseabteilung der Delegatur machten allerdings überwiegend für die Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße Propaganda.[158]

Bei seinen Gesprächen in den USA im Dezember 1942 warb Sikorski um amerikanische Zustimmung zur Annexion Ostpreußens und Danzigs durch Polen, aus denen die Deutschen fliehen würden bzw. mit den von den Deutschen vorexerzierten Methoden vertrieben werden sollten. Wenige Jahre zuvor habe es noch rund 700 000 Masuren gegeben, die nach der Niederlage Deutschlands zu ihrer Nationalität zurückkehren würden. Entsprechend dem polnischen Protokoll antwortete Roosevelt: „Ostpreußen muß Ihnen gehören, doch das ist ein sehr schwieriges Problem."[159] Welles legte sich zwei Tage später weniger deutlich fest: Man erwäge die Möglichkeit einer Übergabe Ostpreußens an Polen unter der Voraussetzung, daß dessen Bewohner sich frei entscheiden könnten, ob sie unter polnischer Herrschaft leben oder mit ihrer Habe auswandern wollten. Sikorski wollte eine schriftliche Zustimmung Roosevelts zu den polnischen Kriegszielen erreichen, in die folgender Satz aufgenommen werden sollte:

158 *Orzechowski:* Odra 38ff. — DPSR II, 27. — Die Exilregierung hatte zwei Varianten ausgearbeitet: Die eine verlief etwas westlich der KRP-Linie. Seyda meinte, daß sie „sehr schwer zu realisieren" sein werde, und dachte deshalb an eine Alternative von Kolberg über Arnswalde nach Landsberg. Seyda an ‚Delegatura' am 30.8.1943. SP-D 398f.

159 Vermerk über eine Besprechung zwischen Sikorski und Roosevelt vom 2.12. 1942. DPSR II, Supplement 11. — Nach Mitkiewicz sagte Roosevelt: „Nun gut, sagen wir, daß wir Ostpreußen Polen geben, aber was ist dann mit jenem pommerschen Korridor?" (sic). *Mitkiewicz:* Z generałem Sikorskim 316. — In einem Gespräch mit Hull, Welles und anderen sagte Roosevelt am 22.2.1943: „East Prussia should go to Poland." *Mazur:* Poland's Western Frontier 277ff.

I do not exclude the possibility that the necessity will arise to widen the basis of Poland's security in the West in relation to Germany and thus to strengthen her economic independence.[160]

Atherton riet zwar von einer solchen Zusage ab, da dann auch alle anderen Exilregierungen mit ihren territorialen Wünschen kommen würden, bezeichnete aber das Verlangen nach einer Annexion Ostpreußens als „vernünftiges Mittel" (reasonable means) für einen freien und unbedrohten Zugang Polens bzw. der Föderation zum Meer. „Einiges Gewicht" (some force) habe auch das Argument, daß die Grenze so gezogen werden sollte, daß Deutschland nicht mit einem Keil die lebenswichtigen Organe Polens bedrohe und Polens Zugang zum Meer größtmögliche Sicherheit bekommen sollte.[161] Auf einer Pressekonferenz in Chicago forderte Sikorski für Polen „einen breiteren Zugang zur Ostsee" und „gewisse Grenzkorrekturen im Westen". Er hoffe, daß die polnischen Armeen zur Besetzung aller deutschen Gebiete bis zur Oder eingesetzt würde.[162] Nachdem Atherton alle von Sikorski vorgelegten Memoranden gelesen hatte – einschließlich jener über die Ostgrenze, schrieb er allerdings, daß sie „Polens maximale nationalistische Forderungen" enthielten und „im Geiste extremen Nationalismus" abgefaßt seien.[163] Welles lehnte am 4. Januar 1943 jegliche amerikanische „Zusage" (commitment) in der Frage der polnischen Grenzen vor einer Diskussion und Absprache mit anderen interessierten Mitgliedern der Vereinten Nationen ab. Von Roosevelt wisse Sikorski ja, daß dieser im Interesse eines starken und unabhängigen Polen und des Friedens und der Stabilität den polnischen Korridor für keine praktikable Lösung halte.[164] Trotz dieser vorsichtigen Formulierung konnte Sikorski Welles' Aussage für eine Bestätigung von Roosevelts Worten halten und informierte den polnischen Ministerrat und Halifax, daß Roosevelt der Übertragung Ostpreußens und Danzigs an Polen zugestimmt habe, während das State Department gegenüber der britischen Botschaft betonte, daß keine „Zusagen" gemacht worden seien.[165]

160 Vermerk von Welles über eine Besprechung mit Sikorski vom 4.12.1942. FRUS 1942, III, 199f. Siehe auch DDP I/2, 714-717.

161 Vermerk Athertons vom 9.12.1942. FRUS 1942, III, 204ff. — Siehe auch DDP I/2, 723-726.

162 Aus der Pressekonferenz in Chicago am 18.12.1942. DDP I/2, 733-735.

163 Vermerk Athertons vom 9.12.1942. FRUS 1942, III, 204ff. — Siehe auch DDP I/2, 723-726.

164 Vermerk von Welles über eine Besprechung mit Sikorski vom 4.1.1943. FRUS 1943, III, 314ff. — Siehe auch DDP I/2, 14-17.

165 Halifax an das Foreign Office am 9.12.1942. FO 371/31091, C12329/464/55. — Siehe auch DDP I/3, 1137f. — Halifax an Eden am 15.2.1943. FO 371/

Seit März 1942 hatten Ausschüsse des ,Advisory Committee on Problems of Foreign Policy'[166] das State Department über die Frage des „Korridors" beraten. Im ,Subcommittee on Political Problems' hatte Welles schon am 14. März darauf hingewiesen, daß Stalin Polen für die Verluste im Osten durch Ostpreußen entschädigen wolle, dessen Bevölkerung in diesem Fall evakuiert werden müßte.[167] Das ,Subcommittee on Territorial Problems' diskutierte dennoch anfangs zwei andere Lösungen des „Korridor"-Problems: Entweder sollte der Korridor an Deutschland fallen und Polen durch einen anderen Korridor entlang der Memel entschädigt werden oder Ostpreußen an Polen und Westpreußen an Deutschland übergeben werden, und zwar verbunden mit einem Bevölkerungsaustausch.[168] Angesichts der Informationen über die Leiden, die Hitlers Aussiedlung von etwa einer halben Million Polen und Juden

34560, C2098/231/55. — Vermerk Allens vom 20.1.1943. *Polonsky:* The Great Powers Nr. 42. — *Raczyński:* W sojuszniczym Londynie 161. — *Mitkiewicz:* Z generałem Sikorskim 315f.

166 Anfang 1940 wurde das ,Advisory Committee on Problems of Foreign Relations' gebildet, dessen Vorsitz Sumner Welles übernahm. Dieses wurde nach dem Kriegseintritt der USA durch ,The Advisory Committee on Post-War Foreign Policy' abgelöst, das Vertreter verschiedener Ministerien, der Parteien und der Verbände in seine Arbeit einbezog und mehrere Unterausschüsse bildete, darunter das ,Subcommittee on Political Problems' und das ,Subcommittee on Territorial Problems'. Nachdem diese Unterausschüsse im Sommer 1943 „policy handbooks" zu den Themen der Nachkriegszeit fertiggestellt hatten, stellten sie ihre Arbeit ein. Auf der Grundlage der „policy handbooks" arbeiteten seitdem ,Country and Area Committees' aus den geographisch zuständigen Abteilungen des State Department und Fachleuten der Forschungsabteilung, deren Empfehlungen vom neuen ,Committee on Post-War Programs' behandelt wurden, bevor sie auf den alliierten Konferenzen oder in der ,European Advisory Commission' eingebracht werden konnten. Im November 1940 hatte das ,Advisory Committee' in der ,Division of Special Research' unter Leo Pasvolsky eine Forschungsabteilung als wissenschaftlichen Stab erhalten, der im Frühjahr 1942 in vier Unterabteilungen aufgegliedert wurde, darunter auch eine territoriale Subdivision, und deren Arbeit ein Koordinationskomitee zusammenfassen sollte. Im Januar 1943 wurden die Unterabteilungen in zwei Abteilungen zusammengefaßt, darunter eine ,Division of Political Studies', deren Arbeit ein ,Committee on Special Studies' koordinieren sollte. Zum Jahreswechsel 1943/44 ging die ,Division of Political Studies' zu einer Unterabteilung des State Department auf, der ,Division of Territorial Studies'. *Pautsch:* Die territoriale Deutschlandplanung 6-55.

167 Sitzungsprotokoll des ,Subcommittee on Political Problems' vom 14.3.1942. DDP I/2, 164-173, hier 169f.

168 Sitzungsprotokolle des ,Subcommittee on Political Problems' vom 4.4. und 20.6. und des ,Subcommittee on Territorial Problems' vom 25.4. und 13.6. 1942. DDP I/2, 190-194, 220-223 und 301-309.

aus den sogenannten „eingegliederten Gebieten" in Westpolen und die Ansiedlung von Volksdeutschen aus dem Baltikum, Wolhynien, Bessarabien usf. verursacht hatte, über die Hedwig Wachenheim in der Juli-Nummer von ‚Foreign Affairs' berichtet hatte, verwarfen die Mitglieder des Territorial-Unterausschusses gegen die Stimme von Leo Pasvolsky den zweiten Vorschlag, da eine Aussiedlung von zweieinhalb Millionen Deutschen aus Ostpreußen ebensoviele „zerstörte Heimstätten" (broken homes) und, entsprechend früheren Erfahrungen, u. a. mit dem griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch, eine Todesrate von 10 Prozent mit sich brächte. Der Territorial-Unterausschuß einigte sich daher auf den Grundsatz minimaler Grenz- und Bevölkerungsverschiebungen als Richtlinie für territoriale Nachkriegsregelungen. Deshalb auch sollte die polnische Vorkriegsgrenze im Westen wiederhergestellt werden. Allerdings empfahl der Ausschuß die Übergabe des Gebiets der Freien Stadt Danzig westlich und eines schmalen Streifens östlich der Weichsel an Polen, für dessen Abgabe Deutschland durch einen schmalen Grenzstreifen an der Westgrenze Polens entschädigt werden sollte, um deutschen Revanche-Bestrebungen vorzubeugen. Die Aussiedlung der betroffenen etwa 300000 Danziger hielt der Ausschuß für geordnet durchführbar.[169]

Obwohl Welles am 17. Oktober im politischen Unterausschuß nochmals darauf hinwies, daß diese Empfehlungen im Gegensatz zur sowjetischen und britischen Vorstellung ständen, Ostpreußen an Polen zu übertragen[170], hielt der Territorial-Unterausschuß noch am 22. Oktober an seinen Empfehlungen zur deutsch-polnischen Grenze fest.[171] Zwei Tage darauf sprach sich jedoch eine Mehrheit des politischen Unterausschusses einschließlich der Vertreter des State Department Welles, Berle und Atherton für die Übergabe Ostpreußens und Danzigs an Polen verbunden mit einer kleineren Kompensation Deutschlands in Westpreußen aus.[172] Auf die Frage Hamilton Fish Armstrongs, ob Polen für

169 Sitzungsprotokolle des ‚Subcommittee on Territorial Problems' vom 20.6., 10.7. und 31.7.1942 und Zwischenbericht desselben Komitees vom 11.8.1942. DDP I/2, 323-331, 359-368, 442-445 und 461-463. — Siehe auch *Pautsch:* Die territoriale Deutschlandplanung 140-145.

170 Sitzungsprotokoll des ‚Subcommittee on Political Problems' vom 17.10.1942. DDP I/2, 537-551.

171 Zwischenbericht des ‚Subcommittee on Territorial Problems' vom 22.10.1942. DDP I/2, 568f.

172 Sitzungsprotokoll des ‚Subcommittee on Political Problems' vom 24.10., „A Resumé of Previous Considerations ..." vom 6.11. und Sitzungsprotokoll des ‚Subcommittee on Territorial Problems' vom 13.11.1942. DDP I/2, 588-603, 646f. und 666-674.

Ostpreußen nicht einen Grenzstreifen im Westen aufgeben könne, antwortete der polnische Botschafter allerdings: „Nicht einen Fußbreit" (not an inch). Daraufhin verzichteten Territorial- und politischer Unterausschuß Mitte Januar 1943 auf diese Idee und nahmen Welles' und Berles Vorschlag an, unter sowjetischem Druck zugunsten einer Kom-



Karte 6: Diskussionsvorschlag des amerikanischen „Committee on Territorial Problems" in bezug auf den Oppelner Bezirk von Anfang 1943
Sogenannte polnische Maximalforderung, wie sie Anfang 1943 im State Department diskutiert wurde (die Linien wurden von Ilse Pautsch nachträglich eingefügt).

pensation Polens notfalls der Annexion Ostpreußens durch Polen zuzustimmen. Sie hielten schließlich die Übertragung Danzigs und Ostpreußens an Polen für die „am wenigsten schlechte“ Lösung.[173] In bezug auf die Zukunft des oberschlesischen Industriegebiets kam der Territorial-Unterausschuß im November 1942 noch zu keinem Schluß, doch zeichnete sich schon eine Tendenz zur Übertragung eines Teils von Deutsch-Oberschlesien an Polen ab. Die Argumente der Befürworter waren die wirtschaftlichen Vorteile einer Zusammenfassung des oberschlesischen Industriegebiets, die Schwächung der industriellen und Rüstungskapazität Deutschlands, die Verkürzung des schlesischen Keils (salient) und die wahrscheinlichen Verluste Polens im Osten, so auch der Öllager bei Drohobycz.[174]

Unter dem Eindruck der Forderungen Sikorskis bei seinem Besuch in den USA plädierte der Territorial-Unterausschuß schließlich nicht nur für die Übergabe des Industriegebiets, sondern auch eines landwirtschaftlich bestimmten Vorlands einschließlich eines Streifens westlich der Oder. Die Stadt Oppeln und der Kreis Leobschütz sollten aber bei Deutschland bleiben.[175]

Inzwischen hatten die Unterausschüsse für Wirtschaftspolitik und Territorialprobleme ein Arbeitspapier über „Germany's capacity to ‚absorb‘ additional population into a reduced territory“ vorgelegt. Wenn Ostpreußen und Danzig von Deutschland abgetrennt und alle deutschen Minderheiten aus der Tschechoslowakei, Polen, Jugoslawien, Ungarn und Rumänien zur Auswanderung gezwungen würden, müßte Deutschland 8 317 000 Personen aufnehmen, und zwar zusätzlich zu den schon von den Nazis umgesiedelten Volksdeutschen, deren Zahl die beiden Ausschüsse auf 555 000 schätzten. Die Verfasser kamen zu dem Schluß, daß Deutschland langfristig einen solchen Anstieg seiner Bevölkerung um 10–15 Prozent verkraften könne, wenn es Gelegenheit zu einem entsprechend größeren Export von Industrieprodukten erhalte. Die Schwierigkeiten bei der Unterbringung, Lebensmittelversorgung und Umschulung in der Übergangsphase könnten durch Hilfe und Kre-

173 Sitzungsprotokoll des ‚Subcommittee on Territorial Problems‘ vom 2. und 15.1., des ‚Subcommittee on Political Problems‘ vom 16.1., Zwischenbericht vom 10.3. und Elaborat der ‚Division of Political Studies‘ vom 18.8.1943. DDP I/4, 6-14, 45-48, 63-81; 205-207 und 486-492.

174 Sitzungsprotokoll des ‚Subcommittee on Territorial Problems‘ vom 20.11. 1942. DDP I/2, 692-697.

175 Protokoll des ‚Subcommittee on Territorial Problems‘ vom 22.1. und Zwischenbericht vom 10.3.1943. DDP I/4, 88-101, 205-207.

dite aus dem Ausland reduziert werden.[176] Der Unterausschuß für Wirtschaftspolitik unter Berles Vorsitz war damals der Meinung, daß zwar alle Volksdeutschen Polen (0,6 Millionen) sowie die meisten Deutschen Ostpreußen (1,6 bis 2 Millionen) bei einer Übergabe an Polen verlassen würden, daß sich aber die Zahl der Aussiedler durch Auswanderung aus den übrigen Staaten nur auf etwa drei Millionen erhöhen würde.[177] Sie hatten damals offensichtlich noch keine Kenntnis vom Ausmaß der Vertreibung, wie sie Beneš plante. In seinen Empfehlungen vom 12. März 1943 schrieb der politische Unterausschuß, daß „Ostpreußen ein integraler Teil Polens werden könnte mit der Maßgabe, daß jene Bewohner Ostpreußens, die auswandern wollen, und diejenigen, die die polnische Regierung nicht haben möchte, bei der Ansiedlung in Deutschland unterstützt werden".[178] Über dieses Beratungsergebnis informierte Welles am 16. März 1943 den britischen Außenminister.[179]

Inzwischen hatte das polnische Memorandum vom 1. Dezember 1942 im Foreign Office eine positive Aufnahme gefunden. Allen hielt dessen Abschnitte über den Transfer der deutschen Bevölkerung für „zufriedenstellend" (satisfactory). Die britische Regierung habe sich ohnehin schon auf das Prinzip des zwangsweisen Bevölkerungstransfers festgelegt. Die vorgebrachten wirtschaftlichen Argumente seien stark, besonders für den Anschluß Oberschlesiens; am meisten leuchteten die strategischen Argumente ein, schrieb Harrison. Roberts schlug vor, nun auch die polnische Regierung über die britische generelle Zustimmung zum Bevölkerungstransfer zu unterrichten. Großbritannien solle erstens das Ziel ansteuern, Polen für seine zu erwartenden Verluste im Osten zu entschädigen, und zweitens die Polen sowie die anderen Slawen Osteuropas allgemein, industriell und strategisch gegen eine eventuelle Erneuerung der Macht Deutschlands zu stärken. Die Polen bezögen sich auf die Oder-Linie wie die Briten auf die Rhein-Linie. Es handle sich nicht um „einen Anspruch auf eine Grenze, die der Oder-Linie folgt, was grotesk wäre".[180] Cripps schien der polnische Anspruch auf Ost-

176 Arbeitspapiere des ‚Subcommittee on Economic Policy' und des ‚Subcommittee on Territorial Problems' vom 21. und 22.10.1942. DDP I/2, 552-559 und 572-574.

177 Sitzungsprotokoll des ‚Subcommittee on Economic Policy' vom 23.10.1942. DDP I/2, 575f.

178 „Tentative Views of the Subcommittee on Political Problems" vom 12.3.1943. DDP I/4, 208-215.

179 Vermerk von Welles über eine Besprechung mit Eden am 16.3.1943. FRUS 1943, III, 19ff. Siehe auch DDP I/4, 225-229.

180 Vermerke von Allen, Harrison und Roberts vom 11.–16.12.1942. FO 371/31091, C12169/464/55. Siehe auch DDP I/3, 1144-1146.

preußen gerechtfertigt, die Oder-Grenze aber allenfalls im Zusammenhang mit einer Abtretung von Gebieten zugunsten der Sowjetunion.[181] Von Halifax über Roosevelts Aussage zu Ostpreußen informiert, sprach sich der britische Informationsminister ebenfalls für die Annexion Ostpreußens und Danzigs durch Polen aus. Die Deutschen hätten ein Beispiel gegeben, wie man „ein gegebenes Territorium von unerwünschten Bewohnern säubere". Genauso sollten s. E. die Tschechen mit den Sudetendeutschen verfahren.[182] Beneš wußte, daß Roosevelt nur Veränderungen in bezug auf Ostpreußen und Danzig für möglich erklärt hatte. Sikorskis Forderung nach der Oder-Grenze hielt auch er für übertrieben und wollte sie nicht unterstützen. Außer Ostpreußen und Danzig könne Polen nur „einen Teil Oberschlesiens" (some of Upper Silesia) erhalten und die deutsche Bevölkerung vertreiben.[183] Polen solle im Osten Zugeständnisse an Rußland machen und könne dafür „Ostpreußen, Oberschlesien und mehr" bekommen, sagte Churchill am 3. April 1943 zu Beneš[184] und am 15. April zu Raczyński.[185]

Bei einer Diskussion über die „Administration of Liberated Territory and Maintenance of Order" am 13. Januar 1943 hatten sich die Vertreter der verschiedenen Departments des Foreign Office die Frage gestellt, ob es zweckmäßig sei, umstrittene Gebiete wie Ostpreußen und Schlesien unter inter-alliierte Verwaltung zu stellen und diese von internationalen Streitkräften zu unterstützen. Roberts war der Meinung, daß dann aber auch die polnischen Ostgebiete unter eine solche Verwaltung kommen müßten, denn sonst verliere Polen seine Ostgebiete, ohne gleichzeitig eine Kompensation im Westen und Norden zu erhalten. Der Vertreter des Nordamerika-Departments ging davon aus, daß die US-Regierung Bevölkerungsverschiebungen in großem Ausmaß zustimmen werde und deshalb auch über die britische Haltung unterrichtet werden sollte. Die Frage der Grenzen in Ostmitteleuropa sollte im Zusammenhang mit der in Auftrag gegebenen Studie des ‚Foreign Re-

181 Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung mit Cripps vom 14.1.1943. PRM 96/1.

182 Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung mit Bracken vom 18.12.1942. PRM 68/35.

183 Beneš an Fierlinger am 5.1.1943. DHČSP I, Nr. 251. — Vermerk von Roberts vom 12.1.1943. FO 371/34591, C259/259/55. — Amery an Eden über eine Besprechung mit Beneš am 19.1.1943. FO 371/34334, C1020/206/12.

184 Protokoll der Besprechung Benešs mit Churchill am 3.4.1943. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 171.

185 *Mastný:* Moskaus Weg zum Kalten Krieg 124.

search and Press Service' behandelt werden[186], die am 26. Februar 1943 vorlag.

In diese Studie hatte man auch ein Kapitel über Minderheiten und Bevölkerungstransfer integriert, das schon am 1. September 1942, also vor dem endgültigen Scheitern der Verhandlungen Benešs mit Jaksch und vor der Übergabe des polnischen Memorandums, fertig geworden war. Die Spannungen zwischen den Staaten, die an der Konföderation beteiligt werden sollten, und den nationalen Minderheiten hätten sich durch die jüngsten Ereignisse verschärft. Der Völkerbund habe die Minderheiten nicht schützen können. Durch den Mißbrauch der deutschen Minderheiten als Spione und ‚Fünfte Kolonne' sei eine Lösung dringlich geworden. Sonst liberale Denker – der Autor dachte vielleicht an Beneš – befürworteten deshalb deren Transfer und verwiesen dabei auf den „Erfolg" des griechisch-bulgarischen und griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausches. Gegen einen Transfer spreche das Leiden Unschuldiger, das durch die wirtschaftliche Lage nach dem Krieg noch vermehrt werden dürfte, und daß es sich bei dem Transfer der Griechen und Bulgaren um Flucht vor Gewalt gehandelt und der „Erfolg" Griechenland in größte finanzielle Schwierigkeiten gestürzt habe, es in Europa anders als in Anatolien keine leeren Gebiete gebe und durch den Transfer der Nationalismus sowohl der Mehrheitsvölker als auch der entwurzelten Volksgruppen angeheizt werde. Dennoch könne man den Transfer für bestimmte Kategorien erwägen, wobei diejenigen Gruppen an die Spitze gestellt werden sollten, für deren Vertreibung am meisten spreche:

1. Die nach Vertreibungen Angesiedelten, z. B. die von den Nazis in den Warthegau gebrachten Deutschen,

2. deutsche Minderheiten in unterdrückten Ländern wie Jugoslawien (500 000 Deutsche), Polen (750 000) und der Tschechoslowakei, wo die Sudetendeutschen aber wegen ihrer Zahl eine Sonderrolle spielten. „Wo Heydrich und seinesgleichen geherrscht haben, dürfte kein deutsches Leben nach dem Kriege sicher sein."

3. Deutsche in strategischen Annexionen. Die Erfahrung, daß solche Gebietserwerbungen nur bei einem gleichzeitigen Transfer der deutschen Bevölkerung militärischen Wert besitzen, sollte eher Anlaß zur Reduktion der Gebietsansprüche geben.

4. Deutsche Minderheiten anderswo. Die Existenz von Konföderationen sollte aber die Furcht vor der Sprengwirkung dieser Gruppen

186 Vermerke von Roberts vom 13.1. und (Ronald) vom 27.1.1943. FO 371/35363, U391/216/G.

mindern. Als letzte Alternative vor einem Transfer könne man an den Entzug der Staatsbürgerschaft denken.

5. Nicht-deutsche Minderheiten. Deren Transfer sollte durch ethnisch gerechte Grenzen innerhalb der Konföderationen und durch Toleranz aufgrund von Reziprozität zu vermeiden sein. Kulturautonomie nach dem Vorbild Estlands sei für sie wahrscheinlich die beste Lösung.[187]

Im Falle Polens ging der ‚Foreign Research and Press Service' von der Aussiedlung der Volksdeutschen und der von den Nazis herangeschafften Neusiedler aus. Für die Annexion Ostpreußens, Danzigs und Oberschlesiens sprächen strategische und wirtschaftliche Gründe, die der ‚Foreign Research and Press Service' genauso sah wie die polnische Regierung in ihrem Memorandum vom 1. Dezember 1942. Der Transfer von zwei Millionen Ostpreußen dürfte nötig sein, wenn „Polen die vollen strategischen Vorteile der Annexion gesichert werden sollten". Im Falle Oberschlesiens und des Bezirks Allenstein könne die Zahl der Vertriebenen durch Option für Polen verringert werden. Schon die Aussiedlung dieser Deutschen, deren Gesamtzahl der ‚Foreign Research and Press Service' auf mindestens 3 750 000 Personen veranschlagte, würde eine Operation erfordern, für die es in der Geschichte keinen Präzedenzfall gebe. Die Verfasser wandten sich gegen die Annexion Mittel- und Unterschlesiens, weil dann weitere drei Millionen ausgesiedelt werden müßten. Im Falle der Tschechoslowakei könnte die Zahl der Ausgesiedelten durch die Abtretung der Zipfel von Friedland und Schluckenau und des Eger-Karlsbader Dreiecks um 700 000 verringert werden. Den Tschechen dürfte es schwer fallen, die Deutschen besonders in der böhmischen Industrie zu ersetzen. Der Transfer wäre „ein gewaltsames und brutales Mittel" (a violent and brutal expedient).[188] In seiner Kabinettsvorlage vom 8. März 1943 über „The Future of Germany" empfahl Eden ebenfalls die Abtrennung Ostpreußens und Oberschlesiens von Deutschland.[189] Während Bogomolov im Februar 1943 – nach einem Aufenthalt in Moskau – den Umfang der polnischen Ansprüche auf

187 Memorandum des ‚Foreign Research and Press Service' (John David Mabbott) vom 1.9.1942. FO 371/35261, U1292/58/72. Siehe auch DDP I/3, 726-736.

188 Memorandum des ‚Foreign Research and Press Service' vom 26.2.1943. *Ebenda.* — Auch bei einer Diskussion im ‚Foreign Research and Press Service' unter Toynbees Leitung plädierte Marshall für die Abtrennung Ostpreußens und den Transfer der dortigen Bevölkerung, aber gegen eine Zerstückelung Deutschlands. Protokoll vom 13.7.1943. FO 371/31500, U276/61/72.

189 *Kettenacker:* Krieg zur Friedenssicherung 165.

deutsche Gebiete kritisiert hatte[190], bekräftigte Majskij am 10. März die sowjetische Bereitschaft, den Polen Ostpreußen zu übertragen.[191]

Diese Studie des ‚Foreign Research and Press Service' und die Kabinettsvorlage waren fertiggestellt, als Eden im März 1943 mit der amerikanischen Führung über die Zukunft Europas sprach. Wie wir gesehen haben, informierte Strang den Chef der Europa-Abteilung des State Department über den Transfer-Beschluß des Kriegskabinetts vom Juli 1942. Eden und Roosevelt stellten fest, daß sie beide Polen als Entschädigung für die erwarteten Verluste hinter der Curzon-Linie Ostpreußen und Teile Schlesiens zugestehen wollten, aus denen die „Preußen" nach dem Vorbild der Griechen aus Kleinasien ausgesiedelt werden sollten.[192] Indem Cadogan dem sowjetischen Botschafter sofort über Roosevelts Äußerung berichtete, gab er einen Verhandlungstrumpf aus den Händen.[193] Auch Majskij hörte von Eden, daß er keinen Widerstand der Gruppe um Roosevelt gegen die Curzon-Linie erwarte, wenn Polen mit Ostpreußen und einem Teil Schlesiens kompensiert werde.[194] Eden sprach sich im Juni 1943 dafür aus, daß Polen „Entschädigung in Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien erhalten" solle.[195] Im Foreign Office waren sich Wilson, Strang, Sargent, Cadogan und Eden im Juli einig, daß die Polen der Curzon-Linie eventuell bei Verbleib Lembergs bei Polen zustimmen müßten und Ostpreußen und Oberschlesien bekommen sollten.[196] Nachdem Ende Juli Jan Karski, ein Abgesandter der polnischen Widerstandsbewegung, Roosevelt den deutschen Terror in Polen geschildert hatte, sprach sich Roosevelt erneut für die Übergabe Ostpreußens an Polen aus. Ein Teil der dortigen Bevölkerung könne nach der polnischen Machtübernahme polonisiert werden. Karski antwortete, daß die Polen „für einen kurzen Zeitraum, aber schrecklich, Terror gegenüber den deutschen Behörden und der zugewanderten

190 Beneš an Fierlinger (am 16.2.1943 eingegangen). DHČSP I, Nr. 261.

191 Eden über eine Besprechung mit Majskij an Clark Kerr vom 10.3.1943. FO 371/36991, C1605/315/G.

192 Eden über eine Besprechung mit Roosevelt an das Foreign Office am 16. und an Churchill am 17.3.1943. FO 371/36991, N1748/499/38 bzw. FO 371/34568, C4133/258/55. Ein Auszug ist abgedruckt in: *Polonsky:* The Great Powers Nr. 47. — *Sherwood:* Roosevelt and Hopkins 708. — *Eden:* The Reckoning 372f.

193 *Barker:* Churchill and Eden 248.

194 Majskij über Besprechungen mit Eden am 7. und 12.4. sowie an Molotov am 3.5.1943. SSSR i germanskij vopros Nr. 44.

195 Vermerk Ripkas über eine Besprechung Benešs mit Eden am 22.6.1943. *Šťovíček:* Velká Británie 163.

196 Vermerke von Wilson, Strang, Sargent, Cadogan und Eden vom 29.6.–11.7. 1943. *Polonsky:* The Great Powers Nr. 61.

deutschen Bevölkerung ausüben werden, so daß diese Bevölkerung freiwillig und massenhaft das Territorium Polens verlassen wird." Roosevelt soll darauf geantwortet haben: „Das haben die Deutschen verdient."[197] Hull erfuhr am 23. August 1943 von Eden, daß die britische Regierung der Ansicht sei, daß die Verhandlungen mit Stalin über die polnische und andere Fragen wesentlich erleichtert würden, wenn die Westmächte zur Anerkennung der sowjetischen Westgrenze von 1941 bereit wären. Polen solle im Westen Danzig, Ostpreußen und Oberschlesien erhalten und sich im Osten mit der Curzon-Linie unter Einschluß Lembergs zufrieden geben.[198]

Das Foreign Office hatte am 11. Januar 1943 auch das ‚Military Sub-Committee of the Reconstruction Secretariat'[199] um eine Stellungnahme zu dem polnischen Memorandum vom 1. Dezember 1942 gebeten. Nach der Interpretation des Foreign Office forderte die Exilregierung nicht die Oder-Grenze, sondern könnte sich mit einem Sonderstatus wie der Entmilitarisierung bestimmter Gebiete östlich der Oder zufrieden geben. Das ‚Military Sub-Committee' äußerte Zweifel an dieser Interpretation, wobei es sich vor allem auf Passagen über die polnische Besetzung der Gebiete bis zur Oder und über die Verkürzung der polnisch-deutschen Grenze bezog.[200] Das Foreign Office wollte die Exilregierung nicht zu einer Präzisierung ihrer Forderungen drängen. Denn sie könne versucht sein, Maximalforderungen zu erheben, um sich gegen eine sehr ungünstige Entscheidung über die Ostgrenze abzusichern. Obwohl das Memorandum manche territorialen Fragen wohl absichtlich offenhalte, könne das ‚Military Sub-Committee' davon ausgehen, daß die polnische Regierung neben der Annexion Oberschlesien die völlige militärische, wirtschaftliche und politische Kontrolle zumindest Pommerns bis zur Oder anstrebe, antwortete das Foreign Office. Abzuwarten sei, ob eine solche Kontrolle ohne die Abtretung Pommerns an Polen sicherzustellen sei. Jedenfalls scheine die polnische Regierung die völlige militärische Besetzung des Gebiets zu planen. Dadurch bliebe sehr wenig Land östlich der Oder unter deutscher Kontrolle.[201]

197 *Wrzesiński:* Prusy Wschodnie 359f. — *Ciechanowski:* Vergeblicher Sieg 188, hatte Roosevelt am 28.7.1943 Jan Karski vorgestellt.

198 Memorandum Edens für Hull vom 23.8.1943. FO 371/34561, C10847/231/ 55.

199 Dieses bestand hauptsächlich aus Vertretern der drei Waffengattungen und unterstand den Chiefs of Staff. *Kettenacker:* Krieg zur Friedenssicherung 158.

200 Das Military Sub-Committee (William van Cutsen) an das Foreign Office (Jebb) am 21.1.1943. FO 371/34560, C849/231/55.

201 Foreign Office (Jebb) an Military Sub-Committee (van Cutsen) am 4.2.1943. *Ebenda.*

Seiner Stellungnahme vom 28. Juni 1943 legte das ‚Military Sub-Committee' strategische und z. T. auch wirtschaftliche Argumente zugrunde und verzichtete ausdrücklich auf die Einbeziehung historischer und ethnischer Gesichtspunkte. Es empfahl die Übergabe Ostpreußens, Danzigs, Oberschlesiens und von Teilen Hinterpommerns und der Mark Brandenburg an Polen, und zwar bis zu einer Linie westlich von Belgard über Dramburg und dann entlang der Drage bis zur Netze. Einen Ausgleich durch die Verkürzung der Grenze durch die Übertragung eines großen Teils der Provinz Posen an Deutschland lehnte das ‚Military Sub-Committee' ab, weil das deutsche Gebiet dann zu nah an die Weichsel reichen würde und diese Lösung Polen mit Gewalt aufgezwungen werden müßte. Es schätzte die Bevölkerung der betroffenen Gebiete auf rund fünf Millionen und den Anteil der Deutschen auf 4,5 Millionen Personen. Diese seien nach Deutschland zu transferieren, da sie andernfalls nach einigen Jahren wie die Sudetendeutschen im Jahre 1938 den Anschluß an Deutschland suchen würden. Wegen seiner Bevölkerungsverluste müßte Deutschland die Vertriebenen absorbieren können. Wie schnell Polen diese ersetzen könne, werde davon abhängen, wieviele Polen aus den Gebieten östlich der künftigen polnischen Staatsgrenze umgesiedelt werden könnten. Außerdem rechnete das ‚Military Sub-Committee' mit der Rückwanderung von rund einer halben Million Polen aus dem Ruhrgebiet. Gegen die Annexion Niederschlesiens bzw. aller Gebiete bis zur Oder durch Polen spreche, daß in diesem Fall zusätzlich 3,5 bzw. drei Millionen Deutsche ausgesiedelt und durch Polen ersetzt werden müßten, was einer Nation von 20–25 Millionen schwer fallen dürfte.[202] Deshalb hatte sich das ‚Military Sub-Committee' auch gegen die Alternative des ‚Directors of Plans/War Office' entschieden, der vorgeschlagen hatte, Polen Niederschlesien zu geben, aber nicht Teile Hinterpommerns und der Mark Brandenburg.[203] In dem Memorandum des ‚Military Sub-Committee' sahen das Central und das Northern Department eine gute Grundlage für Verhandlungen mit Amerikanern und Russen über die territoriale Entschädigung Polens im Westen für die Abtretung polnischer Gebiete an die Sowjetunion. Lord Hood überzeugten die Argumente gegen die Annexion Niederschlesiens nicht. Auf seinen Wunsch wurde das ‚Military Sub-Committee' gebeten, nach seiner Untersuchung der besten Verteidigungslinie Polens nun auch einen Vorschlag zu machen, wie die Grenze zu ziehen wäre, damit

202 Memorandum des Military Sub-Committee (Admiral Roger Bellairs, W. E. van Cutsem, J. M. Spaight) vom 28.6.1943. FO 371/34560, C7553/231/55.

203 Military Sub-Committee (Roger M. Bellairs) an das Foreign Office (Jebb) am 30.6.1943. *Ebenda.*

Polen „Preußen" ständig bedrohen und einen Blitzfeldzug gegen Berlin unternehmen könne.[204] In diesem Fall wäre an Landkeile (salients) zu denken, von denen aus Polen Deutschland angreifen könne, antwortete das ‚Military Sub-Committee'. Meist sei jedoch die schwächere Macht eher an einer kurzen Grenze interessiert, die die Verteidigung erleichtere. Und Deutschland werde auch in Zukunft Polen industriell und damit potentiell auch militärisch überlegen bleiben. Zudem könne Deutschland jede Grenze durch Bunker, Minenfelder u. ä. befestigen; zudem werde die Bedeutung der Luftwaffe wahrscheinlich zunehmen, so daß „offensive" Grenzen entwertet würden. Auch Roberts hielt es für überflüssig und gefährlich, die Polen zu offensivem Denken zu ermutigen.[205]

Die schärfste Kritik an dem Memorandum vom 28. Juni 1943 kam aus dem War Office. Die zuständigen Abteilungen der ‚Military Intelligence' (MI 3 und MI 10) kritisierten dessen Grundkonzeption. Keine Grenze könne Polen schützen, wenn Deutschland die Wiederbewaffnung erlaubt werde. Deshalb sollten strategische Argumente für die Grenzziehung eine untergeordnete Rolle spielen. Viel wichtiger seien historische, soziale und ethnische Gesichtspunkte.

Wenn wir versuchen, die Welt nach strategischen Überlegungen neu zu ordnen, werden wir ziemlich sicher die Samen für einen weiteren Krieg setzen (If we are going to try to resettle the world on strategic considerations, it is quite certain that we shall lay the seeds of another war).

Das Resultat des Transfers von 4,5 Millionen Deutschen wäre ein noch dichter besiedeltes Deutschland „als Nachbar eines spärlich besiedelten – und wahrscheinlich ineffizient verwalteten – Polen, was ein potentieller Faktor für einen weiteren Krieg wäre". Der ‚Director of Military Intelligence' faßte zusammen: In erster Linie wirtschaftliche und in zweiter ethnische Gesichtspunkte sollten die Grenzziehung bestimmen. Der strategische Vorteil der Annexion Pommerns und Oberschlesiens „wird wahrscheinlich durch die latente Feindschaft, die ein solcher Transfer hervorrufen würde, ausgeglichen, wenn nicht übertroffen". Werde Deutschland in kleinere Staaten aufgeteilt, könne man auf strategische Grenzen verzichten.

What is our aim in the post-war world? To put certain powers in strategically strong positions or to get all men to live in peace with their neighbours? If it be

204 Vermerke von Allen, Harrison, Hood und anderen vom 12.–24.7. und Jebb an Bellairs am 29.7.1943. *Ebenda.*

205 Military Sub-Committee (Bellairs) an das Foreign Office (Jebb) am 9.8.1943. FO 371/34561, C9308/231/55.

the latter, then the first, and a long way the first, consideration must be economic and to some extent ethnographical [...]. The present paper will produce in Germany a feeling of bitterness, unfair treatment, hatred etc., and sow the seeds of another war.[206]

Der ‚Director of Military Operations' schloß sich dieser Bewertung des Memorandums an.[207] Roberts wies die Kritik des War Office zurück. Rußland und Großbritannien seien sich einig, daß ein nach Westen verlagertes Polen ein stärkerer Staat wäre. Seine Zukunft könne nicht ohne Rücksicht auf die vertraglichen und moralischen Verpflichtungen Großbritanniens gegenüber Polen und die praktischen Notwendigkeiten behandelt werden. Andernfalls werde Nachkriegspolen dem Generalgouvernement ähneln. Das Foreign Office bestand auf dem Vorrang des „strategischen Aspekts"[208], äußerte aber Zweifel, ob auch Teile Hinterpommerns und Brandenburgs von Deutschland abgetrennt werden sollten, zumal die polnische Regierung diese Forderung gar nicht erhoben habe.[209]

Die polnische Frage auf der Moskauer Außenministerkonferenz

Roosevelt und Churchill wollten dem Treffen der Außenminister im Moskau nur einen „Erkundungscharakter" geben und Entscheidungen den Staatschefs vorbehalten, während Stalin schon von den Außenministern Resultate erwartete.[210] Wie Majskij Eden und Winant erläuterte, ging es der Sowjetführung um eine definitive Entscheidung über ihre Westgrenze. Zwar warnte Eden den sowjetischen Botschafter, von der bevorstehenden Konferenz zuviel zu erhoffen, doch könnte es dem britischen und sogar dem amerikanischen Vertreter möglich sein, „unser Verständnis für die Besorgnisse der sowjetischen Regierung um die Sicherheit ihrer Westgrenzen deutlich zu machen".[211] Am 9. September 1943 stellte Eden deshalb dem polnischen Ministerpräsidenten eine „in-

206 Stellungnahme War Office vom 27.9.1943. FO 371/34562, C12044/231/55.

207 *Ebenda.*

208 Vermerk von Roberts vom 22.10.1943 und Foreign Office (Hood) an das P.H.P.-Committee am 30.10.1943. *Ebenda.*

209 Jebb an das Sub-Committee des Post-Hostilities Planning Staff (G. W. G. Walker) am 11.10.1943. FO 371/ 34561, C11491/231/55.

210 FRUS 1943, I, 513 f.

211 Eden an Clark-Kerr am 2.9.1943. FO 371/37028, N5083/66/G.

diskrete Frage“: Könnte Mikołajczyk sich mit der Curzon-Linie zufriedengeben, wenn Polen Ostpreußen, Danzig, einen wesentlichen Teil Schlesiens und auch Lemberg erhalte? Mikołajczyk entgegnete, daß Polen auf Wilna ebensowenig verzichten könne wie auf Lemberg. Zudem könne keine polnische Exilregierung die Verantwortung für territoriale Konzessionen übernehmen.[212]

Vor dem ‚Nationalrat‘ erkannte Außenminister Romer am 13. September 1943 an, daß bei Kriegsende über die künftigen Grenzen Polens entschieden werden müsse, jedoch in der Gesamtheit, nicht „stückweise und vorzeitig“. Keine polnische Regierung könne aber und schon gar nicht im Exil vom Grundsatz der Integrität des polnischen Territoriums abgehen. Mit diesen beiden widersprüchlichen Aussagen wollte es der Außenminister anscheinend sowohl den Großmächten als auch seinen polnischen Zuhörern recht machen, von denen jedoch einige, wie Grabski, der Vorsitzende des Nationalrats, und der Gesandte Kulski, inzwischen doch zu territorialen Kompensationen bereit waren. Mit Vorsicht und etwas Zeit konnten auch nach Retingers Meinung die polnische Regierung und Bevölkerung dahin gebracht werden, auf die Ostmarken zu verzichten, wenn wenigstens Lemberg und Wilna der Republik erhalten blieben.[213] Eden nahm daraufhin am 5. Oktober zwar die Forderung nach Wilna in sein Verhandlungskonzept für die Moskauer Konferenz auf, wollte aber auf diese Stadt verzichten, wenn die Sowjets bei Lemberg einlenkten, zumal bei einer Grenzziehung an der Curzon-Linie der Einschluß Wilnas in das neue Polen kaum zu verwirklichen war. Die Polen seien mit Ostpreußen, Danzig und einem Teil Schlesiens mit „dem sich daraus ergebenden Transfer deutscher Bevölkerung“ zu entschädigen.[214] Wenn die Sowjetunion Weißrußland erhalte, sei es eine „geographische Unmöglichkeit“, den Wilnaer Keil bei Polen zu belassen, meinte auch Toynbee. Bekomme Polen Ostpreußen oder einen Teil

212 Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung zwischen Eden und Mikołajczyk vom 9.9. und Vermerk Allens vom 10.9.1943. DPSR II, Nr. 34 und FO 371/34561, C10409/231/55.

213 Vermerk von Roberts vom 23.9.1943. *Ebenda*, C11633. — Rede Romers vor dem ‚Nationalrat‘ am 10.9.1943. DPSR II, Nr. 37. — *Raczyński:* W sojuszniczym Londynie 206. — Zu denjenigen, die zu territorialen Konzessionen an die Sowjetunion bereit waren, zählten auch Arka Bożek, vor dem Kriege Repräsentant der Polen in Deutschland, und General Lucjan Żeligowski. *Winiewicz:* Co pamiętam 296.

214 Memorandum Edens vom 5.10.1943. FO 371/36992, N6004/499/38. — Memorandum Edens vom 27.9.1943. CAB 66/41, W.P. 421. — War Cabinet Conclusions vom 5.10.1943. CAB 65/40.

davon, könne die polnische Bevölkerung Wilnas die deutsche in Ostpreußen ersetzen.[215]

Die britische Regierung wußte allerdings ebenso wie die polnische, daß Hull nicht zu Gesprächen über territoriale Veränderungen bereit war. Harriman bestätigte jedoch, was Eden schon von Hopkins erfahren hatte: Roosevelt habe die Absicht, beim Treffen der Regierungschefs Stalin selbst mitzuteilen, daß er die sowjetischen Westgrenzen von 1941 akzeptiere und ebenso wie Eden auf einen sowjetischen Verzicht auf Lemberg hoffe.[216] Ohne amerikanische Rückendeckung konnte sich Eden nach den Erfahrungen von 1942, als die USA den Abschluß eines britisch-sowjetischen Vertrages mit territorialen Klauseln verhinderten, aber in Moskau nicht festlegen, zumal er befürchtete, daß die Polen die Meinungsunterschiede zwischen Hull und ihm in der amerikanischen Vorwahlzeit ausnützen könnten.[217]

Der Handlungsspielraum der Exilregierung war durch Erklärungen der Heimatvertretung und der wichtigsten polnischen Organisationen in den USA eingeschränkt. Die vier Parteien hatten sich am 15. August 1943 auf ein gemeinsames Minimalprogramm geeinigt, in dem sie zwar einen Gebietszuwachs im Norden und Westen, zugleich aber die Integrität der Ostgrenze verlangten.[218] Die Amerika-Polen hatten ihre Erklärung verabschiedet, nachdem sie den Bericht eines Vertreters der polnischen Widerstandsbewegung über die Kämpfe und Opfer in der Heimat angehört hatten. Auch sie bestanden auf der Ausdehnung nach Westen bei Unverletzlichkeit der Ostgrenze.[219] In ihrer Stellungnahme zur geplanten Außenminister-Konferenz schrieb die Exilregierung, die sowjetischen Äußerungen zugunsten einer Westverschiebung schlössen nicht die Möglichkeit aus, daß die Sowjetunion ganz Polen zu unterwerfen und als Sprungbrett für ihre Hegemonie in Mitteleuropa und auf dem Balkan zu benutzen beabsichtige. Die Exilregierung wollte die Behandlung der Frage der Ostgrenze auf einen späteren Zeitpunkt verschieben, aber schon damals mit den Briten über eine polnische Teilnahme an der Besetzung Deutschlands sprechen. Polnische Behörden und Truppen sollten die der Republik zugedachten deutschen Gebiete

215 Vermerk Toynbees vom 26.2.1944. FO 371/39457, C2375/140/55.

216 Cadogan an das Foreign Office am 13.9.1943. FO 800/408. — Vermerk Ciechanowskis über eine Besprechung mit Hull vom 13.9.1943. DPSR II, Nr. 36. — *Ciechanowski:* Vergeblicher Sieg 213ff. — Vermerk über eine Besprechung zwischen Roosevelt, Hull und Welles vom 5.10.1943. *Polonsky:* Great Powers Nr. 72. — *Hull:* Memoirs 1265f.

217 Memorandum Edens vom 5.10.1943. FO 371/36992, N6004/499/38.

218 Erklärung des KRP vom 15.8.1943. AK III, Nr. 477 und DPSR II, Nr. 27.

219 Erklärung vom 17.8.1943. FO 371/34562, C11657/231/55.

übernehmen. Außerdem sollte Polen an der alliierten Besetzung deutscher Regionen beteiligt werden, die für seine Sicherheit von Bedeutung seien. Die westlichen Alliierten sollten die Unabhängigkeit und Integrität der „polnischen Gebiete" (Polish lands) und die Sicherheit seiner Bewohner durch die Entsendung von Militäreinheiten garantieren.[220]

Die britischen und polnischen Positionen waren unvereinbar. Nach polnischer Ansicht sollten die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion sofort aufgenommen und über die militärische Zusammenarbeit verhandelt, die Grenzfragen aber vertagt werden, nach britischer Meinung mußte die Entscheidung über die polnisch-sowjetische Grenze der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen und dem Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen Heimatarmee und Roter Armee vorangehen. Die Forderung der polnischen Regierung, ihr die Verwaltung der befreiten Gebiete zu übertragen – und zwar wahrscheinlich durch die Sowjets – und die Ablehnung jeder Grenzkorrektur paßten nicht zusammen. Seinen polnischen Gesprächspartnern verhehlte Eden nicht seine „Überraschung, sogar Enttäuschung" über diese Position. Es sei nicht möglich, einerseits auf der Ostgrenze zu bestehen und andererseits Ostpreußen und „wertvolle Teile Oberschlesiens" zu erwerben.[221] Im Foreign Office drückte er sich drastischer aus:

> This paper [das polnische Memorandum] seems to me to have been written in a Polish cloud cuckoo land. If the Poles persist in this utter lack of realism, there will be no Poland after the war and we will be powerless to prevent this misfortune. I hope that in my absence Department will try to bring poor Poles to earth, tho' it is hard earth, I admit.[222]

Eden scheint aber Mikołajczyks vorsichtigen Vorschlag eines Großmächte-Diktats nicht verstanden zu haben. Dieser hatte nämlich die Befürchtung geäußert, daß die Sowjets nach dem Erreichen polnischen Bodens eine Marionettenregierung installieren könnten und gefragt: „And therefore I put this question to you and America: do you consider it possible to guarantee our territory and our full political independence, and if so, under what circumstances?"[223] Dem Verzicht auf die Ostmarken könne die Annexion ganz Polens als 17. Sowjetrepublik folgen ebenso wie auf die Abtretung der Sudetengebiete die Errichtung

[220] Memorandum der polnischen Regierung vom 5.10.1943. *Ebenda.*

[221] Protokoll der Besprechung zwischen Mikołajczyk und Eden vom 5.10.1943. DPSR II, Nr. 41.

[222] Vermerk Edens vom 9.10.1943. FO 371/34562, C11657/231/55.

[223] Protokoll der Besprechung zwischen Mikołajczyk und Eden vom 5.10.1943. DPSR II, Nr. 41. — Eden an O'Malley am 6.10.1943. *Polonsky:* Great Powers, Nr. 73.

des „Protektorats Böhmen und Mähren", sagte Raczyński. Er behauptete, nur für sich selbst zu sprechen, dürfte aber wohl auch Mikołajczyks Ansicht wiedergegeben haben, als er eine gewaltsame Entscheidung der Großmächte über die polnisch-sowjetische Grenze empfahl: „But such violence ought to be open and above board and accompanied by firm international guarantees for the protection of Poland against the repetition of the post-Munich procedure." Wegen der wirtschaftlichen Bedeutung der Ostmarken wären allerdings weitreichende territoriale Konzessionen ein zu großes Opfer für Polen. Roberts sah die Lösung in der vom Foreign Office vorgeschlagenen Grenzregelung und einem britisch-sowjetisch-polnisch-tschechoslowakischen Abkommens, und Eden gab ihm recht.[224] Churchill empfahl Eden, die Polen als Ausgleich für „Gewinne in Ostpreußen und Schlesien" zu einer Einigung mit den Russen zu überreden.[225]

Das Kriegskabinett nahm Edens Vorschläge für die Verhandlungen in Moskau am 8. Oktober zustimmend zur Kenntnis, konnte sich aber nicht zu einem Diktat der Großmächte entschließen. Churchill sprach sich dafür aus, die Polen zur Aufgabe der Ostmarken zu drängen, aber nicht zu zwingen. In seinen „Notes" für die Außenminister-Konferenz schrieb er, daß Großbritannien zur Kenntnis nehme, daß die Sowjetunion die Atlantik-Charta auf der Basis ihrer Grenzen vom 22. Juni 1941 angenommen habe und: „We should welcome any agreement between Poland and Russia which while securing a strong and independent Poland, afforded to Russia the security necessary to her Western frontiers." Endgültige Entscheidungen über die Übertragung von Territorien könnten aber erst auf der Friedenskonferenz fallen, und zwar unter angemessener Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Bevölkerungen – ein Satz, der nach den Vorentscheidungen über die sowjetischen, polnischen und tschechoslowakischen Westgrenzen kaum ernst zu nehmen ist.[226]

In Moskau sprachen sich Eden und Hull am 29. Oktober 1943 für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen ihren sowjetischen und polnischen Verbündeten aus. Molotov fragte Eden, ob er „das Mittel mitgebracht habe", um Bewegung in die Angelegen-

224 Eden über eine Besprechung mit Raczyński an O'Malley am 7.10. sowie Vermerke von Roberts und Eden vom 9. und 10.10.1943. FO 371/34562, C11657/231/55. — *Mitkiewicz:* W najwyższym sztabie 117.

225 Am 6.10.1943. *Gilbert:* Winston S. Churchill VII, 519.

226 War Cabinet Conclusions vom 8.10.1943. FO 371/36992, N6004/499/38. — Notes (Vermerk) von Churchill für Eden vom 11.10.1943. CAB 66/41, W.P. 447. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 2, 644.

heit zu bringen, doch Eden mußte passen, da nicht nur die polnische Regierung, sondern auch Hull jegliche Diskussion über die polnischen Ostgebiete abgelehnt hatte. In bezug auf Ostpreußen glaubte Hull „Einmütigkeit" feststellen zu können.[227] Denn die US-Delegation war mit den Empfehlungen des ‚Departmental Committee on Germany' des State Department gekommen: Ostpreußen und Danzig sollten an Polen übertragen werden, verbunden mit „der Zwangsmigration aller Deutschen unter internationaler Aufsicht" ebenso wie „ein Teil Oberschlesiens, der das deutsche Industriegebiet und ein von einer polnischsprachigen Mehrheit bewohntes Hinterland umfaßt". Dagegen sollte die US-Delegation den „polnischen Anspruch auf Gebiete in Pommern, Brandenburg und dem restlichen Schlesien als Kompensation für mögliche Verluste an Rußland im Osten" nicht unterstützen.[228] „Ostpreußen sollte abgetrennt und alle gefährlichen Elemente der Bevölkerung sollten mit Zwang entfernt werden", hatte Roosevelt zu Hull vor dessen Abreise gesagt.[229]

Mikołajczyk fragte Eden am 12. November 1943, wie Großbritannien sich die Übernahme der Verwaltung der befreiten Gebiete durch die legale Regierung, wie es die Resolution der Konferenz Roosevelts mit Churchill in Quebec (Mitte August 1943) vorgesehen hatte, im polnischen Falle vorstelle. Eden antwortete, daß er in Moskau „ziemlich hilflos" gewesen sei, weil die polnische Regierung ihm nicht erlaubt habe, über die Territorialfragen im Sinn einer Kompensation zu verhandeln, durch die Polen „Ostpreußen, Oberschlesien, Danzig und Pommern" bekommen würde.[230] Mikołajczyk war enttäuscht, daß Eden ihn nicht mit „harten und schwierigen Vorschlägen" unter Druck gesetzt hatte. Zwar könne die polnische Regierung nicht selbst die Amputation ihres Landes vorschlagen, sich jedoch britischem Druck beugen. Wenige Tage darauf übergab Raczyński Eden ein weiteres Memorandum, in dem die polnische Konzessionsbereitschaft angedeutet wurde: Die pol-

227 DPSR II, Anmerkung 47. — *Ciechanowski:* Vergeblicher Sieg 236f. — *Harriman:* Special Envoy 243f. — Protokoll der Außenministerkonferenz vom 25. und 29.10.1943. FRUS 1943, I, 629ff. und Moskovskaja konferencija 252ff. — Harriman an Roosevelt am 4.11.1943. FRUS, Teheran, 152ff.

228 Empfehlungen des ‚Departmental Committee on Germany' vom 22./23.9. 1943. DDP I/4, 551-559.

229 Vermerk über eine Besprechung Roosevelts mit Hull und anderen am 5.10. 1943. DDP I/4, 583f.

230 Vermerk über eine Besprechung zwischen Mikołajczyk und Eden vom 12.11. 1943. DPSR II, Nr. 47 und FO 371/34562, C13543/231/55. — Memorandum der polnischen Regierung vom 16.11.1943. DPSR II, Nr. 51 und FRUS 1943, III, 381ff.

nische Regierung könne sich solange nicht in eine Diskussion über territoriale Konzessionen einlassen, wie effektive Garantien Großbritanniens und der USA für die Unabhängigkeit und Sicherheit Polens fehlten. Danach erklärte die Regierung jedoch: In der Übergabe Ostpreußens, Oppeln-Schlesiens, Danzigs und der Verkürzung der Westgrenze sehe die polnische Regierung keine Kompensation für die Ostgebiete. Vielmehr diene diese der Stabilität eines künftigen Friedens, der Entwaffnung Deutschlands und der Sicherheit Polens. Raczyński wies jedoch darauf hin, daß dieses Memorandum nicht Mikołajczyks „letztes Wort" sei. „Privat" sagte er am 17. November, daß die Exilregierung nicht selbst territoriale Konzessionen empfehlen, sich jedoch einem ausdrücklichen Verlangen ihrer anglo-amerikanischen Freunde unter der Voraussetzung der im Memorandum genannten Garantien fügen könne.[231]

Daraufhin informierte Eden sowohl das Kabinett als auch den sowjetischen Botschafter, daß die polnische Regierung es begrüßen könnte, wenn ihre Freunde Polen eine territoriale Regelung aufzwingen würden. Allerdings vermied er es, die polnische Gegenforderung nach einer Garantie zu erwähnen und zwar auch, als er von Raczyński „freie Hand" für die Verhandlungen in Teheran verlangte. Von der Exilregierung erwarte er zwar keine formelle Zustimmung zu territorialen Konzessionen, die die Voraussetzung für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland seien, „sondern, daß sie keine Schwierigkeiten mache, welche Lösung er auch immer für sie erreichen könne".[232] Der polnische Regierungschef gab seine Zustimmung zu Sondierungen über die Gesamtheit der polnisch-sowjetischen Beziehungen, inklusive der Frage der Ostgrenze. Über die Grenzen im Norden und Westen müsse jedoch auch gesprochen werden. Über das Ergebnis könne die Regierung aber nur nach Beratung mit der Widerstandsbewegung entscheiden.[233]

231 Vermerk Strangs über eine Besprechung mit Raczyński am 12.11., Memorandum der Polnischen Botschaft vom 16.11. und Eden über eine Besprechung mit Raczyński am 17.11.1943. FO 371/34562, C13615, 13642/231/55 und DPSR II, Nr. 51. — *Eden:* The Reckoning 421. — Harvey 322 (17.11.1943).

232 War Cabinet Conclusions vom 17.11.1943. CAB 65/36. — Anmerkung zu DPSR II, Nr. 51. — *Raczyński:* W sojuszniczym Londynie 212ff. — Hull an Roosevelt am 23.11.1943. DPSR II, Nr. 56. — *Hull:* Memoirs 1315f. — *Ciechanowski:* Vergeblicher Sieg 240. — *Mikołajczyk:* The Pattern of Soviet Domination 46. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 2, 646f.

233 Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung zwischen Mikołajczyk und Eden vom 22.11.1943. DPSR II, Nr. 55 und *Polonsky:* The Great Powers Nr. 76.

Die Entscheidung von Teheran und die polnische Reaktion

Edens Verhandlungskonzept für Teheran sah folgende Lösung vor: Für die Hinnahme der Curzon-Linie sollten die Sowjetunion und Großbritannien, wenn möglich auch die USA den Polen eindeutig zusichern, daß sie als Kompensation Ostpreußen, Danzig und den Bezirk Oppeln erhalten. Als Gegenleistung sichere die Sowjetunion außerdem zu, die diplomatischen Beziehungen sofort aufzunehmen und der polnischen Regierung die Rückkehr in die Heimat, die Beteiligung an der Verwaltung des Landes, frühe freie Wahlen und den Beitritt zum tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrag zu ermöglichen. Den Russen müsse deutlich gemacht werden, daß jeder Fehlschlag, eine vernünftige Lösung zu erreichen, sich zu einer „tropfenden Wunde in den anglo-sowjetischen Beziehungen" entwickeln müßte. Auf den sowjetischen Wunsch nach einer Regierungsumbildung könne man nicht eingehen. Denn einerseits sei die Aufnahme von Vertretern des ‚Polnischen Patriotenverbandes' überflüssig, da die Sowjets sie fallen lassen dürften, wenn die Exilregierung die Curzon-Linie annehmen würde. Die polnische Regierung habe ‚München' als abschreckendes Beispiel vor Augen. Andererseits sei Großbritannien seinem guten Namen und den Polen schuldig, die Unterschiede zum Münchener Abkommen „kristallklar" zu machen. Erstens erhielten die Polen für die Verluste im Osten ausreichende Kompensationen im Westen. Zweitens sollten sie eine effektive an Stelle einer unwirksamen Garantie ihrer Sicherheit bekommen. Allgemeine Deklarationen dürften nicht genügen.[234]

Anstatt sich das Versprechen, auf die Polen in der Frage der Grenzen Druck auszuüben, entsprechend Edens Konzept vom 22. November 1943 durch sowjetische Gegenleistungen honorieren zu lassen, ließ sich Churchill auf der Konferenz von Teheran auf eine Isolierung der Territorialfragen ein. In Roosevelts Abwesenheit benutzte er eine Äußerung Stalins über die Ausdehnung Polens bis zur Oder[235] als Einstieg in die Diskussion über die polnische Frage. Zwar hätten weder Roosevelt noch er selbst von ihren Parlamenten eine Ermächtigung zu konkreten Entscheidungen, doch könnten sie sich mit Stalin auf eine Lösung verständigen und diese anschließend den Polen aufdrängen. Deren Kern beschrieb er mit bildhaften Vergleichen. Wie Soldaten sollten die

[234] Memorandum Edens vom 22.11.1943. CAB 66/43, W.P. 528. Auszugsweise abgedruckt in: *Polonsky:* The Great Powers Nr. 77. — *Eden:* The Reckoning 421 f.

[235] Nach *Sokorski:* Tamte lata 144 f., hatte Stalin Wasilewska und Berling damals sogar schon eine Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße zugesagt.

Polen „zwei Schritte links aufschließen" (soldiers taking two steps left close), auch wenn sie dabei den Deutschen auf die Zehen träten. Mit Streichhölzern, die Rußland, Polen und Deutschland darstellen sollten, demonstrierte er, wie Polen nach Westen verschoben werden sollte.[236] Am 30. November kündigte Hopkins, den Roosevelt an Hulls Stelle mit nach Teheran genommen hatte, seinen Kollegen an, daß der Präsident Stalin über seine Zustimmung zu dieser Lösung informieren werde, und machte nach der verschleiernden Darstellung des britischen Protokolls unmittelbar darauf „ein paar Bemerkungen über die amerikanischen Wahlen". Am folgenden Tag erklärte sich Roosevelt in einem persönlichen Gespräch mit Stalin mit der Westverschiebung Polens „sogar bis zur Oder" einverstanden, zu der er sich allerdings wegen der sechs bis sieben Millionen Wähler polnischer Herkunft vor den Wahlen von 1944 noch nicht offen bekennen könne.[237]

In der folgenden Plenarsitzung am 1. Dezember 1943 hielt sich Roosevelt zurück. Edens Versuch, Polen wenigstens Lemberg zu sichern, wurde von Stalin mit dem Hinweis auf den Text der Note Lord Curzons vom Juli 1920 zurückgewiesen und auch von Churchill nicht unterstützt. Dieser versprach vielmehr, die Exilregierung zur Annahme der Curzon-Linie gegen die Zusage zu drängen, Polen bis zur Oder auszudehnen und ihm Ostpreußen sowie die Provinz Oppeln zu geben, wobei „eine Entwirrung der Bevölkerung an einigen Stellen" (disentanglement of population at some points) nötig sein könnten. Damit war Stalin unter der Voraussetzung einverstanden, daß die Sowjetunion den nördlichen Teil Ostpreußens mit Memel – und Königsberg – erhalte. Der britische Premierminister nannte die Kompensation „einen fairen Handel", durch den Polen zu einem großen Industriestaat werde. Falls die Polen ihn nicht akzeptierten, sei ihnen nicht zu helfen. Diese konnten jedoch die Westverschiebung nur hinnehmen, wenn sie gleichzeitig Garantien für die Unabhängigkeit und Sicherheit des neuen polnischen Staates bekamen. Nach Churchills Meinung konnte man erst nach der Unterwerfung unter den Großmächte-Schiedsspruch an die

236 Protokoll der Plenarsitzungen am 28.11. und 1.12.1943. FRUS 1943, III, 590ff. Siehe auch DDP I/4, 658-670. — Tegeran, Jalta, Potsdam 99f. Siehe auch DPSR II, Nr. 58. — Protokoll der Besprechung zwischen Churchill und Stalin am 28.11.1943. CAB 66/45.

237 Protokoll der Außenminister-Besprechung vom 30.11.1943. CAB 66/45 und FRUS, Teheran, 568ff. — Protokoll Bohlens von der Besprechung zwischen Roosevelt und Stalin vom 1.12.1943. FRUS III, 594ff. Siehe auch DPSR II, Nr. 59 — *Sherwood:* Roosevelt and Hopkins 780f. — *Lukas:* The Strange Allies 3. — *Grudziński:* Przyszłość Europy 132. — *Mastný:* Soviet War Aims 501f.

Frage der Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen gehen.[238] Den Teheraner Verhandlungsstand gibt ein Memorandum Majskijs für Molotov wieder. Ziel sowjetischer Politik sei „ein unabhängiges und lebensfähiges", aber nicht „allzu großes und starkes Polens", formulierte Majskij nach der Konferenz in Teheran. Im Osten dürfe Polen nicht über die Grenze von 1941 oder die Curzon-Linie hinausreichen, im Norden ganz oder „besser, einen Teil" Ostpreußens und „bestimmte [izvestnye] Teile Schlesiens, aber mit der Aussiedlung der Deutschen von dort" erhalten.[239]

[238] Protokoll der Plenarsitzung vom 1.12.1943. CAB 66/45. — FRUS, Teheran, 596ff. — Tegeran, Jalta, Potsdam 90-96. — Siehe auch DPSR II, Nr. 61. — *Eden:* The Reckoning 428. — *Gilbert:* Winston S. Churchill VII, 588-593.

[239] Memorandum Majskijs vom 11.1.1944. Abgedruckt in: *Istočnik* 1995, Heft 4, 124-144.

V.

VON DER TEHERANER ZUR POTSDAMER KONFERENZ

Das britische ‚Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations'

Am 27. September 1943 legte Eden dem Kriegskabinett ein Memorandum über die „Zukunft Deutschlands" vor, das auch folgende Punkte enthielt: „Restoration of Czechoslovakia, possibly with minor agreed frontier rectifications in the Eger triangle", „b) the cession to Poland of East Prussia, Danzig and considerable areas of Silesia, including the Oppeln district, and consequent transfer of German populations."

Das Kriegskabinett bevollmächtigte Eden am 8. Oktober, auf der Moskauer Außenministerkonferenz vom 19.–30. Oktober 1943 die Haltung der USA und der Sowjetunion zu einer Kompensation Polens für die Gebiete östlich der Curzon-Linie auf deutsche Kosten einschließlich der erforderlichen Bevölkerungsverschiebungen zu sondieren.[1] Das Kabinett hatte Edens Memorandum verabschiedet, obwohl Playfair, der Vertreter des Schatzamts im ‚Post-Hostilities Planning Sub-Committee' des Kriegskabinetts, zu dem das ‚Military Sub-Committee' unter Vorsitz von Gladwyn Jebb, des Leiters des ‚Economic and Reconstruction Department' des Foreign Office erweitert worden war[2], inzwischen massive wirtschaftliche Bedenken geäußert hatte. Polen werde die Ersetzung der deutschen landwirtschaftlichen Bevölkerung leicht, der industriellen und Stadtbevölkerung dagegen schwer fallen, doch wögen diese Probleme noch leicht im Vergleich zu den Schwierigkeiten, die Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten und eventuell anderen Staaten des östlichen Europa unterzubringen, besonders deren bäuerlichen Teil, der wohl „bemerkenswert geringe Aussichten auf eine baldige Beschäftigung in einem verkleinerten und besiegten Deutschland haben" dürfte. Erst wenn eine Expertengruppe die Aufnahmekapazität Deutschlands untersucht habe, könne entschieden werden, ob das Schema beibehal-

[1] Memorandum Edens vom 27.9. und War Cabinet Conclusions vom 8.10.1943. FO 371/36992, N6004/499/38.

[2] *Kettenacker:* Krieg zur Friedenssicherung 158.

ten werden könne oder ob nicht ein Teil der deutschen Bevölkerung in seiner Heimat bleiben oder ob nur kleinere Gebiete von Deutschland abgetrennt werden sollten. Allen, Central Department, schloß aus dieser Stellungnahme, daß „wirtschaftliche und sonstige Hilfe" nötig werden könne, um Deutschland in die Lage zu setzen, die Flüchtlinge aufzunehmen, was die Befürworter eines großen Transfers damals sicherlich nicht gern lasen.[3]

Inzwischen hatten einige Abteilungen des Foreign Office ein Memorandum O'Neills, Mitarbeiter des neu geschaffenen ‚German Department', über den Transfer diskutiert. Die britische Regierung habe sich zwar auf den Grundsatz, nicht aber die Methode des Transfers und nicht auf eine britische Beteiligung an seiner Organisation und Durchführung festgelegt, hatte O'Neill geschrieben. Großbritannien werde wahrscheinlich wünschen, daß die Transfers stattfänden, aber nicht, daß sie so brutal durchgeführt werden, daß in Großbritannien oder in den USA eine starke öffentliche Sympathiebewegung für Deutschland ausgelöst werde, zumal wenn britische Besatzungstruppen Zeugen der Vertreibung würden, ergänzte Troutbeck, Leiter des German Department. Großbritannien werde auch nicht wünschen, fuhr O'Neill fort, zur Okkupation bestimmter Gebiete verpflichtet zu werden, die es andernfalls nicht besetzen würde, zusätzliche, u. a. finanzielle Verpflichtungen für die Unterbringung zu übernehmen sowie langdauernde und schwere wirtschaftiche Erschütterungen in Deutschland zu verursachen. Deshalb sollte der Transfer zeitlich gestreckt werden – das Memorandum des ‚Foreign Office Research Department' sehe eine Periode von fünf bis zehn Jahren vor – und im Vertreibungs- wie eventuell auch im Aufnahmegebiet international kontrolliert werden. Die deutsche Regierung, oder falls es eine solche nicht geben werde, deutsche Behörden sollten bei der Ansiedlung kooperieren. Jede Art von „Boykott" würde die Angelegenheit sehr erschweren. Sowohl Zeit und Organisation als auch Terror würden nötig sein, die bäuerliche Bevölkerung zu entwurzeln. Eine hundertprozentige Vertreibung werde kaum möglich sein, doch sollten die zurückbleibenden Deutschen keine Minderheitenrechte erhalten, die sie vor Assimilation und Entgermanisierung schützen könnten. Das ‚Foreign Office Research Department' habe getan, was es konnte; jetzt müßten verschiedene Ministerien an den Überlegungen beteiligt

[3] Treasury an die ‚Sub-Commission' des ‚Post-Hostilities Planning Staff' vom 28.9., Vermerk Allens vom 13.10. und Jebb an die ‚Sub-Commission' des ‚Post-Hostilities Planning Staff' am 11.10.1943. FO 371/34561, C11491 f./231/55.

werden.[4] In ihrem gemeinsamen Memorandum gingen O'Neill und Troutbeck davon aus, daß von der Vertreibung 800 000 Volksdeutsche aus Vorkriegspolen und 2,3–3,3 Millionen Deutsche aus Ostpreußen, Danzig und Deutsch-Oberschlesien sowie 1–1,5 Millionen Sudetendeutsche betroffen wären. Erhalte Polen alle schlesischen Gebiete östlich der Oder, erhöhe sich die Zahl der Vertriebenen um 3,3 Millionen, bekomme es auch Hinterpommern und einen Teil der Mark Brandenburg, um nochmals 750 000 Personen. Dazu könnten noch Volksdeutsche aus anderen Staaten kommen. Rumpfdeutschland werde außerdem die rund 800 000 von Hitler umgesiedelten Deutschen aus dem Baltikum, Bessarabien, der Bukowina und Dobrudscha sowie die Angehörigen der demobilisierten Armee und die Arbeiter der zerstörten Rüstungsfabriken unterbringen müssen. Dagegen zu rechnen seien die Kriegsverluste, die rund sechs Millionen Fremdarbeiter sowie die Deutschen, die als Reparationsleistung zum Wiederaufbau in alliierte Länder geschickt würden. Der Bericht des ‚Committee on Reparation and Economic Security', nach seinem Vorsitzenden auch ‚Malkin Report' genannt, gehe von drei Millionen im ersten, zwei Millionen im zweiten und einer Million deutscher Zwangsarbeiter im dritten Jahr aus.[5] Nach Sargents Meinung sollte auch untersucht werden, ob Großbritannien die Sowjetunion nicht ermutigen sollte, die Deutschen aus Ostpreußen und Oberschlesien nach Sibirien zu deportieren, zumal die Russen ohnehin die betreffenden Gebiete besetzen dürften.[6]

Da einige Ministerien Zweifel geäußert hatten, ob Großbritannien einen solch umfangreichen Transfer befürworten solle, ohne seine Folgen genauer zu studieren, schlug das Foreign Office die Einrichtung eines Ausschusses vor. Dieser erhielt den Charakter eines Unterkomitees des von Richard Law geleiteten ‚Armistice and Post-War Committee' des Kriegskabinetts mit dem Namen ‚Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations'. Ihm gehörten Vertreter folgender Ministerien an: Foreign Office, Treasury, War Office, Dominions Office, Ministry of Economic Warfare und War Cabinet Offices.[7]

[4] Vermerke O'Neills vom 12. und Troutbecks vom 20.10.1943. FO 371/34460, C11913/279/18.

[5] Memorandum von Troutbeck und O'Neill vom 19.10.1943. *Ebenda.* — *Tyrell:* Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 178.

[6] Vermerk Sargents vom 28.10.1943. FO 371/34460, C11913/279/18.

[7] Die ‚Treasury' bestellte E. W. Playfair, das ‚Ministry of Economic Warfare' R. M. C. Turner und E. A. Radice aus der Abteilung ‚Enemy Branch', das ‚Dominions Office' G. E. Boyd Shannon, das ‚Foreign Office Research Department' T. H. Marshall und A. J. Brown, die ‚War Cabinet Offices' J. E. Meade. Das Foreign Office war durch J. M. Troutbeck (Vorsitz), C. O'Neill (Sekretär), G. W.

Dieses interministerielle Komitee beschloß auf seiner ersten Sitzung am 7. Dezember 1943, nicht davon auszugehen, daß die Transfers aus politischen Erwägungen unvermeidlich und so rücksichtslos wie nötig durchzuführen seien, wobei die britische Regierung zu ihrer Kontrolle weder willens noch in der Lage sei.[8] Vielmehr formulierte das Komitee seine Arbeitsrichtlinien in Anlehnung an das Memorandum, das O'Neill und Troutbeck vorgelegt hatten. In den Richtlinien hieß es:

(1) that if possible transfers of population should be carried out in such a way as to avoid inflicting very severe economic dislocation on Germany, and
(2) that it was impossible to ignore the possible suffering by and cruelty to refugees involved in the transfers contemplated, if only because of the reaction that such suffering might have on public opinion in Allied countries.

Auf Troutbecks Vorschlag stellte sich das Komitee die Aufgabe, folgende Probleme zu behandeln, nämlich:

– Deutschlands langfristige Fähigkeit, den Transfer von Bevölkerungen zu absorbieren. In seinem Abschlußbericht definierte das Komitee diese Frage folgendermaßen:

a) Having regard to the economic position in which Germany is likely to be placed as a result of defeat, and of the demands of the United Nations for disarmament, reparation, etc., how great will be Germany's capacity to absorb emigrants from the following territories if they are detached from her:
1) East Prussia, including Allenstein.
2) Danzig.
3) Oppeln Silesia.
4) The Sudeten districts of Czechoslovakia; and from areas within the Polish frontiers of 1938, and the Czechoslovak frontiers of 1939.

– kurzfristige Maßnahmen, wie die provisorische Unterbringung und Einquartierung, die Ernährung und den Transport der Vertriebenen; den Zeitraum, über der Transfer am besten zu strecken sei; die wirtschaftlichen Folgen für Nachfolgestaaten wie Polen und die Tschechoslowakei. Im Abschlußbericht wurden diese Fragen folgendermaßen zusammengefaßt:

Harrison (Central Department), Lord Hood (Economic and Reconstruction Department) und A. W. G. Randall, E. A. Walker bzw. I. L. Henderson (alle drei ‚Refugee Department') vertreten. Das ‚War Office' entsandte einen Vertreter des Generalstabs, nämlich Lt.Col. Askew sowie einen Vertreter des ‚Directorate of Civil Affairs', und zwar zur ersten Sitzung Lt.Col. A. N. Patrick, zur zweiten Sitzung Col. Drew und Lt.Col. Balfour und zur dritten und vierten Sitzung Lt.Col. J. K. Arthur. Troutbeck an Arthur am 27.4.1944. FO 371/39092, C5547/220/18.

8 Vermerk O'Neills vom 12.11.1943. FO 371/34461, C13294/279/18.

b) What conditions (both of time and administration) are likely to be required to ensure that the transfer is carried out without undue suffering to the migrants and without serious economic dislocation both to Germany and to Poland and Czechoslovakia?

– den erforderlichen finanziellen Aufwand für die Vereinten Nationen; die internationale Maschinerie, die, falls überhaupt, nötig sei in Form internationaler Kommissionen oder Polizeieinheiten, sowie der Personalaufwand. Auch diese Fragen wurden im Abschlußbericht zusammengezogen:

c) What contributions in finance and personnel are likely to devolve upon the United Nations in order to ensure the conditions stated under (b)?

– die Möglichkeit, einige Flüchtlinge außerhalb Deutschlands, z. B. in Sibirien unterzubringen. Im Fragenkatalog des Abschlußberichts wurde dann Sibirien nicht mehr erwähnt:

d) What possibility, if any, exists of settling migrants from these areas in territories other than Germany?[9]

Der Ausschuß diskutierte die Frage des Zusammenhangs von Minderheitenschutz, Assimilation und Transfer. Im Januar 1944 hatte Mabbott vom ‚Foreign Office Research Department' ein Memorandum über „Alternative Policies Towards Minorities"[10] vorgelegt. Eine Minderheit genieße vollen Schutz, wenn sie die gleichen Rechte wie die Mehrheit besitze und in der Lage sei, durch das Erziehungssystem ihre Besonderheiten zu bewahren und an künftige Generationen weiterzugeben. Das Schutzsystem des Völkerbunds habe Erfolg gehabt, wo Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze lebten und ein geschickter und fairer Vertreter des Völkerbunds bei der Umsetzung geholfen habe wie in Oberschlesien. Die ideale Lösung des Minderheitenproblems wäre eine Festlegung der politischen entlang den ethnographischen Grenzen. Die Alternative der „Eliminierung durch Transfer" verursache „unvermeidlich großes Leid" und dürfe deshalb nur in Ausnahmefällen angewandt werden.

9 Protokoll der ersten Sitzung des ‚International Committee on the Transfer of German Populations' vom 7.12.1943. FO 371/34462, C14581/279/18. — Report of the ‚Interdepartmental Committee on the Tranfer of German Populations' vom 12.5.1944. FO 371/39092, C6391/220/18, 2. — Siehe zu den Empfehlungen des Ausschusses auch *Tyrell:* Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 386-388.

10 Memorandum des ‚Foreign Office Research Department' „Alternative Policies towards Minorities" vom 20.1. 1944. FO 371/39012, C1002/184/62.

Moreover, it must be remembered that even the complete removal of a minority does not necessarily bring settled conditions, more particularly if the removal is forcibly imposed both on the minority and on the State which has to receive it. Its area may remain an irredenta and irredentist feeling may even be heightened by sympathy for the sufferings of the transferred people. [...] For example if the Germans wered to be evicted from East Prussia, the precautions required against renewed German aggression in this area would be as great as, and possibly even greater than would be necessary if they remained.[11]

Transfer könne ein Minderheitenproblem nur beseitigen, wenn er vollständig sei, d. h. mit Zwang durchgeführt werde. Mabbott wies darauf hin, daß die Alternative der Zwangsassimilierung niemals erfolgreich war, wie die Geschichte Irlands oder der polnischen Minderheit in Deutschland vor 1914 zeige. Nun werde vorgeschlagen, die Mitglieder nationaler Minderheiten vor die Alternative zwischen Zwangsaussiedlung oder Zwangsassimilation zu stellen, wie dies die faschistische Regierung gegenüber den Südtirolern getan habe. Durch diese Kombination wolle man die schwierige Frage der Selektion lösen und hoffe, die Mehrheit oder zumindest die nationalistischen und unbotmäßigen Elemente außer Landes zu treiben, während die apathischen und fügsamen Angehörigen der Minderheit im Lande bleiben dürften. Ob sich diese schließlich trotz der Verweigerung von Sprachenrechten assimilieren ließen, sei aber nicht vorauszusehen. Hinter dem Plan, Angehörigen von Minderheiten „Menschen-", aber nicht Minderheitenrechte zuzugestehen, stehe ebenfalls das Konzept der Zwangsassimilation. Diese könne z. B. Einwanderern in die USA zugemutet werden, werde jedoch bei alteingesessenen Minderheiten auf Widerstand treffen. Als Standardlösung wäre eine solche Politik des Transfers und der Assimilation ein Rückschritt im Vergleich zu den Entscheidungen der Friedensverträge von 1878 und 1919 „eine Aufgabe der Schutzprinzipien zugunsten den Forderungen des unversöhnlichen Nationalgefühls". Je nach dem Charakter und der Lage der Minderheit komme „voller Schutz", „freiwillige Assimilation" oder Transfer als Lösung in Frage.

A minority, hating and hated by its fellow citizens, liable of certain persecution, previously used to disrupt the State in which it has lived and to oppress its people, is clearly a strong candidate for transfer, if on other grounds the frontiers of a State must be drawn so as to include in it such a minority.

Eine solche Minderheit seien die deutschen Bewohner von Gebieten, die nach dem Kriege in Polen eingegliedert würden, sowie eventuell die Italiener in Jugoslawien und die restlichen Bulgaren in Griechenland.

[11] *Ebenda.*

„The case of Germans in Czechoslovakia is only if at all less obvious for the reasons that they have not until recently been part of the Reich and that German conduct in the Protectorate has not touched the depths it has in Poland." Noch weniger spreche für die Vertreibung der Deutschen aus Rumänien und Ungarn, wo sie keine Irredenta bilden könnten und es keinen traditionellen Haß zwischen ihnen und den Mehrheitsvölkern gebe.[12] Dennoch sollten auch diesen keine Minderheitenrechte gewährt werden, meinte Troutbeck in einem Vermerk vom März 1945:

The very fact of their receiving any such recognition, in however innocuous a form, would only help to maintain that dual allegiance to their country of residence and allegiance to the German Volk. It seems to me that minority rights can only safely be granted when the minority belongs to an entirely harmless race, and then they will probably not be needed.[13]

Zu diesem Schluß waren auch Nichols und O'Malley gekommen, die damit auch die Ansichten der beiden Regierungen vertraten, bei denen sie akkreditiert waren. Nichols ging in seiner Denkschrift vom 20. August 1943 von einem Aufsatz Benešs in ‚Foreign Affairs' vom Januar 1942 aus, in dem dieser sich für die Gewährung „demokratischer Menschenrechte", aber nicht nationaler Rechte an Angehörige nationaler Minderheiten ausgesprochen hatte. Von Beneš hatte Nichols sich aber den Bären aufbinden lassen, daß vor dem Kriege eine bestimmte Anzahl von Parlamentssitzen für deutsche Abgeordnete reserviert gewesen sei. Minderheiten sollten niemals mehr international als politische und legale Einheiten anerkannt werden – auch das hatte die tschechoslowakische Verfassung gerade nicht vorgesehen – und erneut Unruhen auslösen können. Nach Nichols' Meinung sollte jede Lösung des Problems der deutschen Minderheiten in Europa daran gemessen werden, ob sie zur Vermeidung eines dritten Weltkrieges beitrage. Da die deutschen Minderheiten die Position Deutschlands stärkten und zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten verführten, sollten sie durch Transfer so weit wie möglich reduziert werden. Die Staatsnationen sollten durch die Weltöffentlichkeit, aber nicht – wie nach dem Ersten Weltkrieg – durch internationale Verpflichtungen dazu bewogen werden, den Restminderheiten wenigstens minimale kulturelle Rechte und Elementar- und Sekundarschulunterricht in der Muttersprache einzuräumen.[14] Die Pariser Friedenskonferenz sei von der Annahme ausge-

12 *Ebenda.*

13 Vermerk Troutbecks vom 14.3.1945. FO 371/50843, C1578/1578/70.

14 Nichols an Eden am 20.8.1943. FO 371/34355, C9894/9894/12.

gangen, kommentierte O'Malley, daß es möglich sei, die nationalen Aspirationen der Nationalstaaten mit jenen der nationalen Minderheiten auf lange Sicht zu versöhnen, daß aber für die Übergangszeit Schutzmechanismen für die Minderheiten nötig seien. Die meisten Staaten hätten vor und nach 1919 versucht, ihre Minderheiten zu unterdrücken und zu assimilieren, doch fast immer ohne Erfolg. Nach O'Malleys Ansicht hatten die Schutzverträge kaum Einfluß auf die nationalen Konflikte gehabt, weder im positiven noch im negativen Sinn. Zumindest solange Sanktionen nicht durchgesetzt werden könnten, halte er wenig von neuen Minderheitenschutzverträgen. Denn die Schutzbestimmungen seien weder gegenüber den Großmächten noch gegenüber anderen Mächten, soweit sie von einer Großmacht unterstützt würden, durchzusetzen. Schutzverträge könnten Minderheiten zum Widerstand ermutigen, ohne sie gegen Repressalien schützen zu können. Zudem fehle für eine Zusammenarbeit zwischen dem britischen und dem russischen Reich die Basis gemeinsamer Grundprinzipien. Beneš spreche zwar von „demokratischen Menschenrechten" für die Angehörigen nationaler Minderheiten, doch wäre es s. E. besser gewesen, offen zu sagen, „daß man Minderheiten schwimmen oder untergehen lassen solle [should be left to sink or swim], je nachdem, ob sie stark oder schwach und eng mit anderen Staaten verbunden sind, die ihre Sache zu vertreten gewillt sind, oder eben nicht".[15] Auch das polnische ‚Ministerium für Kongreßarbeiten' erklärte, daß zurückbleibenden deutschen Minderheiten keinerlei, auch nicht kulturelle Autonomie gewährt werden solle. Auch dürfe es keinen internationalen Schutz für deutsche Minderheiten geben, den die Deutschen doch nur zur Zerschlagung der betroffenen Staaten nützen würden.[16]

Die Frage des Minderheitenschutzes stellte sich dem Transfer-Komitee vor allem in bezug auf die Tschechoslowakei. Wenn von den 3 250 000 Deutschen in der Tschechoslowakei 500 000 mit ihrer Heimat, nämlich mit einem Teil des Egerlandes und anderen Landzipfeln, abgetreten und 1,5 Millionen abgeschoben würden, werde es immer noch eine größere Zahl von Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei geben. Denn Beneš habe privat geäußert, daß 1 250 000 Deutsche in der Tschechoslowakei zurückbleiben könnten. Sollten sie Minderheitenrech-

[15] O'Malley an Eden am 20.1.1944. FO 371/39012, C1002/184/12.

[16] Memorandum des ‚Ministerstwo Prac Kongresowych' Ministerium für [Friedens-]Kongreßarbeiten) von Oktober 1943 mit einem Anschreiben O'Malleys vom 22.11.1943. FO 371/34462, C13881/279/18. — Wie aus O'Malleys Anschreiben vom 22.11.1943 hervorgeht, war das Memorandum noch nicht vom Ministerrat behandelt worden.

te genießen oder der Entgermanisierung und Assimilation durch die Mehrheit ausgesetzt werden? Der Abschlußbericht des Transfer-Komitees stellte die Äußerungen des Dominien-Ministers Viscount Cranborne im Oberhaus am 8. März 1944[17] den Aussagen Benešs gegenüber. Cranborne hatte erklärt, daß eine internationale Garantie der Nicht-Diskriminierung und Gleichbehandlung von Minderheiten zu dauernden Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der meisten europäischen Staaten und zu ständiger Spannung führen würde, und als Minimallösung vorgeschlagen:

Possibly, if I may suggest it, a solution might be found in some broad general declaration by the United Nations reprobating ill-treatment by a State of its minorities – some general statement of a standard to which they would be expected as members of the United Nations to conform, and indicating that if they did not conform to it certain sanctions would have to be applied to them.[18]

Beneš hatte dagegen jegliche Einmischung anderer Staaten ausgeschlossen:

Czechoslovakia will be a Czechoslovak national State. Citizens belonging to national minorities will enjoy all the individual democratic and civic rights. They, however, will not be considered by law as a national and political collective body. Only Czechoslovak and Ukrainian schools will be supported by the State. Only the elementary German schools may be exempted from this principle. The only languages used by State, provincial and county authorities will be Czech, Slovak or Ukrainian. In every other respect complete democratic tolerance and concord will apply. The State will be a decentralised State and local autonomy will be as complete as possible.[19]

Das Transfer-Komitee warnte, daß der Transfer durch eine Garantie von Minderheitenrechten erschwert, dagegen erleichtert würde, wenn den Zurückbleibenden Entgermanisierung und Assimilation drohten. Blieben große deutsche Minderheiten zurück und könnten sie ihre nationale Identität bewahren, werde ein erneuertes Deutschland versucht sein, diese Minderheiten auszunützen. Welche Entscheidung auch getroffen werde, halbe Maßnahmen seien abzulehnen.

We do not want to have the worst of both worlds. We do not want to expel enough Germans to Germany to create grave economic and political problems there, and establish in Germany a large, impoverished, embittered and undigested element, burning with desire of revenge on the Succession States: and at the same time to leave in the future Poland large and compact blocks of German population which would create a political problem there and a permanent temptation to Germany to

17 Siehe S. 278.
18 Report vom 12.5.1944, 16.
19 *Ebenda.*

intervene once more. In the Sudeten areas somewhat different considerations apply, and the Czechoslovak Government are perhaps the best judge of their own requirements. But in Polish areas, the Committee suggests, nearly all Germans must go, or alternatively none save those who opt to go. If it is felt that transfers on the scale contemplated in this report are impracticable, and simultaneously that the German populations of all areas ceded to Poland must be transferred, then the only solution – at least from the limited point of view of the subject dealt with by this report – would appear to be that smaller areas should be ceded to Poland.[20]

Das Transfer-Komitee kam zu dem Schluß, daß die Umsiedlungen nach dem Ersten Weltkrieg und die Deportationen Nazi-Deutschlands keine Antwort auf die Frage nach der Praktikabilität des Transfers der Deutschen geben könnten, vor allem da sie wesentlich weniger Menschen getroffen hätten. Zudem habe es sich bei den Umsiedlungen nach dem Ersten Weltkrieg um einen Austausch zwischen der Türkei und Griechenland bzw. Bulgarien unter Mitwirkung der Regierungen der betroffenen Staaten gehandelt, mit der im deutschen Fall nicht gerechnet werden könne. Allerdings habe Griechenland im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl mehr Menschen aufnehmen müssen als dies von Deutschland erwartet werde. Im Unterschied zu Griechenland ständen aber in Deutschland keine Bauernwirtschaften zur Verfügung, die von einer ausgetauschten Minderheit freigemacht worden seien.[21] Wie Mabbott feststellte, war die Mehrheit der Griechen geflohen, bevor irgendwelche Abkommen über einen Austausch oder ihre Ansiedlung geschlossen wurden. Von der halben Million, die man noch in Anatolien vermutete, habe nur ein Drittel überlebt und konnte nur dieses den Vorzug eines kontrollierten Austausches in Anspruch nehmen.[22] Unter der Aufsicht der Transfer-Kommission waren 190 000 Griechen aus Anatolien und 356 000 Türken aus Griechenland umgesiedelt worden. Insgesamt hatten jedoch 1,5 Millionen Griechen Anatolien verlassen.[23] Aus dieser Erfahrung schloß Mabbott, daß für die Angehörigen der Minderheit wichtiger sein könne, schnell statt gut vorbereitet umgesiedelt zu werden, wenn die Beziehungen zwischen Mehrheit und Minderheit sehr feindlich seien.[24]

Am 4. März 1944 hatte Troutbeck, der Vorsitzende des Komitees, seinen Kollegen innerhalb des Foreign Office das Skelett des Komitee-Berichts vorgelegt. Zwar hätten die Sowjets den Polen alle deutschen Gebiete bis zur Oder zugesagt und habe die britische Regierung ihre Zu-

20 *Ebenda* 17.

21 *Ebenda* 2.

22 Memorandum Mabbotts vom 14.12.1944. FO 371/39012, C17689/184/62.

23 Marshall an Troutbeck am 13.4.1944. *Ebenda*, C4869.

24 Memorandum Mabbotts vom 14.12.1944. FO 371/39012, C17689/184/62.

stimmung in „sehr allgemeinen Worten angedeutet" (we have indicated our agreement in very general terms), kommentierte Allen vom Central Department, doch habe die polnische Regierung niemals so viel gefordert. Er habe Zweifel, ob diese sich schließlich mit einem so großen Streifen deutschen Gebiets belasten wolle. Eden habe in seinem Memorandum Pommern und Brandenburg nicht erwähnt, die Denkschrift des ‚Post-Hostilities Planning Committee' scheine nur an die Übergabe einiger Kreise dieser Provinzen zu denken. Daraufhin korrigierte Troutbeck seinen Entwurf, legte Edens Memorandum vom 27. September 1943 zugrunde und verwies auf die zusätzlichen Schwierigkeiten, die bei weiteren polnischen Annexionen entständen. Außerdem könne das Problem durch zusätzliche Aussiedlungen aus Jugoslawien, Ungarn und Rumänien verschärft werden. Troutbeck schloß:

1. Problem one of immense magnitude. Large-scale transfers will inevitably cause great suffering and much criticism, and be an obstacle to European reconstruction. They can be justified solely on grounds of (a) security, (b) saving transferees from maltreatment if they remain, (c) possibility that in the long run a Europe composed of homogeneous States would work more harmoniously.

Den letzten Punkt (c) hatte Troutbeck auf Allens Vorschlag aufgenommen. Gegen die Alternative „Option oder Zwang", die Troutbeck ins Spiel gebracht hatte, wandte O'Neill ein, daß Polen und Tschechen das Optionsprinzip ablehnen dürften. Denn dieses berge die Gefahr in sich, daß die betroffenen Deutschen sogar für eine Entgermanisierung als Alternative zur Zwangsaussiedlung optieren, aber nach Ablauf von zehn Jahren der „Aufschrei dieser unterdrückten Minderheiten ein Echo in Großbritannien und in den U.S.A. findet".[25]

Auf der 2. Sitzung des Ausschusses am 15. März 1944 meinte der Vertreter des ‚Dominions Office': Wenn der Transfer die britischen Verpflichtungen zugunsten der Aufrechterhaltung bestimmter Grenzen in Osteuropa reduziere, seien die „Verschiebung" (dislocation) und die Leiden der betroffenen Bevölkerung in Kauf zu nehmen. Während Playfair dafür plädierte, den Polen und Tschechen von einer Totalaussiedlung abzuraten, argumentierten andere erneut, daß „halbe Maßnahmen die Nachteile beider Lösungen vereinen könnten" (make the worst of both worlds).[26] Am 4. April lag Troutbecks Entwurf des Abschlußbe-

25 Vermerke von O'Neill (mit Marginalie Roberts), Troutbeck, Walker, Allen und Marshall vom 28.2.–9.3.1944. FO 371/39091, C3216/220/18.

26 Protokoll der zweiten Sitzung des ‚Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations' am 15.3.1944. FO 371/39091, C3590/220/18. — Siehe auch ‚Dominions Office' (G. L. Boyd-Shannon) an Troutbeck am 14.3. 1944. *Ebenda*, C3216, 3354.

richts vor, der auf der dritten und vierten Sitzung des Komitees am 11. und 14. April 1944 diskutiert und verabschiedet wurde.[27]

In seinem Abschlußbericht ging das Komitee von Edens Memorandum vom 27. September 1943 und von der britischen Zustimmung zum Grundsatz des Transfers vom Juli 1942 aus. Auf der vierten Sitzung vom 14. April wurde folgender Zusatz eingefügt: „Beyond that His Majesty's Government remain uncommitted, though the Poles have strongly pressed the question during recent conversations."[28] Stalin hatte inzwischen dem britischen Botschafter und Beneš versichert, daß Polen und die Tschechoslowakei bei der Vertreibung mit sowjetischer Unterstützung rechnen könnten[29], und Großbritannien den Polen angeboten, sich für den erwarteten Verlust seiner Ostgebiete an deutschen Gebieten bis zur Oder schadlos zu halten.[30]

Das ‚Post-Hostilities Planning Commitee' empfahl in seiner Sitzung am 5. Mai 1944, zur Stärkung der strategischen Position Polens zusätzlich den pommerschen „Keil" in polnisches Gebiet zu verkürzen, und zwar durch die Abtretung des Regierungsbezirks Köslin (ohne die Kreise Greifenberg und Regenwalde) sowie des Regierungsbezirks Schneidemühl (ohne die Kreise Arnswalde und Friedeberg), so daß eine weitere Million Deutscher entfernt werden müsse. Gegen die Übertragung des schlesischen „Keils", d. h. Niederschlesiens, an Polen spreche, daß von dieser Maßnahme nochmals drei Millionen Deutsche betroffen wären. Das ‚Post-Hostilities Planning Committee' kam am 17. Mai 1944 auch zu dem Schluß, daß die Abtretung der Landzipfel von Rumburg und Schluckenau, Friedland sowie Asch und Eger die strategische Position der Tschechoslowakei nicht gefährden würde. Gegen eine Annexion des Glatzer Beckens durch die Tschechoslowakei wandte das Komitee dessen rein deutschen Charakter ein. Nur wenn andernfalls die Abtretung der Landzipfel nicht zustandekäme, sei an die Übergabe des Südteils des Glatzer Beckens an die Tschechoslowakei zu denken.[31]

Wie schon ein Vergleich des Abschlußberichts des Komitees und eines Gutachtens von Mabbott zeigt, war die Zahl der auszusiedelnden Deutschen schwer abzuschätzen. Mabbott vom ‚Foreign Office Research Department' ging von der Zahl der deutschsprachigen Einwohner

[27] Protokoll der dritten und vierten Sitzung vom 11. und 14.4.1944. FO 371/39092, C5049/220/18.

[28] Protokoll der Sitzung vom 14.4.1944. *Ebenda*, C5049.

[29] Siehe S. 203f., 337.

[30] Siehe S. 240f.

[31] Memorandum des ‚Foreign Office Research Department' (Mabbott) „Germany's Eastern Frontiers" vom 20.11.1944. FO 371/39139, C9093/2750/18.

der einzelnen Gebiete aus, wie sie bei Volkszählungen der zwanziger und dreißiger Jahre festgestellt worden war. Er nahm an, daß sich das natürliche Wachstum der Bevölkerung und die Kriegsverluste ausgeglichen hätten. Schließlich versuchte er abzuschätzen, wie viele dieser deutschsprachigen Einwohner der Annexionsgebiete die polnische und tschechoslowakische Regierung für assimilationsfähig halten würden. Das Transfer-Komitee schätzte diese Gruppe in den neupolnischen Gebieten auf 750 000 Personen und zog sie von der Zahl der Auszusiedelnden ab. Den Teil der Deutschen, der rechtzeitig fliehen würde, setzte das Komitee auf 1,5 Millionen an.[32]

Vor dem Beginn der Beratungen des Komitees hatte O'Neill auf Churchills öffentliche Interpretation der Atlantik-Charta am 24. August 1941 und eine Rede Edens Bezug genommen: Es liege weder im Interesse der Welt noch der USA und Großbritanniens, irgendeiner großen Nation einen „anständigen Lebensstandard" zu verwehren, hatte Churchill gesagt. Es sei nicht britische Absicht, hatte Eden erklärt, den Zusammenbruch der Wirtschaft Deutschlands oder irgendeines anderen Landes herbeizuführen. „I say that not out of any love of Germany, but because a starving and bankrupt Germany in the midst of Europe would poison all of us who are her neighbours."[33] In den Abschlußbericht nahm das Komitee nur noch das Churchill-Zitat auf.[34]

Radice vom ‚Ministry of Economic Warfare' hatte die Folgen der Vertreibung für „Rumpfdeutschland" abzuschätzen versucht. Das Komitee übernahm seine Schlußfolgerungen in den Abschlußbericht.[35] Die deutschen Kriegsverluste in Rumpf-Deutschland schätzte das Komitee auf 2,25 Millionen Tote. Bleibe es bei der Zahl von 6 840 000 Vertriebenen, dann ersetzten die wirtschaftlich aktiven unter den Vertriebenen gerade die Kriegsverluste.[36] Die etwa 32,5 Millionen wirtschaftlich aktiven Deutschen hätten allerdings 1939 ebensoviele wirtschaftlich passive Personen ernähren müssen, während ihnen nach dem Kriege die Unterstützung von 38,5 Millionen Personen aufgebürdet werde.[37] Rumpf-

32 Report vom 12.5.1944, 9. — ‚Foreign Office Research Department' (Mabbott) „Germany's Eastern Frontiers" vom 20.11.1944. FO 371/39139, C9093/2750/18.

33 Vermerk O'Neills vom 12.11.1943. FO 371/13294/279/18.

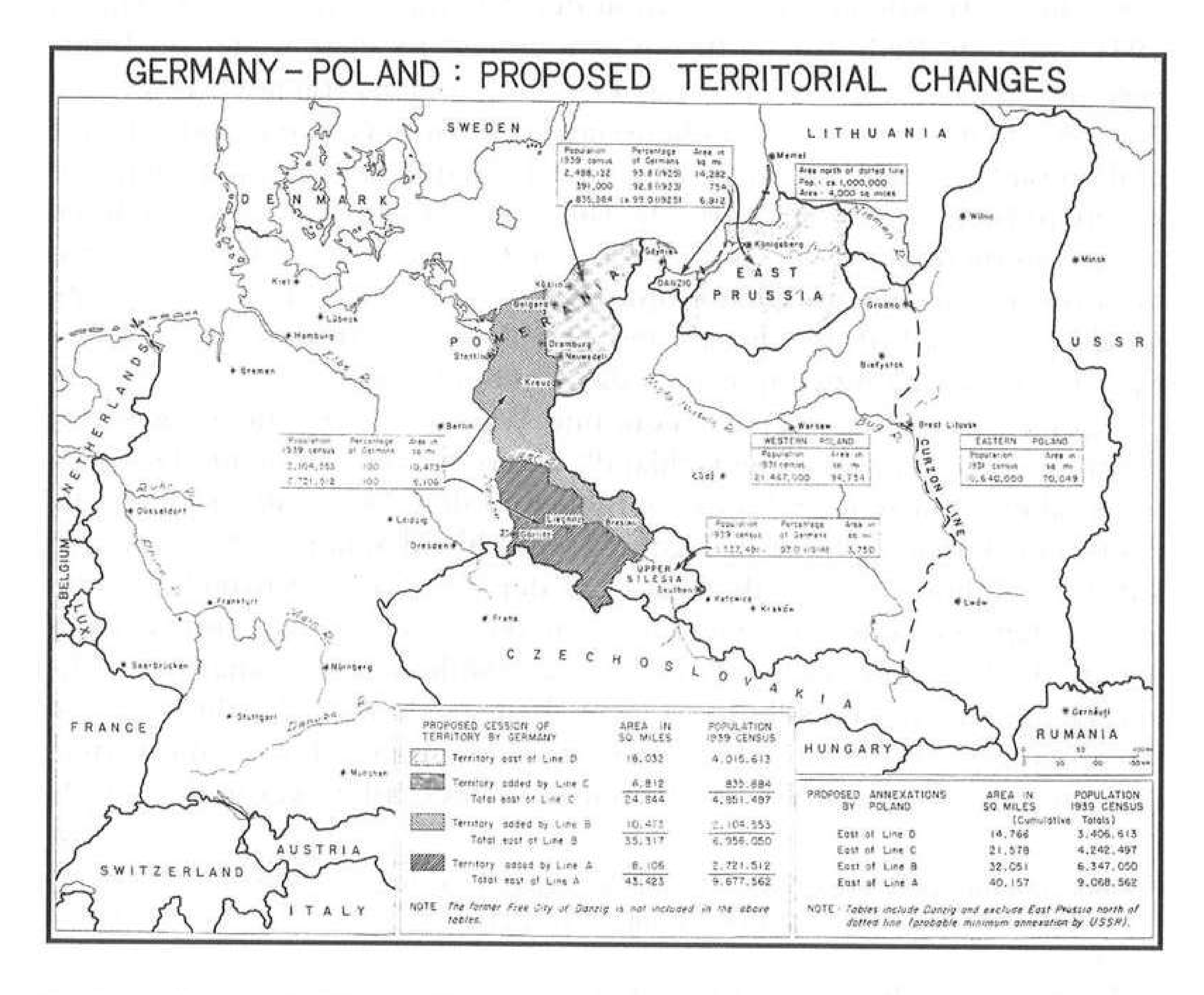
34 Report vom 12.5.1944, 15.

35 ‚Ministry of Economic Warfare' (Radice) am 23.2.1944: „Economic Aspects of the Transfer to Germany of Germans from Ceded Territories and Elsewhere." FO 371/39091, C2575/220/18.

36 Report vom 12.5.1944, 9.

37 *Ebenda.* — Wir haben sechs Millionen Deutsche getötet, und vielleicht töten wir noch viel mehr, so daß Deutschland ohne weiteres die 6,5 Millionen Ver-

deutschland sei nicht so dicht besiedelt, daß es nicht eine zehn- oder auch fünfzehnprozentige Zunahme seiner Bevölkerung verkraften könnte. Allerdings könnten die Übergangsprobleme zu fast permanenten und unheilbaren Verwerfungen führen. Nicht nur für die Vertriebenen, sondern auch für die entlassenen Soldaten und Rüstungsarbeiter müsse Rumpfdeutschland eine Beschäftigung finden. Möglicherweise müsse die Regierung stark, eventuell sogar stärker als während des Krieges, in die wirtschaftlichen Prozesse eingreifen und die „Beschäftigten rücksichtslos zu erforderlichen Arbeiten heranziehen". Eine Aufteilung Deutschlands mache die Schwierigkeiten des Wiederaufbaus „unendlich viel ge-



Karte 7: Germany's Eastern Frontiers
(Anlage zum Bericht des britischen Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations vom 12. Mai 1944)

triebenen aus den Gebieten sogar bis zur Oder aufnehmen könne, sagte Churchill zu General Anders. Vermerk des Brigadiers Frith über eine Besprechung Churchills mit Anders am 26.8.1944. FO 371/39411, C12441/8/55.

Zahl der Deutschen (1. Kolonne) und der Auszusiedelnden (2. Kolonne) nach Mabbott sowie Zahl der Auszusiedelnden nach dem Abschlußbericht (3. Kolonne)[38]

Vorkriegspolen (1931)	–.750.000	–.585.000[1]	–.900.000
Memelland (1925)	–.59.000	–.50.000[2]	
Ostpreußen (1933)	2.270.000	1.920.000[3]	2.000.000
Danzig (1937)	–.400.000	–.400.000	–.370.000
Oberschlesien[4] (1925)	–.920.000	–.460.000[5]	1.170.000
Tschechoslowakei (1930)	3.232.000	2.500.000[6]	1.500.000[7]
Balten-, Wolhynien- u. weitere Volksdeutsche	–. 435.000	–.600.000[1]	–.400.000
Reichsdt. (seit 1939 in Polen angesiedelt)	–.–	–.–	–.500.000
Minimum insges.	8.066.000	6.515.000	6.840.000
Lauenburg (rote Linie)	–.63.000	–.63.000	
Rest d. Reg.bezirks Oppeln	–.235.000	–.235.000	
Zusammen	8.364.000	6.813.000	
abzüglich Gebietsaustausch mit ČSR	–.102.000	–.102.000	
Differenz	8.262.000	6.711.000	
Grenzmark Posen–Westpreußen ohne Kreise Köslin u. Schlawe (grüne Linie)	–.515.000	–.515.000	
Reg.bezirke Köslin u. Schneidemühl ohne Kreise Greifenberg, Regenwalde, Arnswalde u. Friedeberg (blaue Linie)	–.445.000	–.445.000	
Oder-Neiße ohne Stettin, Breslau, Frankfurt (Oder)	–.–	–.–	2.330.000
Oder-Neiße m. diesen Städten			–.970.000
Oder-Neiße ohne Stettin	3.901.000	3.901.000	
m. Stettin	–.300.000	–.300.000	
	13.423.000	11.872.000	10.140.000

1 reduziert bzw. erhöht um 165 000 Personen aus Vorkriegspolen, die von den Nationalsozialisten in den „eingegliederten Gebieten" angesiedelt worden waren;
2 Annahme einer weitgehenden Aussiedlung durch die Sowjets;
3 Annahme einer völligen Aussiedlung aus den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen und eine Optionsmöglichkeit für die 400 000 Bewohner des Regierungsbezirks Allenstein;
4 nur aus dem Abstimmungsgebiet
5 Annahme einer Optionsmöglichkeit
6 ausgehend von Ripkas Aussage, daß nur 800 000 Deutsche in der Tschechoslowakei bleiben dürften;
7 ausgehend von Benešs Aussage, daß 1 250 000 Deutsche bleiben dürften und 500 000 „mit Land abgetreten" würden.

38 *Ebenda.*

fährlicher", da traditionelle Absatzmärkte verloren gehen könnten, und werfe die Frage auf, wie die Vertriebenen auf die Teile Deutschlands verteilt werden sollten. Mit Ostpreußen und Schlesien werde Deutschland landwirtschaftliche Überschußgebiete und über 10 Prozent der Vorkriegskapazität verlieren.[39] Die polnischen Neusiedler dürften einige Zeit brauchen, bis ihre Nahrungsmittelproduktion das deutsche Vorkriegsniveau erreicht habe. Um Lebensmittelimporte bezahlen zu können, müsse erst einmal die deutsche Industrieproduktion in Gang kommen. Und der deutsche Bauer dürfte nach dem Wegfall der strengen Kontrollen der Kriegswirtschaft weniger geneigt sein, sich zugunsten der Städter mit geringen eigenen Rationen zu begnügen.

If he does reject the discipline and behave as peasants in other European countries have been behaving during the war, then the supply of food-stuffs to the towns may quite well break down altogether. And there is little margin of safety, since the urban normal consumer's ration is already less than 2.000 calories per day. The loss of the East Prussian and Silesian surpluses at such a juncture, even though not in itself a matter of major magnitude, might finally disrupt an already rickety supply line to the cities, and give rise to local famine and its attendant disorders. There might quite well be sufficient food in the country and yet no authority able to collect and distribute the full amounts which the peasants ought to surrender.

Besonders Nordwestdeutschland sei von Nahrungsmitteln aus dem Osten Deutschlands abhängig. Sei dieser jedoch von der Sowjetunion besetzt, dürften seine Überschüsse eher in die Sowjetunion als an die Ruhr transportiert werden.

In that event the prevention of starvation in the Rhineland would become a liability of far greater magnitude than during the occupation of 1919, and just as inescapable as then. Thus, while a partial breakdown in food supplies is in any case likely because administration may falter, it would become much more serious and virtually unavoidable if the deficiency areas of the Reich ceased to import from the surplus areas.

In den ersten Nachkriegsjahren müsse sich die deutsche Industrie auf Friedensproduktion umstellen. Da ausländische Kredite ausbleiben dürften, werde der Maschinenpark nur langsam erneuert und der Export nur schrittweise gesteigert werden können, um Rohstoffe und Maschinen im Ausland zu kaufen. Ein Teil der Arbeiterschaft und des Kapitals, das unter normalen Umständen für die Herstellung von Konsumgütern eingesetzt werde, werde für den Wiederaufbau von Häusern und Fabriken, für deren Neuausrüstung mit Maschinen und für die Produktion von Re-

[39] Report vom 12.5.1944, 19.

parationsgütern gebraucht. Deshalb werde sich der Ausstoß an Konsumgütern vermindern und der Lebensstandard sinken. Nur wenn Unternehmer und die staatliche Planung sich energisch an die Arbeit machten, könnten die Schwierigkeiten in vielleicht einem Jahr überwunden werden. Allein wenn der deutschen Industrie erlaubt werde, ihre Probleme auf ihre eigene Weise zu lösen, könnten die Vertriebenen schnell eingegliedert werden; würden ihr „drastische Beschränkungen" auferlegt, ändere sich jedoch das Bild. Die Versorgungslage könne gemildert werden, wenn Deutschland Kredite erhalte, um große Mengen an Material und Ausrüstung zu importieren, was aber unwahrscheinlich sei.[40]

Das Komitee schätzte, daß vor dem Kriege 42 Prozent der Vertriebenen in der Landwirtschaft, 31 Prozent in der Industrie und der Rest und Handel und Diensten beschäftigt gewesen seien. Die Arbeiter der Bergwerke in Oberschlesien und im Sudetenland dürften im Ruhrgebiet Arbeit, aber nur allmählich auch Wohnungen finden. Die rund 170 000 Textilarbeiter besonders aus dem Sudetenland hätten aber wenig Chancen, bald in ihrem Beruf unterzukommen, zumal da Rohstoffimporte ausbleiben und Deutschlands Waren wenig Exportchancen haben dürften. Die Metallindustrie werde das Produktionsniveau der Vorkriegszeit kaum halten und die rund 160 000 vertriebenen Metallarbeiter absorbieren können. Die Beschäftigten der Holzindustrie hätten gute, diejenigen der Lebensmittelindustrie schlechte Chancen auf dem Nachkriegsarbeitsmarkt. Das Komitee rechnete damit, daß die Tschechoslowakei die Spezialisten der Glas- und Keramikindustrie behalten wolle.[41] Die vertriebenen Arbeiter und Angestellten der Bahn und der Post sowie ein großer Teil der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes werde sich eine neue Arbeit suchen müssen.[42]

Die deutsche Landwirtschaft brauche keine zusätzlichen Arbeitskräfte, zumal da sie während des Krieges weiter mechanisiert worden sei. Für die Aufteilung größerer Ländereien auf mehrere Höfe werde der deutschen Nachkriegsregierung kaum Kapital zur Verfügung stehen. Zudem gebe es einen Zielkonflikt zwischen der Unterbringung der vertriebenen Bauern und der sicheren Versorgung der Städte. Selbst in der Zwischenkriegszeit seien jährlich nur 3000 neue Wirtschaften eingerichtet worden. Ein Teil der Landarbeiter könne aber auf den Höfen

40 *Ebenda* 18-20.

41 *Ebenda* 44ff. — Tatsächlich konnte sich die Exilregierung in dieser Frage nicht einigen: Feierabend war dafür, bestimmte Arbeiter nicht auszuweisen, um wirtschaftliche Schäden zu verhindern, Ripka dagegen. *Feierabend:* Soumrak československé demokracie 34f.

42 Report vom 12.5.1944, 20.

von Großbauern in Rumpf-Deutschland Arbeit finden. Durch eine Parzellierung von Gütern oder durch die Verstärkung der Viehzucht werde man kaum mehr Arbeitskräfte in der Landwirtschaft unterbringen können, wie der Vergleich mit Dänemark zeige.[43] Noch vor der Bildung des Komitees hatte O'Neill errechnet, daß man für die Unterbringung von drei Millionen Deutschen in der Landwirtschaft eine Fläche wie jene von England und Wales benötigen würde, wenn man von einer Farm-Größe von 60 Hektar (150 acres) und einer Familien-Größe von 6,5 Personen ausgehe. Selbst bei einer Parzellierung in 16-Hektar-Wirtschaften (30–50 acres) könne allenfalls eine halbe Million Deutsche in der Landwirtschaft Beschäftigung finden, hatte Marshall vom ‚Foreign Office Research Department' ergänzt.[44] Insgesamt seien die Chancen, eine Arbeit entsprechend der bisherigen Qualifikation zu finden, für rund ein Drittel der Vertriebenen gut, für die übrigen zwei Drittel schlecht, fuhr der Abschlußbericht fort. Der größte Teil von ihnen müsse versuchen, in der Bauindustrie unterzukommen, wo er aber mit den demobilisierten Soldaten und anderen Beschäftigten konkurrieren werde, die ihre Arbeit verloren hätten. Selbst wenn die Bauindustrie 1–1,5 Millionen absorbieren könne, bleibe eine große Zahl von Arbeitslosen übrig. Bei ausreichender Zeit und günstigen wirtschaftlichen Bedingungen sollte es aber keine unüberwindbaren Schwierigkeiten geben, die zusätzlichen Arbeitskräfte unterzubringen. Auch würde der Transfer das Verhältnis zwischen Beschäftigten und abhängigen Familienmitgliedern, das der Krieg zurücklassen werde, nicht verschieben. Die kurzfristigen wirtschaftlichen Probleme seien jedoch hart.

The possibility must therefore be faced that, if many millions of Germans were transferred, and especially if they were transferred quickly, the economic difficulties of the transition period in Germany might be so increased as to cause a complete economic collapse, from which Germany might not recover for a decade or more.[45]

Die letzten Worte ersetzten eine frühere schärfere Version, in der vom Risiko gesprochen worden war, daß die wirtschaftlichen Schäden für Deutschland „unheilbar" (irremediable) sein könnten.[46]

Die Wohnungsnot werde „verzweifelt" sein. Schon 1938 habe man den Fehlbestand auf vier Millionen Wohnungen geschätzt, der sich durch die Bombardierungen mit jedem Tag erhöhe. Müsse Deutschland

43 *Ebenda* 29.

44 Vermerke O'Neills und Marshalls vom 26.10. und 1.11.1943. FO 371/34461, C12443/279/18.

45 Report vom 12.5.1944, 20.

46 Entwurf vom 4.4.1944. FO 371/39091, C4451/220/12.

nur sechs bis sieben Millionen Vertriebene oder 1,5 Millionen Familien aufnehmen, werde es selbst bei einer jährlichen Bauleistung von 600 000 Wohnungen mindestens zehn Jahre dauern, bis der akuteste Mangel überwunden sei. Dabei sei eine solche Bauleistung eine optimistische Annahme. Werde die deutsche Bauindustrie gezwungen, für den Wiederaufbau in anderen Ländern zu arbeiten, werde es noch länger dauern. Viele Deutsche, besonders die Vertriebenen würden deshalb für viele Jahre in Lagern und Baracken leben.[47] Von keiner deutschen Regierung, wie auch immer sie zusammengesetzt sei, sei eine „Bereitschaft" (goodwill) zur Mitwirkung am Transfer zu erwarten, hieß es im Abschlußbericht. Darauf deute die Ablehnung der Transferpläne durch die deutschen Emigrantengruppen in den USA, und zwar aller Schattierungen, hin.

One must therefore expect such a policy to be met with a widespread propaganda campaign abroad and with sullen resentment at home. It also suggests that there might be an advantage, if it is decided to effect the transfers, in carrying them through as quickly as possible, before passive resistance had time to develop into more active resistance. [...] But the political problem caused by the injection into Germany of so many persons burning with an inextinguishable sense of grievance – as all persons deprived of their homes always do – must not be forgotten. This sense of grievance the German people as a whole would share. It has yet to be proved that transfers of population can diminish the intensity with which countries usually desire to recover territory which they have long held, and of which they have been deprived.[48]

Langfristig werde Polen zu einem höher industrialisierten und reicheren Staat, meinte das Komitee aufgrund eines Gutachtens, das Brown vom ‚Foreign Office Research Department' geliefert hatte. Kurzfristig werde Polen jedoch Schwierigkeiten haben, die deutschen Facharbeiter und die übrigen hochqualifizierten Beschäftigten zu ersetzen. Die Lage Danzigs, das fast seine ganze Einwohnerschaft verlieren werde, sei ein besonders schwieriger Fall. Polen könne jedoch sein Problem der Übervölkerung auf dem Lande lindern, selbst wenn es Landsleute aus den Gebieten hinter der Curzon-Linie aufnehmen müsse. In Ostpreußen und Oberschlesien werde die Aussiedlung auf kurze Sicht zu einem starken Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion führen; mittelfristig könne Polen die vertriebenen Bauern aber ohne weiteres durch Umsiedler aus den Gebieten östlich der Curzon-Linie und nach einer Phase der „drastischen Umschulung" auch die Facharbeiter besonders in der Stahlindustrie durch eigene Kräfte ersetzen. Auch längerfristig dürften die

[47] Report vom 12.5.1944, 19f.
[48] *Ebenda* 14.

polnischen Bauern aber den Boden weniger gut pflegen und bearbeiten als ihre deutschen Vorgänger, was sich schon bei den polnischen Erwerbungen nach dem Ersten Weltkrieg gezeigt habe.[49]

Brown war der Meinung, daß die Tschechoslowakei den Verlust der sudetendeutschen Arbeitskräfte leichter verschmerzen könne als Polen, aber auch von der Vertreibung weniger profitieren werde. Die Textilindustrie habe vor dem Kriege ohnehin mit Absatzschwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Die sudetendeutschen Beschäftigten in Landwirtschaft und Gewerbe mit Ausnahme der hochspezialisierten Arbeiter der Glasindustrie könnten durch Umsiedler aus anderen Teilen des Landes ersetzt werden. Die Vertreibung der Glasarbeiter werde wahrscheinlich zum Aufbau konkurrierender Betriebe in Deutschland führen. Die Tschechoslowakei werde vom Aufbau neuer Maschinenbau- und chemischer Betriebe im Sudetenland und im Protektorat während des Krieges profitieren, die auf Friedensproduktion umgestellt werden könnten. Ökonomische Gründe sprächen dafür, Facharbeiter, Techniker und andere Fachleute später auszusiedeln als Bauern und ungelernte Arbeiter; aus verständlichen politischen Gründen dürften beide Staaten jedoch die umgekehrte Reihenfolge wählen.[50] Wünsche der Vertreiberstaaten nach Ansiedlungskrediten sollten zurückgewiesen werden, meinte Playfair. Denn aus Deutschland sei zusätzlich nichts herauszuholen. Den Vertreiberstaaten solle erlaubt werden, die zurückgelassenen Güter der Vertriebenen zu behalten, die als Rate auf die Reparationen angesehen werden könnten.[51]

Schon in seinem Memorandum vom 19. Oktober 1943, das die Grundlage für die Berufung des Komitees bildete, hatte Troutbeck die Frage gestellt, ob die Vertriebenen „in Gebieten außerhalb Deutschlands, z. B. in Sibirien" angesiedelt werden könnten. Und Sargent hatte gefragt, ob Großbritannien nicht die Idee eines Abtransports der Deutschen Ostpreußens und Oberschlesiens nach Sibirien unterstützen solle:

Such a solution might please the Russians, who in any case will probably be on the spot and will have at their disposal immediate ways and means of dealing with the transport problem. Moreover the future of these people is much less likely to at-

[49] *Ebenda* 20f.

[50] ‚Foreign Office Research Department' (Brown) vom 27.1.1944: „Effects on the Economies of Poland and Czechoslovakia of Transferring the German Populations out of Certain Territories Ceded to Them. FO 371/39091, C1471/220/18. — Report vom 12.5.1044, 21.

[51] Memorandum der Treasury (Playfair) vom 8.12.1943. FO 371/34462, C14512/279/18.

tract attention and give rise to political agitation if they disappear into Sibiria, instead of forming themselves into a compact and indigestible mass in Germany.[52]

Wilson vom für die UdSSR zuständigen Northern Department verwies jedoch darauf, daß die Russen so sehr vor einem Trojanischen Pferd Angst gehabt hätten, daß sie alle Wolgadeutschen nach Sibirien abtransportiert hätten.

In the circumstances created by this war, the Russians will be even more chary of Germans as permanent settlers, and would, I think, only take them in conditions such as the Germans would never accept.

Hier schrieb O'Neill an den Rand: „I doubt whether they would even be asked – unconditional emigration".[53]

Dennoch untersuchte das Komitee die Frage, ob ein Teil der Vertriebenen in der Sowjetunion, in den britischen Dominien oder Kolonien oder in Lateinamerika angesiedelt werden könnte, kam aber zu dem Schluß, daß die Dominien schon vor dem Kriege nicht an der Einwanderung großer national homogener Gruppen interessiert gewesen seien und nach dem Kriege kaum zur Aufnahme deutscher Immigranten in größerem Maßstab bereit sein dürften und daß die USA sich der Übersiedlung von Vertriebenen nach Lateinamerika mit aller Macht entgegenstellen würden, selbst wenn ein Land wie Argentinien sie aufzunehmen bereit sei.[54] „Wenn sich später herausstellen sollte, daß die Dominien zur Aufnahme von ein paar [Vertriebenen] bereit wären, könnten wir das – falls nötig – nutzen, um die Russen dazu zu bringen, das gleiche zu tun."[55] Möglicherweise könnte Sibirien eine große Zahl von Deutschen absorbieren, doch bestehe die Gefahr, daß die sowjetische Regierung die Gegenfrage nach einem britischen Beitrag zu dem Aufnahmeproblem stelle.[56]

O'Neill's Empfehlung, einen Teil der Sudetendeutschen nach Österreich zu deportieren, stieß auf den Widerstand seiner Kollegen im Foreign Office. Roberts meinte: „We must keep Sudetens out of Austria. They provided the original Pan-Germans & Nazis & must not be allo-

52 Memorandum des Foreign Office (Troutbeck) vom 19. und Vermerk Sargents vom 28.10.1943. FO 371/34460, C11913/279/18.

53 Vermerke von Wilson und O'Neill vom 24. und 28.12.1944. FO 371/34462, C14581/279/18. Ähnlich im Report vom 12.5.1944, 22.

54 Vermerk des Foreign Office/Northern Department vom 31.12.1943. FO 371/34462, C14581/279/18. — Report vom 12.5.1944, 22.

55 Memorandum des Foreign Office vom 19.1.1944: „Possibility of Settling German Transferees in Areas Other Than Germany". FO 371/39091, C876/220/18.

56 Report vom 12.5.1944, 22.

wed to disturb the delicate balance of the new Austria."[57] Zwar sei es grundsätzlich nicht wünschenswert, Österreich durch Sudetendeutsche mit ihrer „alldeutschen Tradition" zu belasten, meinte schließlich das Komitee in seinem Abschlußbericht, doch übernahm es Radices Vorschlag, die aus Südmähren und Südböhmen vertriebenen Sudetendeutschen nach Österreich auszuweisen, da diese enge Beziehungen zu den benachbarten Österreichern, aber nicht zu den Reichsdeutschen hätten. Den Anteil der Vertriebenen unter den 191 000 Deutschen Südmährens und Südböhmens schätzte Brown auf rund 110 000 Personen, wenn die Tschechoslowakei bereit sei, insgesamt 1,25 Millionen Sudetendeutsche zu behalten.[58] Auch die Volksdeutschen Jugoslawiens und die Südtiroler hätten „eine natürliche Affinität" zu Österreich und sollten deshalb nicht nach Deutschland geschickt werden.[59] Dennoch stellte der Abschlußbericht fest, daß wahrscheinlich kein anderes Gebiet für die Ansiedlung einer größeren Zahl von transferierten Deutschen zur Verfügung stehen werde als Rumpf-Deutschland.[60]

Aus einem Memorandum des ‚Ministry of Economic Warfare' schloß O'Neill, daß bei der Aussiedlung unbedingt stufenweise vorgegangen werden müsse, wenn das Problem gemeistert werden solle. Man werde die Polen dazu bringen müssen, so „vernünftig" (reasonable) vorzugehen, wie Beneš zu sein scheine. Troutbeck warnte jedoch, daß Beneš in seinen Memoranden kürzlich höhere Zahlen als früher genannt habe, und zweifelte daran, daß dieser in bezug auf die Fristen „vernünftig" sein werde. Aus der Sicht des ‚Refugee Department' sollte die Zahl der Vertriebenen auf ein Minimum reduziert werden, da die Alliierten mit dem Problem der ‚displaced persons' ohnehin genug zu tun hätten.[61] Gute wirtschaftliche Gründe sprächen für einen allmählichen Transfer,

57 Vermerke von O'Neill (mit Marginalie Roberts), Troutbeck, Walker, Allen und Marshall vom 28.2.–9.3.1944. FO 371/39091, C3216/220/18.

58 Protokoll der zweiten Komitee-Sitzung am 15.3.1944. *Ebenda*, C3590. — Marshall an Troutbeck am 13.4.1944. C4869. — Report vom 12.5.1944, 22.

59 *Ebenda*. — Ein Memorandum des ‚Foreign Office Research Department' vom 23.3.1944 schätzte die Zahl der Volksdeutschen in Jugoslawien auf 685 000. Funktionäre und ihre Familien sowie rund 150 000 Sloweniendeutsche dürften rechtzeitig fliehen. Es müsse abgewartet werden, ob die Jugoslawen neben den restlichen rund 60 000 Deutschen in Slowenien und mindesten 30 000 aus der Vojvodina auch die übrigen Donauschwaben vertreiben. In Österreich lebten rund 50 000 Slowenen, von denen vielleicht 30 000 für einen Austausch in Frage kämen. FO 371/39091, C4485/220/18.

60 Report vom 12.5.1944, 4.

61 Vermerke von O'Neill (mit Marginalie Roberts), Troutbeck, Walker, Allen und Marshall vom 28.2.–9.3.1944. *Ebenda*. FO 371/39091, C3216/220/18.

doch politische Vorteile für eine schnelle Verwirklichung, solange Deutschland keinen Widerstand leisten und „Abgeschobene weniger abgeneigt sein könnten zu gehen" (transferees may be less reluctant to go).[62] Am 15. März 1944 einigte sich das Komitee auf folgende Richtlinie:

On the subject of time schedules for transfer it was agreed that the report should state that while a rapid completion of the process might be desirable from the political point of view, it would be from every economic point of view undesirable and from every practical point of view impossible. The report should also point out that organised transfers could probably not even be begun on more than a token scale for some time after the close of hostilities as all available transport would be needed for other purposes. Five years should be suggested as the minimum period required.[63]

Der Zeitplan sei von einer derartigen Bedeutung in „humaner und wirtschaftlicher Hinsicht", daß er mit den Großmächten abgestimmt werden müsse und nicht der polnischen und tschechoslowakischen Regierung überlassen werden könne. Dies sei der Punkt, auf dem die britische Regierung „stark insistieren" müsse.

[...] rapid and disorderly evictions would cause an incalculable amount of human suffering, as Hitler's evictions have shown, where the migrants were hurriedly moved before arrangements were made for their settlement. This involved long waits, in mid-winter, in over-crowded temporary reception camps. Moreover, it will be clear from Sections IV and V of this report that rapid transfers would be likely to raise insoluble economic problems both in Germany and the Succession States. In any case it seems improbable, in view of the need for all available transport for other purposes, that organised transfers could even be begun on more than a token scale in less than a year after the close of hostilities.[64]

Der organisierte griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch habe nur 600 000 Menschen erfaßt und sich doch über zwei Jahre hingezogen. Für die geplante Umsiedlung, die mehrere Millionen treffe, brauche man fünf Jahre und sehr wahrscheinlich noch länger.[65] Natürlich sei es möglich, schrieb das Transfer-Komitee, der polnischen und tschechoslowakischen Regierung zu überlassen, wieviele, wann und wie sie die Deutschen aussiedeln wollten.

62 Skeleton draft Troutbecks vom 4.3.1944 mit Vermerken. FO 371/39091, C3216/220/18.

63 Protokoll der zweiten Komitee-Sitzung vom 15.3.1944. FO 371/39091, C3590/220/18.

64 Report vom 12.5.1944, 27f.

65 *Ebenda.*

But such an abdication of responsibility by the major United Nations would be hard to justify, since this would be one of the crucial problems of Europe as a whole. Apart from this, there are two main reasons why such a course of action should be avoided. First, the human suffering involved would be much increased. Second, Germany would have in any case to absorb the migrants, and, if she were forced to attempt to do so at the pace the Czechs and Poles might set, the result would probably be a complete economic collapse, at a time when the United Nations will be in occupation of Germany and generally responsible for administration there.[66]

Deshalb brauche man eine besondere Behörde zur Kontrolle des Transfers in den Vertreibungsgebieten und im Aufnahmeland, d. h. in Rumpfdeutschland. Das Foreign Office hatte einen Vorschlag unterbreitet über die „International Machinery and Forces Likely to Be Needed". Aus dem Vorgehen und den Institutionen während der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg und der Saar-Abstimmung könnten kaum Lehren gezogen werden, da es sich damals darum gehandelt habe, möglichst freie Wahlen zu gewährleisten. Nach diesem Kriege werde es dagegen darum gehen, in den Vertreibungsgebieten die Ordnung aufrechtzuerhalten, „den Vertreibungsprozeß zu überwachen, wenn nicht gar durchzuführen, und eventuell die Bevölkerung vor vorzeitiger, nicht ordnungsgemäßer [disorderly] oder brutaler Vertreibung durch die Behörden der Nachfolgestaaten zu schützen". Nach dem Ersten Weltkrieg hätten die Westmächte die Kontrolle in Oberschlesien und Ostpreußen nur deshalb ausüben können, da sowohl Deutschland als auch Rußland zusammengebrochen waren. Beide Gebiete lägen jedoch in einer Region, in der nach diesem Krieg der Einfluß der Sowjetunion überwiegen werde.

Die beste Lösung sah das Foreign Office in der Bildung je einer Transfer-Kommission aus den Vertretern der Großmächte und des jeweiligen Nachfolgestaates für Ostpreußen und Danzig, für Oberschlesien sowie für das Sudetenland, die der ebenfalls von britischer Seite vorgeschlagenen ‚United Nations Commission for Europe' unterstehen und mit einer Aufnahmebehörde in Deutschland zusammenarbeiten sollten. Die Kommissionen für Oberschlesien und Ostpreußen sollten über militärische Kräfte verfügen und diesen je ein britisches und amerikanisches Infanterie-Regiment angehören. Alliierte Kräfte seien in solchen Territorien nicht zu stationieren, die vor dem Kriege zu Polen gehört hatten wie Westpreußen und Polnisch-Oberschlesien. „This may mean that Germans in these areas will have an unpleasant time; but if the Russians have previously advanced through the areas there may not be many left." Im juristischen Sinn ähnlich, aber nicht identisch sei die

66 *Ebenda* 23.

Stellung des Sudetenlandes. Aus diesem Grund und wegen ihrer Größe sollte die sudetendeutsche Bevölkerung durch eine Kommission, aber ohne internationale Einheiten geschützt werden.[67]

Den Gedanken, die UNRRA mit der Umsiedlung der Deutschen zu betrauen, verwarf das Komitee, da dieser Organisation auch neutrale Länder angehörten und sie „humanitäre und wirtschaftliche" und keine „politischen" Aufgaben habe. Sie solle sich der Flüchtlinge und ‚displaced persons' annehmen, deren Rückkehr die Heimatländer wünschten; die Vertriebenen werde man jedoch in ein Land schicken, das sie weder haben wolle noch Wohnungen für sie bereitstellen könne.[68] Auf Vorschlag von Colonel Askew, dem Vertreter des Generalstabs und des ‚Post-Hostilities Planning-Committee', empfahl der Ausschuß, die Aufsicht über den Transfer im frühen Stadium den ‚Allied Commanders in Chief' und danach der ‚High Commission for Germany' zu übertragen, da sich ihre Zuständigkeit sowohl auf Rumpfdeutschland als auch bis zur endgültigen Übertragung an Polen auch auf Ostpreußen und Oberschlesien erstrecken werde. Diesen obersten alliierten Behörden in Deutschland solle eine ‚Population Transfer Commission' aus Repräsentanten der drei Großmächte unterstehen, denen auch je ein Vertreter Polens und der Tschechoslowakei beizugeben seien. Sie leite die Aussiedlung im Rahmen der von den Regierungen vereinbarten Grundsätze des Transfers, wobei es um die Kriterien für die Auswahl der Umsiedler, die Bedingungen für den Transport ihres Eigentums und die Regelung finanzieller Fragen sowie den Zeitplan gehe. Die Ansiedlung der Vertriebenen obliege jedoch nicht der Transfer-Kommission, sondern den deutschen Behörden. Die zentrale Transfer-Kommission gebe ihre Weisungen an die drei regionalen Transfer-Kommissionen, die sich mit den Fragen der Unterbringung – eventuell müßten sie Transitlager unterhalten –, der Finanzen und des Eigentums, der Gesundheit und Hygiene, des Transports und der polizeilichen Aufsicht zu befassen hätten.[69]

Die ideale Lösung wäre die Unterstellung Ostpreußens und Danzigs sowie Oberschlesiens unter die Verwaltung der entsprechenden Transfer-Kommission mit gleichviel Truppen der drei Großmächte, wie dies für Berlin vorgesehen zu sein scheine, meinte Marshall. Eine solche Lösung würden die Russen aber sicherlich ablehnen. Wenn der britische

67 Foreign Office: „Memorandum on International Machinery and Forces Likely to be Needed" vom 19.1.1944. FO 371/39091, C875/220/18.

68 Vermerk Randalls vom 26.10.1943. FO 371/34460, C11913/279/18. — Report vom 12.5.1944, 23.

69 Report vom 12.5.1944, 23.

Repräsentant in der Transfer-Kommission nicht durch eine britische Einheit unterstützt werden könne, sollten Briten auch nicht im Stab der Kommission mitarbeiten. Meinungsverschiedenheiten zwischen britischen Mitgliedern des Stabes und russischen Truppen bei der Durchführung des Transfers könnten sich nämlich zu internationalen Konflikten auswachsen. Habe Großbritannien nur einen Repräsentanten in der Leitung der Kommission, könnten Konflikte entweder auf diplomatischem Wege beigelegt oder zumindest vor der Öffentlichkeit geheimgehalten werden.[70]

Gegen Askews Vorschlag, keine britische Einheit in den Aussiedlungsgebieten zu stationieren, da sie gegenüber den überlegenen russischen Truppen ohnehin wenig ausrichten könnte, war auf der zweiten Sitzung am 15. März[71] eingewandt worden, daß der Transfer in diesem Fall völlig den Russen überlassen werde, während das Interesse Großbritanniens an der Ordnung in Deutschland und seine Verpflichtungen gegenüber Polen erforderten, daß Großbritannien seinen Einfluß geltend machen könne. Dennoch sprach hatte sich das Komitee schließlich[72] gegen britische und amerikanische Einheiten in den Vertreibungsgebieten aus, zumal die britische Einheit die Arbeit, die sie beaufsichtigen und kontrollieren sollte, als „grausam, ungerecht und unnötig betrachten" werde. Das Komitee wies aber auch auf die Konsequenz seiner Empfehlung hin:

The authority of the British member of the local Transfer Commissions will be reduced; the prospect of securing such modification of transfer policy as His Majesty's Government might wish to see adopted would be diminished; and the drastic character of the task of transfer, and the suffering its execution would be likely to entail, will be increased.

In bezug auf organisierte Transfers könne sich Großbritannien der Verantwortung für die allgemeine Politik nicht entziehen, wohl aber ablehnen, sich an deren Durchführung zu beteiligen. Einerseits gebe es Gründe, die britische Beteiligung auf ein Minimum zu begrenzen. Der Sowjetunion, in deren Einflußbereich die Vertreibungsgebiete liegen werden, dürfte eine britische Beteiligung nicht willkommen sein, zumal britische Truppen in die Spannungen zwischen Russen und Polen hineingezogen werden könnten. Außerdem:

(f) Large-scale transfers, however carefully organised, would be bound to cause immense suffering and dislocation and to give rise to widespread criticism. His

[70] Marshall an Troutbeck am 13.4.1944. *Ebenda*, C4869.
[71] Protokoll der zweiten Sitzung des Komitees am 15.3.1944. *Ebenda*, C3590.
[72] Askew an Troutbeck am 13.4.1944. *Ebenda*, C4869.

Majesty's Government might therefore prefer to wash their hands as far as possible of any active participation in their execution.

Andererseits gingen die Zukunftsplanungen von der Annahme aus, daß es in Europa keine Einflußsphären geben werde. Zudem hätten die Transfers unweigerlich eine große Wirkung auf die Zukunft Deutschlands, so daß Großbritannien die Angelegenheit nicht anderen überlassen könne.

a) If, as has been suggested, His Majesty's Government were to take part in guaranteeing the future settlement with Poland, they would have a direct interest in ensuring that the transfer of populations, the object of which would be to contribute to the pacification of Eastern Europe did in fact fulfil that object.
b) His Majesty's Government are at least under a moral obligation to assist Poland in so difficult an operation, and not leave it to be carried out by the Soviet Union alone.
c) His Majesty's Government would, in fact, be unable to disclaim responsibility for the human suffering and economic dislocation that largescale transfers would inevitably involve. Their active participation in the execution of transfers might tend to lessen such suffering an dislocation.[73]

Oberstleutnant Arthur kritisierte die Stellungnahme des Komitees gegen den Einsatz britischer Truppen.[74] Die Lage der britischen Vertreter in den Transfer-Kommissionen sei nicht zu beneiden, meinte auch Troutbeck. Wenn diese über keine eigenen Truppen verfügten, „dürfte er machtlos dabei stehen und zusehen, wie die russischen Truppen Akte der Unterdrückung und Plünderung begehen".[75]

Da Nationalität als Kriterium der Vertreibung viele Fragen aufwerfe wie jene nach Zweisprachigkeit, Dialekten, Mischehen, nicht-deutschen Familiennamen und kürzlicher Germanisierung unter Druck, sah das Transfer-Komitee die beste Lösung in Benešs Vorschlag, alle Personen, die nach deutschem Recht die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen, als Deutsche zu betrachten, wobei die tschechoslowakische bzw. polnische Regierung das Recht habe, bestimmten Personen die Staatsbürgerschaft zu erhalten bzw. zu verleihen.[76] Eventuell wollten die Regierungen der Nachfolgestaaten bestimmten Facharbeiter-Kategorien die Ausreise nicht erlauben, spekulierte das Komitee. Die Lösung sah das Komitee

[73] Report vom 12.5.1944, 15.

[74] War Office (Arthur) an Troutbeck am 26.4.1944. FO 371/39091, C5547/220/18.

[75] Vermerk Troutbeck vom 16.5.1944. *Ebenda*, C6391.

[76] Memorandum Benešs: „Transfer of Population from Czechoslovakia" (mit einem Anschreiben von Nichols an Roberts vom 28.1.1944). FO 371/38945, C1350/1347/12.

in der Zustimmung zu einem Aufschub, doch müßte jeder Deutsche, der dies wolle, prinzipiell das Recht haben, nach Deutschland zu übersiedeln.[77] Das Komitee machte sich auch Benešs Vorschlag zu eigen, das Vermögen der Vertriebenen gegen die Reparationsforderungen der Tschechoslowakei zu verrechnen, aus denen die deutsche Regierung die Vertriebenen zu entschädigen habe. Das Komitee hielt es – wofür sich Playfair ausgesprochen hatte – für nötig, die deutsche Regierung zur Entschädigung zu verpflichten, damit die Vertriebenen nicht einen weiteren Grund zu dauerhafter Unzufriedenheit hätten.[78] Von einem Massentransfer betroffene Arbeiter müßten ihre Ansprüche auf Sozialversicherung behalten und in Gebiete dirigiert werden, wo sie ihre Beruf ausüben könnten oder umgeschult werden, wo dies nötig sei, forderte dagegen das ‚Internationale Arbeitsamt'. Sie hätten Anspruch auf Mitnahme ihres beweglichen Eigentums, die Bauern auf Entschädigung für verlorene Höfe und landwirtschaftliche Geräte.[79]

Schon auf der ersten Sitzung des Komitees am 7. Dezember 1943 wurde ein Zusammenhang zwischen dem Transfer und dem Vorschlag hergestellt, drei Jahre lang Deutsche zum Wiederaufbau verwüsteter Gebiete, z. B. in der Sowjetunion einzusetzen. Der Bericht des ‚Interdepartmental Committee on Reparation and Economic Security', der sogenannte „Malkin Report", empfahl, im ersten Nachkriegsjahr drei, im zweiten zwei Millionen und im dritten eine Million Deutsche zu solchen Arbeiten zu verwenden, nämlich Mitglieder der Gestapo, der SS, der NSDAP, der Wehrmacht und der SA, und zwar in dieser Reihenfolge. Dadurch werde aber die Fähigkeit Deutschlands reduziert, schnell Wohnungen für die Flüchtlinge zu bauen, stellte das Transfer-Komitee fest.[80] O'Neill kommentierte das Memorandum des ‚Ministry of Economic Warfare' zur Aufnahmefähigkeit Rumpfdeutschlands: „Odd though it may seem to say so, it looks as though the absence of forced labour in Russia of large numbers of Germans will be necessary, if the transfer problem is to be solved at all." Nur so könne sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt entspannen. Roberts teilte diese Ansicht.[81] Auf

[77] Report vom 12.5.1944, 27.

[78] *Ebenda* 6. — Treasury (Playfair) an das Foreign Office (O'Neill) am 20.3.1944. FO 371/39091, C3663/220/18.

[79] Vermerk Troutbecks vom 16.5.1944. *Ebenda*, C6391.

[80] Protokolle der ersten und zweiten Sitzung des ‚Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations' am 15.3.1944. FO 371/34462, C14581/279/18 bzw. FO 371/39091, C3590/220/18.

[81] Vermerke von O'Neill (mit Marginalie Roberts), Troutbeck, Walker, Allen und Marshall vom 28.2.–9.3.1944, und Memorandum vom 4.5.1944. FO 371/39091, C3216/220/18.

der zweiten Sitzung am 15. März 1944 waren sich alle Mitglieder des Komitees einig, daß die Deportation von Deutschen zur Zwangsarbeit nach Rußland das Aufnahmeproblem in Deutschland reduzieren könne. Es sei allerdings wünschenswert, daß die Russen die Berufsstruktur in Deutschland nicht verzerrten, indem sie bestimmte Gruppen wie z. B. alle Klempner abtransportierten.[82] Diese Überlegungen fanden Aufnahme in dem Abschlußbericht:

The problem of resettlement in Germany would be considerably eased if, at the period when transfers were taking place, some millions of active Germans should happen to be engaged as organised labour force in devastated areas outside Germany, e.g., in the Union of the Soviet Socialist Republics.[83]

Playfair, der Vertreter des Schatzamtes, erklärte, daß entweder die Reparationsforderungen an die deutsche Bauindustrie herabgesetzt werden müßten oder die Vertriebenen keine Wohnungen erhalten könnten. Gebe man Deutschland einen Kredit, um die Vertriebenen anzusiedeln, finanziere man die Reparationen vor. Wolle man dies nicht, müsse man mit dem Transfer warten, bis die Reparationen geleistet seien. Es gebe keinen Grund, Deutschland ein Sinken des Lebensstandards zu ersparen, meinte das Komitee, doch dürften die geforderten Reparationen diesen ohnehin so verringern, daß kein Spielraum mehr bestehe. Deshalb müsse der Transfer entweder auf die Zeit nach der Leistung der Reparationen verschoben, die Höhe der Reparationen verringert oder Deutschland einen Kredit für die Unterbringung der Vertriebenen gewährt werden. Die letzte Alternative sei absurd, da sie bedeute, Deutschland Geld zu leihen, damit es die Reparationen zahlen könne, doch zwischen den ersten beiden Alternativen gebe es ein tatsächliches Dilemma, das – dafür hatte Playfair wiederholt plädiert – zugunsten der Reduktion der Reparationsforderungen entschieden werden sollte.[84] Zu diesem Schluß kam auch der Abschlußbericht.[85]

Die sowjetische Regierung rechnete tatsächlich mit Millionen deutscher Zwangsarbeiter. In Moskau befaßte sich damals eine Kommission unter dem Vorsitz von Ivan M. Majskij mit der Frage der Reparationen. In ihrem Memorandum vom 28. Juli 1944 forderte die Kommission, Deutschland und seinen Alliierten alles „bis auf das Existenzminimum"

82 Protokoll der zweiten Sitzung des ‚Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations' am 15.3.1944. FO 371/39091, C3590/220/18.

83 Report vom 12.5.1944, 4.

84 *Ebenda* 29f. — Treasury (Playfair) an das Foreign Office (O'Neill) am 8.12. 1943 und 20.3.1944. FO 371/34462, C14512/279/18 bzw. FO 371/39091, C3663/220/18.

85 Report vom 12.5.1944, 6.

wegzunehmen. 80 Prozent der auf 75 Milliarden Dollar veranschlagten Reparationen erwartete die Kommission von Deutschland, davon 50–80 Prozent für die Sowjetunion. 17 Milliarden seien durch Demontagen, sechs Milliarden durch Lieferungen aus der laufenden Produktion über einen Zeitraum von zehn Jahren und 35–40 Milliarden durch den Einsatz deutscher Zwangsarbeiter in der sowjetischen Wirtschaft aufzubringen. Durch die Reduktion der Schwerindustrie auf ein Viertel und der gesamten Industrie auf die Hälfte würden viele Beschäftigte freigesetzt. Fünf Millionen Deutsche sollten zehn Jahre lang unter der Aufsicht des NKVD Zwangsarbeit in der Sowjetunion leisten.[86] Im Oktober 1944 stellte Majskij Argumente gegen westliche Kritik am Umfang und Inhalt der sowjetischen Reparationsforderungen zusammen. Einen Zusammenhang zwischen der Vertreibung und den Reparationen sah Majskij aber offensichtlich nicht.[87] Als Molotov kritisierte, daß Majskij zuviel Gewicht auf Zwangsarbeit gelegt habe, antwortete dieser, daß die Forderung nach Zwangsarbeitern von den Verbündeten weniger bestritten werde als jene nach Demontagen.[88] Er hielt an seinem Vorschlag fest, fünf Millionen Deutsche zehn Jahre lang zur Arbeit in der Sowjetunion einzusetzen.[89]

Nebenbei diskutierte das Transfer-Komitee auch über die eventuelle Flucht und Zwangsaussiedlung nicht-deutscher Minderheiten. O'Neill hielt es für „sehr wahrscheinlich, daß es zu einer Rückkehr von Angehörigen feindlicher Nationen [enemy nationals] in ihre eigenen Staaten kommen wird" als Ergebnis einer Abtretung Istriens und möglicherweise eines Teils von Kärnten an Jugoslawien, einer Entscheidung über die italienischen Kolonien, der Abtretung Bessarabiens und der Bukowina an die UdSSR und der Veränderung der damaligen tschechoslowakisch-ungarischen Grenze. O'Neill ging davon aus, daß Beneš vorhabe, zwei Drittel der Magyaren auszusiedeln. Zu einem Bevölkerungsaustausch könne es im Zusammenhang mit der Lösung der Probleme Siebenbürgen und Dobrudscha kommen. Es sei auch möglich, daß Griechenland und Jugoslawien die Bulgaren aus Südserbien, Mazedonien und Thrazi-

86 Majskij an Molotov am 28.6.1944. SSSR i germanskij vopros Nr. 114. — Der Reparationskommission gehörten an: Majskij (Vorsitzender), Arkad'ev (Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten), Kuznecov, später Saburov und Silujanov (Staatliche Planungskommission), Babarin (Volkskommissariat für Außenhandel), Varga (Akademie der Wissenschaften). *Filitov:* Problems of Post-War Construction 4-6.

87 Majskij an Molotov am 9.10.1944. SSSR i germanskij vopros Nr. 129.

88 *Filitov:* Problems of Post-War Construction 17f.

89 Majskij an Molotov, Ende Januar 1945. SSSR a germanskij vopros Nr. 142.

en sowie Jugoslawien die Deutschen und Magyaren aus dem Banat zu vertreiben wünschten.[90]

Mitte Januar 1944 forderte das ‚Southern Department' das ‚Foreign Office Research Department' auf, die Frage von „Minority Transfers in South Eastern Europe" zu untersuchen. Dabei sei von den wahrscheinlichsten Grenzlinien und der vermutlichen Haltung der nationalen Nachkriegsregierungen in bezug auf die Vertreibung von Minderheiten bzw. auf ihre Bereitschaft auszugehen, im Austausch nationale Minderheiten aus anderen Staaten aufzunehmen. Das ‚Foreign Office Research Department' solle berichten, in welchen Größenordnungen sich die Zahl der einzelnen vertriebenen Gruppen bewegen dürfte, nämlich der Deutschen aus Jugoslawien (Banat und evtl. Kärnten), der Magyaren aus der Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien, der Italiener aus Jugoslawien, der Rumänen (wenn überhaupt) aus Ungarn, der Bulgaren aus Jugoslawien und Griechenland. Das ‚Foreign Office Research Department' erweiterte die Liste noch um die rumänischen und bulgarischen Minderheiten in Bulgarien bzw. Rumänien und die Albaner in Jugoslawien und Griechenland.[91]

Die Diskussion in der britischen Öffentlichkeit und im Parlament

In ‚The New Statesman and Nation' wandte sich am 22. Januar 1944 ein H. N. Brailsford gegen die Annexion Ostpreußens und weiterer deutscher Provinzen durch Polen sowie gegen die Vertreibung der Deutschen aus den neupolnischen Gebieten und aus der Tschechoslowakei. Die Aufnahme der Vertriebenen werde in Rumpfdeutschland zu Übervölkerung, Arbeitslosigkeit und einer dauerhaften Verringerung des Lebensstandards führen. Europa werde sich aber von der Not nicht befreien können, wenn in seiner Mitte Depression herrsche. Ostpreußen könne man auch neutralisieren und demilitarisieren oder aber gegen Westpreußen austauschen. Die Sicherheit Polens hänge nicht von seinen Grenzen, sondern seiner Fähigkeit ab, mit seinem östlichen Nachbarn in Frieden zu leben. Friedensziel sei ein integriertes Europa auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, für das die Deutschen bei einer

90 Vermerk O'Neills vom 12.12.1943. FO 371/34462, C14512/279/18.
91 Memorandum Mabbotts vom 23.3.1944. FO 371/39091, C4485/220/18.

Abtrennung Ostpreußens nicht gewonnen werden könnten.[92] Die ,Times' verglich Mitte Februar 1944 die geplanten Deportationen, die euphemistisch „Bevölkerungstransfers" genannt würden, mit der Vertreibung der Hugenotten. Auch der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch habe großes Leid und ökonomische Verluste gebracht. Fünf bis sechs Millionen Fremdarbeiter, zwei bis drei Millionen Kriegsgefangene und 8,5 Millionen von den Nazis Deportierte müßten nach dem Kriege in ihre Heimat zurückgebracht werden. Von dem geplanten Transfer der Deutschen wären mindestens weitere acht Millionen Menschen betroffen. Früher sollte die Aussiedlung religiöser, heute die Vertreibung ethnischer Minderheiten zu „reinen" Staaten führen. 200 000 politische Emigranten seien ein Hinweis auf die Absicht, ideologisch „reine" Staaten zu schaffen. Versuche man sie „rein" zu halten, bedeute dies „jede freie Bewegung von Menschen in Zukunft zu verbieten". Das Beispiel der Südtiroler zeige, daß die deutschen Minderheiten nicht die Ursache für Hitlers Expansionspolitik gewesen seien, sondern nur sein bestes Propagandamittel zur Beeinflussung der englischsprachigen Welt.[93]

Auf diesen Artikel antwortete Táborský mit der Behauptung, der Transfer sei die einzige Alternative zu „Ausrottung, Rache, gewaltsamer Assimilation oder bestenfalls Bürgerkrieg und anhaltender Unterdrükkung".[94] Jaksch dagegen schöpfte aus der Stellungnahme der ,Times' die Hoffnung, daß sich seine eigene Position und diejenige seiner Partei nach dem Ende des Krieges verbessern werde. Dann werde man mit der Rückführung von Flüchtlingen und Fremdarbeitern so viel zu tun haben, daß wenig Spielraum für die Vertreibung von drei Millionen Sudetendeutschen bleiben werde.[95] Er wußte wohl, daß sein Gesprächspartner Roberts, Mitarbeiter des Central Department, ebenfalls der Ansicht war, daß viele der Aussiedlungspläne „recht töricht aussehen, wenn die Zeit des Handelns kommt".[96]

Am 22. Februar 1944 enthüllte Churchill, daß er sich mit Stalin über „die Notwendigkeit geeinigt habe, daß Polen auf Kosten Deutschlands eine Entschädigung sowohl im Norden als auch im Westen erhält". Die Formel „bedingungslose Kapitulation" bedeute auch, daß Deutschland kein Recht habe, sich unter Berufung auf die Atlantik-Charta gegen

92 Außenministrium an ,Předsednictvo Státní rady' am 25.1.1944 mit einem Referat über diesen Artikel. AÚTGM, NK 192/1.

93 The Times vom 16. und 18.2.1944. FO 371/39091, C2261/220/18.

94 The Times vom 18.2.1944. FO 371/39091, C2261/220/18.

95 Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Jaksch am 24.2.1944. FO 371/38922, C2605/63/12.

96 Vermerk von Roberts vom 2.2.1944. FO 371/38928, C643/208/12.

„territoriale Verschiebungen und Korrekturen" zu wehren. In der Unterhausdebatte sah der konservative Redner Vyvian Adams keinen Grund, warum Ostpreußen nicht an Polen fallen und seine deutschen Bewohner „anderswohin geschickt werden sollten". Dagegen wandte der Labour-Abgeordnete George Strauss ein, daß 97 Prozent seiner Einwohner Deutsche seien, und wollte wissen, wie die Regierung zu der Forderung stehe, nicht nur Ostpreußen, sondern auch Nieder- und Oberschlesien und den „Danzig Korridor" mit zusammen 7,5 Millionen Menschen an Polen zu übertragen. Leslie Hore-Belisha (Independent Liberal) warnte davor, durch die Zwangsaussiedlung eine neue Irredenta zu schaffen.[97] Churchill bekräftigte seine Position am 24. Mai 1944 mit den Worten: „[...] there was no question of Germany enjoying any guarantee that she would not undergo territorial changes if it should seem that the making of such changes would render more secure and more lasting the peace of Europe". Für den „Rückzug" aus seinen Ostgebieten solle Polen andere Gebiete auf Kosten Deutschlands erhalten, „die ihm eine breite Meeresküste und ein gutes, passendes und vernünftiges Heimatland geben würden, in dem die polnische Nation sicher leben kann". Opposition kam erneut von einzelnen konservativen und Labour-Abgeordneten. Geoffrey Mander (Liberal) rechnete aber damit, daß die Ostdeutschen ohnehin vor den einmarschierenden russischen Armeen fliehen würden.

But when you think of what is happening in the world, the slaughter in cold blood of millions of civilians, men, women and children, by the Germans in that part of the world, and the transfer of whole populations, to talk of the sanctity of Germans living in a particular area is quite out of the picture.[98]

Und am 12. Juli 1944 wich Eden einer klaren Antwort auf die parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Richard R. Stokes aus, ob die britische Regierung der Teilung Ostpreußens zwischen der Sowjetunion und Polen zugestimmt habe.[99] Stokes erhielt auch keine Antwort auf seine Frage, wie die Übergabe deutscher und polnischer Territorien an die Sowjetunion mit der Atlantik-Charta zu vereinbaren sei. Intern wies Gatehouse (Central Department) darauf hin, daß die britische Regierung schon mehrfach erklärt habe, daß die Atlantik-Charta nicht für Deutschland gelte. In bezug auf Polen sei die Lage weniger einfach. Der zweite Grundsatz der Charta laute, daß die Unterzeichner „keine

97 Poland in the Britisch Parliament II, 342, 366 und 375f.

98 *Ebenda* 507.

99 Parliamentary Question Stokes und Antwort von Eden vom 12.7.1944. FO 371/39139, C9211/2750/18.

territorialen Veränderungen anstreben, die nicht mit dem frei bekundeten Willen der betroffenen Bevölkerungen übereinstimmt", doch habe Churchill am 3. September 1940 erklärt und Eden am 28. Januar 1944 wiederholt, daß „wir nicht vorschlagen, irgendwelche territorialen Veränderungen anzuerkennen, es sei denn, sie finden unter der freiwilligen Zustimmung und dem Einverständnis [goodwill] der betroffenen Parteien statt". Damit habe die Regierung die Zustimmung der betroffenen Bevölkerung durch die Zustimmung der betroffenen Parteien ersetzt. Auf diesen Unterschied solle Eden den Fragesteller jedoch nicht aufmerksam machen.[100]

Auf Churchills Enthüllung, daß er sich mit Stalin „über die Notwendigkeit einig sei, daß Polen auf Kosten Deutschlands, sowohl im Norden als auch im Westen, Kompensationen erhalte", antwortete im ‚Sunday Observer' am 27. Februar 1944 „A Student of Europe": Die Erfahrung mit den Armeniern und Juden zeige, daß sich jede Zwangsaussiedlung großer Bevölkerungsgruppen in ein „Massenmassaker" verwandle. Keine alliierte Militärverwaltung oder deutsche Regierung werde mit dem Problem der Eingliederung von sechs bis elf Millionen Personen fertig werden. Schweizer Zeitungen malten schon das Bild eines Deutschland, dessen Massen wie zu Cäsars Zeiten gegen die Tore des Westens drückten.[101] In ‚Time and Tide' antwortete ein ungenannter Verfasser auf diesen Angriff, daß „Massenmassaker" zu verhindern seien, wenn man dies im Gegensatz zu Enver Pasha oder Hitler wolle, und schloß:

> Finally, ‚A Student of Europe' argues that the proposed solution would cause bitter dissatisfaction in Germany. Granted. But what is the alternative? To deprive Poland of her Eastern provinces without compensating her in the West? Or to attempt to prevent Russia from acquiring Eastern Poland? The first solution would mean unfairness to one of the chief victims of German aggression in order to avoid being unfair to Germany. The second solution even if practicable, in face of the victorious Red Armies in possession, would leave Russia instead of Germany bitterly dissatisfied, in which case peace prospects would not be very promising. The choice is admittedly between evils; but the solution of many European problems of national minorities through transfers of population seems to be easily the smaller of the evils.[102]

Am 8. März 1944 führte das Oberhaus eine öffentliche Debatte über mögliche Bevölkerungsverschiebungen nach dem Kriege. Der Earl of Mansfield hatte eine Resolution zugunsten der Zwangsaussiedlung „ras-

[100] Parliamentary Question Stokes vom 19.7. und Vermerk von Gatehouse vom 17.7.1944. FO 371/39139, C9211/2750/18.

[101] Sunday Observer vom 27.2.1944. FO 371/39091, C2869/220/18.

[102] Time and Tide vom 4.3.1944. NK 192/2.

sischer, religiöser und kultureller" Minderheiten in ihre Herkunftsländer vorgelegt. Die Ausnützung der angeblichen Mißhandlung der Sudeten- und Polendeutschen durch die Nationalsozialisten habe gezeigt, daß die Existenz deutscher Volksgruppen in anderen Staaten verhindert werden müsse. Deutschland müsse nicht nur die während des Krieges eroberten, sondern werde wahrscheinlich weitere Territorien von beträchtlicher Größe verlieren, deren deutsche Bewohner ins Reich oder besser noch in dessen fünf bis acht Nachfolgestaaten zwangsausgesiedelt werden sollten. Das Problem der magyarischen Minderheiten in den Nachbarstaaten könne teils durch Grenzverschiebungen teils durch Umsiedlungen gelöst werden. Rassische Minderheiten dürften nicht wieder die Beziehungen zwischen den Staaten vergiften. Der erste Weltkrieg habe unsere Zivilisation erschüttert, der zweite weitgehend zerstört, nach einem dritten werde sie für lange Zeit nicht mehr existieren. Lord Perth ergänzte: Als Hitler zur Macht gekommen sei, hätten die deutschen Minderheiten „ihre Maske abgeworfen" und sich als „glühende Verfechter und Anhänger Großdeutschlands" erwiesen. Keine Regierung sollte gezwungen werden, in ihrem Lande rassische Minderheiten zu dulden, die voraussichtlich subversive Tendenzen entwickeln. Er zweifle, daß eine deutsche Minderheit in dem geplanten starken und erneuerten Polen glücklich werden könne. Von einer Totalaussiedlung werde die polnische Regierung wahrscheinlich schon aus wirtschaftlichen Gründen Abstand nehmen.

Chaos und Desorganisation dürften nicht durch den Transfer großer Bevölkerungsgruppen vermehrt werden, wandte Lord Strabolgi ein. Nach dem Kriege werde es die Hauptaufgabe der Alliierten sein, Lebensmittel zu den Hungernden zu transportieren, die Kranken medizinisch zu versorgen und dann zu versuchen, Industrie und Landwirtschaft wieder in Gang zu bringen. Die Forderung, die Bewohner Ostpreußens zurück nach z. B. Württemberg zu bringen, verglich Strabolgi mit einem möglichen Verlangen, die Protestanten Nordirlands nach England auszusiedeln. „Wir bekämpfen nicht die Deutschen als solche, sondern wir kämpfen für die Zerstörung der Nazipartei und des Nazisystems." Deutschland abzurüsten sei wichtiger, als „mit dem Mosaik der kulturellen und rassischen Minderheiten in Europa zu spielen". Viscount Cecil of Chelwood und Lord Noel-Buxton wiesen darauf hin, daß auch der Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei und jener zwischen Bulgarien und der Türkei „ungeheures Leid" verursacht hätten. Cecil von Chelwood konzedierte aber, daß man die Aussiedlung eines Teils der Sudetendeutschen, die sich als „durch und durch illoyal" gegenüber dem Staat erwiesen hätten, werde hinnehmen müssen. Dennoch solle Großbritannien keinerlei Sympathie für rassistische

Doktrinen zeigen. Lord Noel-Buxton äußerte Zweifel an „der Weisheit von Annexionen". Man spreche von der Annexion von Ostpreußen, Danzig, Pommern und Schlesien mit acht Millionen Menschen. Zusammen mit den Sudetendeutschen wären elf Millionen, zehnmal mehr als im griechischen Fall betroffen. Zudem gebe es in Deutschland keine Polen, die man gegen die Deutschen austauschen könne. Der Dominienminister Viscount Cranborne warnte davor, in der Umsiedlung nationaler Minderheiten ein Allheilmittel zu sehen. „In bestimmten Fällen", wenn alle anderen Mittel versagen, werde man aber zu dieser Lösung greifen müssen, um den Frieden in Europa zu bewahren. Mit dieser Antwort war Lord Mansfield offenbar zufrieden und zog seinen Resolutionsentwurf zurück.[103]

Am 11. Oktober 1944 fragte der Labour-Abgeordnete Sorensen im Unterhaus, ob es schon definitive Transferpläne gebe, wie viele Sudetendeutsche und ob etwa auch sudetendeutsche Sozialdemokraten von der Zwangsaussiedlung erfaßt werden sollten. Harrison (German Department) stellte fest, daß Großbritannien und Rußland sich schon auf das Prinzip des Transfers festgelegt hätten und nur noch die „Modalitäten" ausgearbeitet werden müßten. Da man aber Goebbels keine Propaganda-Munition liefern wolle und eine eventuelle öffentliche Erklärung zumindest mit den Russen und Amerikanern abzusprechen sei, mußte Richard Law eine ausweichende Antwort geben.[104] Als der ‚Daily Telegraph' eine Meldung brachte, daß die Alliierten den Plan der tschechoslowakischen Exilregierung gutgeheißen hätten, ungefähr zwei Millionen Sudetendeutsche zu vertreiben, protestierte der ‚National Peace Council', dem Sorensen angehörte.[105]

Die Entwicklung der britischen Position zu den Aussiedlungsplänen nach der Vorlage des Abschlußberichts

Während Oberstleutnant Arthur (War Office) aus dem Entwurf des Abschlußberichts eine positive Stellungnahme des Komitees zum Transfer

[103] House of Lords Debates vom 8.3.1944 mit Vermerken des Foreign Office. FO 371/39091, C31847220/18.

[104] Vermerk Harrisons vom 10. und parlamentarische Anfrage vom 11.10.1944. FO 371/38923, C13982/63/12.

[105] FO 371/38923, C17898/63/12.

herauslas[106], verfolgte dieser nach Meinung des Komitee-Vorsitzenden Troutbeck den Zweck, der Regierung zu zeigen, „daß Transfers von Millionen, zu denen Polen und Tschechen (mit voller russischer Unterstützung) so freudig drängen, ein sehr großes Vorhaben sind und weitreichende Folgen haben dürften, die in Rechnung gestellt werden sollten, bevor wir uns auf diese Angelegenheit einlassen".[107] Roberts ergänzte, daß er immer bezweifelt habe, ob ein „geordneter" Transfer in der Größenordnung möglich sei, wie ihn Polen und Tschechen anstrebten. Die bisher größte Deportation sei wohl diejenige aus Ostpolen nach Sibirien in den Jahren 1939/40 gewesen, doch sei es selbst den Russen nur gelungen, den kleineren Teil der Polen zu verpflanzen. Vorläufig sollte die britische Regierung ihre Bedenken gegenüber Russen, Polen und Tschechen nicht äußern. „Our motives could only be suspect and we shall be in a far better position to present our point of view when this question becomes an immediate practical issue."[108] Und Harvey, damals stellvertretender Staatssekretär im Foreign Office, meinte, daß die tschechoslowakischen Ansprüche bescheiden seien gegenüber den polnischen; diese würden anti-polnische und pro-deutsche Gefühle in Großbritannien und den USA wecken. Wegen ihrer führenden Rolle bei der Durchführung und wegen ihres Anspruchs auf Königsberg müßten die Russen das Odium der Vertreibung teilen. In Zukunft werde es den Polen schwer fallen, die Westmächte und Rußland, wie üblich, gegeneinander auszuspielen.[109] Sargent schloß aus dem Abschlußbericht:

> I suspect that those wholesale transfers of population will only be feasible (1) if carried out by the Russians, who will be prepared to act ruthlessly and will not be tied down by any agreed rules and regulations; and (2) if the Germans are removed to Siberia, where they will be forgotten, and not packed into an already overcrowded Germany, where they will be able to maintain a continual agitation to be returned to their native lands.[110]

Eden gab die Weisung, den Abschlußbericht dem ‚Armistice and Post-War Committee' zu senden und schloß in einem internen Vermerk: „My own policy wd. be such: I wd. lay it down that there shd. be no national minorities in Europe; anyone who disliked the idea of staying in his own home on such conditions, wd. [would] have to clear out. Apart from that no transfer of populations."[111] Dementsprechend enthielt das

106 War Office (Arthur) an Troutbeck am 26.4.1944. FO 371/39092, C5547/220/18.
107 Vermerk Troutbecks vom 16.5.1944. FO 371/39092, C6391/220/18.
108 Vermerk von Roberts vom 17.5.1944. *Ebenda.*
109 Vermerk Harveys vom 19.5.1944. *Ebenda.*
110 Vermerk Sargents vom 30.5.1944. *Ebenda.*
111 Vermerk Edens vom 9.6.1944. *Ebenda.*

Anschreiben des Staatsministers im Foreign Office Richard Law folgenden Satz: „The Report brings out clearly the possible dimensions of the problem, and the very grave difficulties which would attend efforts to solve it on lines often approved in general public discussion of post-war questions“.[112] Wegen seiner „allgemeinen Tendenz, die Schwierigkeiten von Transfers zu betonen“, lehnte das Foreign Office die Weitergabe des Abschlußberichts an die US-Regierung ab. Falls das britische Kabinett dem Transfer dennoch zustimmen sollte, wollte das Ministerium seinem amerikanischen Gegenüber keine Gegenargumente geliefert haben.[113]

Wie aus einem späteren Vermerk hervorgeht, hielt das ‚Armistice and Post-War-Committee‘ den Abschlußbericht für „zu weich [tender] gegenüber deutschen Interessen“.[114] Während einer Sitzung des ‚Armistice and Post-War-Committee‘ warf Arbeitsminister Bevin ein, daß drei Millionen Familien mit genügend Land versorgt werden könnten, wenn man die großen Güter parzelliere, die die Basis des preußischen Militarismus gebildet hätten. Lord Cranborne antwortete – die Sitzung fand am 20. Juli 1944 statt –, daß sich unter den Gutsbesitzern viele befinden könnten, „die in heftiger Opposition zum Nazi-Regime stehen“. Nach Kriegsminister James Griggs Meinung sollte die britische Regierung keinerlei Initiative in der Frage des Transfers ergreifen, da die Russen wahrscheinlich die „Hauptarbeit der Bevölkerungsverschiebung erledigen“ würden (do most of moving population). Er bezeichnete einige Feststellungen des Berichts als „viel zu milde“. Diese Äußerung stellte Troutbeck den früheren Warnungen des ‚Directors of Military Intelligence‘ und des ‚Directors of Military Operations‘ desselben Ministeriums vor weitgehenden Annexionen und Bevölkerungsverschiebungen gegenüber.[115] Entgegen seiner kurz zuvor zitierten Notiz erklärte Eden im ‚Armistice and Post-War-Committee‘, Regierungspolitik sei, daß „alle Deutschen zurück nach Deutschland gehen sollten“. Das Komitee empfahl dem Foreign Office, den Abschlußbericht im Zusammenhang der ausstehenden Gutachten zur Teilung Deutschlands zu überprüfen. Außerdem sollte das Foreign Office nochmals die Frage der Parzellie-

112 Memorandum Laws für Armistice and Post-War Committee vom 26.6.1944. *Ebenda*, C8654.

113 Central Department an die Britische Botschaft in Washington am 27.6.1944. *Ebenda*, C7985.

114 Memorandum des Foreign Office (Ward): „Policy with Regard to Protection of Minorities after the War“ vom 8.3.1945. FO 371/50843, C1578/1578/70.

115 Vermerk Troutbecks vom 26.7.1944. FO 371/39092, C9721/220/18. — Siehe S. 232f.

rung des Großgrundbesitzes untersuchen und das Gutachten anschließend dem britischen Vertreter in der ‚European Advisory Commission' als „Information und Richtlinie" zu schicken.[116] Radice und das Foreign Office bereiteten eine Antwort auf Bevins Einwand vor, die erst am 4. Oktober 1944 vorlag. In Deutschland ohne Ostpreußen, Oberschlesien und einen Teil Pommerns entfielen rund 2–2,5 Millionen Hektar auf private Güter mit mehr als 100 Hektar. Parzelliere man sie in 40-Hektar-Wirtschaften, könnten diese nur rund 60 000 Familien ernähren, wobei Radice noch davon ausging, daß die Landarbeiter der Gutsbesitzer Arbeit bei den Kleinbauern finden könnten. Nach rund zehn Jahren landwirtschaftlicher Meliorationsmaßnahmen könne man die Wirtschaften halbieren und nochmals die gleiche Zahl von Siedlern unterbringen.[117] Unter dem Eindruck des Morgenthau-Plans ging das Foreign Office zwei Monate später in einem neuen Memorandum davon aus, daß die besseren Böden West- und Süddeutschlands in 20-Hektar-Einheiten aufgeteilt werden könnten, und errechnete, daß 110 000 Bauernfamilien auf den Parzellen angesiedelt werden könnten. Verliere Deutschland allerdings alle Gebiete östlich der Oder, sinke die Zahl auf 82 000 Familien.[118]

Bevins Äußerungen entsprechen der Position, die die ‚Labour Party' für den Parteikongreß unter der Überschrift „The International Post-War Settlement" formuliert hatte, der ursprünglich im Mai oder Juni 1944 stattfinden sollte, dann aber erst im Dezember 1944 abgehalten wurde. Grenzen sollten ihren Charakter als wirtschaftliche und kulturelle Hindernisse verlieren.

> But ‚national minorities' in Central Europe, left outside the boundaries of their own nation, should be encouraged to rejoin it. In particular, all Germans left outside the post-War German frontiers, unless they are willing to become loyal subjects of the State in which they find themselves, claiming no special privileges, should go back to Germany. Indeed, they will be well advised to do so in their own interests, for, in the early post-War years at any rate, there will be a depth of hatred against Germans in the occupied countries, which it is impossible either for us or the Americans to realize. Germans in many of those areas may have to face the choice between migration and massacre.[119]

116 Protokoll des ‚Armistice and Post-War-Committee' vom 20.7.1944. FO 371/39092, C9721/220/ 18. — Siehe auch *Tyrell:* Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 389.

117 Memorandum von Radice vom 4.10.1944. FO 371/39092, C13419/220/18.

118 Memorandum Laws für das ‚Armistice and Post-War Committee' vom 15.12.1944. *Ebenda*, C17772. — Siehe auch *Tyrell:* Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 390.

119 Anmerkung 1 zu ČSNO Nr. 142.

Mabbott hatte am 7. Juli 1944 dem Foreign Office ein Memorandum über „Germany's Eastern Frontiers" übergeben, in dem er die Frage der deutschen Ostgrenze unter strategischen Aspekten diskutierte. Alle betroffenen Abteilungen des Foreign Office nahmen Stellung, und Mabbott ging auf ihre Vorschläge ein, so daß die endgültige Version vom 20. November 1944 als deren gemeinsames Memorandum anzusehen ist. Unter der Überschrift „Minimum Alterations" behandelte Mabbott nochmals die Gründe für die Abtretung Ostpreußens, Danzigs, Deutsch-Oberschlesiens und des Sudetenlandes, „über deren Schicksal kaum Zweifel bestehen".[120] Solange Deutschland Ostpreußen besitze, könne es sowohl Warschau von zwei Seiten als auch den polnischen Zugang zum Meer bedrohen. In diesem Fall sei auch eine Neuauflage des deutschen Kampfes gegen den „polnischen Korridor" zu befürchten. Selbst wenn man das Abstimmungsergebnis zugunsten Deutschlands wegen der Lage im Jahre 1920 in Zweifel ziehe, stellten Polen höchstens ein Viertel der Bevölkerung Ostpreußens. Im Vergleich zu anderen Agrargebieten des Deutschen Reichs sei Ostpreußen arm gewesen, während die Produktivität seiner Landwirtschaft über dem polnischen Durchschnitt gelegen habe. Vor allem die Polen des Wilna-Gebiets fänden hier vertraute Bedingungen vor. Obwohl Danzig eine rein deutsche Stadt und seine gewerbliche Bevölkerung durch Polen nur schwer zu ersetzen sei, sah Mabbott keine Alternative zur Abtretung Danzigs an Polen und zur Aussiedlung seiner Bevölkerung. Der Freistadt-Status habe sich nicht bewährt. Durch die Abtrennung des Sudetenlandes sowie Deutsch-Oberschlesiens werde das deutsche Kriegspotential vermindert. Zudem spreche dessen ländliche Bevölkerung überwiegend Polnisch. Unter der Überschrift „Possible Minor Adjustments" brachte Mabbott die Argumente für eine Verkürzung des pommerschen und des schlesischen „Keils" in polnisches Gebiet durch die Abtretung des Kreises Lauenburg und des gesamten Regierungsbezirks Oppeln, wobei weitere 65000 bzw. 235000 Deutsche ausgesiedelt werden müßten. Mabbott ging auch auf Benešs damalige Überlegungen über einen Gebietsaustausch verschiedener Landzipfel gegen das Glatzer Becken ein, wie sie Beneš in einer Rundfunkansprache vom Juni 1944 geäußert hatte. Schließlich untersuchte Mabbott die Vorschläge für „Further Frontier Adjustments". Zu diesen eventuellen Veränderungen gehörten die Reduzierung des pommerschen „Keils" entsprechend der „blauen Linie"[121], wie sie das ‚Post-Hostilities Planning Staff Committee' empfohlen hatte, oder entlang

[120] Vermerk Mabbotts vom 7.7.1944. FO 371/39139, C9093/2750/18.
[121] Siehe S. 336.

der „grünen Linie"[122] weiter östlich. Sodann wies Mabbott auf die Erklärungen Stalins und des Lubliner Komitees betreffend einer Westverschiebung Polens bis zur Oder oder gar bis zur Oder und westlichen Neiße hin. Die Sowjetunion könnte diese Ansprüche unterstützen,

because they would weaken Germany to the greatest possible extent on the east and would be likely to embroil Poland so deeply with Germany as to make impossible any future Polish-German rapprochement, directed against the Soviet Union, for support.[123]

Bei einer Annexion Ostpreußens, Danzigs und Oberschlesiens und einer Grenzziehung in Pommern entlang entsprechend dem Vorschlag des ‚Post-Hostilities Planning Staff' (blaue Linie) erhielte Polen für den Verlust der Ostgebiete mit rund vier Millionen Polen im Jahre 1931 deutsches Land mit einer vergleichbaren Einwohnerzahl, mit der Grenze an der Oder und westlichen Neiße jedoch zusätzlich ein Territorium mit drei Millionen Einwohnern. Es sei unwahrscheinlich, daß Rumpfdeutschland diese zusätzlichen Vertriebenen verkraften könne.

There is evidence that the more reasonable Poles in London would not wish to claim any such extensive additions of territory. But, unless they receive support from the Western Allies in reducing the proposed annexations, it is unlikely that their wishes would count against the united intentions of the Soviet Government and the Polish Committee of National Liberation. [...] a principal argument for opposing any annexations west of the red line on the map is that it is very improbable that British and American opinion could be convinced of their wisdom and justice. A revival of revisionism in Germany in connection with her eastern frontiers might thus meet a degree of sympathy in these quarters which would be strong enough to drive a wedge between the western Powers and the U.S.S.R. This argument, which has considerable weight even in connection with the blue and green lines on the map, would clearly have increased force if the Oder frontier were in question and greater force still if this frontier were prolonged along the western Neisse.

Wie vom Foreign Office erwartet, stimmte der ‚Post-Hostilities Planning Staff' Mabbotts strategischen Argumenten im allgemeinen zu, betonte jedoch, „daß moderne Entwicklungen des Krieges das Gewicht verringert haben, das rein strategischen Faktoren beizumessen ist, wenn künftige Grenzen erwogen werden."[124]

122 Siehe S. 257.

123 Memorandum des ‚Foreign Office Research Department' (J. B. Mabbott) vom 7.7. bzw. 20.11.1944 mit zahlreichen Vermerken vom 19.7.–20.11.1944. FO 371/39139, C9093/2750/18.

124 ‚Foreign Office Research Department' (Mabbott) vom 20.11.1944 und ‚Post-Hostilities Planning Staff Comment' vom 13.11.1944. FO 371/39139, C9093/2750/18.

Ende November 1944 legte das ‚Foreign Office Research Department' dem Foreign Office ein neues Gutachten zum „Transfer of Minorities" vor, in dem Mabbott die Gründe für und wider den Bevölkerungstransfer diskutierte. Tatsächlich hätten deutsche Minderheiten als ‚Fünfte Kolonnen' gearbeitet, doch bildeten deren Spionage und Sabotage nur einen sehr kleinen Teil der reichsdeutschen Aggression. Bei manchen Minderheiten handle es sich um Relikte einer Fremdherrschaft, doch besäßen deren Angehörige oft Spezialkenntnisse, über die die Mehrheitsvölker nicht verfügten. Die Verschärfung mancher nationaler Gegensätze durch den Krieg sei ein starkes Argument für, ihr möglicher Vorbildcharakter für Völker in Asien und Afrika gegen den Transfer. Die angebliche Unterdrückung und die Befreiung von Minderheiten habe meist nur den Vorwand für Irredentismus und Kriege gebildet, wie der Vergleich der unterschiedlichen Politik Hitler-Deutschlands gegenüber der Tschechoslowakei, die die deutsche Minderheit am besten, und Italien, das sie am schlechtesten behandelt habe, zeige. Vor allem aber werde der Irredentismus durch die Anwesenheit von Vertriebenen im Aufnahmestaat wachsen.

> A very grave responsibility thus rests on those who sanction transfers in connection with a frontier settlement, namely to see that the frontier settlement is permanently maintained. They ought, in the interests both of the peoples concerned and of their own peoples, not to take the first step unless they are satisfied of their willingness and ability to take the second.

Das stärkste Argument gegen den Transfer seien die unvermeidlichen Leiden der in vielen Fällen unschuldigen Zwangsumsiedler. Für den Transfer könne jedoch eine erwartete Verfolgung in der alten Heimat sprechen. O'Neill kommentierte, daß Mabbotts Gutachten zu spät für die Diskussion über die Aussiedlung der Deutschen und zu früh für die Erörterung anderer Minderheitenfragen komme. Das Gutachten des Transfer-Komitees habe die Frage der Aussiedlung deutscher Minderheiten von der akademischen auf eine mehr praktische Ebene geführt, während die übrigen Minderheitenfragen wahrscheinlich erst auf der Friedenskonferenz behandelt würden. Dennoch sollten die Gutachten des Transfer-Komitees und des ‚Foreign Office Research Department' den britischen Vertretern in den Kontrollkommissionen für Deutschland bzw. Österreich zur Verfügung gestellt werden.[125]

Das ‚Armistice and Post-War Committee' konnte keine Entscheidung über den Abschlußbericht fällen, da es bis Ende Januar 1945 zu

125 Memorandum Mabbotts vom 30.11.1944. FO 371/39012, C17689/184/62 mit Vermerken O'Neills und anderen vom 24.12.1944ff.

keinen Beschlüssen über die übrigen Fragen der Behandlung Deutschlands nach dem Kriege gekommen war.[126] Dennoch wollte die britische Regierung auf der Konferenz von Jalta vorschlagen, die ‚European Advisory Commission' mit der Frage der Bevölkerungstransfers zu befassen.[127]

Die Weiterentwicklung der amerikanischen Position zu den Annexions- und Vertreibungsplänen

Wie ich im Zusammenhang mit Sikorskis und Benešs USA-Reisen gezeigt habe[128], waren die Planungsgremien des State Department ursprünglich von der Atlantik-Charta und dem Prinzip „möglichst geringer Grenzkorrekturen" ausgegangen, hatten diese Positionen aber Ende 1942 bis August 1943 zunehmend verlassen. Ostpreußen, Danzig, ein Teil Oberschlesiens könnten von Deutschland abgetrennt werden. Die Sudetengebiete seien an die Tschechoslowakei mit Ausnahme von sechs Landzipfeln zurückzugeben. Das ‚alte' System der Minderheitenverträge und Plebiszite hatte nach Meinung der Planer in der Zwischenkriegszeit versagt und die Stabilisierung der internationalen Beziehungen verhindert. Wo Grenzkorrekturen als notwendig erachtet würden, sollten sie deshalb mit einem geordneten, international überwachten Bevölkerungstransfer verbunden werden.[129] Am 5. Oktober 1943 meinte Roosevelt: Die neuen deutschen Staaten dürften kein Militär und keine Rüstungsindustrie besitzen, Ostpreußen solle von Deutschland abgeteilt werden „und alle gefährlichen Elemente der Bevölkerung sind gewaltsam zu entfernen".[130] In bezug auf die Westgrenze Polens kam das State Department am 31. Mai 1944 zu dem Schluß, daß die amerikanische Regierung der Annexion Ostpreußens, Danzigs und Deutsch-Oberschlesiens nicht widersprechen, doch zur Angliederung weiterer deutscher Gebiete jenseits der Oder nicht ermutigen sollte. Vor Jalta plädierte das State Department darüber hinaus für die Abtretung eines Teils von Hinterpommern an Polen.[131]

126 Vermerk Troutbecks vom 25.1.1945. FO 371/47085, C729/207/12.
127 Foreign Office an Halifax am 27.1.1945. FO 371/47085, C729/207/12.
128 Siehe S. 196f., 221f.
129 *Pautsch:* Die territoriale Deutschlandplanung 240.
130 *Ebenda* 300f.
131 *Kettenacker:* Krieg zur Friedenssicherung 467. — *Tyrell:* Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 276f. — Zu Masaryk sagte Roosevelt:

Das amerikanische ‚Committee on Post-War Programs' sprach sich am 18. Juli 1944 dafür aus, unmittelbar nach dem Kriege die Tschechoslowakei in den Vormünchener Grenzen wiederherzustellen. Allerdings sollten die USA für die Übertragung der „Großen Schütt-Insel" zwischen Preßburg und Komorn und sowie weiterer magyarisch besiedelter Grenzgebiete an Ungarn eintreten, entweder auf der Basis von Verhandlungen zwischen den beiden Staaten oder durch „geeignete internationale Prozeduren". Die US-Regierung verfolge die Transfer-Pläne der tschechoslowakischen Regierung „mit Interesse". Falls der Transfer gewisser Minderheiten aus der Tschechoslowakei beschlossen werde, sollten die Vereinigten Staaten „ihren Einfluß nützen, daß solche Transfers in ordentlicher Weise, über einen gewissen Zeitraum verteilt und unter internationalen Auspizien durchgeführt werden".[132] Wie aus einer Notiz der zuständigen ‚Division of Central European Affairs' des State Department hervorgeht, beriet damals das ‚Post-War Policy Committee' über den tschechoslowakischen Wunsch, zwei Millionen Sudetendeutsche zu vertreiben, und bereitete das State Department eine Antwortnote an die tschechoslowakische Regierung vor, in der es „Sympathie mit der tschechoslowakischen Besorgnis wegen der Sudetendeutschen" aussprechen wollte.[133] Im ‚Committee on Post-War Programms' der ‚European Advisory Commission' waren sich die amerikanischen mit den britischen Vertretern am 5. August 1944 einig, daß die deutschen Minderheiten in den ostmitteleuropäischen Staaten „eine Vorhut der nationalsozialistischen Durchdringung" gewesen seien und „ihr Transfer nach Deutschland wahrscheinlich zur Stabilität [tranquility] der betreffenden Länder beitragen" werde.[134]

Die Majskij- und Litvinov-Kommissionen zu Annexionen und Vertreibung

Auf sowjetischer Seite waren die Planungen bis Mitte 1943 nicht vorangekommen. Eine ‚Kommission zur Vorbereitung diplomatischer Mate-

„Wir haben uns mit Stalin geeinigt, den Polen eine angemessene Kompensation in Deutschland zu geben. Wenn nötig, können sie bis zur Oder gehen." Vermerk Masaryks vom 4.2.1944. Československo-sovětské vztahy, Bd. 2, Nr. 76.

132 *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 178, zitiert FRUS 1945, Bd. IV/1, 433.

133 Memorandum der ‚Division of Central European Affairs' vom 11.1.1945. FRUS 1945, Bd. IV/1, 420-422.

134 *Schraut:* Flüchtlingsaufnahme 36.

rialien' (Kommissija po podgotovke diplomatičeskich materialov), die am 28. Januar 1942 eingerichtet worden war, hatte keine Vorlagen geliefert. Jakov Zacharovič Suric, ehemaliger Botschafter in Paris, hatte im Juni 1943 nur eine Liste der Probleme geliefert. Ende Juli 1943 wurde schließlich der aus Washington abberufene Botschafter Litvinov beauftragt, einen Vorschlag über die Zusammensetzung und die Aufgaben einer neuen Kommission zu unterbreiten. Entsprechend seinem Konzept setzte das Politbüro am 4. September 1943 beim Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten eine ‚Kommission für die Fragen der Friedensverträge und Nachkriegsordnung' unter Litvinovs Vorsitz ein. Gleichzeitig schuf die Regierung eine weitere ‚Kommission für Fragen des Waffenstillstands' unter dem Vorsitz Marschall Vorošilovs. Ende September wurden 1943 die beiden Kommissionen gebeten, ihre Arbeit so zu beschleunigen, daß ihre Vorschläge zur geplanten Moskauer Außenministerkonferenz vorlägen.[135] Nach der Litvinov- und der Vorošilov-Kommission wurde noch eine ‚Kommission für die Kompensation der Verluste, die Hitler-Deutschland und seine Alliierten der Sowjetunion zugefügt haben' (auch ‚Reparationskommission') unter dem Vorsitz von Ivan Majskij gebildet.[136]

Dekanosov, Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten, schrieb am 3. Oktober 1943: Die sowjetische Regierung müsse einerseits auf der Curzon-Linie bestehen, solle sich aber andererseits in bezug auf die übrigen Grenzen Polens, insbesondere auf die Annexion Ostpreußens, nicht festlegen, solange sie befürchte, daß ein solchermaßen erweitertes Polen der Sowjetunion gegenüber feindlich eingestellt sei.[137] Und Litvinov riet Molotov am 9. Oktober, auf der Konferenz die „Initiative für jene extremen Maßnahmen, die gegenüber Deutschland zu ergreifen sind", den Anglo-Amerikanern zu überlassen. Da Polen selbst nach einem Anschluß Ostpreußens, Danzigs und Oppeln-Schlesiens und nach gleichzeitigem Verlust der Ostgebiete ein klei-

135 Der ersten Kommission gehörten an: M. M. Litvinov (Vorsitz), S. A. Lozovskij, S. Ja. Suric, B. E. Štejn als Mitglieder, M. M. Junin (später ersetzt durch G. F. Saksin) als Sekretär; dazu kamen noch der ehemalige Komintern-Funktionär D. Z. Manuil'skij und der Historiker E. V. Tarle. In der zweiten Kommission saßen neben K. E. Vorošilov (Vorsitz) die Generäle B. M. Šapošnikov (Stellvertreter), A. A. Ignat'ev, M. R. Galaktionov sowie vom Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten I. M. Majskij, V. P. Potemkin, S. B. Krylov sowie S. T. Bazarov (Sekretär). *Kynin:* Germanskij vopros 103-105. — *Filitov:* Problems of Post-War Construction 4.

136 Siehe S. 271 f.

137 Aufzeichnung (Dekanosov): „Zur bevorstehenden Sitzung der Außenminister in Moskau" vom 3.10.1943. SSSR i germanskij vopros Nr. 59.

neres Territorium (241 : 389 000 qkm) und eine geringe Bevölkerungszahl (25,6 : 34,2 Millionen) haben werde, sei zu erwarten, daß

> Polen nicht aufhören wird zu klagen und zu grummeln und sich um eine Ausdehnung nach Osten zu bemühen, und je stärker es im Westen wird, umso mehr erhöht sich das Gewicht seines Grummelns. Hinzuzufügen ist, daß wir mit der Übertragung auch nur Ostpreußens an Polen die gemeinsame Grenze mit irgendeinem Teil Deutschlands verlieren und daß auf unserer Nordroute zu den westlichen Staaten das uns feindliche Polen liegt.

Ob nun Ostpreußen ein Pufferstaat oder an Polen angeschlossen werde, die Sowjetunion müsse den Anspruch auf das Memelgebiet und das nordöstliche Ostpreußen erheben.[138] Wenn die Anglo-Amerikaner konkrete Vorschläge für die Behandlung Deutschlands vorlegten, könne die sowjetische Delegation die Abtrennung Ostpreußens und Schlesiens von Deutschland „für zulässig erachten".[139] Offensichtlich waren Litvinov und Majskij damals nicht davon überzeugt, daß Polen so weit nach Westen ausgedehnt werden sollte, wie dies Stalin schon in Teheran verlangt hatte. Am 11. Januar 1944 legte auch Majskij eine Denkschrift zu den sowjetischen Kriegszielen vor. Polen solle nicht „zu groß und zu stark" werden.

> In der Vergangenheit war Polen immer Rußlands Feind: Wird ein künftiges Polen ein treuer Freund der UdSSR sein? [...] Niemand kann dies mit Sicherheit beantworten [...] [Wir müssen] Nachkriegspolen sehr sorgfältig in möglichst engen Grenzen unter Beachtung des Prinzips der Ethnizität bilden. [Im Osten] die Grenze von 1941 oder etwas ähnliches (z. B. die Curzon-Linie, obwohl Lemberg und Wilna innerhalb der UdSSR bleiben müssen). Im Westen kann ganz Ostpreußen (oder vielleicht sein größerer Teil), plus ein Teil von Schlesien zu Polen kommen, aber mit der Ansiedlung der deutschen Bewohner andernorts.[140]

Wegen der negativen Einstellung der Polen zur Sowjetunion und der positiven Haltung der Tschechen solle, schrieb Majskij, die sowjetische Regierung im Streit um Teschen die tschechoslowakische Restitutionsforderung unterstützen.[141] Die Litvinov-Kommission hatte ihren Entwurf eines Memorandums über die „Behandlung Deutschlands" am 9. März 1944 fertiggestellt. Der schnelle Wiederaufstieg und die erneute Aggression Deutschlands hätten gezeigt, schrieb Litvinov, daß die Friedensbedingungen nach dem Ersten Weltkrieg nicht radikal genug gewe-

138 Litvinov an Molotov am 9.10.1943. SSSR a germanskij vopros Nr. 63.

139 Weitere Aussagen betreffen die mögliche Abtrennung Passaus und Berchtesgadens, Schleswig-Holsteins und des Saargebiets, die Selbständigkeit Österreichs und Reparationen. *Kynin:* Germanskij vopros 109.

140 *Filatov:* Problems of Post-War Construction 9.

141 *Volokitina:* Pol'sko-čechoslovackij pograničnyj konflikt 119.

sen seien. Deshalb müsse Deutschland in einzelne Staaten aufgegliedert werden. Dabei komme es vor allem darauf an, Preußen zu schwächen, den aggressivsten und militaristischen deutschen Staat. Von diesem seien das Saarland, das Rheinland und das Ruhrgebiet im Westen und Ostpreußen und Oberschlesien im Osten abzutrennen. Mit der Übergabe Ostpreußens an Polen bekomme Polen einen breiten Zugang zum Meer. Erneut einen Korridor zu schaffen würde bedeuten, den erkannten Fehler von Versailles zu wiederholen. Ohne Oberschlesien bleibe Polen ein Agrarstaat. Polen dürfe aber Ostpreußen und den größten Teil Oberschlesiens nur bekommen, wenn es „gutnachbarliche und freundschaftliche Beziehungen zur UdSSR“ unterhalte. „Die Stärkung eines Sowjetunion-feindlichen Polens [...] darf nicht zugelassen werden.“ Ein Teil Oberschlesiens solle ohne Rücksicht auf die zu erwartenden polnischen Proteste der Tschechoslowakei angegliedert werden, das Memelgebiet und ein Teil Ostpreußens einschließlich Königsbergs an Sowjet-Litauen angeschlossen werden.[142] In der Diskussion über den Entwurf forderte Manuil'skij eine weitere Aufgliederung Preußens. Verbinde es sich mit Polen, könne es zu einer Gefahr für die Sowjetunion werden. Litvinov antwortete, daß Preußen durch die Gebietsverluste im Westen und Osten zu einem überwiegend agrarischen Staat würde und nach der Übergabe Ostpreußens und Schlesiens eine Zusammenarbeit zwischen Preußen und Polen schwer vorstellbar sei. Auch Lozovskij setzte „besondere Hoffnungen auf die Unvermeidlichkeit eines Kampfes zwischen Polen und Preußen“. Wenn Deutschland in ein Agrarland verwandelt werde, und zwar durch die Zerstörung der Großindustrie und die Konfiszierung der Großbetriebe als Reparationszahlung, spiele die Abtrennung von Gebieten keine große Rolle. Andererseits verwandle sich Polen durch den Gewinn Ostpreußens und Schlesiens in

> ein mächtiges Land, stärker als Preußen und gefährlich angesichts der polnischen antirussischen Tendenzen. [...] Liegt es in unserem Interesse, Polen so zu stärken, daß an unserer Westgrenze ein Land mit einer Bevölkerung von 40 Millionen und Großindustrie entsteht? Polen wird eine Barriere gegen uns bilden und eine Spitze, die sich durch die englische Politik gegen uns richtet.

Litvinov entgegnete, daß die Reparationsforderungen ohnehin zur Agrarisierung Deutschlands führen würden. Er selbst wäre ebenfalls dafür, Polen „maximal zu beschneiden“ (urezat'), doch zwinge die politische Lage der Sowjetunion eine „gewisse Stärkung Polens“ auf. Der Teil Schlesiens, den Polen diesmal bekommen solle, sei aber industriell weit weniger bedeutend als jener, den Polen nach dem Ersten Weltkrieg er-

142 Litvinov an Molotov am 9.3.1944. SSSR i germanskij vopros Nr. 91.

halten habe. Außerdem wies Litvinov darauf hin, daß im Memorandum die Westausdehnung Polens an eine „uns freundlich gesinnte Regierung“ gebunden werde.[143]

Die Aussiedlungs- und Vertreibungsplanung der tschechoslowakischen Regierung und die Großmächte

Dem Ministerrat berichtete Beneš am 10. Januar 1944, daß Stalin seine Zustimmung zur Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei gegeben habe. Außer geringfügigen Grenzkorrekturen habe die Tschechoslowakei keine territorialen Forderungen gegenüber Deutschland, habe er selbst erklärt. Stalin habe angedeutet, daß er mit der Aussiedlung einverstanden sei und keine Einwände gegen die Abtretung bestimmter Bezirke an Deutschland sowie die Annexion anderer deutscher Gebiete durch die Tschechoslowakei habe.[144] Beneš hielt auch deshalb an der Abtretung kleinerer Gebiete an Deutschland fest, weil Nichols ihm zur Vorsicht geraten hatte, da sich in der britischen Öffentlichkeit die Stimmen gegen den Transfer mehrten. In diesem Gespräch am 24. März 1944 behauptete Beneš, daß rund 1,5 Millionen Sudetendeutsche fliehen und rund 150 000 im Krieg umgekommen sein dürften. Etwa 500 000 Deutsche wolle er mit Land loswerden.[145]

Öffentlich erklärte im März 1944 der Kommunist Václav Nosek im Staatsrat, daß die gegenüber der Republik schuldigen Deutschen und Magyaren bestraft werden müßten, „einschließlich der Ausweisung aus der Republik und der Konfiszierung des Eigentums“, daß aber die Antifaschisten ein Bleiberecht erhielten. Seine Formulierung, daß diejenigen Deutschen, die nicht Hochverrat begangen hätten, sich zwischen Auswanderung und Dableiben entscheiden dürften, wurde durch den Zusatz entwertet, daß die Regierung das Recht habe, in jedem einzelnen Fall auch über deren Schicksal zu entscheiden. Am Ende dieser Säuberungsaktion, an der sich die deutschen und magyarischen Antifaschisten aktiv beteiligen sollten, stehe die Republik „als nationaler und slawi-

143 Protokoll der Litvinov-Kommission vom 14.3.1944. SSSR i germanskij vopros Nr. 92.

144 Edvard Beneš o jednání v Moskvě 331. — *Feierabend:* Beneš mezi Washingtonem a Moskvou 98.

145 *Feierabend:* Soumrak československé demokracie 45. — Nichols über eine Besprechung mit Beneš am 24.3.1944 an Roberts. FO 371/38931, C3949/239/12.

scher Staat".[146] In einer Rede vor Soldaten der in Großbritannien stationierten tschechoslowakischen Brigade behauptete Beneš, daß

unsere Deutschen im letzten Kriege nicht die geistige Revolution wie wir durchgemacht haben und im Pangermanismus steckengeblieben sind. Ich will nicht denen nahetreten, die schon während der Republik versöhnt und gewonnen werden konnten. Aber 70–80 Prozent unserer Deutschen haben diese Revolution nicht durchgeführt und die Idee der pangermanischen Konterrevolution und des Nazismus angenommen. [...] Bei unseren Deutschen darf sich das nicht wiederholen, darum vertrete ich den Standpunkt, daß alle Schuldigen weg müssen, und deren wird es Hunderttausende geben. Auf der Grundlage der Schuld wird man die Republik reinigen müssen, und das gilt für alle Bürger der Republik, Deutsche wie Tschechen und Slowaken. Es wäre undankbar, wenn wir die Deutschen zurückwiesen, die immer mit uns waren. Tatsache aber ist, daß nach dem Kriege die Republik nur ein Nationalstaat sein wird.[147]

Sogar gegen Benešs Äußerung, daß die loyalen Deutschen in der Nachkriegsrepublik bleiben dürften, protestierten verschiedene tschechische Widerstandsgruppen.[148] Daraufhin erläuterte Drtina am 16. Juli 1944 in einer Botschaft an die Widerstandsgruppen die Position Benešs:

Es ist heute nicht definitiv zu sagen, ob alle mehr als drei Millionen Deutschen auf der Basis irgendeiner internationalen Regelung abgeschoben werden können. Auf diesem Wege kann man vielleicht nur einen Teil loswerden, vielleicht maximal ungefähr zwei Millionen; deshalb können wir nicht auf eine internationale Lösung vertrauen und abwarten. Nötig ist, daß wir vieles selbst in den ersten Tagen der Befreiung erledigen, damit alle schuldigen Nazis aus Angst vor der Bürgerrevolte gegen sie so weit wie möglich von uns fliehen und möglichst viele von jenen, die sich als Nazis wehren und Widerstand leisten werden, während der Revolution erschlagen werden.

So schnell wie möglich seien jene Landstriche an der Grenze zu besetzen und „zu säubern", in denen das tschechische Element stets am stärksten vertreten gewesen sei und bis zur Grenze gereicht habe,

z. B. der Böhmerwald, südöstlich vom Chodenland, die Gebiete um Neuhaus [Jindřichohradecko], um Znaim [Znojemsko], das Thaya-Tal und im Norden besonders das Duxer Braunkohlebecken, wo das tschechische Element praktisch schon vor dem Krieg in der Überzahl war, weiter das Gebiet um Starkenbach [Jilemnicko], das böhmische Riesengebirge überhaupt, die deutsche Insel Reichenberg und schließlich das Hohenstädter Gebiet [Zábřežsko] und die Umgebung des Schneebergs.

146 Rede Noseks vor dem Staatsrat am 23.3.1944. CK Nr. 13.

147 Abgedruckt in: Einheit vom 8.4.1944.

148 Zpráva z domova [Bericht aus der Heimat] (eingegangen am 10.7.1944). ČSNO Nr. 135. Siehe auch Anmerkung 1 zu diesem Dokument.

Über die Zukunft der Deutschen, die sich im Ausland auf die Seite der Tschechen gestellt hätten und jener, die sich am Umsturz beteiligen und die Idee des Nationalstaats akzeptieren würden, müßten sich Beneš und die Regierung in London zurückhaltend äußern. „Natürlich werden wir uns jedoch bemühen, diese Frage so umfassend wie möglich zu lösen und werden die Heimat sowie jene, die unter den Deutschen gelitten haben, das entscheidende Wort sprechen."[149] Diese Äußerung zeigt, daß Beneš schon damals nicht sicher war, ob er die Versprechen an die Kollaborateure in der ‚Sudetendeutschen Einheitsfront' einhalten könne! Weitere Nachrichten aus der Heimat bestätigten die Forderung nach der radikalen Vertreibung der Deutschen. In einer Depesche der damals größten Widerstandsorganisation ‚Rat der Drei' (Rada Tří) hieß es sogar: „Wir werden die Rückkehr der Deutschen einschließlich der Juden nicht dulden."[150] Nach Unterredungen mit mehreren illegalen Gruppen versprach ein Berichterstatter aus Prag entsprechend der von Drtina übersandten Botschaft „alles vorzubereiten, die aufgespeicherten und zudem natürlichen Racheinstinkte der Massen in diese Richtung zu lenken".[151]

Die ‚European Advisory Commission' der drei Großmächte bat Ende Juli 1944[152] die alliierten Regierungen um Vorschläge zu den Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland auferlegt werden sollten. Die neun Exilregierungen hatten sich in einem ‚Comité Interallié pour l'Étude de l'Armistice' am 10. Mai 1944 auf eine Reihe gemeinsamer Forderungen geeinigt. Die tschechoslowakische Regierung präzisierte diese allgemeinen Grundsätze in einem Aide-mémoire vom 24. August 1944. Deutschland müsse schon beim Waffenstillstand gezwungen werden, die Nichtigkeit des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 und des Wiener Schiedsspruchs vom 2. November 1938 sowie aller Akte zur Angliederung tschechoslowakischer Gebiete anzuerkennen ebenso wie die „Souveränität der Tschechoslowakischen Republik über ihr Territorium innerhalb der Grenzen vor dem 29. September 1938". In der Waffenstillstandsurkunde solle darauf hingewiesen werden, daß sich die Tschechoslowakei mit Deutschland seit dem 17. September 1938 im Krieg befinde. Denn an diesem Tag habe der deutsche Rund-

149 Botschaft Drtinas an die Widerstandsgruppen in der Heimat vom 16.7.1944. SNP-D Nr. 99, 242f., und Edvard Beneš: Vzkazy do vlasti, Nr. 83 (180-189).

150 ‚Rada Tří' (Rat der Drei) an Beneš am 23.8., weiterer Bericht aus der Heimat vom 17.8.1944. ČSNO Nr. 137f.

151 Nachricht aus der Heimat, übersandt von Doz. V. Tůma vom 1.9.1944. ČSNO Nr. 140.

152 Masaryk an Beneš am 27.7.1944. AÚTGM, 40, XV/8.

funk die Schaffung des ‚Sudetendeutschen Freikorps' bekanntgegeben, das Einfälle in die Tschechoslowakei unternommen habe und von tschechoslowakischen Einheiten bekämpft worden sei. Diesen Ausweg wählte die Exilregierung, um nicht das französisch-britische Ultimatum vom Abend desselben Tages als Kriegsbeginn definieren zu müssen. Mit Ungarn befinde sich die Tschechoslowakei seit dem 7. Oktober 1938 im Kriegszustand, d. h. seit dem Tag der ungarischen Angriffe auf Komorn. Als der britische Botschafter Nichols es für sehr unwahrscheinlich erklärte, daß seine Regierung diese Daten als den Beginn des Kriegszustands akzeptieren werde, antwortete Beneš, daß zwar einige Minister großen Wert auf diese Daten legten, er selbst sich aber auch mit dem 14. und 15. März 1939 zufriedengeben könnte.[153] Deutschland bzw. Ungarn seien ferner folgende Verpflichtungen aufzuerlegen:

a) Those Germans (and Magyars) who have possessed Czechoslovak citizenship and will be deprived of it or migrate to Germany (Hungary) will be recognised by Germany (Hungary) as her citizens and admitted to her territory [...] b) Germany (Hungary) will attend to these persons from the moment when they reach her frontiers and to their final settlement upon her territory, and for this purpose will make all necessary arrangements of a legislative and administrative character, including the provision of the necessary land; c) She will cash for these persons the vouchers issued to them by the Czechoslovak State for the property which they have left in Czechoslovakia [...].[154]

Beneš kündigte Nichols am 7. September 1944 die Übergabe eines Memorandums über den Transfer an, in dem er einen Unterschied zwischen der „Vertreibung" (expulsion) von Sudetendeutschen aufgrund ihrer Schuld und dem „organisierten Transfer" weiterer Deutscher machen wollte, die sich zwar nicht schuldig gemacht hätten, aber wegen ihrer großdeutschen bzw. nationalsozialistischen Überzeugungen keine guten tschechoslowakischen Staatsbürger abgeben würden. Nichols äußerte Zweifel, ob die britische und amerikanische Öffentlichkeit Verständnis für eine solche Unterscheidung zeigen werde. Beneš kündigte an, daß er Jaroslav Císař, den Leiter der ‚Studienabteilung' des Außenministeriums, mit dem Entwurf des Memorandums zu inoffiziellen Beratungen zu Nichols schicken werde.[155]

153 Das Foreign Office bestätigte Nichols' Aussage. Roberts an Nichols am 11.11. 1944. FO 371/38946, C14963/1347/12.

154 Masaryk an Winant am 24.8. und Nichols an Harrison am 7.9.1944. FO 371/ 38945, C12537/1347/12. — Entwurf eines Memorandums der Exilregierung vom 13.10.1944. ČSNO Nr. 146.

155 Memorandum (Entwurf, mit Anschreiben von Nichols vom 12.9.1944). FO 371/38945, C12895/1347/12.

Schon für die erste Sitzung der Transfer-Kommission der Exilregierung von Ende Mai 1944 hatte Císař ein Memorandum über „Die Lösung der Minderheitenfragen in der ČSR" vorbereitet. Deutschen und Magyaren solle die Staatsbürgerschaft entzogen werden mit Ausnahme jener, die beweisen könnten, daß sie sich aktiv am Kampf gegen Deutschland oder Ungarn beteiligt oder auf andere Weise für Wiedergewinnung der Freiheit des tschechoslowakischen Staates eingesetzt hätten. Wer sich dagegen am „Henlein-Nazi-Widerstand" beteiligt oder auf andere Weise gegen die Republik vergangen habe, werde zwangsausgesiedelt. Die übrigen Deutschen und Magyaren sollten vor die Alternative zwischen Assimilation oder Aussiedlung gestellt werden. Auf Antrag könnten sie nach einer Zeit der Bewährung die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zurückbekommen, falls sie ihre Kinder in demokratischem Geist erzogen und auf tschechische, slowakische oder ruthenische Schulen geschickt sowie „alles getan haben, um loyale Bürger des tschechoslowakischen Staates zu werden". Wer die Staatsbürgerschaft nicht beantrage, könne bis zur Aussiedlung seinen Beruf ausüben. Dadurch sollte die Abwanderung notwendiger Arbeitskräfte in der Zeit des Wiederaufbaus und des Anlernens von Ersatzkräften verhindert werden. Diese beiden Gruppen dürften bis zur Rückgabe der Staatsbürgerschaft bzw. Aussiedlung im Verkehr mit den Behörden ihre Muttersprache gebrauchen. Vor 1895 geborene Personen hätten dieses Recht auch nach dem Erwerb der Staatsbürgerschaft.[156]

Entsprechend dem neuen Entwurf, mit dem Císař am 11. September 1944 zu Nichols kam, sollten 1–1,25 Millionen Personen „in der kürzestmöglichen Zeit vertrieben" werden. Císař benutzte für das englische Wort ‚expulsion' stets ‚vyhoštění', das eher dem deutschen Begriff ‚Ausweisung' entspricht. Die übrigen Deutschen sollten vor die Wahl zwischen ‚organisiertem Transfer' und ‚Assimilation' gestellt werden. Das Memorandum schätzte, daß weitere 1–1,25 Millionen ausgesiedelt und rund 800 000 Deutsche zurückgehalten würden. Bei der Festlegung des Zeitplans für den ‚organisierten Transfer' werde man versuchen, die negativen Auswirkungen einer plötzlichen Entfernung „nützlicher Facharbeiter" zu minimieren und die Repatriierung der ‚displaced persons' nicht allzusehr zu erschweren, doch ging das Memorandum davon aus,

[156] Studienabteilung des Außenministeriums (Dr. Jaroslav Císař): Návrh řešení menšinové otázky v ČSR [Vorschlag zur Lösung der Minderheitenfrage in der ČSR] (Ende April 1944). ČSNO Nr. 134. Datierung entsprechend einem Schreiben des Außenministeriums an die Kanzlei des Präsidenten der Republik vom 28.4.1944. AÚTGM, 40, XV/6.

den Transfer innerhalb von zwei bis drei Jahren abzuschließen. In bezug auf die Restminderheit hatte Císař formuliert:

> [...] the Czechoslovak Government is willing to retain on their territory and restore full civic rights to those democratic members of the German minority, who have committed no acts against the interests or integrity of Czechoslovakia and who will accept an obligation and provide a guarantee that they will bring up their children in the democratic spirit of Czechoslovak citizenship and that they will not hinder or place obstacles in the way of gradual assimilation of their descendants with the Czechoslovak people; or who, being of an advanced age, are childless or have their children settled in another country.

Die Zurückhaltung dieser Deutschen könne das Transfer-Problem vereinfachen und die Folgen eines plötzlichen Verlustes von Arbeitskräften für die tschechoslowakische Wirtschaft mildern. Zurückbleiben könnten vor allem die „national indifferenten" Deutschen und „Personen, die sich für Deutsche gehalten oder ihre Kinder in deutschen Schulen erzogen haben, weil es unter ihren speziellen Umständen günstiger zu sein schien". Die Zahl der Deutschen, die bleiben dürften, hänge auch von ihrem Verhalten in der letzten Kriegsphase ab.[157] Císař ging von der Annahme aus, daß die „Ausweisung" (vyhoštění) der Schuldigen in der öffentlichen Meinung der Westmächte auf weniger Widerstand stoßen werde als der Transfer derjenigen Sudetendeutschen, denen nicht mehr als eine oppositionelle Haltung zum tschechoslowakischen Staat vorgeworfen werden könne. Je größer die Zahl der „ausgewiesenen" Schuldigen, desto kleiner könne die Zahl der abgeschobenen Deutschen werden.[158] Kritik, die Špaček, ein weiterer Mitarbeiter der Forschungsabteilung, geäußert hatte, war in dem Entwurf nicht berücksichtigt worden: Gegen die Zurückhaltung von Facharbeitern wandte er ein, daß Beneš sich gegen die Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte beim Transfer ausgesprochen habe. „Bei der Festlegung der Größe der deutschen und magyarischen Minderheit ist das entscheidende und zugleich überzeugende Argument die Forderung nach Sicherheit." Die Unterscheidung zwischen „Ausweisung" und „Transfer" sei künstlich. Werde die ‚Ausweisung' als Strafe verstanden, dürfe sie sich nicht auf die Familien beziehen. Die Absicht, von den Deutschen und Magyaren, die bleiben wollten, zu fordern, daß

157 Memorandum (Entwurf, mit einem Anschreiben von Nichols vom 12.9.1944). FO 371/38945, C12895/1347/12.

158 Entwurf von Císař: Stanovisko československé vlády v otázce řešení problému menšin v ČSR [Stellungnahme der tschechoslowakischen Regierung in der Frage der Lösung des Minderheitenproblems in der ČSR] (Anfang September 1944). ČSNO Nr. 142.

sie ihre Nachkommen assimilieren lassen, werde wohl in England als „unfair" betrachtet werden.[159]

In seinem Gespräch mit Císař blieb Nichols bei seinen Bedenken gegen die Unterscheidung von ‚Vertreibung' und ‚Transfer'. Er fürchtete, daß die Tschechoslowakei durch die Vertreibung die Schwierigkeiten in Nachkriegsdeutschland vergrößern würde, „wo alle nicht ordentlich angesiedelten Elemente als ständige Bedrohung der Tschechoslowakei herumirren werden". Císař antwortete, daß die „Vertreibung" nicht notwendig Vertreibung nach Deutschland bedeute,

> und daß wir mit der Zusammenarbeit der Sowjetunion rechnen, die vielleicht bereit sein wird, eine größere Zahl schuldiger Deutscher als Zwangsarbeiter für die Reparation zu übernehmen. Dem stimmte Nichols zu und sagte, daß jede derartige russische Hilfe unsere Lage in dieser Hinsicht erleichtern werde.[160]

Troutbeck, der Vorsitzende des britischen Transfer-Komitees, riet davon ab, den Tschechen bei der Formulierung des Memorandums zu helfen und dadurch eine Verantwortung für seinen Inhalt zu implizieren. Roberts stellte fest, daß das Memorandum nicht mehr den Vorschlag enthielt, das Eger-Dreieck an Deutschland und die Große Schütt an Ungarn abzutreten. Er hätte mehr Vertrauen zu den tschechischen Absichten, wenn er wüßte, daß Leute wie Jaksch als Privatpersonen in die Tschechoslowakei zurückkehren könnten. Ward, General Department, kommentierte: „We have agreed in principle to transfer, whilst in the case of the Poles we are promising them a clean sweep and what we give to the Poles we must give to the Czechs." Schließlich wurde Nichols ermächtigt, entsprechend seinem eigenen Vorschlag Beneš „inoffiziell" zu raten, auf die Unterscheidung zwischen Schuldigen, die „vertrieben", und anderen, die „organisiert ausgesiedelt" werden sollten, zu verzichten. Eher sollte das Memorandum offen erklären, daß die Tschechoslowakei 2,2 Millionen Deutsche aussiedeln und rund eine Million zurückhalten und assimilieren wolle.[161] Die Reaktion der britischen öffentlichen Meinung sei weniger wichtig als der praktische Aspekt der Frage, nämlich die Probleme, die „unorganisierte Massenvertreibungen

159 Stellungnahme Špačeks zum Memorandum-Entwurf von Císař (o. D.). ČSNO Nr. 142.

160 Memorandum (Entwurf, mit einem Anschreiben von Nichols vom 12.9.1944). FO 371/38945, C12895/1347/12. — Vermerk Císařs über eine Besprechung mit Nichols vom 11.9.1944. AÚTGM, 40, XV/8.

161 Vermerke von Troutbeck, Harrison, Roberts und Ward vom 14.–24.9., Roberts an Nichols am 30.9. und Nichols an Roberts über eine Besprechung mit Císař am 3.10.1944. FO 371/38945f, C12895, 13502/1347/12.

von Deutschen für die Alliierte Kontrollkommission in Deutschland aufwerfen würden".

Ausgangspunkt des Transfers sollte der Verlust der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft sein. An dem entsprechenden Dekret hatte das Innenministerium seit Ende 1942 gearbeitet und die übrigen Ministerien im Juni 1943 um Stellungnahme zu seinem Entwurf gebeten. Die Staatsbürgerschaft sollte Personen entzogen werden, die Deutschland und Ungarn als „ihre Staatsangehörigen betrachtet" bzw. die sich in der Slowakei zur „deutschen Volksgruppe" bekannt und sich zugleich „selbst durch ihre antistaatliche Tätigkeit aus der tschechoslowakischen Staatsgemeinschaft ausgeschlossen hatten". Die betroffenen Kategorien waren weit gefaßt: Sie reichten von Abgeordneten, Richtern, Beamten, Berufssoldaten und Kriegsfreiwilligen, Angehörigen von Sicherheitsorganen und -einheiten bis zu den Mitgliedern

> einer Partei, Bewegung, politischen Gruppe, einer Vereinigung oder eines Verbandes, die offen oder geheim gegen die Befreiung, staatliche Souveränität, Selbständigkeit, Integrität, Verfassungseinheit oder demokratisch-republikanische Staatsform der Tschechoslowakischen Republik oder für die Erhaltung des verfassungswidrigen Status gearbeitet haben, der durch die Okkupation entstanden ist oder einer Körperschaft, die solche Tätigkeit unterstützt hat.

Mit ihnen sollten ihre Ehefrauen, unmündigen Kinder und unverheirateten Mütter die Staatsbürgerschaft verlieren.[162] Einige Ministerien reagierten auf diesen Entwurf mit Zustimmung, einige mit Ablehnung, andere stellten fest, daß das Dekret erst nach einer Grundsatzentscheidung über die Lösung der deutschen Frage formuliert werden könne. Verteidigungsminister Ingr schloß sich der Meinung des Finanzministers Feierabend an, allen Deutschen und Magyaren die Staatsangehörigkeit abzuerkennen. Wer sie erneut beantrage, müsse beweisen, daß er unter keine der Kategorien falle. Da nur wenige Deutsche nicht der Henlein-Partei und später der NSDAP angehört hätten[163], brauchten die Behörden sich nicht mit Millionen, sondern nur mit einigen Zehntausenden Anträgen zu beschäftigen[164], wogegen das Innenministerium einwandte, daß wohl alle außer den notorischen Nazis einen Antrag stellen

162 Entwurf des Dekrets (mit einem Anschreiben des Innenministriums vom 9.6.1943). ČSNO Nr. 121.

163 Tatsächlich hatte die ‚Sudetendeutsche Partei' im Juli 1938 1 349 180 Mitglieder unter 3 070 938 Deutschen nach der Volkszählung von 1930. Mit 520 000 Mitgliedern stand der Sudetengau prozentual zur Bevölkerung an der Spitze des Reiches. *Zimmermann:* Die Sudetendeutschen im NS-Staat 58 und 134.

164 Ingr an das Innenministerium am 7.7.1943. — Siehe auch Anmerkung 2 zu ČSNO Nr. 122.

würden.[165] Smutný stimmte für die Kanzlei des Präsidenten dagegen dem Entwurf Sláviks zu: Komme es zum Transfer, sei es nicht wichtig, ob die Deutschen und Magyaren tschechoslowakische Staatsbürger seien oder nicht; könne der Transfer dagegen nicht durchgesetzt werden, wäre eine pauschale Aberkennung der Staatsbürgerschaft von vier Millionen Menschen unhaltbar.[166] Masaryk sprach sich ebenfalls für den Entwurf des Innenministeriums aus: Die Aberkennung der Staatsbürgerschaft von Personen, die sich gegenüber dem tschechoslowakischen Staat feindlich verhalten hätten, sei für die Weltmeinung eher akzeptabel als das ethnische Kriterium. Auch widerspreche es allen Regeln des Rechts, von jemandem zu fordern, daß er seine Unschuld beweise.[167] Aus dieser ersten Diskussionsrunde schloß das Innenministerium, daß das vorgeschlagene Dekret für den Fall, daß der Transfer nicht international vereinbart werden könne, „uns die Möglichkeit gibt, uns wenigstens von jenen Staatsbürgern zu befreien, die bei der Besetzung des Staates durch die Feindmächte geholfen und mit den Okkupanten zusammengearbeitet haben sowie in Zukunft eine große innere Gefahr für den Staat bilden würden". Für den entsprechenden Entwurf einer interministeriellen Kommission vom November 1943 sprachen sich nur noch das Innen- und Außenministerium, nicht jedoch die Kanzlei des Präsidenten aus, während das Verteidigungs- und Finanzministerium weiterhin dafür plädierten, allen Sudetendeutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zu entziehen. Deshalb legte das Innenministerium am 18. März 1944 zwei Alternativen vor: Gemäß der gemäßigten Version sollte erweiterten Kategorien, entsprechend der radikalen Version dagegen allen Deutschen und Magyaren die Staatsbürgerschaft entzogen werden.[168] In einer weiteren Version der gemäßigten Alternative vom 17. August kamen einige neue Kategorien von „Schuldigen" hinzu.[169] Kurz darauf legte die Exilregierung aber der ‚European Advisory Commission' ein Memorandum für den Waffenstillstand mit Deutschland und Ungarn vor, in dem sie den Transfer der Deutschen und Magyaren aus der Tschechoslowakei mit wenigen Ausnahmen verlangte, weshalb der gemäßigte Entwurf ad acta gelegt wurde. Nach Schätzung des Fi-

165 Bericht Sláviks vom 10.8.1943. *Jech/Kaplan:* Dekrety Presidenta Republiky Nr. 21.1.

166 Kanzlei des Präsidenten der Republik (Smutný) an das Innenministerium am 9.7.1943. Siehe auch Anmerkung 3 zu ČSNO Nr. 123.

167 Masaryk an das Innenministerium am 5.8.1943. ČSNO Nr. 125.

168 Anmerkung 2 zu ČSNO Nr. 121.

169 Entwurf Sláviks vom 17.8.1944. *Jech/Kaplan:* Dekrety Presidenta Republiky Nr. 21.2.

nanzministeriums hätte die Vertreibung auch nach den erweiterten Kategorien nur rund 750 000 Personen einschließlich ihrer Familien betroffen.[170] Der radikale Entwurf wurde im September 1944 überarbeitet[171] und im November von der Exilregierung angenommen, aber erst nach der Potsdamer Konferenz als Dekret des Präsidenten erlassen. Nach diesem Entwurf verloren alle Deutschen und Magyaren die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft, konnten aber um die Zuerkennung der Staatsbürgerschaft nachsuchen, wenn sie nicht unter eine der 19 weitgefaßten Kategorien fielen. Die Staatsangehörigkeit behielten jene Deutschen und Magyaren, „die konsequent der Tschechoslowakischen Republik treu geblieben sind und sich aktiv am Kampf für ihre Befreiung beteiligt haben".[172]

Als das ‚1. Tschechoslowakische Armeekorps' die Grenze zur Tschechoslowakei überschritt, schrieb der Leitartikler der Zeitschrift ‚Za svobodné Československo' (Für eine freie Tschechoslowakei) am 6. Oktober 1944: „Jetzt erst beginnt die große Säuberung der Republik von den Deutschen, Magyaren und Verrätern!" Die befreite Republik werde als „brüderlicher Verband der Tschechen, Slowaken und Karpatenukrainer" aufgebaut.[173] Und Beneš erklärte in seiner Rede zum Jahrestag der Staatsgründung (28. Oktober), daß alle Deutschen, die 1938 der Tschechoslowakei „den Dolch in den Rücken gestoßen haben, weg müssen".[174]

Am 23. November 1944 übergab die tschechoslowakische Regierung den drei Großmächten, Frankreich und der ‚European Advisory Commission' das angekündigte Memorandum „über das Problem der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei", das sie auf Sitzungen am 7.–8. und 10. November angenommen hatte.[175] Blieben die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei, argumentierte das Memorandum, dann könne die Republik weder außenpolitische Sicherheit noch innenpolitische Stabilität finden. Wer aktiv am Kampf für die Befreiung der Tschechoslowakei teilgenommen habe, solle nicht abgeschoben werden. Auch sei eine „plötzliche und wahllose Entfernung von Facharbeitern" zu vermeiden, um die wirtschaftliche Schädigung der Republik auf ein Minimum zu begrenzen. Ohne die Sicherheit des Staates zu gefährden,

170 Anmerkung 3 zu ČSNO Nr. 121.

171 Entwurf des Außenministeriums, Studienabteilung, vom 22.9.1944. *Jech/Kaplan:* Dekrety Presidenta Republiky Nr. 21.3.

172 Entwurf des Verfassungsdekrets vom 22.9.1944. ČSNO Nr. 144.

173 ‚Za svobodné Československo' [Für eine freie Tschechoslowakei], Leitartikel vom 6.10.1944. CK Nr. 139.

174 Rundfunkansprache Benešs vom 28.10.1944. NS 36, 691 ff.

175 Anmerkung 1 zu ČSNO Nr. 148.

könne die Tschechoslowakei bis zu 800 000 Deutsche behalten. Bedingung sei, daß diese Deutschen bereit seien, „*ihre Kinder im demokratischen Geist der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft aufzuziehen und nichts zu tun, was eine allmähliche Verschmelzung ihrer Nachkommen mit dem tschechoslowakischen Volk in eine politische und kulturelle Einheit zu hindern vermöchte*“.[176] Eine im Entwurf des Memorandums vorgesehene dritte Gruppe von Deutschen, die „als Ausländer“ in der Tschechoslowakei arbeiten und deren Kinder deutsche Schulen besuchen könnten[177], tauchte in der endgültigen Fassung des Memorandums nicht mehr auf. Den zurückbleibenden Deutschen werde kein Sonderstatus eingeräumt,

> which under the present circumstances would necessarily tend to make them ‚second class‘ citizens. [...] The ultimate aim of this plan is the elimination of the German minority in Czechoslovakia *quâ national minority* and the integration of the people of the republic into one national unity. [...] In particular, it is not the ultimate intention of the Czechoslovak Government, subject to approval by the free expression of the will of the Czechoslovak people, to grant the Germans and Magyars in Czechoslovakia those linguistic privileges which they have hitherto possessed and which in Central Europe constitute the most important feature of collective minority rights.[178]

Die Regierung sei jedoch bereit, für eine Übergangszeit einige sprachliche Rechte und Erleichterungen zu gewähren: So dürften ältere Menschen, von denen anzunehmen sei, daß sie nicht mehr genügend Tschechisch lernen könnten, Deutsch vor Gericht oder bei Behörden benutzen. Auch Kinder, die in einer rein deutschen Umgebung aufgewachsen seien, könnten voraussichtlich deutsche Elementarschulen besuchen, zumindest in der ersten Generation. Die Regierung könne jedoch nicht beurteilen, ob die Bevölkerung in der Heimat und ihre demokratisch ge-

176 Memorandum (Entwurf, mit einem Anschreiben von Nichols vom 12.9.1944). FO 371/38945, C12895/1347/12 (Hervorhebung im Original).

177 *Ebenda.*

178 Memorandum der tschechoslowakischen Regierung mit Anschreiben Ripkas vom 23.11. und Nichols vom 28.11.1944. FO 371/38946, C16563/1347/12. Abgedruckt in: ČSNO Nr. 148 und FRUS 1945, II, 1227-1238 (Hervorhebung im Original). — Dr. W. Barker, der im April 1943 die tschechoslowakische Abteilung des Chatham House übernommen hatte, machte sich die tschechoslowakischen Argumente und Schlußfolgerungen des Memorandums vom 23. November 1944 zu eigen. Memorandum des ‚Foreign Office Research Department‘ (Barker) vom 19.2.1945. FO 371/47085, N2254/207/ 12. — Bei der Erstellung seines Memorandums hatte er eng mit der Forschungsabteilung des tschechoslowakischen Außenministeriums zusammengearbeitet. Vermerk des Außenministeriums (Hník) über eine Besprechung mit Barker am 13.4.1943. ČSNO Nr. 116.

wählten Vertreter solche Konzessionen akzeptieren werde. Obwohl die Regierung einen besonderen Minderheitenstatus für die Deutschen für äußerst gefährlich halte, könne man davon ausgehen, daß die Tschechoslowakei solche Verpflichtungen gegenüber sprachlichen, religiösen und rassischen Minderheiten akzeptieren werde, die allen Staaten Europas auferlegt würden. Das Memorandum schätzte die Zahl der sudetendeutschen Kriegsopfer auf 250 000 Personen. Da weitere 500 000 der „mehr ausgesprochenen Henleinisten und übrigen Nazis" (the more pronounced Henleinists and other Nazis) aus eigenem Antrieb fliehen dürften, bleibe eine Zahl von 1,6 Millionen Deutschen, die organisiert und zwar in möglichst kurzer Zeit, z. B. in zwei Jahren, abgeschoben werden müßten. Das Memorandum verzichtete also entsprechend dem britischen Rat darauf, zwischen der „Ausweisung" der mehr und dem „Transfer" der weniger „Schuldigen" zu unterscheiden.

Generally, it may, however, be said that the Czechoslovak Government envisages the process of transfer as a gradual one, and one which will give the affected members of the German minority sufficient opportunity for voluntary emigration to Germany or to other countries which may be willing to accept them as immigrants.

Gleichzeitig werde die tschechoslowakische Regierung die evakuierten Gebiete systematisch mit Tschechen, Slowaken und Ruthenen aus dem Ausland, d. h. aus Deutschland, Österreich, Wolhynien und Amerika besiedeln, und mit Lausitzer Sorben, falls diese rund 150 000 Mitglieder zählende Gruppe einwandern wolle. Der Plan werde die Lösung des Problems der landwirtschaftlichen Überbevölkerung der östlichen Teile der Republik erleichtern. Deutschland müsse sich verpflichten, die Ausgesiedelten aufzunehmen, unterzubringen und zu entschädigen – Forderungen, die die tschechoslowakische Regierung schon der ‚European Advisory Commission' übermittelt habe. Mit Ausnahme derjenigen, die für die Befreiung der Republik gekämpft hätten, sollte allen Deutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft entzogen werden. Wer in der Tschechoslowakei bleiben wolle, müsse einen Antrag auf Rückgabe der Staatsbürgerschaft stellen.

They will not be subjected to any other restrictions than those ensuing from the execution of the transfer (e.g. registration, control of residence and movement etc.). [...] The same applies to those who will not seek readmission, and who will emigrate before arrangements for their transfer are completed.

There is no intention of confiscating the private property of persons transferred, unless it should become forfeit on the basis of a legal penalty. They will, as a rule, be allowed to take their movables with them, with the exception of goods the export of which will be generally prohibited (e. g. live-stock, machines, some currencies, gold etc.). In return for the property left behind, the price of which will

be established in accordance with an established standard, they will receive either receipts authorising them to obtain payment on account of Czechoslovak claims against the German State, the Reichsbank or German nationals, or they will be paid in German money which may be found on Czechoslovak territory.[179]

In einer Anlage diskutierte das Memorandum die Argumente gegen den Transfer: 1. Gegen den Vorwurf, daß Zwangsaussiedlung eine inhumane und gewalttätige Methode sei und „nach Nazismus schmecke", wandten die Verfasser des Memorandums ein, daß die mit dem Verlassen der Heimat und der Anpassung an eine neue Umgebung verbundenen Unannehmlichkeiten, Härten und Leiden zeitlich begrenzt seien und durch effektive Organisation gemindert werden könnten. Das Los slowakischer, ruthenischer oder dalmatinischer Bauern, die ihre Heimat aus wirtschaftlicher Not verlassen und sich an eine völlig neue Umgebung gewöhnen müßten, sei härter als das von ausgesiedelten Deutschen, die in Deutschland unter ihresgleichen leben könnten. 2. Deutschland könne die Vertriebenen aufnehmen, da es viele Facharbeiter im Krieg verloren habe, die Fremdarbeiter ersetzen müsse und die großen Güter parzellieren könne. 3. Die Transport- und Unterbringungsprobleme seien nicht unüberwindlich. Diese Argumente wende man ja auch nicht gegen die Rückkehr der Kriegsgefangenen, KZ-Häftlinge und Fremdarbeiter in ihre Heimat ein. 4. Gegen den Vorwurf, daß die Aussiedlung Schuldige und Unschuldige treffe, verwies das Memorandum auf die Absicht, loyale Elemente von der Vertreibung auszunehmen. 5. Durch die Zurückhaltung national indifferenter Facharbeiter könne man den vermuteten wirtschaftlichen Schaden minimieren. 6. Schließlich ging das Memorandum auf den Einwand ein, den die ‚Times' gebracht hatte: „Once carried out, the transfer provides no guarantee that the States, purged in this manner, will maintain their homogenous character. If it is to be consistent, it implies a prohibition of all free movement of people in Europe after the war." Deutsche Arbeiter, Ingenieure und Geschäftsleute könnten nämlich ebenso auf Zeit in der Tschechoslowakei wie tschechische in Deutschland arbeiten oder auch endgültig einwandern und sich assimilieren, wie dies ja auch für Immigranten in Amerika gelte.[180]

Kurz bevor das Memorandum im Foreign Office eingegangen war, wurde Beneš am 27. November 1944 von Eden empfangen. Die britische Regierung sei bereit, der tschechoslowakischen Regierung das Recht einzuräumen, „die volle administrative Kontrolle" auf dem Ter-

179 *Ebenda.*

180 Memorandum der tschechoslowakischen Regierung mit Anschreiben Ripkas vom 23.11. und Nichols vom 28.11.1944. FO 371/38946, C16563/1347/12.

ritorium der Vormünchener Republik zu übernehmen, denn die ‚European Advisory Commission' hatte beschlossen, den Rückzug der deutschen und ungarischen Truppen aus allen besetzten Ländern zu fordern. Die tschechoslowakische Regierung könne allerdings auf diesem Gebiet nicht „die Souveränität ausüben", da die endgültige Festlegung der Grenzen der Friedenskonferenz vorbehalten bleibe. Die Frage, seit wann sich die Tschechoslowakei im Kriegszustand mit Deutschland und Ungarn befinde, wurde offensichtlich nicht angesprochen. Für Großbritannien habe der Krieg am 1. September 1939 begonnen, wie die Tschechoslowakei ihren Kriegsbeginn festlege, sei ihre Sache, hatten die Beamten des Foreign Office vermerkt. Eden erwähnte, daß ihm Stalin auf einer Karte die Grenzberichtigungen gezeigt habe, über die Beneš bei seinem Moskau-Besuch gesprochen habe. Beneš erklärte, daß er durch einen Gebietsaustausch rund 350–400 000 Deutsche „mit Land" transferieren wolle. Auf einer kleinen Karte zeigte er Eden, an welche Gebiete er dachte, nämlich wiederum Gebiete im „Westen (das Egerdreieck) und im Norden und Nordosten", wie es im britischen Protokoll heißt. Ripkas Protokoll ist ausführlicher: Nach der Rückkehr nach Prag werde Beneš der tschechoslowakischen Regierung einen Gebietsaustausch vorschlagen,

> und zwar so, daß von Deutschland ein Gebiet im Glatzer Becken, zudem nördlich von Mährisch-Ostrau, kleinere Korrekturen im Erzgebirge, eventuell im Böhmerwald verlangt würden (dort etwa in dem Sinn, daß die Grenze nicht auf den Kämmen der Gebirge, sondern an ihrem Fuß auf der deutschen Seite verlaufe), und daß die Tschechoslowakei das Ascher Gebiet und Eger, die Landzipfel Schluckenau und Friedland sowie die Nordwestecke Schlesiens abtrete.

Ripka ergänzte, daß die Grenzberichtigung im Nordosten zu einem gewissen Grad von der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze abhänge. Eden fragte „im Scherz", ob Benešs Plan für Grenzkorrekturen „vernünftig oder listig" (reasonable or cunning) sei, und Beneš bekräftigte „mit einem Lachen", daß dieser nur „vernünftig" sei. Eden bat Beneš, die vorgesehenen Grenzkorrekturen auf einer Karte mit einem größeren Maßstab einzuzeichnen und diese Nichols zu überreichen. Schließlich legte Beneš den tschechoslowakischen Transferplan ziemlich ausführlich dar. In Ripkas Protokoll heißt es weiter:

> Dabei trat Nichols (mit dem wir das Transfer-Memorandum zuvor inoffiziell gründlich besprochen hatten) sehr klar und entschieden dafür ein, daß es nötig sei, sich einer größtmöglichen Zahl von Deutschen zu entledigen, so daß in der Tschechoslowakei nicht mehr als etwa 800.000 bleiben. Auf Ripkas Frage, ob Eden in dieser Angelegenheit Schwierigkeiten in der Regierung oder dem Parlament haben werde, antwortete Eden, daß er keine größeren Schwierigkeiten erwarte und daß sich gegen den Transfer jene Leute stellen werden, die gegen strenge Bedingungen

für Deutschland seien. Danach wurde vereinbart, eine solche Formel vorzubereiten, die zugleich für den Transfer der Deutschen aus Polen bzw. den Transfer deutscher Minderheiten auch aus anderen Staaten verwendet werden könne.[181]

Nach eigener Aussage hatte Eden gesagt, daß Benešs Pläne in bezug auf den Transfer „in die richtige Richtung zu zielen schienen" (seemed to be on the right lines). Masaryk, der auch an dem Gespräch teilgenommen hatte, notierte:

Mit dem Transfer der Lümmel [skopčáků], wie wir ihn planen, ist Eden ebenfalls einverstanden, obwohl er unseren ausführlichen Plan bisher nicht studiert hat. Er erkennt unsere These an, daß man sich von zwei Millionen Deutschen befreien und höchstens 800.000 behalten muß.[182]

In ihrer Stellungnahme zu dem Memorandum wies Gatehouse (Central Department) darauf hin, daß der Transfer erst beginnen könne, wenn eine Entscheidung über die endgültigen Grenzen getroffen sei, habe sich doch Beneš zur Abtretung gewisser Gebiete bereit erklärt. O'Neill verglich die Aussage des Memorandums mit dem Bericht des britischen Transfer-Komitees, das aufgrund früherer tschechoslowakischer Aussagen von der Aussiedlung von 1,5 Millionen ausgegangen war. Zudem wollten die Tschechen die Umsiedlung innerhalb von zwei Jahren durchführen, während das Transfer-Komitee zu dem Schluß gekommen war, daß diese Operation „mindestens fünf Jahre und sehr wahrscheinlich länger" erfordern werde. Das Memorandum bleibe „bewußt vage" (studiously vague) in bezug auf die Methoden und Transfer-Behörden. Es werde nicht möglich sein, Deutschland schon in den Waffenstillstandsbedingungen zur Aufnahme und Unterbringung der Vertriebenen zu verpflichten, meinte O'Neill. Ebenso wie die anderen Kommentatoren im Foreign Office bezweifelte er, daß eine größere Zahl von Sorben bereit sein werde, in die Tschechoslowakei umzusiedeln. Troutbeck hielt es für wichtig, in der Antwort an Beneš die endgültige Position Großbritanniens offenzuhalten. Die britische Regierung könne dem Transfer von zwei Millionen Sudetendeutschen nicht zustimmen, solange keine Entscheidungen über die Aufteilung Deutschlands, seine Ostgrenze, wirtschaftliche Restriktionen und das Rheinland gefallen seien. Solange sei auch nicht zu erwarten, daß die Minister endgültig zu dem Abschlußbericht des Transfer-Komitees Stellung nähmen. Die genannten

181 Eden an Nichols über eine Besprechung mit Beneš vom 27.12.1944. FO 371/38946, C16611/1347/12. — Vermerk Ripkas über diese Besprechung. ČSNO Nr. 150.

182 Vermerk Masaryks über eine Besprechung Benešs mit Eden am 27.11.1944. ČSNO Nr. 149.

Fragen sollten am besten in der ‚European Advisory Commission' diskutiert werden, die Initiative jedoch den Russen überlassen werden, da sie es seien, die voraussichtlich das Sudetenland besetzen würden. Werde Rheinland-Westfalen einer „speziellen internationalen Verwaltung" unterstellt oder deindustrialisiert, könne es keine Vertriebenen aufnehmen, so daß sich das Ansiedlungsgebiet entsprechend verkleinere.

A further point is that it would be embarrassing for the Control Commission to find the Czechs pushing large numbers of Sudetens into Germany before any arrangements had been made for their reception.

Andererseits werde man den Transfer nicht bis zum Abschluß eines Friedensvertrags verschieben können, auf den man wahrscheinlich lange werde warten müssen.[183] Allerdings hatte Nichols wieder einmal Ripka gesagt, daß s. E. der Transfer „schnell, innerhalb von höchsten zwei Jahren nach dem Waffenstillstand", durchgeführt werden müsse, denn danach würden in der britischen Öffentlichkeit Sympathien für die „armen" Deutschen wach werden".[184] Am 15. Januar 1945 wies Eden Nichols an, der Exilregierung mitzuteilen, daß die britische Regierung ihr Memorandum „mit Interesse und Sympathie studiere", aber zu den Aussiedlungsplänen nicht im einzelnen Stellung nehmen könne, solange keine Entscheidungen über andere Aspekte der Nachkriegsregelung für Deutschland gefallen seien.[185] Beneš war mit Edens Antwort nicht zufrieden: Er habe eine Stellungnahme zu den Grundsätzen des Transfers erwartet, nicht aber zu den Einzelheiten. Er brauche die Zustimmung der britischen und der übrigen alliierten Regierungen zu seinem Plan. Nur in diesem Fall könne er die Tschechen überzeugen, daß eine bestimmte Zahl von Deutschen im Lande bleiben müsse. In ihrer gegenwärtigen Stimmung verlangten sie, alle Deutschen aus dem Lande zu jagen.[186]

Auf das Memorandum der tschechoslowakischen Regierung antwortete die amerikanische Regierung im gleichen Sinn wie die britische Regierung: Sie wies auf den Zusammenhang mit dem Transfer von Deutschen aus anderen Gebieten, der Rücksiedlung der ‚displaced persons' und der Verantwortung der Besatzungsmächte in Deutschland hin und

183 Vermerke von Gatehouse und anderen vom 3.–18.12.1944. *Ebenda.*

184 Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Nichols am 13.12.1944. ČSNO Nr. 151.

185 Eden an Nichols am 15.1.1945. *Ebenda.* — Dieses Schreiben wird von Jaksch einseitig als Absage an die Vertreibungspläne interpretiert. *Jaksch:* Europas Weg nach Potsdam 415.

186 Nichols an Eden über eine Besprechunhg mit Beneš vom 18.1.1945. FO 371/47085, N569/207/12.

betonte, daß Entscheidungen über den Transfer der Sudetendeutschen nur in Übereinstimmung mit internationalen Vereinbarungen und unter internationaler Kontrolle (auspices) getroffen werden sollten. Sie betonte, daß „jeglicher Prozeß eines Transfers schrittweise erfolgen sollte, um die Mittel für eine geordnete Ansiedlung der transferierten Personen bereitzustellen".[187]

Am 2. Januar 1945 hatte das Foreign Office immer noch keine Landkarte erhalten, wie sie Eden von Beneš erbeten hatte. Gesandter Nichols scheute sich, Beneš zu mahnen, solange er Beneš nicht als Gegenleistung den Entwurf der Formel übergeben könne, in der die britische Regierung das Recht der tschechoslowakischen Regierung zur administrativen Kontrolle des Vormünchener Territoriums anerkenne.[188] Schließlich gestand die britische der tschechoslowakischen Regierung am 22. Januar das Recht zu, bis zur endgültigen Friedensregelung die „administrative Kontrolle" in allen Gebieten zu übernehmen, die im Zuge des Münchener Abkommens von Deutschland, Polen und Ungarn annektiert worden seien, und informierte Beneš am 8. Februar 1945 offiziell über diesen Beschluß.[189] Nichols versicherte Beneš, daß „es keinen Verwaltungsakt gebe, den er im Rahmen dieser Formel nicht vornehmen könne, welcher ihm im Falle einer endgültigen Festlegung der Grenze offenstände" (there was no administrative action that he could not take under this formula which would be open to him were his frontiers to have been finally determined)[190], wobei es Beneš vor allem um das Recht ging, den deutschen Bewohnern die Staatsbürgerschaft entziehen zu können.[191] Auf Benešs Drängen ging das Kriegskabinett am 20. März 1945 noch einen Schritt weiter. Die britische Regierung „ist einverstanden, daß die tschechoslowakische Regierung vom Tage der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands an volle politische Autori-

[187] Secretary of State an Schoenfeld am 16.1.1945. FRUS 1945, II, 1246f. Zitiert auch in: Memorandum des Foreign Office (o. D.), Memorandum des Department of State vom 11.7.1945. FO 371/46810f., C3675, 4277/95/18. — Halifax an das Foreign Office am 15.2.1945. FO 371/47085, N1666/207/12.

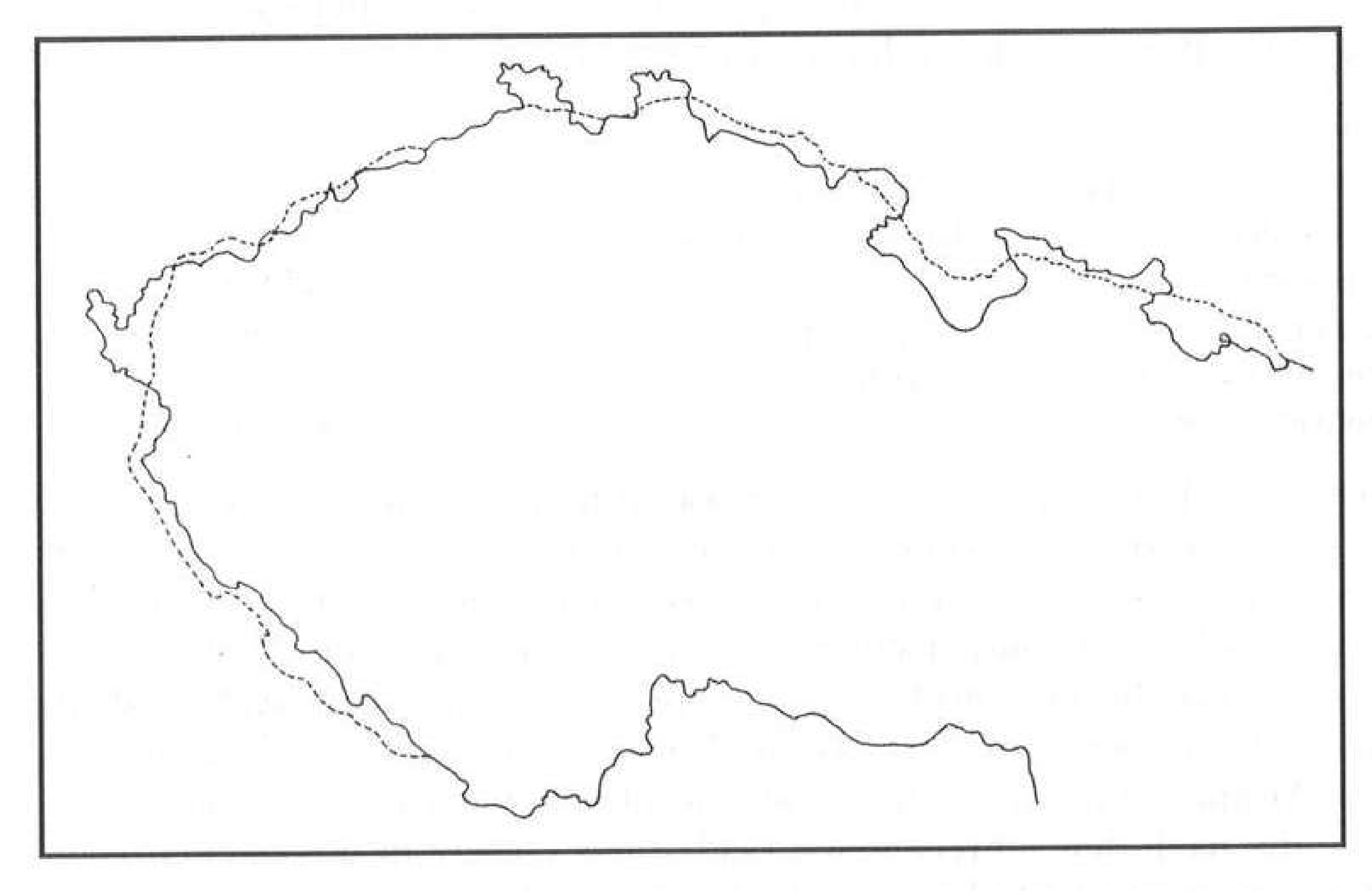
[188] Vermerk Allens vom 2.1.1945. FO 371/47085, N484/207/12.

[189] War Cabinet Conclusions 7 (45) vom 22.1.1945 und Nichols an Eden am 13.2. 1945. FO 371/47085, N1407/207/12. — Auf Benešs Wunsch ersetzte die britische Regierung die Worte „administrative control" durch „political authority". W.P. (45) 180. *Ebenda*, N3159.

[190] Diese Aussage von Nichols wurde vom Foreign Office bestätigt. Warner an Nichols am 16.2.1945. FO 371/47085, N1407/207/12. — Siehe auch Vermerke Benešs über Besprechungen mit Nichols am 13.2. und 20.2.1945. DHČSP II, Dodatky, 749.

[191] Vermerk Warners vom 20.2.1945. FO 371/47085, C1407/207/12.

tät (full political authority) über das Gebiet der Tschechoslowakei in den Grenzen vor dem 31. Dezember 1937 ausüben soll". Die endgültige Festlegung der Grenzen bleibe jedoch der Friedensregelung vorbehalten.[192]



Karte 8 Benešs Vorschlag für Korrekturen an der tschechoslowakisch-deutschen Grenze vom 13. Februar 1945
— Staatsgrenze von 1937
--- von Beneš vorgeschlagene Korrekturen

Erst nach dem Beschluß des Kriegskabinetts vom 22. Januar 1945 war Beneš bereit, dem Gesandten die versprochene Landkarte mit einem Vorschlag für eine neue tschechoslowakisch-deutsche Grenzlinie zu übergeben, die besonders gegenüber Sachsen und Bayern einige Kilometer über die alte Grenze zwischen beiden Ländern hinausgriff und in Schlesien durch das Glatzer Becken bei Habelschwerdt und südlich an Leobschütz und Ratibor vorbeiführte. Dafür sollte entsprechend diesem Vorschlag ein gegenüber früheren Plänen sehr reduziertes Eger-Dreieck – von Graslitz östlich von Franzensbad nach Süden – und die kleinen Landzipfel von Rumburg-Schluckenau, Friedland, Braunau und

192 Vermerke Benešs über seine Besprechungen mit Nichols vom 13. und 20.2. 1945. DHČSP II, Dodatky, 749. — Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Nichols und Schreiben von Nichols an Ripka vom 7.3.1945. ČSNO Nr. 156. — Memorandum Edens und War Cabinet-Beschluß vom 20.3.1945. FO 371/47085, N3159/207/12.

von Jauernig bis Hotzenplotz aufgegeben werden. Einerseits behauptete er, daß es sich dabei um seinen persönlichen Vorschlag handle, für den er nach dem Kriege die Zustimmung des Parlaments gewinnen wolle, andererseits, daß er die Linie mit den Militärs vorbereitet habe, die südlich von Ratibor weiter ausgegriffen hätten, als er persönlich für nötig halte. Beneš machte folgende Rechnung auf:

Zahl der Deutschen,	
die auf dem Vorkriegsterritorium leben	3 0170 00
die in den zu annektierenden Gebieten leben	181 000
zusammen	325 000
die ohne Land abgeschoben werden	2 000 000
die mit Land abgeschoben werden	358 000
die zurückbleiben	894 000

Bei seiner kurz bevorstehenden Rückkehr in die Tschechoslowakei wolle er eine Erklärung abgeben, daß 1. die drei Großmächte dem Grundsatz des Transfers zustimmten, 2. ein Gesetz allen Deutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft entziehen werde und 3. ein Verwaltungsapparat für die Durchführung des Transfers „auf organisierte und ordentliche Weise" aufgebaut werde. Wenn er dies nicht bald bekanntgeben könne, „fürchte er die Kontrolle über seine Landsleute zu verlieren, die nach den schrecklichen Leiden das Gesetz in die eigenen Hände nehmen würden". Je näher die Befreiung der Tschechoslowakei heranrückte, desto deutlicher wurde der Gegensatz zwischen dem tschechoslowakischen Wunsch nach einem schnellen Beginn des Transfers und den Plänen für Grenzkorrekturen, worauf auch im Foreign Office hingewiesen wurde.[193] In dessen Auftrag verlangte Nichols von Beneš, daß er die Großmächte konsultiere, bevor er den Sudetendeutschen die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft entziehe, die für deren Aufnahme in Deutschland die Verantwortung trügen, doch gelang es dem Gesandten nicht, Beneš eine entsprechende Zusage abzuringen. Vielmehr erklärte Beneš Nichols, inzwischen Botschafter, daß er über den Transfer in Moskau verhandeln werde, „daß ich mich eventuell direkt mit Moskau einigen werde und wir das selbst durchführen".[194]

Vor ihrer Abreise über Moskau, wo sie am 17. März ankamen, wurden Beneš und Masaryk am 23. Februar von Eden und am nächsten Tag

193 Nichols an Eden über eine Besprechung mit Beneš am 13.2. mit einem Vermerk von Gatehouse vom 22.2.1945. FO 371/47085, N1402/207/12.

194 Nichols an Allen am 20.2.1945. FO 371/47085, N1836/207/12. — Vermerk (Beneš) über eine Besprechung mit Nichols am 17.2.1945. NS 17, 162. Siehe auch DHČSP II, Dodatky, 749f.

von Churchill empfangen. In beiden Gesprächen wiederholte Beneš seine Argumente zugunsten einer schnellen Entscheidung über den Transfer. Churchill warnte ihn jedoch, in dieser Frage etwas ohne Zustimmung der Großmächte zu unternehmen – „wir sollten uns mit Großbritannien und den beiden anderen einigen und erst dann endgültig die Entscheidung umsetzen. Mir kam es so vor, als ob er den Transfer aufgeben wollte – das wurde nicht ausgesprochen, es schien auch, daß er nur das wiederholte, was man ihm gesagt hat, doch gefallen hat es mir nicht". Wie Beneš an anderer Stelle notierte, erzählten ihm Eden und Churchill, daß Stalin in Jalta erklärt habe,

daß diese Angelegenheit wahrscheinlich keinen Gegenstand von Verhandlungen bilden werde, da die Mehrheit der Deutschen aus Polen von selbst fliehen werde und daß dies somit kurzerhand [krátkou cestou] erledigt werde. Ich warf ein, daß das bei uns wohl nicht so sein werde und wir dabei schließlich draufzahlen würden. Folglich müssen wir darauf bestehen, daß die ganze Angelegenheit mit uns definitiv, klar und fest vereinbart werde. (Aufpassen, ob dieses Vorgehen Großbritanniens nicht den Anfang eines Rückzugs bedeutet!)[195]

Für einen Moment schien es so, als sollte sich Jakschs Voraussage erfüllen, daß die Aussiedlungspläne angesichts der übrigen Sorgen der Alliierten, u. a. der Versorgung des befreiten Europa und der Heimkehr der ‚displaced persons', zurückgestellt werden müßten.

Nichols befürchtete, daß Beneš in Moskau Zustimmung für seinen Plan erhalten und nach der Rückkehr in die Tschechoslowakei behaupten werde, das Einverständnis der Großmächte zu besitzen. Daraufhin erhielt er den Auftrag, Beneš schriftlich darauf hinzuweisen, daß Großbritannien „noch keine Übereinkunft mit den Hauptalliierten getroffen habe, wie die ganze Frage [...] behandelt werden solle". Falls Beneš sein Programm bekanntgebe, solle er hinzufügen, daß die Zustimmung der Alliierten noch ausstehe.[196] In der Diskussion im Foreign Office meinte Allen, daß Beneš argumentieren könne, daß Punkt 1 durch den britischen Kabinettsbeschluß vom Juli 1942 und die Punkte 2 und 3 durch die britische Formel von der „vollen politischen Autorität" gedeckt seien. Wir brauchen eine Entscheidung, kommentierte O'Neill, wenn wir verhindern wollen, daß Massen von Sudetendeutschen über die Grenzen der Tschechoslowakei strömen, ohne daß wir Mittel zu ihrer Aufnahme oder Instruktionen haben, sie hereinzulassen oder abzuwei-

195 Eden an Nichols am 23.2.1945. PREM 3/111/3A. — Vermerk über eine Besprechung Benešs mit Churchill vom 24.2.1945. NS 17, 167-170. — Siehe auch DHČSP II, Dodatky, 750f. — Nichols an Warner am 27.2.1945. FO 371/47085, N2123/207/12. — Siehe auch *Kural:* Místo společenství konflikt 248f.

196 Nichols an Masaryk am 8.3.1945. FO 371/47085, C2546/207/12.

sen. Glücklicherweise grenze die britische Besatzungszone nicht an die Tschechoslowakei. Den Russen habe das Foreign Office erklärt, daß es die ‚European Advisory Commission' für das geeignete Diskussionsforum halte. Was die Festlegung der Vertreibungsgebiete, die Zahl und Auswahl der Vertriebenen angehe, könne man bei der Empfehlung Troutbecks bleiben, die Initiative den Russen zu überlassen, doch solle die britische Regierung der ‚European Advisory Commission' dennoch ein Memorandum vorlegen.

It could take the line that transfers are clearly going to take place on some scale (we are committed to this at least); that it is premature to consider how many people will be transferred, from what area or how they will be selected; that transfers will impose a very heavy burden on allied occupation and control authorities in Germany, that therefore they should be carefully regulated by these authorities in agreement with the Governments of expelling countries; and that quadripartite machinery should be established in Germany for dealing with the problem. The memorandum could go on to suggest as much of the machinery described in the Interdepartmental Report on this subject as might be thought appropriate. [...] The major question of the area from which transfers are to be made and of the numbers to be transferred might be reserved for later decisions between Governments.

Durch ein solches Memorandum könne Großbritannien seine Position stärken, „um später gegen hastige und desorganisierte Transfers nach Deutschland Widerstand zu leisten", und die Unterstützung der USA gewinnen. „Sie werden Bayern besetzen; und Bayern hat eine sehr lange tschechische Grenze."[197] Der britische Botschafter in Moskau sollte den Auftrag erhalten, die sowjetische Regierung zu bitten, keine Zusagen zu machen, die nicht unter den Alliierten abgestimmt seien, damit Beneš die großen Alliierten nicht gegeneinander ausspielen könne. Da das entsprechende Telegramm fehlgeleitet worden war, hatte der Botschafter noch nichts unternommen[198], als Beneš am 21. März 1945 Molotov darüber informierte, daß die Engländer die Frage der Aussiedlung der Sudetendeutschen

mit der Frage des Transfers der deutschen Bevölkerung aus Polen bzw. aus dem Gebiet, das an Polen fallen wird, verbinden. Es entsteht die Frage, in welchen Teil Deutschlands die deutsche Bevölkerung transferiert werden soll. Deutschland

[197] Nichols an Warner am 27.2. mit Vermerken und Antwort von Eden vom 7.3. sowie Nichols an Masaryk bzw. Eden am 8.3.1945. FO 371/47085, N2123, N2546/207/12. — Indem *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 169-175, die internen Vermerke nicht zitiert, erweckt er den Eindruck, als hätte sich die britische Regierung bis 1945 nicht auf den Grundsatz des Transfers festgelegt.

[198] Foreign Office an Moskau am 7.3. und Clark Kerr an das Foreign Office am 6.4.1945. PREM 3/114/3A bzw. FO 371/47085, N2132, 3747/207/12.

werde in mehrere Okkupationszonen geteilt werden. Es ist also ein Übereinkommen mit der Sowjetunion notwendig, wie die Transferierung praktisch durchgeführt werden soll.

Molotov antwortete, im Grundsatz sei „die Haltung der sowjetischen Regierung zum Vorschlag der Aussiedlung der Deutschen positiv, doch müsse man die Frage nunmehr praktisch stellen, wie viele Deutsche und wie sie ausgesiedelt werden können". Auf Molotovs Frage, ob die Gesamtheit oder nur ein Teil der Deutschen transferiert werden solle, sagte Beneš, daß er mindestens zwei Millionen aussiedeln wolle, so daß der Tschechoslowakei etwa 800 000 Deutsche, besonders Arbeiter blieben: „Die gesamte deutsche Bourgeoisie und Intelligenz zieht offensichtlich ab, es bleiben die Arbeiter, die zwischen tschechische Siedlungen zerstreut werden." Beneš fügte hinzu, daß von den rund 600 000 Magyaren ungefähr 400 000 ausgesiedelt werden müßten. In bezug auf die Magyaren habe Molotov gegenüber den westlichen Alliierten den tschechoslowakischen Standpunkt unterstützt, sagte Fierlinger, aber keinen Erfolg gehabt, antwortete Molotov.[199] Als Molotov sich erkundigte, ob die Tschechoslowakei Anspruch auf deutsche Gebiete erhebe, antwortete Beneš, daß er den Umfang der notwendigen Aussiedlung der Deutschen nicht noch vergrößern wolle, ohne aber eine kleinere Grenzverschiebung auszuschließen.[200] Am 22. bzw. 26. März 1945 erzählte Beneš dem amerikanischen[201] und dem britischen Botschafter, daß Molotov dem Transfer von zwei Millionen Deutschen und rund 400 000 Magyaren zugestimmt habe. Im Foreign Office vertrat Allen daraufhin die Meinung, daß die bisherige Vorsicht Großbritannien „viele Freunde in der Tschechoslowakei kosten werde". O'Neill setzte dagegen, daß

rough and ready methods of transfer will cause great suffering and probably starvation to several millions of people in a country for the control of which we shall be largely responsible. A well regulated plan of gradual transfer might at least mitigate the difficulties.

Harvey antwortete, daß Großbritannien den Polen „einen reinen Tisch (a clean sweep) von allen Deutschen in Polen und Ostpreußen" versprochen habe und deshalb den Tschechen dasselbe nicht verweigern sollte.

199 Zápis o poradě, konané v Kremlu dne 21. března 1945, 50. — Sie auch: Československo-sovětské vztahy, Bd. 2, Nr. 248. — *Marjina:* Nejen o Podkarpatské Rusi 48f. — Sowjetisches Protokoll: Vostočnaja Evropa I, Nr. 54. — Siehe auch *Muraschko/Noskowa:* Politisch-psychologische Aspekte der Umsiedlung der Deutschen 982f.

200 *Kamiński:* Polska i Czechosłowacja 62.

201 Harriman an den Secretary of State am 22.3.1945. FRUS 1945, IV, 427-429.

I am afraid I regard the possibility of an orderly transfer of population from Eastern Germany on old-fashioned League of Nations lines as so improbable that I do not believe that it is even worth trying to do, at the price of incurring enmity both in Czechoslovakia and Soviet Russia. Nor do I believe that the arrival of these refugees will necessarily be so catastrophic if it is carried out once and for all and immediately.

Clark Kerr erhielt den Auftrag, die sowjetische Regierung zu fragen, ob Beneš korrekt berichtet habe, und auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die eine „radikale und verfrühte Aktion" in Deutschland bereiten würde.[202]

In Moskau verhandelte Beneš mit der dort residierenden KSČ-Führung über die Zusammensetzung und das Programm der ersten Nachkriegsregierung. Einige Dekrete waren schon in London vorbereitet worden. Benešs Verfassungsdekret vom 4. Dezember 1944 über die „Nationalausschüsse", die die Verwaltung befreiter Gebiete übernehmen sollten, und die „Vorläufige Nationalversammlung" sah für die Gemeinden und Kreise „mit einer Mehrheit staatlich unzuverlässiger Bevölkerung" die Ernennung von Kommissaren bzw. Verwaltungskommissionen vor.[203] Einen Vorschlag des Sozialdemokraten Laušman, der tschechischen Verwaltung eine beratende Körperschaft aus deutschen Antifaschisten zuzuordnen, hatte die Moskauer KSČ-Führung Ende August 1944 abgelehnt.[204] In einem weiteren Dekret Benešs vom 1. Februar 1945 „über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher, Verräter und ihrer Helfer und über außerordentliche Volksgerichte" wurde nicht nur die Mitgliedschaft in der SS und NSDAP, sondern auch in der ‚Sudetendeutschen Partei' unter Strafe gestellt.[205]

Für die Verhandlungen in Moskau hatten die Volkssozialisten und die Sozialdemokraten im Londoner Exil Richtlinien verabschiedet. Im Beschluß der Volkssozialisten hieß es: „Die ČSR wird ein Nationalstaat der Tschechen und Slowaken mit einem staatsrechtlich autonomen Vorkarpatenland [Podkarpatsko], und keiner Minderheit werden kollektive politische Rechte zuerkannt."[206] Das sozialdemokratische Aktionsprogramm forderte, „im Interesse der künftigen Sicherheit und Gewährleistung einer ruhigen Entwicklung der Republik das Problem der nationa-

202 Clark Kerr an das Foreign Office am 26.3.1945 mit Vermerken und Antwort vom 3.4.1945. FO 371/47085, N3308/207/12.

203 CK Nr. 102.

204 Vermerke über die Verhandlungen der politischen Berater des Regierungsdelegaten mit Vertretern der KSČ-Führung am 29.8.1944. CK Nr. 41.

205 CK Nr. 162.

206 Beschluß der Gruppe der tschechoslowakischen Volkssozialisten vom 31.1. 1945. CK Nr. 111.

len Minderheiten ein für alle Mal zu lösen". Die folgende Formulierung klang aber ungewöhnlich maßvoll:

Wir fordern, daß der Transfer jenes Teils der deutschen und magyarischen Bevölkerung durchgeführt wird, der seine Treueverpflichtung gegenüber der Tschechoslowakischen Republik verletzt hat und zur Vorhut der deutschen Reaktion und des Nazismus geworden ist. Die Stellung jener deutschen und magyarischen Mitbürger, die der Republik und ihren demokratischen Idealen treu geblieben sind, wird auf der Grundlage völliger staatsbürgerlicher Gleichheit – der politischen, wirtschaftlichen und sozialen – aufgebaut.

Von kultureller Gleichstellung war allerdings nicht die Rede.[207] In Moskau nahmen jedoch beide Parteien den Programm-Entwurf der Moskauer KSČ-Führung als Diskussionsgrundlage an, gegen dessen Formulierungen zur Frage der Deutschen und Magyaren sie keine Einwände hatten. Nur die deutschen und magyarischen „Antinazis und Antifaschisten" würden als tschechoslowakische Staatsbürger anerkannt und könnten eventuell in der Republik zurückbleiben. Diese Gruppe wurde eng definiert; sie umfaßte

jene, die schon vor München aktiv gegen Henlein und die magyarischen irredentistischen Parteien und für die Tschechoslowakei gekämpft haben, die nach München und nach dem 15. März von der deutschen und ungarischen Staatsmacht wegen ihres Widerstandes und Kampfes gegen das dortige Regime und für die Treue zur Tschechoslowakischen Republik verfolgt sowie in Kerker und Konzentrationslager gesperrt worden sind, oder die vor dem deutschen und magyarischen Terror ins Ausland fliehen mußten und sich aktiv am Kampf für die Erneuerung der Republik eingesetzt haben.

Den übrigen Deutschen und Magyaren sei die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zu entziehen. Sie könnten erneut für die Tschechoslowakei optieren, doch behielten sich die Behörden die Entscheidung über jeden einzelnen Fall vor.[208] In der Diskussion erklärte Kopecký, daß „die Frage des Transfers hier entschieden ist", und Gottwald ergänzte: „Dieser ist hier wie das Ei des Kolumbus." Nicht nur in der Frage Teschens, sondern auch von Glatz und Ratibor erwartete Gottwald sowjetische Unterstützung. Stránský berichtete, daß „die fremden Regierungen, die unser Memorandum [vom November 1944] erhalten haben, nichtssagende [nemastné] Erklärungen abgegeben haben. Dabei haben wir uns nicht auf die Hilfe Englands und Amerikas verlassen". Und Gottwald berichtete, daß Balfour und Harriman abgelehnt hätten,

207 Aktionsprogramm einer sozialdemokratischen Gruppe vom 18.2.1945. CK Nr. 122. — Aus dem Text und der Anmerkung geht hervor, daß es sich um ein Programm der Parteilinken handelte.

208 Programm-Entwurf vom 21.3.1945. CK Nr. 130.

den Transfer unter die Bedingungen des Waffenstillstands mit Ungarn aufzunehmen, während Molotov dafür gewesen sei, doch „die Rote Armee wird uns viel helfen."[209] Der kommunistische Entwurf wurde unverändert in das Kaschauer Programm der Regierung der Nationalen Front übernommen.

Die Reaktion der sudetendeutschen Emigration auf den ‚Transfer'

Ende Januar 1944 überreichte Jaksch dem Foreign Office, einigen Unterhaus-Abgeordneten besonders der ‚Labour Party' sowie der britischen Presse ein Memorandum, in dem er gegen Benešs und Ripkas Erklärungen über die Schaffung einer „national möglichst homogenen" Tschechoslowakei und zum Vertrag mit der Sowjetunion Stellung nahm. Beziehe man die polnischen Forderungen nach einer Annexion Ostpreußens und Schlesiens und Aussiedlung ihrer deutschen Bewohner ein, dann wären rund zehn Millionen Deutsche betroffen. Die britische Regierung habe sich gegen Massenrepressalien gegenüber ganzen Bevölkerungen ausgesprochen, doch nichts anderes bedeute „die Entwurzelung von Millionen, die Zerstörung ihrer gesamten sozialen Existenz". Sie träfe Schuldige, weniger Schuldige und Unschuldige. Wie seien diese Massenrepressalien mit der erklärten Politik der britischen Regierung bzw. dem Geist der Atlantik-Charta zu vereinbaren? Mit der Vertreibung der Deutschen verliere die Tschechoslowakei Menschen, die in wichtigen Industrien der Sudetengebiete arbeiten. Wegen der Wirtschaftskrise mit ihrer extrem hohen Arbeitslosigkeit unter den Sudetendeutschen habe die Henlein-Partei die Wahlen von 1935, angesichts der Schwäche der Demokratien und unter Mithilfe tschechischer Reaktionäre die Kommunalwahlen von 1938 gewonnen. Diese kurze Periode sei nicht typisch für die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen. Sie hätten Jahrhunderte lang zusammengelebt, von 1926 bis 1935 hätten jene deutschen Parteien das Übergewicht gehabt, die für das Zusammenleben in einem Staat mit den Tschechen eingetreten seien. Benešs panslavistisches Konzept, „nicht die Sicherheit Sowjetrußlands verlangt die Vertreibung von drei Millionen Sudetendeutschen". Die deutsche Arbeiterbewegung in der Tschechoslowakei sei stets für freund-

[209] Protokoll der Verhandlungen der tschechoslowakischen Parteien am 24.3.1945. CK Nr. 132.

schaftliche Beziehungen zur Sowjetunion eingetreten.[210] Walter Kolarz brachte in einem Beitrag in der Juni-Nummer von ‚The Left News' zusätzliche Argumente gegen die geplante Vertreibung: Neben der ‚Sudetendeutschen Partei' Konrad Henleins seien auch ‚Hlinkas Slowakische Volkspartei' und die Mehrheit der polnischen, magyarischen und karpatenrussischen politischen Gruppen schuld am Zerfall der Tschechoslowakei. Im Grunde habe sich in der Tschechoslowakei wiederholt, was im Falle Österreich-Ungarns geschehen sei. Auch die KSČ habe einige Zeit lang das Prinzip „der Selbstbestimmung, einschließlich des Rechts auf Lostrennung" vertreten. Wolle man die Bevölkerung jeweils für die Sünden ihrer Führer bestrafen, müßten viele Gebiete entvölkert werden wie z. B. die Karpatenukraine. Karl Hermann Frank handle nicht anders als Laval und Darlan in Frankreich, Pavelić in Kroatien oder Tuka und Mach in der Slowakei; daraus folgere jedoch niemand eine Kollektivschuld der Franzosen, Kroaten oder Slowaken.[211] Zu dem tschechoslowakischen Agenten Alfred Frenzel[212] sagte Reitzner, daß die Tschechen nach Benešs Moskau-Reise „glauben, daß sie nun für alle Zeiten gesichert sind". Jetzt traue sich kein Tscheche mehr, mit Vertretern der ‚Treuegemeinschaft' zu sprechen. Diese seien für die „Bestrafung aller Schuldigen, ob groß oder klein", aber gegen die Massenaussiedlung.

Es ist ganz gut möglich, daß man mit dem Versuch beginnt, ½ Million Sudetendeutscher auszusiedeln. Was ohne ein furchtbares Blutbad ja nicht vor sich gehen wird. Sind aber einmal die Feindseligkeiten eingestellt, reagiert doch die Welt ganz anders auf so etwas. Anstatt Frieden zu bringen, würde es nur zu neuen Haßgefühlen kommen. Wenn auch die Tschechen jetzt nach dem Moskauer Pakt sich sehr stark fühlen, sollten sich die führenden Politiker doch auch mit der weiteren Entwicklung beschäftigen.[213]

Nachdem die ‚Times' Mitte Februar 1944 gegen umfassende Bevölkerungstransfers Stellung genommen hatte[214], war Jaksch wieder etwas optimistischer[215], doch nach Churchills Unterhaus-Rede über die Kom-

210 Memorandum Jakschs „Mass Expulsion of the Sudeten Germans" (Ende Januar 1944). ČSNO Nr. 132.

211 Vermerk des Außenministeriums (Heřman) vom 26.6.1944. NK 192/2.

212 Am 7.2.1944 fragte Frenzel einen Mitarbeiter der Kanzlei des Präsidenten, ob er weiter in der ‚Treuegemeinschaft' bleiben oder austreten und versuchen solle, einen Teil der Mitglieder mitzuziehen. Vermerk von Dr. Kripner vom 7.2. 1944. AÚTGM, 40, XI/7/4.

213 Gedächtnisprotokoll Alfred Frenzels über eine Diskussion mit Reitzner am 9.2.1944. AÚTGM, 40, XI/7/4.

214 Siehe S. 274.

215 Vermerk Roberts über eine Besprechung mit Jaksch am 24.2.1944. FO 371/ 38922, C2605/63/12.

pensation der polnischen Verluste im Osten durch Gewinne im Norden und Westen[216] stellte er fest, daß dieser „die Atlantik Charta zumindest für die Achsenmächte außer Kraft setzte".[217] Er sprach die Hoffnung aus, daß es 1944 zu einer „antifaschistischen Revolution" in Deutschland kommen werde.[218] Der Erfolg der Bemühungen der ‚Treuegemeinschaft' hänge davon ab, „zu welchem Zeitpunkt die Mehrheit der Sudetendeutschen selber mit dem Nazi-Regime Schluß machen wird". Allerdings habe „noch kein Volk für die Aussicht auf Fremdherrschaft oder Schlimmeres Revolution gemacht", sagte er auf der Sitzung des Parteivorstandes am 18./19. März 1944.

Nach wie vor bleibt die Autonomie-Losung die einzige Waffe, um die sehr geschwächten Kader der Heimat-Bewegung aus ihrer Isolierung zu befreien und die Massen der Bevölkerung politisch von den Nazis loszulösen. Jede Kapitulationspolitik der Emigration würde den Nazis nur in die Hände spielen.

Die negative Einstellung der tschechischen Politik zum Sudetenproblem habe sich versteift. Aufgrund wiederholter Äußerungen von maßgeblicher Seite sei „mit der Gefahr eines Massentransfers ernstlich zu rechnen". „Die Transfer-Propaganda wird wie auf einer Zieh-Harmonika gespielt: abwechselnd wird der Eindruck erweckt, als ob nur einige Hunderttausend Schuldiger gehen müßten oder daß nur eine Minderheit ganz Unschuldiger bleiben könne." Der Parteivorstand verwarf

den als Allheilmittel angepriesenen Bevölkerungstransfer, weil er a) die gerechte Bestrafung der Nazi-Verbrechen erschwert, statt sie zu fördern, b) statt neuer demokratischer Gesinnung neuen Haß säen würde, c) den wirtschaftlichen Verheerungen durch den Krieg neue wirtschaftlich-soziale Störungen hinzufügen würde.[219]

Ähnlich argumentierte Jaksch gegenüber Siegfried Taub, der offensichtlich die Politik der Londoner ‚Treuegemeinschafts'-Führung kritisiert hatte. Den Brief hatte er in englischer Sprache verfaßt, da seine bisherigen deutschen Schreiben zu lange von der Zensur aufgehalten worden waren.

Why should we commit political suicide in exile, as long as our friends at home do believe in our future? ‚Domestic Affair' or not our people is not alone guilty. It will pay the bill but it has a right to live. To confine ourselves to the physical rescue of the faithful cadres would mean to accept the ‚Herrenvolk' theory the other

216 Siehe S. 350.
217 Rundschreiben von Jaksch/Reitzner von Anfang März 1944. SDA, NJ.
218 Rundschreiben des London Representative of the Sudeten German Social Democratic Party, Anfang März 1944. SDA, NJ.
219 Rundschreiben des London Representative of the Sudeten German Social Democratic Party, Anfang April 1944. SDA, NJ.

way round. What a prospect to spend the rest of our life in begging that some thousands of our workers are permitted to work in our factories and mines [...]. If it should happen then we can be politically no part of it.

Wer wisse, ob der tschechische Plan aufgehe, wer, welche Regierung in Prag nach sechs Monaten regieren werde. Die Tschechen hätten Probleme mit den Polen, den Magyaren, der Slowakei, Österreich usf. Auf jeden Fall seien sie auf die Lieferung von Brot und Rohstoffen über Hamburg oder Triest angewiesen.

They cannot feed the masses only with the cry for revenge. The task of reconstruction will be difficult for everyone. [...] The dominating mentality is: the socialdemocrats have to be servants of Czech nationalism and the communists can do what they like. The believers in communist loyality will have a bad awakening.

Es gebe Zeiten, da könne man nichts machen, außer um jeden Preis an Grundsätzen festhalten.

You may have a different opinion and we respect it, but if you should feel that we have here anything neglected or real opportunities missed then our common invitation stands, you should come over and try it yourself. There is no other way out.[220]

Am 27. Mai 1944 brachte der europäische Dienst der BBC ein Interview mit Beneš, in dem dieser erklärte, daß „die überwältigende Mehrheit" der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei entfernt werden müsse. „Im Prinzip bestehe ich auf den Vormünchener Grenzen, aber in der Praxis ..." Nach dem Bericht des Interviewers schaute Beneš dabei auf die Karte, hielt inne und fuhr fort, daß er auf der Friedenskonferenz einen Gebietsaustausch zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland befürworten werde. In dem Teil des Interviews, der anscheinend im Empire-Dienst gesendet wurde, erläuterte Beneš seine Vorstellung, daß die Tschechoslowakei Gebiete in Nordmähren gewinnen, aber solche um Jägerndorf und im Riesengebirge aufgeben könne. Daraufhin beschwerte sich Jaksch bei Roberts über Benešs Äußerungen, versprach aber dennoch, sich „weiterhin sehr ruhig zu verhalten, da es für eine kleine Exilpartei lächerlich sei, Widerstand gegen die Politik großer Nationen zu leisten, wenn eine solche Opposition rein theoretische Bedeutung habe".[221]

220 Auszug aus einem Schreiben Jakschs an Taub (vom 16.3.1944, mit einem Anschreiben des Czechoslovak Information Service (Papánek) an das Außenministerium vom 29.3.1944). AÚTGM, BAV, B, kr. 129.

221 Monitoring Report vom 28.5. und Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Jaksch vom 9.6.1944. FO 371/38945, C7825/1347/12. — Bericht von A. G. Weidenfeld über sein Interview mit Beneš am 25.5.1944. NS 36, 3, 355-361.

Mit seiner Erklärung, daß „nationalistische und militaristische Erwägungen, kurz Machtpolitik, erneut die Oberhand über die Ideale gewonnen haben, für die die Vereinten Nationen zu kämpfen vorgeben", habe Jaksch selbst die anti-faschistischen Ideale aufgegeben, behauptete der von Zinner geleitete ‚Sudetendeutsche Ausschuß' im März 1944. Der Ausschuß plädierte dafür, daß nicht nur alle Sudetendeutschen, die Hitler aktiv geholfen und die Tschechoslowakei verraten hätten, sondern auch alle jene, „die durch ihre Aktivitäten im Interesse der Nazis geholfen, das Nazi-Regime und die Kriegführung zu unterstützen", bestraft würden. Ein große Zahl von Sudetendeutschen habe sich auf diese Weise kompromittiert und sei eine ständige Gefahr und untragbare Last für jede demokratische Gemeinschaft, und deshalb müßten sie durch eine entsprechende Aktion unschädlich gemacht werden (they will have to be rendered harmless by proper action). Der Ausschuß verwies auf Benešs Äußerungen, daß die demokratischen, anti-faschistischen und loyalen Deutschen der Tschechoslowakei nichts zu fürchten hätten. Die Nazi-Verbrecher, Terroristen und andere schwer kompromittierte Sudetendeutsche müßten dagegen die Folgen ihrer Taten tragen. Wer kein loyaler Bürger des neuen Staates sein wolle, müsse den Boden der Tschechoslowakei verlassen. Benešs wiederholte Erklärungen straften alle diejenigen Lügen, die behaupteten, daß die Londoner Regierung alle 3,5 Millionen Deutschen vertreiben wolle.[222] Die Deutschen der ČSR würden je nach dem Ausmaß ihrer Verbrechen mit Tod, Gefängnis, Zwangsarbeit und Deportation aus der Republik bestraft, schrieb Beuer. Vollkommen im Sinne des Regierungsprogramms setzte er fort: „Den übrigen tschechoslowakischen Bürgern deutscher Nationalität soll die Möglichkeit geboten werden, entweder für die tschechoslowakische Republik oder für Deutschland zu optieren".[223] Die Deutschen der ČSR brauchten keine „Sicherung der Volkspersönlichkeit" und keine „Sudeten-Autonomie", meinte Beuer in der ‚Einheit', sondern „die Möglichkeit des Gebrauchs ihrer Muttersprache, die Erhaltung eines demokratischen deutschen Schulwesens und kulturelle Institutionen, sowie die engste kulturelle Zusammenarbeit mit dem tschechischen Volk. Demo-

222 Sudeten German Committee Representation of Democratic Germans from Czechoslovakia, Statement of Facts Regarding Sudeten German Problems (mit einem Vermerk von Roberts vom 12.6.1944). FO 371/38922, C7473/63/18. Datiert auf den März, da Jaksch schon in seinem Rundschreiben von Anfang April 1944 auf diese Erklärung bezug nahm. — Ähnlich Gustav Beuer in der ‚Einheit'. *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 66.

223 In der ‚Einheit' vom 1.7.1944. Zitiert in: Menschen im Exil 350.

kratischen Deutschen wird die Volksdemokratie solche Möglichkeiten nicht vorenthalten."[224]

Am 18. August 1944 teilte Jaksch dem Foreign Office mit, daß sich am 1. August ein ‚Democratic Sudeten Committee' gebildet habe, dessen Vorsitz er selbst übernommen habe. Sein Stellvertreter sei Pater Emanuel Reichenberger, der ehemalige Generalsekretär des ‚Volksbundes der deutschen Katholiken' in Reichenberg und Mitunterzeichner des letzten Friedensappells „des demokratischen Blocks der Arbeiter, Bauern, Katholiken und Liberalen" vom 18. September 1938.[225] Als Treuhänder der „militanten Kader der Sudetendemokratie" beanspruchte dieses Komitee das Recht, bei Entscheidungen über die Zukunft des Sudetenlandes als Partner herangezogen zu werden. In der Übergangsperiode wolle das Komitee das Sudetenland von den Nazis säubern und die demokratischen Institutionen und Verbände wieder aufbauen. Die Nazi-Verbrecher seien zu bestrafen, doch zerstöre kollektive nationalistische Rache die Grundlagen der neuen Sudeten-Demokratie.

As for the future, we are firmly convinced that an amicable lasting understanding on all problems of common concern can be achieved between a restored Sudeten Democracy and the liberated Czech and Slovak peoples. But again we object to another arbitrary decision on the fate and the future of our Sudeten population of more than three millions. The Sudeten Germans are not a ‚minority'. They are a component part of the family of nations of Central Europe. [...] We oppose, therefore, the plans by which the Czechoslovak Government in London aims at a mass transfer into Germany proper of the Sudeten population. [...] In our opinion a reconstitution of Czechoslovakia on federal lines would serve the common interests of the Czechs and Slovaks and of the Sudeten Germans as well. Pending such an understanding, the Democratic Sudeten Committee holds, that an interim solu-

224 Beuer in der ‚Einheit' vom 12.8.1944.

225 Abgedruckt in Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen, Dok. 199A. — Vgl. auch Reichenbergers Leitartikel in der Bohemia vom 9.9.1938, in dem er an Henlein appellierte, einen nationalen Ausgleich innerhalb der Tschechoslowakei zu suchen. *Ebenda,* Dok. 194A. — Dem Komitee gehörten außer einigen Sozialdemokraten bzw. Gewerkschaftern Karl von Lustig-Prean, ehemaliger Herausgeber der katholischen ‚Deutschen Presse' in Prag und Dr. J. H. Marton, ein „unabhängiger Liberaler" an. Jaksch an Roberts am 19.8. mit Vermerken vom 1.–3.9.1944. FO 371/38923, C11051/ 63/12. — Lustig-Prean zog jedoch im November seine Unterschrift für das ‚Demokratische Sudeten-Komitee' mit der Begründung zurück, daß sie als gegen die Tschechoslowakei gerichtet mißverstanden werden könne, und appellierte an Reichenberger, stattdessen eine christlich-demokratische Erklärung zu verfassen. Nur durch Mitarbeit beim Transfer sei zu erreichen, daß er „mit christlichen Methoden" durchgeführt werde. Lustig-Prean an Reichenberger am 17.11.1944. FO 371/ 38923, C16388/63/12.

tion under Allied auspices would constitute the best safeguard for a democratic settlement at the Peace Conference.[226]

Über die geplante Bildung des ‚Demokratischen Sudeten-Komitees' hatte Jaksch am 14. Juli Taub informiert.[227] Dieser kritisierte, daß er bei der Beschlußfassung übergangen worden sei, obwohl er auf der letzten Parteivorstandssitzung in Prag mit der Leitung des Sekretariats im Ausland und von einer in London abgehaltenen Landeskonferenz – am 28. September 1941 – mit den Verhandlungen mit den Tschechen beauftragt worden sei. Text und Unterzeichner der Resolution müßten „auf das Verhältnis zwischen uns und dem Partner einen gelinde gesagt ungünstigen Einfluß ausüben [...] und die Mission des Unterhändlers gefährden, wenn nicht unmöglich machen". Auch mit der Zusammenarbeit mit sudetendeutschen bürgerlichen Politikern war Taub nicht einverstanden.

Die bürgerliche Demokratie ist bei uns wie ein Kartenhaus zusammengestürzt, soweit das von Deutschen vorwiegend besiedelte Gebiet in Frage kommt. Sie hat auch nicht dem ersten Ansturm standgehalten, und ich kann getrost behaupten, daß auch die Menschen aus dem deutschbürgerlichen Lager, die sich uns als Kampfgefährten angebiedert und sogar führende Stellungen angesprochen haben, nach unserer Heimkehr [von] uns nicht als solche bezeichnet werden, die sich wenigstens anständig benommen hätten. Und zu dieser Erkenntnis wird jeder kommen, der die erschütternden Vorgänge, die sich im Lager der deutsch-bürgerlichen Demokratie, auch bei einigen, die sich fast als Bestandteil unserer Bewegung gebärdet haben, die sich vor, während und nach München bei uns abgespielt haben, verfolgt hat. So heldenhaft sich unsere Menschen, von den Franzel's, Grund u. a. abgesehen, benommen haben, so feige waren die deutschbürgerlichen Demokraten ausnahmslos. Keinen einzigen von ihnen hat man an der Seite unserer Verteidiger der Republik gesehen. [...] Beide Vertreter der Christlichsozialen, die Vertreter der Demokraten sind mir nicht bekannt, sind bei unseren Menschen in der Heimat keineswegs in einem guten Andenken, und ich glaube auch nicht, daß ihre Tätigkeit im Ausland geeignet ist, diese Einstellung zu ändern. [...] Es ist meiner Überzeugung nach unwürdig unserer Bewegung, mit Menschen eine Gemeinschaft einzugehen, die niemanden hinter sich haben.

Die Erklärung halte er für einen schweren Fehler. Nicht mit Hilfe von Faktoren außerhalb, sondern nur innerhalb der Tschechoslowakei werde über das Zusammenleben der Völker in der Tschechoslowakei ent-

226 Der Aufruf wurde am 31. Juli 1944 im ‚Sozialdemokrat' veröffentlicht und ist abgedruckt in: ČSNO Nr. 136. — Ähnlich äußerte sich Ernst Paul in der schwedischen Zeitung ‚Morgon-Tidningen'. Press Reading Bureau, Stockholm an das Political Intelligence Department am 21.8.1944. FO 371/38923, C11304/63/12.

227 Anmerkung 1 zu ČSNO Nr. 136.

schieden. Aufgabe der Partei wäre es gewesen, in der Heimat mit dabei zu sein, wenn es darum gehe, die berechtigte Haßwelle nach und nach abzubauen. Wie lange das dauern werde, hänge vom Verhalten der Deutschen in der Endphase der Auseinandersetzung mit den Nazis ab, „wie groß der Anteil sein wird, den unsere Genossen im Zeitpunkt stellen werden, in dem die Vernichtung der Nazis, ihre Vertreibung aus unseren Heimatgebieten auf der Tagesordnung sein wird". Die Partei solle „unseren Freunden [...] beistehen, soweit sie ihren alten Idealen treu geblieben sind". Aus den Beschlüssen der ‚Treuegemeinschaft' las Taub heraus, daß diese sich nicht bemüht habe, „die Situation des Partners auch ein wenig zu berücksichtigen". Nach den Wahlniederlagen von 1935 und 1938 sei die Partei nicht bereit gewesen „zuzugeben, daß es den Nazis gelungen ist, einen großen Teil unserer Wählermassen zu erfassen": „Wir müssen also erkennen, daß wir nur einen Teil unserer Menschen zu charaktervollen Demokraten und Sozialisten zu erziehen vermochten. Wir wollen auch nichts anderes sein als die Vertreter dieser treuen, standhaft gebliebenen Menschen." In allen Beschlüssen der ‚Treuegemeinschaft' spiegele sich die Erbitterung über das tschechische Verhalten gegenüber den politischen Flüchtlingen nach ‚München'. Dieses sei jedoch verständlich, da „aus den Mitkämpfern vergangener Tage [...] eben Angehörige eines Volkes geworden [sind], deren seinerzeitigen Repräsentanten sie die größte Demütigung zu verdanken haben, die jemals einem Volk zuteil wurde". Es wäre die Aufgabe gewesen, alles darauf einzustellen, gemeinsam mit den Freunden in der Heimat „die schwergeprüften tschechischen Brüder davon zu überzeugen, daß es nach wie vor Deutsche gibt, die wie ehedem alles für die Verteidigung der freien demokratischen Republik einsetzen wollen".[228] Aus Taubs Stellungnahme läßt sich herauslesen, daß er zumindest die Vertreibung der Nazis, wohl nicht nur der reichsdeutschen, akzeptierte. Seine Aussage über deren Erfolge unter den ehemaligen Wählern der DSAP könnte sogar als Einverständnis zu einer sehr weitgehenden Vertreibung aufgefaßt werden.

Im Staatsrat erklärte Ripka am 30. August, daß Jakschs Erklärung auf der Linie der Henlein-Politik liege. Nur wer seine Loyalität beweisen könne, dürfe nach dem Kriege in der Tschechoslowakei bleiben. Diese loyalen Bürger repräsentiere der ‚Antifaschistische Ausschuß der Demokratischen Deutschen aus der Tschechoslowakei'. Es sei lächerlich,

228 Taub an Jaksch (o. D.), mit Anschreiben des Außenministeriums an die Kanzlei des Präsidenten der Republik vom 7.11.1944. AÚTGM, BAV, B, kr. 129. — Siehe auch den Bericht des Außenministeriums über dieses Schreiben in: ČSNO Nr. 147.

kommentierte Roberts, Jakschs Aktivitäten in die Henlein-Tradition zu stellen. Jaksch und seine Freunde seien „gute Demokraten, die für ihre Überzeugungen gelitten haben". Sargent meinte dagegen:

The fact that Dr. Jaksch is a good democrat does not prevent him at the same time from being a good German imperialist. One of our great mistakes after the last war was to think that the one excludes the other [...]. Alas! I sympathise with the Czechoslovak Government in not wishing to be saddled in their country with any good German democrats. They are much more difficult to deal with than the open reactionaries.

Und Eden schloß sich an: „Sir O. Sargent utters a wise warning" und lehnte Jakschs Bitte um eine Unterredung ab.[229]

Am 8. Oktober 1944 sprach Ripka auf der Konferenz der bisherigen ‚Sudetendeutschen Einheitsfront', die den Begriff ‚sudetendeutsch' aufgab und sich ‚Vertretung der demokratischen Deutschen aus der Tschechoslowakei in Großbritannien' nannte, über „die Notwendigkeit der Vertreibung der deutschen Schuldigen". Er nannte auch die Zahlen aus dem Entwurf des Memorandums der Regierung vom 12. September 1944: 2–2,5 Millionen seien zu vertreiben oder abzuschieben, 800 000 bis eine Million Deutsche könnten bleiben. Dabei handle es sich jedoch um vorläufige Zahlen, fügte Ripka hinzu eingedenk der Forderung aus der Heimat nach einer Totalaustreibung. Ripka bestand auch auf der Beibehaltung der „Jahrhunderte-alten tschechisch-deutschen Grenzen". Zur Begründung der Vertreibung wies er darauf hin, daß die ‚Sudetendeutsche Partei' Henleins 1935 67 Prozent der nicht-kommunistischen deutschen Stimmen gewonnen habe. Bei den Kommunalwahlen hätten sogar 92 Prozent der Deutschen für Henleins Partei gestimmt. Noch heute bestehe die Mehrheit der Sudetendeutschen aus „fanatischen Gefolgsleuten Hitlers". Mehr als einmal habe sich Himmler Sudetendeutscher bedient, wenn er sich auf andere Deutsche nicht verlassen konnte. In den Sudetengebieten sei der Widerstand gegen den Nazismus am schwächsten. Die Zahl der „echten Anti-Nazis und Anti-Faschisten" habe bis 1938 eine kleine Minderheit von weniger als einem Drittel gebildet und sich seit ‚München' noch verringert. Noch kleiner sei die Zahl der Anti-Nazis, die zudem der Fahne der Tschechoslowakischen Republik stets treu geblieben sei. In seinen Vorwürfen gegen Jakschs Politik zog Ripka eine Linie von Jakschs Schrift „Was kommt nach Hitler?" vom Frühjahr 1939 bis zur Erklärung des ‚Democratic Sudeten Committee' von Oktober 1943, überging die Annäherungsversuche der

[229] Jaksch an Roberts am 19.8. mit Vermerken von Roberts, Sargent und Eden vom 1.–3.9.1944. FO 371/38923, C11051/63/12.

Zwischenzeit und verglich Jakschs Forderung nach einer Föderalisierung der Tschechoslowakei mit Henleins Karlsbader Programm von 1934 und dessen Forderungen im Jahre 1938. Im Exil habe Jaksch das Zerstörungswerk Henleins fortgesetzt. Es gebe natürlich einen Unterschied zwischen Henlein, dem Nazi, und Jaksch, dem Sozialisten: jener strebe nach deutscher Vorherrschaft in einem Nazi-Regime, dieser in einem sozialistischen System, doch verfolgten beide dasselbe Endziel, alldeutsche Vorherrschaft über andere Völker. Die Vertreibung und Aussiedlung der nazifizierten Deutschen aus der Tschechoslowakei liege im Interesse der deutschen Sozialisten, Kommunisten und übrigen Demokraten, die der Republik treu seien.[230] In seinem Vorwort zum Abdruck der Rede, die Ripka im Herbst 1944 vor diesem ‚Sudetendeutschen Ausschuß' gehalten hatte, behauptete Gustav Beuer, daß die überwiegende Mehrheit der in Großbritannien lebenden sudetendeutschen Antifaschisten „aus ganzem Herzen" dem von Ripka entwickelten Konzept der Regierung zustimmten, nicht nur die „überzeugten Nazis, die Vergehen gegen den Staat oder die tschechische Bevölkerung begangen hätten, zu vertreiben, sondern auch die „Deutschen mit pangermanischen Gefühlen und Einstellungen" abzuschieben.[231]

Ripkas Rede führte jedoch zu einer Differenzierung innerhalb der ‚Vertretung der demokratischen Deutschen aus der Tschechoslowakei'. Kreibich und Dr. Winternitz stellten sich bedingungslos hinter die Vertreibungspläne der Regierung. Der Kommunist Ludwig Freund[232], ein Redakteur der ‚Einheit', bezeichnete Ripkas Aussage, daß 800 000 Deutsche bleiben dürften, sogar als „großzügige Lösung".[233] Die Zin-

230 Rede Ripkas vom 8.10.1944. FO 371/38923, C15559/63/12. Auszugsweise abgedruckt in: ČSNO Nr. 146. — Im November 1944 erschien die Rede mit einem Vorwort Gustav Beuers im Druck unter dem Titel „The Future of the Czechoslovak Germans". — Schon am 30.8.1944 hatte Ripka das ‚Sudeten Democratic Committee' als antistaatliche Organisation bezeichnet, dessen Initiatoren zu bestrafen seien. *Feierabend:* Soumrak československé demokracie 67. — Wie ein Agent des amerikanischen ‚Office of Strategic Services' berichtete, war auch Rudolf Bechyně für den Transfer der Sudetendeutschen; zudem sollten s. E. die loyalen Deutschen in die Nähe der Grenze zu Österreich umgesiedelt werden. *Ullmann:* The United States in Prague 62.

231 Hubert Ripka: The Future of the Czechoslovak Germans. Vorwort von Gustav Beuer vom 16.11.1944. Hg. vom Czechoslovak-British Friendship Club. London (o. J.) und Gustav Beuer: Berlin or Prague? The Germans of Czechoslovakia at the Cross-Roads. London 1944. FO 371/47085, N366/207/12.

232 Nach seiner Rückkehr nach Prag nannte er sich Ludvík Frejka. 1945 war er Vorsitzender der Volkswirtschaftlichen Kommission der KSČ.

233 In einem Vortrag am 1.10.1944. Innenministerium an die Kanzlei des Präsidenten der Republik vom 17.10.1944. AÚTGM, 40, XI/8.

ner-Gruppe folgte Mitte Oktober 1944; sie befürwortete nicht nur die Elemente Ausbürgerung der Deutschen, die sich gegen die Republik vergangen und Hochverrat geübt hätten, und Verbleiben der Antifaschisten, sondern auch Ripkas Aussage, daß die übrigen zwar für die Tschechoslowakei optieren könnten, doch deren Behörden die letzte Entscheidung über die Rückgabe der Staatsbürgerschaft überlassen werden müsse.[234] Zinner bekannte sich im Namen der ‚Vertretung' „bedingungslos zum Nationalstaat der Tschechen, Slowaken und Karpatoukrainer"[235] und distanzierte sich ebenso wie die Parallelorganisation in Schweden von Jakschs ‚Demokratischem Sudeten-Komitee'.[236] Auf Betreiben der Kommunisten wurde Gustav Neumann, ein Mitglied der ‚Treuegemeinschaft', das den Aufruf des Komitees unterschrieben hatte, aus dem ‚Tschechoslowakischen Gewerkschaftszentrum' ausgeschlossen. Daraufhin brachen die Gewerkschafter der ‚Treuegemeinschaft' die Beziehungen zu ihren tschechoslowakischen Kollegen ab. Es habe sich gezeigt, daß die beschworene „Einheit" nur der „Deckmantel einer kommunistischen Parteidiktatur über Scheingewerkschaften wäre".[237] Ein Teil der Anhänger der ‚Vertretung' war jedoch mit deren Zustimmung zur Vertreibung nicht einverstanden und forderte Verhandlungen mit der Exilregierung über die Frage deutscher Schulen, Zeitungen, Vereine usf. und die Beteiligung von Deutschen an der Verwaltung. Mitglieder der Zinner- und Peres-Gruppen sagten, daß von den demokratischen Deutschen nicht gefordert werden könne, daß sie ihre Sprache, Kultur und Geschichte aufgeben, wenn aber doch, „wäre es besser, Jakschs Standpunkt zu vertreten". Dr. Adolf Gierschik, ein Mitglied der Peres-Gruppe, das beschlossen hatte, in England zu bleiben, erklärte, daß er niemanden beneide, der in der Heimat zurückkehren werde. Er wandte sich gegen Ripkas Vergleich zwischen Henlein und Jaksch, der kein Verräter sei und nicht nur unter den Deutschen, son-

[234] Sozialistische Nachrichten vom 15.10.1944. Zitiert in: *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 68. — Daraufhin brach Brügel mit der Zinner-Gruppe, lehnte jede weitere Mitarbeit in den ‚Sozialistischen Nachrichten' ab und trat aus dem ‚Sudetendeutschen Ausschuß' aus. Die übrigen Mitarbeiter des Blattes erklärten ihre Solidarität mit Brügel. Rechtsanwalt Breitinger an das Landgericht München vom 10.8.1961 und 12.10.1962.

[235] *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 68, zitiert die ‚Einheit' vom 21.10. 1944.

[236] Innenministerium an die Kanzlei des Präsidenten der Republik am 14.11.1944. AÚTGM, 40, XI/8.

[237] Rundschreiben von Jaksch/Reitzner vom 17.10. und Rundschreiben des ‚Committee of the Sudeten Trade Unionists in Great Britain' vom 15.11.1944. SDA, NJ.

dern auch unter den Tschechen den Ruf eines anständigen und demokratischen Politikers genossen habe. Auf derselben Versammlung der Peres-Gruppe schlug Dr. Robert Grossmann vor, sich wegen des Schicksals der demokratischen Deutschen an die westlichen Alliierten zu wenden.[238] Gegen Ripkas Argumentation, über die der ‚Manchester Guardian' berichtete, wandte Reitzner in einem Leserbrief vom 7. November 1944 ein, daß die Sudetendeutschen, die sich Henlein angeschlossen hätten, nur gegen die Zustände in der Tschechoslowakei protestieren wollten; dessen Fernziel hätten sie nicht geteilt und gar nicht gekannt.[239]

In Schweden äußerte sich Ernst Paul im August 1944 in der schwedischen Zeitung ‚Morgon-Tidningen': „Lidice muß gerächt werden, und es gibt eine Menge wiedergutzumachen, doch darf die sudetendeutsche Demokratie nicht getötet werden". Die Vertreibungspläne müßten widerrufen werden. Paul erhob allerdings keine Forderungen in bezug auf die innere Gestaltung der Nachkriegsrepublik oder eine alliierte Verwaltung.[240] Die schwedische Sektion der ‚Treuegemeinschaft' verabschiedete auf ihrer 2. Allgemeinen Konferenz am 15. Oktober 1944 einen Protest gegen die Vertreibungspläne. Gegen die ‚Arbeitsgemeinschaft čechoslovakischer Sozialisten', das Pendant zur Zinner-Gruppe, gewandt, erklärte die Sektion: Wie das sowjetische Vorgehen im Baltikum, Rumänien und Bulgarien zeige, dulde die Sowjetunion in ihrem Einflußbereich sozialdemokratische Parteien, wenn überhaupt, allenfalls für einige Monate. Falle auch Deutschland unter sowjetische Herrschaft, müßten die deutschen Sozialdemokraten im Exil bleiben.[241] Auf dieser Konferenz erklärte Karl Kern:

> Es geht bei den 800.000 Sudetendeutschen, die man nach den nun vorliegenden Plänen im Lande ‚belassen' will, in Wahrheit nicht um die Antinazisten, es geht um die 800.000 sudetendeutschen Arbeiter und Bauern, die man braucht, um die Industrie in Gang zu halten, und die dann zum Dank dafür entnationalisiert würden. Es könnte sein, daß eine solche Barbarei eine Einheit der Sudetendeutschen hervorruft, die besagt: ‚Wenn ihr die zwei Millionen nicht mehr haben wollt, dann sollt ihr auch die 800.000 nicht behalten dürfen'.[242]

238 Innenministerium an die Kanzlei des Präsidenten der Republik am 14.11.1944. AÚTGM, 40, XI/8.

239 Manchester Guardian vom 30.10. und 7.11.1944. NK 212/1, S. 214.

240 Ernst Paul bzw. Josef Ladig in der schwedischen Zeitung ‚Morgon-Tidningen'. Press Reading Bureau, Stockholm, an das Political Intelligence Department am 21. und 22.8.1944. FO 371/38923, C11304, 11381/63/12.

241 Bericht des Press Reading Bureau, Stockholm, an das Foreign Office am 11.1. 1945. FO 371/47119, N583/583/12.

242 *Kern:* Heimat und Exil (187 S.).

Für die ‚Arbeitsgemeinschaft' antwortete Ladig auf Paul: Die deutschen Antifaschisten aus der Tschechoslowakei setzten sich nicht für das sudetendeutsche Volk, sondern nur für jene ein, die sowohl vor als auch nach 1939 auf der Seite des versklavten tschechoslowakischen Volkes gestanden hätten.[243] Und auf ihrer Konferenz vom 6.–7. Januar 1945 sprach sich die ‚Arbeitsgemeinschaft' für die Ausweisung der sudetendeutschen Nationalsozialisten sowie aller Deutschen aus, die gegen die Republik gesündigt hätten.[244] Ende Januar 1945 verabschiedeten die Zinner-Gruppe und die Kommunisten auf einer Konferenz in London eine Erklärung, in der sie versprachen, „den slawischen Völkern bei der Durchführung der gerechten und harten Maßnahmen im Verlaufe der Reinigungsaktion unter den Deutschen der Republik von allen großdeutschen, faschistischen und nationalistischen Elementen zu helfen." Da die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft auch „vom faschistischen und imperialistische Gift verseucht" worden sei, falle sie ebenfalls „unter die Bedingungen der Reinigungsaktion".[245]

Als Jaksch am 27. September 1944 wieder bei Roberts vorsprach, hatte er jede Hoffnung fahren lassen. Ebenso wie vor dem Kriege sei Benešs internationale Position stark, seine innenpolitische Stellung dagegen schwach; anscheinend glaube er, nach der Befreiung nur Präsident bleiben zu können, wenn er auf der Welle des tschechischen Nationalismus schwimme. Er fürchte, daß sich die Tschechen in der ersten Begeisterung über die Befreiung zu Maßnahmen hinreißen ließen, die sie später bitter bereuen würden, da sie der Wirtschaft schaden und „eine künftige Zusammenarbeit von Tschechen und Deutschen, ob inner- oder außerhalb der erneuerten Tschechoslowakei, für hundert Jahre unmöglich machten". Sein Versuch, beide Völker miteinander zu versöhnen, sei gescheitert; die Zukunft gehöre extremeren Elementen unter den Sudetendeutschen. Soweit er dazu in der Lage sei, wolle er sich dafür einsetzen, daß die Sudetendeutschen nach Österreich statt nach Deutschland ausgesiedelt würden. Man solle ihm erlauben, in seine Heimat zurückzukehren, wo er versuchen werde, bei dem schrecklichen Transferproblem zu helfen.[246] Falle die Entscheidung zugunsten des

[243] Ernst Paul bzw. Josef Ladig in der schwedischen Zeitung ‚Morgon-Tidningen'. Press Reading Bureau, Stockholm, an das Political Intelligence Department am 21. und 22.8.1944. FO 371/38923, C11304, 11381/63/12.

[244] Bericht Press Reading Bureau, Stockholm, vom 28.1.1945. FO 371/47119, N583/583/12.

[245] Auszüge aus der Erklärung der gemeinsamen Konferenz der deutschen Sozialdemokraten (Zinner-Gruppe) und der Kommunisten vom 27./28.1.1945. Menschen im Exil 343f. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 69.

[246] Vermerk von Roberts vom 27.9.1944. FO 371/38945, C13122/1347/12.

Transfers, wolle er in Bayern oder in einem anderen Aufnahmegebiet Sozialarbeit für seine Landsleute leisten. Jaksch zeigte sich beunruhigt über Gerüchte, daß die Russen mehrere hunderttausend Sudetendeutsche zu Wiederaufbau-Arbeiten in Rußland einsetzen wollten.[247] Der Kampf gegen die sudetendeutschen Sozialdemokraten werde mit solcher Schärfe geführt, „weil sie der Durchführung dieses größten Verbrechens in der Geschichte des deutsch-tschechischen Zusammenlebens im Wege stehen". Die lautesten Rufer nach dem Massentransfer handelten nicht aus dem Gefühl ihrer Stärke: „Sie sehen für sich nur eine politische Zukunft, wenn sie den wirtschaftlichen Raub des Volksvermögens eines vernichteten Nachbarvolkes als Morgengabe heimbringen."[248]

Im Oktober 1944 schrieb Attlee als Vorsitzender der ‚Labour Party' an Jaksch, daß er die Frage des Sudetenlandes als innere Angelegenheit der Tschechoslowakei betrachte.[249] Auf der Konferenz der Labour Party im Dezember 1944 verteilte Jaksch Flugblätter mit den Titeln „Mass Transfer of Minorities" und „The Sudeten Problem in War and Peace". Der sudetendeutschen Opposition in der Heimat solle erklärt werden, daß ihr Anteil an der Gestaltung der Zukunft vom Ausmaß ihrer Beteiligung am Aufstand des tschechischen Volkes im entscheidenden Moment abhänge. Eine Alternative zum Nationalstaat sah Jaksch in der Bildung einer föderativen Republik nach jugoslawischem Vorbild.[250] Am 1. Februar 1945 bat er um Erlaubnis, die Sudetendeutschen in der Heimat zu einer „allgemeinen Verweigerung des Gehorsams", besonders aber gegen den ‚Volkssturm' aufzurufen; er wolle an seine Landsleute appellieren, sich nicht gegen die Tschechen einsetzen zu lassen. Eine gemeinsame Aktion der sudetendeutschen Massen mit den Tschechen würde günstige Voraussetzungen für eine zukünftige konstruktive Lösung schaffen. Das Foreign Office lehnte mit der Begründung ab, daß Großbritannien nicht die Verantwortung für die Sudetendeutschen übernehmen könne, die dem Aufruf folgten und dann doch von der tschechoslowakischen Regierung vertrieben würden.[251] Am 20. Februar 1945 berichtete Jaksch seinen Genossen über das Memorandum der tschechoslowakischen Regierung vom November 1944, das er von „gutgesinnter tschechischer Seite" erhalten hatte. Er kam zu folgendem Schluß:

247 Political Intelligence Department (Godfrey Lias) an Roberts am 27.9.1944. FO 39845, C13123/1347/12.

248 Rundschreiben von Jaksch/Reitzner vom 11.10.1944. SDA, NJ.

249 *Firt:* Cestou k únoru 220.

250 Bericht des Außenministeriums (Fischl) vom 28.12.1944. NK 213, 5ff.

251 Jaksch an Roberts am 1.2. und Vermerk von Gatehouse vom 24.2.1945. FO 371/47082, N1801/133/12.

Er [der Plan] steht im krassen Widerspruch sowohl zum internationalen als auch zum tschechoslowakischen Recht. Die darin beantragten Maßnahmen werden vor der freien Welt weder vom Standpunkt einer politischen Vergeltung aus noch unter irgendwelchen Rechtsvorwänden zu verteidigen sein. Früher oder später wird zugegeben werden müssen, daß der Aussiedlungsplan auf nackter Willkür, Vermögensraub und nationaler Rachelust beruht. Wer immer daran beteiligt war, wird sich nie mehr als zivilisierter Europäer ausgeben können.[252]

Seine einzige Hoffnung sei, sagte er im März 1945 einem Mitglied der britischen Botschaft bei der Exilregierung, daß die Schwierigkeiten bei der Durchführung des Transfers, das unvermeidliche Leiden und Blutvergießen die Tschechen zwängen, ihre Pläne zu modifizieren. Ihnen werde schwer fallen, ohne die deutschen Berg- und Industriearbeiter das Land wiederaufzubauen. Wegen der vielen Mischehen seien Deutsche und Tschechen kaum zu trennen. Alles entscheidend sei, ob die Russen und die tschechoslowakische Regierung mit den tschechischen „Faschisten" radikal abrechnen oder lieber gegen die sudetendeutschen „Sündenböcke" vorgehen wollten, wovon die tschechischen Kollaborateure profitieren würden.[253] Mit dem Vorwurf pangermanischer Neigungen und der Verweigerung des Militärdienstes in der tschechoslowakischen Armee begründete Ripka am 20. April 1945 seine Bitte an die Amerikaner, Jaksch und seinen Anhängern nicht die Einreise in die Tschechoslowakei zu erlauben.[254]

Am 7. Juni 1945 wandten sich Jaksch, de Witte und Katz an den Londoner US-Botschafter Winant: Vier Millionen Sudetendeutsche und Magyaren würden enteignet und vertrieben.

They are being treated worse than war criminals, who are not denied the benefit of hearing and fair trial. [...] According to official evidence from Prague no exception is made even for former members of loyalist parties who have been exposed to Gestapo persecution ever since October 1938.

Die drei Sozialdemokraten baten um „ein gewisses Maß inter-alliierten Schutzes für die Minderheiten-Bevölkerungen der Tschechoslowakei" und wiesen auf die „drohende Gefahr des schrecklichen Verlustes des Lebens und Leids" (imminent danger of terrible loss of life and suffering) hin.[255] Am nächsten Tag schrieben Jaksch und Reitzner an die Mitglieder der ‚Treuegemeinschaft':

Es überrascht uns auch nicht, daß plötzlich alle Versprechen über eine Sonderbehandlung der demokratischen Sudetendeutschen vergessen sind. Alles, was die

252 Rundschreiben Jakschs vom 20.2.1945. SDA, NJ.
253 Vermerk Murrays vom 8.3.1945. FO 371/47085, N2674/207/12.
254 Ripka an Schoenfeld am 20.4.1945. FRUS 1945, II, 1250-1252.
255 Jaksch, de Witte und Katz an Winant am 7.6.1945. FRUS 1945, II, 1252f.

‚Bedingungslosen' darüber erzählten, war Selbstbetrug und Betrug anderer. Die Zuhälter der Aussiedlungspolitik haben ihre Schuldigkeit getan und ihre Dienste werden umso überflüssiger, je gründlicher diese Politik zum Zuge kommt.[256]

Tatsächlich wurden auch die sudetendeutschen Exil-Kommunisten von Rudolf Slánský, dem Generalsekretär der KSČ, angewiesen, nicht in die ČSR zurückzukehren, sondern sich in der sowjetischen Besatzungszone niederzulassen. Rund 75 Zinner-Anhänger aus Großbritannien und 25 aus Schweden wurden nach Österreich geschickt.[257]

Aussiedlung und Austausch von Magyaren aus der Slowakei

Aus der Slowakei erhielt die Exilregierung seit 1943 Berichte über eine wachsende anti-ungarische Stimmung und das Verlangen nach der Vertreibung der Magyaren.[258] Der slowakische Gesandte in Bukarest berichtete über Ankara nach London:

Nach dem Umsturz wird es angeblich nicht nur zu einer energischen Säuberung in den eigenen Reihen, sondern auch zu einer Reinigung [vyčištění] der Slowakei von den Magyaren und den Magyaronen kommen. [...] Man rechnet damit, daß die Südgrenze der Slowakei von 1938 wiederhergestellt wird und daß die magyarische Bevölkerung ausgesiedelt oder gegen Slowaken in Ungarn ausgetauscht wird.[259]

Im März 1944 forderte ‚Flora', eine pro-tschechoslowakische nichtkommunistische Gruppe, die Exilregierung auf: „Legt Gewicht auf die Korrektur der Grenzen, soweit es um die Slowakei geht im Süden gegen die Magyaren. Entfernt die Minderheiten."[260]

Ende August 1944 brach in der Mittelslowakei ein Aufstand aus, der bis Ende Oktober dauerte. An dessen Spitze stand der ‚Slowakische Nationalrat' (Slovenská národná rada). Dieser ordnete am 6. September 1944 an, daß in jenen Kirchen ungarisch oder deutsch gepredigt und in jenen Schulen ungarisch oder deutsch unterrichtet werden dürfe, in denen dies schon vor dem 6. Oktober 1938, also vor dem Wiener Schieds-

256 Rundschreiben des London Representative of the Sudeten German Social Democrats vom 8.6.1945. SDA, NJ.

257 *Hrabovec:* Vertreibung und Abschub 414.

258 *Janics:* Czechoslovak Policy and the Hungarian Minority 75-100.

259 J. Milec an die Exilregierung am 15.9.1943. DHČSP II, Nr. 525.

260 Kopecký an das Außenministerium am 14.3.1944. SNP-D Nr. 51.

spruch, der Fall gewesen sei.[261] In den „Programmgrundsätzen“, die die ‚Demokratische Partei der Slowakei‘ während des slowakischen Aufstands veröffentlichte, hieß es:

Soweit anderssprachige Minderheiten nicht durch einen weitreichenden Bevölkerungsaustausch aus der Republik entfernt werden können, erhalten sie solche Rechte, wie sie ihnen die neue internationale Ordnung gewährt und welche den Slowaken in den Heimatstaaten jener Minderheiten eingeräumt werden.[262]

Zur selben Zeit berichtete allerdings Jan Šverma, von der Moskauer KSČ-Führung in die Mittelslowakei gesandt, dem ‚Slowakischen Nationalrat‘ über die „völlige Einheit“ des Londoner und Moskauer Exils in den Grundsatzfragen der gegenwärtigen und künftigen Politik. Die ČSR werde als Staat „dreier brüderlicher Völker: der Tschechen, Slowaken und Karpatenukrainer“ aufgebaut. Die Frage der nationalen Minderheiten werde radikal gelöst, die Zahl der Deutschen in der Republik vermindert. „Wir sperren uns nicht gegen radikale Lösungen dieser Fragen“, sagte Šverma. Dennoch verhehlten seine Formulierungen nicht, daß eine Entscheidung in bezug auf die Magyaren noch nicht gefallen war.[263] Das kommunistische Mitglied des ‚Slowakischen Nationalrates‘ Marek Čulen sprach nur von der entschädigungslosen Enteignung des Landes der „deutschen Nazisten“ und der magyarischen Gentry.[264]

Nach Feierabends Aussage trat Beneš auf informellen Ministertreffen noch im Januar und März 1943 für die Abtretung größerer Gebiete an Ungarn ein, als die tschechoslowakischen Militärs vorgeschlagen hatten.[265] Während seiner USA-Reise traf er sich mit zwei prominenten Vertretern des ungarischen Exils, nämlich mit Oszkár Jászi und Prof. R. Vámbery. Aus dessen Vermerk geht hervor, daß Beneš zwar darauf bestanden habe, daß nach dem Krieg zuerst die Vorkriegsgrenzen wiederherzustellen seien, daß Ungarn aber danach in der Grenzfrage mit tschechoslowakischem Entgegenkommen rechnen könne. Beim Bevölkerungsaustausch denke er „in erster Linie an Nazi-Verbrecher, besonders an sudetendeutsche Nazis“.[266] Im Dezember 1943 ging O'Neill davon aus, daß Beneš vorhabe, zwei Drittel der Magyaren aus der Slowa-

261 *Čierna/Lantayová:* Podoby Česko-Slovensko-Maďarského vzťahu 67.

262 Programm-Grundsätze der ‚Demokratischen Partei‘, veröffentlicht in ‚Čas‘ vom 1.–4.10.1944. SNP-D Nr. 383.

263 Sitzungsprotokoll des ‚Slowakischen Nationalrates‘ vom 3.10.1944. SNP-D 387.

264 Rede Mark Čulens am 13.10.1944. CK Nr. 79.

265 *Feierabend:* Politické vzpomínky, Bd. 3, 101.

266 Vermerk Vámberys über eine Besprechung mit Beneš am 28.5.1943. DHČSP I, Nr. 277.

kei auszusiedeln. Wenn Beneš an seiner oft proklamierten Absicht festhalte, Ungarn die Große Schütt zu überlassen, handle es sich jedoch um keine große Zahl, meinte Roberts.[267] Anfang Januar 1944 erklärte Ripka einem Beamten des Foreign Office: 700 000 Magyaren leben in der Tschechoslowakei, 350 000 Slowaken in Ungarn.[268] Prof. Mabbott wies allerdings darauf hin, daß die Zahl von 350 000 „Slowaken" in Ungarn allenfalls für das Jahr 1920 gelten könne; aufgrund der inzwischen weiter fortgeschrittenen Assimilation schätzte er deren Zahl auf etwa 100 000, von denen nur einige Tausend an einer Umsiedlung in die Slowakei interessiert sein dürften.[269] Die Tschechoslowakei sei zu kleineren Grenzberichtigungen gegenüber Ungarn bereit, sagte Ripka, wenn diese mit einem Austausch der jeweiligen Minderheiten verbunden würden. Die zurückbleibenden Magyaren sollten „in vollständiger Trennung von ihrem Mutterland" (in complete dissociation from their mother-country) wie die Slowaken oder Magyaren in den USA leben und keine „politischen Blöcke" bilden können[270] – eine frühe Andeutung der nach dem Kriege durchgeführten Umsiedlung von Magyaren in die Sudetengebiete.

Die Exilregierung wollte an der Unterzeichnung eines eventuellen Waffenstillstands mit Ungarn und Deutschland beteiligt werden, in dem beide Staaten verpflichtet werden sollten, dem Transfer der Magyaren bzw. Sudetendeutschen zuzustimmen.[271] Diese Forderung stelle seine Regierung nicht nur aus grundsätzlichen, sondern auch praktischen Erwägungen, sagte Ripka am 21. Dezember 1944 zu Gusev, dem sowjetischen Vertreter in der European Advisory Commission: „Es ist doch klar, daß die Deutschen von unserem Volk sofort aus unserem Land vertrieben werden, und schon deshalb ist es nötig, daß sich Deutschland um diese Leute irgendwie kümmert bzw. daß die Besatzungsmächte die deutschen Behörden zur Sorge um diese Leute zwingen". Zwar hätten die Regierung Großbritanniens und der USA dem Transfer ihre prinzipielle Zustimmung gegeben, doch fürchte er einen Wandel in der öffentlichen Meinung beider Staaten. Deshalb müsse der Transfer so schnell wie möglich nach der Kapitulation Deutschlands und Ungarns

267 Vermerk O'Neills vom 12.12. und Vermerk von Roberts vom 13.12.1943. FO 371/34462, C14512/279/18.

268 Barker an Allen über eine Besprechung mit Ripka vom 6.1.1944. FO 371/38928, C643/208/12.

269 Memorandum Mabbotts vom 31.3.1944: „Minority Transfers in South East Europe". FO 371/39091, C4485/220/18.

270 Barker an Allen über eine Besprechung mit Ripka vom 6.1.1944. FO 371/38928, C643/208/12.

271 Vermerk Benešs über eine Besprechung mit V. Z. Lebedev vom 13., Ripka an Fierlinger am 18.11.1944. Československo-sovětské vztahy, Bd. 2, Nrn. 151, 158.

eingeleitet und auch abgeschlossen werden.[272] Als die sowjetische Regierung über das ungarische Angebot eines Waffenstillstands informierte, forderte die Exilregierung erneut, Ungarn die Zustimmung zum „Grundsatz des Transfer und Austauschs der magyarischen Bevölkerung aus der ČSR" schon im Abkommen über den Waffenstillstand aufzuerlegen.[273] In dieses Abkommen könne die Frage des Transfers „nicht gut" aufgenommen werden; vielmehr werde sie bei den Verhandlungen über einen Friedensvertrag behandelt werden, antwortete V. A. Zorin, der Leiter der zuständigen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums.[274] Ripka gab sich nicht geschlagen und schrieb an Fierlinger, daß er nochmals darlegen solle, „daß uns sehr am Transfer liegt, besonders weil durch ein Präzedenz für die Waffenstillstandsbedingungen mit Deutschland geschaffen würde. Die Angelegenheit kann nicht bis zu den Friedensverhandlungen warten, da unser Volk sofort nach der Befreiung beginnen wird, die Deutschen und anscheinend auch die Magyaren auszutreiben. Es handelt sich um eine elementare Bewegung."[275] Dennoch gelang es Fierlinger nicht, den Transfer bzw. Austausch der Magyaren in den Waffenstillstandsbedingungen mit Ungarn zu verankern, da der US-Botschafter Harriman und der britische Gesandte Balfour die Forderung ablehnten und Molotov sie nicht mit Nachdruck unterstützte. Im Waffenstillstand mit den Alliierten vom 20. Januar 1945 verpflichtete sich Ungarn, alle Truppen und Beamten aus den besetzten Gebieten hinter seine Grenzen vom 31. Dezember 1937 zurückzuziehen sowie alle legislativen und administrativen Regelungen in bezug auf die Annexion und Inkorporation tschechoslowakischer, jugoslawischer und rumänischer Gebiete aufzuheben.[276] Ripka war „beunruhigt und überrascht": Diese Unterlassung könne zu „sehr ernsten Komplikationen" mit Ungarn und Deutschland führen. Ob es den Großmächten gefalle oder nicht, zur Vertreibung der Magyaren und Deutschen werde

272 Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Gusev am 21.12.1944. *Ebenda*, Nr. 187.

273 Memorandum der sowjetischen Regierung vom 26., Ripka an Fierlinger am 28. und 20.12.1944. *Ebenda*, Nrn. 192, 199, 206.

274 Fierlinger an Außenministerium am 3.1.1945. *Ebenda*, Nr. 210.

275 Ripka an Fierlinger am 8. und Antwort vom 15.1.1945. *Ebenda*, Nrn. 215, 221. — Vermerk Zorins über eine Besprechung mit Fierlinger am 9., Denkschrift Fierlingers an Molotov vom 15.1.1945. Vostočnaja Evropa I, Nr. 38 und Anmerkung zu Nr. 42.

276 Fierlinger an Außenministerium am 16./17.1.1945. Československo-sovětské vztahy, Bd. 2, Nr. 222. — *Kaplan:* Pravda 87f. — *Kastory:* Rewanż 20. — *Čierna-Lantayová:* Podoby 60f.

es auf jeden Fall kommen.[277] Und in seiner letzten Rundfunkansprache vor der Abreise nach Moskau sagte Beneš: „Die Endlösung der Frage unserer Deutschen und Magyaren muß vorbereitet werden, da die neue Republik ein tschechoslowakischer Nationalstaat sein wird."[278]

Die polnischen Annexions- und Vertreibungspläne im Zeichen der Kompensation

Für das polnische ‚Ministerium für Kongreßarbeiten' (Ministerstwo Prac Kongresowych) war das nationalsozialistische Deutschland die „logische Konsequenz der historischen Entwicklung des modernen Deutschland". Nur nach einer „tiefgreifenden moralischen und politischen Evolution", hieß es in seinem Memorandum über „The Problem of Germany" vom Oktober 1943, werde Deutschland sich an der friedlichen internationalen Zusammenarbeit beteiligen können. Deutschland solle nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und ideologisch abgerüstet werden. Dazu müsse Deutschland militärisch besetzt, die Entstehung eines neuen deutschen Generalstabs verhindert, die deutsche Rüstungsindustrie liquidiert und seine Kohle-, Eisen-, Maschinenbau- und Chemie-Industrie reduziert und kontrolliert werden, wobei denjenigen Staaten, die Opfer deutscher Aggression geworden seien, Sachreparationen zu leisten seien. Die deutsche Industrie solle Konsumgüter produzieren und der deutsche Außenhandel nach Übersee gehen, um besonders die Staaten Mitteleuropas von der ökonomischen Dominanz Deutschlands zu befreien. Deutschland sei zu dezentralisieren, Preußen in autonome Einheiten aufzuteilen, Gewerkschaften, Jugendverbände und Kirchen sollten gefördert werden. Eine Aufgliederung Deutschlands in souveräne Staaten sei nicht zu empfehlen, da sie zu Wiedervereinigungsbestrebungen und damit zur Störung des Friedens führen würde. Das Memorandum unterschied wie sein Vorgänger vom 1. Dezember 1942[279] zwischen einer Zone strengen Besatzungsregimes jenseits von Oder (und Rhein) und Annexionen und wiederholte die früheren Gebietsforderungen. Da die Auslandsdeutschen einen Teil der NS-Prominenz gestellt und sich als ‚Fünfte Kolonnen' erwiesen hätten, sollten sie, wo immer

277 Vermerk Ripkas über eine Besprechung mit Nichols am 24.1.1945. ČSNO Nr. 153.

278 Rundfunkansprache Benešs vom 16./17.2.1945. *Beneš:* Šest let 255.

279 Siehe S. 217.

möglich, ins Reich abgeschoben werden.[280] Savary, der zweite Mann in der britischen Botschaft bei der polnischen Exilregierung, kam zu dem Schluß, daß die Polen alle Deutschen aus Altpolen und den neupolnischen Gebieten aussiedeln wollten. Den Masuren werde freigestellt, ob sie bleiben oder gehen wollten. Schwierig werde sich das Verhältnis zwischen den Polen, die von den Nazis als Volksdeutsche anerkannt worden seien, und jenen Polen gestalten, die keine Aufnahmeanträge in die sogenannte ‚Deutsche Volksliste' gestellt hätten.

The German minority in Western Poland behaved odiously in September 1939 and later. If I do not regard it as certain that they will be killed en masse by the Poles when the German collapse comes, it is only because I know the Poles to be a gentle race, averse from bloodshed. What may be like in the moment of longed for triumph after unparalleled persecutions and humiliation is another question.[281]

Vom Kriegskabinett und von Churchill hatte Eden nach der Konferenz von Teheran den Auftrag, die Exilregierung zur Annahme der Westverschiebung von der Curzon-Linie bis zur Oder einschließlich des „Distrikts Oppeln" zu überreden. Churchill hatte Eden empfohlen:

You should put it to them that by taking over and holding firmly the present German territories up to the Oder they will be rendering a service to Europe as a whole as well as making for themselves a secure, solid and integral homeland which, on the basis of a friendly policy towards Russia and close association with Czechoslovakia, would give a chance for the rebirth of the Polish nation brighter than any yet seen.[282]

Bisher habe aber die polnische Regierung die Odergrenze nicht verlangt, stellte Allen fest. In seiner Stellungnahme zu dem Papier des ‚Military Sub-Committee' habe sich das Foreign Office ebenfalls gegen die Annexion von Teilen Pommerns und der Mark Brandenburg an Polen ausgesprochen. Rußland habe weder einen historischen Anspruch auf Königsberg, noch wäre dies sein einziger eisfreier Hafen an der Ostsee. Wenn die Russen wirklich Königsberg verlangten, „verliere Ostpreußen für die Polen den größten Teil seines Reizes" (it would take most of the gilt of the gingerbread), meinte Harvey. Alle Kommentatoren waren sich einig, daß Polen nicht mehr Land erhalten sollte, als es kontrollie-

280 Memorandum des ‚Ministerstwo Prac Kongresowych' (Ministerium für Kongreßarbeiten) vom Oktober 1943 mit einem Anschreiben O'Malleys vom 22. 11.1943. FO 371/ 34462, C13881/279/18.

281 Memorandum Savarys „Minorities in Post-War Poland" (mit einem Anschreiben O'Malleys an Eden vom 20.1.1944). FO 371/39012, C1002/184/62.

282 War Cabinet Conclusions vom 13. und 20.12.1943. CAB 66/36 und 40. — *Gilbert:* Winston S. Churchill VII, 614f.

ren und wiederbesiedeln könne. Schon Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien könnten mehr sein, als Polen verdauen könne. Die Polen seien zu warnen, in Stalins Falle zu laufen. Die Annexion rein deutscher Gebiete im Westen werde „anständige" Beziehungen zwischen Polen und Deutschland unmöglich machen. Sargent nahm an, daß Stalin gerade dies anstrebe, um Polen in Abhängigkeit zu halten.[283] Deshalb erklärte Eden am 20. Dezember 1943 seinen polnischen Gesprächspartnern, daß er zwar die Oder-Grenze für zu weitreichend halte, Engländer und Amerikaner sich jedoch einer zwischen Polen und der Sowjetunion ausgehandelten Westgrenze, die von einem Bevölkerungstransfer begleitet wäre, nicht widersetzen würden. Im Osten solle es zu einem Bevölkerungsaustausch kommen. Mikołajczyk äußerte Zweifel, ob es in der Praxis möglich sein werde, die gesamte deutsche Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder zu entfernen.[284]

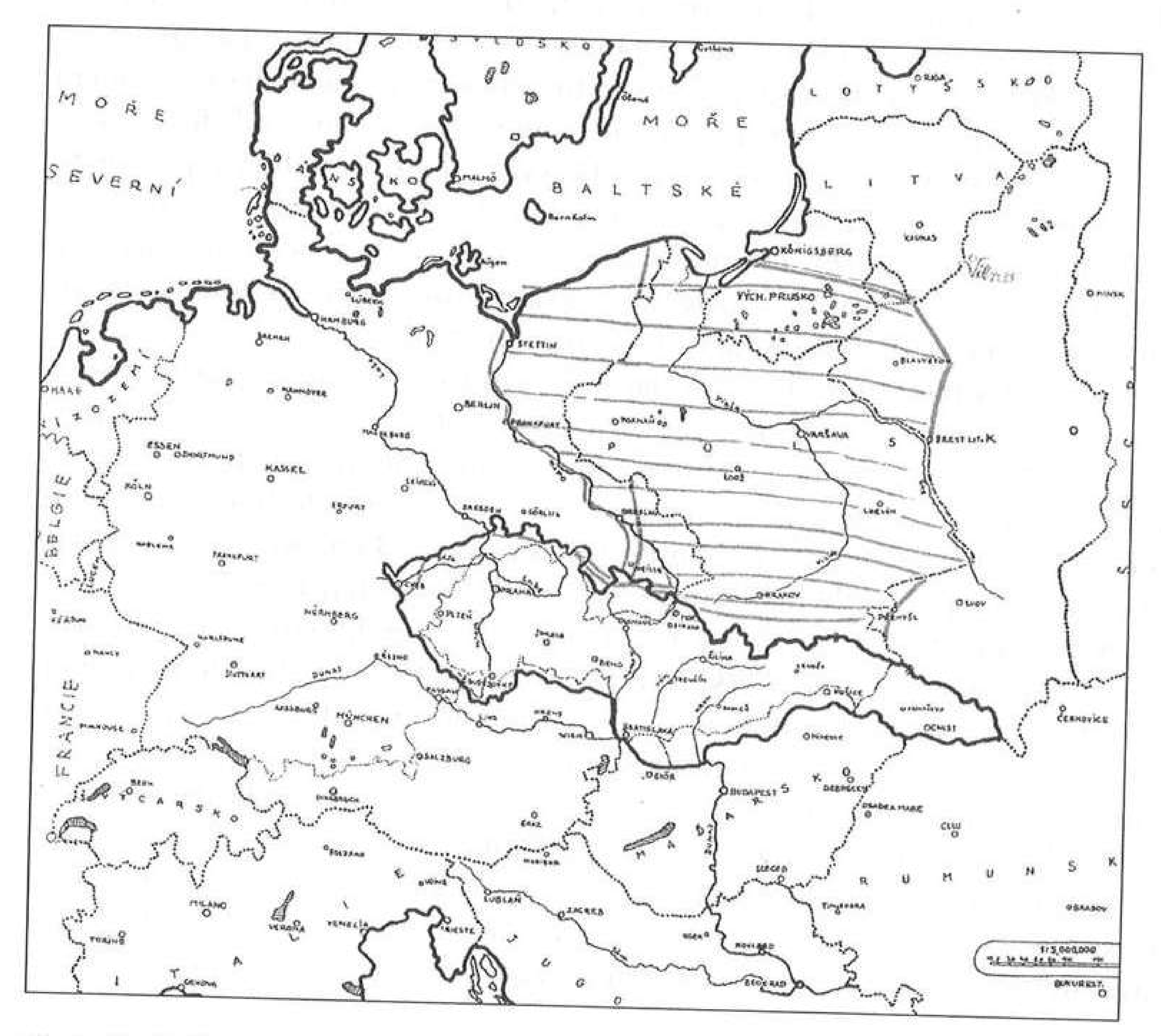
Nach Beobachtung der ‚Special Operations Executive' war die Stimmung der Polen in Großbritannien verzweifelt. Wenn sie nach dem Kriege als Vasallen leben müßten, dann zögen sie die Vorherrschaft eines neuen Deutschlands derjenigen Rußlands vor. Deshalb hätten sie jetzt Bedenken gegen Annexionen im Westen.[285] Den sowjetischen Anspruch auf das nördliche Ostpreußen erwähnte Eden in seinen Besprechungen mit den Polen noch nicht, um ihre Furcht vor einer Einkreisung nicht weiter zu verstärken. Das Foreign Office wollte den Versuch machen, Stalin doch noch von dieser Forderung abzubringen, wenngleich Eden die Erfolgsaussichten als gering einschätzte. In bezug auf die Ostgrenze machten Mikołajczyk, Romer und Raczyński den Gegenvorschlag einer Grenze östlich von Tarnopol, Nowogródek und Wilna, dem Eden keinerlei Chancen einräumte. Mikołajczyk begründete seine Haltung damit, daß die Bevölkerung in der Heimat erwarte, daß Polen angesichts seines Leidens und seines Kampfes mit einer unversehrten

283 Vermerke von Allen, Roberts, Harvey, Sargent u. a. vom 13.–16.12.1943. FO 371/37562, C14985/231/55. — Vermerk Allens vom 7.1.1944. FO 371/39385, C253/8/55.

284 Protokoll der Besprechung Mikołajczyks mit Eden vom 20.12.1943. DPSR II, Nr. 66. — *Raczyński:* W sojuszniczym Londynie 217. — *Mikołajczyk:* The Pattern of Soviet Domination 47f. — Zu Biddle sagte Mikołajczyk: Kein Pole könne akzeptieren, daß Polen 70 000 qkm und 13 Millionen Einwohner verliere und dafür 30 000 qkm und 6 Millionen Einwohner, meist Deutsche, erhalte. Vermerk Mikołajczyks über eine Besprechung mit Biddle am 1.12.1943. DPSR II, Nr. 61.

285 Bericht von Major R. Hazell vom 18.12. und Vermerk von Gubbins vom 30.12.1943. FO 371/39447, C119/119/55. — *Dąbrowski:* Koncepcje przebudowy Polski 29ff.

Ost- und einer vorgeschobenen Westgrenze aus dem Kriege hervorgehen werde, was auch der sonst sowjetfreundliche Journalist Litauer bestätigte. In dem Angebot großer Gebietsgewinne auf deutsche Kosten sah Mikołajczyk keinen Ausgleich, da er fürchtete, daß ein geschwächtes Polen sie nur schwer „verdauen“ könne.[286]



Karte 9: Stalins Vorstellungen über die Grenzen Polens und der Tschechoslowakei vom 18. Dezember 1943
– – – im Original mit rotem Stift gezogen
• • • • im Original mit blauem Stift gezogen

[286] Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung mit Eden vom 17.12., Protokoll der Besprechung zwischen Mikołajczyk und Eden vom 20. und 22.12.1943. DPSR II, Anmerkungen 65, 66 und 67. — Eden an Churchill am 24.12.1943. *Polonsky:* Great Powers 81. — *Mikołajczyk:* The Pattern of Soviet Domination 47f. — *Raczyński:* W sojuszniczym Londynie 216. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 652ff. — *Eden:* The Reckoning 434. — Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Litauer vom 28.12.1943. FO 371/39385, C82/8/55.

Bei seinem Moskau-Besuch im Dezember 1943 hatte Beneš mit Molotov und Stalin auch über die künftigen Grenzen Polens gesprochen. Mikołajczyk hatte ihn zu der Erklärung ermächtigt, daß er die Notwendigkeit zu großen territorialen Konzessionen einsehe, doch Lemberg und einen Teil Ostgaliziens für die Polnische Republik retten wolle. Darüber hatte Beneš den stellvertretenden Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Kornejčuk und danach Stalin informiert.[287] Auf der Teheraner Konferenz habe man über eine polnische Westgrenze an der Oder gesprochen, berichtete Molotov. Über den weiteren Gesprächsverlauf notierte Smutný:

Der Präsident merkte an, daß er denke, daß das für die Polen etwas viel sei, daß sie so viele Deutsche nicht verdauen könnten. [...] Der Präsident fragte, was die Russen mit Ostpreußen vorhätten, ob sie es den Polen ganz abtreten wollten. Molotov antwortete, nein, daß sie die Küste brauchten (Memel [Einschub Benešs]), daß sie auch einen großen Teil der Küste für sich behielten, schräg ins Landesinnere (bis Königsberg [Einschub Benešs]) und daß Polen sich den Rest nehmen könne. Dann kam die Rede darauf, wieviele Deutsche aus Polen aussiedeln müßten. Der Präsident schätzte das auf 3 ½ Millionen. ‚Das ist eine Kleinigkeit, das ist leicht', erklärte Molotov. Der Präsident setzte sich dafür ein, daß die Polen im Westen von Deutschland so viel Land bekommen, daß ihre Grenze mit Deutschland möglichst kurz werde, was große Korrekturen im Norden und Süden dieser Grenze erfordere.[288]

Stalin erläuterte Beneš am Morgen des 18. Dezember 1943 seine Vorstellungen von den Grenzen Polens. Dieses sollte Ostgalizien bis Przemyśl und könnte Łomża und den Bezirk Białystok bis Grodno behalten und auf deutsche Kosten um das südliche Ostpreußen, „einen weiteren Teil Oberschlesiens und (Land [Einschub Benešs]) bis zur Oder einschließlich Stettins" bekommen. Auf Benešs Bemerkung, daß die Polen

bis zur Neiße gehen wollten, damit sie eine längere gemeinsame Grenze mit der Tschechoslowakei hätten, stimmte Stalin zu und zeichnete mit Rotstift die Grenzlinie an der Neiße ein. Uns gibt er noch mit Rotstift das Glatzer Land. Stalin stellt fest, daß die Polen (offensichtlich [handschriftliche Ergänzung Benešs]) alle Deutschen aus dem (neuen [hs. Ergänzung Benešs]) Territorium aussiedeln (werden müssen [hs. Ergänzung Benešs]).[289]

287 *Beneš:* Paměti 399. — *Táborský:* Prezident E. Beneš 100f. — Táborský-Tagebuch, TP 7, HI. — Im polnischen Protokoll der Besprechung zwischen Beneš und Mikołajczyk fehlt eine entsprechende Aussage. DPSR II, Nr. 48.

288 Protokoll Smutnýs von der Besprechung Benešs mit Molotov am 16.12.1943. Czechoslovak-Polish negotiations Nr. 202. — *Mastny:* Benešovy rozhovory, hat wohl nur die von Beneš korrigierte Fassung gehabt.

289 Vermerk über eine Besprechung Benešs mit Stalin, Molotov u. a. am 18.12. 1943. Neznáme dokumenty z Benešovy cesty 156. — „Stalin konstatuje, že

Zwischen dem 5. und 8. Januar 1944 empfing Stalin zusammen mit dem gesamten Politbüro Wanda Wasilewska, die Vorsitzende des ‚Polnischen Patriotenverbandes', sowie Zygmunt Berling, den Befehlshaber der sowjetpolnischen Armee, und erläuterte ihnen den Verlauf der neuen Grenzen Polens. „Sie begann", wie Berling behauptet,

bei Dievenow an der Mündung des östlichen Mündungsarms der Oder in die Ostsee, verlief dann entlang dieses Oderarms am östlichen Ufer der Insel Wollin entlang bis zum Stettiner Haff und von dort in dessen Mitte bis Stettin, von dort die Oder hinaus bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und dann diesen Fluß hinauf in Richtung der alten deutsch-tschechoslowakischen Vorkriegsgrenze.

Als Berling Stalin darauf aufmerksam machte, daß bei diesem Verlauf Polen die Odermündung verschlossen bliebe, nahm Stalin ein Lineal und trug eine gerade Grenzlinie westlich von Swinemünde bis südlich von Stettin ein.[290]

Auf dem Rückweg von Moskau traf Beneš in Marrakesch mit Churchill zusammen. Er brachte die Karte mit, in der Stalin die neuen Grenzen Polens eingezeichnet hatte: Das südliche Ostpreußen und die Gebiete bis zur Oder und der Bezirk Oppeln sollten an Polen fallen. Wie diese Karte zeigt, hat Stalin im Gespräch mit Beneš nicht die Lausitzer, sondern die Glatzer Neiße gemeint, so daß Zweifel am Wahrheitsgehalt von Berlings Äußerungen angebracht sind. Beneš bestätigte Stalins Forderung nach dem Anschluß Königsbergs und Lembergs an die Sowjetunion.[291] Churchill forderte Eden auf, den Polen diese Grenzregelung aufzudrängen (to take the Poles in hand on this line). Da er es eilig hatte, die polnische Regierung zur Annahme der Curzon-Linie zu bringen, schlug er vor, Mikołajczyk und Romer nach Marokko zu holen. Da die Polen nach Allens Ansicht „unbegrenztes Vertrauen" in Churchill setzten, sollten sie aber auf den Schock, der sie erwartete, besser vorbe-

Poláci (budou patrně musit také) vysídlit všechny Němce z (nového) území." — Die Karte, auf der Stalin die neuen Grenzen eingezeichnet habe, zeigte Beneš auch Raczyński. Seltsamerweise war dort die polnische Westgrenze an der Oder einschließlich Stettins grün statt rot eingezeichnet. Natürlich ist es möglich, daß Beneš das Original Churchill gegeben und sich bei der Reproduktion in der Farbe geirrt hatte. Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung mit Beneš am 27.1.1944. DPSR II, Nr. 89.

290 *Strobel:* Wie Stalin Grenzen in Ostmitteleuropa zog 1082f. — *Marczak:* Granica zachodnia 29.

291 (Karte) und Notiz Benešs über eine Besprechung mit Churchill in Marrakesch am 4.1.1944, über eine Besprechung mit Mikołajczyk am 10.1.1944. Czechoslovak-Polish negotiations, Annex 1. — Churchill an Eden am 4.1.1944. FO 371/39385, C253/8/55. — Churchill an Roosevelt am 6.1.1944. Churchill and Roosevelt II, Nr. C-533. — *Beneš:* Paměti 400f.

reitet werden.[292] Cadogan warnte deshalb Romer, daß die Chancen, Lemberg für Polen zu sichern, sehr gering seien, verschwieg aber den sowjetischen Anspruch auf Königsberg, zumal das Foreign Office noch versuchen wollte, die Sowjets von dieser Forderung abzubringen. Romer stellte „eine eigene, rein persönliche Idee" vor: Wäre es nicht eine Lösung, wenn die polnische und sowjetische Regierung sich darauf verständigten, daß die Gebiete zwischen der Rigaer Grenze und der Curzon-Linie „umstritten" seien und daß über ihr Schicksal auf der Friedenskonferenz durch ein Abkommen zwischen den drei Großmächten und Polen entschieden werden müsse, während die polnische Regierung vertraulich zusage, unter der Voraussetzung einer solchen Entscheidung das gesamte Gebiet oder einen Teil davon abzutreten?[293]

Als am 4. Januar 1944 Verbände der sowjetischen ‚1. Ukrainischen Front' die Vorkriegsgrenze überschritten, verzichtete die Exilregierung am folgenden Tag zwar auf einen öffentlichen Protest, wie ihn der polnische Oberbefehlshaber Sosnkowski gefordert hatte, verlangte aber „die frühest mögliche Wiedererrichtung einer polnischen souveränen Verwaltung in den befreiten Gebieten der Polnischen Republik". Das Foreign Office hatte Mikołajczyk dazu überredet, das Wort „alle" vor den „befreiten Gebieten" zu streichen. Die Regierung erklärte, daß frei ausgehandelte Verträge nicht durch vollendete Tatsachen revidiert werden könnten.[294] Vielleicht könne Beneš die Polen zur Vernunft bringen,

292 Churchill an Eden am 4.1. und an Roosevelt am 7.1., Vermerke Allens und Cadogans vom 7.1. sowie Eden an Churchill am 7.1.1944. FO 371/39385f., C252f., 303, 406, 759/8/55.

293 Vermerk Romers über eine Besprechung mit Eden vom 6.1.1944. DPSR II, Nr. 71. — *[Cadogan:]* The Diaries 594. — Diese Vorstellung hatte der britische Botschafter dem polnischen Ministerpräsidenten suggeriert. Nach dessen Empfehlung hätte Mikołajczyk außerdem erklären sollen, daß in der neuesten Geschichte der Trend zu national homogenen Staaten gehe und die Grenzregelung mit einem Bevölkerungsaustausch verbunden werden solle. Mikołajczyk solle versuchen, dafür bei der Regierung, dem Nationalrat und der Widerstandsbewegung eine Mehrheit zu finden. O'Malley an Mikołajczyk am 3.1. 1944. DPSR II, Nr. 69. — Nach Meinung des britischen Gesandten in Moskau könnten die Polen verkünden, daß sie keine nicht-polnischen Elemente gegen ihren Willen in der Republik halten wollten und zu einem Abkommen mit der Sowjetunion entsprechend demjenigen zwischen Griechenland und der Türkei nach dem Ersten Weltkrieg bereit seien. So müßten sie nicht einer bestimmten Grenze zustimmen. Balfour an das Foreign Office am 8.1.1944. FO 371/39385, C409/ 8/55.

294 Erklärung der polnischen Regierung vom 5.1.1944. DPSR II, Nr. 70 und FRUS 1944, III, 1216f. — Rundfunkansprache Mikołajczyks vom 6.1.1944. DPSR II, Nr. 73. — Sosnkowski an Mikołajczyk am 4.1. sowie Protokoll der

schrieb Churchill an Stalin, doch bezeichnete dieser die Exilregierung wegen ihrer Erklärung vom 5. Januar 1944 als „unverbesserlich".[295] Eden vereinbarte mit Beneš einen „Feldzugsplan": 24 Stunden wollte er Mikołajczyk, Romer und Raczyński, die er für kompromißbereit hielt, geben, um Benešs „Predigt" (lecture) zu verdauen, bevor er selbst mit ihnen sprechen werde.[296] Beneš gliederte seine „Predigt" am 10. Januar 1944 in sechs Punkte. Deren Punkt 2 und 3 lauteten: 2. Die Russen beständen auf der Curzon-Linie. 3. Sie seien zu Kompensationen bis zur Oder und Hilfe bei der Vertreibung der Deutschen bereit. Mikołajczyk antwortete, daß nicht einmal seine Regierung, die sich immerhin auf vier Parteien stütze, eine Grenze ohne Lemberg und Wilna annehmen könne.[297]

Eden konnte am 11. Januar von der gerade veröffentlichten relativ maßvollen sowjetischen Antwort auf die polnische Erklärung vom 5. Januar ausgehen: Die Exilregierung habe „eine inkorrekte Behauptung über die sowjetisch-polnische Grenze" aufgestellt; nicht durch die Annexion ukrainischer und weißrussischer Länder, sondern „die Rückgabe von Gebieten, die Polen vor unvordenklichen Zeiten gehörten und ihm durch die Deutschen entrissen worden waren", solle Polen wiedergeboren werden.[298] Eden nannte es auch ein gutes Zeichen, daß die Grenze von 1941 in der Note als „nicht unveränderlich" bezeichnet wurde. Wenn die Exilregierung die Bildung einer Gegenregierung verhindern wolle, müsse sie die Curzon-Linie akzeptieren. Als Mikołajczyk unter Hinweis auf die Verbundenheit Polens mit seinen historischen Ostmarken, die sowjetische Doppelzüngigkeit und die Gefühle seiner Landsleute in der Heimat und der Soldaten ablehnte, bestellte Eden[299], der

Besprechung zwischen Raczkiewicz, Sosnkowski, Mikołajczyk, Romer und Kukiel vom 4.1.1944. AK III, Nr. 520f. — *Pobóg/Malinowski:* Najnowsza historia polityczna Polski 496f. — W dziesiątą rocznicę 186ff.

295 *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 156.

296 Eden an Churchill am 8.1.1944. FO 371/39386, C508/8/55.

297 Nichols über eine Besprechung mit Beneš an Eden am 11.1.1944. FO 371/39386, C605/8/55. — Vermerk Mikołajczyks über eine Besprechung mit Beneš vom 10.1.1944. DPSR II, Nr. 73. — *Beneš:* Paměti 401f. — Beneš sprach auch mit Stańczyk, der Mikołajczyks Unentschlossenheit kritisierte. Táborský-Tagebuch, TP 7, HI.

298 Deklaration der sowjetischen Regierung vom 11.1.1944. DPSR II, Nr. 74 und FRUS 1944, III, 1219f.

299 Eden an Churchill am 11.1. und Balfour an das Foreign Office am 12.1.1944. FO 371/39856, C683/8/55. — *Raczyński:* W sojuszniczym Londynie 220.

von einer „Selbstmordstimmung" der Polen sprach[300], bei Churchill eine scharfe Depesche.[301]

Churchill stellte der polnischen Regierung ein Ultimatum. Die vorgeschlagene Grenzregelung betrachte er als „volle Erfüllung aller unserer Versprechungen und Verpflichtungen gegenüber Polen". Wenn die Exilregierung sie nicht annehme, lehne er jegliche Verantwortung für die Folgen ab, vor allem für eine von den Sowjets in Warschau installierte Gegenregierung. Großbritannien werde sich in keinen Streit mit den Russen einlassen, wenn die Polen den gegenwärtigen Vorschlag zurückwiesen. Polens Aufgabe beschrieb er wie folgt:

> It would be a sacred duty for Poland to guard the line of the Oder in the interests of the Russian State and thus receive from them the friendship and support without which their [sic!] Polish future is most precarious.[302]

Churchill nahm also völlig einseitig Partei. Nur von einer öffentlichen Erklärung zugunsten der Curzon-Linie konnte Eden ihn gerade noch abhalten.[303] Am 13. Januar las Eden den Polen Churchills Depesche vor und bot als Gegenleistung für die Annahme der Grenzregelung die Verlängerung des britisch-polnischen Beistandspaktes von 1939 und eine Garantie der neuen Grenzen an. Cadogan holte die Idee eines vierseitigen Paktes zwischen Polen, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und Großbritannien wieder aus der Schublade. Unter starkem britischen Druck erklärte die Exilregierung sich am 14. Januar öffentlich bereit, unter britisch-amerikanischer Beteiligung mit den Sowjets „alle offenen Fragen zu diskutieren". Eden erläuterte dem sowjetischen Botschafter, daß darunter auch die Grenzfragen zu verstehen seien. Man könne von den Polen nicht verlangen, daß sie das Ergebnis der Verhandlungen schon in Form der Curzon-Linie vorwegnähmen.[304] Weiter konnte Mikołajczyk angesichts des Widerstands aller Parteien außer sei-

300 Winant über eine Besprechung mit Eden am 11.1.1944. FRUS 1944, III, 1225.

301 Eden an Churchill am 11.1. und Balfour an das Foreign Office am 12.1.1944. FO 371/39856, C683/8/55. — *Raczyński:* W sojuszniczym Londynie 220.

302 Churchill an Eden am 12.1.1944. FO 371/39856, C651/8/55. — Ähnlich auch an Roosevelt am 6.1.1944. FO 371/39385, C406/8/55.

303 Vermerke von Roberts vom 8. und 14.1.1944. *Ebenda*, C618, 685. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 156. — *Mikołajczyk:* The Pattern of Soviet Domination 54ff.

304 Deklaration der polnischen Regierung vom 14.1.1944. DPSR II, Nr. 77, und Anmerkung 77. — W.M.C. vom 14.1.1944. CAB 65/45. — *[Cadogan:]* The Diaries 596. — *Raczyński:* W sojuszniczym Londynie 221.

ner eigenen und einschließlich der Mehrheit der ‚Polnischen Sozialistischen Partei' (Polska Partia Socialistyczna – PPS) im Exil nicht gehen.[305]

In der Silvesternacht hatte die kommunistische ‚Polnische Arbeiterpartei' (Polska Partia Robotnicza) zusammen mit einigen Mitläufern einen ‚Landesnationalrat' (Krajowa Rada Narodowa) gebildet und ihren bewaffneten Arm, die ‚Volksgarde' in ‚Volksarmee' (Armia Ludowa) umbenannt. Der ‚Landesnationalrat' forderte die Rückkehr aller in der Vergangenheit germanisierten ehemals polnischen Gebiete, die Festlegung der Ostgrenze im Einvernehmen mit der Sowjetunion und den Beitritt Polens zum sowjetisch-tschechoslowakischen Beistandspakt und sprach der Exilregierung das Recht ab, das polnische Volk zu vertreten.[306] Die nationale Widerstandsbewegung antwortete mit der Erweiterung der ‚Politischen Landesvertretung' (Krajowa Representacja Polityczna) um Vertreter einiger kleineren politischen Gruppen, der katholischen Geistlichkeit und der Genossenschaftsbewegung zum ‚Rat der Nationalen Einheit' (Rada Jedności Narodowej). Der ‚Regierungsdelegat', d. h. die Spitze der Verwaltung des polnischen ‚Untergrundstaates', und die ‚Politische Landesvertretung' bestanden auf der Unverletzlichkeit der Rigaer Grenze. In einem Aufruf an die Völker der Welt schrieben die in der ‚Politischen Landesvertretung' vereinten Parteien, daß Polen sich von alters her sowohl dem Druck des Preußentums entgegenstellt, als auch die westliche Kultur und Zivilisation vor den Wellen der östlichen Barbarei geschützt habe.[307] Die Nachfolgerin der ‚Polnischen Sozialistischen Partei', ‚Freiheit-Gleichheit-Unabhängigkeit', appellierte an die ‚Labour Party', sich für die territoriale Integrität und Unabhängigkeit Polens und der baltischen Staaten einzusetzen und den Sowjets dort und in den Balkanstaaten keine Einflußsphäre einzuräumen. „Sogar die rückständigsten von ihnen sind Himmel der Zivilisation im Vergleich zu Rußland." In dessen Einflußsphäre fielen sie in ihrer Entwicklung um mindestens ein Jahrhundert zurück.[308] In der illegalen Presse der bäuerlichen ‚Volkspartei' hieß es: „An unseren Ostgrenzen endet Westeuropa." Die Teheraner Empfehlung zur Ostgrenze

305 Depesche Stańczyk an „Żulawski, Bazyli [Pużak] od. Marcin" (Genossen in Polen, Januar 1945, englische Übersetzung). FO 371/47576, N646/6/55.

306 W dziesiątą rocznicę 247 ff. — *Ślusarczyk:* Zagadnienie sojuszu polsko-radzieckiego 129 ff. — *Zbiniewicz:* Rola komunistów polskich 107. — *Polonsky/Drukier:* The Beginning of Communist Rule 8 ff.

307 Jankowski an Mikołajczyk am 29.12.1943 und 9.1.1944 sowie Depesche Regierungsdelegat/Politische Landesvertretung/AK-Kdt. an Mikołajczyk am 8.1. 1944 sowie die ‚Politische Landesvertretung' „an die Völker der Welt" am 8.1. 1944. AK III, Nr. 519 und 524 ff. — Siehe auch FO 371/39389, C1750/8/55.

308 ‚Polnische Sozialistische Partei' an Labour-Party am 10.1.1944. PRM 133/1.

wurde hier als Provisorium bezeichnet, das bei einer Änderung des Kräfteverhältnisses zwischen Ost und West wieder aufgehoben werden könne.[309] Im Gegensatz zur Exilregierung lehnten der ‚Rat der Nationalen Einheit' und der Regierungsdelegat in der Heimat die sowjetischen Ansprüche auf die Ostmarken „kategorisch und fest" ab. Ebenso wie 1939 bereite die Sowjetunion eine Teilung Polens vor, doch sei die polnische Nation entschlossen, die Ostprovinzen mit allen Mitteln zu verteidigen.[310]

Die sowjetische Regierung wies das polnische Diskussionsangebot mit der Begründung zurück, daß darin die Curzon-Linie immer noch nicht akzeptiert werde. Auch könne sie nicht politische Gespräche mit einer Regierung führen, zu der sie die Beziehungen abgebrochen habe. Molotov und der sowjetische Botschafter erläuterten, daß zuerst diejenigen Politiker aus der Exilregierung entfernt werden müßten, von denen sie wüßten, daß sie gegen eine dauerhafte Verständigung seien. Eden nannte diese Antwort einen „Schlag ins Gesicht".[311] Die US-Regierung, die ihre „guten Dienste" für Verhandlungen auf der Grundlage der polnischen Note vom 14. Januar angeboten hatte, erhielt ebenfalls eine Absage. Moskau werde nur mit einer „völlig neuen polnischen Regierung" sprechen, die aus einigen Polen in London, namentlich genannten Persönlichkeiten aus den USA und solchen aus der UdSSR bestehe.[312] Sargent und Cadogan zogen aus der sowjetischen Ablehnung den Schluß, daß Stalin auf die militärische Besetzung Polens warte, um eine Regierung einzusetzen, „die ein Abkommen aushandeln wird, das der sowjetischen Regierung die volle Kontrolle des polnischen Territoriums bis zur deutschen Grenze geben wird".[313] Einen Moment lang schien es so, als habe dieser Notenwechsel den Anglo-Amerikanern gezeigt, auf welcher Seite die Schuld für den Stillstand lag, als habe die polnische Nachgiebigkeit die sowjetische Unnachgiebigkeit enthüllt. Dieser Vorgang erinnert an Benešs – allerdings ebenfalls vergebliche –

309 *Dąbrowski:* Koncepcje przebudowy Polski 114ff.

310 Erklärung des ‚Rates der Nationalen Einheit'/Regierungsdelegat vom 15.1. 1944. DPSR II, Nr. 78.

311 TASS-Erklärung vom 16.1.1944. FRUS 1944, III, 1229f. und DPSR II, Nr. 80. — Balfour an das Foreign Office am 16.1. sowie Eden über eine Besprechung mit Gusev an Balfour am 17.1.1944. FO 371/39386, C673, 736/8/55.

312 Hull an Harriman am 15.1. und Antwort vom 18.1.1944. FRUS 1944, III, 1228-1232 und *Polonsky:* The Great Powers 83. — *Hull:* Memoirs 1437f. — US-Regierung an die polnische Regierung am 18.1.1944. DPSR II, Nr. 82. — Balfour an das Foreign Office am 20.1.1944. FO 371/39387, C903/8/55.

313 Vermerke von Sargent und Cadogan vom 24.1.1944. FO 371/39387, C905/8/55.

Versuche in der Septemberkrise von 1938, Frankreich und Großbritannien die Augen über die Absichten Hitlers zu öffnen.

Nach der „schroffen Erwiderung" der Sowjetunion verzichtete Churchill am 20. Januar 1944 zwar darauf, sein Ultimatum zu wiederholen, drängte aber Mikołajczyk, Romer und Raczyński weiterhin, die Westverschiebung hinzunehmen, wobei „Ostpreußen, Danzig, Pommern, bis zur Oder-Linie und Oberschlesien" an Polen fallen würden. Den polnischen Anspruch auf Königsberg erwähnte er nicht. Alle Polen aus den abgetretenen Gebieten könnten für den polnischen Staat optieren, alle „unerwünschten Deutschen" würden aus seinen neuen Territorien entfernt. Er persönlich halte dies für eine „faire Lösung". Mikołajczyk zeigte Scheu vor so umfangreichen Umsiedlungen und „den dadurch hervorgerufenen Schwierigkeiten und Leiden", während seine Partei im Untergrund schon die Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße verlangte. Churchill versicherte, daß die Großmächte die polnische Westgrenze gegen eine Revanche Deutschlands garantieren würden, das man darüber hinaus entwaffnen und soweit verstümmeln werde, daß es zu einem erneuten Angriff auf Polen nicht in der Lage sein werde.[314]

Drei Tage später überreichte Raczyński im Foreign Office eine Note, in der die polnische Regierung für den Fall eines Abkommens mit der Sowjetunion auf der Basis von Churchills Vorschlägen nach Gegenleistungen Großbritanniens und eventuell der USA fragte, nämlich nach „einer formalen Garantie [...] der territorialen Integrität Polens innerhalb seiner neuen Grenzen, seiner politischen Unabhängigkeit und jeglicher Nicht-Einmischung in seine inneren Angelegenheiten". Weitere Fragen betrafen die angebotenen deutschen Gebiete. So wollte die polnische Regierung wissen, ob dieses Angebot „mit voller Zustimmung der britischen Regierung alle deutschen Gebiete zwischen der Oder und der polnisch-deutschen Grenze von 1939 und darüber hinaus ganz Oppeln-Schlesien, Danzig und ganz Ostpreußen" umfasse. Die Aufzählung aller angebotenen Gebiete bedeute allerdings nicht, daß sich seine Regierung schon auf eine endgültige Position festgelegt habe, erläuterte

314 Vereinbartes Protokoll der Besprechung zwischen Mikołajczyk und Churchill vom 20.1.1944. DPSR II, Nr. 83. — Churchill an Roosevelt am 28.1.1944. FRUS 1944, III, 1240-1243. — *[Cadogan:]* The Diaries 598. — *Mikołajczyk:* The Pattern of Soviet Domination 56f. — *Turlej:* Koncepcje ustrojowe obozu londyńskiego 193. — *Gilbert:* Winston S. Churchill VII, 657-660. — Mikołajczyks Aussage, daß Polen die Gebiete hinter der Curzon-Linie, besonders Wilna und Lemberg nicht opfern könne, wurde aus dem Protokoll gestrichen. Anmerkung zu DPSR II, Nr. 83.

Raczyński.[315] Und Romer meinte, daß Polen zwar Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien haben, nicht jedoch bis Stettin und Breslau gehen wolle. Denn sie fürchteten, eine deutsche „Irredenta" zu schaffen und Deutschland und Rußland nicht mehr gegeneinander ausspielen zu können. Zudem seien sie skeptisch, wie weit die britische und amerikanische öffentliche Meinung eine sehr harte territoriale Regelung gegenüber dem besiegten Deutschland unterstützen werde, berichtete der britische Botschafter bei der polnischen Regierung.[316] Die Exilregierung fürchtete einen „Gezeitenwechsel, der in 50 Jahren oder so im Zuge einer Veränderung der politischen Lage in Europa eine erneute Bevölkerungsverschiebung" auf polnischem Gebiet auslösen könnte.[317] Roberts versuchte, die polnischen Bedenken zu zerstreuen: Die Deutschen würden ohnehin keiner, auch nicht der kleinsten Gebietsabtretung zustimmen. Deshalb sei es gleichgültig, wie weit die polnischen Forderungen reichten. Die öffentliche Meinung in den angelsächsischen Ländern sei teilweise schon vorbereitet; in der britischen Regierung sei die Sache zugunsten Polens entschieden.[318] In der erwähnten Note vom 23. Januar fragte die Regierung weiter, ob die Westgrenzen Polens zur selben Zeit wie die Ostgrenzen, und zwar in einem einzigen Dokument unter Beteiligung und mit Zustimmung aller drei Großmächte fixiert würden; ob diese Regelungen als endgültig gelten und keine späteren deutschen Proteste entgegengenommen würden; ob schon im Waffenstillstand von Deutschland die Hinnahme der Abtrennung dieser Gebiete und die Aufnahme ihrer deutschsprachigen Bevölkerung verlangt werde. Außerdem wollte die polnische Regierung sichergehen, daß alle „polnischen Staatsbürger", die sich zur Zeit oder später auf sowjetischem Gebiet befänden, repatriiert würden.[319] Wie O'Malley wiederum von Romer gehört hatte, fühlte sich die polnische Regierung verpflichtet, auch Ukrainern und Weißrussen, besonders den Katholiken unter ihnen, die Möglich-

315 Note Raczyński für Eden vom 23.1.1944. DPSR II, Nr. 85 und Anmerkung zu diesem Dokument. — Vermerke von Allen, Harrison, Cadogan, Eden, Churchill für Eden, jeweils vom 26.1.1944. FO 371/39387, C1059/8/55. — *[Cadogan:]* The Diaries 599.

316 O'Malley an Roberts am 30.1.1944. FO 371/39388, C1405/8/55.

317 Mikołajczyk an Roosevelt am 18.3.1944. DPSR II, Nr. 117. — Siehe auch FO 371/39399, C5849/8/55.

318 Vermerk Zarańskis über eine Besprechung mit Roberts und Allen am 1.2.1944. PRM 132a/5.

319 Note Raczyńskis für Eden vom 23.1.1944. DPSR II, Nr. 85 und Anmerkung zu diesem Dokument. — Vermerke von Allen, Harrison, Cadogan, Eden, Churchill für Eden, jeweils vom 26.1.1944. FO 371/39387, C1059/8/55.

keit einer Option für Polen zu sichern.[320] Churchill kam zu dem Schluß, daß die polnische Regierung bereit zu sein scheine, die Gebietsabtretungen im Gegenzug zu gleichwertigen Kompensationen und „passenden Garantien" zu erwägen.[321] Raczyński erklärte zwar, daß seine Regierung ohne eine Antwort auf ihre Fragen kaum zu einer Entscheidung kommen werde, doch sah das Foreign Office keine Möglichkeit, den Polen in der Frage der gewünschten Garantien, zumal ohne Abstimmung mit den Sowjets und den Amerikanern, entgegenzukommen, und informierte Raczyński in diesem Sinne.[322] Auf die Frage der polnischen Regierung, wie sie zu Churchills Vorschlägen stehe, antwortete die US-Regierung zwar in allgemeinen Wendungen, aber positiv. Auf die weitere Frage, ob die USA eine territoriale Neuregelung garantieren würden, erhielten die Polen aber eine negative Antwort.[323]

Am 1. Februar 1944 unterrichtete Churchill Stalin über seine Besprechung mit den Polen am 20. Januar, wies aber darauf hin, daß er den sowjetischen Anspruch auf das nördliche Ostpreußen nicht erwähnt habe. Nach seinen Worten waren die polnischen Minister „weit davon entfernt, die dargelegten Aussichten abzulehnen", hätten jedoch nach einer Reihe von Zusagen gefragt, die Churchill in allgemeiner Form wiederholte.[324] Im Gespräch mit Clark Kerr erklärte sich Stalin bereit, Polen, falls gewünscht, eine Garantie zu geben und bei der Vertreibung der Deutschen zu helfen. Auch dürften sich alle Polen aus den abzutretenden Gebieten entfernen, wenn das gleiche für die Ukrainer in (Rest-) Polen gelte. Zwar verlangte Stalin die Entlassung des Oberbefehlshabers Sosnkowski sowie einiger Minister wie Kukiel und Kot. Andererseits erklärte Stalin entsprechend Clark Kerrs Aufzeichnung:

> The Poles need have no anxiety about their position when Poland west of the Curzon Line is occupied by the Red Armies. Of course the Polish Government would be allowed to go back and to establish the broad-based kind of government they had in mind.[325]

[320] O'Malley an Roberts am 30.1.1944. FO 371/39388, C1405/8/55.

[321] Churchill an Eden am 26.1.1944. FO 371/39387, C1059/8/55.

[322] Anmerkung zu DPSR II, Nr. 85. — Vermerke von Allen, Harrison, Cadogan und Eden vom 26.1.1944. — Vermerk Cadogans über eine Besprechung mit Raczyński am 26.1.1944. FO 371/39387f., C1059, 1306/8/55.

[323] Memorandum der polnischen Regierung für Roosevelt vom 26.1. und Grew an Harriman am 10.2.1944. FRUS 1944, III, 1236f. und 1248f.

[324] Churchill and Roosevelt II, Nr. C-585. — War Cabinet Conclusions vom 25.1.1944. CAB 65/45.

[325] Clark Kerr an das Foreign Office am 3.2.1944. FO 371/39388, C1550f./8/55. — *Gilbert:* Winston S. Churchill VII, 672.

In seiner Antwort an Churchill wiederholte Stalin seinen Anspruch auf Nord-Ostpreußen mit Königsberg. Eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen komme erst nach der Umbildung der polnischen Regierung in Frage.[326] Das Kriegskabinett hielt es für möglich, daß die „unversöhnlichen" Minister zurücktreten würden, falls die polnische Regierung der vorgeschlagenen Grenzregelung zustimme. Selbst wenn es nicht zu einer polnisch-sowjetischen Übereinkunft komme, sagte Churchill, könnten Großbritannien und Rußland sich darüber verständigen, was sie für „faire und vernünftige Grenzen für Polen" hielten, und die britische Regierung könne sich verpflichten, bei der Friedenskonferenz nicht mehr für Polen zu fordern.[327] In seiner Vorlage für das kommende Gespräch mit den Polen stellte Eden fest, daß von den Polen sofortige Zugeständnisse verlangt würden, nämlich die Anerkennung der Curzon-Linie und eine Regierungsumbildung, während die Umsetzung der sowjetischen Konzessionen in der Zukunft liege. Die Polen hätten den Verdacht, daß Stalin mit den Verhandlungen mit Mikołajczyk nur das Ziel verfolge, die polnische öffentliche Meinung im Exil und zu Hause zu spalten. Mikołajczyk werde den „sehr großen Sprung ins Dunkel" wagen, wenn Großbritannien ein „beträchtliches Maß an Verantwortung für die praktische Durchführung des Handels" übernehme. Eine Möglichkeit sehe er in der Umwandlung des sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrages in einen Vertrag zwischen der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Polen und Großbritannien.[328]

Am 6. Februar unterrichtete Churchill seine polnischen Gesprächspartner Mikołajczyk, Romer und Raczyński über Stalins Aussagen gegenüber Clark Kerr und versuchte, sie für seine Konzeption zu gewinnen. Erstmals erwähnte er auch Stalins Forderung in bezug auf das nördliche Ostpreußen.[329] Entweder die Polen ließen sich auf die vorgeschlagene Lösung ein und könnten die Verwaltung in den unumstrittenen Gebieten übernehmen, oder Großbritannien einige sich mit der Sowjetunion über die künftigen Grenzen Polens. In diesem Fall sei allerdings mit der Bildung einer polnischen Gegenregierung von sowjetischen Gnaden zu rechnen. Schließlich bot Churchill eine „feste Verpflichtung" (firm engagement) für Polen ähnlich dem zwanzigjährigen britisch-rus-

326 Stalin an Churchill am 4.2.1944. Correspondence 236 und DPSR II, Nr. 95.

327 War Cabinet Conclusions vom 4.2.1944. CAB 65/45.

328 Eden für Churchill am 6.2.1944. FO 371/38389, C1774/8/55.

329 Diese späte Eröffnung habe zwar „einen jämmerlichen [deplorable] Eindruck auf die Polen gemacht, doch hätten sie ohnehin schon gewußt, daß Stalin in Teheran diese Forderung aufgestellt habe. Vermerk O'Malleys über eine Besprechung mit Romer am 8.2.1944. FO 371/39389, C1821/8/55.

sischen Vertrag an. Dennoch erklärte sich Mikołajczyk außerstande, die Curzon-Linie als Ostgrenze anzunehmen und Wilna und Lemberg aufzugeben. Denn solch ein Kurs würde die Autorität der Regierung bei der polnischen Nation untergraben und deren einzigartige Solidarität zerstören. Als Alternative schlug Mikołajczyk vor, die Grenzfragen zu vertagen und für die Dauer des Krieges eine Demarkationslinie festzulegen, und fuhr resigniert fort: Sollte sich dies als nicht praktikabel erweisen und kein Abkommen zu erreichen sein, dann hoffe er auf Churchills Hilfe bei der Verbesserung der Lage der Menschen in Polen.[330]

Zwar habe er die Hoffnung auf eine polnische Zustimmung zu der Westverschiebung nicht aufgegeben, doch könne es gut sein, daß die polnische Regierung gegenwärtig dazu nicht in der Lage sei. Deshalb könne es nötig werden, sich auf der Grundlage der Curzon-Linie mit einer provisorischen Regelung zufriedenzugeben, wobei die Russen die Verwaltung östlich, die Polen westlich dieser Linie übernehmen würden, erklärte Churchill im Kabinett.[331] Diese Lösung schlug er am 8. Februar Stalin vor. Außerdem sollten Großbritannien und die Sowjetunion die Souveränität und Integrität des neuen Polen anerkennen, die deutsche Bevölkerung aus den neuen Territorien entfernen und über den Austausch der Bevölkerung an der Ostgrenze verhandeln.[332] Die polnische Regierung lehnte jedoch ab. Denn sie gehe davon aus, daß die Sowjets ganz Polen beherrschen wollten und daß sich die Polen dieser Gefahr geschlossen entgegenstellen müßten.[333] Die Exilregierung beschloß, daß eine eventuelle Demarkationslinie östlich von Wilna und Lemberg verlaufen müsse, wandte sich gegen die Absicht, einen Teil Ostpreußens mit Königsberg der Sowjetunion zu übertragen[334], und hielt an dieser

330 Vermerk über eine Besprechung zwischen Mikołajczyk und Churchill am 6.2. 1944. FO 371/39388, C1248/8/55. Abgedruckt in: DPSR II, Nr. 96, FRUS III, 1944, 1249-1257 und Churchill and Roosevelt II, Nr. C-575/1. — Siehe auch einen Brief des Foreign Office für dieses Gespräch vom 5.2.1944. FO 371/39389, C1774/8/55.

331 War Cabinet Conclusions vom 7.2.1944. CAB 65/45.

332 Michael Winch: „Negotiations on the Polish Question, January to December 1944". FO 371/47602, N9431/6/55. — Harvey waren inzwischen Bedenken gekommen, ob Polen zur Kompensation für seine Verluste im Osten deutsche Gebiete wie Ostpreußen, Oberschlesien oder weitere Territorien bis zur Oder überlassen werden sollten: „Only as a reprisal and a punishment can the seizure of German territory be defended – as a sort of military sanction in fact." *[Harvey:]* The War Diaries 330 (10.2.1944).

333 O'Malley über eine Besprechung mit Raczyński an Cadogan am 12.2.1944. FO 371/39391, C2226/8/55. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 168ff.

334 Resolution der Regierung vom 15.2.1944. DPSR II, Nr. 100 und FRUS 1944, III, 1258f. — Siehe auch War Cabinet Conclusions vom 14.2.1944. CAB 65/45.

Position im Gespräch mit Churchill am 16. Februar fest. Weiter könne die polnische Regierung nicht gehen, zumal die ‚Politische Landesvertretung' am 9. Dezember 1943 jeglichen territorialen Verzicht abgelehnt habe. Um „endlose Kriege" zu vermeiden, sollten die „Rassen Rußlands, Polens und Deutschlands entflochten" werden wie beim türkisch-griechischen Bevölkerungsaustausch, meinte Churchill. Er bat die Polen um Zustimmung zu einer Botschaft, die er Stalin schicken wollte. Sie sollten ihre Bereitschaft erklären, über eine Grenzregelung auf der Basis der Curzon-Linie zu diskutieren und diese als Demarkationslinie für die Dauer des Krieges akzeptieren; allerdings müßten diese Abmachungen mit Rücksicht auf die Polen im Exil und in der Untergrundbewegung geheim bleiben.[335] Als Mikołajczyk auf Churchills Forderung eingehen wollte, unterstützte ihn nur die eigene Partei[336], so daß Mikołajczyk, Romer und Raczyński sich zu einem Alleingang entschlossen. In Gesprächen mit O'Malley[337] setzten sie einige Veränderungen in Churchills Botschaft an Stalin durch: Die polnische Regierung sei zu Diskussionen bereit über „eine neue Grenze zwischen Polen und der Sowjetunion zusammen mit den künftigen Grenzen Polens im Norden und Westen"; natürlich sei sie sehr daran interessiert, daß die Demarkationslinie Wilna und Lemberg auf der polnischen Seite lasse und daß die Gebiete östlich dieser Linie von sowjetischen Militärbehörden mit der Unterstützung von Vertretern der Vereinten Nationen verwaltet würden. So könne sie am besten alle wehrfähigen Polen für den Kampf rekrutieren. Sie wisse jedoch von Churchill, daß Stalin nicht bereit sei, Wilna und Lemberg der polnischen Verwaltung zu überlassen. Allerdings solle er versichern, daß zumindest ganz Polen westlich der Curzon-Linie unter polnische Zivilverwaltung gestellt werde. Die sowjetische und die britische Regierung sollten einander und den Polen zusagen,

> first to recognize and respect the sovereignty, independence and territorial integrity of reconstituted Poland and the right of each to conduct its domestic affairs without interference, und secondly to do their best to secure in due course the incorporation in Poland of the Free City of Danzig, Oppeln, Silesia, East Prussia, west and south of a line running from Königsberg and of as much territory up to the Oder as the Polish Government sees fit to accept; thirdly to effect the removal from Poland including German territories to be incorporated in Poland of the

335 War Cabinet Conclusions vom 15.2.1944. CAB 65/45. — Protokoll der Besprechung Mikołajczyks mit Churchill am 16.2.1944. FO 371/39391, C2242/8/55 und DPSR II, Nr. 103.

336 O'Malley an Eden (am 16.2.1944). FO 371/39391, C2316/8/55.

337 Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Romer vom 19.2., Vermerke O'Malleys über Besprechungen mit Romer am 18. und 20.2.1944. FO 371/38391 f., C2242, 2505, 2569/8/55.

German population; and fourthly to negotiate the procedure for the exchange of population between Poland and the Soviet Union and for the return to the Mother Country of the nationals of the Powers in question.

Alle diese Zusagen sollten s. E. in einem einzigen Dokument oder einem Briefwechsel zusammengefaßt werden.[338] Am 22. Februar 1944 erklärte Churchill im Unterhaus, daß die britische Regierung niemals eine bestimmte Grenze Polens garantiert und die polnische Besetzung Wilnas im Jahre 1920 mißbilligt habe. Das sowjetische Verlangen nach der Curzon-Linie halte er für gerechtfertigt und sei sich mit Stalin einig, daß Polen im Westen und Norden auf deutsche Kosten entschädigt werden solle. Die Forderung nach der „bedingungslosen Kapitulation" bedeute, daß die Alliierten gegenüber Deutschland weder durch einen Vertrag noch durch eine Verpflichtung gebunden seien. So komme z. B. eine Anwendung der Atlantik-Charta auf Deutschland als Recht, das die Abtretung von Gebieten verhindern könnte, nicht in Frage.[339] Ähnlich hatte Churchill in einem Vermerk für das Kriegskabinett argumentiert: Zur Formel „Unconditional Surrender" gehöre: „East Prussia and Germany east of the River Oder are to be alienated forever and the population shifted."[340]

Mit seiner Rede vom 22. Februar 1944 habe Churchill den russischen Standpunkt völlig übernommen, beklagte sich Romer. Churchills Aussagen über Wilna und die Curzon-Linie hätten Unruhe unter den Polen und besonders den polnischen Soldaten hervorgerufen.[341] Stalin reagierte völlig ablehnend auf Churchills Botschaft: Wieder hätten die Polen die Curzon-Linie nicht anerkannt, sondern Anspruch auf Wilna und Lemberg erhoben und die Unverfrorenheit besessen, die Beteiligung von Vertretern der Vereinten Nationen an der Verwaltung sowjetischer Gebiete vorzuschlagen; entweder werde Mikołajczyks Regierung unter

338 Churchill an Stalin am 20.2.1944. DPSR II, Nr. 107, und Churchill and Roosevelt II, Nr. C-585. — Churchill an Roosevelt am 21.2.1944. FRUS 1944, III, 1259-1264. — Churchill and Roosevelt II, Nr. C-587. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 173-176. — *Gilbert:* Winston S. Churchill VII, 686-688.

339 Churchills Rede im Unterhaus am 22.2.1944. DPSR II, Nr. 109. — Im gleichen Sinn äußerte er sich im Kriegskabinett. War Cabinet Conclusions vom 13.3.1944. CAB 65/45.

340 Note Churchills vom 15.1.1944. CAB 66/45, W.P. (44) 33. — Auf dieser Ansicht beharrte Churchill bei einer weiteren Diskussion über die Formel „Unconditional Surrender" im Kriegskabinett. War Cabinet Conclusions vom 13.3.1944. CAB 65/45.

341 Eden über eine Besprechung mit Romer an Clark Kerr am 25.2.1944. FO 371/39392, C2672/8/55.

Aufnahme „demokratischer Elemente" umgebildet[342] oder innerhalb Polens werde eine neue Regierung entstehen.[343] Schockiert fragte Eden: „But over & above all this Soviet attitude on the business raises most disquieting thoughts. Is Soviet régime one which will ever cooperate with the West, is it to our interest to further its aims?"[344] Das Kriegskabinett stellte fest, daß sich die russische Haltung versteift habe, während sich die Polen kompromißbereit gezeigt hätten. Die Polen müßten Gelegenheit erhalten, ihre Untergrundbewegung zu warnen.[345] In seiner Antwort an Stalin zog Churchill die Aussagen über Wilna und Lemberg zurück, fuhr jedoch fort: „Gewalt kann viel erreichen, doch Gewalt unterstützt vom guten Willen der Welt kann mehr erreichen." Clark Kerr solle Stalin darauf aufmerksam machen, daß Churchill nun die Polen und auch das Parlament über das Scheitern der Verhandlungen informieren müsse. Eventuelle Kämpfe zwischen der polnischen Untergrundbewegung und den sowjetischen Truppen würden zu öffentlichen Auseinandersetzungen führen und die Differenzen zwischen der UdSSR und den westlichen Alliierten offenlegen. Das Kriegskabinett und Churchill wiesen Clark Kerrs Versuche, seine Instruktionen zu entschärfen, zurück: „Das ist unsere Position, und wir sollten an ihr festhalten. Das Kriegskabinett steht fest und unerschütterlich. [...] Eine Beschwichtigung ist lange genug versucht worden." (This is our position an we should stand firm by it. The War Cabinet is solid and stiff [...]. Appeasement has had a long run.)[346] Als Stalin sich weigerte, Clark Kerr zu empfangen[347], wurde er von Churchill gewarnt, daß er in Kürze dem Unterhaus über das Scheitern der Verhandlungen berichten und erklären werde, daß die britische Regierung nunmehr der Ansicht sei, daß Entscheidungen über territoriale Fragen bis zum Waffenstillstand oder

342 Clark Kerr an Eden am 28.2.1944. FO 371/39392, C2793/8/55. — Stalin an Churchill am 3.3.1944. Correspondence Nr. 249. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 178.

343 Harriman über eine Besprechung mit Stalin am 3.3.1944. Zitiert in Anmerkung zu DPSR II, Nr. 111, und *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 178. — Clark Kerr an das Foreign Office über Harrimans Besprechung mit Stalin am 3.3.1944. FO 371/39393, C2998/8/55.

344 Vermerk Edens vom 4.3.1944. FO 371/39393, C3190/8/55. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 179.

345 War Cabinet Conclusions vom 5.2.1944. CAB 65/45.

346 Churchill an Stalin am 7.3.1944. Correspondence 250 und DPSR II, Nr. 113. — Clark Kerr an Churchill am 8.3. und Antwort vom 10.3.1944. FO 371/39393, C3312/8/55. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 179-181. — *Gilbert:* Winston S. Churchill VII, 701-704.

347 Clark Kerr an das Foreign Office am 20.3.1944. FO 371/39397, C3993/8/55.

zu den Friedenskonferenzen aufgeschoben werden müßten und sie „gewaltsame Gebietsverschiebungen" nicht anerkennen werde.[348] Eine solche Erklärung würde er als „ungerechten und unfreundlichen Akt" betrachten, antwortete Stalin. Er fürchte, daß eine solche „Methode der Einschüchterung und Verunglimpfung, falls sie fortgesetzt würde, unserer Zusammenarbeit nicht nützen werde". Es falle ihm schwer, einen Unterschied zwischen der polnischen und der jugoslawischen Exilregierung und bestimmten polnischen Generälen und Mihailović zu finden.[349] Foreign Office und Kriegskabinett beschlossen, die Vermittlungsversuche nicht fortzusetzen[350], zumal sie erfahren hatten, daß alle polnischen Parteien einschließlich der PPS die Curzon-Linie ablehnten und „extrem anti-russisch" eingestellt waren.[351]

Ende Januar 1944 hatte Mikołajczyk den Regierungsdelegaten über Churchills Vorschläge informiert: Lehne die Exilregierung ab oder bestehe sie auf einer Verschiebung der Entscheidung über die Territorialfragen, fürchte er, daß die Sowjets eine neue Verwaltung installieren, die sowjetischen Truppen über ganz Polen „ausschwärmen" sowie eine Volksabstimmung über die Grenzen und eventuell sogar über den Eintritt Polens in die Sowjetunion als 17. Republik organisieren würden. Churchill habe deutlich gemacht, daß er jegliche Verantwortung für die Folgen einer polnischen Ablehnung seiner Vorschläge zurückweisen werde. Mikołajczyk unterrichtete die Heimat auch über die Anfrage seiner Regierung betreffend eventueller anglo-amerikanischer Garantien und warnte vor jeglichen Illusionen über eine Unterstützung durch die USA.[352] Und in der Tat mußte Mikołajczyk bald darauf feststellen, daß die US-Regierung sich zwar hinter Churchills Vermittlungsversuch stellte, aber zu keinerlei Garantie bereit war.[353] Die Antwort des ‚Rats der Nationalen Einheit' und des Regierungsdelegaten auf Mikołajczyks Anfrage von Ende Januar traf erst Mitte März 1944 in London ein. Den Sowjets gehe es ebensowenig um eine Korrektur der Grenze wie früher

348 Churchill an Stalin am 21.3.1944. Correspondence I, 256, bzw. DPSR II, Nr. 118.

349 Stalin an Churchill am 23.3.1944. Correspondence I, Nr. 257, und DPSR II, Nr. 119.

350 Vermerk von Roberts für Churchill vom 27.3.1944. FO 371/39397, C4307/8/55. — War Cabinet Conclusions vom 27.3.1944. FO 371/39399, C5190/8/55.

351 Vermerke von Harvey, Cadogan und Eden vom 30./31.3.1944. FO 371/39398, C4614/8/55. — Churchill an Roosevelt am 1.4.1945. Churchill and Roosevelt III, Nr. C-634.

352 Mikołajczyk an Regierungsdelegation am 25./26.1.1944. DPSR II, Nr. 87.

353 Department of State an Ciechanowski am 26.1.1944. DPSR II, Nr. 92. — *Hull:* Memoirs 1438.

den Deutschen im Falle Danzig, sondern um die Souveränität und Integrität Polens. Die Folge einer Kapitulation gegenüber sowjetischen Forderungen wären „allgemeiner Kollaps und Chaos". Einerseits stimmte die Untergrundführung der von Churchill vorgeschlagenen Grenzziehung im Westen zu (Ostpreußen, Danzig, Hinterpommern, Oppeln-Schlesien) und forderte wie die Regierung eine breite polnische Besatzungszone vor der neuen Westgrenze. Der ‚Rat der Nationalen Einheit' begrüßte auch die Zusage, die Deutschen auszusiedeln. Andererseits lehnte sie die Verknüpfung der Probleme der West- und der Ostgrenzen ab. Die Westgebiete können nicht als Ausgleich gelten, „weil ihre Abtretung an Polen einfach nur die Rückkehr dessen ist, was einst mit Gewalt genommen worden ist".[354] Unter dem Eindruck der Verhandlungen mit Churchill argumentierte Mikołajczyk allerdings zum Teil entgegengesetzt: Seine Politik sei es, schrieb er dem Regierungsdelegaten, keine „Verpflichtung" in bezug auf die Ostgrenze einzugehen und gleichzeitig eine Zusage für die West- und Nordgrenze zu erreichen. Er wolle „nicht zulassen, daß die beiden Probleme getrennt würden".[355] Am 15. März 1944 zählte der ‚Rat der Nationalen Einheit' folgenden Annexionen zu seinen Kriegszielen:

das durch Gewalt und Betrug germanisierte Ostpreußen, den alten historischen Hafen an der Weichselmündung Danzig, den pommerschen Gebietsstreifen entlang der polnischen Vorkriegsgrenze und zwischen der Ostsee und dem Zusammenfluß von Oder und Netze, das Gebiet zwischen Warthe und Netze sowie Oppeln-Schlesien mit einer hinreichenden Sicherheitszone.

Entlang der Oder und in den Oderhäfen seien vitale polnische Wirtschaftsinteressen zu sichern. Eine breite Zone westlich der neuen polnischen Grenze, d. h. also Ostbrandenburg und Niederschlesien, solle unter langdauernder polnischer Besatzung bleiben.[356]

Im Mai 1944 besuchte der US-polnische Professor Oskar Lange Moskau und sprach auch über die Westgrenze: Er sagte zu Stalin, daß schon das polnische Verlangen nach Ostpreußen und Oberschlesien in der amerikanischen und britischen Öffentlichkeit auf Widerstand stoße, er selbst aber glaube, daß sich Deutschland mit dem Verlust dieser beiden

354 Beschluß des ‚Rates der Nationalen Einheit'/Regierungsdelegation vom 15.2. 1944 (eingegangen am 9. bzw. 17.3.1944). DPSR II, Nr. 102. — Deklaration des ‚Rates der Nationalen Einheit' „O co walczy naród polski" (Worum das polnische Volk kämpft). *Duraczyński:* Między Londynem a Warszawą Nr. 22.

355 Mikołajczyk an die Regierungsdelegation am 18.2.1944. Zitiert in: Anmerkung zu DPSR II, Nr. 103.

356 Deklaration des ‚Rates der Nationalen Einheit' „O co walczy naród polski" (Worum das polnische Volk kämpft) vom 15.3.1944. DPSR II, Nr. 115.

Provinzen abfinden werde. Die Forderungen des ‚Verbandes Polnischer Patrioten' (Związek Patriotów Polskich) gingen jedoch weit darüber hinaus und könnten die Gefühle der Deutschen so stark verletzen, daß sie dauerhaft auf Rache sinnen und nicht in eine neue europäische Ordnung eingegliedert werden könnten. Stalin antwortete, daß ihm dies gleichgültig sei; Deutschland müsse für immer als politische Macht ausgeschaltet werden. Polen solle nicht nur Ostpreußen und Oberschlesien, sondern auch alle Gebiete bis zur Oder einschließlich Stettins fordern. Er sei unsicher, ob die Polen auch Breslau erhalten sollten oder nicht.[357] Die deutsche Bevölkerung dieser Gebiete solle deportiert werden. „Rund 3 000 000 könnten in Sibirien unterkommen, einige nach Deutschland zurückkehren, das im Kriege einen großen Verlust an Arbeitskräften erlitten habe, und für den Rest, fügte Stalin hinzu, könnte Raum in Südamerika oder anderswo sein." Selbst Lange argumentierte – ebenso wie die Vertreter des ‚Landesnationalrates' – zugunsten der Rückgabe Lembergs an Polen, wobei er auch auf die Stimmung in der Berling-Armee verwies. Stalin antwortete, daß man über Lemberg erst sprechen sollte, wenn er den Polen deutsche Gebiete anbieten könne. Bis zu einem gewissen Grade verstehe er die Haltung der Exilregierung, denn sie werde gebeten, territoriale Konzessionen im Osten zu machen, ohne zu wissen, ob die Erwerbungen im Westen tatsächlich zustandekämen. Deshalb sollten zuerst die Westgrenze festgelegt werden, was die Diskussion über die Ostgrenze erleichtern werde.[358]

Während seines Aufenthalts in den USA vom 3.–15. Juni 1944 traf Mikołajczyk mit Lange zusammen, der ihm über sein Gespräch mit Stalin berichtete.[359] Gegenüber dem Staatssekretär im State Department Stettinius wiederholte Mikołajczyk den polnischen Anspruch auf Ostpreußen und „Schlesien". Eine Westverschiebung Polens werde dagegen große Bevölkerungsverschiebungen nötig machen, die bei Kriegsende auf den Widerstand der öffentlichen Meinung Großbritanniens

[357] Stanisław Orlemański hörte von Stalin, daß er in Teheran für eine Grenze an der Oder oder etwas westlich von ihr plädiert habe. Es wäre gut, Stettin und vielleicht Breslau Polen zu geben. Protokoll der Besprechung zwischen Stalin, Molotov und Orlemanski vom 28.4. 1944. Vostočna Evropa I, Nr. 3, 39.

[358] Protokoll Langes über eine Besprechung mit Stalin am 17.5.1944. DPSR II, Nr. 132. — Clark Kerr über eine Besprechung mit Lange an das Foreign Office am 17.5.1944. FO 371/39401, C6694/8/55. — Botschaft in Moskau (Hamilton) an den Secretray of State am 19.5.1944. FRUS 1944, III, 1409f. — *Mikołajczyk:* The Pattern of Soviet Domination 62f.

[359] Vermerk Ciechanowskis über eine Besprechung Mikołajczyks mit Lange am 13.6.1944. DPSR II, Nr. 143.

und der USA stoßen könnten.[360] Roosevelt sagte Mikołajczyk, daß s. E. die Russen nicht auf Königsberg bestehen würden und sicherte ihm zu, daß er sich zu gegebener Zeit darum bemühen werde, daß Polen Lemberg, Drohobycz und Tarnopol behalten, zugleich Ostpreußen einschließlich Königsbergs und Schlesiens bekommen und deren deutsche Bevölkerung zwangsweise aussiedeln könne.[361] Churchill warnte jedoch Mikołajczyk nach dessen Rückkehr, zuviel Vertrauen in Roosevelts „vage und optimistische" Äußerungen zu setzen. Die Polen wären gut beraten, wenn sie Lemberg aufgäben. Danzig hätte für sie einen wesentlich größeren Wert als Lemberg. Durch den Transfer von Bevölkerungen könne Polen homogener gemacht werden.[362]

Am 12. Juni 1944 empfing Harriman, der US-Botschafter in Moskau, vier Vertreter des KNR, darunter Edward Osóbka-Morawski. Sie hofften, durch Kooperation mit der Sowjetunion eine günstigere Grenze als die Exilregierung erreichen zu können, die Lemberg und die Ölfelder bei Polen lasse, sagten sogar die KNR-Vertreter.[363] Am 21. Juli 1944, nach der Befreiung der ersten polnischen Stadt westlich der Curzon-Linie, setzte Stalin in Cholm ein ‚Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung' (Polski Komitet Wyzwolenija Narodowego) unter der Führung von Edward Osóbka-Morawski ein. In seinem „Manifest an das polnische Volk" vom 22. Juli forderte das ‚Polnische Komitee der Nationalen Befreiung' auf zum „Kampf um die Freiheit Polens, die Rückkehr des alten polnischen Pommern (Pomorze) und Oppeln-Schlesiens zum polnischen Mutterland, um Ostpreußen, um einen breiten Zugang zum Meer, um polnische Grenzposten an der Oder". Wie die Exilregierung am 26. Juli erklärte, unterstützte sie nicht die „demagogische und irreale Oder-Linie" des Cholmer Komitees. Stalin sagte am 24. Juli einer Delegation des Komitees, die nach Moskau gekommen war, zu, die befreiten Gebiete seiner zivilen Verwaltung zu übertragen, sich für eine neue polnische Westgrenze westlich von Swinemünde und Stettin und von dort

360 Stettinius an Roosevelt am 6.6.1944. FRUS 1944, III, 1274 f.

361 Memorandum Mikołajczyks bzw. Vermerk von Stettinius über eine Besprechung Mikołajczyks mit Roosevelt am 12.6.1944. DPSR II, Nr. 141 f., und FRUS 1944, III, 1280-1282. — Siehe auch einen Bericht Mikołajczyk über Besprechungen in Washington vom 5.–14.6.1944. FO 371/39402, C8482/8/55. — Nach *Zabiełło:* O rząd i granicę 188, sprach sich Mikołajczyk „entschieden gegen eine zu weitgehende Ausdehnung Polens nach Westen aus", als ihn Roosevelt fragte, was er von der Oder-Neiße-Linie halte.

362 Churchills Äußerungen zu Mikołajczyk am 22.6.1944. Zitiert von *Raczyński:* W sojuszniczym Londynie 269 f., und *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 191 f.

363 Harriman an den Secretary of State am 12.6.1944. FRUS 1944, III, 1414-17.

an der Oder und westlichen Neiße einzusetzen.[364] Der stellvertretende Vorsitzende des ‚Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung' Andrzej Witos erklärte am 7. August, daß Polen ganz Pommern und Schlesien erhalten müsse. Schließlich sprach Osóbka-Morawski auch öffentlich von Oder und Neiße als künftigen Grenzflüssen Polens.[365] Boheman, ein früherer Botschafter Schwedens in Warschau, warnte im Juli 1944 davor, daß Polen zu einem russischen Vasallen herabsinken werde, wenn es deutsche Gebiete an sich reiße. Sargent kommentierte: Großbritannien sollte die Polen davon abhalten, „große rein deutsche Gebiete" zu annektieren. Wenn Polen die Deutschen vertreibe, werde in Deutschland eine Irredenta-Bewegung entstehen. Es werde nicht lange dauern, bis die britische und amerikanische Öffentlichkeit in dieser Frage die Deutschen unterstützten, was zu Spannungen und Vorwürfen zwischen Briten und Russen führen werde. Eden stimmte zu, doch hoffte er, daß diese negative Einschätzung die Übergabe Ostpreußens nicht einschließe.[366]

Ende Juli 1944 flog Mikołajczyk nach Moskau mit der Absicht, eine Übereinkunft mit Stalin über die Zusammenarbeit der Heimatarmee mit der Roten Armee und die Übernahme der Verwaltung der befreiten Gebiete durch die Organe der Exilregierung zu erreichen. Stalin forderte am 3. August alle Gebiete östlich der Curzon-Linie sowie Königsberg für die Sowjetunion, während Polen sich bis zur Oder und Neiße unter Einschluß Breslaus ausdehnen solle. Mikołajczyk und Grabski argumentierten nach dem polnischen Protokoll für eine Ostgrenze, die Lemberg, die ostgalizischen Ölfelder und einen Teil Weißrußlands bei Polen belasse, wobei die Polen und katholischen Einwohner gegen die Orthodoxen ausgetauscht werden könnten. Romer erzählte Clark Kerr, daß Stalin ausdrücklich auch davon gesprochen habe, den Polen Stettin zu geben, und Mikołajczyk berichtete Eden, daß Stalin den Polen ganz Niederschlesien einschließlich Breslau und Stettin und etwas Land westlich der Oder übertragen wolle. Stalin habe zugesagt, aus allen diesen Ge-

364 *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 195f. — *Kowalski:* Walka dyplomatyczna 490-495. — *Ders.:* Polityka zagraniczna 4. — *Zabiełło:* O rząd i granicę 204. — Molotov und Osóbka unterschrieben am 27. Juli einen Vertrag, in dem erstens die Ostgrenze festgelegt wurde und zweitens die sowjetische Regierung zusagte, sich um eine solche Grenzregelung zu bemühen. *Marczak:* Granica Zachodna 36-38.

365 Memorandum des ‚Foreign Office Research Department' (Mabbott) vom 20.11.1944. FO 371/39139, C9093/2750/18.

366 Britische Botschaft in Stockholm an Warner am 29.7., Vermerke von Roberts, Sargent und Eden vom 6.–9.8.1944. FO 371/39458, C10278/140/55.

bieten die Deutschen zu vertreiben.[367] Wanda Wasilewska hatte Zarański, Mikołajczyks Sekretär, erzählt, daß Stalin die Vertreibung von neun Millionen Deutschen aus den neupolnischen Gebieten versprochen habe.[368] Harriman erfuhr von Romer, daß die polnische Regierung aber so weitgehende Annexionen nicht für sinnvoll halte.[369] Roberts bezeichnete Stalins Haltung als „alarmierend": Niemals zuvor habe Stalin so deutlich festgestellt, daß die Polen die Oder-Grenze einschließlich Stettins und Breslaus, die ja westlich der Oder lägen, bekommen sollten. Die Polen wären schlecht beraten, würden sie dieses Geschenk annehmen.[370] Die britische Öffentlichkeit habe schon auf die Idee, daß Polen sich bis zur Oder erstrecken sollte, negativ reagiert.[371] Nach Mikołajczyks Rückkehr nach London verabschiedete die Regierung mit Mehrheit – gegen die Stimmen der PPS-Minister – am 22. August ein Programm, in dem weitgehende Zugeständnisse an der Ostgrenze mit Ausnahme der „Hauptzentren des polnischen kulturellen Lebens und der Rohstoffquellen", d. h. mit Ausnahme von Lemberg, Wilna und Drohobycz verbunden mit einem Bevölkerungsaustausch, angeboten wurden. Der Umfang der Gebietsansprüche wurde zwar nicht definiert, doch seien alle Deutschen aus den inkorporierten Gebieten „in sowjetisch-polnischer Kooperation" zu entfernen.[372] Dieses Programm ließ Mikołajczyk über den sowjetischen Botschafter Lebedev an die sowjetische Regierung und damit auch dem ‚Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung' übermitteln.[373] Zwar hatte die polnische Regierung schon in ihrem Memorandum vom 1. Dezember 1942 die Oder „als Polens natürliche Sicherheitslinie gegenüber Deutschland" bezeichnet. In ihrer Stellungnahme für die ‚European Advisory Commission' vom 5. September 1944 forderte die Exilregierung nun Danzig, Ostpreußen und den Regierungsbezirk Oppeln sowie – etwas unbestimmter – „solche

367 Protokoll der Besprechung Mikołajczyks mit Stalin am 3.8.1944. DPSR II, Nr. 180. — Clark Kerr über eine Besprechung mit Romer an das Foreign Office am 4.8.1944. FO 371/39401, C10240/8/55. — Vermerk Edens über eine Besprechung mit Mikołajczyk am 14.8.1944. FO 371/39408, C10768/8/55. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 198f.

368 Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Zarański am 19.8.1944. FO 371/39410, C11255/8/55.

369 Harriman an den Secretary of State am 4.8.1944. FRUS 1944, III, 1305f.

370 Vermerk Sargents über eine Besprechung mit Kwapiński am 4.8. sowie Vermerke von Roberts und Sargent vom 5.8.1944. FO 371/39408, C10529/8/55.

371 Vermerk von Roberts vom 4.10.1944. FO 371/39414, C14017/8/55.

372 „Programm" der polnischen Regierung (mit einem Anschreiben O'Malleys vom 25.8.1944). DPSR II, Nr. 214 und FO 371/39458, C11344/8/55.

373 Vermerk von Roberts vom 1.9.1944. FO 371/39411, C12094/8/55.

Gebiete zwischen der Oder und der deutsch-polnischen Grenze vom 1. September 1939, die von Polen im Zusammenhang mit einer generellen Regelung der Grenzen Polens erworben werden sollen".[374]

Am 9. Oktober 1944 flog Churchill zu Verhandlungen vor allem über die Zukunft Ostmitteleuropas nach Moskau. Schon bei ihrer ersten Besprechung am 9. Oktober waren sich Churchill und Stalin einig, daß Schlesien und das südliche Ostpreußen an die Polen gehen und deren Bevölkerung nach Deutschland vertrieben werden sollte.[375] Churchill ließ Mikołajczyk – wiederum mit Außenminister Romer und Grabski, dem Vorsitzenden des ‚Polnischen Nationalrats', – nach Moskau nachkommen. Schon beim ersten Treffen der drei Delegationen am 13. Oktober 1944 bot Churchill den Polen den südwestlichen Teil Ostpreußens und „Schlesien" als Ausgleich für die Territorien östlich der Curzon-Linie an. Molotov enthüllte gegenüber den Briten und Polen, daß sich in Teheran auch Roosevelt für die Curzon-Linie ausgesprochen hatte. Als Mikołajczyk sich weiter für Lemberg einsetzte, erhöhte Stalin den Preis: Die Polen könnten nicht nur Danzig, sondern auch Stettin bekommen – und Churchill stimmte zu –, also wahrscheinlich als Preis für Lemberg. Churchill und Eden forderten Mikołajczyks und Romers Einverständnis mit einer entsprechenden gemeinsamen britisch-sowjetisch-polnischen Erklärung. Strittig blieb aber die Frage der Curzon-Linie, genauer die Zukunft Lembergs. Unter stärkstem britischem Druck – Churchill scheute sich nicht, die Polen mehrfach zu beschimpfen – stimmte Mikołajczyk schließlich zu, die Curzon-Linie als „Demarkationslinie" anzuerkennen, während Stalin sie als „Basis der Grenze zwischen Rußland und Polen" bezeichnet wissen wollte.[376] Unstrittig waren dagegen die Aussagen zur Westgrenze. Im letzten Entwurf hieß es:

Upon the unconditional surrender of Germany the territory of Poland in the West will include the Free City of Danzig, the regions of East Prussia west and south of Königsberg, the Administrative District of Oppeln in Silesia and the lands desired by Poland to the east of the line of the Oder. It is further stated that the possession of these territories shall be guaranteed to Poland by the Soviet and British Go-

374 Memorandum des ‚Foreign Office Research Department' (Mabbott) vom 20.11.1944. FO 371/39139, C9093/2750/18.

375 *Gilbert:* Winston S. Churchill VII, 996.

376 Eden an das Foreign Office am 14. und 16.10., Churchill an Attlee am 17.10., Vermerk Allens mit sechs Entwürfen für die gemeinsame Erklärung vom 25.10. sowie Protokoll der Besprechung Churchills mit Mikołajczyk am 14.10.1944. FO 371/39414f., C14222f., 14228, 14300, 14346, 14669, 14874/8/55. — Vermerk Mikołajczyks über eine Besprechung mit Stalin am 18.10.1944. DPSR II, Nr. 246. — Harriman an Roosevelt am 14.10.1944. FRUS 1944, III, 1322-1324. *[Harvey:]* The War Diaries 360f. (12.–15.10.1944).

vernments. It is understood that the Germans in the said regions shall be repatriated to Germany and that all Poles in Germany shall at their wish be repatriated to Poland. [...] Separate Soviet-Polish agreements will regulate reciprocal transfer and the repatriation of the population of both countries and the release of persons detained. It is agreed that the necessary measures will be taken for the transfer of all persons of both countries desiring to change their allegiance in accordance with their freely expressed will.[377]

Wie Harriman berichtete, hatte Mikołajczyk erneut Bedenken gegen die Ausdehnung Polens bis zur Oder und besonders gegen den Einschluß von Stettin und Breslau geäußert, da diese Städte und ein Teil des angebotenen Gebiets „fast völlig deutsch“ seien.[378] Als Südafrikas Premierminister Smuts ebenfalls Bedenken gegen die Umsiedlung der Polen aus den Gebieten jenseits der Curzon Linie und die Aussiedlung der Deutschen aus den Gebieten jenseits der Oder äußerte, telegraphierte ihm Churchill am 30. Oktober:

It is of course intended to move all Germans out of the ceded territories back to Germany. The disentanglement of populations is an essential feature in all changes. Look what a success it has been between Turkey and Greece. The number affected by the Polish changes is under 6 millions. The Germans have lost at least 7 millions so far and probably there will be large additions to this before the end of the War. I do not therefore see why there should not be room for the repatriates in the German home lands from which, however divided, only a small proportion of territory is taken. Moreover they have at the present time about 12 million foreign workers or slaves and seem to be able to feed them all right.[379]

Zurück in London versuchten Mikołajczyk und Romer die Regierung zur Anerkennung der Curzon-Linie und zu einem Kompromiß mit dem ‚Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung‘ zu bewegen. Deshalb fragte Romer am 31. Oktober 1944 Cadogan u. a.: Würde sich die britische Regierung verpflichtet fühlen, auf der Friedenskonferenz die Kompensationen auf deutsche Kosten auch zu vertreten, wenn die US-

377 1., 2. und 3. Entwurf einer gemeinsamen Erklärung vom 14.10.1944. DPSR II, Nr. 240, 242 und 244. — Churchill an Roosevelt am 18.10.1944. FO 371/39415, C14452/8/55, auch FRUS 1944, III, 1327f., und in: Churchill and Roosevelt III, Nr. C-800.

378 Harriman an den Secretary of State am 19.12.1944. FRUS, Jalta, 219-221. — Józef Winiewicz, Leiter des deutschen Referats im Ministerium für Friedenskongreßarbeiten, zog am 30. Oktober 1944 aus der Tatsache, daß die Sowjetunion Königsberg für sich forderte, den Schluß, daß Polen auf Breslau bestehen müsse. *Marczak:* Granica Zachodnia 60f.

379 *Gilbert:* Winston S. Churchill VII, 1042. — Warum solle Polen mit deutschem Land, das nie polnisch war, für Land entschädigt werden, das es niemals in Besitz genommen haben dürfte, hatte Smuts schon im März 1944 Churchill gefragt. *[Harvey:]* The War Diaries 336 (11.3.1944).

Regierung ihnen nicht zustimmen oder widersprechen sollte? Die Regierung könne die Abtretungen im Osten nicht akzeptieren, ohne größtmögliche Sicherheit in bezug auf die Erwerbungen im Westen zu bekommen. Sie denke daran, daß Großbritannien nach dem Ersten Weltkrieg die versprochene Garantie Frankreichs zurückgezogen habe, als die USA ihre Unterschrift verweigert hatten. Diese polnische Anfrage wurde nach Beratungen im Kriegskabinett positiv beantwortet. Romer stellte auch eine Frage zum Umfang der Kompensationen: Sei die britische Regierung definitiv für die Ausdehnung Polens bis zur Oder? Stalin habe zwar für eine neue polnische Westgrenze an der Oder unter Einschluß des Hafens Stettin plädiert und Churchill dieser Aussage zugestimmt. Dagegen habe Eden an die Teheraner Entscheidung erinnert, daß die Polen so viel Land bis zur Oder erhalten könnten, wie sie für wünschenswert hielten. Damit würde die Verantwortung für die Grenzverschiebung auf die polnische Regierung fallen, was zu Schwierigkeiten in der Zukunft führen könnte. Könne die britische Regierung nicht ihre bisherige Aussage durch eine Formel über die „bedingungslose Zuweisung dieser Gebiete an Polen" ersetzen? Im Kriegskabinett interpretierte Churchill diese Anfrage, daß die Polen „in dieser Angelegenheit nicht eine zu schwere Last bzw. die ganze Verantwortung für die Annahme so extensiver territorialer Konzessionen tragen wollen, wie sie die Russen zu machen bereit seien". Akzeptierten sie dagegen zur Zeit der Friedenskonferenz eine weniger große territoriale Kompensation, dann könnten sie dies ja den Alliierten mitteilen. Die mit dem „Bevölkerungsaustausch" verbundenen Probleme seien zwar groß, aber nicht unüberwindlich, meinte Churchill. Im Kriegskabinett sagte Eden, daß Mikołajczyk wahrscheinlich unter großem Druck stehe, eine möglichst große territoriale Kompensation zu erreichen. Staatsminister Richard Law wies zwar darauf hin, daß die vorgesehenen Gebietsveränderungen nicht nur Deutschland verkleinern, sondern dieses reduzierte Deutschland auch mit einer großen Zahl umgesiedelter Deutscher belasten würden. In der Diskussion wurde aber auch argumentiert, daß die deutschen Kriegsverluste, die Repatriierung von Millionen Ausländern und Kriegsgefangenen die Lösung des Problems erleichtern würden. Das Kriegskabinett beschloß, die Polen zu informieren, daß die britische Regierung „entschieden für die Verschiebung der polnischen Grenze bis zur Oder-Linie sei, es sei denn, daß Polen aus eigenem Willen zu einem späteren Zeitpunkt eine stärker begrenzte territoriale Kompensation wünschen sollte". Daraufhin schrieb Cadogan dem polnischen Außenminister:

Secondly you enquired whether His Majesty's Government were definitely in favour of advancing the Polish frontier up to the line of the Oder, to include the

port of Stettin. The answer is that His Majesty's Government do consider that Poland should have the right to extend her territory to this extent.[380]

Mikołajczyk und Romer sahen in Cadogans Brief einen Rückschritt gegenüber den eindeutigen Aussagen im letzten Moskauer Erklärungsentwurf und legten ihn ihren Kabinettskollegen nicht vor. Mündlich erklärte ihnen Cadogan: Die britische Regierung habe immer öffentlich gesagt,

that all territorial changes, unless agreed between the interested parties, must await the peace settlement. Poland was asked to agree with the Soviet Government the changes on her eastern frontier. Obviously the changes on the western frontier, which involved allocating to Poland German territory not yet invaded, must await the peace settlement.[381]

Die Exilregierung lehnte am 3. November 1944 die sofortige Anerkennung der Curzon-Linie ab und zwar u. a. mit der Begründung, daß sie auf die amerikanische Stellungnahme zu Churchills Vorschlägen warte und daß die „endgültige Festlegung und Ratifikation der neuen Grenze Polens im Westen und Norden [erst] bei der Friedensregelung stattfinden werde".[382] Mikołajczyk hatte nämlich inzwischen Roosevelt gebeten, sich für den Verbleib Lembergs und der ostgalizischen Ölfelder bei Polen einzusetzen. Und Ciechanowski fragte am 6. November das State Department, ob die Vereinigten Staaten die Kompensation im Westen und den Transfer der Deutschen aus diesen Gebieten unterstützen würden.[383]

Eden erklärte am 6. November Mikołajczyk, daß er es für eine „reine Verrücktheit" (sheer madness) halte, wenn die Polen die Gebiete bis zur Oder einschließlich Stettins beanspruchen würden. Mikołajczyk antwortete, daß die Polen den Austausch der Gebiete zwischen Weichsel und Memel für jene zwischen Weichsel und Oder erwägen müßten, um

380 Vermerk Cadogans über Besprechungen mit Romer am 31.10. und 1.11., Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Kulski am 30.10. sowie Cadogan an Romer am 2.11.1944. FO 371/39416, C15070, 15125, 15191/8/55. Siehe auch DPSR II, Nr. 256. — *[Cadogan:]* The Diaries 676f. — Die Aussage zu Stettin hatte Churchill in einem weiteren Gespräch mit Mikołajczyk wiederholt. Vermerk Romers über eine Besprechung mit Churchill am 26.10. sowie Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung Romers mit Cadogan am 31.10. 1944. DPSR II, Nr. 250. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 231. — War Cabinet Conclusions vom 1.11.1944. CAB 65/48;

381 Eden über eine Besprechung Churchills mit Mikołajczyk am 2.11.1944 an O'Malley. FO 371/15255/8/55.

382 Beschluß der polnischen Regierung vom 3.11.1944. DPSR II, Nr. 259.

383 Ciechanowski an Stettinius am 27.10. und Memorandum Bohlens über eine Besprechung mit Ciechanowski am 11.11.1944. FRUS 1944, III, 1328-1333.

die vier bis fünf Millionen Polen bzw. katholischen Weißrussen und Ukrainer ihrer Ostgebiete unterzubringen, für die in Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien nicht genügend Platz sei.[384] Die polnische Regierung bat auch um eine Konkretisierung der britischen Garantien. Zusammen mit der Sowjetunion solle Großbritannien die im Moskauer Erklärungsentwurf genannten deutschen Gebiete „als integralen Teil Polens vom Zeitpunkt der Kapitulation Deutschlands oder alternativ vom Zeitpunkt der Einstellung der Feindseligkeiten gegen dieses Land anerkennen", und zwar „definitiv, unwiderruflich und gleichzeitig mit der Annahme der Gesamtregelung, die in Moskauer Gesprächen erreicht worden ist, durch die polnische, britische und sowjetische Regierung". Die britische Regierung solle erklären, daß sie gemeinsam mit der sowjetischen „Polens Besitz der von Deutschland erworbenen Gebiete sowie allgemein die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Polens in seinen neuen Grenzen" garantieren werde. Sargent sprach sich aber dagegen aus, den Polen neben Danzig, Ostpreußen und Oberschlesien weitere Landstreifen östlich der Oder einschließlich Stettins zuzusagen. Eher glaube er, daß Großbritannien zu gegebener Zeit den Transfer von Land an Polen auf ein Minimum reduzieren wolle. Wenn es nur um die zwei Millionen Deutscher aus Ostpreußen, 370 000 aus Danzig und 1 170 000 aus Oberschlesien gehe, sei die Lage vielleicht noch zu beherrschen, doch mit den zusätzlichen 2,7 Millionen Deutschen aus den Gebieten bis zur Oder würde sie kippen.

If this huge mass of humanity is forced into the Reich it will not only dislocate still further the chaotic economy of an already over-crowded Germany – for how are all these people to be fed, housed and given work – but, looking further ahead, how are we to prevent this uprooted population from becoming the focus of a perpetual agitation for the return of this landless people to the homes of their fathers?

Es sei jammerschade, daß die Polen in diese Falle gegangen seien. Als Folge einer solchen Westausdehnung mit oder ohne Vertreibung werde Polen gänzlich auf Rußland angewiesen sein, um den Status quo zu bewahren, und damit seine Unabhängigkeit verlieren. Dagegen wandte Cadogan ein, daß Deutschland wohl nicht so „überfüllt" sein dürfte, wenn man an die wahrscheinlich drei bis vier Millionen Kriegstoten und an die ermordeten Juden denke. „Und wieviele Deutsche wird Stalin zur Zwangsarbeit in Rußland nehmen, von wo m. E. sehr wenige zurückkehren dürften?" Die britische und amerikanische Öffentlichkeit würde

384 Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung Edens mit Mikołajczyk am 6.11.1944. DPSR II, Nr. 261.; Memorandum O'Malleys über Mikołajczyks Position vom 27.11.1944. FO 371/39416, C16408/8/55. — *Raczyński:* W sojuszniczym Londynie 284. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 238.

so exzessive Annexionen verdammen, meinten dagegen Sargent und Harvey. Allen und Roberts waren der Ansicht, daß die britische Regierung das polnische Recht anerkennen könne, nach der Kapitulation Deutschlands die zugewiesenen Gebiete zu verwalten, während die Entscheidung über die Souveränität erst im Rahmen der Friedensregelung zu treffen sei. Bei einer internen Beratung kamen Cadogan, Sargent, Harvey und einige weitere zuständige Beamte zu dem Schluß, daß die Polen nicht aus der Verantwortung entlassen werden sollten, die Grenzverschiebungen im Westen selbst zu verlangen, und nochmals davor gewarnt werden sollten, mehr als Ostpreußen, Danzig, Oberschlesien und vielleicht ein Landstück westlich von Danzig zu fordern.[385] Er selbst sei dagegen, daß Polen bis zur Oder ausgreife, sagte Romer nach seinem Rücktritt, doch würde es den Polen leichter fallen, ihre Forderungen im Westen zu mäßigen, wenn sie im Osten eine kleine Konzession erhielten, nämlich Lemberg.[386]

Zwischen Oder- und Oder-Neiße-Linie

Nachdem Roosevelt am 7. November 1944 die Präsidentenwahl gewonnen hatte, war er schließlich zur Antwort auf die Frage der polnischen Regierung bereit, wie sich die US-Regierung zu der in Moskau vorgeschlagenen West- und Nordgrenze Polens einschließlich der Aussiedlung der Deutschen stelle. Roosevelt erklärte in einem Brief an Mikołajczyk, den Harriman am 22. November überreichte[387], daß die USA keine Einwände gegen ein polnisch-britisch-sowjetisches Übereinkommen „unter Einschluß der vorgeschlagenen Kompensation Polens von Deutschland" erheben würden:

385 Entwurf eines Schreibens (Romers) an Cadogan (mit einem Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Kulski am 14.11.1944) sowie Vermerke von Sargent, Allen, Harrison, Roberts, Harvey, Cadogan und Eden vom 15.–25. 11.1944. FO 371/39436, C15747, C16360/62/55. — *[Harvey:]* The War Diaries 366f. (26.11. 1944).

386 Vermerk von Roberts über eine Besprechung mit Romer am 11.12.1944. FO 371/39419, C14328/8/55.

387 Roosevelt an Mikołajczyk am 17.11.1944. FRUS 1944, III, 1334f., auch FO 371/39417, C16359/8/55 und DPSR II, Nr. 268. — Am 18.12.1944 wiederholte Außenminister Stettinius den Inhalt des Schreibens vor der Presse, allerdings ohne die Kompensation auf deutsche Kosten zu erwähnen. DPSR II, DA FEHÖT Nr. 286. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 242.

If the Polish Government and people desire, in connection with the new frontiers of the Polish State, to bring about the transfer to and from the territory of Poland of national minorities, the United States Government will raise no objection and as far as praticable will facilitate such transfers.

Als Harriman dem polnischen Ministerpräsidenten dieses Schreiben übergab, informierte er ihn zugleich, daß Roosevelt ihn ermächtigt habe, Stalin nochmals mündlich um die Aufgabe von Lemberg und der ostgalizischen Ölfelder zugunsten Polens zu bitten, er selbst aber keine Erfolgsaussichten sehe. Mikołajczyk hatte vor, unabhängig vom Ergebnis der Intervention Harrimans über Moskau nach Lublin zu reisen, um dort eine neue Regierung zu bilden. Als aber im Kabinett nur seine eigene Partei sowie Außenminister Romer seine Bereitschaft unterstützten, Harrimans Mission zuzustimmen und damit die Curzon-Linie zumindest mit Ausnahme Lembergs anzuerkennen, reichte Mikołajczyk am 24. November 1944 seinen Rücktritt ein.[388] An die Spitze der neuen Regierung trat am 29. November der Sozialist Tomasz Arciszewski, ein Führer der polnischen Widerstandsbewegung, der erst wenige Monate zuvor ins Exil gebracht worden war.[389] Polen sollte Ostpreußen und „Schlesien“, nicht aber Stettin und Breslau nehmen, sagte der neue Ministerpräsident zum US-Chargé d'affaires Schoenfeld. Denn Polen solle nicht so viel deutsches Land annektieren, daß es seine Beziehungen mit Deutschland für alle Zukunft verderbe und zu einem Gefangenen Rußlands werde.[390] In der ‚Sunday Times‘ sprach sich der neue Ministerpräsident gegen die Oder-Neiße-Grenze aus, die die Umsiedlung von acht bis zehn Millionen Deutschen nötig mache.[391] Nach Stańczyks Einschätzung waren der Präsident, die Nationaldemokraten und die PPS-Mehrheit der Meinung, daß die „polnische Sache, zumindest für die nächsten 25 Jahre, verloren ist und daß es nur noch darum gehe, die Ehre zu retten“.[392]

388 O'Malley über eine Besprechung mit Romer, Vermerk Edens über eine Besprechung mit Harriman, beide am 24.11.1944 an Eden. FO 371/39417, C16359, 16376/8/55. — Vermerk Romers über Besprechungen mit Harriman am 22.–24.11. und Rundschreiben Romers vom 26.11.1944. DPSR II, Nr. 269 und 273. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 236-238. — *Raczyński:* W sojuszniczym Londynie 288-290. — *Mikołajczyk:* The Pattern of Soviet Domination 104f. — *Eden:* The Reckoning 496.

389 Eden an Clark Kerr am 1.12.1944. FO 371/39418, C16778/8/55.

390 Memorandum Schoenfelds über eine Besprechung mit Arciszewski vom 6.12. 1944. FRUS 1944, III, 1341-1343.

391 *Zabiełło:* O rząd i granicę 237.

392 Depesche Stańczyks an „Żulawski, Bazyli [Pużak] od. Marcin“ (Genossen in Polen, Januar 1945, englische Übersetzung). FO 371/47576, N646/6/55.

Die Westmächte bekräftigten ihre positive Haltung zum Transfer. Als De Gaulle bei seinem Moskau-Besuch am 2. Dezember 1944 von Stalin hörte, daß Polens Grenze an der Oder und der westlichen Neiße verlaufen solle, widersprach er nach französischen Aussagen nicht; nach sowjetischen erklärte er sein Einverständnis, da eine solche Grenzziehung eine eventuelle Verständigung zwischen Polen und Deutschland unmöglich mache.[393] Im Unterhaus erklärte Churchill am 15. Dezember 1944, daß Polen für die Aufgabe der Gebiete jenseits der Curzon-Linie einschließlich Lembergs im Norden Ostpreußen westlich und südlich von Königsberg und Danzig gewinnen werde. Er fuhr fort:

The Poles are free, so far as Russia and Great Britain are concerned, to extend their territory, at the expense of Germany, to the West. I do not propose to go into exact details [...] It would, of course, have to be accompanied by the disentanglement of populations in the East and in the North. The transference of several millions of people have to be effected from the East to the West or North, as well as the expulsion of the Germans – because that is what is proposed: the total expulsion of the Germans – from the area to be acquired by Poland in the West and the North. [...] A clean sweep will be made. I am not alarmed by the prospect of the disentanglement of populations, nor even by these large transferences, which are more possible in modern conditions than they ever were before.[394]

Die folgende Debatte im Unterhaus und in der Presse zeigte aber, daß in der öffentlichen Meinung Bedenken gegen die Übertragung großer deutscher Provinzen und die Vertreibung der Deutschen bestanden.[395] Wie De Gaulle und Churchill sprach sich auch Roosevelt für den Transfer aus. An Stalin telegraphierte er, daß er keine Einwände gegen eine territoriale Kompensation Polens auf Kosten Deutschlands habe, und fuhr fort:

Recognizing that the transfer of minorities in some cases is feasible and would contribute to the general security and tranquility in the areas concerned, the United States Government would have no objection if the Government and the people of Poland desire to transfer nationals and would join in assisting such transfers.[396]

[393] De Gaulle III, 366. — Holman (Paris) über eine Besprechung mit Dejean an das Foreign Office am 18.12.1944. FO 371/47576, N573/6/55. — *Kowalski:* Walka dyplomatyczna 589f.

[394] Churchill im Unterhaus am 15.12.1944. Annex I zu Memorandum Edens vom 23.1.1944. CAB 66/61, W.P. 48, und gekürzt in: DPSR II, Nr. 283. — Siehe auch Poland in the British Parliament III, 145-151.

[395] Memorandum Edens „Poland's Western Frontiers" vom 23.1.1945. CAB 61, W.P. 48.

[396] Roosevelt an Stalin am 16.12.1944. Churchill and Roosevelt III, Nr. R-675.

In der Moskauer ‚Pravda' durfte sich Jędrychowski, Moskauer, später Pariser Vertreter des Lubliner Komitees, am 18. Dezember für eine Grenze an der Oder und Görlitzer Neiße aussprechen.[397] US-Botschafter Harriman zeigte sich „etwas besorgt über das ausufernde [expanding] Konzept der sowjetischen Regierung in bezug auf die künftige Westgrenze Polens". In ihrem ersten Vorschlag habe die Sowjetunion Polen Ostpreußen ohne das Königsberger Gebiet und die Territorien bis zur Oder einschließlich Stettin und Breslau geben wollen. Im Gespräch mit De Gaulle habe Stalin sogar die Oder und die Görlitzer Neiße als Westgrenze Polens und eine Ausdehnung der Tschechoslowakei auf schlesisches Gebiet vorgeschlagen. Sowohl die Lubliner Polen und Mikołajczyk als auch Briten und Sowjets seien sich einig, daß die Deutschen aus den neuen polnischen Gebieten transferiert werden müßten. Harriman bezweifelte, daß die polnische Bevölkerung der rückständigen Gebiete Ostpolens die technischen Fähigkeiten besitze, „diese hoch entwickelten und industrialisierten Gebiete zu verwalten und zu entwikkeln". Falls die US-Regierung Reserven gegen eine so starke Westausdehnung habe, sollten diese bei Gelegenheit vorgebracht werden, bevor die Pläne so fixiert würden, daß sie sich zu einem Fait accompli verfestigten.[398]

Am 1. Januar 1945 erklärte sich das Lubliner Komitee zur provisorischen Regierung Polens und wurde am 5. Januar von der Sowjetunion anerkannt. Schon in seiner ersten Rede als Regierungschef erwähnte Osóbka-Morawski, daß Oder und Görlitzer Neiße die Westgrenze Polens bilden würden.[399] Die Kommentare aller Beamten des Foreign Office sowie Edens zu dieser Grenzlinie waren negativ. Das Mißlingen einer Einigung zwischen Mikołajczyk und dem Lubliner Komitee habe zumindest den Vorteil, daß die britische Regierung von ihrem Versprechen entbunden sei, die Grenze so weit zur Oder zu verschieben, wie die Polen dies wünschten, meinte Sargent. Und Cadogan empfahl, diese Frage auf der kommenden Konferenz der Großmächte zu behandeln.[400] Vor dieser Konferenz in Jalta erhielt das Foreign Office ein Memorandum der polnischen Exilregierung. Diese forderte, die Ostgrenze sowie

[397] Balfour an das Foreign Office am 20.12.1944 mit Vermerken von Gatehouse u. a. vom 22.–31.12.1944. FO 371/39420, C17667/8/55. — Harriman an den Secretary. of State am 20.12.1944. FRUS 1944, III, 1349.

[398] Harriman an den Secretary of State am 19.12.1944. FRUS, The Conferences of Malta and Yalta 1945, 219-221.

[399] Monitoring Report betreff Radio Polskie Lublin am 2.1.1945. FO 371/47576, N758/6/55. — Diese Aussage wurde bei vielen Gelegenheiten wiederholt. Balfour an das Foreign Office am 22.1.1944. *Ebenda,* N730.

[400] Balfour an das Foreign Office am 20.12.1944 mit Vermerken von Gatehouse u. a. vom 22.–31.12.1944. FO 371/39420, C17667/8/55.

die polnischen Gebietserwerbungen im Norden und Westen erst nach der Einstellung der Feindseligkeiten und gemäß den Regeln des Völkerrechts unter Beteiligung der polnischen und sowjetischen Regierung festzulegen. Die Exilregierung vertraue darauf, daß die britische und amerikanische Delegation keine polnische Marionetten-Regierung anerkennen werde.[401] Inzwischen hatten jedoch die Führer von drei Untergrundparteien – offensichtlich gehörte die PPS nicht zu ihnen – dafür plädiert, die starre Position zur Ostgrenze aufzugeben. Sie sprachen sich dafür aus, „zur Bewahrung der Unabhängigkeit des Landes und von Menschenleben alle nur möglichen Mittel für eine Verständigung mit Rußland zu nutzen, sogar um den Preis schwerster Opfer im Osten"; die Regierung Arciszewski solle zurücktreten und eine Regierung der nationalen Einheit gebildet werden.[402]

Im britischen Kriegskabinett sprach sich Bevin sogar gegen die Oder-Grenze aus. In seiner Partei wie auch in anderen Kreisen gebe es starke Kritik an einer solchen Lösung. Polen könne so viele Deutsche nicht absorbieren, und der Transfer einer so großen Zahl sei eine kaum lösbare Aufgabe. Churchill antwortete, daß die Schwierigkeiten des Transfers überwunden werden könnten.

After all, Russia was now moving great masses of people without difficulty, and very substantial numbers had in the past been moved out of Turkey into the barren and unfertile land of Greece. He did not himself, however, wish to see put under Poland any area which could not be cleared of what he might describe as ‚characteristic German elements'. Nor had he ever suggested taking any territory from Germany for Poland from which German inhabitants should not be moved.[403]

Am folgenden Tag legte Eden dem Kriegskabinett ein Memorandum vor. Bisher habe sich die britische Regierung 1. zum Prinzip der Entschädigung Polens für seine Verluste bis zur Curzon-Linie durch deutsche Gebiete bekannt, aus denen die Deutschen zu vertreiben seien. 2. habe sie den Transfer Danzigs, Ostpreußens westlich und südlich von Königsberg und – in privaten Diskussionen, wenngleich nicht in öffentlichen Erklärungen – auch des Distrikts Oppeln zugesagt. 3. habe die Regierung zugestimmt, daß Polen das Recht haben solle, „weitere Gebiete bis zur Oder unter Einschluß des Stettiner Hafens zu beanspruchen". Er selbst halte die Annexion der unter 2. genannten Gebiete und zusätzlich einer kleinen Ostecke Pommerns für begründet und habe die Polen immer wieder vor weitergehenden Forderungen gewarnt.

401 Memorandum der polnischen Regierung vom 22.1.1944. FO 371/47576, N858/6/55, und DPSR II, Nr. 300, auch PRM 164.

402 Am 17.1.1945. Anmerkung zu DPSR II, Nr. 298.

403 War Cabinet Conclusions vom 22.1.1945. CAB 65/51.

Mit ihren Kompensationszusagen habe die britische Regierung die Polen zur Annahme der Curzon-Linie bewegen wollen.

As a result of recent events, however, it is now far more probable that it will be with the claims of the Lublin Poles, backed by the Russians, that we shall have to deal. Since the Lublin Poles are ready to accept the Curzon line anyhow, there is no longer any need for His Majesty's Government to support more extensive transfers of German territory than we think convenient and proper on other grounds.

Gegen eine weitreichende Westausdehnung spreche, daß Polen dadurch in einen Dauerkonflikt mit Deutschland verwickelt und von sowjetischer Unterstützung abhängig gemacht werde, daß die britische Öffentlichkeit weder bei der Friedenskonferenz Stalins ursprünglichen Vorschlag nach der Oder-Grenze oder gar die „von den Lublinern geforderte extravagante Grenze" unterstützen noch in späteren Jahren zu Opfern für die polnische Souveränität über Gebiete bereit sein werde, die Jahrhunderte lang von Deutschen besessen und bewohnt waren. Auch der gegenwärtige polnische Ministerpräsident habe erklärt, daß seine Regierung nicht mehr als Danzig, Ostpreußen, Oberschlesien und Teile Pommerns, nicht aber Breslau und Stettin fordere. Bei der Berechnung der Zahl der deutschen Zwangsaussiedler aus dem südlichen Ostpreußen, Danzig und Oppeln-Schlesiens kam Eden auf 2,5 Millionen, der er die weiteren 5,5 Millionen gegenüberstellte, die bei der Verwirklichung der Lubliner Forderungen auszusiedeln seien. Auf der kommenden Konferenz der Regierungschefs solle die britische Regierung deutlich machen, daß sie sich nur zur Unterstützung der Annexion Ostpreußens, Danzigs und Oberschlesien verpflichtet fühle und Zweifel gegenüber weitergehenden Forderungen habe. In der folgenden Diskussion im Kabinett zeigte sich Eden allerdings unsicher, ob die Glatzer oder die Görlitzer Neiße gemeint sei. Churchill stand dagegen zu seinen früheren Aussagen zur Oder-Grenze:[404]

It would be no small matter to arrange for the removal of 5 to 6 million Germans from the territories which we were in any event prepared to see Poland acquire if she so desired. But a total figure of 8 or 9 millions would, in his judgement, be quite unmanagable. Nor could we be certain that the reduced Germany would be able to absorb so large a figure.

Edens Zahlen der von der Zwangsaussiedlung betroffenen Deutschen beruhten auf Mabbotts Memorandum „Germany's Eastern Frontiers" vom 20. November 1944.[405] O'Neill wandte ein, daß diese Zahlen zu

404 War Cabinet Conclusions vom 26.1.1945. CAB 65/51. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 251.

405 Siehe S. 257.

gering angesetzt seien. Denn sie enthielten weder die 765 000 Volksdeutschen noch die 500 000 Reichsdeutschen, die in den westpolnischen „eingegliederten Gebieten" angesiedelt worden seien. O'Neill bezweifelte auch, daß die polnischen Behörden etwa die Hälfte der 920 000 deutschsprachigen Bewohner Deutsch-Oberschlesiens als Polen anerkennen und nicht vertreiben würden, und hielt es für wahrscheinlich, daß allenfalls ein Viertel als „Polen" bleiben dürfte. Zähle er noch die deutschen Bewohner Nord-Ostpreußens – eine Million, des Memelgebiets – 50 000 – hinzu und gehe man vom Transfer von 2,5 Millionen Deutschen aus der Tschechoslowakei aus, so komme er auf eine Gesamtzahl von 13 208 000 Vertriebenen. Mabbott wehrte sich gegen diese Kritik: Zwar hätten 1925 920 000 Deutsche in Deutsch-Oberschlesien gelebt, 1910 jedoch nur 425 000. Wenn deutschsprachige Menschen mit polnischsprachigen Eltern zwischen Polonisierung und Vertreibung und Berufswechsel im besiegten Deutschland zu wählen hätten, dürften sie sich für die Polonisierung entscheiden. Mabbott verteidigte auch seine Entscheidung, die Volks- und Reichsdeutschen, die während des Krieges in Westpolen angesiedelt worden waren, nicht in die Rechnung einzubeziehen. Arnold Toynbee, der Chef des ‚Foreign Office Research Department', kam Mabbott zu Hilfe: Wenn man zu dem Schluß komme, daß die Gesamtzahl der Vertriebenen zu groß sei, um bewältigt werden zu können, so daß eine Reduktion erreicht werden müsse, wäre es vernünftig, die Sowjetunion und die Tschechoslowakei zu bitten, einen Beitrag zu leisten, indem sie einen Teil ihrer deutschen Bevölkerung zurückbehalten, als das Opfer allein Polen aufzuerlegen, d. h. Polen geringere Gebietsgewinne zuzumuten. Schließlich wiederholte Toynbee eine Argumentation, die schon das ‚Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations' diskutiert hatte: Zwar sei die Zahl der Deutschen, die in Rumpfdeutschland untergebracht werden müsse, äußerst hoch, doch werde sie aufgewogen durch die militärischen und zivilen Kriegsverluste sowie die Repatriierung der Fremdarbeiter. Zudem sehe es so aus, als ob die deutsche Zivilbevölkerung östlich der Oder-Neiße-Linie und südlich der Tschechoslowakei fliehe bzw. von den Nazis selbst evakuiert werde.

The question, after the end of hostilities, will then be, not whether a German population, so far undisturbed, is to be uprooted in cold blood, but whether a German population already uprooted and transferred into the post-war German area is to be moved again and re-transferred to its previous domiciles.[406]

406 Vermerke von O'Neill, Mabbott und Toynbee vom 26.–30.1.1945. FO 371/46811, C4888/95/18.

Als Unterlage für die Konferenz in Jalta überreichte der ehemalige Regierungschef Mikołajczyk Eden am 26. Januar ein Memorandum, in dem er forderte, den „territorialen Kompromiß" im Osten mit der „Restitution Danzigs, Ostpreußens und jener Gebiete im Westen zu verbinden, die Polen im Laufe der polnischen Geschichte entrissen und germanisiert" worden seien. Für Polen beanspruchte Mikołajczyk im Westen „Oppeln, das Grünberger Gebiet auf dem linken Ufer der Oder und nach Norden das gesamte rechte Oderufer einschließlich ihrer Mündung und der Stadt und des Hafens von Stettin sowie die beiden Inseln Usedom und Wollin". Zugleich sei ein Plan für die „Austreibung" (eviction) der Deutschen sowie den Transfer der bisher in Rußland, Ostpolen und Deutschland lebenden Polen nach Polen vorzubereiten, der auch die Zusage ausländischer Kredite enthalten müsse.[407] Kurz darauf veröffentlichte Grabski, der Vorsitzende des ‚Polnischen Nationalrats', eine Broschüre, in der er für einen ethnisch homogenen Staat, eine enge Zusammenarbeit mit Rußland, die Hinnahme der Curzon-Linie sowie die Ausdehnung Polens bis zur Oder argumentierte.[408]

Die US-Delegation kam mit der Absicht nach Jalta, sich einerseits für den Verbleib Lembergs und der galizischen Ölfelder bei Polen und andererseits für die Beschränkung der polnischen Erwerbungen auf den südlichen Teil Ostpreußens, einen schmalen Streifen Pommerns und einen Teil Oberschlesiens einzusetzen.

> While this solution would reduce considerably the size of Poland compared to its prewar frontiers, it would include only areas which are predominantly Polish, would make for a viable Polish state from an economic point of view and would reduce to a minimum the problems of the transfer of populations.

Da Churchill im Unterhaus davon gesprochen habe, daß Polen eine 200 Meilen breite Küste erhalten werde, müsse man davon ausgehen, daß die britische Regierung den Polen einen größeren Teil Pommerns geben wolle. Die US-Delegation solle sowohl gegen die Oder- als auch die Oder-Neiße-Linie Widerstand leisten, um die Gefahr eines deutschen Irredentismus und die Bevölkerungstransfers zu minimieren. Indem die Sowjetunion die Polen beim Erwerb der Gebiete zur Oder und Neiße und dem Transfer von acht bis zehn Millionen Deutschen unterstütze,

407 Vermerk Allans über eine Besprechung Edens mit Mikołajczyk und Memorandum Mikołajczyks vom 26.1.1945. FO 371/47577, N996, 1104/6/55. — Memorandum Mikołajczyks (mit einem Anschreiben Schoenfelds an den Secretary of State vom 27.1.1945). FRUS 1945, V, 115-121. — Grew an Stettinius am 5.2.1945. FRUS, Yalta, 953f.

408 Am 3. Februar. Foreign Office an Eden (Jalta) am 6.2.1945. FO 371/47577, N1319/6/55.

erreiche sie, daß Polen sich gegen einen deutschen Irredentismus völlig auf die Sowjetunion stützen müsse und zu einem „bedingungslosen" (full-fledged) Satelliten entwickle.[409]

Während der Vorgespräche auf Malta waren sich die britische und amerikanische Delegation einig, daß sie auf der kommenden Konferenz gegen die Ausdehnung Polens bis zur Oder und westlichen Neiße auftreten müßten. Polen habe einen Anspruch auf Ostpreußen, einen Teil Oberschlesiens und „gewisse andere Gebiete bis zur Oder", sagte Eden. Dies sei auch die amerikanische Position, erklärte Matthews, erwähnte noch den Einschluß eines Zipfels von Pommern (tip of Pomerania), und betonte, daß der Transfer „schrittweise und nicht überstürzt sein sollte".[410] Für den Fall, daß es nicht gelinge, den Polen Lemberg zu sichern, und es Bestrebungen gebe, Polen weitere Kompensationen einzuräumen, wollte die US-Delegation dennoch eine Grenzziehung sowohl an der Oder- als auch an der Oder und Neiße ablehnen.[411] Eden und Stettinius vereinbarten, ihren Staatschefs parallele Empfehlungen zu schicken. Die US-Delegation empfahl Roosevelt:

> In regard to German territory to be turned over to Poland, we should make every effort to limit this compensation to East Prussia (except Koenigsberg), a small salient of Pomerania, which would include an area about one hundred miles west along the Baltic coast to the Polish Corridor and Upper Silesia. If we are unable to obtain Lwow Province for Poland, and if efforts are made to obtain greater compensation for Poland in the west, we should make every effort to keep this compensation to a minimum particularly because of the large population transfers which would have to be carried out if these purely German areas are included in Poland. We should resist vigorously efforts to extend the Polish frontier to the Oder Line or the Oder-Neisse Line.[412]

Eden schrieb an Churchill, Briten und Amerikaner seien einig, daß Polen gewiß Ostpreußen südlich und westlich von Königsberg, die Ostekke Pommerns und ganz Oberschlesien bekommen sollte. Diese Annexionen machten den Transfer von 2,5 Millionen Deutschen nötig. Eine Ausdehnung Polens bis zur Oder mit oder ohne Stettin und Breslau erfordere den Transfer weiterer 2,25 bzw. 3,25 Millionen, die Forderung der Lubliner nach einer Grenze an der westlichen Neiße nochmals

409 Briefing book paper „Suggested United States Policy Regarding Poland". FRUS, Yalta, 230-234.

410 „War Cabinet: Record of the Political Proceedings of the ‚Argonaut' Conference Held at Malta and in the Crimea from 1st February to 11th February 1945." CAB 66/63, W.P. 157, und FRUS, Yalta, 505. — Siehe auch FO 371/50838, U888/888/70. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 252.

411 US-Delegation Memorandum (o. D.). FRUS, Yalta, 510f.

412 US-Delegation für Roosevelt am 2.1.1945. FO 371/57578, N1688/6/55.

3,25 Millionen, so daß insgesamt acht Millionen Deutsche umgesiedelt werden müßten. Zwar habe die britische Delegation bei den Verhandlungen in Moskau im Oktober 1944 Mikołajczyk eine Grenze an der Oder versprochen, aber nur für den Fall, daß dieser sich mit den Russen einige, nicht jedoch an der westlichen Neiße.

I also think that we should keep the position fluid as regards the Oder line frontier, and that H.M.G. cannot be considered as having accepted any definite line for the western frontier of Poland, since we need not make the same concessions to the Lublin Poles which we were prepared to make to M. Mikołajczyk in order to obtain a solution of the Polish problem. Even the Oder line frontier would severely tax the Polish capacity for absorption and would increase the formidable difficulties involved in the transfer of millions of Germans. We agreed with the Americans that in any event these transfers should be gradual and not precipitate.[413]

In Jalta leitete Roosevelt die Diskussion über Polen mit dem Vorschlag ein, Polen als Gegengewicht für den „Verlust von Königsberg" Lemberg und einige Ölfelder zu lassen[414], und Churchill erklärte, daß die Welt eine solche großzügige Geste Stalins bewundern würde. Stalin bestand jedoch – wie erwartet – einerseits auf der Curzon Linie einschließlich Lembergs und plädierte andererseits für eine polnische Westgrenze an Oder und westlicher Neiße. Darauf antwortete Churchill:

It would be a great pity to stuff the Polish goose so full of German blood that it died of indigestion. He [Churchill] was conscious of a large body of opinion in Great Britain which was frankly shocked at the idea of moving millions of people by force. He himself was not shocked. [...] If Poland took East Prussia and Silesia as far as the Oder, it would mean moving six million Germans back to Germany. That might be managed, subject to the moral question, which he had to settle with his own people.

Inzwischen war die Übernahme der Verwaltung in den Gebieten, die die Warschauer Regierung beanspruchte, vorangeschritten. Bierut, der Vorsitzende des ‚Landesnationalrats', hatte Anfang Januar 1945 eine Gruppe amerikanischer Korrespondenten informiert, daß die polnische Regierung die Verwaltung Oppelns schon übernommen habe und in Falle Ostpreußens nur auf das Ende der Kämpfe warte.[415] Stalin antwortete Churchill, daß die Deutschen aus diesen Gebieten „alle weggelaufen" seien (had all run away). Das vereinfache das Problem, antwortete Churchill. Durch die deutschen Kriegsverluste von bisher sechs

413 Eden an Churchill am 1.2.1945. FO 371/47578, N1688/6/55, und FRUS, Yalta, 508f.

414 *Gilbert:* Winston S. Churchill VII, 1184.

415 Britische Botschaft in Moskau an das Foreign Office am 8.1.1945. FO 371/47579, N1957/6/55.

oder sieben Millionen werde die Aufnahme der Vertriebenen bis zu einem gewissen Punkt erleichtert. Er habe keine Angst vor dem Transfer, soweit er sich im Rahmen dessen halte, was die Polen leisten und Deutschland aufnehmen könne. Am nächsten Tag, dem 8. Februar, stimmte Roosevelt zu, Polen territoriale Kompensation bis zur Oder einzuräumen, wandte sich aber gegen eine Grenze an der westlichen Neiße, und zwar wegen der Schwierigkeiten bei „großen Bevölkerungstransfers".[416] Churchill wies auf den britischen Entwurf hin:

It was decided that the territory of Poland in the west should include the Free City of Danzig, the regions of East Prussia south und west of Koenigsberg, the administrative district of Oppeln in Silesia and the lands desired by Poland to the east of the line of the Oder. It was understood that the Germans in the said regions should be repatriated to Germany and that all Poles in Germany should at their wish be repatriated to Poland.[417]

Das ‚War Cabinet' in London warnte jedoch die britische Delegation, daß die Kritik im Parlament und in der Öffentlichkeit an den übertriebenen territorialen Forderungen des Lubliner Komitees zunehme. Denn sie erforderten „sehr große [vast] Bevölkerungstransfers". Deshalb schlug das Kriegskabinett vor, diese Aussage weiter abzuschwächen zu: „und solche anderen Gebiete östlich der Oder-Linie, deren Übertragung an Polen bei der Friedenskonferenz für wünschenswert betrachtet werde". Damit werde sichergestellt, daß die Entscheidung über die Westausdehnung Polens bei den Großmächten und nicht beim Lubliner Komitee liege. Churchill erklärte am 10. Februar in Jalta, daß er auch die Oder als Grenze hinnehmen würde, wenn die Polen dies wünschten. Die drei Großmächte konnten sich nur auf eine Formel einigen, daß Polen für die Annahme der Curzon Linie

must receive substantial accessions of territory in the north and west. They feel that the opinion of the new Polish Provisional Government of National Unity should be sought in due course on the extent of these accessions, and that the final delimination of the western frontier of Poland should thereafter await the Peace Conference.[418]

416 Siehe auch „US Proposal on Poland" vom 9.2.1945. FRUS, Yalta, 792.

417 Siehe auch FRUS, Yalta, 870.

418 Protokoll der Plenarsitzung am 7.2.1945 und War Cabinet Conclusions vom 8.2.1945. FO 371/47578, N1456/6/55. — US-Protokoll in: FRUS, Yalta, 709 und 718. — Protokoll der Plenarsitzung am 10.2.1945. FRUS, Yalta, 898-906, 917f. und 938. — *Woodward:* British Foreign Policy, Bd. 3, 252-272. — *Gilbert:* Winston S. Churchill VII, 1191 und 1206. — *Churchill:* The Second World War, Bd. II/2, 38-53.

Im Kriegskabinett bezeichnete es Attlee als Erfolg, daß es gelungen sei, die Frage der neuen Westgrenzen Polens bis zur Friedenskonferenz offenzuhalten.[419] Es gebe wenig Zweifel, daß Polen im wesentlichen die deutschen Gebiete bekommen werde, die Mikołajczyk im Oktober 1944 angeboten worden seien, erfuhr Romer von Harvey nach dem Abschluß der Konferenz von Jalta.[420] Dem polnischen Botschafter Raczyński erklärte Eden,

that the British Government was prepared, though half-heartedly, to consider the Polish requests within the limits which it had held practicable in the course of the negotiations of last year: Opole (Oppeln) Silesia, East Prussia without Królewiec (Koenigsberg), the territory of Gdańsk (Danzig) and Pomerania, in the extreme case up to the Oder. However, the further enlarged territorial claims, in the British and American view, were going too far. The British Government did not discard, in principle, the settlement of this question now, without waiting for the Peace Conference.[421]

Die Exilregierung protestierte gegen die Entscheidung von Jalta und nannte sie die „Fünfte Teilung Polens".[422] Der pro-Londoner ‚Rat der Nationalen Einheit' erklärte dagegen, daß er zwar gegen die Entscheidungen von Jalta protestiere, sich ihnen jedoch anpasse. Er gehe davon aus, daß die polnische Westgrenze bis zur Oder und Lausitzer Neiße vorgeschoben werde.[423] Im Unterhaus erklärte Churchill am 27. Februar 1945, daß die drei Großmächte sich geeinigt hätten,

that Poland shall receive substantial accessions of territory in the North and in the West. In the North she will certainly receive, in the place of a precarious Corridor, the great city of Danzig, the greater part of East Prussia west and south of Koenigsberg, and a long, wide sea front on the Baltic. In the West she will receive the important industrial province of Upper Silesia and, in addition, such other territories, to the east of the Oder as it may be decided at the peace settlement to detach from Germany after the views of a broadly based Polish Government have been ascertained. [...] The Western frontiers, which will involve a substantial accession of German territory to Poland, cannot be fixed except as part of the whole German settlement until after the Allies have occupied German territory and after a fully representative Polish Government has been able to make its wishes known. It would be a great mistake to press Poland to take a larger portion of these lands than ist considered by her and by her friends and Allies to be within her compass

419 War Cabinet Conclusions vom 12.2.1945. CAB 65/51.

420 Vermerk Allans über eine Besprechung Harveys mit Romer am 17.2.1945. FO 371/47579, N1969/6/55.

421 Vermerk Raczyńskis über eine Besprechung mit Eden am 20.2.1945. DPSR II, Nr. 314.

422 Ciechanowski an Acting Secretary of State am 15.2.1945. FRUS 1945, V, 121 f.

423 Beschluß des ‚Rates der Nationalen Einheit' vom 22.2.1945. DPSR II, Nr. 315.

to man, to develop, and, with the aid of the Allies and the world organization, to maintain.[424]

Angesichts der verbreiteten Kritik an den Ergebnissen von Jalta stellte Churchill im Unterhaus die Vertrauensfrage. 21 konservative Abgeordnete brachten einen Ergänzungsantrag ein: Das Haus bedauere die Übertragung des Gebiets eines Verbündeten an den anderen und die Einschränkung des Rechts der befreiten Völker, ihre eigene Regierung zu wählen. Dieser Antrag wurde mit 396 zu 25 Stimmen abgelehnt.[425]

Am 12. März 1945 warnte Churchill in einem persönlichen Gespräch Stańczyk vor allzu exzessiven Territorialforderungen im Westen.[426] Auch Beneš hielt die Neiße-Grenze für „töricht" (silly) und habe das den Russen auch mitgeteilt, erzählte Masaryk dem britischen Botschafter in Moskau.[427] Tatsächlich hatte Beneš am 21. März auf Molotovs Aussage, daß die Polen die deutschen Gebiete bis zur Oder und Neiße bekommen müßten, geantwortet: Wäre er an der Stelle der Polen, dann würde er nicht das Land bis zur Oder annektieren. Denn die Frage sei nicht, wie viel Land man gewinnen, sondern wie viel man halten könne.[428]

424 *Churchill:* Victory 53. — Churchill verteidigte die Beschlüsse von Jalta zu Polen auch gegenüber Peter Frazer, Ministerpräsident von Neuseeland. Zum Transfer schrieb er: „There does not seem to be much difficulty in ‚displacing' the Germans in the areas east of the Oder, as nearly all have already fled before the advance of the Russian armies. We had not thought of the population transference in terms of more than about six millions. As probably this number of Germans have been killed already or will be killed before the end of the war, the necessary living space should not be lacking." *Gilbert:* Winston S. Churchill VII, 1231.

425 Auszug aus der Unterhaus-Rede Churchills vom 27.2.1945. DPSR II, Nr. 318. — *Churchill:* The Second World War, Bd. VI/ 2, 69 ff. — *Raczyński:* W sojuszniczym Londynie 319 f. — S. J. Dembiński: Raport z debaty parlamentarnej na temat Konferencji Krymskiej w dniach 27, 28 lutego i 1 marca 1945 r. [Bericht aus der Parlamentsdebatte zum Thema der Krim-Konferenz am 27., 28. Februar und 1. März 1945]. PRM 164.

426 *Raczyński:* W sojuszniczym Londynie 277 f.

427 Clark Kerr an das Foreign Office am 31.3.1945. FO 371/47085, C3477/207/12.

428 Protokoll der Besprechung zwischen Molotov und Beneš am 21.3.1945. Vostočnaja Evropa I, Nr. 54, 181.

VI.

DER BEGINN DER VERTREIBUNG UND DIE POTSDAMER KONFERENZ

Die ‚wilde' Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei

In der Zeit von Oktober 1944 bis März 1945 wurden rund 100 000 der 130–140 000 Deutschen aus der Slowakei nach Westen evakuiert, und zwar ins Protektorat, ins Sudetenland und nach Österreich. Schlesier flohen nach Westen, d. h. zum Teil ebenfalls ins Sudetenland und Protektorat. Eine umfassende Evakuierung der Sudetendeutschen gab es nur im Ostsudetenland.[1] Den meisten Flüchtlingen gelang es nicht, sich vor der Roten Armee in den amerikanisch besetzten Teil Böhmens in Sicherheit zu bringen. Wehrlos waren sie Raubzügen und Gewalttaten von Tschechen ausgesetzt, die die Gelegenheit nutzten, sich zu bereichern und an ihnen ihre Wut über die erlittene Unterdrückung auszulassen. Eine einzige Einheit schickte 400 Waggon-Ladungen mit Beute nach Prag.[2] Der Präsident erließ Dekrete, die den Deutschen und Magyaren die staatsbürgerlichen Rechte entzogen und sie enteigneten, die Regierung heizte den ‚Volkszorn' an, auch um den Westmächten zu beweisen, daß der Transfer schnell durchgeführt werden müsse, und die Befehlshaber der Armee-Einheiten, die ins Grenzgebiet geschickt wurden, feuerten ihre Untergebenen an, hart gegen die Deutschen, „unsere Feinde", vorzugehen.[3]

Am 17. April 1945 rief die neue Regierung Fierlinger die Bevölkerung auf, sich an den Deutschen für all ihre Bestialitäten zu rächen und kein Erbarmen mit den deutschen Feinden zu haben.[4] In einer Rede in Brünn am 12. Mai 1945 sagte Beneš: „Das deutsche Volk hat in diesem Krieg aufgehört, menschlich zu sein, menschlich erträglich zu sein und erscheint uns nur noch als ein einziges großes menschliches Ungeheu-

1 *Hrabovec:* Vertreibung und Abschub 58-60.

2 *Staněk:* Perzekuce 22.

3 *Hrabovec:* Vertreibung und Abschub 63. — *Staněk:* Perzekuce 25.

4 *Kaplan:* Pravda o Československu 138.

er". Nach den Erfahrungen des schrecklichen Krieges könnten die Tschechen nicht noch einmal mit den Deutschen verhandeln und nach zehn oder zwanzig Jahren einen weiteren Krieg riskieren. „Wir haben uns gesagt, daß wir das deutsche Problem in der Republik ausliquidieren [vylikvidovat] müssen."[5] Die „Bestialitäten der Nation der Kulturträger" zeigten, daß „die Republik ganz und vollständig von den Deutschen zu säubern" ist, rief Drtina am 18. Mai seinen volkssozialistischen Parteifreunden zu. In deutscher Sprache dürften nur noch die Worte „Heim ins Reich" gesagt werden. Sogar Monsignore Stašek behauptete auf einer Versammlung: „Alle Deutschen sind schlecht und das Gebot der Nächstenliebe gilt für sie nicht."[6] Und nach seiner Ankunft in Prag erklärte Beneš: „Unser Wahlspruch wird sein, daß wir unser Land von allem Deutschen kulturell, wirtschaftlich und politisch reinigen müssen."[7] Zum Jahrestag der Zerstörung von Lidice machte er „das deutsche Volk in seiner Gesamtheit" für den Nationalsozialismus und alle seine Verbrechen verantwortlich und behauptete, „daß die Haupttäter, Mitarbeiter und ausführenden Organe des Verbrechens [Lidice] böhmische Deutsche waren".[8] Die KSČ rief die Bevölkerung in einem Flugblatt auf,

> alle Deutschen, die nach München zu uns gekommen sind, zu verhaften. Ähnlich geht mit jenen ‚heimischen' Deutschen um, die Henlein und Frank aktiv unterstützt und sich am Ausrottungsfeldzug gegen unser Volk beteiligt haben. Richtet für die festgenommenen Deutschen Arbeitslager ein und zwingt sie, am Wiederaufbau dessen zu arbeiten, was sie selbst zerstört haben. [...] Stellt das geraubte Eigentum der Deutschen sicher.[9]

Der kommunistische Informationsminister Václav Kopecký erklärte am 25. Mai im Rundfunk, daß die Armee zur „Säuberung des Grenzgebiets der Republik von den Deutschen und Magyaren" bereitstehe. Dabei werde die Rote Armee helfen, ergänzte der Schulminister, der Kommunist Zdeněk Nejedlý, vier Tage darauf.[10]

Die ‚Nationalausschüsse' sollten alle Deutschen registrieren: Diese mußten eine Armbinde mit dem Buchstaben N – Němec = Deutscher – tragen und Radiogeräte, Fahrräder und Schreibmaschinen abliefern. Sie

5 *Beneš:* Odsun Němců z Československa 137f. — Siehe auch *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 147.

6 *Hrabovec:* Vertreibung und Abschub 70f. und 96. — *Kastory:* Rewanż za Monachium 44.

7 *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 147.

8 *Ebenda* 163. — *Kastory:* Rewanż za Monachium 45f.

9 KSČ-Flugblatt von Mai 1945. Cestou května, Dok. 28.

10 *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 175.

sollten möglichst in Lager eingewiesen und zu Aufräumungsarbeiten und zur Beseitigung von Kriegsschäden herangezogen werden. Ihr Eigentum war unter Nationalverwaltung zu stellen, ihr Grund und Boden zu bestellen, notfalls unter Einsatz internierter Deutscher.[11] Möglichst viele Deutsche sollten in möglichst kurzer Zeit vertrieben werden. Unter ihnen waren auch etwa 26 000 Brünner Deutsche, die am 31. Mai zu Fuß über die Grenze nach Österreich getrieben wurden. Erschöpfung, Epidemien und Gewaltakte kosteten viele Deutsche das Leben.[12]

Auszusiedeln seien grundsätzlich alle Personen, hieß es in einer Direktive des Innenministers, die sich bei der Volkszählung von 1930 zur deutschen Nationalität bekannt hatten. Von der Aussiedlung auszunehmen waren nur die „Antifaschisten", die in einer Verordnung des Innenministers Nosek als jene Deutschen definiert wurden, die vor und nach ‚München' sich aktiv für die Republik eingesetzt hatten. In einer weiteren Verordnung vom 8. Juni wurden zur Gruppe der Antifaschisten auch die Deutschen gezählt, die aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen zurückkehrten bzw. das tschechische Volk gegen das NS-Regime unterstützt hatten. Eine gegen den Nationalsozialismus gerichtete Tätigkeit vor 1938 wurde nicht mehr ausdrücklich verlangt. Das Dekret Benešs vom 2. August 1945 bezeichnete dann allerdings wieder jene als Antifaschisten, „die der tschechoslowakischen Republik treu geblieben waren, sich niemals gegen das tschechische und slowakische Volk vergangen und sich entweder aktiv am Kampf um seine Befreiung beteiligt oder unter dem NS-Terror gelitten hatten".[13] Bestätigungen über ihre Gesinnung und ihr Verhalten stellten ihnen ‚Antifaschistische Ausschüsse' aus.[14] Nach der Direktive des Innenministeriums sollten außerdem „unabkömmliche" Spezialisten und Facharbeiter von der Aussiedlung ausgenommen werden. Wie die Bevölkerung am 12. Juni aus der Tagespresse erfuhr, arbeitete die Regierung an Richtlinien für den „Abschub" (odsun): Zuerst müßten diejenigen Deutschen die Republik verlassen, die nach 1938 auf ihr Gebiet gekommen seien; ihnen sollten die sudetendeutschen Unternehmer, Finanzleute, Industriellen und Großhändler und zuletzt alle übrigen Sudetendeutschen folgen. Die Richtlinien der Regierung vom 15. Juni übertrugen die technische Durchführung der Vertreibung der Armee. Die deutsche Bevölkerung sei nicht wahllos in Lagern zu konzentrieren, sondern könne auch am Wohnort

[11] *Hrabovec:* Vertreibung und Abschub 76. — *Dies.:* Neue Aspekte zur ersten Phase der Vertreibung 119.

[12] *Hrabovec:* Vertreibung und Abschub 101.

[13] *Ebenda* 374f.

[14] *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 150.

zu Arbeitsgruppen zusammengefaßt werden. Der Abschub sei jeweils erst dann zu vollziehen, wenn die Aufnahme sichergestellt sei.[15] Dennoch erhöhte sich die Zahl der Vertriebenen und Flüchtlinge in den folgenden vier Wochen. Die Gesamtzahl der Deutschen, die von der tschechoslowakischen Armee und allen möglichen „revolutionären Formationen" aus der Tschechoslowakei vor der Potsdamer Konferenz in die sowjetische Besatzungszone vertrieben wurden, wird auf 450 000 Personen geschätzt.[16]

Für ihr Vorgehen besaß die tschechoslowakische Regierung die Unterstützung der sowjetischen Führung. Von Verhandlungen in Moskau zurückgekehrt, berichtete Fierlinger am 2. Juli seinen Ministerkollegen, daß „Stalin eine vollkommen positive Haltung zu unseren Forderungen in Sachen des Transfers einnimmt" und „uns der Abschub nach Deutschland, Ungarn und in einem bestimmten Ausmaß auch nach Österreich erlaubt wird". Molotov habe aber vor einem allzu überstürzten und harten Vorgehen gewarnt. Er sei auch gegen die Kennzeichnung der Deutschen. Drastische Maßnahmen sollten sich nur gegen jene richten, die Hitler aktiv unterstützt hätten, nicht aber gegen jene, die sich während des Krieges passiv verhalten hätten.[17]

Die böhmischen Grenzgebiete bis Karlsbad, Pilsen und Budweis waren in den letzten Kriegstagen von der amerikanischen Armee besetzt worden. Gemeinsame Politik Großbritanniens und der USA sei es, das Sudetenland als Teil der Tschechoslowakei zu behandeln, informierte General Eisenhower am 18. April 1945 den kommandierenden General der 12. Armee-Gruppe. Das deutsche Regime im Sudetenland sei wie in anderen Teilen der Tschechoslowakei „als Fremdherrschaft auszuheben und zu zerstören" (an alien one to be uprooted and destroyed). So weit als möglich solle Bradley „den loyalen tschechoslowakischen Behörden" die Zivilverwaltung überlassen einschließlich der Reorganisation und Säuberung des Verwaltungs- und Gerichtswesens von Nationalsozialisten und Kollaborateuren.[18] Als Eisenhower eine Proklamation an die „Tapferen Bürger der Tschechoslowakei" in englischer, tschechischer und deutscher Sprache erlassen wollte, wandte das Foreign Office ein, daß die große Mehrheit der Sudetendeutschen „pro-Nazi gewesen sind und von der tschechoslowakischen Bevölkerung als Verräter betrachtet werden". Entsprechend den Änderungswünschen des Foreign Office und des State Department richtete sich die Proklamation deshalb

15 *Hrabovec:* Vertreibung und Abschub 108.

16 *Ebenda* 114f. — *Staněk:* Perzekuce 33.

17 *Hrabovec:* Vertreibung und Abschub 107.

18 Eisenhower an Bradley am 19.4.1945. FRUS 1945, IV, 437f.

nur an „Tschechoslowaken".[19] Die US-Armee solle die Sudetendeutschen nicht als loyale Bürger eines alliierten Staates behandeln, schrieb Ripka am 20. April an Schoenfeld, den amerikanischen Geschäftsträger. Seine Regierung betrachte „die Masse dieser Deutschen als staatsgefährdendes Element"; nur jene Deutschen, deren Loyalität gegenüber dem tschechoslowakischen Staat bewiesen werden könne, dürften tschechoslowakische Staatsbürger bleiben.[20]

Wegen der Schwierigkeiten der Kommunikation mit Prag wurden die ‚Nationalausschüsse' im amerikanisch besetzten Teil der Tschechoslowakei dem Bürgermeister von Pilsen unterstellt, der keineswegs bereit war, den Amerikanern zu helfen, „die umfangreichen Akte von Gewalt und Brutalität gegenüber der deutschen Bevölkerung zu verhindern". Diese Gewaltakte wurden entsprechend dem Bericht Fyes, des US-Verbindungsoffiziers beim tschechoslowakischen Generalstab, von der neugeschaffenen Polizei, dem ‚Nationalen Sicherheitskorps' (Sbor národní bezpečnosti) verübt, der sich aus „überwiegend jungen machttrunkenen und haßerfüllten Revolutionären" rekrutierte. Die örtlichen ‚Nationalausschüsse' hatten diese Polizeieinheiten ebensowenig unter Kontrolle wie die Zentralregierung die ‚Nationalausschüsse'. Noch vor der Potsdamer Konferenz erklärte die Prager Regierung, daß das gesamte bewegliche und unbewegliche Eigentum der Sudetendeutschen konfisziert sei.

Somit befanden sich die Sudetendeutschen im Elend. [...] In vielen Gebieten schlossen sich auch tschechische Abenteurer dem SNB [Sbor národní bezpečnosti, Nationales Sicherheitskorps] an. Deutsche wurden mitten in der Nacht aus ihren Häusern vertrieben. Ganze Familien wurden in Sammellager geworfen, von denen viele kaum besser waren als die ehemaligen deutschen Konzentrationslager. Männer und Jungen wurden für frühere Verbrechen an Tschechen verhaftet. Häufig wurden die Familien getrennt, die Frauen und Kinder in einem, die Männer im anderen Lager untergebracht.[21]

Die amerikanische Armee verhinderte vorläufig die Aussiedlung der Sudetendeutschen, indem sie die Grenzen zu ihrer Besatzungszone sperrte.[22] Am 5. Juni 1945 beschwerte sich Dr. Ivo Ducháček, Ripkas ehema-

19 Korrespondenz zwischen dem ‚Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Forces', den ‚Combined Chiefs of Staff' und dem Foreign Office vom 18.–21.4.1945. FO 371/47085, N4394/207/12.

20 *Ullmann:* The United States in Prague 63.

21 Abschlußbericht der Amerikanischen Verbindungssektion beim tschechoslowakischen Generalstab über die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei in die amerikanische Zone Deutschlands vom 30.11.1945. Abgedruckt in: Historie a vojenství 1995, Heft 5, 139-171, hier 144-147.

22 *Staněk:* Perzekuce 24.

liger Privatsekretär und damals tschechoslowakischer Verbindungsoffizier bei der 3. US-Armee in Pilsen, in Ripkas Auftrag beim Foreign Office. Während die Deutschen in der sowjetischen Zone „nicht nur rücksichtslos zusammengetrieben [round up], sondern auch schon hinausgeworfen [...] und enteignet worden sind", gebe es in der US-Zone nicht nur noch eine große Zahl von Sudetendeutschen, sondern sogar von Kriegsgefangenen und Flüchtlingen aus Schlesien. Diese Deutschen seien zwar auch zusammengetrieben und eingesperrt worden, würden aber aus Lebensmittelvorräten versorgt, die die Deutschen angelegt, die Tschechen aber kurz vor der Befreiung in Besitz genommen hätten. Die tschechische Bevölkerung habe kein Verständnis dafür, daß diese Leute nicht über die Grenze abgeschoben würden. Diese Situation werde von der Propaganda der Kommunisten ausgenützt, um zu zeigen, daß sich nur die Russen für die wahren tschechischen Interessen einsetzten.

It also had economic results since the Czechs in the Russian zone were already enjoying the benefits of the seized German property whereas in the American zone not only were they not enjoying such acquisitions but were having to make sacrifices.

Zumindest diese Reichsdeutschen sollten so schnell wie möglich nach Deutschland evakuiert werden.[23] Das Foreign Office schätzte ihre Zahl auf 150 000 Personen, stimmte dem Ziel ihrer „Repatriierung" zu, doch müsse die ‚Alliierte Kontrollkommission' ebenso wie im Falle der Sudetendeutschen über die Methoden und den Zeitplan entscheiden.[24]

Kritik am tschechischen Vorgehen gegen die Sudetendeutschen wurde Mitte Juni in der britischen Presse laut. So wies der ‚Observer' darauf hin, daß eine starke sudetendeutsche Minderheit mindestens so engagiert gegen den Nationalsozialismus opponiert habe wie die Tschechen, und warnte vor einer tschechischen „Rassenpolitik". Der Panslawismus gewisser Mitglieder der tschechischen Regierung erinnerte den ‚Manchester Guardian' an Hitlers Pangermanismus.[25] Diese Berichte führten zu parlamentarischen Anfragen im Unterhaus, inwieweit die Vertreibungen aus der Tschechoslowakei mit der britischen Regierung abgestimmt seien.[26] Als die Agentur ‚Reuters' einen weiteren kritischen Bericht über das Vorgehen der tschechischen Behörden veröffentlichte, plädierte die tschechoslowakische Regierung zwar für größere Vorsicht,

23 Vermerk Allens über eine Besprechung mit Ducháček am 5.6.1945. FO 371/47087, N6570/207/12.
24 Foreign Office nach Washington am 22.6.1945. FO 371/46810, C3119/95/18.
25 *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 155 f.
26 *Ebenda* 176.

gab aber zugleich bekannt, daß sie fest entschlossen sei, „ihr Programm des Abschubs der Deutschen wie angekündigt durchzuführen".[27] Er habe gehört, sagte Beneš am 15. Juni in Pilsen, daß man „bei der Säuberung der Republik von den verräterischen Elementen [...] hier und da nicht so vorgehe, wie es sich gehört". Er rate zu „vernünftigem und besonnenem Vorgehen", bis mit den Alliierten eine Einigung über alle Seiten des Problems erzielt sei.[28] Botschafter Nichols berichtete aus Prag:

Leaving the remoter history aside, the hatred of the Czechs for the Germans as the cause, first, of the immense blow to their national pride and aspirations which the Munich Agreement constituted and, secondly, of their subsequent sufferings and distress (which, apart from the terror, have been moral and spiritual rather than physical and material) has to be experienced to be believed. [...] The German masters of this country, indeed, showed themselves brutal, arbitrary, sadistic and cruel to a point which it is difficult to comprehend, although the stories now broadcast of conditions in the German concentration camps and in the other occupied territories show that treatment meted out to Czechoslovakia was not exceptional. The hatred of the Germans is, in fact, almost pathological, and it is perhaps worth noting that in one respect and in one only are the unpopular Russian troops preferred to the American, viz., in their treatment of the Germans.[29]

Die gegenwärtige Regierung sei intransigenter als der „erfahrenere und objektivere" Präsident, der rund 800000 Deutsche im Lande behalten möchte. Beneš und Clementis liege sehr daran, daß die Frage der Aussiedlung der Deutschen auf die Tagesordnung der Konferenz der Großen Drei gesetzt werde. Er tue sein Bestes, um die Tschechen bis dahin ruhig zu halten, erklärte Beneš dem britischen Botschafter. Dies sei auch ein Motiv für seine Rede in Pilsen am 15. Juni 1945 gewesen.[30] Für die Unterstützung des Transfers der Deutschen plädierte am 28. Juni auch der amerikanische Chargé d'affaires Alfred Klieforth. Westlicher Widerstand könne dagegen Benešs Position unterminieren.[31] Zwei Tage darauf erhielt er eine Beschwerde über ein allzu deutschfreundliches Verhalten der 26. Infanterie-Division im Gebiet von Prachatitz und Krumau. Erst nach wiederholten Vorstellungen hätten tschechische Beamte den deutschen Landrat und die deutschen Bürgermeister ablösen können. Entgegen dem Fraternisierungsverbot würden Deutsche von amerikanischen Gastgebern eingeladen. Im Bereich jener Division erhielten die Deutschen höhere Rationen als in anderen Teilen der Tschechoslo-

27 *Hrabovec:* Vertreibung und Abschub 106.

28 *Beneš:* Odsun Němců z Československa 146. — *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 176.

29 Nichols an Churchill am 25.6.1945. FO 371/46810, C3447/95/18.

30 *Ebenda.*

31 Klieforth an den Secretary of State am 28.6.1945. FRUS 1945, II, 1260.

wakei, behauptete Clementis. Der zuständige US-General antwortete u. a., daß seine Offiziere mit manchen tschechischen Amtsträger sehr gut auskämen, mit anderen nicht, und zwar mit solchen, „die ungeduldig alles auf einmal erledigen und Methoden anwenden wollen, die den Idealen Amerikas widersprechen und die lokalen amerikanischen Befehlshaber und ihre Truppen abstoßen".[32]

Am 27. Juni sprach Fierlinger bei einem Besuch in Moskau auch über die Vertreibung. Stalin und Molotov erklärten zwar, daß die Deutschen und Magyaren auszusiedeln seien, wohin es nur immer gehe, doch sollten die Tschechen so vorgehen, „wie es sich für ein Kulturvolk gehört". Selbst der stellvertretende Außenminister Vyšinskij (!), berüchtigt seit seiner Rolle als Ankläger in den politischen Prozessen der Jahre 1935–1939, verlangte nicht nur gute Organisation, sondern auch „Menschlichkeit".[33] Wie Clementis am 3. Juli vorschlug, sollten die drei Großmächte zusammen mit der tschechoslowakischen Regierung festlegen, wie viele Sudetendeutsche in welchen Zeitintervallen in die einzelnen Besatzungszonen geschickt werden könnten. Mit der ‚Alliierten Kontrollkommission' in Ungarn wolle die Tschechoslowakei über die Aufnahme von 400 000 Magyaren verhandeln, die gegen 340 000 Slowaken in Ungarn ausgetauscht werden könnten. Aus einem auf denselben Tag datierten Memorandum geht hervor, daß die tschechoslowakische Regierung plante, monatlich rund 200 000 Deutsche auszusiedeln und den Transfer innerhalb eines Jahres abzuschließen.[34] Die britische Regierung antwortete, daß sie an ihrem Grundsatzbeschluß zugunsten des Transfers vom Juli 1942 festhalte. Ebenso wie die amerikanische Regierung erklärte sie, daß zuerst die Hauptalliierten einen Beschluß fassen und danach der Zeitplan und die Methoden mit den ‚Alliierten Kontrollkommissionen' in Deutschland und Ungarn abgestimmt werden müßten.[35] In einem ‚Reuters'-Interview am 11. Juli sprach Beneš schließlich davon, daß nicht 800 000, sondern nur 3–500 000 Deutsche in der Tschechoslowakei bleiben dürften. Dabei habe es sich nur um einen „taktischen Schritt" gehandelt, erläuterte er auf Nachfrage des britischen Botschaf-

[32] Clementis an Klieforth am 30.6. und Major General E.N. Harmon, Commanding General XXII Corps, an Klieforth am 6.7.1945.- FRUS 1945 IV 467f., 470-472.

[33] *Kastory:* Rewanż za Monachium 38.

[34] Clementis an Nichols bzw. Klieforth mit Memorandum der tschechoslowakischen Regierung vom 3.7.1945. FRUS 1945, II, 1261 f.

[35] Nichols an das Foreign Office am 5.7., Halifax an das Foreign Office am 11.7. und Note Nichols an Koerbel vom 14.7.1945. FO 371/46810f., C3675, 3833, 4130/95/18. — Acting Secretary of State (Grew) an Klieforth am 13.7.1945. FRUS 1945, II, 1263f.

ters; 800 000 sei wahrscheinlich immer noch die richtige Zahl (the right number to keep).[36]

Tschechoslowakische Annexionswünsche

Die tschechoslowakische und die polnische Exilregierung hatten sich nicht über die Zukunft des seit 1918 umstrittenen Teschener Gebiets einigen können.[37] Seinen Plan, bestimmte Landzungen an Deutschland abzutreten, hatte Beneš mit der Vorstellung eines Ausgleichs durch Gebietsgewinne im Glatzer Becken und in Richtung Leobschütz und Ratibor verbunden. Den Tschechen war aber die Rückgewinnung des Teschener Gebiets wichtiger als der Erwerb deutscher Landstriche, während die polnische Regierung bereit war, als Ausgleich für den Anschluß der mehrheitlich polnischen Teile des Teschener bzw. ‚Olsa-Gebiets' der Tschechoslowakei einen kleinen Teil Preußisch-Oberschlesiens zu überlassen. Schon im Februar 1945 schlug der tschechoslowakische Botschafter in Moskau Fierlinger vor, das Problem der polnischen Minderheit durch Umsiedlung nach dem Vorbild des Bevölkerungsaustausches zwischen Polen und der Sowjetunion zu lösen. Zugleich erhob Prof. Zdeněk Nejedlý in einem Beitrag für die in Moskau erscheinenden ‚Československé listy' (Tschechoslowakische Blätter) Anspruch auf das Glatzer Becken. Beneš äußerte sich in seinen Besprechungen mit Molotov im März 1945 allerdings zurückhaltend: Ihm liege weniger an der Annexion deutscher Gebiete als an der Aussiedlung der Sudetendeutschen.[38]

Im Gefolge der sowjetischen Truppen übernahm die tschechische Regierung Anfang Mai 1945 die Verwaltung des Teschener Gebiets. Sie begann mit der Registrierung der dortigen Polen in der Absicht, die seit 1938 Zugezogenen auszuweisen. Am 11. Mai forderte der tschechische ‚Schlesische Nationalrat' nicht nur die Angliederung des Glatzer Bekkens, sondern auch größerer Teile Ober- und Niederschlesiens an die Tschechoslowakei.[39] Ende Mai legte der stellvertretende Außenminister

36 Nichols an das Foreign Office am 23.7.1945. FO 371/46811, C4799/95/18. — Nichols an das Foreign Office am 30.7.1945. DBPO I/1, Nr. 562.

37 *Brandes:* Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 74-77, 134-142, 282-289 und 453-451.

38 *Kastory:* Rewanż za Monachium 23-31. — *Kamiński:* Polsko-czechosłowackie stosunki 33-88.

39 *Kastory:* Rewanż za Monachium 23.

Clementis den Großmächten eine Note vor, in der die tschechoslowakische Regierung die Absicht bekundete, „unverzüglich" die Kontrolle über das Glatzer Becken zu übernehmen.[40] Am 10. Juni rückten tschechoslowakische Panzereinheiten in Richtung Ratibor vor, drei Tage darauf erhob Clementis im Rundfunk den Anspruch seines Landes auf Ratibor, Leobschütz und Glatz, doch mußten sich die tschechoslowakischen Truppen in den nächsten Tagen auf sowjetische Weisung wieder zurückziehen. Die polnische Regierung sah die Lösung des Teschener Problems weiterhin in einer Teilung entlang der Sprachgrenze, die tschechoslowakische Regierung in der Aussiedlung der dortigen Polen.[41] Stalin erklärte den Vertretern der polnischen provisorischen Regierung am 18. Juni 1945, daß sie versuchten sollten, sich mit der tschechoslowakischen Regierung in bilateralen Gesprächen zu einigen. Gelinge dies nicht, werde die bevorstehende Großmächte-Konferenz entscheiden.

Die bilateralen Verhandlungen sollten in Moskau stattfinden. Die tschechoslowakische Regierung erwog am 18. Juni, wie sie taktisch bei diesen Gesprächen vorgehen sollte. Ein Teil der Minister war der Meinung, daß die Entscheidung über die Karpatenukraine der Nationalversammlung vorbehalten bleiben müsse, der andere Teil war dafür, möglichst schnell auf dieses Gebiet zugunsten der Sowjetunion zu verzichten, um die sowjetische Unterstützung für die eigenen Postulate zu gewinnen, nämlich die Wiedergewinnung des gesamten Teschener Gebiets und den Erwerb von Teilen Deutsch-Schlesiens.[42] Die bevorstehenden Gespräche in Moskau wurden in Prag von einer ‚Kommission für die Grenzen der Republik' vorbereitet. Der Kommission lag ein Memorandum des Generalstabschefs Bohumil Boček vor. Aus strategischen Gründen schlug Boček eine Vorverlegung der tschechoslowakischen Grenzen auf schlesisches, sächsisches, bayerisches, österreichisches und ungarisches Gebiet vor. Die Grenze sollte vom linken Ufer der Oder bis Krappitz, von dort nach Westen über Neiße, Waldenburg, Lauban bis Görlitz verlaufen und in Sachsen so gezogen werden, daß ein großer Teil der Lausitz einschließlich Bautzen, Kamenz und Pirna auf tschechoslowakische Seite fielen. In diesem Punkt stützte sich Boček auf die Aktivitäten eines ‚Lausitzer Nationalrats', der damals den Anschluß der Lausitz an die Tschechoslowakei forderte. Von der Höhe des Erzgebirges und des Böhmerwaldes sei die Grenze an den Fuß beider Gebirge und gegenüber Österreich südlich von Gmünd und zu den Leiser Ber-

40 *Ebenda* 23-31. — *Kamiński:* Polsko-czechosłowackie stosunki 33-88.

41 *Kaplan:* Pravda o Československu 68. — *Kamiński:* Polsko-czechosłowackie stosunki 90-97. — *Kastory:* Rewanż za Monachium 27f.

42 *Kastory:* Rewanż za Monachium 28-31.

gen vorzuverlegen. Boček empfahl auch die Erweiterung des Brückenkopfs bei Preßburg sowie die Ausdehnung der Slowakei unter Einbeziehung der ungarischen Gebirge Börszöny, Matra, Bükk und Hegyalja.

Gegen dieses weitreichende Annexionsprogramm wandte sich Präsident Beneš. Die Tschechoslowakei solle sich nur um eine Begradigung der Grenzen gegenüber Deutschland und Ungarn bemühen und könne dabei im Austausch auch auf bestimmte Gebiete verzichten. Beneš hielt also an seinem Plan vom Februar 1945[43] fest. Zudem müßten neugewonnene Landstreifen nach der Aussiedlung der dortigen Deutschen und Magyaren auch besiedelt werden. Schon in wenigen Jahren, warnte Beneš, könnten die Deutschen internationale Unterstützung für Revisionsforderungen erhalten, zumal wenn sich die Politik der Großmächte gegenüber Deutschland differenziere. Zudem könnten unbedachte und übertriebene Postulate auch die Beziehungen zu Moskau belasten. Trotz dieser Warnung war die Kommission zu keinerlei Gebietsaustausch bereit. Sie verzichtete nur auf das Verlangen nach dem Anschluß der Lausitz und reduzierte die Forderungen gegenüber Ungarn auf einen schmalen Landstreifen.[44]

In den Moskauer Verhandlungen mit den Polen vom 22.–27. Juni 1945 bestand die tschechoslowakische Delegation auf der Vorkriegsgrenze im Teschener Gebiet sowie auf der Aussiedlung sowohl derjenigen Polen, die sich dort nach dem 1. Oktober 1938 angesiedelt hatten, als auch der Polen, die sich in die ‚Deutsche Volksliste' hatten, eintragen lassen. Außerdem forderte die tschechoslowakische Delegation Ratibor, Leobschütz und Glatz. In dieser Frage war die polnische Seite zu Zugeständnissen bereit, wenn im Gegenzug die Grenze bei Teschen korrigiert werde. Auch Stalin fragte die tschechischen Vertreter, ob sie nicht auf dieser Grundlage einem „Kompromiß" zustimmen könnten. Als die Tschechen ablehnten, wies Stalin Fierlinger darauf hin, daß er Preußisch-Schlesien schon den Polen zur Verwaltung zugewiesen habe. Eventuelle tschechoslowakische Ansprüche könnten allenfalls auf der Friedenskonferenz vorgebracht werden.[45] Nach dem Scheitern der polnisch-tschechoslowakischen Verhandlungen sagte der amerikanische Botschafter Steinhardt am 20. Juli Beneš zu, daß seine Regierung die tschechoslowakischen Ansprüche auf Ratibor, Leobschütz und Glatz unterstützen werde, und die Franzosen schlossen sich dieser Haltung

[43] Siehe S. 307f.

[44] *Kaplan:* Pravda o Československu 67-84. — *Kastory:* Rewanż za Monachium 31-34, 76f. — *Kastory:* Czechosłowacja i jej sąsiedzi 128f.

[45] *Kaplan:* Pravda o Československu 69. — *Kastory:* Rewanż za Monachium 34-37. — *Kamiński:* Polsko-czechosłowackie stosunki 105-115.

an. Dagegen erklärte Botschafter Nichols, daß die tschechoslowakischen Forderungen über die Vereinbarungen mit der Londoner Regierung hinausgingen.[46]

Nichols hatte mit Beneš über ein Memorandum gesprochen, daß er von dem katholischen Pfarrer Jan Cyž erhalten hatte, in dem dieser im Namen eines ‚Nationalrats der Lausitzer Sorben' (Serbskolužická Rada Narodowa) den Anschluß der Lausitz an die Tschechoslowakei forderte. Beneš sagte dem britischen Botschafter am 18. Juli, daß er sich die Lausitzer Sorben „vom Leibe halte" (at the end of a bargepole touch). Weder durch Annexion ihrer Siedlungsgebiete noch durch Umsiedlung wolle er sie in der Republik haben. Schließlich seien sie bis zum letzten Mann Nazis gewesen.[47] Wie Nichols berichtete, nahmen am 24. Juli an einer Massendemonstration auf dem Prager Altstädter Ring zugunsten der Angliederung der Lausitz außer Cyž auch die volkssozialistischen Minister Josef David und Petr Zenkl und der kommunistische Minister Zdeněk Nejedlý teil. Dennoch habe die Regierung ihre „vernünftige Haltung" nicht aufgegeben, schrieb Steinhardt.[48] Tatsächlich blieben die eben erwähnten Minister in der Regierung in der Minderheit; die Mehrheit hoffte, die Frage einer Angliederung der Ober-Lausitz offenhalten zu können, indem sie eine Beteiligung an der Besetzung Deutschlands forderte. Clementis schlug der Lausitzer Delegation vor, Autonomie für die Ober-Lausitz zu fordern und die Umsiedlung der Sorben aus der Nieder- in die Ober-Lausitz zu betreiben.[49]

Die Pläne zum Austausch und zur Aussiedlung der Magyaren

Die Exponenten der Magyarisierung und des „feudal-faschistischen Regimes", die die Budapester Regierung in die abgetrennte Süd-Slowakei geschickt hatte, müßten dahin zurückkehren, woher sie gekommen sei-

[46] *Kastory:* Rewanż za Monachium 69. — *Kastory:* Czechosłowacja i jej sąsiedzi 140f.

[47] Nichols an das Northern Department am 18.7.1945. FO 371/47173, N9094/9094/12. — *Schurmann:* Die sorbische Bewegung 43f.

[48] Nichols an das Foreign Office am 30.7.1945. FO 371/47173, N9673/9094/12. — *Kastory:* Rewanż za Monachium 74f. — David war lange Jahre Funktionär der ‚Společnost přátel Lužice' (Gesellschaft der Freunde der Lausitz) gewesen. *Schurmann:* Die sorbische Bewegung 29.

[49] *Kastory:* Rewanż za Monachium 74f. — *Schurmann:* Die sorbische Bewegung 55.

en, erklärte der ‚Slowakische Nationalrat' in seinem „Kaschauer Manifest" am 4. Februar 1945:

Die Stellung der hiesigen magyarischen Bürger wird davon abhängen, wie sie ihr Verhältnis zum slowakischen Volk, zur neuen Tschechoslowakei und ihrer demokratischen und slawischen Orientierung bestimmen. Pflicht der demokratisch denkenden Magyaren ist es, alle faschistischen, anti-slowakischen und hungaristischen Elemente auszureißen [vykorenit']. Den magyarisierten Bürgern slowakischer Herkunft werden wir ermöglichen, sich in das slowakische nationale Leben einzureihen.

Weiter hieß es allerdings: „Der neue Staat wird auf neuen wirtschaftlichen und politischen Grundlagen beruhen. Wir werden jeden Einfluß der Deutschen, Magyaren, ihrer slowakischen Gehilfen sowie auch aller anti-slowakischen Elemente in unserer Wirtschaft ausrotten."[50] An die Spitze der Verwaltung magyarischer Gemeinden stellte der ‚Slowakische Nationalrat' Verwaltungskommissionen aus Slowaken, denen in Abstimmung mit der örtlichen Bevölkerung Beratungsorgane aus „demokratisch denkenden Magyaren" zur Seite stehen sollten. Magyarische Volksschulen sollten eröffnet werden.[51] Der ‚Slowakische Nationalrat' gab die Weisung aus, zwar alle deutschen Landbesitzer, Magyaren aber nur zu enteignen, soweit ihr Landbesitz 50 Hektar übersteige bzw. soweit sie vor dem 1. November 1938 nicht die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft besessen hätten.[52] Auf ihrer Konferenz vom 28. Februar bis zum 1. März 1945 erklärte die ‚Kommunistische Partei der Slowakei': Vor Gericht zu stellen und zu bestrafen seien nicht nur die Magyaren, die Unrecht und Gewalttaten gegenüber Slowaken begangen und in der ungarischen Armee gegen die UdSSR gekämpft hätten, sondern auch „jene Magyaren, die die Annexion der Südgebiete der Slowakei an Ungarn begrüßt und unterstützt" hätten. Die Südgrenze der Slowakei, die in der Vergangenheit und in den vergangenen sechs Jahren „magyarisiert" worden sei, sei „planmäßig und schrittweise zu reslowakisieren".[53] Laco Novomeský, der Beauftragte des ‚Slowakischen Nationalrates' für das Schulwesen, wies am 7. März 1945 die Behörden an, die slowakischen Kinder in slowakische, die magyarischen in ungarische Schulen zu schicken.[54] Doch die Regierung hatte weiterreichende Pläne.

50 Manifest des ‚Slowakischen Nationalrates' vom 4.2.1945. CK Nr. 156.

51 Richtlinien des ‚Slowakischen Nationalrates' vom 5.2.1945. CK Nr. 158.

52 Flugblatt des ‚Slowakischen Nationalrates' (Ende Februar 1945). CK Nr. 170.

53 Programmerklärung der Konferenz der Kommunistischen Partei der Slowakei in Kaschau vom 1.3.1945. CK Nr. 512. — *Kastory:* Rewanż za Monachium 21.

54 *Čierna/Lantayová:* Podoby Česko-Slovensko-Maďarského vzt'ahu 68.

Moskau habe dem Transfer von rund 400 000 Magyaren nach Ungarn zugestimmt, berichtete Beneš am 26. März 1945 Clark Kerr, doch hatte – nach dem tschechischen Gesprächsprotokoll – Molotov sich zu dieser Forderung anscheinend nicht (!) geäußert. Soweit möglich wollte Beneš „im Austausch einige Slowaken aus Ungarn zurückholen, doch wisse er, daß diese Slowaken, bei denen es sich meist um wohlhabende Bauern handle, vielleicht nicht umsiedeln wollten".[55] Gemäß dem Kaschauer Programm der neuen tschechoslowakischen Regierung sollte nicht nur den Deutschen, sondern auch den Magyaren die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft entzogen werden. Nach seiner Verkündung am 5. April 1945 wurden alle Magyaren aus der Verwaltung und den politischen Parteien entfernt sowie im Mai auch die magyarischen Schulen geschlossen. Am 25. Mai legte der ‚Rat der Beauftragten', d. h. die slowakische Landesregierung, einen Plan für die Aussiedlung der Magyaren vor. In der ersten Phase müßten diejenigen das Land verlassen, die nach dem Wiener Schiedsspruch gekommen seien, sowie ehemalige Mitglieder faschistischer Organisationen und solche Magyaren, die sich gegenüber der Tschechoslowakei schuldig gemacht hätten. In der zweiten Phase solle es zu einem Bevölkerungsaustausch kommen, der schon vorzubereiten sei. Von Ende Mai bis Ende Juni wurden 31 780 Angehörige der ersten Kategorien nach Ungarn deportiert, doch gab es auch ‚wilde' Vertreibungen alteingesessener Magyaren, deren Ausmaß allerdings wegen des sowjetischen Widerstands gering blieb.[56] In ihrem Aussiedlungsplan vom 3. Juli 1945 sah die tschechoslowakische Regierung dagegen vor, 450 000 Magyaren gegen 300–350 000 Slowaken auszutauschen. Im Gegensatz zu den Deutschen sollten die Magyaren jedoch ihr totes und lebendes Inventar mitnehmen können.[57]

Am 11. Juni 1945 erhob der US-Geschäftsträger in Prag Vorstellungen gegen die Vertreibung von Magyaren aus der Tschechoslowakei nach Ungarn. Die tschechoslowakische Regierung solle keine „einseitige Aktion" unternehmen, die gesamte oder einen Teil der ungarischsprachigen Minderheiten abzuschieben. Ethnische Minderheiten sollten nur „unter internationaler Schirmherrschaft und in Übereinstimmung mit geeigneten internationalen Regelungen" transferiert werden. Alle Transfers seien schrittweise vorzunehmen, um eine „geordnete Ansiedlung" zu erleichtern. Bei der Lösung des Minderheitenproblems dürfe die

[55] Clark Kerr an das Foreign Office am 26.3.1945. FO 371/47085, N3308/207/12.

[56] *Kaplan:* Pravda o Československu 92-95. — *Kastory:* Rewanż za Monachium 51-54. — *Holienčiková:* Kontroversen um die Lösung der „Magyarischen Frage" 186.

[57] *Kastory:* Rewanż za Monachium 58.

Tschechoslowakei nicht nur von ihren eigenen Bedürfnissen ausgehen, sondern müsse auch allgemeine Erwägungen hinsichtlich der künftigen Sicherheit und die Probleme berücksichtigen, vor denen die alliierten Besatzungsbehörden ständen. Und schließlich sagte der US-Vertreter: „Any attempt to treat all members of an ethnic group as subject to expulsion on grounds however righteous was unjustified."[58] Als der US-Vertreter eine parallele Note dem ungarischen Außenminister übergab, erklärte Janos Gyöngyösi, daß bisher schon 20 000 Magyaren vertrieben worden seien und 10 000 in Internierungslagern in Preßburg festgehalten würden. Er halte diese Situation für „besonders ironisch", da es unter den Slowaken proportional mehr Kollaborateure als selbst in Ungarn gegeben habe.[59] In dieselbe Kerbe schlugen die magyarischen Zeitungen in den USA: Die Slowakei sei der erste Verbündete Hitlers gewesen und habe sich schon am Feldzug gegen Polen beteiligt.[60] Das Foreign Office wies Nichols an, im gleichen Sinn wie sein amerikanischer Kollege bei der Prager Regierung vorzusprechen.[61] Der ungarische Außenminister erklärte am 28. Juni öffentlich: Entweder die Magyaren erhielten Minderheitenrechte innerhalb der Tschechoslowakei, oder der Grenzverlauf müsse zugunsten Ungarns korrigiert werden.[62]

Aber auch Ungarn wurde von Forderungen nach nationaler Homogenisierung ergriffen. Sie richteten sich gegen die Ungarndeutschen. Bei der Volkszählung von 1941 hatten 477 000 Einwohner Ungarns in den Grenzen von Trianon Deutsch als Muttersprache und 303 000 auch als Nationalität angegeben. „Raus mit den schwäbischen Vaterlandsverrätern", forderten Politiker der Nationalen Bauern- und der Kommunistischen Partei, während Vertreter der Demokratischen, der Sozialdemokratischen und der Kleinlandwirte-Partei dafür plädierten, nur die Mitglieder des ‚Volksbunds der Deutschen in Ungarn' auszusiedeln.[63]

Am 12. Mai 1945 fragte der ungarische Außenminister Gyöngyösi semi-offiziell bei den Vertretern Großbritanniens und der USA an, wie sie zur Aussiedlung von 200 000 „Schwaben" ständen. Die Russen hätten zwar noch nicht offiziell zugestimmt, doch wisse er, daß sie keine

58 Nichols an das Foreign Office am 13.6. und Foreign Office an Nichols am 22.6.1945. FO 371/46810, C3119/95/18. — Siehe auch *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 179. — Über die amerikanischen Vorstellungen in Prag und Belgrad sollte auch die ungarische Regierung informiert werden. Grew an den US Representative in Hungary (Schoenfeld) am 4.6.1945. FRUS 1945, IV, 928f.

59 Schoenfeld an den Secretary of State am 12.6.1945. FRUS 1945, IV, 931f.

60 *Čierna-Lantayová:* Podoby Česko-Slovensko-Maďarského vzťahu 77.

61 Nichols an das Foreign Office am 12.6.1945. FO 371/46810, C3119/95/18.

62 *Kastory:* Rewanż za Monachium 51-54.

63 *Gyarmati:* Die Aussiedlung der Deutschen aus Ungarn 273f.

Einwände erhöben.[64] Der US-Vertreter Schoenfeld erklärte – ohne Rückfrage in Washington, daß seine Regierung gegen eine Massendeportation sei, aber die Bestrafung einiger Schuldiger akzeptieren dürfte.[65] Die britische Regierung antwortete, daß sie die Deportation von Volksdeutschen aus Ungarn zur Zeit nicht erwägen könne, da es dringendere Aufgaben gebe.[66] Daraufhin sagte der ungarische Ministerpräsident am 24. Mai dem britischen Vertreter, daß in Übereinstimmung mit den Wünschen der Russen 340 000 der 540 000 Schwaben als „Verräter" vertrieben werden sollten.[67] Zur Begründung des ungarischen Wunsches führte der britische Vertreter Gascoigne an, daß die Regierung durch die Vertreibung der Schwaben Platz für die vertriebenen Magyaren aus der Tschechoslowakei und Rumänien schaffen wolle.[68] Im Gespräch mit dem US-Vertreter in Ungarn reduzierte Gyöngyösi die Zahl wieder auf 200 000.[69] Schoenfeld berichtete am 27. Juni, daß die ungarische Regierung nur die „leitenden Mitglieder des Volksbunds und der SS" außer Landes treiben wolle; andere sollten zu öffentlichen Arbeiten herangezogen, innerhalb des Landes umgesiedelt bzw. unbehelligt gelassen werden.[70] Auf der ersten Sitzung der ‚Alliierten Kontrollkommission' in Ungarn unterstützte Marschall Vorošilov den Antrag der ungarischen Regierung, „200.000 Schwaben mit deutschen und Nazi-Sympathien von Ungarn nach Deutschland" zu deportieren. Alle fünf ungarischen Parteien seien dafür, sagte Vorošilov. Das Foreign Office antwortete, daß über diese Frage auf der Potsdamer Konferenz entschieden werden müsse. Der Transfer aus Tschechoslowakei und Polen habe aber wahrscheinlich Vorrang.[71]

64 British Political Mission Budapest (Gascoigne) an das Foreign Office am 15.5. 1945. FO 371/46810, C2453/95/18.

65 Gascoigne an das Foreign Office am 15.5.1945. *Ebenda*, C2454.

66 Foreign Office an Gascoigne am 23.5.1945. FO 371/46810, C2453/95/18.

67 Gascoigne an das Foreign Office am 24.5.1945. *Ebenda*, C2502. — *Kertész:* Die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn 7-9.

68 Gascoigne an das Foreign Office am 4. und 26.6.1945. FO 371/46810, C3176, 3718/95/18.

69 Schönfeld an den Secretary of State am 19.6.1945. FRUS 1945, II, 1257.

70 Schoenfeld an den Secretary of State am 27.6.1945. FRUS 1945, II, 1259.

71 Gascoigne an das Foreign Office am 18.7. und Antwort vom 21.7.1945. FO 371/46810, C4026. — Major-General Edgcumbe (Budapest) an James Grigg am 18.7.1945. DBPO I/1, Nr. 305.

Die ‚wilde' Vertreibung der Deutschen aus den alt- und neupolnischen Gebieten

Am 22. Januar 1945 erreichte die Rote Armee die Oder, am 30. März eroberte sie Danzig. Noch am selben Tag wurde dort die polnische Fahne gehißt und die Stadt mit fünf ländlichen Bezirken zur Provinz Gdańsk zusammengefaßt.[72] In bezug auf Danzig glaubte die Regierung vorpreschen zu können, da Polen in der Zwischenkriegszeit die Stadt außenpolitisch vertreten hatte. Mit diesem Schritt sollte auch das internationale Echo getestet werden, wie Gomułka am selben Tag während einer Sitzung der Regierung sagte.[73] Am folgenden Tag erklärte Osóbka-Morawski im Rundfunk: „Neben Danzig haben wir das Masurengebiet, Nieder- und Oberschlesien zurückbekommen; die Stunde ist nicht fern, wenn die polnischen Grenzen an der Neiße, der Oder und der Ostseeküste errichtet werden." Am 1. April berichtete die polnische ‚Staatsbehörde für die Repatriierung Polnischer Bürger', daß nach Ostern 3 000 Repatriantenfamilien aus den Gebieten jenseits der Curzon-Linie in Schlesien eintreffen würden.[74] Von einem Lublin-treuen polnischen Offizier erfuhren die Briten, daß alle polnischen Organisationen aus Wilna nach Danzig und jene aus Lemberg nach Breslau verlegt würden.[75]

Als sich die Nachrichten verdichteten, daß die polnische Regierung auch die Verwaltung von Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Schlesien bis zur Oder und Lausitzer Neiße übernommen hatte, forderten Amerikaner und Briten von den Sowjets eine Erklärung, und zwar anfangs in bezug auf Deutsch-Oberschlesien. Sie wiesen darauf hin, daß sie sich in der ‚European Advisory Commission' darauf verständigt hätten, daß Deutschland in den Grenzen von 1937 unter alliierte Verwaltung kommen sollte und daß auf der Konferenz von Jalta festgelegt worden sei, daß die endgültigen Grenzen Polens nach einer Stellungnahme der neuen polnischen Regierung der Nationalen Einheit auf der Friedenskonferenz festgelegt würden.[76] Die deutsche Bevölke-

72 Foreign Office an die Botschaft in Moskau am 7.4.1945. FO 371/47585, N3588/6/55. — Harriman an den Secretary of State am 9.4.1945. FRUS 1945, V, 205-207.

73 *Marczak:* Granica Zachodnia 82f.

74 Foreign Office an die Botschaft in Moskau am 7.4.1945. FO 371/47585, N3588/6/55. — Harriman an den Secretary of State am 9.4.1945. FRUS 1945, V, 205-207.

75 Bericht von Winch über ein Gespräch mit Captain Siedliecki am 23.4.1945. FO 371/47589, N4818/6/55.

76 Foreign Office an die Botschaft in Moskau am 23.3., Clark Kerr an Molotov am 25.3. und Roberts an das Foreign Office am 19.4.1945. FO 371/47582ff., N2620, 4025, 4305/6/55.

rung Schlesiens ziehe sich mit der Wehrmacht aus Schlesien zurück, antwortete Molotov am 2. April 1945, weshalb nur die zurückbleibenden Polen die Zivilverwaltung übernehmen könnten. Danach fuhr Molotov fort:

It in no way conflicts with agreements reached by the three Governments about the occupation of Germany and the control machinery in Germany, as you assert in your letter, as neither in the abovementioned agreements, nor in the decisions of the Crimea Conference is the question of administration in occupied territories touched upon.

Es gebe keinen Zusammenhang zwischen der Entscheidung der Krim-Konferenz, die polnische Westgrenze endgültig erst auf der Friedenskonferenz festzulegen und der Organisation der polnischen Verwaltung Schlesiens, „welches altes [ancient] polnisches Land ist".[77] Aus dieser Antwort las Allen heraus, daß Molotov zwar die Zuständigkeit des ‚Alliierten Kontrollrats' für Deutschland in den Grenzen von 1937 anerkenne, aber der Meinung sei, daß der Kontrollrat die Gebiete, aus denen die Deutschen geflohen seien und die ohnehin an Polen fallen sollten, polnischer Verwaltung übertragen müsse. Darauf werde es ohnehin hinauslaufen, weshalb in diesem Stadium nicht die Grundsatzfrage aufgeworfen werden sollte, meinte Allen; vielmehr sollten die Russen gefragt werden, welche Gebiete sie polnischer Verwaltung übergeben hätten. O'Neill empfahl dagegen, den Russen mitzuteilen, daß die britische Regierung aus Molotovs Antwort entnehme,

that the Russians are entrusting local administration in these areas to Polish officials on grounds of convenience; that such officials are the agents of the Soviet Government in the execution of its responsibility for military control in areas of Germany occupied by its forces; and are in no way responsible to any Polish authorities.

O'Neill wies auf die Gefahr hin, daß der russische Vertreter im Berliner Kontrollrat z. B. die Lieferung von schlesischer Kohle oder ostpreußischen Lebensmitteln in die US-Zone mit Hinweis auf die Zuständigkeit der polnischen Regierung verweigern könnte.[78]

Auf einen amerikanischen Protest vom 8. April antwortete Vyšinskij, daß in Schlesien nur die polnische Bevölkerung zurückgeblieben und daß auch der größere Teil der deutschen Zivilbevölkerung aus Danzig nach Deutschland evakuiert worden sei. Unter diesen Umständen sei es

77 Molotov an Clark Kerr am 2.4.1945. FO 371/47588, N4827/6/55. — Harriman an den Secretary of State am 10.4.1945. FRUS 1945, V, 208.

78 Clark Kerr an das Foreign Office am 3.4. mit Vermerken von Gatehouse und Allen vom 6.4.1945. FO 371/47585, N3588/6/55.

dringend notwendig geworden, eine Zivilverwaltung aus Polen zu errichten, die „die Hauptbevölkerung [basic population] der oben erwähnten Gebiete" bildeten. Die Zivilverwaltung in Schlesien und Polen sei ebenfalls den Polen übertragen worden, was aber in keinem Zusammenhang mit der Frage der Grenzen stehe. Der US-Vertreter Kennan widersprach: Trotz der Flucht sei eine große Zahl von Deutschen zurückgeblieben. Auch sei es nicht wahr, daß die Polen in irgendeinem dieser Distrikte die Hauptbevölkerung bildeten. Die Errichtung der polnischen Verwaltung werde gegenüber Polen und Russen nicht als vorläufig, sondern als endgültig bezeichnet. Eine Abtrennung dieser Gebiete werde einen Einfluß auf die Fähigkeit Deutschlands haben, Reparationen zu leisten, von denen ja besonders Polen profitieren solle. Er sehe keine Rechtfertigung für die einseitige Übergabe dieser Gebiete an die polnische Verwaltung.[79] In diesem Sinne teilte das ‚State Department' Ende April den Briten mit: „Während Deutsch-Schlesien offensichtlich tatsächlich Polen übergeben werden wird, dürfen wie den Russen nicht erlauben, in dieser Angelegenheit einseitig zu handeln."[80] Kennan sollte allerdings folgendermaßen argumentieren: Die US-Regierung gehe von der Annahme aus, daß die polnischen Amtsträger nur die Rote Armee unterstützten und nicht der Warschauer Regierung unterständen. Kennan war nicht einverstanden: Die erwähnte „Annahme" widerspreche allen Fakten, wie sie auch offen in der polnischen und sowjetischen Presse zugegeben würden. Mit dem britischen Botschafter Roberts war er sich einig, daß Briten und Amerikaner angesichts der jüngsten Ereignisse den Eindruck vermeiden sollten, als ob sie bereit seien, in Polen und Mitteleuropa irgendwelche Faits accomplis hinzunehmen.[81] Die neue Weisung aus Washington war denn auch schärfer: Molotovs Behauptung, daß die Errichtung einer polnischen Zivilverwaltung in Danzig und bestimmten anderen Gebieten in keiner Beziehung zu den zukünftigen Grenzen Polens stehe, sei kaum mit den Erklärungen der Warschauer Regierung über die formelle Integration dieser Gebiete, mit dem Aufbau eines polnischen Verwaltungsapparats und der Einführung polnischer Gesetze sowie der Ansiedlung von Polen zu vereinbaren. Solange kein Abkommen über die Zukunft dieser Gebiete geschlossen sei, blieben sie entsprechend den Beschlüssen der ‚European Advisory Commission' Teil Deutschlands in den Grenzen von 1937 sowie der sowjetischen Besat-

79 Kennan an den Secretary of State am 18.4.1945. FRUS 1945, V, 229-231.

80 Halifax an das Foreign Office am 27.4.1945. FO 371/47588, N4700/6/55.

81 Roberts an das Foreign Office am 7.5.1945. FO 371/47589, N5093/6/55. — Grew an Kennan am 3.5. und Kennan an Durbrow am 4.5.1945. FRUS 1945, V, 276f.

zungszone, erklärte Kennan am 11. Mai. Roberts, der den Auftrag erhalten hatte, seinen Einspruch dem amerikanischen anzupassen, traf Vyšinskij am 16. Mai. Dieser antwortete mündlich, daß es „nicht wesentlich" (immaterial) sei, was die Polen sagten. Die endgültige Entscheidung werde von den Hauptalliierten getroffen. Es sei jedoch nur natürlich, daß Polen eine Art Verwaltung aufbauen wolle, und ebenso natürlich, daß die Rote Armee Polen um Hilfe bei der Verwaltung bitte. Vyšinskij stimmte „bereitwillig" zu, daß diese Verwaltung die endgültige Territorialregelung nicht präjudizieren dürfe.[82] Am 16. Mai bzw. 1. Mai schob Vyšinskij eine schriftliche Antwort an den US- bzw. britischen Botschafter nach: Die Polen übten die Verwaltung in den deutschen Gebieten nicht im Auftrag der Roten Armee, sondern der polnischen provisorischen Regierung aus. Vyšinskij erinnerte daran, daß die Krim-Konferenz beschlossen hatte, daß Polen einen „beträchtlichen Zuwachs an Gebieten im Westen und Norden erhalten solle". Die Anwesenheit der polnischen Verwaltung sei aber nicht als Präjudiz für das künftige Schicksal dieser Gebiete zu betrachten, über das auf der Friedenskonferenz entschieden werde. Diese Zusicherung nütze wenig, falls die Friedenskonferenz auf sich warten lasse und die polnische Regierung inzwischen durch ihre Aktionen die Situation Ostdeutschlands präjudiziere, kommentierte Gatehouse.[83]

Nach den Vorstellungen des ZK der ‚Polnischen Arbeiterpartei' vom 26. Mai 1945 sollten die Deutschen noch im laufenden Jahr aus- und 3,5 Millionen Polen angesiedelt werden, davon 2,5 Millionen noch in der Zeit bis zur Ernte. Innenminister Edward Ochab teilte die 2,3 Millionen verbliebenen Deutschen auf der Sitzung des Ministerrats am 26. und auf der Landeskonferenz der ‚Polnischen Arbeiterpartei' vom 28. Mai in drei Gruppen: Die einen seien unmittelbar über die Oder zu treiben, die anderen erst nachdem ihre Fachkenntnisse nicht mehr benötigt würden. Die dritte bildeten Städter, die zwar nicht gebraucht würden, aber aus Mangel an Transportmitteln noch nicht weggeschafft werden könnten und zur Arbeit auf das Land zu schicken seien.[84] Im

[82] Halifax an das Foreign Office am 8.5., Foreign Office an Moskau am 12.5., Roberts an Vyšinskij am 14.5. und Roberts an das Foreign Office am 18.5.1945. FO 371/47589, N5133, 5651, 6122/6/55. — Grew an Kennan am 8.5. und Antwort vom 11.5. sowie Kennan an Grew am 15.5.1945. FRUS 1945, V, 288-296.

[83] Kennan an den Secretary of State am 17.5.1945 und Harriman an den Secretary of State am 4.6.1945. FRUS 1945, V, 297f., 325f. — Vyšinskij an Roberts am 1.6. mit Vermerken von Gatehouse u. a. vom 5.–15.6.1945. FO 371/47592, N6328/6/55.

[84] *Szczególa:* Przedpoczdamskie wysiedlenie niemców 47-49. — *Nitschke:* Wysiedlenie ludności niemieckiej 135.

,Wissenschaftlichen Rat für Angelegenheiten der Wiedergewonnenen Gebiete' war Ende Juli/Anfang August 1945 eine Mehrheit dafür, möglichst alle Deutschen zu vertreiben. Die Minderheit plädierte dagegen dafür, allen Deutschen, die nur irgendwelche polnische Vorfahren vorweisen könnten, den Verbleib in Polen zu ermöglichen. Polen könne auf die Fachleute nicht verzichten.[85]

Besonders in der Anfangsphase nach der Eroberung waren es Einheiten und einzelne Soldaten der sowjetischen Armee, die zahlreiche Gewalttaten verübten: Frauen wurden vergewaltigt, Deutsche jeden Alters und beiderlei Geschlechts ermordet, Dörfer und Stadtteile in Brand gesetzt. Die Vertreibung sollte zu Beginn die Bewohner eines 30 Kilometer breiten Streifens an der neuen Grenze erfassen, wurde aber auf bis zu 200 Kilometer entfernte Orte ausgedehnt. Sie begann Mitte Juni und wurde Mitte Juli vorläufig eingestellt. Die Zahl der von der ,wilden' Vertreibung betroffenen Deutschen wird auf 400000 geschätzt. Die beteiligten Armee-Einheiten hatten Anweisung, „mit den Deutschen so umzugehen, wie sie mit uns umgegangen sind" bzw. die Deutschen so zu behandeln, daß sie „von selbst fliehen". Todesopfer kosteten vor allem die langen Fußmärsche, auf denen die Vertriebenen auch häufig beraubt wurden. Einen Teil der Deutschen Polens und Ostdeutschlands deportierten die Sowjets in die Sowjetunion.[86] Im NS-Regime exponierte Personen wurden in Lagern konzentriert, in denen die niedrigen und unregelmäßig eintreffenden Rationen, die unhygienischen Verhältnisse und die Willkür eines Teils des Wachpersonals zahlreiche Todesopfer kosteten. Andere Deutsche mußten in den Bergwerken Oberschlesiens arbeiten.[87]

Clark Kerr empfahl, auf dem geplanten Treffen der Regierungschef eine Einigung über die polnische Westgrenze zu suchen. Die polnische Regierung verhalte sich so, als ob Oder und Neiße schon die Westgrenze bildeten, und die Sowjets hinderten sie nicht daran. Je länger die Entscheidung auf sich warten lasse, desto mehr konsolidierten die Polen ihre Verwaltung und siedelten Polen in die ehemals deutschen Gebiete um. Viele Gründe sprächen für eine möglichst schnelle Stabilisierung der Bedingungen in Osteuropa, und diese sei nicht ohne eine frühe Grenzregelung zu verwirklichen. Zudem sei es unmöglich, „irgendeine Ordnung in den Bevölkerungstransfer zu bringen, bevor ein Abkommen über die künftige Westgrenze Polens erreicht" sei. Zwar hät-

85 *Nitschke:* Wysiedlenie ludności niemieckiej 120-136.

86 *Szczególa:* Przedpoczdamskie wysiedlenie niemców 47-49. — *Nitschke:* Wysiedlenie ludności niemieckiej 146f.

87 *Walczak:* Niemiecka siła robocza 76f.

ten sich die Russen und die Warschauer Polen schon zu sehr festgelegt, um noch einem substantiellen Rückzug zuzustimmen; immerhin schienen die Russen wenigstens Stettin noch als deutsche Stadt zu betrachten, schrieb er, und nach der Besetzung „Ostdeutschlands“ geneigter zu sein, den Deutschen gegenüber „eine mildere Politik“ einzuschlagen.[88] Mitte Mai hatten die Sowjets nämlich die polnische Verwaltung gezwungen, Stettin zu verlassen; sie kehrte zwar am 9. Juni zurück[89], wurde aber, wie Clark Kerr berichtete, am 18. Juni erneut zum Abzug aus Stettin gezwungen.[90] Allen gab Clark Kerr recht. O'Neill meinte dagegen:

> Nothing is more likely to poison the whole German and European settlement than the question of Germany's eastern frontier. In the long run, when war passions have subsided, it will not I think seem reasonable to the average man in England and America to have transferred to Poland something like one-fifth of the total area of pre-war Germany, inhabited by over ten million persons of indisputable German stock, and (probably) to have transferred these persons to what remains of Germany.

Zwar werde die britische Regierung diese Entwicklung wahrscheinlich nicht verhindern können, doch solle sie lieber schließlich ein Fait accompli der anderen Seite „widerwillig akzeptieren“, als sich selbst an einer solchen Grenzziehung beteiligen. Troutbeck stellte sich auf O'Neills Seite und fügte hinzu, daß eine solche britische Zustimmung zur Oder-Neiße-Linie Feldmarschall Montgomerys Arbeit in Deutschland nicht leichter machen würde, der ohnehin über die Stärke des Kommunismus besorgt sei. Auch würde sie die Lage im Westen oder im Süden, besonders in Griechenland und der Türkei, nicht stabilisieren. Ihr Erfolg würde die Russen ermutigen, auf dieselbe Art weiterzumachen, wie dies Hitler getan habe. Ginge es nur um Ostpreußen, Danzig, Oppeln-Schlesien und die Ecke (tip) Pommerns, wäre er für eine schnelle Festlegung der Grenze, schrieb Hood, doch nicht im Falle der Oder-Neiße-Linie. Ließen sich „durch ein Wunder“ die Russen auf einen Kompromiß im Umfang der Moskauer Verhandlungen im Oktober 1944 ein, sollte die britische Delegation auf der Dreimächte-Konferenz „sofort der dauerhaften polnischen Verwaltung, vorbehaltlich der Ratifikation durch die Friedenskonferenz,“ zustimmen, meinte Warner am 19. Juni; wenn nicht, könne man a) entweder die gesamte Grenzregelung verschieben oder aber b) die polnische Administration in den unstreitigen Gebiete anerkennen und jene in den umstrittenen als Verwaltung im Auftrag des sowjetischen Oberkommandierenden betrachten. Für den Fall, daß die Ver-

[88] Clark Kerr an das Foreign Office am 9.6.1945. FO 371/47593, N6767/6/55.
[89] *Kamiński:* Polsko-czechosłowackie stosunki 89.
[90] Clark Kerr an das Foreign Office am 18.6.1945. FO 371/47594, N7113/6/55.

handlungen über die Erweiterung der Warschauer zu einer „Regierung der Nationalen Einheit" Erfolg hätten, neige er selbst zur Lösung b).[91]

Am 22. Juni, einen Tag, nachdem die erwartete Einigung über die Regierung erzielt war, erklärte Bierut gegenüber Molotov, Harriman und Clark Kerr, daß Polen „aus historischen Gründen" alle Gebiete bis zur Oder und westlichen Neiße beanspruche, die Deutschland in der Vergangenheit an sich gerissen habe. Clark Kerr versprach, daß die britische Regierung Polens Ansprüche mit „echter Sympathie" (sincere sympathy) behandeln werde.[92] In London stimmten nun auch Cadogan und Eden der Variante b) zu und informierten Churchill und Halifax über die Position des Foreign Office. Denn sie entspreche der Haltung, die die britische Delegation im Oktober 1944 in Moskau eingenommen habe und komme Mikołajczyk und anderen entgegen, die kritisiert hätten, daß in Jalta zwar die Ost-, nicht aber die Westgrenze festgelegt worden sei. Als Eden die US-Regierung über seine Position informierte, sprach er davon, daß eine „vernünftige" polnische Westgrenze nur Danzig, den südlichen Teil Ostpreußens, Oppeln-Schlesien und den „östlichsten Teil Pommerns" umfassen sollte, und ging damit doch nicht bis zur Oder wie im Oktober 1944 in Moskau. „Die Russen als beati possidentes", schrieb Cadogan, „können, wenn sie wollen, mit diesem Territorium tun, was sie wollen. Alles, was wir tun können, ist, uns zu weigern, den polnischen Anspruch darauf anzuerkennen, was m. E. die Polen mehr verletzt als die Russen". Zur Vergeltung könne man zwar die Russen von der Ruhr-Rheinland-Regelung ausschalten, was jedoch zu gefährlichen Spannungen führen dürfte. Praktikabel und zu rechtfertigen sei aber eine angemessene Reduktion des russischen Anteils an den Reparationen, meinte Cadogan: „Wenn die Russen ohne unsere Zustimmung einen Batzen [chunk] Deutschland weggeben und dadurch Deutschlands Fähigkeit als ganzes reduzieren, Reparationen zu zahlen, gibt es keinen Grund, warum wir leiden sollten." Eden ging einen Schritt weiter, was auch in die Schreiben an Churchill und Halifax einfloß: Wenn die Russen nicht nachgeben, sollten sie aus der britischen und US-Zone keinerlei Reparationen erhalten.[93]

In einer Note an seinen britischen Kollegen erhob der polnische Botschafter in Moskau den Anspruch seines Landes nicht nur auf die Oder-

91 Vermerke von Allen, O'Neill, Troutbeck, Hood und Warner vom 14.6.–9.7. 1945. FO 371/47593, N6767/6/55.

92 Clark Kerr an das Foreign Office am 22.6.1945. FO 371/47594, N7308/6/55. — Harriman an den Secretary of State am 23.6.1945. FRUS 1945, V, 354-357.

93 Vermerke Allens u. a. vom 14.6.–9.7. und Foreign Office an die Botschaft in Washington am 12.7.1945. FO 371/47593, N6767/6/55.

Neiße-Grenze, sondern auch den Stettiner Hafen.[94] Einen Tag nach der Bildung der polnischen ‚Regierung der Nationalen Einheit' am 28. Juni 1945 schrieb das State Department, daß die US-Regierung

should facilitate insofar as our aid is requested for the transfer of minority groups but should not permit the forced repatriation of Poles now in the West or the uncontrolled deportation by unilateral Polish action of the 8–10.000.000 Germans formerly domiciled in the areas claimed by the Soviet-sponsored Polish Government.[95]

Am 5. Juli 1945 erkannten die britische sowie die amerikanische Regierung die neue ‚Regierung der Nationalen Einheit' an.[96] Einerseits gebe es Argumente für eine frühe Entscheidung über die polnische Westgrenze, meinte das Foreign Office in seinen Richtlinien für Potsdam. Andererseits gebe es gewichtige Gründe gegen die Annahme der Oder-Neiße-Linie:

So precipitate a concession of the maximum Russian claims might be regarded as a sign of weakness and provoke other excessive demands elsewhere. We have always doubted whether British public opinion would lastingly support a settlement involving the amputation of about one-fifth of the total area of Germany normally inhabited by over ten million persons of undisputably German stock, and such a settlement might prove a formidable obstacle to the maintenance of Europea peace.

Zudem würde sich das Gebiet reduzieren, dem Reparationen entnommen werden und das Lebensmittel und Energie für West-Deutschland liefern könnte. Das Foreign Office empfahl der britischen Delegation, sich nicht darauf zu beschränken, ihren Rechtsstandpunkt vorzutragen, sondern sich um ein Abkommen über „vernünftige" (reasonable) Westgrenzen Polens zu bemühen. Diese sollten nur die Freistadt Danzig, Ostpreußen südlich und westlich von Königsberg, Oppeln-Schlesien und den östlichsten Teil Pommerns umfassen. Wenn die sowjetische Regierung dennoch darauf bestehe, Teile Deutschlands ohne britische Zustimmung an Polen zu übertragen, und dadurch Deutschlands Kapazität zu Reparationsleistungen reduziere, müsse die britische Regierung auf einer entsprechenden Verminderung des russischen Anteils an den deutschen Reparationen bestehen. Falls notwendig, werde die britische die sowjetische Regierung informieren, daß sie keinerlei Reparationen

[94] Draft brief for Terminal: „Poland's Western Territories" (nach 7.7.1945). FO 371/47600, N8810/6/55.

[95] Memorandum des State Department vom 29.6.1945. DPSR II, Nr. 375.

[96] Erklärung der britischen Regierung vom 5.7.1945. DPSR II, Nr. 377.

aus der amerikanischen und britischen Zone zulassen werde, bis diese Fraugen zu ihrer Zufriedenheit geregelt seien.[97]

Da Molotov in der „Moskauer Kommission" am 21. Juni wiederum den polnischen Anspruch auf die Oder-Neiße-Linie unterstützt hatte, äußerte Roberts Bedenken gegen die Grenzlinie, wie sie das Foreign Office vorgeschlagen hatte. Wahrscheinlich werde die Sowjetunion versuchen, auf britische Kosten unter den Polen Popularität zu gewinnen, indem sie ihre Großzügigkeit unserer „knickrigen Haltung" gegenüberstelle. Eine Reduzierung des sowjetischen Anteils an den Reparationen halte er für gerechtfertigt, doch sei die Drohung schwer zu verteidigen, keinerlei Reparationen aus den westlichen Zonen in die Sowjetunion zu liefern.

It would arouse strong Soviet resentment and would be regarded as a punishment disproportionate to the crime. I hope therefore that it will not be necessary to make this further threat which might only provoke awkward Soviet reactions on other equally important issues.[98]

Entscheidung in Potsdam

Vor der Gründungskonferenz der Vereinten Nationen diskutierte das Foreign Office über den künftigen „Schutz von Minderheiten". Nachdem dieses Thema in San Francisco nicht behandelt worden war, gab das Foreign Office der britischen Delegation für die Potsdamer Konferenz ein entsprechendes Memorandum mit. Die Mitarbeiter des Foreign Office hatten sich die Frage gestellt, ob die Vereinten Nationen Elemente der Minderheitenschutzverträge des Völkerbunds übernehmen sollten. In ihrer Charta machten sich die Vereinten Nationen zwar zur Aufgabe, „den Respekt für die Menschenrechte und für die grundlegenden Freiheiten aller ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion zu fördern und zu ermutigen" (Artikel 1 [3]), doch dürften die Vereinten Nationen nur dann in die inneren Angelegenheiten von Staaten eingreifen, wenn der Frieden bedroht sei (Artikel 7). Anschließend untersuchte das Memorandum die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit des Schutzes einzelner Minderheiten. Nach einer Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn sei ein interna-

97 Draft brief for Terminal: „Poland's Western Territories" (nach dem 7.7.1945). FO 371/47600, N8810/6/55. Abgedruckt in: DBPO I/1, Nr. 115.

98 Roberts an das Foreign Office am 16.7.1945. FO 371/47600, N8677/6/55. Abgedruckt in: DBPO I/1, Nr. 155.

tionaler Schutz für eventuelle deutsche Restminderheiten besonders in Polen nicht zu empfehlen, da er den Transfer erschweren und ohnehin auf den Widerstand der sowjetischen Regierung stoßen würde, die sich auch gegen jegliche Einmischung der Vereinten Nationen in ihre eigene Minderheitenpolitik wehren werde. Im Fall ihrer polnischen Minderheit strebe die Sowjetregierung einen Austausch gegen Ukrainer und Weißrussen an. Die jugoslawische Regierung ziele auf einen föderativen Staat, der auf ideologischen statt nationalistischen Prinzipien aufgebaut sei. Auch in diesem Fall dürfte die Sowjetunion gegen den Aufbau eines internationalen Schutzsystems plädieren, obwohl sie eventuell für Ausnahmen zugunsten der Italiener in Nordwest-Jugoslawien wie auch in Südtirol, sollte diese Provinz zu Österreich zurückkehren, sowie der Magyaren in Siebenbürgen gewonnen werden könnte. Briten und Amerikaner sollten versuchen, gegen eine schlechte Behandlung der slawischen Minderheit in Griechenland vorzugehen. Selbst schwache Staaten wie Rumänien und der Irak dürften sich heftig dagegen wehren, zum Schutz ihrer Minderheiten verpflichtet zu werden, wenn dieser nicht von allen Staaten gefordert werde.

The argument used for such selective treatment in 1919 was that the States concerned were either newly constituted or greatly enlarged and that their security and integrity had been guaranteed by the League of Nations. Even so, the imposition of the League system was achieved only by unanimous pressure on the part of the Great Powers, and, as already mentioned, it is, to say the least, doubtful whether the co-operation of the Union of Soviet Socialist Republics would be available. Moreover, experience of the League system suggests that to be effective its provisions for supervision and the enforcement of obligations would have to be considerably stiffened up. This would present obvious practical difficulties and would be very likely to lead to resentment of international control and to injure the minorities whom it was desired to protect.[99]

Schon in der ersten Version dieses Memorandums vom 5. März 1945 war J. G. Ward (General Department) davon ausgegangen, daß das Kriegskabinett im Juli 1942 einen Grundsatz-Beschluß zugunsten des Transfers gefaßt und darüber sowohl die tschechoslowakische als auch die polnische Regierung informiert hatte und daß der Abschlußbericht des ‚Interdepartmental Commitee on the Transfer of German Populations' sich gegen den Schutz deutscher Restminderheiten ausgesprochen, aber dennoch vom ‚Armistice and Post-War Commitee' als „zu weich" kritisiert worden war. Zudem hätten sich die Hauptalliierten entschieden, Polen „ausgedehnte Gebiete Ostdeutschlands" zu übergeben, habe

[99] Foreign Office: „Brief for United Kingdom Delegation at Terminal" vom 11.7. 1945. FO 371/50843, U5398/1578/70.

Churchill für den Zwangstransfer der dortigen Deutschen plädiert und das Problem der Deutschen in den alten und neuen Gebieten Polens löse sich durch Massenflucht und „Zwangsevakuierung“ von selbst. In dieser ersten Version nahm Ward noch an, daß die Magyaren aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien „zweifellos“ zwangstransferiert würden. Nachdem Troutbeck auf Hinweise aufmerksam gemacht hatte, daß „eine sehr große Zahl von Deutschen“ aus den alt- und neupolnischen Gebieten nicht weggekommen seien, fügte Ward in die zweite Version die Worte „in gewissem Umfang“ ein. Außerdem sprach er nun nur noch von der Vertreibung „einiger Magyaren“ aus der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Während die zurückbleibenden Magyaren in der Tschechoslowakei wahrscheinlich der Assimilation unterworfen würden, bestehe die gegenwärtige Politik der jugoslawischen Regierung in Toleranz gegenüber den ethnischen Minderheiten; die Partisanen hätten wenig Feindschaft gegenüber den Magyaren gezeigt. In einer weiteren Vorlage des Foreign Office für die britische Delegation, nämlich über „Transfer of German Populations“ hieß es:

So far as the Germans in territory controlled by Poland and Czechoslovakia are concerned, we, like the United States Government, are more or less committed to the principle of their transfer to Germany, though we have never tied ourselves down to details as numbers, timetable etc. The Russians, too, are understood to be in favour of organised transfers.

Wie das ‚Interdepartmental Committee‘ im Mai 1944 festgestellt habe, gehe es im Falle der Tschechoslowakei um 2,5, im Falle Polens und der polnisch-besetzten Gebiete entweder um 5,25 Millionen Menschen, wenn Polen Danzig, Ostpreußen und Oberschlesien erhalte, oder sogar um 9,5 Millionen, wenn die Oder als Grenze, und um eine weitere Million, wenn die westliche Neiße als Grenze akzeptiert werde. Im Falle Ungarns dürfte die Aussiedlung eine Viertel Million Deutsche treffen. Entsprechend dem Resolutionsentwurf, den das Foreign Office vorschlug, sollten die drei Mächte den Transfer der Deutschen aus Mittel- und Südosteuropa für „im Grundsatz erwünscht“ erklären. Aufsicht und Kontrolle sollten sicherstellen, daß die Transfers „auf möglichst ordnungsgemäße und humane Weise durchgeführt werden“:[100]

They consider that the actual procedure for the transfer of these persons to Germany should be worked out by the Allied Control Council in Germany in consultation with the Governments concerned, due regard being paid to the capacity of Germany to absorb them.

100 Memorandum des Foreign Office: „Transfer of German Populations“ (o. D.) mit Vermerk Harrisons vom 9.7.1945. FO 371/46810, C3675/95/18. Abgedruckt in: DBPO I/1, Nr. 59.

In einem Memorandum zu der Richtlinie über „Germany: Political Question“ für Potsdam schrieb Troutbeck:

Again, we agree in principle to the forcible transfer of Germans from Czechoslovakia and Poland, and, once the principle is formally agreed, it will be difficulty [sic] to hold up *all* action on it, nor shall we be able to avoid our quota of immigrants, with the result that there will be more hungry mouths to feed.[101]

Die US-Delegation sollte, entsprechend den Richtlinien für die Konferenz, zwar die Übergabe von Danzig, des südwestlichen Teils von Ostpreußen, eines „schmalen Streifens von Pommern“ bis zur Linie Kreuz-Dramburg und Oberschlesiens empfehlen und im äußersten Fall aller deutschen Gebiete bis zur Oder an Polen akzeptieren und Hilfe beim „Transfer von Minderheitengruppen“ leisten, aber nicht zulassen, daß Polen auch das Territorium zwischen Oder und Neiße annektiere sowie daß Polen und Tschechen „unkontrolliert“ und durch „einseitige Aktion“ die deutsche Bevölkerung aus den von ihnen beanspruchten Gebieten deportieren. Hinter der sowjetischen Unterstützung für die Oder-Neiße-Linie vermuteten die Richtlinien die Absicht, Polen in einen „absoluten [full-fledged] Satelliten“ zu verwandeln und den sowjetischen Einfluß bis zur Oder auszudehnen.[102] Am 14. und 15. Juli stimmten die britische und amerikanische Delegation ihre Vorstellungen aufeinander ab. Sie waren dafür, Deutschland in den Grenzen von 1937 als „wirtschaftliche Einheit“ zu behandeln, um auf die schlesische Kohle für deutsche Bedürfnisse zugreifen zu können, und dagegen, die polnische Westgrenze an der westlichen Neiße zu ziehen. Denn in diesem Fall müßten etwa zehn Millionen Deutsche in einem reduzierten Reich Platz finden. Auch die Deportation deutscher Arbeiter in die Sowjetunion würde das Problem nicht lösen, sondern verschärfen, da ihre Angehörigen als „nutzlose Esser“ zurückbleiben würden. Nach Ansicht eines Mitglieds der britischen Delegation „komme keinerlei ernsthaftes Einströmen in Frage, obwohl es akzeptabel sein könne, wenn es über eine faire Periode ausgedehnt wird“.[103]

[101] Memorandum Troutbecks vom 10.7.1945. DBPO I/1, Nr. 74. Hervorhebung im Original.

[102] US Briefing Book Paper vom 23.6., 29.6. und 4.7.1945. FRUS, The Conference of Berlin I, 643f., 743-746 und 750-754.

[103] Protokolle der Vorbereitungstreffen am 14. und 15.7. sowie Harrison an Troutbeck am 16.7.1945. DBFO I/1, Nr. 142, 154 und 166. — Vermerk Durbrows über eine Besprechung mit Middleton (British Embassy) vom 13.7. und Vermerk Dunns über eine Besprechung mit Cadogan vom 14.7.1945. FRUS, The Conference of Berlin I, 777-781.

Am 10. Juli übergab der polnische Botschafter in Moskau seinen amerikanischen und britischen Kollegen ein Memorandum mit Argumenten für die Ausdehnung Polens bis zur Oder-Neiße-Grenze unter Einschluß von Stettin. Angesichts seiner territorialen Verluste im Osten, seiner Leiden und Leistungen während des Krieges, seiner demographischen, wirtschaftlichen und strategischen Bedürfnisse seien die Ansprüche Polens „maßvoll" (moderate). Im südlichen Ostpreußen lebten 3–400 000 Polen, und Oberschlesien habe gemäß der Volkszählung von 1910 eine polnische Mehrheit. Polen müsse zur Tradition der Piasten zurückkehren. So wie „Polen das gesamte östlichen Kapitel seiner Geschichte streicht, soll auch mit gleichem Recht das gesamte östliche Kapitel der Geschichte Deutschlands gestrichen werden, jenes Kapitel, das die Geschichte der deutschen Raubgier erzählt".[104]

Auf der Potsdamer Konferenz tauchte die Frage der polnischen Westgrenze erstmals am 18. Juli 1945 auf. Im Laufe einer Diskussion, was unter „Deutschland" zu verstehen sei, erklärte sich Stalin schließlich dazu bereit, Deutschland in den Grenzen von 1937 als „Ausgangspunkt" zu nehmen, obwohl er zuvor erklärt hatte: „Laßt uns die Westgrenzen Polens bestimmen, dann wird die Frage über Deutschland klarer."[105] Am 20. Juli legte die sowjetische Delegation ein Schreiben Bieruts und Osóbka-Morawskis sowie ein eigenes Memorandum zugunsten der Oder-Neiße-Linie vor.[106] Obwohl sich die drei Großmächte auf eine Aufteilung Deutschlands in den Grenzen von 1937 in Besatzungszonen geeinigt hätten, sagte Präsident Truman am nächsten Tag, habe die polnische Regierung offensichtlich eine eigene Besatzungszone erhalten, und zwar ohne Konsultationen mit den Westmächten. Stalin wies hingegen auf den Beschluß von Jalta hin, Polen einen beträchtlichen Gebietszuwachs im Norden und Westen einzuräumen, die Meinung der polnischen Regierung zu dessen gewünschtem Umfang einzuholen und der neuen Westgrenze auf der Friedenskonferenz „ihre formelle Gestalt zu geben". Da die deutsche Bevölkerung mit den zurückweichenden deutschen Truppen abgezogen sei, habe die sowjetische Regierung den Aufbau einer polnischen örtlichen Verwaltung zulassen müssen. „Ich weiß nicht, was es unserer gemeinsamen Sache schaden kann, wenn die

104 Der stellvertretende polnische Außenminister (Modzelewski) an Harriman am 10.7.1945. FRUS, The Conference of Berlin I, 757-777.

105 Protokoll der 2. Plenarsitzung am 18.7.1945. DBPO I/1, Nr. 184. — FRUS, The Conference of Berlin II, 88-98. — Teheran, Jalta, Potsdam 233f.

106 Memorandum der sowjetischen Delegation „Western Frontier of Poland" sowie Bierut und Osóbka-Morawski an Churchill am 20.7.1945. DBPO I/1, Nr. 202 und 205.

Polen ihre Verwaltung in dem Gebiet einrichten, das ohnehin bei Polen verbleiben soll" und wo nur Polen zurückgeblieben seien. Wenn die Behauptung stimme, antwortete Churchill, daß alle Deutschen aus diesen Gebieten geflohen seien, dann hätten die anderen Teile Deutschlands 8,25 Millionen Menschen unterzubringen und zu ernähren. Es gebe aber Meldungen, daß 2 bis 2,5 Millionen Deutsche zurückgeblieben seien.[107] Er sei dafür, daß Polen für die Verluste östlich der Curzon-Linie entschädigt werde:

But he thought that there should be a balance between what Poland lost and received. Poland was now claiming vastly greater compensation than what she had been called upon to give up. He could not feel that it would be for the good of Europe that such an exaggerated movement of population should take place. If there were now three to four million Poles east of the Curzon Line, then room should be made for three or four million Poles to occupy territories to the west of Poland's pre-war frontiers. A movement of population even on this scale would cause a great shock to the people of Great Britain. But a move of 8 ¼ million people would be more than he could defend.

Auch wäre es nicht gut für Polen, so viel zusätzliches Land zu erwerben. Wenn die Deutschen aus dem fraglichen Gebiet geflohen seien, solle ihnen die Rückkehr erlaubt werden. Die Polen hätten kein Recht zu einer Politik, die zu einer Katastrophe in der Ernährung Deutschlands führen könne.[108] Zudem könnten sie nicht zustimmen, erklärten neben Churchill auch Attlee und Truman, daß „der östliche Teil Deutschlands von 1937 ausgegliedert wird im Hinblick auf die Lösung der Frage der Reparationen sowie der Lebensmittel- und Kohlenversorgung der gesamten deutschen Bevölkerung".[109] In der nächsten Plenarsitzung am 22. Juli verschärfte Churchill seinen Widerstand gegen die Oder-Neiße-Linie und sagte u. a.:[110]

The British had grave moral scruples about vast movements of population. We could accept a transfer of Germans from Eastern Germany, equal in number to the Poles from Eastern Poland transferred from East of the Curzon Line – say 2 to 3 million. But a transfer of 8 or 9 million Germans, which was what the Polish request involved, was too many and would be entirely wrong.

[107] Bei Kriegsende dürften sich in Wirklichkeit 4,5–4,6 Millionen Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft in den Gebieten östlich von Oder und Neiße befunden haben. Ein Viertel hielten die polnischen Behörden für ethnische Polen. *Osękowski:* Społeczeństwo Polski 243.

[108] Protokoll der 5. Plenarsitzung am 21.7.1945. DBPO I/1, Nr. 219. — FRUS, The Conference of Berlin II, 203-221. — Siehe auch Teheran, Jalta, Potsdam 284 f.

[109] Teheran, Jalta, Potsdam 294.

[110] Protokoll der 6. Plenarsitzung am 22.7.1945. DBPO I/1, Nr. 226. — Siehe auch FRUS, The Conference of Berlin II, 244-268. — Teheran, Jalta, Potsdam 298.

Gegen Trumans Vorschlag, diese Frage auf eine spätere Konferenz der Außenminister zu verschieben, wandte Churchill ein, daß sich die Polen in dem von ihnen beanspruchten Gebiet „eingraben" würden. Als Kompromiß empfahl er, eine provisorische Linie ungefähr an der Oder zu ziehen. Das Gebiet östlich dieser Linie könnten die Polen bis zur Friedenskonferenz verwalten, westlich dieser Linie aber nur „als Vertreter der Sowjetregierung in der der Sowjetunion zugeteilten Zone fungieren". Auf Antrag Stalins beschlossen die Regierungschefs schließlich, Vertreter der polnischen Regierung anzuhören.[111] Am nächsten Tag, dem 23. Juli, erkannten Truman und Churchill den sowjetischen Anspruch auf das nördliche Ostpreußen an, den sie auf der Friedenskonferenz zu unterstützen versprachen.[112]

Bierut, Mikołajczyk und Außenminister Rzymowski trugen am Vormittag des 24. Juli auf einer Sitzung der Außenminister der drei Großmächte sowie in Gesprächen mit den einzelnen Delegationen ihre wirtschaftlichen, strategischen, historischen und ethnographischen Argumente für die Oder-Neiße-Grenze vor. Die wirtschaftlich hoch entwikkelten Westgebiete könnten sowohl die vier Millionen Polen aus den Gebieten östlich der Curzon-Linie als auch rund drei Millionen Auslandspolen sowie die landwirtschaftliche Überschußbevölkerung aufnehmen, so daß nicht wie vor dem Krieg viele Polen auswandern oder als Saisonarbeiter in Ostdeutschland ihren Lebensunterhalt verdienen müßten. Oder und Neiße bildeten die kürzeste Verteidigungslinie gegen eine erneute deutsche Aggression. Über die Oder und Stettin werde der Transithandel aus der Tschechoslowakei, Polen und Rumänien abgewikkelt. Bis zur Oder und Neiße habe auch der mittelalterliche polnische Staat gereicht, die Wiege der polnischen Nation. Die überwiegende Mehrheit der Deutschen sei geflohen, nur noch ein bis anderthalb Millionen seien zurückgeblieben, von denen viele bereit seien, das Land zu verlassen. Bei einem großen Teil der Bevölkerung der beanspruchten Gebiete handle es sich ethnisch um Polen. Mikołajczyk bezifferte deren Zahl auf zwei Millionen. Die Bevölkerungszahl Polens werde zwar von 34 auf 26 Millionen sinken, doch wäre Polen ethnisch homogener als vor dem Kriege und hätte keine Minderheiten. Bierut bezeichnete die Ansprüche der polnischen Regierung als „bescheiden".[113]

111 *Ebenda.*

112 Protokoll der 7. Plenarsitzung am 23.7.1945. DBPO I/1, Nr. 241. — FRUS, The Conference of Berlin II, 305f. und 988.

113 Anhang zum Protokoll der 7. Außenminister-Sitzung am 24.7., Protokoll der 8. Plenarsitzung am 24.7. und Vermerk Clark Kerrs über eine Besprechung Edens mit Mikołajczyk am 25.7.1945. DBPO I/1, Nr. Nr. 254, 258 und 269f.

Am Nachmittag des 24. Juli erklärte Churchill der polnischen Delegation, seine Regierung habe „eher an eine Grenze gedacht, die an einigen Stellen bis zur Oder reiche, ihr aber nicht im gesamten Verlauf folge". Eine Grenze an der Oder und Neiße bedeute die Verschiebung von acht bis neun Millionen Menschen, während die Zahl der Polen, die aus den Gebieten östlich der Curzon-Linie nur drei bis vier Millionen betrage.

The idea of such great shiftings of population came as a shock to the western democracies. The Poles should keep within the limits necessary to give Poland an adequate home. Their present claims would not constitute a lasting and final arrangement. They would not receive the blessing of Great Britain nor probably of the western democracies as a whole. It was dangerous for a country to bite off more than it could chew.

Jenseits von Oder und Neiße lägen Gebiete, aus denen Deutschland traditionell Lebensmittel und Brennstoffe bezogen habe, während die britische Zone auf Lebensmittellieferungen angewiesen sei und darüber hinaus die „Flüchtlinge" aus jenen Gebieten ernähren müsse: „Das Ergebnis wäre, daß die Polen und Russen die Nahrungsmittel und den Brennstoff, während wir die Münder und Feuerstätten hätten."[114] Auf Edens Warnung, daß die polnischen Vorschläge die künftigen deutsch-polnischen Beziehungen belasten würden, antwortete Mikołajczyk, daß die deutsche Einstellung dieselbe sein werde, ob Polen nur Ostpreußen und Danzig oder auch Stettin erhalte. Werde kein Abkommen über Polens Westgebiete getroffen, blieben die sowjetischen Truppen in den Westgebieten, und Wahlen könnten nur in einem Teil des Landes abgehalten werden.[115] Er fürchte, daß die Kommunisten eine Verschiebung der Wahlen anstrebten und mit dem ungeklärten Status der Westgebiete begründen würden. Bisher seien erst 300 000 der vier Millionen Polen aus den verlorenen Ostgebieten umgesiedelt worden, erzählte Mikołajczyk den Briten im Vertrauen. Nur durch eine klare Definition der Grenzen könnten diese Menschen ermutigt werden, nach Polen zu kommen, und zwar bis zum 1. Januar 1946, da dann die Optionsfrist abgelaufen sein werde. Der westliche Widerstand gegen die Oder-Neiße-Grenze nütze den Kommunisten, die Molotov als einzigen Freund und Protektor

— FRUS, The Conference of Berlin II, 331-335, 356f., 379f. und 1517-1524. — *Churchill:* The Second World War, Bd. VI/2, 362ff. — *Truman:* Memoiren 390.

114 Protokoll der Besprechung Churchills mit Bierut u. a. am 24.7.1945. DBPO I/1, Nr. 257.

115 Protokoll der Besprechung Edens mit Bierut u. a. am 24.7.1945. DBPO I/1, Nr. 267.

Polens darstellten, und schade Mikołajczyk und Stańczyk, denen vorgeworfen werde, keinen Einfluß bei den westlichen Demokratien zu besitzen.[116] Mikołajczyk faßte seine Argumente schriftlich zusammen: Polen brauche die Gebiete bis zur Neiße, Stettin und das Oder-Delta. Als Gründe nannte er:

a) The population east of the Curzon Line, if it is not to perish forever, must be boldly encouraged to return and transfer to Western Poland.
b) The population of the west must be repatriated with utmost speed, and the Western Territories must absorb it; the date of the elections is contingent on their swift return.
c) If these questions had to be dependent on a tardier fixing of the frontiers, then there would be no possibility either of transfer of population from the east to the west, or of holding elections there. Soviet Armies would stand as hosts in those territories and Poland would lose the chance of directing her own national economy within the area of the entire state. [...]
d) This state of affairs would not only overthrow the State system of economy, but it would render impossible any normalisation of conditions in the country, which might prejudice the question of the State's independence or of its system."
e) Nur der Abzug von Bauern aus den überfüllten zentralen Distrikten verhindere eine weitere ungesunde Parzellierung der Wirtschaften.
f) If Poland does not take over these territories soon, then there will be no point in a later occupation of these derelict areas.[117]

Clark Kerr machte sich Mikołajczyks Argumente zu eigen und schrieb an Eden: „Wenn man also ein Stück aus dem lebenden Fleisch Deutschlands abbeißt, und das ist es, was wir tun, dann spielt es keine Rolle, ob dieser Bissen etwas größer ist, als wir vorausgesehen haben."[118] Im Foreign Office sah auch Allen, unterstützt von Cadogan, am 27. Juli keinen Sinn in weiterem Widerstand gegen die Oder-Neiße-Linie und berief sich vor allem auf Mikołajczyks Argumente: Nur bei einer Festlegung der Westgrenzen könne die polnische Regierung für die ordnungsgemäße Rückkehr der Polen aus dem Ausland, den vollständigen Rückzug der sowjetischen Armeen, die Einstellung der sowjetischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten und für freie Wahlen sorgen. Großbritannien könne ohnehin nicht die polnische Verwaltung der Oder-Neiße-Gebiete verhindern, weshalb diese als Beauftragte des ‚Alliierten Kontrollrats' bzw. des sowjetischen Oberkommandierenden be-

116 Vermerk Clark Kerrs über eine Besprechung Edens mit Mikołajczyk am 25.7. und Vermerk von Winch über eine Besprechung mit Mikołajczyk am 26.7. 1945. DBPO I/1, Nr. 269f. und 278. — Memorandum Mikołajczyks vom 24.7. 1945. FRUS, The Conference of Berlin II, 1128-1130 und 1140f.

117 *Ebenda.*

118 Clark Kerr an Eden am 26.7.1945. DBPO I/1, Nr. 277.

trachtet werden solle. Für dieses Zugeständnis könnten die Westmächte fordern, daß Polen Kohle und Nahrungsmittel in die anderen Zonen liefere. Ob Polen angesichts der Kriegs- und Vertreibungsfolgen mit einem Überschuß an Nahrungsmitteln rechnen konnte, war allerdings offen. Die Vertreter der polnischen Regierung hatten nämlich berichtet, daß nur auf 40 Prozent der schlesischen Äcker ausgesät worden sei.[119] Der amerikanische Außenminister Byrnes sah am selben Tag die Lösung in der Übertragung aller Gebiete bis zur Oder und Glatzer Neiße einschließlich Stettins an die polnische Verwaltung.[120]

Am 25. Juli 1945 warnte Nichols in Prag Beneš in einem persönlichen Gespräch „inoffiziell" und „als Freund", daß die britische Öffentlichkeit für die tschechoslowakischen Aussiedlungspläne kein Verständnis aufbringen werde, „falls die Tschechen die Deutschen in deren Benehmen imitieren".[121] In Potsdam sprachen die Regierungschefs am selben Tag über die Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, den neupolnischen Gebieten und Ungarn. Die tschechoslowakische Regierung wolle 2,5 der 3,25 Millionen Sudetendeutschen transferieren, sagte Churchill, und zudem 150 000 Reichsdeutsche nach Deutschland zurückschicken, die wegen der alliierten Bombenangriffe auf tschechoslowakisches Gebiet evakuiert worden waren. Auf Churchills Frage, ob alle in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands gehen sollten, antwortete Stalin, daß die meisten von ihnen in die russische Zone kommen könnten. Er glaube, daß viele schon umgezogen seien, nachdem die Tschechen sie vertrieben hätten. Die Tschechen gäben den Deutschen zwei Stunden und würfen sie dann hinaus. Außerdem hielten die Polen noch 1,5 Millionen Deutsche zu Erntearbeiten zurück, die sie aber nach der Einbringung der Ernte ebenfalls „vertreiben" (evict) würden. Die polnische und die tschechoslowakische Regierung führten diese Transfers auf eigene Initiative, ohne Beratung mit der sowjetischen Regierung durch, behauptete Stalin. Beneš habe vorgeschlagen, den Transfer auf dieser Konferenz zu behandeln, warf Eden ein, und schlug vor, die Außenminister mit dem Transfer zu befassen. Stalin gab zu bedenken, ob es nicht schon zu spät sei, über diese Frage zu beraten. Er glaube, daß die meisten Deutschen die Tschechoslowakei schon verlassen hätten. Wenn die Alliierten sich nicht über die Westgrenze Polens einigten, müsse man auf den Vorschlag von Byrnes zurückkommen,

119 Memorandum des Foreign Office „Polish Western Frontier and Supplies From Transferred German Territory" vom 27.7.1945. DBPO I/1, Nr. 436.

120 Vermerk Cadogans über eine Besprechung mit Byrnes am 27.7.1945. DBPO I/1, Nr. 437.

121 *Brügel:* Tschechen und Deutsche, Bd. 2, 157.

drohte daraufhin Churchill, daß in bezug auf die Reparationen „jeder mit seiner Zone auskommen muß".[122] Der Transfer aus allen drei Staaten solle unter die Aufsicht der Kontrollkommission für Deutschland gestellt werden, sagte Cadogan auf der anschließenden Sitzung der Außenminister. Byrnes fügte hinzu, daß der Transfer in Etappen durchzuführen sei, um „Schwierigkeiten und Leid" (difficulty and distress) zu vermeiden. Molotov wandte ein, daß die Kontrollkommission zwar die Aufnahme in Deutschland verweigern, nicht aber die Aktionen der Regierungen kontrollieren könne. Cadogan schlug vor, die Kontrollkommission um eine Stellungnahme und einen Plan sowie die Regierungen der drei Länder um einen vorläufigen Stop des Transfers zu bitten.[123]

Die Potsdamer Konferenz mußte wegen der Unterhaus-Wahlen unterbrochen werden. Offen geblieben waren die Fragen der polnischen Westgrenze, der Reparationen und der diplomatischen Beziehungen zu Italien und den ehemaligen Satelliten der Achsenmächte. Nach der Wiederaufnahme der Plenarverhandlungen am 28. Juli stellten die Regierungschefs fest, daß sich die Außenminister wieder nicht über die Frage der Reparationen hatten einigen können. Die US-Delegation hatte erklärt, daß sie den Beschluß von Jalta über eine Gesamtsumme von 20 Milliarden Dollar nicht mehr akzeptiere, denn „seitdem haben sowjetische und alliierte Armeen in Deutschland große Zerstörungen angerichtet, und es seien einige Gebiete von Deutschland abgetrennt worden".[124] Sowohl die britische als auch die amerikanische Delegation kamen zu dem Schluß, daß nur eine Paketlösung weiterführen könne: Sowjetische Zugeständnisse in der Reparationsfrage sowie bei der Lieferung von Lebensmitteln und Brennstoff aus der sowjetischen Besatzungszone einschließlich der neuen Westgebiete Polens sollten durch die Anerkennung der polnischen Westgrenze bis zur Friedenskonferenz belohnt werden. Bevin nahm besonders Mikołajczyks Argument auf, daß nur ein solcher Schritt zum Rückzug der sowjetischen Truppen einschließlich des NKVD aus den Westgebieten und freie Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung ermögliche. Der britische Außenminister wollte sich nochmals für die Begrenzung der polnischen Ansprüche auf die Gebiete bis zur östlichen Neiße einsetzen, während Clark Kerr einem solchen Versuch keine Aussicht auf Erfolg einräumte.[125] Am

122 Protokoll der Plenarsitzung am 25.7.1945. FRUS, The Conference of Berlin II, 381-391. — Teheran, Jalta, Potsdam 340ff.

123 Teheran, Jalta, Potsdam 340ff. — *Feis:* Zwischen Krieg und Frieden 232ff.

124 Teheran, Jalta, Potsdam 349.

125 Vermerk über eine Besprechung innerhalb der britischen Delegation am 29.7. 1945. DBPO I/1, Nr. 450.

Nachmittag des 29. Juli trugen Mikołajczyk, Bierut und der Industrieminister Minc der britischen Delegation erneut die polnischen Argumenten zugunsten der Oder-Neiße-Linie vor.[126] Cadogan notierte: „Ich bin mittendrin eingeschlafen, da ich alles schon gehört hatte – zweimal."[127] Auf Bevins Vorschlag, sich mit der östlichen Neiße zu begnügen, wies der polnische Industrieminister Minc darauf hin, daß die Polen der Städte Wilna und Lemberg in Breslau und Stettin untergebracht werden müßten, da Warschau gänzlich, Danzig fast völlig und Posen zur Hälfte zerstört seien. Außenminister Bevin erklärte, daß die britische Regierung am Grundsatz festhalte, vor der Friedenskonferenz keine endgültigen Territorialregelungen zu treffen, und fuhr fort:

They stood for an independent Poland. But what they were now asked amounted in fact for all practical purposes to settling Poland's territorial status now. His Majesty's Government could not mislead the British public in such matters by pretending that what would in reality become a final settlement was a purely provisional one. In the Labour Party they were accustomed to call a spade a spade.

Zum Abschluß ließ er sich von Bierut zusichern, daß unmittelbar nach der Festlegung der Grenzlinie sowie der Ansiedlung der Repatrianten aus der Sowjetunion freie Wahlen abgehalten würden. Bevins Frage, ob auch die sowjetischen Truppen zurückgezogen würden, konnte Bierut jedoch nicht beantworten.[128] Am Abend des 29. Juli schlug Stalin der polnischen Delegation vor, sich mit einer Grenzlinie an der Oder und am Queis zufriedenzugeben[129], doch schon am nächsten Tag akzeptierte Byrnes die Oder-Neiße-Linie.[130]

Am Vormittag des 31. Juli übergab Bevin Mikołajczyk einen Katalog mit Fragen, auf die seine Regierung vor einer eventuellen Anerkennung der polnischen Verwaltung der Oder-Neiße-Gebiete eine Antwort erwarte; die wichtigsten Fragen betrafen die Abhaltung freier Wahlen, an denen „alle demokratischen und anti-nazistischen Parteien" teilnehmen könnten, die Freiheit der Presse und Bewegungsfreiheit für ausländi-

126 Protokoll der Besprechung zwischen Attlee und Bierut am 29. und 30.7.1945. DBPO I/1, Nr. 453 und 463.

127 *Cadogan:* The Diaries 776.

128 Protokoll der Besprechung zwischen Attlee und Bierut am 29. und 30.7.1945. DBPO I/1, Nr. 453 und 463.

129 Vermerk Mikołajczyks vom 29.7.1945. FRUS, The Conference of Berlin II, 1539. — *Polonsky:* The Great Powers 45.

130 Protokoll einer Besprechung zwischen Byrnes und Molotov und Vorschlag von Byrnes vom 30.7.1945. FRUS, The Conference of Berlin II, 480-483, 1151f.

sche Korrespondenten sowie die Freiheit der Religion.[131] Nachmittags drängte Bevin Bierut zu klaren Zusagen, besonders in bezug auf den



Karte 10

131 Vermerk Allens für Cadogan, Schreiben D. Waleys an W. Eady und Vermerk über eine Besprechung Bevins mit Mikołajczyk, alle vom 31.7.1945. DBPO I/1, Nr. 484f. und 487.

Wahltermin. Nachdem Bierut versprochen hatte, freie Wahlen „früh [early] im Jahre 1946" durchzuführen und auch die anderen Fragen positiv zu beantworten, sagte Bevin zu, den polnischen Anspruch auf „eine provisorische Grenze an Oder und westlicher Neiße" zu unterstützen. Im Foreign Office kritisierten Sargent und Allen, daß Bierut nicht auch zu Aussagen zugunsten der Versammlungs- und Redefreiheit gezwungen worden sei.[132] Vor allem aber hatte Bevin nicht darauf bestanden, daß Bierut seine Zusagen schriftlich bestätigte, obwohl die polnische Delegation auf Druck dazu bereit gewesen wäre.[133]

Am 29. Juli schlugen Truman und Byrnes dem sowjetischen Außenminister eine Paketlösung vor: Polen solle die Verwaltung der Gebiete westlich von Swinemünde, der Oder und der östlichen Neiße übertragen werden. Das Gebiet zwischen der östlichen und westlichen Neiße könne Polen vielleicht durch den Friedensvertrag erhalten. Jede Besatzungsmacht solle sich ihre Reparationen aus der eigenen Zone holen; zusätzlich erhalte die Sowjetunion einen prozentualen Anteil an den Reparationen aus dem Ruhrgebiet im Austausch für andere Produkte. Molotov bestand aber darauf, eine bestimmte Höhe für diese Reparationen festzusetzen. Am Abend versuchte Stalin, Bierut für eine Kompromißlinie an der Bober zu gewinnen.[134] Am nächsten Tag legte die US-Delegation eine neue Paketlösung vor, die aus folgenden Elementen bestand: 1. Verwaltung der Gebiete bis zur Oder und westlichen Neiße durch Polen bis zu einer Entscheidung durch die Friedenskonferenz, 2. Festlegung eines prozentualen sowjetischen Reparationsanteils an solchen Industrieanlagen in den westlichen Zonen, die nicht für die Friedenswirtschaft notwendig seien, wobei allerdings ein Teil durch sowjetische Lieferungen von Lebensmitteln, Kohle usf. ausgeglichen werden solle, 3. Aufnahme Italiens in die Vereinten Nationen.[135] Auf der Sitzung der Regierungschefs am 31. Juli erklärte Byrnes, daß die US-Delegation keine Zugeständnisse hinsichtlich der polnischen Grenzen machen werde, wenn nicht zugleich über die Reparationen und die Aufnahme Italiens in die Vereinten Nationen Übereinstimmung erzielt wer-

132 Protokoll der Besprechung Bevins mit Bierut vom 31.7.1945 mit Vermerken von Warner, Sargent und Allen. DBPO I/1, Nr. 490. — *Kowalski:* Walka dyplomatyczna 742f.

133 *Kamiński:* Polska i Czechosłowacja 134f.

134 Protokoll der Besprechung Trumans mit Molotov am 29.7.1945. FRUS, The Conference of Berlin II, 471-476 und 1150.

135 Protokoll der 10. Sitzung der Außenminister am 30.7.1945. DBPO I/1, Nr. 469, und Protokoll der Besprechung zwischen Byrnes und Molotov am 30.7. 1945. FRUS, The Conference of Berlin II, 480-483 und 1150f.

de.[136] Bevin sagte zwar, daß er Instruktion habe, sich „an die Grenze entlang der östlichen Neiße zu halten"[137], gab aber seinen Widerstand auf. Außerdem wies er noch auf die mündlichen Zusagen hin, die er von der polnischen Regierung in bezug auf die Wahlen, die Presse und die Religion erhalten hatte. Auf seine Frage nach dem Rückzug der sowjetischen Armee aus den polnischen Westgebieten antwortete Stalin, daß nur solche Truppen bleiben würden, die zum Schutz der Verbindungslinien in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands nötig seien. Schließlich stimmten die Chefs der drei Regierungen darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung die Westgrenze Polens „von der Ostsee ein klein wenig westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße [sic] entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft".[138] In seinem Bericht an das Kabinett rechtfertigte Bevin seine Haltung mit folgenden Worten:

We found decisions already being shaped for us by events. We made it our prime concern to see that the new Poland would be independent, democratic and in free communication with the world at large. We have obtained assurances from the Polish representatives of their firm intention to put into full effect the political settlement in Poland which the Conference had already agreed.[139]

Und Attlee berichtete Churchill:

On Poland the Russians insisted on the Western Neisse and eventually the Americans accepted this. We were, of course, powerless to prevent the course of events in the Russian zone.[140]

In der Diskussion des 31. Juli über den Transfer der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn erklärte Stalin:

Es handelt sich nicht darum, daß man die Deutschen direkt nimmt [sic] und aus diesen Ländern vertreibt. So einfach ist die Sache nicht. Aber man stellt sie in eine Lage, bei der es für sie besser ist, diese Gebiete zu verlassen. Formal können die Tschechen und Polen sagen, es bestehe kein Verbot für die Deutschen, dort zu leben, doch in Wirklichkeit werden die Deutschen in eine Lage gestellt, bei der es für sie unmöglich wird, dort zu leben.[141]

136 Teheran, Jalta, Potsdam 360f. — Protokoll der 11. Plenarsitzung am 31.7. 1945. DBPO I/1, Nr. 495. — FRUS, The Conference of Berlin II, 510-539.

137 Diese Aussage ist im sowjetischen, nicht aber im britischen Protokoll enthalten.

138 Teheran, Jalta, Potsdam 371.

139 Bevin an Morrison am 1.8.1945. DBPO I/1, Nr. 520.

140 Attlee an Churchill am 1.8.1945. DBPO I/1, Nr. 522.

141 Teheran, Jalta, Potsdam 378. — In bezug auf Stalins Äußerungen dürfte die sowjetische Version der britischen vorzuziehen sein. Nach letzterer hätte Sta-

Während Stalin behauptete, daß die Deutschen „fliehen", sprach Byrnes davon, daß sie „vertrieben" würden. Schließlich gab Stalin nach, so daß sich die drei Regierungen auf folgende Botschaft an die Prager und die Warschauer Regierung einigen konnten:

The three Governments, having considered the question in all its aspects, recognize that the transfer to Germany of German populations, or elements thereof, remaining in Poland, Czechoslovakia and Hungary, will have to be undertaken. They agree that any transfers that take place should be effected in an orderly and humane manner. Since the influx of a large number of Germans into Germany would increase the burden already resting on the occupying authorities, they consider that the Allied Control Council in Germany should in the first instance examine the problem, with special regard to the question of the equitable distribution of these Germans among the several zones of occupation. They are accordingly instructing their respective representatives on the Control Council to report to their Governments as soon as possible the extent to which such persons have already entered Germany from Poland, Czechoslovakia and Hungary, and to submit an estimate of the time and rate at which further transfers could be carried out having regard to the present situation in Germany.

In der Zwischenzeit würden die tschechoslowakische und die polnische Regierung sowie der Kontrollrat in Ungarn gebeten, „weitere Vertreibungen auszusetzen, bis die betroffenen Regierungen den Bericht ihrer Vertreter im Kontrollrat geprüft haben".[142] Über das Unterkomitee, das diesen Beschluß ausgearbeitet hatte, berichtete sein britisches Mitglied Harrison:

Sobolev took the view that the Polish and Czechoslovak wish to expel their German populations was the fulfillment of a historic mission which the Soviet Government were unwilling to try to impede. The view of the Soviet Government was that it was the function of the Allied Control Council in Germany to facilitate the reception of the transfered populations as rapidly as possible. Cannon and I naturally strongly opposed this view. We made it clear that we did not like the idea of mass transfers anyhow. As, however, we could not prevent them, we wished to ensure that they were carried out in as orderly and humane a manner as possible and in a way which would not throw an intolerable burden on the occupying authorities in Germany.

Schließlich habe „Uncle Joe", d. h. Stalin, der vorläufigen Stop-Aufforderung zugestimmt:

lin gesagt: „It was not the fact that the Polish, Czechoslovak and Hungarian Governments were driving the Germans out. The Germans had created such a condition of affairs for themselves in these countries that they preferred to flee [...]". Protokoll der 11. Plenarsitzung am 31.7.1945. DBPO I/1, Nr. 495.

142 Harrison an Troutbeck am 1.8.1945. FO 371/46811, C4415/95/18. — Teheran, Jalta, Potsdam 340 ff. — FRUS, The Conference of Berlin II, 523 f.

This may prevent mass expulsions for the time being, but I have no doubt that hundreds of Germans will continue to move westwards daily. Fortunately, the Russians and the Americans will bear the first brunt of the influx. We did our best to get some reference to the absorptive capacity of Germany, but here the Russians dug their toes in, on the grounds that they have no doubt whatsoever about Germany's capacity to absorb millions of transferees.[143]

Enttäuscht von den Potsdamer Beschlüssen zeigte sich auf der einen Seite die tschechoslowakische Regierung: Indem die „Großen Drei" die polnische Verwaltung ganz Schlesiens anerkannten, erledigten sich de facto die tschechoslowakischen Ansprüche auf Ratibor, Leobschütz und Glatz. Die Tatsache, daß die Konferenz Ungarn den Transfer der Deutschen erlaubte, aber zur tschechoslowakischen Absicht, die Magyaren auszusiedeln, schwieg, verschlechterte die Aussichten auf die Durchsetzung dieser Pläne.[144] Auf der anderen Seite kritisierte Churchill in seiner Unterhaus-Rede vom 16. August, nun als Oppositionsführer, die Verschiebung der polnischen Grenze nach Westen als zu weitgehend und die „Bedingungen", unter denen die Vertreibung und der Exodus der Deutschen aus dem neuen Polen stattfinde. Dieselben Bedingungen könnten sich in abgewandelter Form bei der Vertreibung der Sudetendeutschen und anderer Deutscher aus der Tschechoslowakei wiederholen.

Sparse and guarded accounts of what has happened and is happening have filtered through, but it is not impossible that tragedy on a prodigious scale is unfolding itself behind the iron curtain which at the moment divides Europe in twain.[145]

143 Harrison an Troutbeck am 1.8.1945. FO 371/46811, C4415/95/18. Abgedruckt in: DBPO I/1, Nr. 510.

144 *Kaplan:* Pravda o Československu 99 f. — *Kastory:* Rewanż za Monachium 80 f.

145 *Churchill:* Victory 232.

ZUSAMMENFASSUNG

1. Die Diskussion über die Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und Polen beginnt mit der Forderung Hitlers nach dem Anschluß der mehrheitlich von Deutschen besiedelten Randgebiete der böhmischen Länder in das ‚Großdeutsche Reich' am 12. September und dem Vorschlag Hitlers vom 24. Oktober 1938, in einer Art unbefristetem Ultimatum am 21. März 1939 erneuert, Danzig an Deutschland anzugliedern sowie exterritoriale Verkehrsverbindungen durch den ‚polnischen Korridor' zu führen. Die Forderung an die Tschechoslowakei führte zur Abtretung der Sudetengebiete im ‚Münchener Abkommen' vom 29. September 1938, die Forderungen an Polen zum Angriff auf Polen am 1. September 1939. Die nationalsozialistische Propaganda hatte ihr Verlangen nach einer Veränderung der in den Pariser Vororte-Verträgen gezogenen Grenzen mit dem Wunsch der Sudetendeutschen und Danziger begründet, ‚heimzukehren ins Reich'. Das Zusammenspiel der deutschen Volkstumsverbände und Parteien in Polen schon zur Zeit der Weimarer Republik und besonders der ‚Sudetendeutschen Heimatfront' bzw. ‚Sudetendeutschen Partei' und der nationalsozialistischen Führung seit 1934 hatte Polen und Tschechen, aber auch den Regierungen der Großmächte und ihren Beratern gezeigt, daß mit einer dauerhaften Loyalität der deutschen Minderheiten zur Tschechoslowakischen und Polnischen Republik nicht gerechnet werden könne. Allgemein verbreitet war auch die Meinung, daß sich die Minderheitenschutz-Bestimmungen der Pariser Vororte-Verträge nicht bewährt, sondern vielmehr die Integration der Minderheiten in die Nachfolgestaaten gestört hätten.

Ausgangspunkt der tschechoslowakischen Vertreibungspläne waren die Erfahrungen des Jahres 1938. Die strategische Position der Tschechoslowakei war schon durch den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich äußerst geschwächt und durch die Abtrennung der ‚Sudeten-' oder ‚Grenzgebiete' endgültig so aussichtslos geworden, daß die amputierte Tschechoslowakei im März 1939 keinen Widerstand gegen die deutsche Besetzung leistete. Gegen eine Wiederholung von ‚München', eine erneute Abtrennung der von Deutschen besiedelten Grenzgebiete, sollten Vorkehrungen durch die Aussiedlung eines möglichst großen Teils der deutschen Bevölkerung getroffen werden. ‚München' ist das Motiv für die Vertreibung, während die deutsche Besatzungspolitik die

Aussiedlungspläne einschließlich der Terrorwellen im Herbst 1941 und Sommer 1942 mit der Vernichtung der Ortschaft Lidice nur gefestigt und unumkehrbar gemacht hat. Aus der tschechischen Widerstandsbewegung kamen schon vor Kriegsbeginn Forderungen nach einer vollständigen Aussiedlung der Sudetendeutschen.

Ausgangspunkt der polnischen Annexions- und Vertreibungspläne war die überraschend schnelle Niederlage im ‚Septemberkrieg' 1939. Diese wurde auf die ungünstige strategische Lage zurückgeführt, die durch die Grenzziehung in den Jahren 1919 bis 1921 entstanden war. Ostpreußen und Schlesien erschienen der polnischen Regierung, Widerstandsbewegung und Öffentlichkeit als zwei Backen einer Zange, mit der Polen zerdrückt worden sei. Der zwanzigjährige Streit um den ‚Korridor' und um Oberschlesien sollte nach dem zweiten Weltkrieg zugunsten Polens gelöst werden. Angesichts der radikalen nationalsozialistischen Besatzungspolitik, an der sich auch volksdeutsche ‚Selbstschutzeinheiten' beteiligt hatten, erschien auch den großen Alliierten ein Zusammenleben von Polen und Deutschen in einem Staat ausgeschlossen.

In der exilierten Führung der sudetendeutschen Sozialdemokratie besaß das tschechoslowakische Exil, in deren Vorsitzendem Jaksch hatte Präsident Beneš einen Partner, mit dem er in London über die Zukunft der Deutschen in der Tschechoslowakei verhandeln konnte, ja wegen des hohen Ansehens, das sich die sudetendeutschen Sozialdemokraten durch ihren Widerstand gegen Henlein und Hitler erworben hatten, sprechen mußte. Jaksch zog aus den Erfolgen der ‚Sudetendeutschen Partei' und der Selbstgleichschaltung aller nicht-sozialistischen deutschen Parteien und Verbände den Schluß, daß sich seine Partei aus einer Klassen- zu einer Volkspartei entwickeln und die nationalen Forderungen der Sudetendeutschen nach einer Föderalisierung und nach territorialer Autonomie vertreten mußte, wenn sie nach dem Kriege die Mehrheit der Sudetendeutschen in eine demokratische Republik führen wollte.

2. In der tschechischen Exilpolitik und damit auch in der Planung der Vertreibung dominierte der langjährige tschechoslowakische Außenminister und Staatspräsident Beneš. Als letzte verzweifelte Antwort auf die ‚Heim-ins-Reich'-Parolen der ‚Sudetendeutschen Partei', die bei den Kommunalwahlen des Jahres 1938 neun Zehntel der Stimmen der deutschen Wähler gewonnen hatte, entwickelte er Mitte September 1938 seinen sogenannten ‚Fünften Plan': Ein Drittel der Sudetendeutschen könne die Tschechoslowakei durch Abtretung bestimmter Grenzgebiete loswerden, ein Drittel sollte ausgesiedelt werden und ein Drittel, besonders die ‚Demokraten, Sozialisten und Juden', könne in der Tschechoslowakei bleiben. An diesem Plan hielt er während des Krieges fest. Die Zustimmung der Großmächte zur Vertreibung der Deut-

schen aus der Tschechoslowakei sollte durch eine solche Abtretung von Grenzgebieten bzw. die Aufgabe größerer gegen den Gewinn kleinerer Grenzgebiete erleichtert werden. Die Gebiete, auf die Beneš zu verzichten bereit war, umfaßten im Herbst 1940 noch drei Gaue oder Kantone, nämlich Jägerndorf, Reichenberg und Karlsbad, mit deren Abtretung an Deutschland Beneš rechnete. Die Gebiete, an deren Abtrennung von der Republik Beneš dachte, wurden schrittweise kleiner. Aufgrund der Kritik in den eigenen Reihen schloß Beneš noch Anfang Juni 1941 Karlsbad, nicht aber Eger von der möglichen Abtretung aus. Im Februar 1945 war von diesem Element seines Plans nur noch die Bereitschaft übriggeblieben, wenige dicht – darunter einen Landzipfel mit Asch und Eger – gegen einige dünn besiedelte Gebiete mit einer Differenz von 300000 Personen auszutauschen. Zurück in der Tschechoslowakischen Republik bleiben dürften etwa 800000 Deutsche, hieß es noch im Memorandum vom November 1944. Die Zahl war aber schon damals nicht mehr ernst zu nehmen, da von diesen Deutschen entweder aktiver Kampf gegen Henlein und Hitler vor und nach dem Münchener Abkommen und Bereitschaft zur Tschechisierung verlangt wurde. Infolgedessen wuchs die Zahl der Deutschen, die ausgesiedelt werden sollten. Um diese wachsende Zahl formal zu verringern, gliederte sie Beneš in verschiedene Kategorien: Ein Teil werde fliehen, die ‚Schuldigen' seien zu ‚vertreiben' und nur der Rest ‚organisiert zu transferieren'. Auf britischen Druck nahm Beneš aber diese Unterscheidung zwischen Vertreibung und Transfer zurück und erhöhte die Zahl der ‚Henleinisten und Nazis', die fliehen würden, auf eine halbe Million. Nach der Befreiung dachte die tschechoslowakische Regierung nicht mehr an einen Gebietsaustausch mit Deutschland und Ungarn, sondern nur noch an eine Arrondierung des Staatsgebiets auf deutsche und ungarische Kosten, konnte diese aber nicht durchsetzen.

Beneš zielte auch auf eine Verringerung der Zahl der Magyaren in der Tschechoslowakei. Er dachte bis 1943 wie im Falle der Sudetendeutschen an die Abtretung der Großen Schütt sowie kleinerer Grenzbezirke. Die Aussiedlung von zwei Dritteln der Magyaren sollte zum Teil den Charakter eines Austauschs gegen Slowaken aus Ungarn annehmen. Die slowakischen Politiker hatten dagegen bis 1944 offensichtlich nicht an eine Vertreibung der Magyaren aus der Slowakei gedacht. Erst auf Initiative Benešs und der Londoner Exilregierung übernahmen sie diese Forderung, die sie aber wegen des Widerstandes der Amerikaner und Briten und wegen der nur halbherzigen Unterstützung der Sowjets nicht verwirklichen konnten.

3. Jaksch erhoffte und Beneš fürchtete eine Revolution oder einen Militärputsch in Deutschland, auf die ein Kompromißfrieden folgen

könnte. Für diesen Notfall stellte Beneš im Herbst 1940 Jaksch die Aufnahme sudetendeutscher Sozialdemokraten in den ‚Staatsrat', eine Art Ersatzparlament, in Aussicht. Damals ließ Beneš eine Gruppe von Ministern mit Jaksch über die Bildung dreier Kantone sowie kleinere oder größere Bevölkerungsverschiebungen innerhalb der Tschechoslowakei verhandeln. Mit diesen Gesprächen sollte der Eintritt sudetendeutscher Sozialdemokraten in den Staatsrat vorbereitet werden. Als die führenden Widerstandsgruppen in der Heimat protestierten, verschob Beneš im Dezember 1940 die Aufnahme von Deutschen in den Staatsrat. Ein erneuter Anlauf, sudetendeutsche Vertreter im Spätsommer 1941 in den Staatsrat zu integrieren, scheiterte an erneuten Protesten aus dem Protektorat, vor allem aber aus der Auslandsarmee.

Im Juni 1939, also vor der Entfesselung des Krieges, hielt Jaksch die Zukunft der Sudetengebiete für offen. Im Laufe der ersten Kriegsmonate erkannte er, daß deren Rückgliederung an die Tschechoslowakei immer wahrscheinlicher wurde. Um die Mehrheit der Sudetendeutschen dauerhaft für den neuen gemeinsamen Staat mit den Tschechen und Slowaken gewinnen zu können, forderte die ‚Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten' ein deutsches Bundesland mit Landtag und Landesregierung in einer föderalisierten Tschechoslowakei. Solange eine Einigung mit der tschechoslowakischen Exilführung, d. h. Beneš, ausstand, sollten die wehrfähigen Genossen in der britischen Armee dienen, empfahl Jaksch. Im Herbst 1940 wäre Jaksch schon mit der Bildung deutscher Kantone nach Schweizer Vorbild zufrieden gewesen. Obwohl Jaksch Benešs Pläne spätestens seit dem Herbst 1940 kannte, verhandelte er weiter. Denn er hoffte einerseits, das Ausmaß der geplanten Vertreibung verringern zu können. Andererseits brauche seine Partei ein Alibi, daß sie im Exil alles getan habe, um zu einer Vereinbarung mit den Tschechen zu kommen, war Jakschs Überzeugung. Nachdem ihm Beneš im Januar 1942 seinen Plan erläutert hatte, der die Reduktion der deutschen Minderheit auf höchstens eine Million vorsah, glaubte Jaksch, die Verhandlungen nicht mehr weiterführen zu können, doch als Beneš im Herbst 1942 neue Gespräche auf der Basis der Vertreibung von ‚Schuldigen' anbot, schöpfte Jaksch erneut Hoffnung. Denn einmal eingeführt, mußte dieses Kriterium zur Reduktion der Zahl der Vertriebenen führen. Als das Foreign Office sich aber gegen das Schuldprinzip aussprach, da es den Umfang der Aussiedlung zu beschränken drohte, brach Beneš die Verhandlungen mit Jaksch ab. In seiner Abrechnung mit der Politik Jakschs warf er ihm vor, durch allzu langes Zögern den Zeitpunkt verpaßt zu haben, zu dem seine Partei in die Auslandsaktion hätte eingegliedert werden können. Jaksch hatte jedoch, wie ich gezeigt habe, auch zuvor niemals eine Chance gehabt, zu

einer Einigung mit Beneš zu kommen, wenn er die Vertreibung der Mehrheit der Sudetendeutschen nicht akzeptieren und sich nicht mit der Rolle des Führers der Restminderheit zufriedengeben wollte. Nur die treu gebliebenen Sozialdemokraten vor der Vertreibung zu bewahren, schrieb Jaksch einem seiner Kritiker, würde bedeuten, die ‚Herrenvolk'-Theorie – jedoch umgekehrt – zu vertreten. Seit dem endgültigen Abbruch der Gespräche mit Beneš versuchte Jaksch, die britische Öffentlichkeit für die Ablehnung der Transfer-Pläne zu gewinnen. Im August 1944 gründete er zusammen mit zwei sudetendeutschen Katholiken ein ‚Demokratisches Sudeten-Komitee', kehrte zu seinem föderalistischen Programm der ersten Kriegsmonate zurück und forderte die Besetzung der Sudetengebiete durch ‚eine unparteiische alliierte Truppe'.

Mit Wissen Benešs hatten tschechische Sozialdemokraten die innerparteiliche Opposition gegen Jaksch zur Trennung von der ‚Treuegemeinschaft' gedrängt. Diese Zinner-Gruppe ließ sich im Herbst 1940 verpflichten, an der Spaltung festzuhalten, selbst wenn Jaksch seine Politik ändern sollte. Zusammen mit den deutschen Kommunisten und den Deutsch-Demokraten versuchte die Zinner-Gruppe durch Verzicht auf nationale Forderungen das Wohlwollen der Exilregierung zu gewinnen. Sie segelte so sehr im tschechischen Schlepptau, daß sie seit März 1944 zusammen mit den Kommunisten die Aussiedlungspläne der Exilregierung in vollem Umfang unterstützte.

4. In der polnischen Widerstandsbewegung und Öffentlichkeit spielte der Gedanke der ‚Kompensation' für eventuelle Gebietsverluste in den Jahren 1939 bis 1942 kaum eine Rolle, wohl aber bei den Überlegungen der Führungsgruppe in der Exilregierung, also bei Sikorski und seinen Beratern. Die polnische Regierung erhob seit Oktober 1939 Anspruch auf Ostpreußen und seit Anfang 1940 auch auf Deutsch-Oberschlesien. Die polnischen Widerstandsgruppen in der Heimat stellten durchweg die Forderung nach der Annexion größerer bisher deutscher Provinzen als die Exilregierung. Das Ausmaß der Annexionen und der deutschen Bevölkerung, die ausgesiedelt werden sollte, stieg im Falle Polens im Laufe der Verhandlungen über den teilweisen oder vollständigen Verlust der polnischen Gebiete hinter der Curzon-Linie. In Moskau bot Stalin im Dezember 1941 Sikorski nicht nur Kompensationen in Ostpreußen, sondern schon die Oder als Westgrenze Polens an. Auch unter diesem Eindruck strebte die Exilregierung nunmehr eine Grenze an der Oder und Glatzer Neiße an. Vorstellungen, die Grenze bis zur Lausitzer Neiße vorzuschieben, lehnte die Regierung im Herbst 1942 sowie in den beiden folgenden Jahren wiederholt ab; allerdings sollte Niederschlesien westlich der Oder einem ‚strengen' polnischen Besatzungsregime unterworfen werden. Während die Regierung Arci-

szewski auch 1944 und 1945 an dieser Linie festhielt, sprachen sich der zurückgetretene Ministerpräsident Mikołajczyk und der Vorsitzende des ‚Polnischen Nationalrats' Grabski im Januar 1945 für die Oder-Linie einschließlich der Hafenstadt Stettin und der ‚Rat der Nationalen Einheit', das oberste politische Organ der nationalen Widerstandsbewegung, für die Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße aus.

5. Schon im Frühjahr 1940 hielt eine Mehrheit der im ‚Foreign Research and Press Service' (FRPS) vereinigten wissenschaftlichen Berater des Foreign Office die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei, Polen und jenem Teil Ostdeutschlands für nötig, der Polen übergeben werden sollte, zumindest aber aus Ostpreußen, Deutsch-Oberschlesien bis zur Oder und dem Sudetenland. Der deutsche Kampf gegen den ‚polnischen Korridor' und die Anschlußforderungen der Sudetendeutschen sollten sich nach dem Kriege nicht wiederholen. Zur selben Zeit erfuhr der stellvertretende amerikanische Außenminister Welles in Paris und London, daß Daladier und Chamberlain den Deutschen der Tschechoslowakei und sogar Polens im Falle eines Kompromißfriedens Selbstbestimmung einräumen wollten. Erst unter dem Eindruck der deutschen Luftangriffe auf britische Städte wandelte sich die Stimmung der britischen Bevölkerung so weit, daß Forderungen der Exilregierungen nach einer radikalen Lösung der Probleme der deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa auch bei den Ministern und bei den Beamten des Foreign Office Anklang fanden. Bei Churchill persönlich trafen die Vorstellungen über Bevölkerungstransfers schon im Dezember 1940 auf Zustimmung, wobei er sich auf den ‚Erfolg' des griechisch-türkischen Beispiels berief. Die Atlantik-Charta wurde von der britischen Regierung, wie ihr Verhalten gegenüber den Erklärungen der Exilregierungen zeigte, von Anfang an nur als Propaganda-Instrument betrachtet.

Neben Churchill stand auch Eden persönlich schon vor seiner Moskau-Reise im Dezember 1941 dem Transfer der deutschen Minderheiten aus Polen und der Tschechoslowakei positiv gegenüber. Im Dezember 1941 bot Stalin Sikorski an, daß Polen für die Verluste im Osten Kompensationen in Ostpreußen und bis zur Oder erhalten könne, und wiederholte diese Aussage gegenüber Eden, wobei die deutsche Bevölkerung dieser Gebiete nach Deutschland evakuiert werden müsse. Zugleich sprach sich Stalin für die Rückgabe der Sudetengebiete an die Tschechoslowakei aus. Nach seiner Rückkehr nach London gab Eden dem FRPS den Auftrag zu einem Gutachten über die Grenzen zwischen Deutschland auf der einen und der Tschechoslowakei und Polen auf der anderen Seite. Dabei sollte der FRPS weniger Rücksicht auf ethnographische Gesichtspunkte nehmen und ‚soweit dies dazu führt, den Austausch von Bevölkerungen zu befürworten', eine zweites Gutachten

zu dem griechisch-türkischen Austausch und zur Umsiedlung der Deutschbalten erarbeiten. Während Eden auf die Gutachten wartete, erläuterte ihm Beneš seinen Plan, die Zahl der Sudetendeutschen durch Teil-Abtretung und Teil-Vertreibung auf eine Million zu reduzieren. Kurz darauf legte der FRPS das bestellte Gutachten vor. Die Zahl der Deutschen, die bei der Annexion Ostpreußens mit Danzig und Oberschlesiens sowie aus dem Sudetenland vertrieben werden müßten, schätzte der FRPS am 12. Februar auf 3–6,8 Millionen. Dieses Gutachten sowie Benešs Plan bildeten die Grundlage für den Doppelbeschluß des britischen Kriegskabinetts vom 6. Juli 1942: Es erklärte das Münchener Abkommen für ungültig und seine Zustimmung zum ‚allgemeinen Grundsatz des Transfers von deutschen Minderheiten in Mittel- und Südosteuropa nach Deutschland nach dem Kriege in Fällen, wo dies notwendig und wünschenswert erscheint'. Obwohl Eden in seiner Kabinettsvorlage Lidice erwähnt hatte, dürfte dieser Terrorakt die seit Monaten anstehende Entscheidung nicht wesentlich beeinflußt haben. Der FRPS hielt auch in weiteren Gutachten die Annexion Danzigs, Ostpreußens und Oberschlesiens durch Polen für nötig. Eden vertrat die Kompensationslösung im März und September 1943 im Kabinett sowie im März 1943 gegenüber der amerikanischen Führung. In dieser Lösung sah das im November 1943 gebildete ‚Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations' das Maximum und sprach sich gegen weitergehende polnische Annexionen und damit Vertreibungen aus. Wenn überhaupt, empfahl das Komitee, sollte die deutsche Bevölkerung eines Gebiets vollständig transferiert werden, damit nicht sowohl Revanche suchende Vertriebene in Deutschland als auch Restminderheiten in den Vertreiberstaaten geschaffen würden, die einem erstarkten Deutschland doch wieder Anknüpfungspunkte für eine Grenzrevision bieten könnten. Deutschland könne die Vertriebenen langfristig absorbieren, doch seien kurzfristig Engpässe bei der Versorgung mit Lebensmitteln, Wohnraum und Arbeitsplätzen zu erwarten. Um einen wirtschaftlichen Kollaps Deutschlands zu verhindern, solle die Vertreibung erst ein Jahr nach dem Waffenstillstand beginnen und über mindestens fünf Jahre gestreckt werden; der zu erwartende Arbeitsplatz-Mangel in Deutschland sollte durch den Zwangseinsatz deutscher Arbeiter in Rußland reduziert werden. Das Komitee machte sich auch Benešs Vorschläge zu eigen, erstens allen Deutschen, die nach dem deutschen Recht Reichsbürger seien, die Staatsangehörigkeit zu entziehen und zweitens das Vermögen der Vertriebenen gegen die Reparationsforderungen der Vertreiberstaaten zu verrechnen.

Neben Ostpreußen, Danzig und Oberschlesien bot Eden Mikołajczyk schon im November 1943 zusätzlich ‚Pommern' als Gegenleistung

für die Hinnahme der Curzon-Linie an. Churchill sprach auf der Konferenz in Teheran von einem Polen zwischen Curzon-Linie und Oder und machte im Februar 1944 die Absicht, Polen im Norden und Westen zu entschädigen, auch durch eine Rede im Unterhaus bekannt. Im Oktober 1944 gingen Churchill und Eden noch einen Schritt weiter, um die Zustimmung der polnischen Führung zum Verlust der Ostgebiete und Lembergs zu erreichen: Polen könne sich bis zur Oder einschließlich Stettins und Breslaus ausdehnen, verbunden mit der Aussiedlung aller dort lebenden Deutschen. Diese Lösung vertrat er, ohne die Oder-Linie zu erwähnen, im Dezember 1944 auch im Unterhaus. Dagegen hielten es Bevin, Eden und das Foreign Office nicht mehr für erforderlich, die Oder-Grenze zu unterstützen, da die neue sowjethörige Warschauer Regierung ohnehin die Curzon-Linie anzunehmen bereit war.

6. Skrupel bei der Vertreibung ethnischer Gruppen waren von der Sowjetunion nicht zu erwarten, hatte sie doch vor allem die Rußlanddeutschen aus dem europäischen in den asiatischen Teil deportiert. Anklänge an diese Lösung tauchten auf, wenn Beneš und Ripka mit Bogomolov über einen Abtransport der Sudetendeutschen nach Sibirien ‚scherzten' und Sargent im Foreign Office diese Lösung empfahl; außerdem sah nicht nur die sowjetische Reparationskommission, sondern auch der britische ‚Malkin Report' die Zwangsarbeit von bis zu drei Millionen Deutschen vorwiegend in der Sowjetunion vor. Polen solle Ostpreußen und alle Gebiete bis zur Oder erhalten, sagte Stalin zu Eden im Dezember 1941, und wenn Polen Ostpreußen erhalte, müßten die Deutschen evakuiert werden. Während der Verhandlungen über den geplanten britisch-sowjetischen Vertrag im Mai 1942 war sich Eden mit Molotov einig, daß bei einer Übertragung Ostpreußens an Polen die dortigen Deutschen ‚entfernt' werden müßten. Die sowjetischen Planungsgremien, die Litvinov- und die Majskij-Kommission, empfahlen im Oktober 1943 bzw. im Januar 1944 die Übertragung Danzigs, Ostpreußens südlich von Königsberg, und Oberschlesiens an Polen, verbunden mit der Aussiedlung der Deutschen. Nicht nur diese Gebiete, sondern alle Gebiete bis zur Oder einschließlich Stettins könnten die Polen erhalten, erklärte Stalin Beneš im Dezember 1943, während die Sowjetunion das nördliche Ostpreußen für sich beanspruche. Dem Lubliner Komitee, der späteren Warschauer Regierung, sowie dem polnischen Ministerpräsidenten Mikołajczyk versprach Stalin im Juli und August 1944, sich für die Ausdehnung Polens bis zur Oder und Lausitzer Neiße einschließlich Stettins und Breslaus einzusetzen.

Die Vertreibung der Sudetendeutschen sei ein ‚inneres Problem' der Tschechoslowakei, sagte Molotov im Juni 1942 zu Beneš, doch werde die sowjetische Regierung helfen, wo es möglich sei. Im Mai 1943 er-

klärten Benešs Abgesandte dem sowjetischen Botschafter Bogomolov, daß ihnen Molotovs Aussage nach der britischen und nun auch amerikanischen Zustimmung nicht mehr genüge, und am 5. Juni antwortete Bogomolov, daß die sowjetische Regierung dem Gedanken des Transfers der Deutschen zustimme. Diese Position bekräftigte Stalin bei seinem Gespräch mit Beneš am 12. Dezember 1943. Erst nach Stalins Entscheidung schwenkte auch die Moskauer KSČ-Führung auf den Vertreibungskurs ein.

7. In der amerikanischen Politik zur Frage polnischer Annexionen und der Vertreibung gibt es einen deutlichen Gegensatz zwischen den Aussagen Roosevelts und den Empfehlungen der Beratungsgremien. Roosevelt hatte sich schon seit Februar 1942 mehrfach dafür ausgesprochen, das Problem des ‚Korridors' durch die Übergabe Ostpreußens an Polen zu lösen. Die Beratungsgremien gingen unter dem Eindruck der Leiden von Vertriebenen beim griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch und der NS-Umsiedlungspolitik in den ‚eingegliederten Gebieten' im Frühjahr vom Grundsatz möglichst kleiner Grenz- und Bevölkerungsverschiebungen aus. Im Juli 1942 akzeptierten die US-Planer die Übergabe Danzigs an Polen, für die Deutschland allerdings durch einen schmalen Grenzstreifen entschädigt werden sollte. Unter dem Einfluß der britischen und sowjetischen Haltung empfahlen sie im November 1942 auch die Übertragung Ostpreußens und unter dem Eindruck der Forderungen Sikorskis bei seinem USA-Besuch im Dezember und der erwarteten Territorialverluste Polens im Osten zusätzlich eines großen Teils von Deutsch-Oberschlesien an Polen. Dabei rechnete die US-Regierung mit der Auswanderung bzw. Aussiedlung der Einwohner Danzigs und des nördlichen Ostpreußen, während ein Teil der Bevölkerung des Bezirks Allenstein und Oberschlesiens polnisch sei bzw. polonisiert werden könne. Roosevelt vertrat diese Position sowohl gegenüber den Polen als auch gegenüber den Briten und Sowjets. Vor Jalta plädierte das ‚State Department' auch für die Abtretung eines Teils von Hinterpommern an Polen, sprach sich jedoch gegen weitergehende Annexionen durch Polen aus. Ende 1944 versprach Roosevelt wie zuvor schon Churchill und Stalin, Unterstützung beim Transfer der Deutschen aus den neu-polnischen Gebieten.

Bei seiner Reise in die USA im Mai 1943 erreichte Beneš die Zustimmung Roosevelts zum Transfer, obwohl die Planer geglaubt hatten, mit einer Abtrennung von sechs Landzipfeln von der Tschechoslowakei und ohne Vertreibung auskommen zu können. Mit der Nachricht über das britische und nun auch das amerikanische Einverständnis zum Transfer schickte er Masaryk und Ripka zu Bogomolov, der daraufhin auch die Zustimmung seiner Regierung einholte.

8. Zur Konferenz von Jalta kamen die alliierten Großmächte mit unterschiedlichen Vorstellungen: Stalin plädierte für die Oder-Neiße-Linie, Churchill für die Oder-Linie und Eden und Roosevelt für die Beschränkung der polnischen Annexionen auf Ostpreußen, Danzig, Oberschlesien und einen Teil von Hinterpommern, doch stimmte Roosevelt in Jalta doch der Ausdehnung Polens bis zur Oder zu. Churchill machte dieses Ergebnis in einer Rede vor dem Unterhaus bekannt. Als die sowjetischen Truppen nach Ostdeutschland vorrückten, wurde ein Teil der deutschen Bevölkerung evakuiert, viele versuchten zu fliehen. Mit sowjetischer Genehmigung schuf die polnische Regierung vollendete Tatsachen und begann mit der Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Lausitzer Neiße. Die Prager Regierung hatte das gleiche Ziel: Möglichst viele Deutsche sollten noch vor der erwarteten Konferenz der ‚Großen Drei' vertrieben werden. Hetzreden von Politikern, zentrale Weisungen, die den örtlichen Behörden einen weiten Interpretations- und Handlungsspielraum ließen, selbsternannte Rächer für die NS-Verbrechen und von Bereicherungssucht getriebene Einzelne und Gruppen wirkten zusammen, so daß die Deutschen der Tschechoslowakei, Polens und Ostdeutschlands in dieser Phase der ‚wilden' Vertreibung schärfsten Repressalien ausgesetzt waren und zahlreiche Todesopfer zu beklagen hatten. Aus der Sackgasse, in die die Potsdamer Konferenz vor allem wegen des Streits um die Oder-Neiße-Grenze geriet, führte schließlich eine Paketlösung, in der die Briten und Amerikaner dieser Grenze und dem Transfer der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zustimmten und die Sowjets Konzessionen in den Fragen der Reparationen und der Aufnahme Italiens in die Vereinten Nationen machten. Die Westmächte hofften darüber hinaus, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als provisorische Westgrenze die wirtschaftliche Konsolidierung und demokratische Entwicklung Polens fördern würde.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. Ungedruckte Quellen

Public Record Office, London:

— *Foreign Office, General Correspondence* – **FO 371**

— *Prime Minister's Office* – **PREM**

— *War Cabinet Minutes and Memoranda* – **CAB 65, 66**

Instytut Polski i Museum Imienia Generała Sikorskiego, London [General Sikorski-Institut und Museum]:

— *Prezydium Rady Ministrów [Präsidium des Ministerrats]* – **PRM**

— *Akta Ambasady RP w Londynie – Wielka Brytania [Akten der Botschaft der Polnischen Republik in London – Großbritannien]* – **A 12.49/WB**

— *Akta Ambasady RP w Londynie-Czechosłowacja* – **A 12.49/Cz.**

— *Ministerstwo Prac Kongresowych [Ministerium für Friedenskongreßarbeiten]* – **A 21**

— *Dziennik Czynności Naczelnego Wodza [Tagebuch der Tätigkeit des Oberbefehlshabers]* – **Dz.Cz.N.W.**

Archiv Ústavu T.G. Masaryka, Prag [Archiv des T.G. Masaryk-Institut] – **AÚTGM**

— *Benešův archiv [Beneš-Archiv]* – **BA**

— *Pozůstalost Smutného [Smutný-Nachlaß]* – **PS**

— *Pozůstalost Klecandy [Klecanda-Nachlaß]* – **PK**

— *Badatelské a dokumentační středisko [Forschungs- und Dokumentationszentrum]* – **BDS**

Státní ústřední archiv, Prag [Staatliches Zentralarchiv] – **SÚA**

Archiv Národního shromáždění, Prag [Archiv der Nationalversammlung] – **ANS**

— *Fond Státní rady [Fond des Staatsrat]*

Archiv Ministerstva zahraničních věcí, Prag [Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten] – **AMZV**

Archiv Národního Musea, Prag:

— *Pozůstalost Edvarda Beneša [Nachlaß Edvard Benešs]*

Diplomatski arhiv državnog sekretariata za inostrane poslove, Beograd [Diplomatisches Archiv des Staatssekretariats für Auswärtige Angelegenheiten] – **DASIP**:

— *Poslanstvo Kraljevine Jugoslavije, London [Botschaft des Königreichs Jugoslawien, London]*

Arhiv Jugoslavije, Beograd:

— *Ministerstvo za inostrane poslove [Ministerium für auswärtige Angelegenheiten]* – **MIP**

Institut für Zeitgeschichte, München:

— *Akten des Befehlshabers der Ordnungspolizei Prag, Sammlung übersetzter Depeschen des Senders „Sparta 1"* – **T 77, R.1050**

Sudetendeutsches Archiv, München – **SDA**:

— *Nachlaß Jaksch* – **NJ**

Archives of the Columbia University, New York:

— *Smutný Papers* – **SP**

Hoover Institution, Stanford:

— *Ambassada w Wielke Britanie [Polnische Botschaft in Großbritannien]*

— *Táborský Papers* – **TP**

2. Gedruckte Dokumentensammlungen

Archivum polityczne Ignacego Paderewskiego [Politisches Archiv Ignacy Paderewskis]. Bd. 4. 1939–1940. Bearb. von Tadeusz *Jędruszczak*. Wrocław 1974.

Armia Krajowa w dokumentach 1939–1945 [Die Heimatarmee in Dokumenten 1939–1945]. Red. von Halina *Czarnocka*. Hrsg. vom Studium Polski Podziemnej [Studium Untergrundpolens]. 5 Bde. London 1970-1977. – **AK**

Češi a sudetoněmecká otázka 1939–1945. Zusammengestellt von Jitka *Vondrová*. Hrsg. vom Ústav mezinárodních vztahů [Institut für internationale Beziehungen]. Praha 1994. – **ČSNO**

Československo-sovětské vztahy v diplomatských jednáních 1939–1945. Dokumenty [Tschechoslowakisch-sowjetische Beziehungen in diplomatischen Verhandlungen 1939–1945. Dokumente]. Hrsg. von Jan *Němeček*, Helena *Nováčková*, Ivan *Šťovíček* und Miroslav *Teichman*. Praha 1998.

Díl 1.: březen 1939 – červen 1943 [Teil 1: März 1939 – Juni 1943]. 1988.

Díl 2.: červenec 1943 – březen 1945 [Teil 2: Juli 1943 – März 1945]. 1999.

Cesta ke květnu. Vznik lidové demokracie v Československu. Dokumenty [Der Weg zum Mai. Die Entstehung der Volksdemokratie in der Tschechoslowakei. Dokumente]. Zusammengestellt von Miloš *Klimeš*, Petr *Lesjuk*, Irena *Malá* und Vilém *Prečan*. Hrsg. von der Československá akademia věd [Tschechoslowakische Akademie der Wissenschaften]. 2 Bde. Praha 1965. – **CK**

Cestou května. Dokumenty k počátkům naší národní a demokratické revoluce. Duben 1945 – květen 1946 [Auf dem Weg zum Mai. Dokumente zu den Anfängen unserer nationalen und demokratischen Revolution. April 1945 – Mai 1946]. Zusammengestellt von Jaroslav *Soukup*. Praha 1975.

Churchill and Roosevelt. The Complete Correspondence. Hrsg. von Warren F. *Kimball*. Bd. 3. Princeton 1984.

Correspondence between the Chairman of the Council of Ministers of the USSR and the President of the USA and the Prime Minister of Great Britain during the Great Patriotic War of 1941–1945. 2 Bde. Hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Moskva 1957.

Czechoslovak-Polish Negotiations on the Establishment of Confederation and Alliance 1939–1944. Czechoslovak Diplomatic Documents. Hrsg. von Ivan *Šťovíček* und Jaroslav *Valenta*. Praha 1995.

Documents on British Policy Overseas. Series I, Volume I: The Conference at Potsdam July – August 1945. London 1984. – **DBPO**

Documents diplomatiques français 1932–1939. 2-ème serie, vol. 11. Paris 1977.

Documents on Polish-Soviet Relations 1939–1945. Ed. by General Sikorski Historical Institute. 2 Bde. London 1961-1967. – **DPSR**

Dokumente zur Deutschlandpolitik. I. Reihe. Frankfurt/M. – **DDP**

Bd. 1: 3. September bis 31. Dezember 1941. Britische Deutschlandpolitik. Bearb. von Rainer A. *Blasius*. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen 1984.

Bd. 2: 11. August bis 31. Dezember 1942. Amerikanische Deutschlandpolitik. Bearb. von Marie-Luise *Goldbach*. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen 1986.

Bd. 3: 1. Januar bis 31. Dezember 1942. Britische Deutschlandpolitik. Bearbeitet von Rainer A. *Blasius*. 2 Bde. Hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. 1989.

Bd. 4: 1. Januar bis 31. Dezember 1943. Amerikanische Deutschlandpolitik. Bearb. von Marie-Luise *Goldbach*. Hrsg. vom Bundesminister des Innern 1991.

II. Reihe, Bd. 1: Die Konferenz von Potsdam. Bearb. von Gisela *Biewer*. Hrsg. vom Bundesministerium des Innern. 1992 [3 Teilbde.].

Dokumenty z historie československé politiky 1939–1943. Hrsg. von Libuše *Otáhalová* und Milada *Červinková*. 2 Bde. Praha 1966 (Acta occupationis Bohemiae & Moraviae 1, 2). – **DHČSP**

Dokumenty a materiály k dějinám československo-sovětských vztahů. Díl IV, svazek 1 (březen 1939 – prosinec 1943) [Dokumente und Materialien zur Geschichte der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen. Teil IV, Bd. 1 (März 1939 – Dezember 1943)]. Praha 1982. – **DMDČSSV**

Dokumenty i materialy po istorii sovetsko-pol'skich otnošenij [Dokumente und Materialien zur Geschichte der sowjetisch-polnischen Beziehungen]. Bd. VII: 1939–1943. Moskva 1973. – **DMISPO**

Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. In Verbindung mit Werner *Conze*, Adolf *Diestelkamp*, Rudolf *Laun*, Peter *Rassow* und Hans *Rothfels* bearb. von Theodor *Schieder*. Hrsg. vom Bundesministerium der Vertriebenen. Bde 1-5. Berlin 1957-1961.

Bd. 1: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße.

Bd. 4: Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei.

Edvard Beneš: Vzkazy do vlasti. Směrnice a pokyny československému domácímu odboji za druhé světové války [Edvard Beneš: Botschaften in die Heimat. Richtlinien und Weisungen an den tschechoslowakischen Heimatwiderstand während des Zweiten Weltkrieges]. Hrsg. von Jiří *Šolc*. Praha 1996.

Edvard Beneš o jednání v Moskvě v prosinci 1943 [Edvard Beneš über die Verhandlungen in Moskau im Dezember 1943]. Dokumenty. Eingeleitet und kommentiert von Helena *Nováčková* und Ivan *Šťovíček*. Soudobé dějiny 3 (1996) 323-349.

Foreign Relations of the United States. Washington 1956ff. – **FRUS**

Diplomatic papers 1939–1945.

The Conferences at Cairo and Teheran, 1943. 1961.

The Conferences at Malta and Jalta, 1945. 1955.

The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945. 2 Bde. 1960.

Jech, Karel/*Kaplan*, Karel: Dekrety Presidenta Republiky 1940–1945. Dokumenty [Die Dekrete des Präsidenten der Republik 1940–1945. Dokumente]. 2 Bde. Brno 1995.

Moskovskaja konferencija ministrov inostrannych del SSSR, SŠA i Velikobritanii (19-30 oktabrja 1943 g.). Sbornik dokumentov. Hrsg. vom Ministerstvo inostrannych del SSSR [Die Moskauer Konferenz der Außenminister der UdSSR, USA und Großbritanniens (19.-30. Oktober 1943). Dokumentensammlung. Hrsg. vom Ministerium für auswärtige Angelegenheiten]. Moskva 1978.

Neznámé dokumenty z Benešovy cesty do Moskvy v roce 1943 [Unbekannte Dokumente von Benešs Reise nach Moskau im Jahre 1943. Hrsg. von František *Janáček* und M. *Michálková*. Historie a vojenství 1992/5, 145-167.

Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen. Vyhnání sudetských němců. Dokumentation zu Ursachen, Planung und Realisierung einer „ethnischen Säuberung" in der Mitte Europas 1848/49–1945/46. Bd. 1: Vom Völkerfrühling und Völkerzwist 1848/49 bis zum Münchner Abkommen 1938 und zur Errichtung des „Protektorats Böhmen und Mähren" 1939. Auswahl, Bearbeitung und Zusammenstellung Roland J. *Hoffmann* und Alois *Harasko*. München 2000.

Poland in the British Parliament 1939–1945. Hrsg. von Wacław *Jędrzejewicz*. 3 Bde. New York 1946-1962.

Polonsky, Antony: The Great Powers and the Polish Question 1941–1945. London 1976.

Rychlík, Jan: Memorandum britského Královského Institutu mezinárodních vztahů o transferu národnostních menšin z r. 1940 [Ein Memorandum des britischen Königlichen Instituts für internationale Beziehungen über den Transfer nationaler Minderheiten aus dem Jahre 1940]. Český časopis historický 91 (1993) 612-630.

Rževševskij, Oleg A.: Vizit A. Edena v Moskvu v dekabre 1941 g. Peregovory s I.V. Stalinym i V. M. Molotovym [A. Edens Besuch in Moskau im Dezember 1941. Besprechungen mit I. V. Stalin und V. M. Molotov]. Novaja i novejšaja istorija 28/2 (1994) 85-102.

Slovenské národné povstanie. Dokumenty [Der Slowakische Nationalaufstand. Dokumente]. Zusammengestellt von Vilém *Prečan*. Bratislava 1965. – **SNP-D**

Sprawa polska w czasie drugiej wojny światowej na arenie międzynarodowej. Zbiór dokumentów [Die polnische Frage in der Zeit des Zweiten Weltkrieges in der internationalen Arena. Dokumentensammlung]. Redaktion: Stefania *Stanisławska*. Warszawa 1965. – **SP-D**

SSSR i germanskij vopros 1941–1949: Dokumenty iz Archiva vnešnej politiki Rossijskoj Federacii [Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949: Dokumente aus dem Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation]. Hrsg. von Georgij Pavlovich *Kynin* und Jochen *Laufer*. Teil 1: 22. ijunja 1941 g. – 8. maja 1945 g. [22. Juni 1941 – 8. Mai 1945]. Moskva 1996.

Tegeran, Jalta, Potsdam. Sbornik dokumentov. Moskau 1978. (Deutsch u. d. T.: Teheran, Jalta, Potsdam. Eine Dokumentensammlung. Frankfurt/M. 1978).

Tegeranskaja konferencija rukovoditelej trech sojuznych deržav – SSSR, SŠA i Velikobritanii (28 noj. – 1 dek. 1943 g). Sbornik dokumentov [Die Teheraner Konferenz der Führer der drei alliierten Mächte – UdSSR, USA und Großbritannien (28. Nov.-1. Dez. 1943)]. Hrsg. vom Ministerstvo inostrannych del SSSR [Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der UdSSR]. Moskva 1978.

Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944–1953. Tom I [Osteuropa in Dokumenten rußländischer Archive 1944–1953. Band 1]: 1944–1948. Moskva 1997.

W dziesiątą rocznicę powstania Polskiej Partii Robotniczej. Materiały i dokumenty. Styczeń 1942 r. – grudzień 1948 r. [Zum zehnten Jahrestag der Entstehung der Polnischen Arbeiterpartei. Materialien und Dokumente. Januar 1942 – Dezember 1948]. Warszawa 1952.

Wenzel Jaksch – Edvard Beneš. Briefe und Dokumente aus dem Londoner Exil 1939–1943. Hrsg. von Friedrich *Prinz*. Köln 1973.

3. Literatur

(In das Literaturverzeichnis wurden ausschließlich zitierte, nicht die durchgesehenen und konsultierten Titel aufgenommen.)

Bachstein, Martin K.: Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie. München 1974 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 29).

Barker, Elisabeth: Churchill and Eden at War. London 1978.

Batowski, Henryk: Z dziejów dyplomacji polskiej na obczyźnie (wrzesień 1939 – lipiec 1941) [Aus der Geschichte der polnischen Diplomatie im Ausland (September 1939 – Juli 1941)]. Kraków–Wrocław 1984.

Bauer, Stefan: Ein böhmischer Jude im Exil. Der Schriftsteller Ernst Sommer (1888–1955). München–Wien 1995 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 79).

Bechyně, Rudolf: Pero mi zůstalo. 1938–1945 [Die Feder ist mir geblieben. 1938–1945]. Praha 1947.

Behring, Rainer: Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Die außenpolitischen Vorstellungen deutscher Sozialdemokraten im Exil 1933–1945. Düsseldorf 1999 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 117).

Beneš, Edvard: Demokracie dnes a zítra [Demokratie heute und morgen]. 2 Bde. London 1940. (Veränderte Neuaufl.: London 1944).

Ders.: The New Order in Europe. In: The Nineteenth Century and After, Sept. 1941.

Ders.: Czechoslovakia's Struggle for Freedom. Halifax 1941.

Ders.: What Would Be a Good Peace. An Address Delivered to the University of Manchester, Dec. 5th, 1942. London 1943.

Ders.: Šest let exilu a druhé světové války. Reči, projevy a dokumenty z r. 1938–45 [Sechs Jahre Exil und Zweiter Weltkrieg. Reden, Ansprachen und Dokumente aus den Jahren 1938–45]. Praha 1946.

Ders.: Paměti. Od Mnichova k nové válce a k novému vítězství [Erinnerungen. Von München zum neuen Krieg und Sieg]. Praha 1947.

Ders.: Odsun Němců z Československa. Výbor z pamětí, projevů a dokumentů 1940–1947 [Die Abschiebung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Auswahl aus den Erinnerungen, Ansprachen und Dokumenten 1940–1947]. Hrsg. von Karel *Novotný.* Praha 1996.

[*Berle,* Adolf A.:] Navigating the Rapids, 1918–1971. From the Papers of Adolf A. Berle. Ed. by Beatrice B. *Berle* and Travis B. *Jacobs.* New York 1973.

Birke, Adolf M.: Deutschland und Großbritannien. Historische Beziehungen und Vergleiche. München 1999.

Bobák, Ján: Maďarská otázka v Česko-Slovensku (1944–1948) [Die magyarische Frage in der Tschecho-Slowakei (1944–1948)]. Bratislava 1996.

Bodensieck, Heinrich: Jakschs Exilauseinandersetzungen mit Beneš. Zur Dokumentation von Friedrich Prinz. Zeitschrift für Ostforschung 25 (1976) 69-97.

Borodziej, Włodzimierz/*Hajnicz,* Artur: Der Komplex der Vertreibung. Abschlußbericht. Warschau 1996.

Dies.: Kompleks wypędzenia [Der Komplex der Vertreibung]. Kraków 1998.

Brandes, Detlef, Die Tschechen unter deutschem Protektorat. 2 Bde. München–Wien 1969-1975.

Ders.: Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der Tschechoslowakei. In: Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches. Hrsg. von Manfred *Funke.* Düsseldorf 1976 (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte 12), 508-523.

Ders.: Das Problem der deutschen Minderheiten in der Politik der Alliierten in den Jahren 1940–1945. Das tschechische Beispiel. In: *Křen,* Jan/*Kural,* Václav/*Brandes,* Detlef: Integration oder Ausgrenzung. Deutsche und Tschechen 1890–1945. Bremen 1986 (Forschungen zu Osteuropa), 105-156.

Ders.: Großbritannien und seine osteuropäischen Alliierten 1939–1943. Die Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens im Londoner Exil vom Kriegsausbruch bis zur Konferenz von Teheran. München 1988 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 59).

Ders.: Eine verspätete tschechische Alternative zum ‚Münchener Diktat'. Edvard Beneš und die sudetendeutsche Frage. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 42 (1994) 221-241.

Ders.: Die britische Regierung kommt zu einem Zwischenergebnis. Die Empfehlungen des britischen Interdepartmental Committee on the Transfer of German Populations vom Mai 1944. In: Occursus, setkání, Begegnung. Sborník ku poctě 65. narozenin prof. dr. Jana Křena [Sammelband zu Ehren des 65. Geburtstags von Prof. Dr. Jan Křen]. Hrsg. von Zdeněk *Pousta,* Pavel *Seifter* und Jiří *Pešek.* Praha 1996, 45-68.

Ders.: Velmoci a vyhnání a vysídlení Němců z Československa [Die Großmächte und die Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei]. In: acta contemporanea. K pětašedesátinám Viléma Prečana [Zum 65. Geburtstag Vilém Prečans]. Praha 1998, 21-31.

Brügel, Johann Wolfgang: Zur Geschichte der Zinnergruppe. Eine Dokumentation über die Vorgänge innerhalb der 1938/39 nach England emigrierten deutschen Sozialdemokraten aus der Tschechoslowakei. Tann/Niederbayern o. J.

Ders.: Die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Versuch einer Darstellung der Vorgeschichte. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8 (1960) 134-164.

Ders.: Tschechen und Deutsche. Bd. 2: 1939–1946. München 1974.

Ders./Goldschmidt, Leopold/*Kolarz,* Walter: Le problème du transfer de populations. Trois millions Sudetes doivent-ils émigrer? Paris 1939.

[*Cadogan,* Alexander:] The Diaries of Sir Alexander Cadogan. Hrsg. von David *Dilks.* London 1971.

Černý, Bohumil: Eduard Benesch und die deutsche Frage während des Zweiten Weltkrieges. In: Aktuelle Forschungsprobleme um die Erste Tschechoslowakische Republik. München–Wien 1969, 171-188.

Češi, Němci, odsun. Diskuse nezávislých historiků [Tschechen, Deutsche, Abschiebung]. Hrsg. von Bohumil *Černý,* Jan *Křen,* Václav *Kural* und Milan *Otáhal.* Praha 1990.

Churchill, Winston S.: The End of the Beginning. War Speeches 1942. London 1943.

Ders.: Onward to Victory. War Speeches 1943. London 1943.

Ders.: Victory. War Speeches by the Right Hon. Winston S. Churchill 1945. London u. a. 1946.

Ders.: The Second World War. 6 Bde. London 1948-1954.

Ciechanowski, Jan: Vergeblicher Sieg. Zürich 1948.

Čierna-Lantayová, Dagmar: Podoby Česko-Slovensko-Maďarského vzťahu 1938–1949. Východiská, problémy a medzinárodné súvislosti [Formen der tschechisch-slowakisch-magyarischen Beziehungen 1938–1949. Voraussetzungen, Probleme und internationale Zusammenhänge]. Bratislava 1992.

Czechoslovakia in Post-War Europe. Problems of Reconstruction. London 1942.

Dąbrowski, Stanisław: Koncepcje przebudowy Polski w programach i publicystyce ruchu ludowego [Konzeptionen zur Umgestaltung Polens in den Programmen und der Publizistik der Volks-<Bauern->bewegung] 1939–1945. Warszawa 1981.

Dalton, Hugh: The Fateful Years. London 1957.

De Gaulle, Charles. Memoiren 1942–46. Düsseldorf 1961.

Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Hrsg. von Wolfgang *Benz.* Frankfurt/M. 1985.

Dr. Edvard Beneš. President of Czechoslovakia. The Czechoslovak Statesman's Official Wartime Visit to the United States and Canada in 1943. [London] 1944.

Drozdowski, Marian M.: Z dziejów stosunków polsko-amerykańskich 1776–1944 [Aus der Geschichte der polnisch-amerikanischen Beziehungen 1776–1944]. Warszawa 1982.

Duraczyński, Eugeniusz: Między Londynem a Warszawą. Lipiec 1943 – lipiec 1944 [Zwischen London und Warschau. Juli 1943 – Juli 1944]. Warszawa 1986.

Eden, Anthony: Memoirs. Vol. 2: The Reckoning. London 1964.

Exler, Albert: Das große Wagnis. Stuttgart [1967].

Feierabend, Ladislav K.: Z vlády doma do vlády v exilu [Aus der Regierung in der Heimat in die Regierung im Exil]. New York 1964.

Ders.: Ve vládě v exilu [In der Exilregierung]. 2 Bde. Washington 1965-1966.

Ders.: Beneš mezi Washingtonem a Moskvou. Vzpomínky z londýnské vlády od jara 1943 do jara 1944 [Beneš zwischen Washington und Moskau. Erinnerungen aus der Londoner Regierung vom Frühjahr 1943 bis zum Frühjahr 1944]. Washington 1966.

Ders.: Soumrak československé demokracie. Vzpomínky z londýnské vlády od jara 1944 po návrat do vlasti [Dämmerung der tschechoslowakischen Demokratie. Erinnerungen aus der Londoner Regierung vom Frühjahr 1944 bis zur Rückkehr in die Heimat]. Washington 1967.

Ders.: Politické vzpomínky [Politische Erinnerungen]. 3 Bde. Ndr. Praha 1994-1996.

Feis, Herbert: Zwischen Krieg und Frieden. Die Konferenz von Potsdam. Frankfurt/M. 1962.

Fierlinger, Zdeněk: Ve službách ČSR. Paměti z druhého zahraničního odboje [Im Dienste der ČSR. Erinnerungen aus dem zweiten Auslandswiderstand]. 2 Bde. Praha 1947- 1951.

Filitov, Aleksei M.: Problems of Post-War Construction in Soviet Foreign Policy Conceptions During World War II. In: The Soviet Union and Europe in the Cold War, 1943–1953. Hrsg. von Francesca *Gori* und Silvio *Pons*. Houndsmill/UK–New York 1996, 3-22.

Ders.: V komissijach Narkomindela [In den Kommissionen des Volkskommissariats für auswärtige Angelegenheiten]. In: Vtoraja mirovaja vojna. Aktual'nye problemy. K 50-letiju pobedy [Der Zweite Weltkrieg. Aktuelle Probleme. Zum 50. Jahrestag des Sieges]. Moskva 1995, 54-71.

Firt, Julius: Cestou k únoru: Počátky byly v Londýně (Záznamy – 2) [Auf dem Weg zum Februar: Die Anfänge lagen in London (Aufzeichnungen – 2]. Svědectví 12/46 (1973) 211-268.

Flucht und Vertreibung. Zwischen Aufrechnung und Verdrängung. Hrsg. von Robert *Streibel*. Wien 1994.

For the President, Personal and Secret. Correspondence Between Franklin D. Roosevelt and William C. Bullitt. Hrsg. von Orville H. *Bullitt*. Boston 1972.

Gilbert, Martin: Winston S. Churchill. Volume VI: Finest hour 1939–1941. London 1983. — Volume VII: Road to Victory 1941–1945. London 1986.

Glees, Anthony: Exile Politics During the Second World War. The German Social Democrats in Britain. Oxford 1982.

Grudziński, Przemysław: Przyszłość Europy w koncepcjach Franklin D. Roosevelta (1933–1945) [Die Zukunft Europas in den Konzeptionen Franklin D. Roosevelts (1933–1945)]. Wrocław 1980.

Grünwald, Leopold: Vysílač svobody [Der Freiheitssender]. In: Z bojů za svobodu [Aus den Freiheitskämpfen]. Bd. 2. Praha 1966, 328-341.

Ders.: Sudetendeutscher Widerstand gegen Hitler. Der Kampf gegen das nationalsozialistische Regime in den sudetendeutschen Gebieten 1938–1945. Bd. 1. München 1978 (Veröffentlichung des Sudetendeutschen Archivs 12).

Ders.: In der Fremde für die Heimat. Bd. 3. München 1982.

Gyarmati, György: Die Aussiedlung der Deutschen aus Ungarn 1945–1947. In: Erzwungene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien. Hrsg. für die Deutsch-Tschechische und Deutsch-Slowakische Historikerkommission von Detlef *Brandes,* Edita *Ivaničková* und Jiří *Pešek.* Essen 2000 (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission Bd 8), 273-277.

Harriman, William Averell/*Abel,* Elie: Special Envoy to Churchill and Stalin, 1941–1946. New York 1975.

[*Harvey,* Oliver:] The War Diaries of Oliver Harvey. Hrsg. von John *Harvey.* London 1978.

Henke, Klaus-Dietmar: Der Weg nach Potsdam. Die Alliierten und die Vertreibung. In: Die Vertreibung aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen. Hrsg. von Wolfgang *Benz.* Frankfurt/M. 1995, 58-85.

Heumos, Peter: Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und dem Nahen Osten 1938–1945. Politisch-soziale Struktur, Organisation und Asylbedingungen der tschechischen, jüdischen, deutschen und slowakischen Flüchtlinge während des Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumentation. München 1989 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 63).

Holienčiková-Hrabovec, Emília: Kontroversen um die Lösung der „Magyarischen Frage“ in der Slowakei im Frühjahr und Sommer 1945. In: Studi in onore di Milan Stanislav Ďurica. Roma u. a. 1995, 171-198.

Hrabovec, Emilia: Vertreibung und Abschub. Deutsche in Mähren 1945–1947. Frankfurt/M. 1995 (Wiener Osteuropa-Studien 2).

Dies.: Neue Aspekte zur ersten Phase der Vertreibung der Deutschen aus Mähren 1945. In: Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938–1945. Hrsg. von Richard G. *Plaschka,* Horst *Haselsteiner,* Arnold *Suppan* und Anna M. *Drabek.* Wien 1997, 117-140.

Hull, Cordell: Memoirs. New York 1948.

Ivaničková, Edita: Československo-maďarské vzťahy v stredoeurópskej politike Veľkej Británie (1938–1945) [Tschechoslowakisch-ungarische Beziehungen in der Mitteleuropa-Politik Großbritanniens (1938–1945)]. Historický časopis 46/2 (1998) 250-260.

Jaksch, Wenzel: Benesch war gewarnt. Die abschließende Auseinandersetzung zwischen der tschechoslowakischen Exilregierung und den Sudetendeutschen in London. München 1949.

Ders.: Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donauraum. Köln 1967.

Janeček, Oldřich: Zrod politiky národní fronty a moskevské vedení KSČ [Die Entstehung der Politik der nationalen Front und die Moskauer KPTsch-Führung]. Revue dějin socialismu 9 (1969) 803-847.

Janics, Kálman: Czechoslovak Policy and the Hungarian Minority, 1945–1948. New York 1982.

[*Jebb*, Gladwyn:] The Memoirs of Lord Gladwyn. New York 1972.

Kamiński, Marek Kazimierz: Polsko-czechosłowackie stosunki polityczne 1945–1948 [Polnisch-tschechoslowakische politische Beziehungen 1945–1948]. Warszawa 1990.

Ders.: Polska i Czechosłowacja w polityce Stanów Zjednoczonych i Wielkiej Brytanii 1945–1948 [Polen und die Tschechoslowakei in der Politik der Vereinigten Staaten und Großbritanniens 1945–1948]. Warszawa 1991.

Kaplan, Karel: Poválečné Československo. Československo 1945–1948. Národy a hranice [Die Nachkriegstschechoslowakei. Die Tschechoslowakei 1945–1948. Völker und Grenzen]. München 1985.

Ders.: Pravda o Československu 1945–1948 [Die Wahrheit über die Tschechoslowakei 1945–1948]. Praha 1990.

Kastory, Andrzej: Czechosłowacja i jej sąsiedzi w 1945 roku. Problemy terytorialne [Die Tschechoslowakei und ihre Nachbarn im Jahre 1945. Territoriale Probleme]. In: Z dziejów przemian w Europie środkowo-południowo-wschodniej po drugiej wojnie światowej [Aus der Geschichte der Veränderungen im Mittel-Süd-Ost-Europa nach dem Zweiten Weltkrieg]. Hrsg. von Michał *Pułaski*. Kraków 1993, 129-144.

Ders.: Rewanż za Monachium. Z dziejów czechosłowackiej polityki wobec sąsiadów w latach 1945–1947 [Revanche für München. Aus der Geschichte der tschechoslowakischen Politik gegenüber ihren Nachbarn in den Jahren 1945–1947]. Kraków 1996 (Polska Akademia umiejętności. Rozprawy wydziału historyczno-filozoficznego. Ogólnego zbioru 84 [Polnische Akademie der Wissenschaften. Berichte der historisch-philosophischen Abteilung. Allgemeine Sammlung 84]).

Kertész, Stefan: Die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn. Eine Studie zur Nachkriegsdiplomatie. Südost-Stimmen 3/5 (1953) 5-32.

Kettenacker, Lothar: Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges. Göttingen 1989 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London 22).

Kern, Karl: Heimat und Exil – von Böhmen nach Schweden. Erinnerungen und Bekenntnisse eines sudetendeutschen Sozialdemokraten. Nürnberg [1980].

Klíma, Vlastimil: K historii domácího odboje za druhé světové války (Politické ústředí a Ústřední vedení odboje domácího) [Zur Geschichte der Widerstandsbewegung in der Heimat während des Zweiten Weltkrieges (Politisches Zentrum und Zentralleitung der heimatlichen Widerstandsbewegung]. In: Z počátků odboje 1938–1941 [Aus den Anfängen der Widerstandsbewegung 1938–1941]. Hrsg. vom Ústav dějin socialismu. Praha 1969, 111-160.

Kokoška, Stanislav: Poznámky Jaroslava Drábka o jeho rozmluvě s Edvardem Benešem v lednu 1939 [Die Vermerke Jaroslav Drábeks über sein Gespräch mit Edvard Beneš im Januar 1939]. In: *Rataj*, Jan/*Klimek*, Antonín/*Zudová-Lešková*, Zlatica: Z Druhé republiky [Aus der Zweiten Republik]. Bd. 2. Hrsg. vom Historický ústav Armády České republiky 1993, 365-374.

Korpalska, Walentyna: Władysław Eugeniusz Sikorski. Biografia polityczna [Władysław Eugeniusz Sikorski. Eine politische Biographie]. Wrocław 1981.

Kot, Stanisław: Listy z Rosji do gen. Sikorskiego [Briefe aus Rußland an General Sikorski]. London 1955.

Ders.: Rozmowy z Kremlem [Gespräche mit dem Kreml]. London 1959.

Kowalski, Włodzimierz T.: Walka dyplomatyczna o miejsce Polski w Europie (1939–1945) [Diplomatischer Kampf um den Platz Polens in Europa (1939–1945)]. Warszawa 1966.

Ders.: Polityka zagraniczna RP 1944–1947 [Die Außenpolitik der Polnischen Republik 1944–1947]. Warszawa 1971.

Křen, Jan: Do emigrace. Buržoazní zahraniční odboj 1938–1939 [In die Emigration. Der bürgerliche Auslandswiderstand 1938–1939]. Praha 1963.

Ders.: Odsun Němců ve světle nových pramenů [Die Abschiebung der Deutschen im Lichte neuer Quellen]. In: Dialog 1967, Nr. 4, 1-5 und Nr. 5, 7-10.

Ders.: V emigraci. Západní zahraniční odboj 1939–1940 [In der Emigration. Der westliche Auslandswiderstand 1939–1940]. Praha 1969.

Ders.: Die Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780–1918. München 1996 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 71).

Kukiel, Marian: Generał Sikorski. Żołnierz i mąż stanu Polski walczącej [Soldat und Staatsmann des kämpfenden Polen]. London 1970.

Kural, Václav: Místo společenství konflikt! Češi a němci ve Velkoněmecké říši a cesta k odsunu (1938–1945) [Statt Gemeinschaft Konflikt! Tschechen und Deutsche im Großdeutschen Reich und der Weg zur Abschiebung (1938–1945)]. Praha 1994.

Kynin, Georgii Pavlovich: Germanskij vopros vo vzaimootnošenijach SSSR, SŠA i Velikobritanii 1941–1943 gg. Obzor dokumentov [Die deutsche Frage in den gegenseitigen Beziehungen der UdSSR, der USA und Großbritanniens 1941–1943. Überblick über die Dokumente]. In: Novaja i Novejšaja Istorija 29/1 (1995) 91-113.

Laštovička, Bohuslav: V Londýně za války. Zápasy o novou ČSR 1939–1945 [In London während des Krieges. Kämpfe um die neue ČSR 1939–1945]. Praha 1960.

Lemberg, Hans: Die Entwicklung der Pläne für die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. In: Der Weg in die Katastrophe. Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen 1938–1947. Hrsg. für die deutsch-tschechische und deutsch-slowakische Historikerkommission von Detlef *Brandes* und Václav *Kural*. Essen 1994 (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 3), 77-92.

Ders.: „Ethnische Säuberung": Ein Mittel zur Lösung von Nationalitätenproblemen? Aus Politik und Zeitgeschichte B 46/1992, 27-38.

Lockhart, Robert Bruce: Diaries. Vol. 2: 1939–1965. Hrsg. von Kenneth *Young.* London 1980.

Lukas, Richard C.: The Strange Allies. The United States and Poland, 1941–45. Knoxville 1978.

Lundgren-Nielsen, Kay: The Polish Problem at the Paris Peace Conference. A Study of the Policies of the Great Powers and the Poles 1918–1919. Odense 1979.

Luža, Radomír: The Transfer of the Sudeten Germans. A Study of Czech-German Relations, 1933–1962. London 1964.

Marczak, Tadeusz: Granica zachodnia w polskiej polityce zagranicznej w latach 1944–1950 [Die Westgrenze in der polnischen Außenpolitik in den Jahren 1944–1950]. Wrocław 1995 (Acta Universitatis Wratislaviensis 1798).

Marjina, Valentina V.: E. Beneš: Vtoroj vizit v Moskvu (dekabr' 1943) [E. Beneš: Sein zweiter Besuch in Moskau (Dezember 1943)]. In: Vtoraja mirovaja vojna. Aktual'ne problemy. K 50-letiju Pobedy [Der Zweite Weltkrieg. Aktuelle Probleme. Zum 50. Jahrestag des Sieges]. Moskva 1995, 151-165.

Dies.: Nejen o Podkarpatské Rusi. Jednání Beneš – Molotov v Moskvě v březnu 1945 [Nicht nur um Karpatenrußland. Die Verhandlungen zwischen Beneš und Molotov im März 1945]. Dějiny a současnost 18/4 (1996) 48-51.

Maršálek, Zdenko: Českoslovenští občané německé národnosti v čs. brigádě ve Velké Británii 1939–1944 [Tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Nationalität in der tschechoslowakischen Brigade in Großbritannien 1939–1944]. Historie a vojenství 46/2 (1997) 131-155.

Mastný, Vojtěch: Benešovy rozhovory se Stalinem a Molotovem [Benešs Gespräche mit Stalin und Molotov]. Svědectví 12/47 (1974) 467-498.

Ders.: Soviet War Aims at the Moscow and Teheran Conferences of 1943. In: Journal of Modern History 47 (1975) 481-504.

Ders.: Moskaus Weg zum Kalten Krieg. München–Wien 1980.

Mazur, Zbigniew: Poland's Western Frontier in the State Department's Concepts During World War II. Polish Western Affairs 21 (1980) 274-296.

Menschen im Exil. Eine Dokumentation der sudetendeutschen sozialdemokratischen Emigration von 1938 bis 1945. Stuttgart 1974.

Mikołajczyk, Stanisław: The Pattern of Soviet Domination. London 1948.

Miner, Steven Merritt: Between Churchill and Stalin: The Soviet Union, Great Britain, and the Origins of the Grand Alliance. Chapel Hill 1988.

Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer ergänzt durch andere Überlieferungen. Düsseldorf 1968.

Mitkiewicz, Leon: Z generałem Sikorskim na obczyźnie (Fragmenty wspomnień) [Mit General Sikorski im Ausland (Erinnerungsfragmente)]. Paris 1968.

Ders.: W najwyższym sztabie zachodnich aliantów 1943–1945 [Im obersten Stab der westlichen Alliierten 1943–1945]. London 1971.

Muraschko, Galina P./*Noskowa,* Albina F.: Politisch-psychologische Aspekte der Umsiedlung der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg. Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996) 979-990.

Nationale Frage und Vertreibung in der Tschechoslowakei und Ungarn 1938–1948. Aktuelle Forschungsergebnisse. Hrsg. von Richard G. *Plaschka,* Horst *Haselsteiner,* Arnold *Suppan* und Anna M. *Drabek.* Wien 1997 (Zentraleuropa-Studien 3).

Nitschke, Bernadetta: Wysiedlenie ludności niemieckiej z Polski w latach 1945–1949 [Die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen in den Jahren 1945–1949]. Zielona Góra 1999.

Nový, Vilém: Život a revoluce [Leben und Revolution]. Praha 1974.

Orzechowski, Marian: Odra – Nysa Łużycka – Bałtyk w polskie myśli politycznej okresu drugiej wojny światowej [Oder – Lausitzer Neiße – Ostsee im polnischen politischen Denken während des Zweiten Weltkrieges]. Wrocław 1969.

Osękowski, Czesław: Społeczeństwo Polski zachodniej i północnej w latach 1945–1946. Procesy integracji i dezintegracji [Die Gesellschaft in West- und Nordpolen in den Jahren 1945–1946. Integrations- und Desintegrationsprozesse]. Zielona Góra 1994.

Pasierb, Bronisław: Polskie prace przygotowawsze do Traktatu Pokojowego z Niemcami 1916–1948. Instytucje – ludzie – problemy [Polnische Vorbereitungsarbeiten für den Friedensvertrag mit Deutschland 1916–1948. Institutionen – Personen – Probleme]. Wrocław 1996.

Pautsch, Ilse Dorothee: Die territoriale Deutschlandplanung des amerikanischen Außenministeriums 1941–1943. Frankfurt/M. 1990 (Mainzer Studien zur Amerikanistik 24).

Perman, Dagmar: The Shaping of the Czechoslovak State. Diplomatic History of the Boundaries of Czechoslovakia, 1914–1920. Leiden 1962 (Studien zur Geschichte Osteuropas 7).

Pobóg-Malinowski, Władysław: Najnowsza historia polityczna Polski [Neueste politische Geschichte Polens] 1864–1945. Bd. 3: Okres 1939–1945 [Der Zeitraum 1939–1945]. 2. Aufl. London 1981.

Polonsky, Antony/*Drukier,* Bolesław: The Beginning of Communist Rule in Poland. London 1980.

Prażmowska, Anita J.: Britain and Poland 1939–1943. The Betrayed Ally. Cambridge 1995.

Prinz, Friedrich: Ideologische Aspekte der Vertreibung. Bohemia 8 (1967) 281-291.

Ders.: Jaksch und Beneš im Londoner Exil und die Frage der Aussiedlung der Sudetendeutschen. Bohemia 15 (1974) 256-284.

Raczyński, Edward: W sojuszniczym Londynie [Im verbündeten London]. London 1960.

Ripka, Hubert: Československo v nové Evropě [Die Tschechoslowakei im neuen Europa]. London 1945.

Ders.: Munich: Before and After. New York 1969.

Rhode, Gotthold: Geschichte Polens. Ein Überblick. Darmstadt 1980.

Röder, Werner: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945. Ein Beitrag zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1973.

Rothwell, Victor: Britain and the Cold War, 1941–1947. London 1982.

Rzepecki, Jan: Wspomnienia i przyczynki historyczne [Erinnerungen und historische Beiträge]. Warszawa 1956.

Ržeševskij, Oleg A.: K istorii anglo-sovetskogo dogovora 1942 g. [Zur Geschichte des britisch-sowjetischen Abkommens von 1942]. In: Vtoraja mirovaja vojna. Aktual'ne problemy. K 50-letiju Pobedy [Der Zweite Weltkrieg. Aktuelle Probleme. Zum 50. Jahrestag des Sieges]. Moskva 1995, 133-150.

Schraut, Sylvia: Flüchtlingsaufnahme in Württemberg-Baden 1945–1949. Amerikanische Besatzungsziele und demokratischer Wiederaufbau im Konflikt. München 1995 (Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland 2).

Schurmann, Peter: Die sorbische Bewegung 1945–1948 zwischen Selbstbehauptung und Anerkennung. Bautzen 1998.

Sherman, Ari J.: Island Refuge. Britain and Refugees from the Third Reich 1933–1939. London 1973.

Sherwood, Robert E.: Roosevelt and Hopkins. An Intimate History. New York 1950.

Ślusarczyk, Jacek: Zagadnienie sojuszu polsko-radzieckiego w programach i działalności lewicy polskiej w latach 1941–45 [Die Frage des polnisch-sowjetischen Bündnisses in den Programmen und der Tätigkeit der polnischen Linken in den Jahren 1941–45]. Wrocław 1981.

Siemaszko, Zbigniew S.: Narodowe Siły Zbrojne [Die Nationalen Streitkräfte]. London 1982.

Sokorski, Włodzimierz: Tamte lata [Jene Jahre]. Warszawa 1979.

Staněk, Tomáš: Perzekuce 1945. Perzekuce tzv. státně nespolehlivého obyvatelstva v českých zemích (mimo tábory a věznice) v květnu – srpnu 1945 [Persekution 1945. Die Persekution der sog. staatlich unzuverlässigen Bevölkerung in den böhmischen Ländern (außerhalb der Lager und Gefängnisse) im Mai bis August 1945]. Praha 1996.

Stępniowski, Tadeusz: Z dziejów 2. Armii Wojska Polskiego. Zarys formowania i organizacji [Aus der Geschichte der 2. Armee der polnischen Streitkräfte. Eine Skizze ihrer Aufstellung und Organisation]. Warszawa 1962.

Šťovíček, Ivan: Velká Británie a československo-sovětská smlouva z r. 1943 [Großbritannien und der tschechoslowakisch-sowjetische Vertrag aus dem Jahre 1943]. Historie a vojenství 1994/1, 161-172.

Strobel, Georg W.: Wie Stalin Grenzen in Ostmitteleuropa zog. Zu Zygmunt Berlings Erinnerungen. Osteuropa 42 (1992) 1078-1085.

Sudetendeutsche Einheit gegen Hitler. Bericht von der Landeskonferenz deutscher Antifaschisten aus der Tschechoslowakei, abgehalten in Beaver Hall, London, am 16. und 17. Oktober 1943. London o. J.

Szczegóła, Hieronym: Przedpoczdamskie wysiedlenie niemców z Polski (czerwiec – lipiec 1945 g.) [Die Vorpotsdamer Aussiedlung der Deutschen aus Polen (Juni – Juli 1945)]. In: Ludność niemiecka na ziemiach polskich w latach 1939–1945 i jej powojenne losy [Die deutsche Bevölkerung in den polnischen Gebieten in den Jahren 1939–1945 und ihr Nachkriegsschicksal]. Hrsg. von Włodzimierz *Jastrębski*. Bydgoszcz 1995, 47-55.

Táborský, Edvard: Pravda zvítězila. Deník druhého zahraničního odboje [Die Wahrheit hat gesiegt. Tagebuch des zweiten Auslandswiderstandes]. Praha 1947.

Ders.: Beneš and the Soviets. Foreign Affairs 27 (Jan. 1949) 302-314.

Ders.: Benešovy moskevské cesty [Benešs Moskau-Reisen]. Svědectví 1 (1957) 193-214.

Ders.: President E. Beneš between East and West 1938–1948. Stanford 1981.

Terej, Jerzy Janusz: Rzeczywistość i polityka. Ze studiów nad dziejami najnowszymi Narodowej Demokracji [Wirklichkeit und Politik. Aus den Studien zur neuesten Geschichte der Nationaldemokratie]. Warszawa 1971.

Terry, Sarah Meiklejohn: The Oder-Neisse Line Revisited: Sikorski's Program for Poland's Postwar Western Boundary, 1939–42. East Central Europe 5/1 (1978) 39-68.

Dies., Poland's Place in Europe. General Sikorski and the Origin of the Oder-Neisse Line 1939–1945. Princeton 1983.

Tomášek, Dušan/*Kvaček*, Robert: Causa Emil Hácha. Praha 1995.

Truman, Harry S.: Memoiren. Bd. 1. Stuttgart 1955.

Turlej, Stefan: Koncepcje ustrojowe obozu londyńskiego [Verfassungskonzepte des Londoner Lagers]. Warszawa 1978.

Turlejska, Maria: Prawdy i fikcje. Wrzesień 1939 – grudzień 1941 [Wahrheiten und Fiktionen. September 1939 – Dezember 1941]. Warszawa 1966.

Dies.: Spór o Polskę. Szkice historyczne. Czytelnik [Der Streit um Polen. Historische Skizzen. Lesebuch]. Warszawa 1981.

Tyrell, Albrecht: Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 1941–1945. Frankfurt/M. 1987.

Ullmann, Walter: The United States in Prague 1945–1948. New York 1978.

Vierheller, Viktoria: Polen und die Deutschland-Frage 1939–1949. Köln 1970.

Vishniak, Mark: The Transfer of Population as a Means of Solving the Problem of Minorities. New York: Yiddish Scientific Institute (YIVO) 1942.

Volokitina, Tat'jana Viktorovna: Pol'sko-čechoslovackij pograničnyj konflikt (1944–1947 gg.) [Der polnisch-tschechoslowaksiche Grenzkonflikt (1944–1947)]. Voprosy istorii 1998/6, 118-128.

Walczak, Jan: Niemiecka siła robotcza w polskim przemyśle węglowym po II. wojnie światowej [Die deutsche Arbeitskraft in der polnischen Kohle-Industrie nach dem 2. Weltkrieg]. In: Ludność niemiecka na ziemiach polskich w latach 1939–1945 i jej powojenne losy [Die deutsche Bevölkerung in den polnischen Gebieten in den Jahren 1939–1945 und ihr Nachkriegsschicksal]. Hrsg. von Włodzimierz *Jastrębski*. Bydgoszcz 1995, 73-91.

War and Diplomacy. The Making of the Grand Alliance. Documents From Stalin's Archives Edited with Commentary by Oleg A. *Rzheshevsky*. Amsterdam 1996.

Warriner, Doreen: Winter in Prague. Slavonic and East European Review 62 (1984) 209-240.

Winiewicz, Józef: Co pamiętam z długiej drogi życia [Woran ich mich aus dem langen Lebensweg erinnere]. Poznań 1985.

Winnicka, Halina: Tradycja a wizja Polski w publicystyce konspiracyjnej [Tradition und Vision Polens in der konspirativen Publizistik]. Warszawa 1980.

Woodward, Llewellyn: British Foreign Policy in the Second World War. 5 Bde. London 1970-1976.

Wrzesiński, Wojciech: Prusy Wschodnie w Polskiej myśli politycznej 1864–1945 [Ostpreußen im polnischen politischen Denken 1864–1945]. Olsztyn 1994.

Zabiełło, Stanisław: O rząd i granicę. Walka dyplomatyczna o sprawę polską w II. wojnie światowej [Um Regierung und Grenze. Der diplomatische Krieg um die polnische Frage im 2. Weltkrieg]. Warszawa 1964.

de Zayas, Alfred M.: Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. München 1980.

Zbiniewicz, Fryderyk: Rola komunistów polskich w organizowaniu i działalności Związku Patriotów Polskich oraz Polskich Sił Zbrojnych w ZSRR (maj 1942 – lipiec 1944 r.) [Die Rolle der polnischen Kommunisten bei der Organisation und Tätigkeit des Verbandes der Polnischen Patrioten sowie der Polnischen Streitkräfte in der UdSSR (Mai 1942 – Juli 1944)]. Z pola walki 4 (1961) 901-943.

Zimmermann, Volker: Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung im Reichsgau Sudetenland (1938–1945). Essen 1999 (Veröffentlichungen des Instituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 16; zugleich: Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission 9).

SACHREGISTER

Agde/Béziers (Lager) 46

Alliierte Kontrollkommission(en) 382, 384, 392, 394, 409

Arbeitsgemeinschaft čechoslovakischer Sozialisten
s. Zinnergruppe

Aussiedlung
— Pläne zur Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei 19-22, 24, 26, 28, 36, 59, 66, 70-72, 82, 87, 89, 91, 94-97, 100f., 111-117, 121, 123-131, 136, 142-149, 166, 173f., 178, 181-185, 187, 191-193, 195, 198, 201-203, 224, 250, 264, 293f., 297-299, 313, 328, 378-380, 387, 401, 410
— Pläne zur Aussiedlung der Magyaren aus der Tschechoslowakei 98, 100, 124, 155, 182, 184f., 199, 201, 203, 206, 224, 272, 277, 293f., 297-299, 311, 313, 328f., 331, 333, 377f., 380, 384, 387, 389-391, 401, 410, 417
— Pläne zur Aussiedlung der Deutschen aus Polen und den deutschen Ostgebieten 20, 50f., 59, 124, 137, 148f., 156-158, 161, 163, 166, 171, 217, 222, 224, 233, 238, 242-244, 264, 335, 393f., 397, 401, 410
— Pläne zur Aussiedlung der Deutschen aus Jugoslawien 224, 253, 264, 273, 403
— Pläne zur Aussiedlung der Deutschen aus Rumänien 224, 249, 253
— Pläne zur Aussiedlung der Deutschen aus Ungarn 249, 253, 391f., 417
— Pläne zur Aussiedlung der Polen aus Litauen 163
— Pläne zur Aussiedlung der Italiener aus Jugoslawien 273
— Pläne zur Aussiedlug der Rumänen aus Ungarn 273
— Pläne zur Aussiedlung der Bulgaren aus Jugoslawien 273
— Pläne zur Aussiedlung der Albaner aus Jugoslawien und Griechenland 273

Auxiliary Military Pioneer Corps 63f.

Burchett House (Lager) 44

Čechoslovák v Anglii [Der Tschechoslowake in England] (Zeitung) 21, 38f., 43f., 74, 99, 119, 147

Československé listy [Tschechoslowakische Blätter] (Zeitung) 385

Československý boj [Tschechoslowakischer Kampf] (Zeitung) 21

Český kurýr [Tschechischer Kurier] (Zeitschrift) 27, 86

Chicago Daily News (Zeitung) 59f.

Comité Interallié pour l'Étude de l'Armistice 292

Curzon-Linie
s. Polen, Beziehungen zur Sowjetunion, internationale Verhandlungen über polnisch-sowjetische Grenze

Czech Refugee Trust Fund 10, 29, 45, 63f., 74, 76

Daily Telegraph (Zeitung) 278

Danzig Committee in the United Kingdom 60

Demokratická strana Slovenska
s. Demokratische Partei der Slowakei

Demokratische Partei 218

Demokratische Partei der Slowakei (Demokratická strana Slovenska) 330

Demokratisches Sudeten-Komitee 320-322, 324

Der Sozialdemokrat (Zeitung) 63, 79, 99, 111, 121, 139, 172, 207

Der Tschechoslowake in England
s. Čechoslovák v Anglii

Deutsch-Demokratische Freiheitspartei (Gruppe Peres) 10, 29, 31, 42, 192, 212f., 324f.

Deutsche Christlichsoziale Volkspartei 55

Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei (DSAP)
s. Sozialdemokraten, sudetendeutsche

Die Wahrheit (Zeitung) 156

Dni [Tage] (Zeitung) 168

Einheit (Zeitung) 145, 152, 172, 318, 323

Emig-direkt
s. Jüdische Emigrationsverbände

England
s. Großbritannien

European Advisory Commission 166, 281, 285f., 292, 298f., 301, 303, 305, 310, 331, 357, 393, 395

Evening Standard (Zeitung) 65

Föderationspläne 20
— ostmitteleuropäische Föderation 12-15, 30, 36f., 40, 57f., 83, 99, 124, 136, 153, 155, 158, 186, 214, 216, 220, 227f.
— Föderalisierung der Tschechoslowakei 33f., 62, 79, 128f., 207-209, 214, 327
— polnisch-tschechoslowakische Föderation 57, 101f., 137

Foreign Affairs (Zeitschrift) 122, 249

Foreign Research and Press Service (FRPS) 49f., 135-137, 148, 153, 161, 163, 174, 227-229, 369

Frei-Deutschland-Bewegung 143

Freiheit – Gleichheit – Unabhängigkeit (Wolność – Rowność – Niepodległość, WRN)
s. Polnische Sozialistische Partei

Für eine freie Tschechoslowakei
s. Za svobodné Československo

Gesundung
s. Sanacja

Gewerkschaften
— sudetendeutsche 31 f., 35, 73 f., 85, 209
— tschechoslowakische 29, 74, 122, 324

Griechisch-türkischer Bevölkerungsaustausch 26, 52, 103, 124, 134 f., 137, 149, 193, 222, 228 f., 252, 274, 277 f., 349, 398

Großbritannien
— Aufnahme sozialdemokratischer Flüchtlinge 8-10, 28, 44, 63
— Verhältnis zu Deutschland 16, 53, 29, 32, 58
— Beziehungen zur Tschechoslowakei
s. Tschechoslowakei – Beziehung zu Großbritannien
— Beziehungen zu Polen
s. Polen – Beziehungen zu Großbritannien
— Beziehungen zur Sowjetunion 140 f., 150, 161, 195, 198, 230
– Verhandlungen über Grenzziehungen und Aussiedlung 250, 262 f., 268, 271, 274, 276, 278, 283, 310-312, 338-340, 343 f., 346 f., 350-352, 358, 394, 415
— Beziehungen zu Ungarn 153 f.
— Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika 105, 163, 198, 220, 226, 227, 229, 234-236
– Verhandlungen über Grenzziehungen und Aussiedlung der Deutschen 278
— Kriegsziele 67, 85, 88, 95, 103, 105, 165

Gruppe Peres
s. Deutsch-Demokratische Freiheitspartei

Hebrew Immigrant Aid Society (HIAS)
s. Jüdische Emigrationsverbände

Hlinkas Slowakische Volkspartei (Hlinkova Slovenská l'udová strana) 315

Holmhurst (Deklaration) 36, 39, 41, 62, 73, 79, 111, 114, 186

Ich bin Pole
s. Jestem Polakiem

In den Kampf
s. V boj

Inter-Allied Post-War Requirements Committee 121

Internationales Arbeitsamt 270

Jestem Polakiem [Ich bin Pole] (Zeitung) 56

Jewish Colonization Association (ICA)
s. Jüdische Emigrationsverbände

Jindra (tschechische Widerstandsgruppe) 141

Juden 6, 8, 51, 83, 276
— im Exil 43, 60, 292
— jüdische Emigrationsverbände 10, 29

— in Polen 156, 221

Kämpfendes Polen
s. Polska Walcząca

Kommunisten
— Komintern 204f.
— österreichische 10
— polnische 342, 396
— reichsdeutsche 8, 10
— sudetendeutsche 9f., 29, 70, 87, 121, 129, 139, 145f., 151, 172f., 179, 182, 186f., 190-192, 194, 208f., 212f., 292, 312f., 315, 318, 323, 326, 329, 330
— tschechoslowakische 205, 290, 378, 382, 389

Krajowa Rada Narodowa
s. Landesnationalrat

Krajowa Representacja Polityczna
s. Politische Landesvertretung

Labour Party 76f., 80, 281, 314, 327, 342

Landesnationalrat (Krajowa Rada Narodowa) 342, 354, 372

L'Epoque (Zeitschrift) 52

Lubliner Komitee 283, 366, 373, 426

Magyaren 26, 65, 70, 86, 118, 146, 152, 155, 166

Manchester Guardian (Zeitung) 99, 325, 382

Montrose/Margate (Lager) 44

Morgon Tidningen (Zeitung) 325

Münchener Abkommen 3, 5, 8, 13, 16, 18, 22f., 28-30, 32, 36, 43, 46, 62, 66f., 69, 73, 75, 79, 83, 85, 87, 92f., 96, 99, 102, 109, 117, 127, 131, 133-135, 138-141, 146-151, 153, 164, 167, 171f., 174f., 177, 179, 182f., 186, 196, 198f., 204, 209, 240, 286, 292, 303, 306, 313, 320-322, 378

Nationales Sicherheitskorps (Sbor národní bezpečnosti – SNB) 381

Nationalpartei (Stronnictwo Narodowe – SN) 55, 156, 158, 218

Nationalradikales Lager (Obóz narodowo-radikalny) 56

Nationalrat (Rada Narodowa – NR) 50, 217, 234, 358, 370

Nationalverteidigung (Obrana národa – ON) 23f., 27, 88f., 115

Neue Freiheit
s. Nová svoboda

Neuer Vorwärts (Zeitung) 15, 37

New York Times (Zeitung) 193

Nová svoboda [Neue Freiheit] (Zeitung) 172

Obóz narodowo-radikalny
s. Nationalradikales Lager

Obrana národa (ON)
s. Nationalverteidigung

Observer (Zeitung) 382

Pangermanismus 36, 129, 137, 142, 147, 149, 166, 175, 291, 323, 328, 382

Pariser Vororteverträge 8, 11, 16, 36f., 85, 155, 166, 196, 248f., 289, 391

Partei der Arbeit (Stronnictwo Pracy) 156, 218

Petitionsausschuß Wir bleiben treu (Petiční výbor věrni zůstaneme) 27f., 89

Pittsburgher Vertrag 14, 34, 178

Polen
— Annexionspläne 46, 50, 55f., 101, 105, 115f., 140, 142, 162, 193, 214f., 236, 314, 333f., 342, 344f., 357, 362, 370, 399, 405, 409
— Beziehungen zu Frankreich 47f., 101
— Beziehungen zu Großbritannien:
– Regierungsbildung 47
– britische Stellungnahmen zu polnischen Annexionsplänen und Grenzziehungen 48, 55f., 101f., 106-108, 120, 135, 159, 162f., 231, 233, 236, 239, 274, 275, 334f., 340f., 344-346, 349, 361, 366-368, 398-400, 406-412, 417
– speziell zur Aussiedlung 226-229, 244f., 247, 249, 251, 254-256, 258, 261, 265, 267, 270, 273f., 277, 279f., 284f., 310f., 349f., 356, 360, 362, 369-375, 403
— Beziehungen zur Tschechoslowakei
s. Tschechoslowakei – Beziehung zu Polen
— Beziehungen zur Sowjetunion 58, 109, 135, 101, 107, 117, 141, 158, 162, 226f., 289
– Aufnahme diplomatischer Beziehungen 236, 238
– sowjetische Haltung zu Annexionplänen und Grenzziehung 157, 160, 229, 233, 287f., 335, 338, 346, 366, 405, 410
– speziell zur Aussiedlung 272, 309, 354, 357, 396, 401, 410, 415, 417
– internationale Verhandlungen über die polnisch-sowjetische Grenze und territoriale Kompensation 221f., 229f., 232, 234-243, 252-254, 261, 287, 334f., 338-344, 347-356, 358f., 361, 364f., 372f., 393, 406-409
— Beziehungen zu Jugoslawien 106f.
— Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika 106, 168, 171
– amerikanische Stellungnahmen zu polnischen Annexionsplänen und Grenzziehung 219f., 231-233, 346, 355, 361, 370-372, 404, 410-412, 414
– speziell zur Aussiedlung 222, 224-226, 230, 239, 253, 352, 355, 363, 365f., 395
— Beziehungen zu Frankreich 365
— Regierung der Nationalen Einheit 399f.
— nationale Minderheitenrechte 158, 250f.

Politische Landesvertretung (Krajowa Representacja Polityczna) 219, 342, 349

Politisches Zentrum (Politické ústředí – PÚ) 23f., 27, 87, 89

Polnische Arbeiterpartei (Polska Partia Robotnicza – PPR)
s. Kommunisten, polnische

Polnische Nachrichten
s. Wiadomości Polskie

Polnische Sozialistische Partei (Polska Partia Socialistyczna – PPS) 55f., 102, 156, 158, 172, 218, 342, 352, 364, 367

Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung (Polski Komitet Wyzwolenija Narodowego) 355-359

Polska Partia Robotnicza (PPR) [Polnische Arbeiterpartei]
s. Kommunisten, polnische

Polska Partia Socialistyczna (PPS)
s. Polnische Sozialistische Partei

Polska Walcząca [Kämpfendes Polen] (Zeitung) 56

Polski Komitet Wyzwolenija Narodowego
s. Polnisches Komitee der Nationalen Befreiuung

Potsdamer Konferenz 1-4, 164, 299, 377, 381, 392, 400f., 404, 410f., 417, 428

Pravda [Wahrheit] (Zeitung) 366

Protektorat Böhmen und Mähren 3, 20, 23, 28, 30, 41, 43, 67, 69, 86, 90, 116, 118, 121, 126, 133f., 137, 144, 148f., 184-186, 192f., 237, 249, 378

Rada Jedności Narodowej
s. Rat der nationalen Einheit

Rada Narodowa (NR)
s. Nationalrat

Rat der Drei (Rada tří, tschechische Widerstandsgruppe) 292

Rat der nationalen Einheit (Rada Jedności Narodowej) 342f., 352-354, 374

Republikanische Wehr
s. Sozialdemokraten, sudetendeutsche

Rußland
s. Sowjetunion

Sanacja [Gesundung] 56

Sbor národní bezpečnosti (SNB)
s. Nationales Sicherheitskorps

Sheerwother Lodge (Lager) 44

Slowakischer Nationalrat (Slovenská národna rada – SNR) 329f., 389

Sorben 41, 115, 117, 157, 218, 301, 388

Sowjetunion
— Beziehungen zu Deutschland 55, 93, 108, 168
— Beziehungen zu Polen
s. Polen – Beziehungen zur Sowjetunion
— Beziehungen zur Tschechoslowakei
s. Tschechoslowakei – Beziehungen zur Sowjetunion

— Beziehungen zu Jugoslawien 109
— Beziehungen zu Großbritannien
s. Großbritannien – Beziehungen zur Sowjetunion
— Beziehungen zu Ungarn 332
— Kriegsziele 159, 258, 271f., 288f., 305, 334, 338

Sozialdemokraten
— österreichische 10, 13, 39
— reichsdeutsche 6, 8, 10, 13, 37, 46, 79, 100
— sudetendeutsche 6, 8, 9, 10, 13f., 28f., 30f., 33f., 35f., 39, 43, 46, 60-62, 64f., 67, 70, 73f., 76-80, 82, 87, 91, 99f., 110-115, 118-120, 128-131, 139, 144-147, 151, 172-174, 177f., 181-183, 185f., 188-191, 194, 207, 209f., 213f., 314-316, 320-328
— Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei (DSAP)
s. Zinnergruppe
— tschechoslowakische 10, 11, 28, 37, 44, 76, 80, 83, 102, 312

St. Germain (Vertrag)
s. Pariser Vororteverträge

Stronnictwo Ludowe
s. Volkspartei

Stronnictwo Narodowe (SN)
s. Nationalpartei

Stronnictwo Pracy
s. Partei der Arbeit

Sudetendeutsche 16f., 21, 22f., 40, 62, 79, 108, 152, 167
— vor dem Krieg 5, 8, 12f., 14f., 80
— im Krieg 42, 44, 68
— im Protektorat 30-32, 52f., 116, 127, 144, 171
— in Großbritannien 28f., 45, 75, 87f., 91, 120, 130, 208f., 211, 322f.
— in Schweden 33, 73f., 111, 121, 189f., 208, 213, 324f.
— in Frankreich 35, 45f.
— in den Vereinigten Staaten von Amerika 121, 208f.
— in Brasilien 208f.

Sudetendeutsche Einheitsfront
s. Kommunisten, sudetendeutsche

Sudetendeutsche Partei 5, 11, 34, 181, 207

Sudetendeutscher Ausschuß, Vertretung der demokratischen Deutschen aus der ČSR 212f., 318, 322-324

Sudetendeutscher Freiheitssender 139

Sudetendeutsches Freikorps 293

Sudeten-Freiheit (Zeitschrift) 32f.

Sunday Times (Zeitung) 364

Sunday Observer (Zeitung) 276

Surrey Hills/Surrey (Lager) 44

Tage
s. Dni

Teheraner Konferenz 200, 240, 242, 288, 334, 337, 342, 358, 360

The Fourtnightly Review (Zeitschrift) 111

The Left News (Zeitschrift) 315

The New Statesman and Nation (Zeitung) 273

The Times (Zeitung) 107, 274, 302, 315

Time and Tide (Zeitung) 276

Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten
s. Sozialdemokraten, sudetendeutsche

Trianon (Vertrag)
s. Pariser Vororteverträge

Tschechischer Kurier
s. Český kurýr

Tschechoslowakei
— Beziehungen zu Frankreich 5, 15-17, 19, 387
— Beziehungen zu Großbritannien 15-17
– Anerkennung der provisorischen Regierung 61-63, 66, 134
– De-iure-Anerkennung 108-111
– Aufbau und Einsatz der Armee 65, 175, 177, 189 f.
– britische Haltung zur Aussiedlung und Grenzziehung 129, 131-134, 136-138, 140 f., 147, 176 f., 180, 194, 197-199, 204, 206, 227-229, 243, 245, 247, 249, 252-256, 258, 265, 267, 270, 277, 279, 284 f., 296, 327, 301-305, 308 f., 403, 410, 417
— Beziehungen zu Polen 28, 55, 89, 99, 106 f., 122, 124, 136, 151, 219, 227, 317, 337
– Verhandlungen über Grenzziehung 339 f., 375, 385-387
— Beziehungen zur Sowjetunion 95, 109 f., 117, 133, 193, 288, 296
– sowjetische Haltung zur Grenzziehung 135 f., 141 f., 290, 303, 337
– speziell zur Aussiedlung 194 f., 197-200, 203 f., 206, 290, 308 f., 311-313, 327, 332, 380, 383 f., 390, 415 f.
— Beziehungen zu Jugoslawien 106 f.
— Beziehungen zu Ungarn 153, 155, 293, 303, 317, 330-332
— Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika 109, 117, 193, 195
– amerikanische Haltung zur Grenzziehung 132 f., 140, 150, 162, 387
– speziell zur Aussiedlung 188, 197 f., 206, 244, 263, 279, 305 f., 311, 332, 380, 384, 416
— vor dem Krieg 5 f., 8, 14 f., 80
— Tschechoslowakischer Nationalausschuß (ČSNV) 17, 21 f., 37 f., 44, 61 f., 82
— Staatsrat 67, 81-87, 89, 96, 99 f., 110 f., 115, 117-119, 121, 123, 129, 132 f., 138, 141, 148-150, 155, 172 f., 175, 179, 182 f., 200, 207, 321
— provisorische Regierung 17, 61-63, 87, 116

— nationale Minderheitenrechte 71f., 88, 93f., 122, 166-168, 182, 196, 202, 208, 249, 251, 295, 300f., 391
— Kriegsziele und Grenzziehung 91f., 102, 105, 201, 204, 292, 306-308, 317
— tschechische Stellungnahmen zur Durchführung der Aussiedlung 377f., 381, 383

Tschechoslowakische Armee 42f., 45f., 61, 63-65, 74, 80, 82, 85, 109, 113, 118f., 133, 139, 174, 212, 291

Tschechoslowakische Blätter
s. Československé listy

Tschechoslowakischer Kampf
s. Československý boj

Union deutscher sozialistischer Organisationen in Groß-Britannien 100

United Commitee for Jewish Emigration
s. Jüdische Emigrationsverbände

United Nations Commission for Europe 266

USA
s. Vereinigte Staaten von Amerika

Ústřední výbor odboje domácího (ÚVOD) [Zentralausschuß des heimatlichen Widerstandes] 68, 53, 86-89, 101, 115, 118, 147, 154, 192, 291

V boj [In den Kampf] (Zeitung) 27, 86

Verband der Auslandstschechoslowaken 146f.

Verband Polnischer Patrioten (Związek Patriotów Polskich) 218, 240, 338, 354

Vereinigte Staaten von Amerika
— Kriegsziele 105
— Beziehungen zu Polen
s. Polen – Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika
— Beziehungen zur Sowjetunion 221, 414
— Beziehungen zu Großbritannien
s. Großbritannien – Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika

Versailles (Vertrag)
s. Pariser Vororteverträge

Vereinte Nationen 125, 167, 247, 251, 266, 318, 349, 401f., 414

Volksbund Deutscher Katholiken 208, 319

Volkspartei (Stronnictwo Ludowe) 55, 156, 218

Volkssozialistische Bewegung Deutschlands 37

Vrij Nederland (Zeitung) 97

Westbourne Terrace/London (Lager) 44

Wiadomości Polskie [Polnische Nachrichten] (Zeitung) 56

Wiener Schiedsspruch 133-135, 152f., 155f., 199, 292, 329

Wolgadeutsche 118, 149, 263

Wolność – Rowność – Niepodległość (WRN) [Freiheit – Gleichheit – Unabhängigkeit]
s. Polnische Sozialistische Partei

Za svobodné Československo [Für eine freie Tschechoslowakei] (Zeitschrift) 299

Zentralausschuß des heimatlichen Widerstandes
s. Ústřední výbor odboje domácího (ÚVOD)

Zinner-Gruppe 73, 75, 77-80, 85, 100 f., 114 f., 118 f., 121 f., 132, 172, 191, 207 f., 212, 318, 323-326, 329

Związek Patriotów Polskich
s. Verband Polnischer Patrioten

PERSONENREGISTER

Adams, Samuel Vyvyian Trerice (1900–1952), Abgeordneter (Unionist) im Unterhaus 1931–1945 275

Allen, (William) Denis (*1910), Mitarbeiter des Central Department 1942–1944, des Northern Department des Foreign Office 1945–1946 171, 176f., 198f., 203, 226, 232, 244, 253, 264, 270, 303, 308f., 311, 331, 334f., 345f., 363, 394, 398, 409, 414

Ambros, Mitarbeiter des Czech Refugee Trust Fund 10

Ambrož, M., Professor, 1939–1945 im Exil in Großbritannien 29

Amery, Dr. Leopold Stennett (1873–1955), Abgeordneter (Unionist bzw. Conservative) im Unterhaus 1911–1945, Erster Lord der Admiralität 1922–1924, Minister für die Kolonien 1924–1929, Minister für Indien und Burma 1940–1945 183, 227

Anders, Władysław (1892–1970), Befehlshaber der polnischen Armee in der Sowjetunion, dann im Nahen Osten und schließlich in Italien, ab Februar 1945 Oberbefehlshaber der polnischen Armee (im Westen), blieb im Exil 158, 256

Arciszewski, Tomasz (1877–1955), Abgeordneter (PPS) im Sejm 1919–1935, PPS-Vorsitzender 1931–1939, WRN-Vorsitzender 1939–1944, Ministerpräsident der Exilregierung 29.11.1944–28.6.1945, blieb im britischen Exil 364, 367, 424f.

Arkad'ev, Georgij Petrovič (*1905), stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung des Volkskommissariats bzw. Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten 1939–1947, stellvertretender politischer Berater bei der SMAD bzw. der sowjetischen Gesandtschaft in der DDR 1947–1951 272

Armstrong, Hamilton Fish (1893–1973), Herausgeber von ‚Foreign Affairs' 1928–1946, Mitglied des Advisory Committee on Post-War Foreign Policy 1942–1943 222

Arthur, J. K., Lieutenant Colonel, Mitarbeiter des Directorate of Civil Affairs des War Office 249, 269, 278f.

Askew, Lieutenant Colonel, Mitarbeiter des britischen Generalstabs 246, 267f.

Atherton, Ray (1883–1960), Leiter der Division of European Affairs im State Department 1940–1943 194, 220, 222

Attlee, Clement Richard (1883–1967), Abgeordneter (Labour) im Unterhaus 1922–1955, Vorsitzender der Labour Party 1935–1955, Lordsiegelbewahrer Mai 1940–1942, Minister für Dominions 1942–1943, stellvertretender Premierminister 1942–1945, Premierminister 1945–1951 36, 186, 327, 358, 374, 406, 412, 415

Babarin, E. I., Mitarbeiter des Volkskommissariats für Außenhandel 272

Balabán, Josef (1894–1941), tschechoslowakischer Oberstleutnant, führendes Mitglied der ,Obrana národa' (Nationalverteidigung) 88

Balfour, Frederick Robert Stephen (1873–1945), Lieutenant Colonel, Mitarbeiter des Directorate of Civil Affairs des War Office 313, 339-341, 343, 366

Balfour, John, britischer bevollmächtigter Gesandter in Moskau 1943–1945 204, 332

Baliński, Stanisław, Mitarbeiter des polnischen Exil-Außenministeriums 180

Barcza de Nagyalásóny, George (1888–1961), ungarischer Diplomat, Botschafter beim Vatikan 1927–1938 bzw. in London 1938–1941, nach seiner Rückkehr 1941 in Ungarn verhaftet 153

Bárdos, Imrich (auch Bárdocz, Imre), magyarischer Arzt aus Neuhäusl, zeitweise Kommunist, später Sozialdemokrat 156

Barker, William, Dr. (*1909), Mitarbeiter des Foreign Office Research Department ab 1943, Erster Sekretär bzw. Chargé d'Affaires der britischen Botschaft in Prag 1945–1947, danach in Moskau 203, 300, 331

Bazarov, Semen Tarasovič, stellvertretender Leiter der Rechtsabteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten 1944, Botschaftsrat an der Botschaft in Stockholm 1946–1949, Sekretär der sowjetischen Kommission für Fragen des Waffenstillstands 287

Bechyně, Rudolf (1881–1948), tschechischer sozialdemokratischer Journalist, Abgeordneter und Minister, ab 1922 meist auch zugleich stellvertretender Ministerpräsident 2, 8, 21, 37, 80f., 172, 185, 323

Beck, Józef (1894–1944), polnischer Außenminister 1932–1939 47

Bělina, Josef (1891–1948), Redakteur der sozialdemokratischen Zeitschrift ,Volksrecht' (Aussig) und bis 1938 Mitarbeiter des Prager ,Sozialdemokrat' 34, 37f., 43, 74, 80, 118

Bellairs, Roger Mowbray (1884–1959), britischer Admiral, Vorsitzender des Military Sub-Committee of the Reconstruction 232

Beneš, Edvard (1884–1948), tschechoslowakischen Außenminister 1918–1935, Staatspräsident 1935–1948 1-3, 5-8, 11f., 17-20, 34, 36, 44-47, 58, 62-72, 74f., 84, 86, 94f., 102, 109f., 117, 121-125, 128, 131-134, 139, 142, 144, 150f., 153, 155, 165, 167, 173, 177, 180, 183, 185, 189, 192, 194, 196, 198f., 201, 205, 208, 213, 227, 249f., 264, 282, 292f., 295f., 304, 307, 317, 330f., 388, 410, 420-423, 425-427
- vor dem Krieg 5-7, 9f., 11f.
- Kriegziele und Pläne zur Aussiedlung 92, 96-99, 126f., 129, 141, 174, 272, 293, 308, 377f., 383f., 385, 387
- Gespräche mit Jaksch 13-15, 23, 38, 61, 78, 81-83, 87, 90f., 100, 111f., 114, 119, 129, 143,145, 174-176, 179, 1f., 184, 186, 188
- Gespräche mit anderen Sudetendeutschen im Exil 29-33, 37, 39, 41f., 75, 85, 88f., 100f., 113, 116, 118, 130, 147, 154, 173
- Gespräch mit Chamberlain 16
- Gespräche mit Churchill 193, 204, 309, 338

– Gespräche mit Eden 136, 138, 140f., 148f., 171, 194, 200, 302f., 305f., 340
– Gespräche mit Stalin 203, 254, 337f.
– Gespräche mit Molotov 136, 150, 203, 310f., 385, 390
– Gespräche mit Roosevelt 195, 197, 214, 226
– Gespräche mit Sikorski 179, 216, 290

Beneš, Václav (1910–1972), Neffe Edvard Benešs, im diplomatischen Dienst 1939–1948, Politologie-Professor in Bloomington 1950–1973 12

Berle, Adolf Augustus (1895–1971), Professor an der Columbia University 1937–1963, Abteilungsleiter im State Department 1938–1944, Mitglied des Advisory Committee on Post-War Foreign Policy 1942–1943 3, 163, 222

Berling, Zygmunt (1896–1980), Stabschef der auf sowjetischem Boden aufgestellten 5. Polnischen Division August 1941, blieb nach Evakuierung der Division in der UdSSR, Kommandeur der ‚Kościuszko'-Division Mai 1943, danach des 1. Polnischen Armeekorps, ab Juli 1944 stellvertretender Oberkommandierender der 1. Polnischen Armee und zugleich Mitglied des PKWN 241, 338, 354

Beuer, Gustav (1893–1947), Gründungsmitglied der deutschen Sektion und ZK-Mitglied der KSČ, Kreisvorsitzender in Karlsbad, Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament 1935–1938, Exil in London 1938–1945, Rückkehr in die Tschechoslowakei 1945, danach Übersiedlung in die SBZ 9f., 29, 121, 173, 192, 212f., 318f., 323

Bevin, Ernest (1881–1951), Abgeordneter (Labour) im Unterhaus 1940–1951, Minister für Arbeit und nationalen Dienst 1940–1945, Außenminister 1945–1951 56, 280f., 367, 411f., 413-415, 426

Biddle, Anthony J. Drexel (1896–1961), US-Diplomat, u. a. in Warschau 1937–1939, Gesandter bei der polnischen Exilregierung 1939/40, auch bei den übrigen Exilregierungen in London 1941–1944 106, 135, 335

Bielecki, Tadeusz (*1901), Abgeordneter im Sejm 1930–1935, SN-Vorsitzender ab 1938, stellvertretender Vorsitzender des Exil-Nationalrats 1939–1941 218

Bierut, Bolesław (1892–1956), kommunistischer Funktionär, im Exil in der Sowjetunion ab 1939, Vorsitzender der KRN 1943–1945 372, 399, 405, 407f., 412-414

Bismarck, Otto, Fürst von (1815–1898), preußischer Ministerpräsident und deutscher Reichskanzler 164

Blatny, Fanny (1873–1949), Funktionärin der DSAP-Frauenbewegung, 1920–1938 Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament, im britischen Exil 1939–1949 10, 75-77

Blum, Léon (1872–1950), französischer Sozialist und Ministerpräsident 1936–1938, 1946–1947, 1940–1945 inhaftiert 5, 17, 52

Boček, Bohumil, (1894–1952), tschechoslowakischer General, Abteilungsleiter im Verteidigungsministerium 1940–1944, ab Oktober 1944 Kommandeur der 1. Selbständigen Brigade in der Sowjetunion, Generalstabschef 1945–1948 386f.

Bogomolov, Aleksandr Evromovič (1900–1969), sowjetischer Botschafter bei den Exilregierungen 1941–1943, Botschafter in Paris 1944–1952 141-143, 150, 164, 194, 197f., 229, 426f.

Boheman (*1895), schwedischer Gesandter in Polen 1934–1937, stellvertretender Außenminister 1938–1945, Gesandter in Paris 1945–1947, Botschafter in London 1947–1948, in Washington 1948–1950 356

Bohlen, Charles Eustis (*1904), Sekretär der US-Botschaft in Moskau 1937, amerikanischer Konsul in Moskau 1938, Teilnehmer an der Konferenz in Jalta 1945 242, 361

Bonnet, Georges Etienne (1889–1973), französischer Politiker, Handelsminister 1935–1936, Botschafter in den USA 1937, Finanzminister 1937–1938, Innenminister 1938, Außenminister 1938–1939, Justizminister 1939–1940, unter dem Vichy-Regime Angehöriger des Conseil national 6

Bořek-Dohalský, Zdeněk (1900–1945), tschechischer Journalist, Mitglied des PÚ, im Oktober 1941 verhaftet, im Februar 1945 erschossen 88, 115f.

Borsky-Bodirsky, Gustav, im britischen Exil Verlagssekretär der New Europe Publishing Co. Ltd. 191

Božek, Arkadiusz (1899–1954), Vertreter der polnischen Minderheit in der Weimarer Republik, Mitglied im Exil-Nationalrat, in der Volksrepublik Vizewojewode in Schlesien 235

Bracken, Brendan, 1st Viscount of Bracken (1901–1958), Mitglied des Unterhauses 1929–1945, persönlicher Sekretär des Premierministers 1940–1941, Informationsminister 1941–1945 226

Bradley, Omar Nelson (1893–1981), Befehlshaber der 1. US-Armee bei der Landung in Frankreich 1944, später Oberbefehlshaber der 12. US-Armee-Gruppe; Generalstabschef des Heeres 1948–1949 380

Brailsford, Henry Noel (1873–1958), britischer Journalist 273

Brehan, Eugen, Mitglied der ‚Volkssozialistischen Bewegung' im Exil 37

Breitinger, Rechtsanwalt in der Bundesrepublik Deutschland 324

Brooke-Booth, S. P., Mitarbeiter des britischen MI 5 211

Brown, Arthur Joseph (*1914), britischer Wirtschaftswissenschaftler, Mitarbeiter des Foreign Office Research Department 1940–1945 261f., 264, 245

Bruce Lockhart, Robert (Hamilton) (1887–1970), 1939–1940 im Political Intelligence Department, britischer Vertreter bei der tschechoslowakischen Exilregierung 1940–1941, Deputy Under-Secretary im Foreign Office und Generaldirektor der Political Warfare Executive 1941–1945 3, 18, 67, 69-72, 85, 91, 97-100, 102, 109, 113, 126, 132, 134, 139, 147, 153, 208

Brügel, Johann Wolfgang, Dr. (1905–1986), Sekretär Ludwig Czechs 1930–1938, Beamter der tschechoslowakischen Exilregierung 1938–1945, Rückkehr nach Prag 1945, dort Beamter des Industrieministeriums 1945–1946 und Vorsitzender des Prager Antifaschistischen Ausschusses zur Wahrung der Interessen deutscher Hitler-Gegner, Rückkehr nach Großbritannien 6, 76f., 192, 213, 324

Bunbury, Sir Henry Noel (1876–1968), Direktor des Czech Refugee Trust Fund 1939–1940 45

Byrnes, James Francis (*1879), Mitglied der US-Delegation in Jalta, Außenminister Juni 1945 – Januar 1947 410-412, 414, 416

Cadogan, Alexander George Montagu (1884–1968), britischer Diplomat, Permanent Under-Secretary 1938–1946 3, 17, 45, 47, 99, 62, 67, 105-107, 134f., 138f., 151, 153f., 162, 167, 176, 230, 235, 339, 341, 343-346, 348, 352, 359-363, 366, 399, 403f., 410-413

Campbell, Sir Ronald Ian (1890–1983), britischer Diplomat, Chargé d'Affaires in Paris 1938–1939, in Belgrad 1939–1941, in Washington 1941–1942, britischer Botschafter bei der European Advisory Commission 1945–1946 47, 198

Cannon, Cavendish Welles (1895–1962), Mitarbeiter der Division of European Affairs des State Department 1941–1943, des Advisory Committee on Post-War Foreign Policy 1942–1943, Leiter der Division of South European Affairs 1945 413

Černý, František, Dr., Jurist, tschechoslowakischer Diplomat, 1940–1945 Vertreter bzw. Gesandter beim Französischen Ausschuß der Nationalen Befreiung 124f., 165

Chamberlain, (Arthur) Neville (1869–1940), Abgeordneter (Conservative) im Unterhaus 1918–1940, Premierminister 1937 – Mai 1940 5, 16, 53, 102, 424

Chelwood, Viscount = Cecil, Dr. Edgar Algernon Robert (1864–1958), Abgeordneter (Conservative) im Unterhaus 1906–1910 und (Independent Conservative) 1911–1923, Präsident der League of Nations Union 1923–1945 277

Churchill, Sir Winston Leonard Spencer (1874–1965), Abgeordneter (Conservative) im Unterhaus 1900–1953 (mit kurzen Unterbrechungen), Erster Lord der Admiralität 1939–1940, Premier- und Verteidigungsminister 1940–1945 1, 3, 16, 52f., 67, 102, 105f., 108, 112, 123, 135, 159f., 186, 227, 229f., 234, 237-239, 241f., 255f., 274-276, 334-341, 344, 346-353, 355, 358-361, 365, 367f., 370-375, 383, 399, 403, 406-408, 410f., 415, 417, 424, 426-428

Ciechanowski, Jan (1887–1973), polnischer Botschafter in Washington 1941–1945 2, 106, 235, 352, 354, 361, 374

Ciołkosz, Adam (1901–1978), Funktionär der Polnischen Sozialistischen Partei, Mitglied des Exil-Nationalrats, blieb im Exil 56

Císař, Dr. Jaroslav (1894–1983), tschechischer Astronom und Journalist, Direktor des Pressekonzerns ‚Lidové noviny' (Volkszeitung) 1927–1936, Leiter der Studienabteilung des tschechoslowakischen Exil-Außenministeriums, 1949–1980 als Astronom in Großbritannien tätig 168, 293-296

Clark Kerr
s. Kerr, Archibald John

Clementis, Vladimír (1902–1952), Abgeordneter (KSČ) im tschechoslowakischen Parlament 1935–1938, wegen Kritik am Hitler-Stalin-Pakt aus der Partei ausgeschlossen, wieder aufgenommen 1945, Staatssekretär im Außenministerium 1945–1948 383f., 386, 388

Collier, Sir Laurence (1890–1976), Leiter des Northern Department des Foreign Office 1935–1942 49

Colville, John Rupert (*1915), Assistant Private Secretary Churchills 1939–1941 103

Corbin, Charles (*1881), französischer Botschafter in London 1933–1940 47

Cranborne, Viscount = Gascoyne-Cecil, Robert Arthur James (1893–1972), Abgeordneter im Unterhaus 1929–1941, Minister für Dominions 1940–1945, Führer des Oberhauses 1942–1945 251, 278, 280

Cripps, (Richard) Stafford (1889–1952), Abgeordneter (Labour) im Unterhaus 1931–1950, Botschafter in Moskau 1940–1942, Lordsiegelbewahrer und Führer des Unterhauses Februar – November 1942; Minister für Flugzeugherstellung 1942–1945 109, 158f., 160, 226

Čulen, Marek (1887–1957), Abgeordneter (KP) im tschechoslowakischen Parlament 1925–1929, Teilnehmer des slowakischen Nationalaufstandes 1944, Mitglied des ZK 1945, des Präsidiums des ZK der KSS 1949–1954 330

Curzon, George Nathaniel (1859–1925), britischer Außenminister 1919–1924 161, 229f., 234f., 240-243, 261, 287f., 334, 338-341, 343, 346-350, 352, 355f., 358f., 361, 364f., 367f., 370, 372f., 393, 406-409

Cutsem, William E. van (†1972), Brigadegeneral, Deputy Director of Military Intelligence im War Office 1939–1940, im Military Sub-Committee des britischen Stabschefs 1942–1944 232

Cyž, Jan, Dr. (1883–1968), katholischer Geistlicher, Vorsitzender des Sorbischen Volksrats 1931–1933, Vorsitzender des Nationalrats der Lausitzer Sorben 1945 388

Czech, Ludwig (1870–1942), Rechtsanwalt, Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament 1920–1938, 1929–1938 Minister, 1921–1938 Vorsitzender der DSAP 38, 77

Daladier, Edouard (1884–1970), französischer Politiker, ab 1924 mehrfach Minister und 1938–1940 Ministerpräsident 19, 53, 424

Dalton, Hugh (1887–1962), Abgeordneter (Labour) im Unterhaus 1924–1931 und 1935–1959, 1929–1931 parlamentarischer Unterstaatssekretär im Foreign Office, Minister of Economic Warfare 1940–1942, Handelsminister 1942–1945 3, 48, 58f., 120, 162

Darlan, Jean (1881–1942), Oberbefehlshaber der französischen Marine 1939–1940, Marineminister 1940–1942, stellvertretender Ministerpräsident sowie Außen- und Verteidigungsminister 1941–1942, Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte 1942 315

David, Josef (1884–1968), Abgeordneter (Volkssozialist) im tschechoslowakischen Parlament, Exil in Großbritannien, Abgeordneter und Minister nach 1945 388

Davis, Elmer Holmes (1890–1958), Journalist, Leiter des Office of War Information 1942–1945 196

De Gaulle, Charles André Joseph Marie (1890–1970), Führer der ‚Provisorischen Komitees der Freien Franzosen‘ bzw. des ‚Nationalkomitees der Freien Franzosen‘ in London 1940–1943, Präsident des ‚Französischen Komitees für die Nationale Befreiung‘ 1943–1944, Ministerpräsident 1944–1946 163f., 151, 200, 365f.

Dejean, Maurice (*1899), französischer Diplomat, im Französischen Nationalkomitee Außenkommissar, Gesandter bei den anderen Regierungen in London 1943–1944 163f., 171

Dekanosov, Vladimir Georgijevič, sowjetischer Diplomat, 1939–1947 Stellvertreter des Volkskommissars (später Ministers) für Auswärtige Angelegenheiten, 1940–1941 Botschafter in Berlin 199f., 287

Dembiński, S. J., Mitarbeiter des polnischen Exil-Außenministeriums 375

Dmowski, Roman (1894–1939), Führer der polnischen Nationaldemokraten in der 2. und 3. Duma, gründete 1917 das Polnische Nationalkomitee, das die polnischen Interessen auf der Pariser Friedenskonferenz vertrat, Außenminister 1923 48, 218

Dobřemyl, J., Angehöriger der tschechoslowakischen Exil-Armee 118

Dölling, Rudolf (1902–1975), Abgeordneter (KSČ) im tschechoslowakischen Parlament 1935–1938, Exil in der Sowjetunion 1939–1945, Rückkehr in die Tschechoslowakei 1945, Übersiedlung in die SZB 1946, DDR-Botschafter in Moskau 1959–1965 205

Dormer, Sir Cecil Francis Joseph (1883–1979), britischer Botschafter bei der polnischen Exilregierung 106f., 158, 218

Drábek, Dr. Jaroslav (1901–1996), tschechischer Jurist und Journalist, Mitarbeiter von PÚ und ÚVOD, 1943–1944 in Haft, leitender Staatsanwalt des Prager Sondervolksgerichts 1945–1947, im amerikanischen Exil ab 1948 6

Drew, Colonel, Mitarbeiter des Directorate of Civil Affairs des War Office 246

Drtina, Prokop (*1900), Volkssozialist, politischer Referent in Benešs Exil-Kanzlei, Mitglied der Regierungsdelegation in der Slowakei im Oktober 1944, Justizminister 1945–1948 87-89, 107, 114f., 122, 177, 185, 191, 212f., 291f., 378

Ducháček, Dr. Ivo (1913–1988), Redakteur und ab 1936 Auslandskorrespondent der ‚Lidové noviny' (Volkszeitung), Exil in Großbritannien und Privatsekretär Ripkas 1940–1945, Abgeordneter (Christlich-Soziale Volkspartei) im tschechoslowakischen Parlament 1945–1948, Emigration in die USA 1948 52f., 382

Dunn, James Clement (1890–1979), Berater für politische Beziehungen 1937–1944 und Abteilungsleiter 1944 im State Department 404

Durbrow, Elbridge (*1903), ab 1942 im State Department, 1944–1946 Leiter der Osteuropa-Abteilung, Botschaftsrat in Moskau 1946–1948 395, 404

Eady, Sir Crawfurd Wilfrid Griffin (1890–1962), britischer Diplomat, Deputy Under-Secretary of State 1938–1940 im Home Office 413

Eden, Robert Anthony (1897–1977), Earl of Avon, Mitglied (Conservative) des Unterhauses 1923–1957, Minister für Dominions 1939–1940, Kriegsminister 1940, Außenminister 1940–1945 3, 16, 47, 58, 98-100, 106-110, 121-123, 125, 130, 133, 134-135, 147, 151, 155, 158-160, 167, 172f., 176, 186, 195, 198f., 204, 206, 216f., 220, 226f., 230, 234, 249f., 253, 255, 275f., 279f., 308-310, 322, 334-336, 338-341, 343, 345-347, 349-351, 356, 358, 360f., 363f., 367f., 370-372, 374, 399, 409f., 424-426, 428

Edgcumbe, John Aubrey Pearce (1886–1974), britischer Vetreter bei der Alliierten Kontrollkommission in Ungarn 392

Ehrlich, Hugo (*1903), Redakteur kommunistischer Zeitungen in Reichenberg, Prag und London, Sekretär des Sudetendeutschen Ausschusses ab 1943, Rück-

kehr in die Tschechoslowakei 1945, Aussiedlung nach Bayern und Übersiedlung in die DDR 173, 212

Eisenhower, Dwight David (1890–1969), Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Nordafrika 1942–1944, der alliierten Expeditionsstreitkräfte in Europa 1944–1945 380

Eliáš, Alois (1890–1942), tschechischer Legionär in Rußland und Frankreich, militärische Karriere bis zum Divisionsgeneral, Verkehrsminister in der Regierung Beran, Vorsitzender der Protektoratsregierung 1939–1942 11

Enver Pascha (1881–1922), jungtürkischer General und Politiker 276

Esterházy, Juraj, Vertreter der tschechoslowakischen Magyaren im Exil 152

Exler, Albert (*1910), Journalist, DSAP-Funktionär, Exil in Finnland, Schweden und ab 1942 in Großbritannien, Fallschirmabsprung über Böhmen Mai 1944, verhaftet im März 1945, Redakteur verschiedener Zeitungen ab 1946 212

Féher, Otto, Dr., Großgrundbesitzer und Rechtsanwalt aus Nitra, wohnte später in Bratislava 156

Feierabend, Ladislav (1891–1969), Landwirtschaftsminister der Protektoratsregierung 1939–1940, Finanzminister der tschechoslowakischen Exilregierung 1940–1945 2, 58, 62, 67, 93f., 117, 126, 154, 185, 259, 297, 330

Fejér, Max, Dr., pro-tschechoslowakischer Magyare aus der Südslowakei 156

Ferenc, Ladislav, Dr., pro-tschechoslowakischer Magyare aus der Südslowakei, im britischen Exil 156

Fierlinger, Zdeněk (1891–1972), tschechoslowakischer Gesandter in Moskau 1937–1939, 1941–1945, Ministerpräsident 1945–1946 2, 142, 150, 185, 194, 200, 203, 227, 229, 311, 331f., 377, 380, 384f., 387

Firt, Julius
s. Fürth, Julius

Fischl, Viktor (*1912), tschechischer Schriftsteller, im diplomatischen Dienst 1940–1949, Emigration nach Israel, wo er sich Avigdor Dagan nannte und als israelischer Diplomat arbeitete 327

Frank, Karl Hermann (1898–1946), Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament 1935–1938, stellvertretender Gauleiter Sudetenland 1938–1939, Staatssekretär beim Reichsprotektor 1939–1943, Staatsminister für Böhmen und Mähren 1943–1945 31, 116, 184-186, 205, 315, 378

Franzel, Emil, Dr. phil. (1901–1976), Redakteur und Bibliothekar, bis 1937 Mitglied der DSAP und 1937–1939 der Sudetendeutschen Partei 320

Frazer, Peter (1884–1950), neuseeländischer Minister für Bildung, Gesundheit und Schiffahrt 1935–1940, Außenminister 1943–1949, Premierminister 1940–1949 375

Frenzel, Alfred (1899–1968), Mitglied der DSAP, im britischen Exil 1939–1945, Übersiedlung nach Deutschland 1946, stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Südbayern, 1950–1954 Abgeordneter im bayerischen Landtag, ab 1953 im Bundestag, als ČSSR-Spion verurteilt 1960, ausgetauscht 1966 46, 65, 144, 184, 315

Freund, Ludwig [nach 1945 Ludvík Frejka] (1904–1952), KSČ-Kreissekretär 1930–1935, Redakteur der ‚Roten Fahne' 1935–1939, 1939 Emigration nach Großbritannien, 1939–1942 Mitglied der sudetendeutschen KSČ-Gruppe um Gustav Beuer, 1942 Mitglied des Einheitsausschusses sudetendeutscher Antifaschisten in Großbritannien, ab 1943 Mitglied des Sudetendeutschen Ausschusses – Vertretung der demokratischen Deutschen aus der ČSR, 1945 Rückkehr in die ČSR, danach Wirtschaftsfuntionär der KSČ und Redakteur der ‚Nová mysl' (Neues Denken), 1952 im Slánský-Prozeß zum Tode verurteilt und hingerichtet, 1963 rehablitiert 145, 323

Fürth [Firt], Julius (1897–1979), Generaldirektor der ‚Lidové noviny' (Volkszeitung), des Verlags Fr. Borový und Herausgeber der ‚Přítomnost' (Gegenwart) 1930–1939, Mitarbeiter der Informationsabteilung des Exil-Außenministeriums und Mitglied des Staatsrats, Generaldirektor der Melantrich-Gruppe 1945–1948, Leitungsfunktionen im Sender Freies Europa 1951–1965 2, 151, 185

Fyes, US-Verbindungsoffizier beim tschechoslowakischen Generalstab 381

Gabler, Karl, DSAP-Mitglied 78

Galaktionov, M. R., sowjetischer General 287

Gascoigne, Sir Alvary Douglas Frederick (1893–1970), Chargé d'Affaires in Budapest 1936–1939, britischer politischer Vertreter bei der Alliierten Kontrollkommission in Ungarn 1945–1946 392

Gatehouse, A. F., Mitarbeiterin des Central Department des Foreign Office 275, 304f., 308, 327, 366f., 394, 396

Geyer, Dr. Curt (1891–1967), Mitglied (SPD) des Reichstags 1920–1924, innenpolitischer Redakteur des ‚Vorwärts' 1925–1933, Exil in Prag, Paris und London, Mitglied des Exil-Parteivorstands 15, 37

Giesa, Alois, DSAP-Mitglied 44

Gillies, William (1885–1959), 1920–1945 Leiter der internationalen Abteilung der Labour Party und Sekretär des Subcommittee on International Affairs des Nationalen Exekutivkomitees der Labour Party 81

Girschiek, Adolf G., Dr., stellvertretender Obmann der Deutsch-Demokratischen Freiheitspartei 31, 42

Goebbels, Josef (1897–1945), Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda ab 1933 278

Goethe, Johann Wolfgang (1749–1832), Dichter und Gelehrter 84

Goldschmidt, Dr. Leopold (*1896), Redakteur des ‚Sozialdemokrat' in Prag bis 1938, Exil in Frankreich und Großbritannien 1938–1945, Mitarbeiter des britischen Informationsministeriums, Übersiedlung nach Deutschland 36

Gomułka, Władysław (*1905), Funktionär der KPP und PPR, Sekretär des ZK der PPR November 1943–1948, stellvertretender Ministerpräsident der provisorischen Regierung ab Januar 1945, Minister für die Wiedergewonnenen Gebiete ab November 1945 393

Gottwald, Klement (1896–1953), Generalsekretär der KSČ ab 1929, Exil in der Sowjetunion, stellvertretender Ministerpräsident bzw. Ministerpräsident 1945–1948, Staatspräsident 1948–1953 205f., 313

Grabski, Stanisław (1871–1949), Professor für Volkswirtschaft, in der 2. Republik mehrfach Abgeordneter und Minister, nach Evakuierung aus der Sowjetunion Vorsitzender des Exil-Nationalrats 1942–1945 234, 356, 358, 370, 424

Grégr, Julius (1831–1896), jungtschechischer Journalist und Abgeordneter im böhmischen Landtag und im Reichsrat 1873–1875 und 1879–1881 8

Grew, Joseph C. (1880–1965), amerikanischer Diplomat, 1944–1945 Staatssekretär im State Department 346, 370, 384, 391, 395 f.

Grigg, (Percy) James (1890–1964), Permanent Under-Secretary des War Office 1939 – Februar 1942, Kriegsminister 1942–1945 280, 392

Grosfeld, Ludwik, Dr. (1889–1955), Rechtsanwalt und PPS-Funktionär, Generalsekretär im Exil-Arbeitsministerium 1939–1943, Finanzminister Juli 1943–November 1944, nach Rückkehr nach Warschau Vizeminister für Schiffahrt und Außenhandel 56

Grossmann, Robert, Dr., Mitglied der Deutsch-Demokratischen Freiheitspartei 325

Grund, abtrünniges DSAP-Mitglied 320

Grünwald, Leopold (*1901), Mitglied der KSČ ab 1921, Exil in Moskau ab 1939, Chefredakteur des Sudetendeutschen Freiheitssenders 1943–1945, Umsiedlung nach Wien 1947, Bruch mit der KPÖ nach Einmarsch in Prag 1968 77, 205

Gubbins, Colin McVean (*1896), Colonel, später Major-General, im August 1939 Stabschef der britischen Militärmission bei der polnischen Armee, danach Chef der Militärmission bei den polnischen Einheiten in Frankreich, ab November 1940 Director of Operations and Training, 1943 Chef der Special Operations Executive 335

Gusev, Fedor Tarasovič (1905–1987), stellvertretender Leiter der 3. Westlichen Abteilung des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten 1938–1939, Leiter der 2. Europa-Abteilung 1941–1942, Gesandter in Kanada 1942–1943, Botschafter in London 1943–1946, Mitglied der European Advisory Commission, stellvertretender Außenminister 1946–1953 331 f., 343

Gyöngyösi, János (1893–1951), Funktionär der Kleinlandwirtepartei, Außenminister 1944–1947, Leiter der ungarischen Delegation bei der Pariser Friedenskonferenz 391 f.

Hácha, Dr. Emil (1872–1945), Präsident des Obersten Verwaltungsgerichts 1925–1938, Staatspräsident der Tschecho-Slowakei 1938–1939 und im Protektorat Böhmen und Mähren 1939–1945 184

Hahn, Dr. Otto (1888–1946), Zentralsekretär des Verbandes der öffentlichen Angestellten in Reichenberg, 1938–1946 Exil in Großbritannien 78, 121

Hála, František (1863–1952), ab 1928 Mitglied des Zentralen Exekutivausschusses und 1933–1938 Generalsekretär der tschechoslowakischen katholischen Volkspartei, Mitglied des tschechoslowakischen Exil-Staatsrats 1940–1945, Mitglied des Tschechoslowakischen Parlaments und Postminister 1945–1948 96, 185

Halifax, Viscount, Edward Frederick (1881–1959), Außenminister 1938–1940, Botschafter in Washington 1941–1946 16, 19, 47-49, 52 f., 62 f., 67, 70, 85, 162 f., 220, 226, 285, 306, 384, 395 f., 399

Hancock, Patrick Francis (*1914), Privatsekretär des Minister of Economic Warfare 1940–1942, danach Mitarbeiter des Central Department des Foreign Office 139

Hantusch, Rudolf (1898–1945), Gewerkschaftsfunktionär 1920–1938, Mitglied des Landesvorstands der Treuegemeinschaft Sudetendeutscher Sozialdemokraten in London, Mitglied des Czechoslovak Trade Union Centre in Great Britain 1941–1943 78, 188

Harmon, Ernest N. (*1894), Kommandierender General des 22. US-Armeekorps in Frankreich bzw. in Westböhmen 1945 384

Harriman, William Averell (1891–1985), Bankier und Diplomat, US-Botschafter in Moskau 1943–1946 3, 235, 238, 311, 313, 332, 343, 346, 351, 355, 357-359, 363f., 366, 393f., 396, 399, 405

Harrison, Geoffrey Wedgewood (*1908), Privatsekretär des Parlamentary Secretary of State for Foreign Affairs Butler 1939–1941, im Central Department des Foreign Office 1942–1944 und im German Department 1944–1945 3, 137, 161, 177, 207, 226, 232, 245f., 278, 293, 296, 363, 403f., 416f.

Harvey, Oliver Charles (1893–1968), Privatsekretär Edens 1935 und 1941–1943, Assistent bzw. Deputy Under-Secretary 1943–1947 135, 159f., 240, 279, 311, 335, 334f., 348, 352, 363, 374

Hazell, Ronald, Major, Vizekonsul in Galatz 1940, Mitarbeiter der Special Operations Executive, Vize-Konsul in Gdynia 1947 335

Hejret, Josef (1897–1951), im tschechoslowakischen diplomatischen Dienst ab 1920, Presseattaché in Warschau 1935–1939, im Exil-Außenministerium und in der Gesandtschaft bei der polnischen Exilregierung 1940–1945, zugleich Chefredakteur der Zeitschrift ‚Čechoslovák v Anglii‘ (Der Tschechoslowake in England), Gesandter bzw. Botschafter in Warschau 1945–1947 28, 68

Heller, Carl, Dr. (1872–1944), Mitglied des DSAP-Vorstands und des tschechoslowakischen Senats 1920–1938, Exil in Schweden 10, 190f.

Henderson, Ian Leslie (1901–1971), Sekretär an der britischen Gesandtschaft in Prag 1938, Mitarbeiter des Refugee Department des Foreign Office, Wirtschaftsberater der britischen Botschaft in Prag 1946 246

Henlein, Konrad (1898–1945), ab 1931 Turnwart des Deutschen Turnverbandes in der Tschechoslowakei, ab 1933 Vorsitzender der Sudetendeutschen Heimatfront bzw. Partei, 1938–1945 Reichkommissar bzw. Reichsstatthalter und Gauleiter im Reichsgau Sudetenland 10f., 14, 26, 36, 39, 67, 74, 76, 79f., 86, 90, 97, 107, 114, 123f., 127f., 166f., 176, 178, 180, 204f., 207, 210, 213, 294, 297, 301, 313-315, 319, 321-325, 378, 420f.

Herder, Johann Gottfried von (1744–1803), Theologe, Philosoph, Schriftsteller 84

Heřman, Mitarbeiter des tschechoslowakischen Außenministeriums im Exil 315

Heydrich, Reinhard (1904–1942), Leiter des Reichssicherheitshauptamtes 1939–1942, stellvertretender Reichsprotektor von Böhmen und Mähren 1941–1942 118, 121, 137, 141, 143, 148, 192, 228

Himmler, Heinrich (1900–1945), Reichsführer SS 1929–1945, Reichskommissar für die Festigung des Deutschen Volkstums 1939–1945 31, 51, 322

Hitler, Adolf (1889–1945), ‚Führer' und Reichskanzler 1933–1945 5, 11f., 13f., 27f., 31, 35f., 37f., 48f., 51f., 59 ,67, 70, 77-79, 86, 90, 110, 112, 120, 127, 139, 142, 148f., 152, 159, 164, 166, 168, 172, 178f., 187, 205f., 208, 210, 212f., 217, 221, 254, 265, 274, 276f., 284, 287, 318, 322, 344, 380, 382, 391, 398, 419-421

Hník, František (1905–1962), im Zweiten Weltkrieg Mitarbeiter des tschechoslowakischen Außenministeriums, Professor an der Hussitischen Evangelischen Fakultät der Karls-Universität 1946–1956, Bischof von Olmütz 1956–1961 300

Hochner, DSAP-Mitglied 44f.

Hodža, Milan (1878–1944), tschechoslowakischer Ministerpräsident 1935–1938, Vizepräsident des Exil-Staatsrats 1940–1944 20, 80, 152-154, 188

Hofmann, Herbert, Dr., DSAP-Mitglied 44f.

Holman, Sir Adrian (1895–1974), britischer Diplomat, 1. Sekretär im Foreign Office 1935–1938, in Berlin 1938–1939, in Den Haag 1939, in Bagdad 1940, in Teheran 1942, Gesandter in Paris 1944, britischer politischer Vertreter in Rumänien 1946–1947 36

Hood, Samuel, Viscount Hood (1910–1981), Privatsekretär mehrerer Informationsminister 1939–1941, im Economic and Reconstruction Department des Foreign Office 1942–1944 201, 232f., 246, 398f.

Hopkins, Harry Lloyd (1890–1946), Sonderberater und Sonderbotschafter Roosevelts 1940–1945 230, 235, 241f.

Hora, Vladimír (alias Křišťan) (1907–1944), Sekretär des Obersten Verwaltungsgerichts 1933–1939, Rechtsreferent der Gewerbebank 1940–1941, im Protektorat Funktionär des PÚ und des ÚVOD, verhaftet 1941 88

Hore-Belisha, Isaac Leslie (1893–1957), Abgeordneter (Liberal, Liberal National bzw. National Independent) im Unterhaus 1923–1945, Kriegsminister 1937 – Januar 1940 275

Hull, Cordell (1871–1955), Abgeordneter im Repräsentenhaus 1907–1921 und 1923–1931, Senator von Tennessee 1931–1937, US-Außenminister 1933–1944 3, 59, 106, 196, 219, 230, 235f., 238-240, 343

Ignat'ev, Aleksej Alekseevič (1877–1954), sowjetischer General 287

Ingr, Sergej (1894–1956), Angehöriger der Tschechischen Legion in Rußland, danach militärische Karriere bis zum General, Mitbegründer der ‚Obrana národa' (Nationalverteidigung), Verteidigungsminister der Exilregierung 1940–1944, Gesandter in Den Haag 1945–1948, Exil in Großbritannien 46, 18, 78, 82f., 85, 88, 95f., 115, 118, 130, 132, 153, 297

Jaeger, Hans (1899–1975), als Journalist und Verlagsleiter für KPD tätig 1918–1935, Exil in Prag 1933–1939, Mitbegründer der Volkssozialistischen Bewegung im Februar 1936, Exil in Großbritannien ab 1939 37

Jaksch, Wenzel (1896–1966), ab 1920 sozialdemokratischer Funktionär und Redakteur, Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament 1929–1938, Parteivorsitzender ab 1938, Exil in Großbritannien 1938–1945, Übersiedlung nach Deutschland 1949, Abgeordneter des Bundestages 1953–1966, Präsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen 1963 und des Bundes der Vertriebenen 1964 2f., 5, 6, 8, 10-12, 17, 21f., 28-46, 62-68, 70-87, 99-101, 110, 113,

118, 120-122, 125f., 128, 130-134, 139, 144, 147-149, 151, 171-173, 178, 183, 187, 207-211, 274, 296, 304f., 309, 314-324, 326-328, 419, 421-423

Jászi, Oszkár (1875–1957), ungarischer Soziologe und Politiker, Minister für Nationalitätenfragen 1918–1919, Emigration nach Deutschland und später in die USA, Professor am Oberlin College 1925–1942 330

Jebb, Hubert Miles Gladwyn (Lord Gladwyn) (*1900), 1938–1940 Privatsekretär Cadogans, 1940–1942 in der Special Operations Executive, 1942–1945 Leiter des neuen Economic and Reconstruction Department des Foreign Office 3, 231f., 234, 243f.

Jędrychowski, Stefan (*1910), Leiter des Büros für Information und Propaganda im PKWN, Sonderbeauftragter der polnischen Provisorischen Regierung in Paris, Mitglied des ZK der PPR ab 1945, darunter Vorsitzender der Wirtschaftsplanungskommission 1957–1968, Außenminister, 1971–1974 Finanzminister 366

Junin, Michail Michajlovič, Mitarbeiter des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten 1944–1945 287

Kaczér, Illés, ungarischer Journalist 155f.

Kalfus, Josef (1880–1955), 1936–1945 Finanzminister in der tschechoslowakischen bzw. der Protektoratsregierung 11

Kalla, Josef, Oberstleutnant, tschechoslowakischer Militärattaché in London 1936–1945 21-23, 30, 33, 35, 42-45

Kálmán, Mikuláš, pro-tschechoslowakischer Magyare aus der Südslowakei, im britischen Exil 156

Karski, Jan [eigentlich: Jan Kozielewski] (1914–2000), ab 1936 im polnischen diplomatischen Dienst, 1939 in Kriegsgefangenschaft, fungierte später in der polnischen Untergrundbewegung als Kurier und Verbindungsoffizier zu Briten und Amerikanern, verfaßte 1942 den sog. ‚Karski-Bericht' über den Holocaust, nach dem Krieg Professor in den USA 230

Katz, Franz (1888–1955), ab 1920 DSAP-Sekretär in Karlsbad, Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament 1926–1938, Exil in Großbritannien 1938–1955 10, 32-35, 73, 75, 209, 328

Kennan, George Frost (*1904), amerikanischer Diplomat und Historiker, US-Chargé d'affaires in Moskau 1945, Botschaftsrat in Moskau 1944–1946, Leiter der Planungsabteilung des Department of State 1945–1947, Botschafter in Moskau 1952–1954, in Belgrad 1961–1963 395f.

Kennard, Sir Howard William (1878–1955), britischer Botschafter bei der polnischen Exilregierung 1939–1941 49, 53, 59

Kérillis, Henri-Andrien Calloc'h de (1889–1958), französischer Journalist und Politiker, Gründer von ‚L'Epoque', Mitglied (Unabhängige Republikaner) des Parlaments 1936–1940, stimmte gegen das Münchener Abkommen, Vertreter de Gaulles in Kanada, Exil in Großbritannien und in den USA 52

Kern, Franz (1887–1955), DSAP-Parteisekretär von Komotau, Redakteur der ‚Volkszeitung' 2, 84

Kern, Karl Richard (*1902), Funktionär der Jugendorganisation der DSAP und Redakteur, Exil in Schweden 1940–1945 10, 190f., 325

Kerr, Archibald John (Kerr Clark, 1st Baron of Inverchapel) (1882–1951), Botschafter in Moskau 1942–1946 229, 234, 310, 312, 346f., 350f., 354, 356, 364, 375, 390, 393f., 397-399, 407, 409, 411

Kessler, Fritz (1891–1955), DSAP-Funktionär und Bürgermeister in Bodenbach 1933–1938, Übersiedlung nach Neuseeland im Herbst 1939, Rückkehr nach Deutschland 1949 10, 29-35, 42

Kirkpatrick, Ivone Augustine (1897–1964), Leiter des Central Department 1939–1940, außenpolitischer Berater und Leiter des Europadienstes der BBC 1941–1944 16, 49

Kirpal, Irene (1886–1977), Funktionärin der DSAP-Frauenbewegung, Abgeordnete im tschechoslowakischen Parlament 1920–1938, Exil in Großbritannien 1938–1945, Rückkehr in die Tschechoslowakei 10, 35, 75-77, 79f.

Klátil, František (1905–1972), tschechischer Journalist, Angehöriger der tschechoslowakischen Auslandsarmee, Abgeordneter (Volkssozialist) im tschechoslowakischen Parlament 1945–1948, Exil in London bzw. den USA ab 1948 46

Klecanda, Vladimír (1888–1946), Professor für Geschichte in Bratislava, nach der Unabhängigkeitserklärung der Slowakei an der Karls-Universität 1939, Mitglied des PÚ, Exil in Großbritannien, Mitglied des Exil-Staatsrats 24, 118, 185

Klieforth, Alfred William (*1889), amerikanischer Konsul in Berlin 1924–1927, in Riga 1927–1929, Sekretär der Botschaft in Berlin 1929–1933 und der Gesandtschaft in Wien 1933–1935, Konsul in Köln 1935–1941, Chargé d'affaires in Prag 1945 383f.

Klimecki, Tadeusz (1895–1943), Brigade-General, ab Juni 1940 Chef des Generalstabs 214f.

Kögler, Franz (*1891), DSAP-Funktionär, Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament 1935–1938, Exil in Großbritannien 1938–1945, blieb in Großbritannien 10, 29f., 32-35, 42, 44, 74-77, 79f., 191

Köhler, Bruno (1900–1989), ab 1929 Mitglied der KSČ-Führung, Exil in Frankreich 1938–1940, in Moskau 1940–1945, ZK-Sekretär 1945–1963 205

Koerbel (auch Korbel), Josef (1909–1977), ab 1934 im tschechoslowakischen diplomatischen Dienst, Leiter der tschechoslowakischen Sendungen der BBC 1940–1945, Gesandter bzw. Botschafter in Jugoslawien 1945–1948, Politologie-Professor in Denver (Colorado) 384

Kolarz, Walter (1912–1962), Schriftsteller und Journalist, Exil in Frankreich und Großbritannien, Leiter der Ostabteilung der BBC 1945–1960 315

Komenský (Comenius), Jan (Johann) Amos (1592–1670), Bischof der böhmischen Brüdergemeinde und Pädagoge 84

Kopecký, Václav (1897–1961), Mitarbeiter Gottwalds und Komintern-Agent, Exil in Moskau 1938–1945, Informationsminister 1945–1953 122, 166f., 313, 329, 378

Korb, Robert (1900–1972), Mitbegründer der deutschen Sektion der KSČ, Mitglied im ZK und später Politbüro, Chefredakteur der ‚Roten Fahne' in Prag, Mitglied der Moskauer KSČ-Führung 1939–1945, Übersiedlung in die SBZ 1946, Mitarbeiter im Ministerium für Staatssicherheit 205

Kornejčuk, Aleksandr Evdokimovič (1905–1972), Schriftsteller, stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten 1943–1944, Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der Ukraine 1944 194, 337

Kot, Stanisław, Dr. (1885–1975), Professor für Geschichte an der Universität Krakau 1920–1934, Innenminister der Exilregierung 1940–1941, Botschafter in Moskau 1941–1942, Informationsminister 1943–1945 3, 59, 68, 102, 164, 346

Koutnik, Max (1895–1972), Funktionär der Union der Textilarbeiter in Reichenberg, 1938–1945 Exil in Großbritannien, Rückkehr nach Reichenberg 1945, Auswanderung nach Kanada 1962, Übersiedlung in die Bundesrepublik 1964 33, 42, 44f., 73f., 85, 191

Krajina, Vladimír, Dr. (1905–1993), Dozent, führendes Mitglied des PÚ und ÚVOD, in Haft 1943–1945, Generalsekretär der Volkssozialistischen Partei 1945–1948, Exil in Kanada 87-89, 107, 115, 122

Kraus, Jaroslav, Dr., Mitarbeiter des tschechoslowakischen Exil-Außenministeriums 161, 185

Krebs, Hans (1888–1947), Vorsitzender der DNSAP, Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament 1925–1933, Flucht nach Deutschland 1936, Aussiger Regierungspräsident 1938–1945, nach dem Krieg hingerichtet 212

Kreibich, Karl (1883–1966), Mitbegründer der deutschen Sektion der KSČ, 1920–1925 Abgeordneter und 1935–1938 Senator im tschechoslowakischen Parlament, Exil in Großbritannien 1938–1945, Mitglied des Staatsrats 1942–1945, Botschafter in Moskau bis 1952 121, 139, 145, 172f., 192, 212, 323

Krejči, Franz (1888–1973), DSAP-Funktionär und Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament 1936–1938, Exil in Schweden 1938–1945, Rückkehr in die Tschechoslowakei, neues Exil in Schweden 10

Kripner, Dr., Mitarbeiter der Kanzlei des tschechoslowakischen Staatspräsidenten im Londoner Exil 315

Kříž, Karel, tschechoslowakischer Sozialdemokrat, Redakteur der Zeitung ‚Právo lidu' (Volksrecht) und Mitarbeiter des Exil-Außenministeriums 37

Krofta, Kamil, Dr. (1876–1945), Professor für Geschichte und Diplomat, tschechoslowakischer Außenminister 1936–1938 192

Krylov, Sergej Borisovič, Dr. (*1888), Professor für öffentliches und internationales Recht am Leningrader juristischen Institut und an der Höheren Diplomatenschule, Gesandter im Dienst des Außenministeriums 1942–1946, Mitglied des Internationalen Gerichtshofs der Vereinten Nationen 1946–1952 387

Kučera, Dr. Vladimír (1891–1961), tschechoslowakischer Gesandter in Stockholm 1937–1939, inoffizieller Vertreter der Exilregierung in Schweden 1939–1945, Beamter im tschechoslowakischen Außenministerium 1945–1950 9, 13, 15, 38

Kulski, Władysław (*1903), ab Oktober 1939 Rechtsberater im Außenministerium, nach dem Zusammenbruch Frankreichs Legationsrat bzw. Gesandter an der polnischen Botschaft in London 59, 162, 180, 361, 363

Kunicki, Tadeusz, polnischer Diplomat 49

Kunschke, Karl (*1894), ehem. Redakteur der liberalen ‚Ostrauer Morgenzeitung', Exil in Großbritannien 1938–1945, Rückkehr nach Prag 191

Kuznecov, Vasilij Vasil'evič (*1901), stellvertretender Vorsitzender der sowjetischen Staatlichen Planungskommission 1940, Gewerkschaftsvorsitzender 1944 272

Kwapiński, Jan (1885–1964), Handels- und Industrieminister der polnischen Exilregierung 1942–1944, stellvertretender Ministerpräsident 1943–1944, Industrie- und Finanzminister 1944–1945 357

Lacroix, Léopold Victor de (1878–1948), französischer Gesandter in Prag 5f.

Ladig, Josef (1895–1953), Sekretär des Internationalen Metallarbeiterverbandes und Mitglied der Zentrale des DGB in der ČSR, Exil in Schweden 1938–1946, Rückkehr in die Tschechoslowakei 1946, erneutes Exil in Schweden 1947 73f., 189, 213, 32f.

Lamanskij, Vladimir Ivanovič (1833–1914), slavophiler russischer Historiker und Slavist 8

Lange, Oskar (1904–1965), studierte 1932–1935 Wirtschaftswissenschaften an der Universität Krakau, übersiedelte 1937 in die USA und erhielt 1938 eine Professur an der Universität Chicago 353f.

Lany, Dr. Emil (1879–1945), Jurist und Rechtshistoriker, Mitarbeiter des tschechoslowakischen Justizministeriums ab 1920, Funktionär der Widerstandsgruppe ‚Provisorischer Nationalrevolutionärer Ausschuß', in Haft 1944–1945 192

Laštovička, Bohuslav (1905–1981), ab 1931 Mitglied der KSČ und Redakteur, im Londoner Exil, nach 1945 u. a. Botschafter in Moskau 1948–1950 und Vize-Verteidigungsminister 1950–1952 2, 65, 130

Latham, R., Mitarbeiter des ‚Central Department' des Foreign Office 63, 71

Laušman, Bohumil (1903–1963), Abgeordneter (Sozialdemokratie) im tschechoslowakischen Parlament, Generalsekretär der Partei der Arbeit 1938–1939, Mitglied des PÚ, Exil in Großbritannien, Mitglied des Staatsrats 1940–1945, Mitglied der Regierungsdelegation für die befreiten Gebiete 1944, Industrieminister 1945–1947 75, 312

Laval, Pierre (1883–1945), Mitglied des französischen Parlaments und Senats 1914–1919, 1924–1940, Minister in verschiedenen Ressorts, Außenminister und Ministerpräsident 1934–1936, stellvertretender Ministerpräsident 1940 und 1942–1944, nach dem Krieg hingerichtet 315

Lavergne, Dr. Bernard (1884–1975), französischer Professor für Soziologie 52f., 166

Law, Richard Kidston (1901–1980), Baron Law, Abgeordneter (Conservative) im Unterhaus 1931–1954, Parlamentarischer Staatssekretär 1941–1943 und Staatsminister 1943–1945 im Foreign Office 245, 278, 280, 360

Lebedev, Viktor Zacharovič (*1900), außerordentlicher Botschafter und Bevollmächtigter, Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Belgrad 1940–1941, Botschafter bei den Exilregierungen 1943–1944, in Warschau 1945–1951 331, 357

Leeper, Sir Reginald Wildig Allen (1888–1968), Leiter des Political Intelligence Department 1933–1940, Acting Assistent Under-Secretary 1940, Botschafter bei der griechischen Exilregierung 1943–1946 48f., 58, 91

Leierová, Mitarbeiterin des Tschechoslowakischen Nationalausschusses in Paris und des Außenministeriums in London 41

Leith-Ross, Frederick (William) (1887–1968), Erster Berater für Wirtschaftsfragen der britischen Regierung 1932–1946, Generaldirektor im Ministry of Economic Warfare, Vorsitzender des Inter-Allied Post-War Requirements Committee 1941–1943, Vorsitzender des Europa-Komitees der United Nations Relief an Rehabilitation Administration 1945–1946 121

Lenk, Josef (*1902), Vizebürgermeister (DSAP) in Teplitz, 1930–1938 Funktionär im Einheitsverband der Angestellten, nach 1945 im Zentralrat der tschechoslowakischen Gewerkschaften 10, 29, 74-79, 81, 85, 114, 121, 173

Ležák-Borin, Vladimír (1902–1970), Journalist, bis 1936 für kommunistische, ab 1936 für volkssozialistische Zeitungen tätig, im Exil in Frankreich und Großbritannien, dort 1940–1942 interniert 46, 68

Lias, Godfrey, Mitarbeiter des Political Intelligence Department des Foreign Office 327

Lichner, Ján (1897–1979), Funktionär und Parlamentsabgeordneter (Agrarpartei) 1935–1938, Minister der Regierung der autonomen Slowakei 1938, im Londoner Exil Staats- bzw. Landwirtschaftsminister 1940–1945, Vorsitzender der Demokratischen Partei der Slowakei und des Slowakischen Nationalrates 1945–1948 154

Lieberman(n), Herman (1870–1941), Rechtsanwalt und Funktionär der Polnischen Sozialistischen Partei, im Exil ab 1933, Justizminister in der polnischen Exilregierung 1941 56

Lippert, Max, DSAP-Mitglied 44

Litauer, Stefan (1892–1959), im diplomatischen Dienst Polens 1922–1929, Vorsitzender der Foreign Press Association 1936–1941, 1929–1940 Korrespondent der Polnischen Telegraphenagentur, 1940–1941 Direktor, 1941–1944 Leiter des Pressedienstes im Informationsministerium, 1944–1949 im Außenministerium, dann wieder Journalist 48, 163, 336

Litvinov, Maksim Maksimovič (1876–1951), sowjetischer Volkskommissar 1930–1939 und stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten 1941–1946, Botschafter in Washington 1941 – August 1943 162, 195, 286f., 288-290, 426

Lockhart, Robert Bruce
s. Bruce Lockhart, Robert

Löwi, Sigmund (1883–1954), Sekretär des Internationalen Metallarbeiterverbandes 1933–1937, DSAP-Miglied, ab 1937 Exil in Großbritannien, Mitgründer der Exekutive der DSAP-Auslandsgruppe unter Zinner 1940, ab 1943 Mitglied des Sudetendeutschen Ausschusses – Vertretung der demokratschen Deutschen aus der ČSR 44

Lorenz, Richard (1888–1958), DSAP-Mitglied, im Exil Mitglied des Landesvorstands der Treuegemeinschaft Sudetendeutscher Sozialdemokraten 144

Lozovskij, Solomon Abramovič, stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten 1939–1946 287, 289

Lukas, Karel (1897–1949), Oberstleutnant, in der tschechoslowakischen Auslandsarmee 1939–1944, Militärattaché in den USA 1944–1947 10

Lustig-Prean, Karl [eigentlich: Karl Lustig-Prean von Preanfeld und Fella] (1892–1965), Leiter verschiedener Theater, Chefredakteur von ,Egerland' und des christlich-sozialen Zentralorgans ,Deutsche Presse', Mitglied der Reichsleitung der Christlich-Sozialen Volkspartei, Übersiedlung nach Brasilien 1937, nach dem Krieg Direktor des Badener Stadttheaters 209, 319

Mabbott, John David (*1898), britischer Philosoph, Fellow des St. John's College Oxford 1924–1963, während des Zweiten Weltkriegs Mitarbeiter des FRPS bzw. Foreign Office Research Department 20, 50, 138, 247, 252, 254f., 282-284, 331, 356, 358, 368f.

Mach, Aleksandr (Šaňo) (1905–1980), Vertreter faschistischer Tendenzen in der Slowakischen Volkspartei Hlinkas, Kommandeur der Hlinka-Garde, Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident 1940–1945 315

Macháček, Pavol (1887–1969), katholischer Priester, in den zwanziger Jahren Generalsekretär der Slowakischen Volkspartei Hlinkas und Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament, Trennung von der Partei 1925, Exil in Großbritannien 1939–1945 156

Mack, Sir William Henry Bradshaw (1894–1974), britischer Diplomat, Verbindungsmann des Foreign Office beim Alliierten Oberbefehlshaber 1942, Deputy Commissioner (Civil) bei der Alliierten Kontrollkommission in Österreich 1944–1945, politischer Berater des Oberbefehlshabers der britischen Streitkräfte in Österreich 1945–1947 164

Majskij, Ivan Michajlovič (1884–1975), sowjetischer Botschafter in London 1932–1943, stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten 1943–1946 109, 116, 135f., 157, 159-161, 204, 229f., 234, 242, 271f., 286-288, 426

Makins, Sir Roger Mellor (*1904), 1938–1939 Sekretär des Intergovernmental Committee on Refugees from Germany, Mitarbeiter und 1941–1942 Leiter des Central Department 19, 36, 38f., 43, 47, 49, 59, 61, 63, 65, 67, 70, 85, 91, 98f., 107, 113, 119, 121, 125f., 131f., 138-141, 145, 150, 159

Malkin, (Herbert) William (1883–1945), Rechtsberater des Foreign Office 1929–1945, Vorsitzender des Interdepartmental Committee on Reparation and Economic Security 1942–1943 62, 139, 245, 270

Mander, Geoffrey Le Mesurier (1882–1962), Abgeordneter (Liberal) im Unterhaus 1929–1945, Parlamentarischer Privatsekretär des Luftfahrtministers Sinclair März 1942–1945 275

Mansfield, Earl of = Marray, Mungo David Malcolm (1900–1971), Mitglied (Unionist) des Unterhauses 1931–1935 278

Manuil'skij, Dmitrij Zacharovič (1883–1959), Volkskommissar für Landwirtschaft in der Ukraine 1918, Sekretär des Exekutivkomitees der Komintern 1928–1943, Außenminister der Ukraine 1944–1953 287, 289

Marshall, Thomas Humphrey (1893–1981), britischer Soziologe, Leiter der German Section des FRPS und FORD 1939–1944 229, 245, 252, 267, 260, 264, 267f., 270, 287, 392

Marton, Dr. J. H. (*1908), Rechtsanwalt, Exil in Großbritannien ab 1938 319

Marx, Karl (1818–1883), Philosoph und Nationalökonom 79

Masaryk, Jan (1886–1948), tschechoslowakischer Gesandter in London 1925–1938, Außenminister 1940–1945 17, 21, 29, 79, 106f., 110, 132, 150, 185, 195-197, 210, 285f., 292f., 298, 304, 309f., 375, 427

Masaryk, Tomáš Garrigue (1850–1937), Soziologe und Politiker, tschechoslowakischer Staatspräsident 1918–1935 14, 30, 66, 77, 79f., 128

Matthews, H. Freeman (*1899), Gesandter an der US-Botschaft in London 1941–1942, stellvertretender Leiter des Office of European Affairs im State Department 1944, nach 1945 Botschafter in Wien 371

Mayr-Harting, Dr. Hubert (*1906), Sohn des tschechoslowakischen Justizministers Robert Mayr-Harting, Exil in Großbritannien 1938–1945, Mitarbeiter des Exil-Justizministeriums, nach dem Krieg Rechtsanwalt in Wien 191

Meade, James Edward (*1907), britischer Ökonom, Dozent in Oxford 1930–1937, Mitarbeiter der Wirtschaftsabteilung der War Cabinet Offices 245

Menne Bernhard Heinrich (1901–1968), als Journalist für KPD-Organe tätig 1919–1928, abdem für SPD-Zeitungen, Exil in Prag bzw. London 1933–1945, Leiter der Thomas-Mann-Gruppe im Czech Refugee Trust Fund 1939–1943 10

Messer, Mrs. W. E., britische Förderin von Jaksch 68, 76

Middleton, George Humphrey (*1910), Sekretär in der britischen Botschaft in Washington 1944–1945 404

Mihailović, Dragoljub (Draža) (1893–1946), jugoslawischer Militärattaché in Sofia und Prag 1934–1938, Führer der Heimatarmee und Kriegsminister der Exilregierung 352

Mikołajczyk, Stanisław (1901–1966), stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister 1940–1943, Ministerpräsident der polnischen Exilregierung 1943–1944, stellvertretender Ministerpräsident 1945–1947 1, 3, 50, 200, 204, 234, 237, 239f., 335-341, 344, 347-350, 352-364, 366, 370, 374, 399, 407f., 411-413, 424-426

Milec, J., Gesandter der Slowakei in Bukarest 329

Minc, Hilary (1905–1974), Mitglied des Politbüros der PPR bzw. PZPR, Leiter der PKWN-Abteilung für Industrie bzw. Handels- und Industrieminister 1944–1949, Leiter der Wirtschaftsplanungskommission 1949–1956 412

Mitkiewicz, Leon (1896–1972), Mitglied der polnischen Militärmission in den USA 1943, polnischer Vertreter bei den Combined Chiefs of Staff in Washington 1943–1945 3, 59, 162, 219

Modelski, Izydor, Dr. (1888–1962), polnischer General, in der 2. Republik Piłsudski-Gegner und Haller-Anhänger, stellvertretender Verteidigungsminister 1939–1945, Rückkehr nach Polen 1945, Militärattaché in Washington 1946–1948, zweites Exil ab 1948 215

Modzelewski, Zygmunt (1900–1954), polnischer Kommunist, stellvertretender Außenminister bzw. Außenminister 1945–1951 405

Molotov, Vjačeslav Michajlovič (1890–1986), Vorsitzender des Rats der Volkskommissare 1930–1941, Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten 1939–1949 142f., 148, 155, 160, 162-164, 171, 195, 200-202, 204, 230, 238, 242, 272, 287-289, 314, 332, 337, 343, 354, 356, 358, 375, 380, 384, 393-395, 399,

287-289, 314, 332, 337, 343, 354, 356, 358, 375, 380, 384, 393-395, 399, 401, 408, 411 f., 414, 426 f.

Montgomery, Bernard Law (1887–1976), 1st Viscount Montgomery of Alamein, General und Feldmarschall (1944), Befehlshaber der britischen Armee in Nordafrika, in Italien und der 21. Heeresgruppe bei der Landung in Frankreich, Oberbefehlshaber der britischen Besatzungstruppen in Deutschland 1945–1946 und Mitglied des Alliierten Kontrollrats in Berlin 398

Moravec, Emanuel (1893–1945), Minister für Schulwesen und Leiter des Amtes für Volksaufklärung der Protektoratsregierung 1942–1945 11

Moravec, František (1895–1966), Chef der 2. Abteilung des tschechoslowakischen Generalstabs 1935–1945, blieb im Exil 20, 45, 122

Morávek, Václav (1904–1942), Stabskapitän, Mitglied der tschechoslowakischen Geheimarmee ‚Obrana národa' (Nationalverteidigung) 115

Morrison, Herbert Stanley (1888–1965), Abgeordneter (Labour) im Unterhaus 1923–1959 (mit Unterbrechungen), Minister für verschiedene Ressorts, Innen- und Sicherheitsminister 1940–1945 144, 415

Moyne, Lord = Walter Edward Guiness, 1st Baron of Moyne (1880–1944), Vorsitzender des Polish Relief Fund 1939 52

Müller, Heinrich (1880–1943), DSAP-Funktionär, Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament 1929–1935, Senator 1935–1938, Exil in Großbritannien 1938–1945 10, 44, 75, 78

Murray, James Dalton (1911–1984), Mitarbeiter der britischen Botschaft bei der polnischen Exilregierung, nach 1945 Chargé d'affaires in Prag 328

Mussolini, Benito (1883–1945), Führer der Faschisten und italienischer Regierungschef 1922–1943/45 125

Nečas, Jaromír (1885–1945), tschechoslowakischer Minister für Sozialfürsorge 1935–1938, Vorsitzender der Obersten Preisbehörde im Protektorat 1939–1940, Emigration nach London, Minister der Exilregierung 1940–1942 5 f., 21, 55 f., 62, 75, 81, 100, 102, 121, 185

Nejedlý, Zdeněk (1883–1957), Professor für Kultur- und Musikgeschichte, Exil in der Sowjetunion 1939–1945, Schulminister bzw. Arbeitsminister 1945–1953 378, 385, 388

Němec, František (1898–1963), Generalsekretär der Gewerkschaft Eisenbahnangestellten, Mitglied der Interbrigaden in Spanien, Minister für Sozialfürsorge 1940, für wirtschaftlichen Wiederaufbau 1942, Regierungdelegat für die befreiten Gebiete 1944, Gesandter in Kanada 1947, wo er nach dem Februar 1948 blieb 74-77, 80 f., 118, 185, 378

Neumann, Bedřich (1891–1964), tschechoslowakischer General, Mitbegründer der tschechoslowakischen Geheimarmee ‚Obrana Národa' (Nationalverteidigung), Befehlshaber der tschechoslowakischen Truppen in Großbritannien, stellvertretender Kommandeur des I. Militärbezirks 1945–1946, Emigration nach Großbritannien 1948 36, 41, 63, 189

Neumann, Gustav (1887–1946), Generalsekretär der Union der Glas- und Porzellanarbeiter in Teplitz-Schönau, Exil in Großbritannien 1938–1945, Vertreter

der Treuegemeinschaft Sudetendeutscher Sozialdemokraten im Tschechoslowakischen Gewerkschaftszentrum in Großbritannien, wo er nach dem Krieg blieb 21, 33, 324

Neurath, Freiherr Konstantin von (1873–1956), deutscher Außenminister 1932–1938, Reichsprotektor 1939–1941 30

Neuschul, Ernest (1895–1968), akademischer Maler, Exil in Großbritannien ab 1938 213

Nichols, Sir Philip Bouverie Bowyer (1894–1962), 1937–1939 im Central Department des Foreign Office, 1941–1946 britischer Vertreter bzw. Botschafter bei der tschechoslowakischen Regierung 121, 123, 125f., 128, 130, 132-135, 138-141, 150f., 166, 173- 176, 180, 183f., 195, 197-202, 211, 249, 269, 239-296, 302-310

Ninčić, Momčilo (1876–1949), jugoslawischer Außenminister 1921–1926, Außenminister der Exilregierung 1941–1943 106, 157

Nitsch, Josef, DSAP-Funktionär und Sekretär der Union der Textilarbeiter 44

Nižborský, Antonín, tschechoslowakischer General, Leiter der Militärkanzlei Benešs im Exil 130

Noel-Buxton, Lord = Noel Edward, 1st Baron of Noel-Buxton (1869–1948), Mitglied des Unterhauses 277f.

Nosek, Václav (1892–1955), ab 1929 Mitglied des ZK der KSČ, Exil in Großbritannien 1939–1945, 1941 Mitglied und 1942 stellvertretender Vorsitzender des Exil-Staatsrats, Innenminister 1945–1953 146, 179f., 190f., 379

Novikov, Kiril Vasil'evič (*1905), Legationsrat in der sowjetischen Botschaft in London 1940–1942, Leiter der 2. Europa-Abteilung des Volkskommissariats bzw. Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten 1942–1947, Teilnehmer an der Potsdamer Konferenz 161

Novomeský, Ladislav (Laco) (1904–1976), Schriftsteller, Mitglied des illegalen ZK der KSS 1943–1944, stellvertretender Vorsitzender des Slowakischen Nationalrates 1945–1950 und Beauftragter für Schulwesen, verhaftet 1951 389

Ochab, Edward (*1906), polnischer Minister für öffentliche Verwaltung 1945, Inhaber verschiedener hoher Posten, darunter Sekretär 1950–1956 und Erster Sekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei März – Oktober 1956 und Vorsitzender des Staatsrats 1964–1968 396

Ollenhauer, Erich (1901–1963), Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend 1918–1933, Emigration nach Prag 1933, nach Paris 1938, nach London 1940, Rückkehr nach Westdeutschland 1946 37

O'Malley, Owen St. Clair (1887–1974), britischer Gesandter in Budapest 1937–1939, bei der polnischen Exilregierung 1942–1945 237, 249f., 334, 339, 345-350, 357, 361f., 364

O'Neill, C., Mitarbeiter des German Department des Foreign Office 138, 244-246, 235, 255, 260, 236f., 270, 272, 284, 304, 309, 311, 330f., 368f., 394, 398f.

Opočenský, Jan (1885–1961), tschechoslowakischer Historiker, Archivar und Diplomat, führte Benešs Archiv in London 1940–1945 185

Orlemański, Stanisław (1899–1960), polnischer katholischer Priester, Organisator und Leiter der Kościuszko-Liga in Detroit 354

Osóbka-Morawski, Edward (*1909), Mitglied der ,Polnischen Sozialisten' ab September 1941, Vorsitzender der Arbeiterpartei der polnischen Sozialisten ab 1944, Januar – Juli 1944 stellvertretender Vorsitzender der KRN, Vorsitzender des PKWN Juli – Dezember 1944, Ministerpräsident und Außenminister der provisorischen polnischen Regierung Januar – Mai 1945, der provisorischen Regierung der nationalen Einheit Juni 1945 – Februar 1947 355f., 366, 393, 405

Osuský, Štefan (1889–1973), tschechoslowakischer Gesandter in Paris 1921–1940, Staatsminister der Exilregierung 1940–1942 67, 188

Palkovský, Břetislav, Dr. jur. (1888–1978), tschechischer Rechtsanwalt, Journalist und Politiker (Sozialdemokrat), Exil in Paris und London 1939–1945, nach dem Krieg Kunsthistoriker 83f., 86

Papánek, Jan (1896–1991), tschecholowakischer Journalist und Diplomat, 1939–1945 Leiter der tschechoslowakischen Informationskanzlei in den USA 317

Pasvolsky, Leo (1893–1953), Sonderberater des US-Außenministers 1939–1946, der Division of Special Research 1941–1942 und des Committee on Special Studies 1943–1944, Mitglied des Advisory Committee on Post-War Foreign Policy 1942–1943 221f.

Patrick, A. N., Lieutenant Colonel, Mitarbeiter des Directorate of Civil Affairs des War Office 246

Paul, Ernst (1897–1978), Funktionär der DSAP und der Sozialistischen Jugend-Internationale, ab 1926 2. Zentralsekretär und 1938 Leiter der Republikanischen Wehr, Exil in Schweden 1938–1949, Übersiedlung nach Stuttgart 1949, Mitglied des Bundestages 1949–1969, des Europarates und der Westeuropäischen Union 73, 78, 111, 118, 121, 129f., 143, 145, 190f., 212, 320, 325f.

Pavelić, Ante (1889–1959), Gründer und Führer der Ustaša-Bewegung sowie des ,Selbständigen Kroatischen Staates' 1941–1945 315

Pavlovský, Mitarbeiter des tschechoslowakischen Ministerpräsidiums im Exil 180

Peake, Charles Brinsley Pemberton (1897–1958), Mitarbeiter des News Department des Foreign Office 1939–1941, der Botschaft in Washington 1941–1942, Vertreter beim Französischen Nationalkomitee 1942, beim Allierten Oberkommando 1943–1945, Botschafter in Belgrad 1946 164

Peres, Dr. Alfred (*1890), Mitglied der Hauptleitung der Deutsch-Demokratischen Freiheitspartei, Stadtrat in Reichenberg, Exil in Großbritannien 1938–1945, nach Kriegsende Rechtsanwalt in London 10, 29, 31, 42, 172f., 191, 208, 212f., 324f.

Perth, Earl of = Drummond, (James) Eric (1876–1951), britischer Botschafter in Rom 1933–1939, Erster Berater des Informationsministers 1939–1940 277

Peška, Zdeněk (1900–1970), Professor für Verfassungsrecht an der Karls-Universität in Prag 26f., 51f.

Phipps, Gerald Hastings (1882–1973), britischer Diplomat 16

Pick, Kurt, sudetendeutscher Soldat der tschechoslowakischen Auslandsarmee 85

Píka, Heliodor (†1949), Brigadegeneral, Leiter der tschechoslowakischen Militärmission in der Sowjetunion 1941–1945, stellvertretender Generalstabschef 1945–1948, zum Tode verurteilt 1949 51, 109

Piłsudski, Józef Klemens (1867–1935), polnisches Staatsoberhaupt 1918–1922, an der Spitze des autoritären ‚Sanacja'-Regimes ab dem Staatsstreich vom 1926 55f.

Playfair, Edward (Wilder) (*1909), Mitarbeiter im britischen Schatzamt 1934–1946 243, 245, 253, 262, 270f.

Politis, Nikolas (1872–1942), Professor, Vertreter Griechenlands bei der Konferenz von Lausanne, die den Bevölkerungsaustausch zwischen Griechenland und der Türkei beschloß, Generaldirektor im griechischen Außenministerium 1914–1916, zwischen 1916 und 1922 dreimal Außenminister, ab 1920 Vetreter Griechenlands beim Völkerbund, griechischer Gesandter in Paris 1924–1933, Angehöriger des Internationalen Schiedsgerichtshofs in Den Haag 52

Popelka, Augustin (alias Čtvtečka) (1887–1951), ab 1918 Sektionschef, 1941–1945 Chef der Kanzlei des Staatspräsidenten der Tschechoslowakei bzw. des Protektorats Böhmen und Mähren 88

Popiel, Karol (1887–1977), Führer der Partei der Arbeit, im Exil 1939–1945, ab 1942 Staatsminister in der polnischen Exilregierung, erneute Emigration 1947 28

Popper, Rudolf, Dr., Vorsitzender der Jugendorganisation der Deutsch-Demokratischen Freiheitspartei, im Exil ihr Geschäftsführer, Rückkehr nach Prag 1945 31, 42, 173

Potemkin, Vladimir Petrovič (1874–1946), sowjetischer Chargé d'affaires in Paris 1934–1937, stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten 1937–1940, Minister für Volksbildung in Rußland 1940–1946 287

Pragier, Adam Szymon (1886–1976), PPS-Funktionär, ab 1942 Mitglied des Exil-Nationalrats, Informationsminister November 1944–1945 (1949), blieb in der Emigration 56

Pringsheim, Ernst Georg, Dr. (1881–1970), Professor für Botanik an der Deutschen Universität Prag, nach Emigration Professor für Mikrobiologie an der Universität Cambridge 213

Pużak, Kazimierz (alias Bazyli) (1883–1950), ab 1921 Generalsekretär der PPS, Mitbegründer der Widerstandsorganisation WRN 342, 364

Raczkiewicz, Władysław (1885–1947), in der Zweiten Republik mehrfach Innenminister und Marschall des Senats 1930–1935, polnischer Staatspräsident 1939–1945 340

Raczyński, Graf Edward (*1891), polnischer Botschafter in London 1934–1945, amtierender Außenminister 1941–1942 3, 20, 48 52, 59f., 68, 101f., 106f., 117, 124, 136, 143, 153, 155, 157, 162, 179, 180, 214, 216f., 224, 226f., 237, 239f., 335f., 338, 340, 344-349, 361f., 374

Radice, Edward Albert (*1907), ab 1940 Mitarbeiter des Ministry of Economic Warfare 245, 255, 264, 281

Rambauske, Ernst Otto (1895–1970), Bezirkssekretär der ‚Union der Textilarbeiter' in Braunau, 1945–1955 Sekretär der britischen Landesgruppe der Treuegemeinschaft Sudetendeutscher Sozialdemokraten 74, 144, 178, 188

Randall, Alec Walter George (1892–1977), Mitarbeiter des Refugee Department des Foreign Office 1942–1945 246, 267

Rauschning, Hermann, Dr. (1887–1982), Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig 1933–1934, Exil ab 1936, in Großbritannien 1939–1941, ab 1941 in den USA 60, 80

Rehfeld, Leiter einer jüdischen Emigrantengruppe beim Czech Refugee Trust Fund 10

Reichenberger, Pater Emmanuel (1888–1966), 1935–1938 Vorsitzender des Volksbundes der Deutschen Katholiken in der Tschechoslowakei, Exil in den USA 1939–1945, Vizepräsident des ‚Demokratischen Sudeten-Komitees' 1944, Rückkehr nach Österreich bzw. Deutschland 1949 208f., 319

Reitzner, Richard (1893–1962), DSAP-Funktionär und Organisator der ‚Republikanischen Wehr' in Bodenbach, 1938–1945 Vertreter der Treuegemeinschaft im Trust Fund 1938–1945, stellvertretender Staatssekretär für das Flüchtlingswesen in Bayern 1946–1948, Mitglied des Bundestages 1949–1962 10, 28, 30f., 35, 42f., 45, 64f., 75, 78-80, 130f., 144-146, 150f., 186, 189-191, 209, 315f., 324f., 327f.

Retinger, Joseph (1888–1960), Berater Sikorskis 1940–1943, Chargé d'affaires in der Sowjetunion 1941 162, 235

Rév, Béla, Dr., in Ungarn geboren, später tschechoslowakischer Staatsbürger, in Prag Redakteur der Zeitung ‚Die Wahrheit' 156

Ripka, Hubert (1895–1958), Staatsminister im Außenministerium der tschechoslowakischen Exilregierung 1940–1945, Außenhandelsminister 1945–1948 11, 13, 17, 36, 41, 46, 63f., 68, 74, 78, 80, 82f., 94f., 100f., 119, 121-125, 130, 132, 135f., 138, 140-143, 146, 148, 150-152, 157, 161, 166f., 172f., 177, 179-182, 193, 195, 197f., 200, 202, 206f., 212, 214, 217, 230, 257, 259, 300, 302-305, 307, 314, 321f., 323-325, 328, 331-333, 381f., 426f.

Roberts, Frank Kenyon (*1907), Mitarbeiter des Central Department des Foreign Office 1940–1941, Leiter dieses Departments 1942–1945, Gesandter an der britischen Botschaft in Moskau 1945–1947 10, 16-19 38f., 57-59, 63, 67f., 70f., 75, 91, 97f., 99, 107-109, 113, 121, 125f., 131-134, 137, 139f., 150f., 154, 161, 173-177, 180f., 183, 191, 195, 197-199, 201, 205, 208, 210-212, 226f., 232f., 235, 237, 235, 236f., 269f., 274, 279, 290, 293, 296, 375, 317-319, 322, 326, 331, 335f., 341, 345f., 349, 352, 356f., 361, 363, 393, 395f., 401

Romer, Tadeusz (1894–1978), Botschafter der polnischen Exilregierung bei der sowjetischen Regierung 1942–1943, Außenminister Juli 1943 – November 1944 234f., 335, 338-340, 344f., 347, 349f., 356-361, 363f., 374

Ronald, Nigel Bruce (1894–1973), Leiter des General Department im Foreign Office 1940–1941, Assistant Under-Secretary 1942–1946 58, 135, 137, 161, 227

Roosevelt, Franklin Delano (1882–1945), US-Präsident 1933–1945 1, 59, 105f., 110, 162f., 199, 206, 219f., 229f., 234f., 238-242, 285, 338, 341, 344, 346, 348, 350, 352-355, 358f., 361, 363, 365, 371-373, 427f.

Rowecki, Stefan (1895–1944), polnischer Divisionsgeneral, Stabschef des ‚Dienstes am Sieg Polens' und danach Kommandant der Heimatarmee 216

Rückert, Wenzel, DSAP-Mitglied 78

Rzymowski, Wincenty (1883–1950), 1944–1949 Vorsitzender der Demokratischen Partei, ab 2.5.1945–1947 polnischer Außenminister 407

Saburov, Maksim Zacharovič (*1900), langjähriger Vorsitzender der sowjetischen Staatlichen Planungskommission 272

Saksin, Georgij Filipovič, Gesandter bei der sowjetischen Botschaft bei den Exilregierungen in London 1943–1944, bei der sowjetischen Botschaft in London 1944–1949 287

Sander, Wilhelm (1895–1978), Sekretär des SPD-Bezirks Ostsachsen 1922–1933, Exil in Prag, Schweden und Großbritannien 1933–1949, Rückkehr in die Bundesrepublik 1949 10, 37

Šapošnikov, Boris Michajlovič (1882–1945), stellvertretender Volkskommissar für Verteidigung 1940, Chef der Generalstabsakademie 1943–1945 287

Sargent, Orme Gaston (1894–1962), Deputy Under-Secretary des Foreign Office 1939–1946 107, 141, 143, 155, 162, 176, 230, 245, 279, 322, 335, 343, 356, 362f., 366, 414, 426

Savary, Frank (1883–1963), britischer Konsul bzw. Generalkonsul in Warschau 1919–1939, Botschaftsrat an der Botschaft bei der polnischen Exilregierung 49, 58f., 334

Schiller, Friedrich (1759–1805), deutscher Dichter 84

Schmidt, Heinz (Heinrich) (*1906), Journalist, Exil in Prag 1937–1939, Leiter einer Gruppe reichsdeutscher Kommunisten im Czech Refugee Trust Fund ab 1939, Rückkehr in die SBZ 1946 10

Schoenfeld, Hans Frederick Arthur (1889–1952), US-Diplomat, Gesandter in Ungarn 1945–1947 306, 328, 364, 370, 381, 391f.

Schreier, Raimund (1889–1955), Vorsitzender des Verbandes der deutschen Konsumgenossenschaften in der Tschechoslowakei, Exil in Großbritannien 1938–1947, Übersiedlung nach Westdeutschland 1947 144

Schwarz, Ernst, DSAP-Mitglied 44

Schwelb, Egon, Dr. (1889–1979), Anwalt und DSAP-Gemeinderat in Prag, Exil in Großbritannien 1938–1945, Mitglied im Exil-Rechtsrat, stellvertretender Direktor der Menschenrechtsabteilung der UNO 1947–1952 32, 66f., 75, 78, 119, 177f., 191

Seliger, Josef (1870–1920), Vorsitzender des Landesverbandes Böhmen der deutschösterreichischen Sozialdemokratie 1907–1919 und der DSAP 1919–1920 79, 120

Seton-Watson, Robert William (1879–1951), Professor für osteuropäische Geschichte in London und Oxford 12, 132

Seyda, Marian (1879–1967), nationaldemokratischer Funktionär und Publizist, Sejm-Abgeordneter, danach Senator, Außenminister 1923, im Exil Minister für Kongreßarbeiten 241f., 217

Shannon, G. E. Boyd, Mitarbeiter des Dominions Office 245, 253

Siedlecki, Zygmunt (1893–973), polnischer Sanitätsoffizier 393

Sikorski, Władysław Eugeniusz (1881–1943), Chef des Generalstabs 1921–1922, Ministerpräsident 1922–1923, Kriegsminister 1924–1925, Ministerpräsident der polnischen Exilregierung und Oberbefehlshaber 1939–1943 1, 38, 48, 50, 56,

58-60, 10, 106f., 136, 153, 157-162, 180, 200, 214, 215, 217-221, 224, 227, 285, 423f., 427

Silujanov, N. M., Mitarbeiter der sowjetischen Staatlichen Planungskommission 272

Skalický, Jan (1890–1967), tschechoslowakischer Diplomat ab 1919, Gesandter in Litauen 1936–1939, Gesandter bei der polnischen Exilregierung 1940–1945, Chef des diplomatischen Protokolls 1944–1949 157

Slánský, Rudolf (1901–1952), Mitglied des ZK und des Präsidiums der KSČ ab 1929, Exil in der Sowjetunion, Generalsekretär der Partei 1945–1951 329

Slávik, Juraj (1890–1969), Abgeordneter (Agrarpartei) im tschechoslowakischen Parlament 1918–1938, Innenminister 1929–1932, Gesandter in Warschau 1935–1938, Mitglied des ČSNV 1939–1940, Innenminister der Exilregierung 1940–1945 50, 78, 82f., 95, 154, 207, 191f., 298

Smollett (bis 1938: Smolka), Harry Peter (1912–1980), österreichischer Pressekorrespondent in London, ab 1938 britischer Staatsbürger, Leiter der Soviet Relations Branch des britischen Informationsministeriums 1939–1945 129

Smutný, Jaromír (1892–1964), in der ersten Tschechoslowakischen Republik Diplomat und Benešs Sekretär, 1939–1948 Leiter seiner bzw. der Kanzlei des Präsidenten, danach Emigration 11, 13-15, 17, 19f., 24, 38, 41, 45 74f., 85f., 91, 96f., 99, 109-111, 126, 136, 142, 151-153, 176, 184, 189, 191, 193, 195, 199, 201, 203, 211, 298, 337

Smuts, Jan Christian (1870–1950), südafrikanischer Ministerpräsident, Außen- und Verteidigungsminister 1939–1948 359

Sobolev, Arkadij Aleksandrovič, Generalsekretär des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten 1939–1942, Rat an der Botschaft in London 1942–1945, Leiter der politischen Sektion der sowjetischen Militäradministration in Deutschland 1945 416

Sokorski, Włodzimierz (*1908), Mitorganisator des Polnischen Patriotenverbandes, stellvertretender Kommandeur der ‚Kościuszko'-Division, Kultusminister 1952–1956, Vorsitzender des Kontrollgremiums über Radio und Fernsehen 1956–1972 3, 241

Sommer, Ernst, Dr. (1889–1955), Rechtsanwalt und Schriftsteller, Exil in Großbritannien 1938–1945, wo er nach dem Krieg blieb 130

Sorensen, Reginald William (1891–1971), Mitglied (Labour) des Unterhauses 1929–1931 und 1935–1964 278

Sosnkowski, Kazimierz (1885–1969), General, enger Mitarbeiter Piłsudskis in PPS und Legionen, Kriegsminister 1920–1924, Inspekteur der Armee 1927–1939, Hauptkommandant des Verbandes für Aktiven Kampf 1939–1940, Vorsitzender der Ministerkommission für Heimatangelegenheiten, Rücktritt im Juli 1941, Oberbefehlshaber der polnischen Armee im Westen Juli 1943 – September 1944 339f., 346

Špaček, Jaromír, Mitarbeiter der Studienabteilung des tschechoslowakischen Außenministeriums 295f.

Spaight, James Molony (1877–1968) Mitglied des Military Sub-Committee des Reconstruction Sekretariats 232

Šrámek, Jan, Dr. (1870–1956), Jurist, Minister in mehreren Kabinetten 1921–1938, Ministerpräsident der tschechoslowakischen Exilregierung 1940–1945 36, 46, 63

Stalin, Iosif Vissarionovič (1879–1953), Generalsekretär der KPdSU 1922–1953, Vorsitzender des Rates der Volkskommissare bzw. des Ministerrates 1941–1953 1, 28, 135, 157-160, 162f., 200f., 206, 221, 234f., 241f., 274, 276, 283, 288, 290, 303, 309, 335, 338f., 346, 348-358, 360, 362, 364-366, 368, 372, 380, 384, 386f., 405, 407, 410, 412, 414-416, 423f., 426-428

Stampfer, Friedrich (1874–1957), Chefredakteur des ‚Vorwärts' bzw. des ‚Neuen Vorwärts' 1916–1935, Abgeordneter im Reichstag 1920–1933, Exil in der Tschechoslowakei 1933–1938, in Frankreich 1938–1940 und in den USA 1940–1948, Rückkehr nach Westdeutschland 1948 37

Stańczyk, Jan (1886–1953), Vorstandsmitglied und Abgeordneter der Polnischen Sozialistischen Partei, Arbeitsminister 1939–1944 und Sozialminister 1945–1947 56, 340, 342, 364, 375, 409

Stašek, Bohumil (1886–1948), Monsignore und Zentralsekretär der tschechoslowakischen katholischen Volkspartei, ab 1925 Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament, in Haft 1939–1945 378

Steed, Henry Wickham, 1896–1913 Auslandskorrespondent von ‚The Times', 1919–1922 deren Herausgeber, ab 1938 Chefsendeleiter für Außenpolitik des Empire- und Überseedienstes der BBC 52

Steinhardt, Laurence Adolph (1892–1950), Gesandter bzw. Botschafter in Stockholm, Lima und Moskau 1939–1941, in Ankara 1942–1944, in Prag 1945–1948 und Ottawa 1948–1950 387f.

Steinhart, N., Dr., Mitglied des Verbandes sozialistischer Akademiker in Prag 213

Štejn, Boris Efimovič (auch: Efremovič) (*1892), sowjetischer Botschafter in Rom 1935–1939, ZK-Mitglied 1936–1938, Professor an der Diplomatenschule 1939, Berater des Außenministeriums 1945–1952 287

Stettinius, Edward Reilly (1900–1949), Industrieller, Staatssekretär im State Department September 1943 – Dezember 1944, Außenminister 1944–1945 354f., 361, 363, 370f.

Stokes, Richard Rapier (1897–1957), Mitglied (Labour) des Unterhauses 1938–1957 275f.

Stoklas, Tadeusz, polnischer Marineattaché 48

Strabolgi, Lord, Joseph Montague = 10th Baron Strabolgi (1886–1953), Lieutenant Commander bei der Marine, Mitglied des Unterhauses 277

Strang, William (1873–1978), Baron Strang, Leiter des Central Department 1937–1939, 1939–1943 Assistant und 1949–1953 Permanent Under-Secretary of State for Foreign Affairs 16, 48f., 62f., 70, 98f., 108-109, 135, 138-140, 154, 162, 194, 208, 229f.

Stránský, Jaroslav (1884–1973), Professor und Herausgeber der ‚Lidové noviny' (Volkszeitung), Gründer der Nationalen Partei der Arbeit 1925, die er 1929 mit den Volkssozialisten zusammenführte, Justizminister der tschechoslowakischen Exilregierung 1943–1945 32, 96f., 99, 173f., 313

Strasser, Otto, Dr. (1897–1974), NSDAP-Politiker 1925–1930, Exil in der Tschechoslowakei 1934–1938, in der Schweiz, Frankreich und Portugal 1938–1941, Kanada 1941–1945 10f., 41, 74, 77, 79, 143

Strauss, George Russell Baron (1901–1993), Mitglied (Labour) des Unterhauses 275

Stresemann, Gustav (1878–1929), Reichskanzler bzw. Reichsaußenminister 1923–1929 164

Subotić, Ivan, jugoslawischer Gesandter in London 1939–1941 106, 157

Suric, Jakov Zacharovič (1882–1952), sowjetischer bevollmächtiger Vertreter in Berlin 1934–1937, in Paris 1937–1940, Mitglied der Delegation beim Völkerbund 1937–1939, Rat im Botschafterrang beim Volkskommissariat bzw. Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten 1940–1946 287

Švanderlik, Franz, DSAP-Mitglied 78

Šverma, Jan (1901–1944), Mitglied und Sekretär des Politbüros der KSČ ab 1929, Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament 1935–1938, Exil in Frankreich und der Sowjetunion, Teilnehmer am slowakischen Nationalaufstand 1944 205, 330

Svitanics, Johann (1890–1958), österreichischer Gewerkschafter, Flucht nach Prag 1934, nach Großbritannien, dort Leiter einer Gruppe österreichischer Kommunisten beim Czech Refugee Trust Fund, Rückkehr nach Österreich 1945 10

Szuranyi, pro-tschechoslowakischer Magyare aus der Südslowakei 152

Táborský, Edvard (1910–1996), tschechoslowakischer Diplomat, persönlicher Sekretär Benešs im Exil, Botschafter in Stockholm 1945–1948, im Exil Professor in Stockholm bzw. Austin (Texas) 2, 16, 21, 35, 51, 135f., 207, 274, 337, 340

Tarle, Evgenij Viktorovič (1874–1955), sowjetischer Historiker 287

Taub, Siegfried (1876–1946), ab 1924 Erster Zentralsekretär der DSAP, Abgeordneter und Vizepräsident des Abgeordnetenhauses 1920–1938, Exil in Schweden und den USA 1938–1945 10f., 14f., 28, 38, 75, 78, 115, 119, 121, 209, 316f., 320f.

Taub, Walter (1907–1982), Sohn Siegfried Taubs, Schauspieler und Regisseur, Exil in Schweden 1939–1945, Rückkehr in die Tschechoslowakei 1945 38

Thomann, Rudolf 33, 43

Tomaszewski, Tadeusz (*1882), Funktionär der Polnischen Sozialistischen Partei, Mitglied im Exil-Nationalrat 56

Toynbee, Arnold (1889–1975), Historiker, Director of Studies am Royal Institute of International Affairs 1926–1955, Leiter des Foreign Research and Press Service 1939–1943 und des Foreign Office Research Department 1943–1945 135, 137f., 161, 229, 235, 369

Troutbeck, John Monro (1894–1971), Mitarbeiter bzw. Chargé d'affaires in Prag 1937–1939, Leiter des German Department im Foreign Office 1943–1945 16, 244-246, 249, 252f., 262-264, 268-270, 279f., 296, 304, 310, 398, 403f., 416f.

Truman, Harry S. (1884–1972), Präsident der USA 1945–1953 3, 405-408, 414

Tuka, Vojtech, Dr. (1880–1946), Jura-Professor, Funktionär der Slowakischen Volkspartei Hlinkas, verhaftet 1929 und zu 15 Jahren Haft verurteilt, begnadigt

1937, Ministerpräsident in der Slowakischen Republik 1939–1945, hingerichtet 1946 315

Tůma, Vladimír (1897–1945), Dozent an der Medizinischen Fakultät der Karls-Universität ab 1931, Mitglied der Geheimarmee und des ‚Vorbereitenden Nationalrevolutionären Ausschusses', verhaftet und ermordet 1945 292

Turner, Richard Miles Arundel Eaton (*1880), Mitarbeiter des Ministry of Economic Warfare 245

Vámbery, Rusztem (1872–1948), Dozent für Strafrecht an der Universität Budapest, Emigration nach Großbritannien 1938, danach in die USA 330

Vansittart, Robert Gilbert (1881–1957), Permanent Under-Secretary im Foreign Office 1930–1937, Chief diplomatic advisor 1938–1941 16, 19, 57, 144, 147

Varádi, Aladár, Dr., in der ersten Tschechoslowakischen Republik Redakteur einer in Prag erscheinenden ungarisch-sprachigen sozialdemokratischen Zeitung, danach Notar in Komorn 152

Varga, Evgenij Samojlovič (1879–1964), Leiter des Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik der sowjetischen Akademie der Wissenschaften 1927–1947 272

Viest, Rudolf (1890–1945), einziger slowakischer General in der Armee der Ersten ČSR, Mitglied des Tschechoslowakischen Nationalausschusses 1939–1940, Staatssekretär bzw. Staatsminister im Verteidigungsministerium 1940–1944, ab Anfang Oktober 1944 Führer der slowakischen Aufstandsarmee 130

Vogel, Hans (1881–1945), Abgeordneter (SPD) im Reichstag 1920–1933, Exil in Prag 1933, in Paris 1938 und London 1940, zweiter Vorsitzender, ab 1939 alleiniger Vorsitzender der Exil-SPD 37

Vorošilov, Kliment Efremovič (1881–1969), Volkskommissar für Militär- und Marine-Angelegenheiten bzw. für Verteidigung 1940, Mitglied des Staatskomitees für Verteidigung 1941–1944 287, 392

Vyšinskij, Andrej Januar'evič (1883–1954), Staatsankläger in den politischen Prozessen 1935–1939, stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten 1940–1949 384, 394, 396

Wachenheim, Hedwig (1891–1961), Abgeordnete (SPD) im preußischen Landtag 1928–1933, Emigration 1933, ab 1935 in den USA, Research Analyst des Office of War Information 1941–1945 222

Waley, D., britischer Teilnehmer an der Potsdamer Konferenz 413

Walker, Eric Anderson (1886–1976), britischer Historiker, Professor in Cambridge 1936–1938, Mitarbeiter des Refugee Department des Foreign Office 234, 246, 253, 264, 270

Wanka, Willi (*1910), Funktionär der DSAP und ihres Jugendverbandes, Sekretär der Zentralstelle der deutschen aktivistischen Parteien 1937, Exil in Kanada 1939–1945, wo er nach dem Krieg blieb 10

Ward, John Guthrie (*1909), Mitarbeiter des Reconstruction bzw. General Department des Foreign Office 280, 296, 402f.

Warner, Christopher Frederick Ashton (1895–1957), Leiter des Political Intelligence Department 1940–1941 und des Northern Department des Foreign Office 1941–1946 195, 306, 309f., 356, 398f., 414

Warren, Mitarbeiter des Foreign Office 167

Wasilewska, Wanda (1905–1964), Mitglied der PPS-Führung 1934–1937, Beitritt zur Allsowjetischen Kommunistischen Partei 1941, Mitbegründerin und ab Herbst 1943 Vorsitzende des Verbandes polnischer Patrioten, stellvertretende Vorsitzende der PKWN im Juli 1944, lebte in Kiev ab 1945 241, 338, 357

Weidenfeld, Arthur George = Lord Weidenfeld of Chelsea (*1919), Jura-Studium in Wien, Emigration nach Großbritannien 1938, dort Journalist bei der BBC 1939–1946, ab 1949 Verleger 31

Welles, Sumner (1892–1961), Staatssekretär im State Department 1937 bis September 1943, Vorsitzender des Advisory Committee on Problems of Foreign Policy 1940, stellvertretender Vorsitzender des Advisory Committee on Post-War Foreign Policy 1942–1943 18f., 53, 59, 105, 153, 162f., 195f., 198, 219-221, 223, 226, 235

Wiener, Robert, Dr. (1895–1948), 1924–1938 Sekretär der DSAP-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Exil in Großbritannien 1938–1945, wo er nach Kriegsende blieb 10, 29f., 32-35, 42, 143f.

Wilhelm II. (1888–1941), deutscher Kaiser 1888–1918 164

Wilson, Geoffrey Masterman (*1910), 1940–1941 an der britischen Botschaft in Moskau, 1942–1945 im Northern Department des Foreign Office 230, 263

Winant, John Gilbert, Dr. (1889–1947), US-Botschafter in London 1941–1946 234, 293, 328, 341

Winch, Michael, Mitarbeiter des Foreign Office 348, 393, 409

Winiewicz, Józef Marja (*1905), Leiter der Deutschland-Abteilung im polnischen Ministerium für Kongreßarbeiten, nach dem Krieg im diplomatischen Dienst, Vize-Außenminister 1957–1972 3, 359

Winternitz, Josef, Dr. (1896–1952), in Großbritannien geborener Wirtschaftswissenschaftler, in der Zwischenkriegszeit sowohl für die britische wie die tschechoslowakische KP tätig, Redakteur der ‚Roten Fahne‘ 1934–1939, Rückkehr nach Großbritannien 1939, Übersiedlung in die SBZ 1948 323

Witos, Andrzej (1878–1973), Bruder des ehem. Ministerpräsidenten, Sejm-Abgeordneter 1922–1928, Mitbegründer des Verbands der Polnischen Patrioten 1943–1944, stellvertretender Vorsitzendes des Polnischen Komitees für Nationale Befreiung 1944, Sejm-Abgeordneter 1947–1952 356

Witt, Otto, Mitglied der Frei-Deutschland-Bewegung 143

Witte, Eugen de (1882–1952), DSAP-Funktionär und Redakteur, u. a. Chefredakteur des ‚Volkswille‘ in Karlsbad, dort Vizebürgermeister, Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament 1925–1938, Exil in Großbritannien 1938–1945, wo er nach dem Krieg blieb 10, 13, 32-35, 38, 41, 73, 75, 121, 143, 188, 209, 328

Wollenberg, Leiter einer sozialistisch/kommunistischen Gruppe beim Czech Refugee Trust Fund 10

Woodward, (Ernest) Llewellyn (1890–1971), Historiker, im Political Intelligence Department des Foreign Office 1939–1944, Professor in Oxford 1944–1951 57f.

Young, Sir George Peregrine (1908–1960), an der britischen Botschaft in Berlin 1933–1935, im Central Department des Foreign Office bis 1940, bei der BBC 1941–1942 17, 38f., 45

Zaleski, August (1885–1972), polnischer Außenminister 1926–1932, Mitglied des Senats und Direktor der Handelsbank in Warschau 1935–1939, Außenminister der Exilregierung 1939–1941 47f., 50, 52, 102, 164

Zarański, Józef, Legationsrat der polnischen Botschaft in London 345, 357

Żeligowski, Lucjan (1895–1947), polnischer General, Verteidigungsminister 1925–1926, Inspektor der Armee 1926–1927, Mitglied des Exil-Nationalrats 1939–1945 235

Zenkl, Petr (1884–1975), volkssozialistischer Funktionär, Bürgermeister von Prag 1937–1939 und 1945–1946, Gesundheitsminister 1938, in Haft 1939–1945, Vorsitzender der volkssozialistischen Partei 1945–1948, stellvertretender Ministerpräsident 1946–1948, Emigration in die USA 1949 388

Zinner, Josef (1894–1961), Obmann der Union der Bergarbeiter 1933–1938, Exil in Großbritannien 1938–1945, Rückkehr nach Prag 1946, danach erneutes Exil in Großbritannien 10, 31-33, 35, 73-75, 77, 79, 81, 85, 100f., 114f., 121f., 132, 172f., 191, 208, 212, 318, 323-326, 329

Zischka, Rudolf (1895–1980), DSAP-Funktionär, Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament 1935–1938, Exil in Großbritannien und Bolivien, Übersiedlung in die Bundesrepublik 1962 10

Ziwisch, Franz, DSAP-Mitglied 78

Zorin, Valerian Aleksandrovič (1902–1986), u. a. stellvertretender Generalsekretär des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten 1941–1945, Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen, Chef der sowjetischen Militärregierung, sowjetischer Vertreter im Alliierten Kontrollrat für Deutschland 1945–1946, Botschafter in Prag 1945–1947, stellvertretender Außenminister 1947–1955, Verteidigungsminister 1955–1957 323

Żulawski, Zygmunt (1880–1949), Funktionär der Polnischen Sozialistischen Partei, in der Leitung der sozialistischen Widerstandsorganisation WRN 1939–1945, Sejm-Abgeordneter 1947–1949 342, 364

TOPOGRAPHISCHES REGISTER

mit Konkordanz

Für Ländereinträge vgl. auch Sachregister.

Adlergebirge *(Orlické hory)* 25, 95

Allenstein *(Olsztyn)* 49f., 137, 161, 228, 246, 257, 427

Alt-Bürgersdorf *(Staré Purkartice)* 25

Altdamm *(Dąbie)* 219

Alto Adige s. Südtirol

Alt-Zedlisch *(Staré Sedliště)* 25

Amerika s. Vereinigte Staaten von Amerika

Anatolien 227, 252

Andělská hora s. Engelhaus

Angers 50

Ankara 329

Argentinien 263

Armenien 276

Arnswalde *(Choszczno)* 219, 254, 257

Aš s. Asch

Asch *(Aš)* 80, 96, 180, 187, 196, 254, 303, 421

Auschwitz *(Oświęcim)* 185

Aussig *(Ústí nad Labem)* 7, 25, 179, 212f.

Australien 108

Bärenfangkoppe *(Medvědí vrch)* 25

Balkan-Staaten 93, 168, 235, 342

Baltische Staaten 52, 57f., 93, 137, 140, 160-163, 168, 193, 218, 222, 245, 257, 325, 342, 374

Banat 272

Bautzen 386

Bayern 11, 126, 307, 310, 327, 386

Bělá nad Radbuzou s. Weißensulz

Belarus s. Weißrußland

Belgard *(Białogard)* 231

Belgien 10, 63, 105, 168, 216

Belgrad *(Beograd)* 391

Beneschau *(Dolní Benešov)* 25

Benešov nad Černou s. Deutsch-Beneschau

Beograd s. Belgrad

Berchtesgaden 288

Berlin 88, 100, 116, 155, 177, 232, 267, 394

Bessarabien 137, 168, 222, 245, 272

Beuthen *(Bytom)* 157

Białystok 337

Białogard s. Belgard

Bober *(Bobr)* 215, 414

Bobr s. Bober

Bodenbach *(Podmokly)* 69

Böhmen *(Čechy)* 8, 12, 39f., 48, 66, 70, 84, 92f., 95f., 112, 122, 127, 137, 166, 174, 188, 209, 291, 377

— Nordböhmen 5, 19f., 71f., 93-95, 97

— Südböhmen 7, 95, 97, 264

— Westböhmen 5, 7, 19f., 68, 70, 93f., 97

— Protektorat Böhmen und Mähren s. Sachregister
Böhmerwald *(Šumava)* 94f., 291, 303, 386
Böhmisch Bernschlag *(Peršlák)* 25
Böhmisch Leipa *(Česká Lípa)* 7
Börszöny 387
Bornholm 216
Brandenburg, Mark 231-233, 238, 245, 253, 334, 353, 393
Brasilien 208f.
Bratislava s. Preßburg
Braunau *(Broumov)* 7, 96, 196
Braunau, Region *(Broumovsko)* 21, 25, 307
Břeclav s. Lundenburg
Breslau *(Wrocław)* 50, 56f., 215, 217, 219, 257, 345, 354, 356f., 359, 364, 368, 371, 393, 412, 426
Brno s. Brünn
Bromberg *(Bydgoszcz)* 49
Broumov s. Braunau
Broumovsko s. Braunau, Region
Brünn *(Brno)* 41, 69, 213, 377
Bruntál s. Freudenthal
Budapest 100, 388
Budweis *(České Budějovice)* 380
Bukarest 51, 329
Bükk 26, 387
Bukowina 137, 245, 272
Bulgarien 12, 149, 227, 248, 252, 273, 277, 325
Burgstall *(Hradiště)* 25
Bydgoszcz s. Bromberg
Bystrzyca Kłodzka s. Habelschwerdt
Bytom s. Beuthen
Calais 63
Cambridge 144
Čechy s. Böhmen
Čečkovice s. Eschowitz
Černé údolí s. Schwarzthal
Černý potok s. Sorgenthal
Certlov s. Zartlesdorf
České Budějovice s. Budweis
Český Krumlov s. Krumau
Český les s. Oberpfälzer Wald
Český Těšín s. Teschen
Cheb s. Eger
Chebsko s. Egerland
Chelmondeley 46
Chicago 13, 196, 220
Chodenland *(Chodsko)* 291
Chodsko s. Chodenland
Cholm 355
Chomutov s. Komotau
Choszczno s. Arnswalde
Chrastava s. Kratzau
Crossen *(Krosno)* 158
Czallóköz s. Große Schütt
Dąbie s. Altdamm
Dachau 185
Dänemark 10, 63, 211, 216, 260
Danzig *(Gdańsk)* 48-50, 53, 56f., 60, 87, 106, 157f., 161, 214, 216, 219f., 222, 224, 226-231, 234f., 238-240, 243, 245f., 257, 261, 266f., 275, 278, 281-283, 285, 287, 335, 344f., 349, 353, 355, 357f., 362f., 365, 367f., 370, 373f., 393-395, 398-400, 403f., 408, 412, 419, 425-427f.
Daugava s. Düna
Děčín s. Tetschen
Deutsch-Beneschau *(Německý Benešov)* 25
Deutsches Reich 1, 11, 15f., 19, 21, 23, 26f., 32, 34-37, 41, 47-50, 52f., 55-59, 61, 68f., 71, 75, 82-

84, 94f., 99-102, 107f., 110, 113, 116, 121-129, 135-137, 140, 142, 144, 148f., 154, 156, 159f., 163-168, 171, 174, 177, 180, 182, 184f., 193-195, 198-205, 207, 209f., 215-221, 224f., 228, 231-235, 239, 241, 243-245, 247-249, 251f., 255f., 258-278, 280-290, 292-294, 296-298, 301-306, 308, 310, 312f., 316-318, 325f., 331-333, 335, 337, 344f., 349f., 353f., 357-360, 362-364, 367-370, 372-374, 380-382, 384f., 387f., 392-400, 402, 404-406, 408-411, 415, 417, 419, 421, 425, 427

Dievenow *(Dziwnów)* 338

Dobrohoř s. Kohlberg

Dobrudscha 137, 245, 272

Dolní Benešov s. Beneschau

Dolní Vltavice s. Unter-Moldau

Domašov s. Thomasdorf

Donau 7, 25, 94, 126, 154, 214

Doupov s. Duppau

Doupovské hory s. Duppauer Gebirge

Drage *(Drawa)* 231

Dramburg *(Drawsko)* 231, 404

Drawa s. Drage

Drawsko s. Dramburg

Drohobycz 224, 355, 357

Dubina s. Eichenhof

Duchcov s. Dux

Düna *(Daugava)* 156

Dünkirchen 61

Duppau *(Doupov)* 8, 69, 95

Duppauer Gebirge *(Doupovské hory)* 7, 69, 95

Dux *(Duchcov)* 19, 25, 81, 291

Dyje s. Thaya

Dziwnów s. Dievenow

Eger *(Cheb)* 91, 96, 99, 187, 228, 254, 303, 420

Egerland *(Chebsko)* 8, 20f., 71, 84, 91, 102, 117, 119, 123, 136f., 148, 180, 183, 199, 201, 243, 250, 296, 307

Eichenhof *(Dubina)* 25

Elbe *(Labe)* 25, 72, 95

Engelhaus *(Andělská hora)* 25

England s. Großbritannien

Erzgebirge *(Krušné hory)* 95, 303, 386

Eschowitz *(Čečkovice)* 25

Estland 52, 228

Eulengebirge *(Jílové hory)* 25

Fehmarn 216

Finnland 140, 162f.

Frankfurt/Oder 50, 257

Frankreich 12f., 16, 17, 19, 29f., 32, 35, 45, 47, 52f., 55-57, 61, 74, 87, 101, 151, 157, 163, 165, 216, 299, 315, 344, 360

Franzensbad *(Františkovy Lázně)* 307

Freiwaldau *(Frývaldov)* 7, 21, 28, 95f., 196

Freudenthal *(Bruntál)* 7

Friedeberg *(Strzelce Krajeńskie)* 254, 257

Friedland *(Frýdlant)* 8, 95f., 119, 136, 196, 228, 254, 303, 307

Friedland, Region *(Frýdlantsko)* 21, 25

Frýdlant s. Friedland

Frýdlantsko s. Friedland, Region

Frývaldov s. Freiwaldau

Gablonz *(Jablonec nad Nisou)* 7

Galizien 337, 356, 361, 364

Gdańsk s. Danzig

Gdingen *(Gdynia)* 57

Gdynia s. Gdingen

Glatz *(Kłodzko)* 28, 180, 313, 386f., 417

Glatzer Gebiet, Glatzer Becken 25, 84, 94f., 97, 124, 174, 196, 203,

215, 254, 282, 303, 307, 337, 385-387
Głubczyce s. Leobschütz
Gmünd 386
Görkau *(Jirkov)* 8
Görlitz *(Zgorzelec)* 386
Graslitz *(Kraslice)* 307
Greifenberg *(Gryfice)* 254, 257
Griechenland 26, 52, 103, 127, 134, 137, 149, 168, 193, 227, 248, 252, 273, 277, 339, 359, 367, 398, 402
Grodno 337
Großbritannien 11-13, 33, 38, 45, 47, 49, 55f., 60-62, 64, 66f., 70, 73, 75, 81, 85, 91, 95, 100f., 107, 111, 113, 119f., 132-134, 140f., 144, 147, 150, 153, 155f., 160, 162f., 165, 176, 189, 192-194, 198, 206, 208f., 211, 216, 225, 233, 237-240, 244f., 253-255, 260, 262, 268f., 277-279, 291, 296, 303f., 309-311, 313, 322f., 327, 331, 335, 341, 344, 347f., 356, 360, 362f., 365, 372, 374, 380, 391, 398, 406, 408, 409
Große Schütt *(Ostrov, Csallóköz)* 155, 199, 201, 286, 296, 331, 421
Großer Schneeberg *(Kralický Sněžník)* 69, 291
Grünberg *(Zielona Góra)* 57, 215, 370
Grulich *(Králíky)* 7
Gryfice s. Greifenberg
Gumbinnen *(Gussev)* 257
Gussev s. Gumbinnen
Habelschwerdt *(Bystrzyca Kłodzka)* 307
Hainspach *(Lipová)* 8
Hamburg 317
Hegyalja 387
Helgoland 51
Hohenstadt, Region *(Zábřežsko)* 291
Holland s. Niederlande
Holmhurst
s. Sachregister: Holmhurst (Deklaration)
Hora Svaté Kateřiny s. Katharinaberg
Hora Svatého Šebestiána s. Sebastiansberg
Hotzenplotz *(Osoblaha)* 96, 308
Hradiště s. Burgstall
Iglau *(Jihlava)* 69
Irak 200, 402
Irland 248
Istrien 272
Italien 11f., 17, 52, 61, 68, 83, 93, 105, 135, 151, 166, 199, 248, 272, 284, 414, 428
Jablonec nad Nisou s. Gablonz
Jägerndorf *(Krnov)* 7, 69, 80, 95, 183, 196, 317, 421
Jalta 285, 309, 366, 370, 373-375, 393f., 396, 399, 405, 411, 427f.
Janovice s. Johannesberg
Japan 194
Jauernig *(Javorník)* 308
Javorník s. Jauernig
Jeschkengebirge *(Ještěd)* 95
Ještěd s. Jeschkengebirge
Jihlava s. Iglau
Jilemnicko s. Starkenbach, Region
Jílové hory s. Eulengebirge
Jindřichův Hradec s. Neuhaus
Jirkov s. Görkau
Johannesberg *(Janovice)* 25
Jugoslawien 12, 26, 105, 134f., 168, 202, 224, 227, 248, 253, 264, 272f., 327, 332, 352, 402f.
Kaaden *(Kadaň)* 7, 69
Kadaň s. Kaaden
Kärnten 272f.
Kaiserwald *(Slavkovský les)* 95
Kaliningrad s. Königsberg

Kamenice, Fluß *(Kamnitz)* 7, 25
Kamenz *(Kamieniec Ząbkowicki)* 386
Kamieniec Ząbkowicki s. Kamenz
Kanada 9, 59, 63, 150, 189
Kaplice s. Kaplitz
Kaplitz *(Kaplice)* 7, 25
Karlovy Vary s. Karlsbad
Karlsbad *(Karlovy Vary)* 7, 69, 96, 99, 117, 119, 136, 228, 323, 380, 421
Karpatenrußland *(Podkarpatská Rus)* 7, 13, 84, 96, 110, 125, 146, 152, 155, 174, 200-202, 214, 299, 315, 324, 330, 386
Kaschau *(Košice)* 7, 69, 153f., 314, 389f.
Katharinaberg *(Hora Svaté Kateřiny)* 8
Katzengebirge *(Wzgórza Trzebnickie)* 57
Klaipėda s. Memel
Kleinbressel *(Vraclávek)* 25
Kleinpriesen *(Malé Březno)* 25
Kłodzko s. Glatz
Königsberg *(Kaliningrad)* 56, 160, 241, 257, 279, 289, 334, 337-339, 344, 347-349, 355f., 358f., 365-367, 372-374, 400, 426
Köslin *(Koszalin)* 254, 257
Kohlberg *(Dobrohoř)* 25
Kolberg *(Kołobrzeg)* 55, 102, 158, 219
Kołobrzeg s. Kolberg
Komorn *(Komárom, Komárno)* 154, 286, 293
Komotau *(Chomutov)* 69
Kořen s. Kurschin
Korneuburg 25
Košice s. Kaschau
Kosolup *(Kozolupy)* 143
Koszalin s. Köslin
Kovářská s. Schmiedeberg
Kozolupy s. Kosolup
Kralický Sněžník s. Großer Schneeberg
Králíky s. Grulich
Krapkovice s. Krappitz
Krappitz *(Krapkovice)* 386
Kraslice s. Graslitz
Krásné Loučky s. Schönwiese
Kratzau *(Chrastava)* 8
Kreuz *(Krzyżowiec)* 404
Krkonoše s. Riesengebirge
Krnov s. Jägerndorf
Kroatien 315
Krosno s. Crossen
Krumau *(Český Krumlov)* 383
Krušné hory s. Erzgebirge
Krzyżowiec s. Kreuz
Kurschin *(Kořen)* 25
Kwisa s. Queis
Kyselov s. Sarau
Landsberg an der Warthe *(Przysiecko)* 219
Lauban *(Lubań)* 386
Lauenburg *(Lębork)* 257, 282
Lausitz *(Lužice, Łużyce)* 25, 25, 41, 56, 88, 115, 117, 124, 157, 218f., 386f., 388
Lębork s. Lauenburg
Leiser Berge 386
Lemberg *(Lwów, Lviv)* 157, 229f., 234f., 241, 288, 337-340, 344, 348-351, 354-358, 361, 363-365, 370-372, 393, 412, 426
Leobschütz *(Głubczyce)* 196, 224, 307, 385-387, 417
Lettland 52
Liberec s. Reichenberg
Lidice 147, 173, 210, 325, 378, 420, 425
Lipová s. Hainspach

Litauen 57f., 160f., 163, 218, 289

Łomża 337

London 21, 29, 32f., 48, 60, 68, 76, 86, 102, 116, 121, 139, 142, 145f., 157, 161, 172, 178, 180, 192, 194, 197f., 201, 204, 207, 209, 283, 292, 312, 316, 318-320, 326, 328-330, 343, 357, 359, 373, 388, 399, 420f., 424

Loučná s. Wieselstein

Loughton/Essex 39

Lubań s. Lauban

Lublin 283, 364, 366, 368, 371-373, 393

Lundenburg *(Břeclav)* 21

Luschwitz *(Lužec)* 25

Lužice, Łużyce s. Lausitz

Lviv s. Lemberg

Lwów s. Lemberg

Mähren *(Morava)* 7, 12, 39f., 40, 46, 66, 68-70, 72, 92, 95f., 102, 122, 134, 137, 166, 174, 188
— Nordmähren 19, 69, 317
— Südmähren 7, 69, 95, 97, 264

Mährisch-Ostrau *(Ostrava)* 21, 69, 215, 303

Malé Březno s. Kleinpriesen

Malta 371

Manchester 100, 182

March *(Morava)* 94

Margate/Kent 28f., 31, 42

Mariánské Lázně s. Marienbad

Marienbad *(Mariánské Lázně)* 7, 119

Marokko 338

Marrakesch 204, 338

Masuren *(Mazury)* 216, 219, 334, 393

Matra 26

Mazedonien 272

Mazury s. Masuren

Medvědí vrch s. Bärenfangkoppe

Melnik *(Mělník)* 14

Meluzína s. Wirbelstein

Memel *(Klaipėda)*, Memelland 56, 156, 160, 241, 257, 288f., 337, 361

Michalovy hory s. Michelsberg

Michelsberg *(Michalovy hory)* 25

Mikulov s. Nikolsburg

Moldau *(Vltava)* 25

Morava s. Mähren

Morava s. March

Moskau *(Moskva)* 109, 135, 157-159, 162, 172, 185, 192, 194, 198, 200, 204, 205, 214, 217, 228, 233f., 235, 237, 238, 243, 271, 287, 303, 308, 310, 312f., 315, 330, 333, 337-339, 343, 353, 355f., 358, 361-366, 372, 375, 380, 384-387, 390, 398f., 401, 405, 423f., 427

München
s. Sachregister: Münchener Abkommen

Mukačevo *(Mukács)* 7

Neiße *(Nysa)* 56, 59, 156, 158, 214f., 217-219, 257, 283, 337f., 344, 356, 364-375, 386, 393, 397-401, 403-412, 414f., 423f., 426, 428

Německý Benešov s. Deutsch-Beneschau

Netze *(Noteć)* 158, 231, 353

Neubau *(Novosedly)* 25

Neubistritz *(Nová Bystřice)* 7

Neuhäusl *(Nové Zámky)* 7

Neuhaus *(Jindřichův Hradec)* 291

Neuseeland 33

Neutra *(Nitra)* 154, 156

Neuwelt *(Nový Svět)* 69

New York 196

Niederlande 168

Nikolsburg *(Mikulov)* 7

Nitra s. Neutra
Nockelsberg 25
Nógráder Berge 26
Nordirland 277
Nord-Ostsee-Kanal 51
Norwegen 10, 63
Noteć s. Netze
Nová Bystřice s. Neubistritz
Nové Zámky s. Neuhäusl
Novosedly s. Neubau
Nový Mlýn 25
Nový svět s. Neuwelt
Nový Vojířov 25
Nowogródek 335
Nysa s. Neiße
Oberpfälzer Wald *(Český les)* 95
Oder *(Odra)* 25, 50f., 55-59, 94, 102, 137, 156-158, 160-162, 215-220, 224-226, 230f., 240f., 245, 252, 254, 256f., 281, 283, 285f., 333-335, 337f., 341, 344, 349, 350, 353-375, 386, 393, 396f., 398-401, 403-411, 414f., 423-425, 428
Odra s. Oder
Österreich 6f., 8, 11, 13, 20, 22, 25, 35, 36, 46, 51, 53, 57, 61, 69, 90, 93f., 97, 99-101, 124, 126, 136, 144, 202, 214, 263f., 284, 288, 301, 317, 323, 326, 329, 377, 379f., 386, 402, 419
Olsa *(Olše, Olza)* 385
Olše s. Olsa
Olsztyn s. Allenstein
Olza s. Olsa
Opava s. Troppau
Opole s. Oppeln
Oppeln *(Opole)* 50, 157, 214, 224, 239-241, 243, 257, 282, 334, 338, 349, 370, 372f.
Orlické hory s. Adlergebirge
Orlik 25
Osek s. Ossegg
Oslo 32, 73
Osoblaha s. Hotzenplotz
Ossegg *(Osek)* 25
Ostpreußen 41, 47-50, 52, 55-59, 87, 101, 106, 115, 117, 136f., 141f., 157-164, 186, 193, 195, 197, 214, 216, 218-231, 234-243, 245f., 248, 257f., 261f., 266f., 273-275, 277f., 281-283, 285, 287-289, 311, 314, 334f., 337f., 344-350, 353-358, 362-374, 393, 398-400, 403-405, 407f., 420, 423-428
Ostrava s. Mährisch-Ostrau
Ostrov s. Große Schütt
Oświęcim s. Auschwitz
Oxford 83, 100, 193
Paris 18, 21, 29, 32, 35, 67, 138, 168, 287, 366, 424
Passau 288
Peršlák s. Böhmisch Bernschlag
Petlarn *(Žebráky)* 25
Petržalka s. Preßburg
Piła s. Schneidenmühl
Pilsen *(Plzeň)* 143, 380-383
Pirna 386
Pittsburgh
s. Sachregister: Pittsburgher Vertrag
Plzeň s. Pilsen
Podkarpatská Rus s. Karpatenrußland
Podmokly s. Bodenbach
Polen 1-4, 12, 15f., 19, 20, 25, 28, 36, 38, 47, 48, 49, 50, 51, 53, 55-60, 93f., 101f., 106-108, 124, 134, 136f., 140-142, 148, 157-160, 162-164, 168, 180, 186, 193, 198, 204, 215f., 218-222, 224-243, 245-249, 251f., 254, 257, 261f., 265-269, 273, 276f., 279, 282f., 285, 287-290, 304, 306,

309, 311, 334-346, 348-369, 371-374, 385, 391-398, 400-412, 414-416, 419f., 423-428

Pommern *(Pomorze)* 56f., 59, 161, 216, 230-233, 238, 253, 278, 281, 283, 334, 344, 355f., 367f., 370f., 374, 393, 398-400, 404, 425
— Hinterpommern *(Pomorze Zachodnie)* 50, 245, 285, 353, 427f.

Pořejov s. Purschau

Posen *(Poznań)* 45, 49, 216, 231, 257, 412

Posen-Westpreußen, Grenzmark 257

Poszony s. Preßburg

Potsdam s. Sachregister: Potsdamer Konferenz

Poznań s. Posen

Prachatice s. Prachatitz

Prachatitz *(Prachatice)* 383

Prag *(Praha)* 5, 7, 20, 41, 69, 74, 80, 94, 134, 156, 185, 208, 213, 292, 303, 317, 319f., 323, 328, 377f., 381, 383, 386, 388, 390f., 416, 428

Preßburg *(Bratislava, Poszony)* 7, 155, 286, 387, 391
— Petržalka 154

Preßnitz *(Přísečnice)* 8

Preußen 12, 35f., 51, 103, 116, 232, 289, 333

Přísečnice s. Preßnitz

Protektorat Böhmen und Mähren s. Sachregister

Przemyśl 337

Przysiecko s. Landsberg an der Warthe

Purschau *(Pořejov)* 25

Quebec 238

Queis *(Kwisa)* 412

Racibórz s. Ratibor

Ratibor *(Racibórz)* 95, 124, 180, 196, 308, 313, 385-387, 417

Ravensbrück 185

Regenwalde *(Resko)* 254, 257

Reichenberg *(Liberec)* 8, 69, 91, 96, 100, 119, 179, 183, 291, 319, 421

Resko s. Regenwalde

Rhein 216, 333

Rheinland 51, 216, 226, 258, 289, 304f., 399

Riesengebirge *(Krkonoše)* 69, 95, 291, 317

Riga 55, 59, 339, 342

Römerstadt *(Rýmařov)* 7

Rügen 216

Ruhrgebiet 232, 258f., 289, 399, 414

Rumänien 12, 36, 140, 163, 168, 224, 249, 253, 273, 325, 332, 402, 407

Rumburg *(Rumburk)* 8, 119, 180, 196, 254, 307

Rumburk s. Rumburg

Rusava s. Rußbach

Rußbach *(Rusava)* 25

Rußland s. Sowjetunion

Rybník s. Waier

Rýmařov s. Römerstadt

Saarland 266, 288f.

Sachsen 126, 307, 386

San Francisco 401

Sarau *(Kyselov)* 25

Schatzlar, Region *(Žacléřsko)* 25

Schlawe *(Sławno)* 257

Schlesien *(Śląsk)* 20, 50, 56f., 59, 69, 84, 137, 214, 216-218, 228f., 234, 237f., 242f., 258, 278, 288f., 303, 307, 314, 349, 354-356, 358, 364, 372f., 382, 386, 393-395, 417, 420
— Niederschlesien *(Śląsk Dólny)* 57, 59, 162, 215, 218f., 231, 254, 275, 353, 356, 385, 393, 395, 423
— Preußisch-Schlesien 8, 25, 49, 57, 93, 101, 126, 385, 387

— Oberschlesien *(Śląsk Górny)* 47-50, 57f., 59, 93f., 101, 115, 136f., 157f., 161, 164, 203, 216, 224-239, 245, 247, 257, 259, 261f., 266f., 275, 278, 281-283, 285, 288f., 335, 337, 344f., 348, 353f., 362f., 368, 370-374, 385, 393, 397, 403f., 420, 425-428
— Regierungsbezirk Oppeln 49f., 161, 214, 216, 224, 239, 245f., 282, 285, 287, 344, 353, 355, 357f., 367-369, 374, 393, 398-400, 423f., 427
— Deutsch-Oberschlesien s. Regierungsbezirk Oppeln
— Oppeln-Schlesien s. Regierungsbezirk Oppeln
— Polnisch-Schlesien 50f., 57f., 101, 161, 217f., 229f., 242f., 258, 266, 314, 349, 355f., 358, 364, 394, 417
— Tschechisch-Schlesien 5, 20, 39, 66, 69, 72, 84, 94, 96f., 137, 303, 307, 377, 382

Schleswig-Holstein 288

Schluckenau, Region *(Šluknovsko)* 8, 21, 25, 95f., 119, 136, 228, 254, 303, 307

Schmiedeberg *(Kovářská)* 25

Schneeberg s. Großer Schneeberg

Schneidemühl *(Piła)* 254, 257

Schönwiese *(Krásné Loučky)* 25

Schwarzthal *(Černé údolí)* 25

Schweden 9, 33f., 38, 42f., 63, 74, 111, 190, 208f., 324, 329, 356

Schweiz 12, 33, 41, 70, 72, 92, 143, 166, 214, 276, 422

Sebastiansberg *(Hora Svatého Šebestiána)* 8

Serbien 272

Sibirien 142, 245, 247, 262f., 279, 354, 426

Siebenbürgen 195, 197, 272, 402

Skandinavien 28, 32, 44, 63

Śląsk s. Schlesien

Slavkovský les s. Kaiserwald

Sławno s. Schlawe

Slovensko s. Slowakei

Slowakei *(Slovensko)* 3, 48, 61, 69, 84, 96, 99, 144, 152-155, 174, 177, 202, 315, 317, 329f., 377, 387-389

Slowenien 264

Šluknovsko s. Schluckenau, Region

Sorgenthal *(Černý potok)* 25

Sowjetsk s. Tilsit

Sowjetunion 4, 12, 34, 55f., 58, 83, 93, 95, 101, 107-110, 116f., 125, 133f., 136f., 140, 142, 156, 158, 160f., 163, 165, 168, 189, 193, 195, 198, 200, 218, 226, 231, 233-241, 243, 258, 263, 266, 269-272, 275f., 278f., 283, 287-289, 296, 312, 314f., 325, 327, 334f., 338f., 341-345, 347-352, 355f., 358f., 361f., 364-367, 370f., 385f., 389, 397, 401f., 404, 407, 412, 414, 426

Spanien 165

Staré Purkartice s. Alt-Bürgersdorf

Staré Sedliště s. Alt-Zedlisch

Starkenbach, Region *(Jilemnicko)* 291

Stettin *(Szczecin)* 50, 56, 156f., 215, 217, 219, 257, 337f., 345, 354-356-362, 364, 366-368, 370f., 398, 400, 405, 407-410, 412, 424f.

Stockholm 13, 15, 78, 189f., 213

Stolpmünde *(Ustka)* 161

Stráž nad Ohří s. Warta

Strobnitzberg *(Stropník)* 25

Strzelce Krajeńskie s. Friedeberg

Sudetenland (Sudetengebiete, Reichsgau Sudetenland) 14, 16, 34, 38, 41, 61, 90f., 97, 99f., 110, 116, 134, 136, 144, 151, 171f., 174-

177, 193, 205, 207, 209-211, 236, 246, 259, 262, 266 f., 278, 282, 285, 297, 305, 314, 319, 322, 327, 377, 380, 419, 424 f.

Sudice s. Zauditz

Südafrika 108, 359

Südtirol *(Alto Adige)* 51, 248, 264, 274, 402

Sulechów s. Züllichau

Šumava s. Böhmerwald

Svatobořice s. Swatoboritz

Swatoboritz *(Svatobořice)* 185

Swinemünde *(Świnoujście)* 338, 355, 414 f.

Szczecin s. Stettin

Tachau *(Tachov)* 7, 69

Tachov s. Tachau

Tannwald *(Tanvald)* 7

Tarnopol 335, 355

Tepl *(Teplá)* 25

Teplice s. Teplitz

Teplička s. Töpeles

Teplitz *(Teplice)* 19, 81, 213

Teschen *(Český Těšín)* 3, 151, 204, 288, 313, 385-387

Tetschen *(Děčín)* 7

Thaya *(Dyje)* 95, 291

Theusing *(Toužim)* 25

Thomasdorf *(Domašov)* 25

Thrazien 272

Tilsit *(Sowjetsk)* 160

Töpeles *(Teplička)* 25

Toužim s. Theusing

Triest 105, 317

Troppau *(Opava)* 7

Truß *(Ústí)* 25

Tschechoslowakei 1-3, 19, 21-23, 25-30, 32, 35-38, 41, 43 f., 46, 51-53, 55, 59, 64, 66-69, 71, 75, 79, 81 f., 84-89, 92-95, 97, 99-101, 107 f., 111, 115-117, 120 f., 123, 125-127, 129, 132-138, 140-143, 148-157, 161, 166-168, 173, 175 f., 182 f., 189-192, 196-204, 206-208, 212-214, 216, 224, 227 f., 243, 246 f., 249-252, 257, 262, 264 f., 267, 270, 273, 284-286, 289 f., 292-304, 307-315, 317-332, 334, 336 f., 341, 347, 369, 380 f., 383-386, 388-392, 401, 403 f., 407, 410, 415 f., 419-422, 424, 427 f.

Türkei 52, 103, 107, 127, 149, 193, 227, 252, 277, 339, 359, 367, 398

UdSSR s. Sowjetunion

Ukraine 55, 58, 125, 218, 251, 340, 346, 362

Ungarn 2 f., 11, 13, 16 f., 19, 25, 36, 61, 69, 98-101, 110, 115, 135 f., 152-155, 167, 184, 193, 198 f., 201-203, 206, 224, 249, 253, 273, 286, 293 f., 296-298, 303, 306, 313 f., 330-332, 380, 384, 386 f., 389 f., 391 f., 401, 410, 415-417, 421, 428

Ungvár s. Užhorod

Unter-Moldau *(Dolní Vltavice)* 25

USA s. Vereinigte Staaten von Amerika

Usedom 370

Ústí s. Truß

Ústí nad Labem s. Aussig

Ustka s. Stolpmünde

Užhorod *(Ungvár)* 7, 154

Valtéřov s. Waldetschlag

Varnsdorf s. Warnsdorf

Vejprty s. Weipert

Velehrad s. Welehrad

Vereinigte Staaten von Amerika 58 f., 70, 87, 95, 106 f., 115, 121, 132 f., 140, 144, 193, 196, 198, 209, 216, 219, 221, 224, 226,

235 f., 239, 240, 243, 244, 248, 253, 255, 261, 263, 279, 285 f., 301 f., 310, 313, 330 f., 343, 346, 352, 354 f., 360 f., 364, 380, 384, 391, 398-400, 403, 427
Věsťany s. Weschen
Vilnius s. Wilna
Vltava s. Moldau
Vojvodina s. Wojwodina
Vraclávek s. Kleinbressel
Waier *(Rybník)* 25
Wałbrzych s. Waldenburg
Waldenburg *(Wałbrzych)* 386
Waldetschlag *(Valtéřov)* 25
Wales 260
Warnsdorf *(Varnsdorf)* 8, 119, 136
Warschau *(Warszawa)* 164, 282, 341, 356, 395, 398 f., 412, 416, 425
Warszawa s. Warschau
Warta *(Stráž nad Ohří)* 25
Warta s. Warthe
Warthe *(Warta)* 353
Warthegau 51, 227
Washington 106, 161, 163, 188, 194 f., 198, 287, 392,
Weichsel *(Wisła)* 57, 158, 218, 222, 231, 361
Weipert *(Vejprty)* 7
Weißensulz *(Bělá nad Radbuzou)* 25
Weißrußland *(Belarus)* 55, 58, 218, 234, 356, 362
Welehrad *(Velehrad)* 7
Weschen *(Věsťany)* 25
Westfalen 305
Westpreußen 51, 158, 216, 221, 257, 266, 273
Wien 25, 100, 152, 202
Wieselstein *(Loučná)* 25
Wilna *(Vilnius)* 234 f., 282, 288, 335, 340, 344, 348-351, 357, 393, 412
Wirbelstein *(Meluzína)* 25
Wisła s. Weichsel
Wolhynien 222, 257, 301
Wrocław s. Breslau
Wojwodina *(Vojvodina)* 264
Wolhynien 222, 257, 301
Wollin 338, 370
Württemberg 277
Wzgórza Trzebnickie s. Katzengebirge
Zábřeh s. Hohenstadt
Žacléřsko s. Schatzlar, Region
Zartlesdorf *(Certlov)* 25
Zauditz *(Sudice)* 25
Žebráky s. Petlarn
Zgorzelec s. Görlitz
Zielona Góra s. Grünberg
Znaim, Region *(Znojemsko)* 291
Znojmo s. Znaim
Züllichau *(Sulechów)* 219

VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

BBC	British Broadcasting Company
ČSNV	*Československý národní výbor* Tschechoslowakischer Nationalausschuß
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DNSAP	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei
DSAP	Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei
FO	Foreign Office
FORD	Foreign Office Research Department
FRPS	Foreign Research and Press Service
HIAS	Hebrew Immigrant Aid Society
ICA	Jewish Colonization Association
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
KPP	*Komunistyczna Partia Polska* Kommunistische Partei Polens
KRN	*Krajowa Rada Narodowa* Landesnationalrat
KSČ	*Komunistická strana Československa* Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KSS	*Komunistická strana Slovenska* Kommunistische Partei der Slowakei
NKVD	*Narodnyj kommissariat vnutrennych del* Volkskommissariat für Innere Angelegenheiten
NR	*Rada Narodowa* Nationalrat
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
ON	*Obrana národa* Nationalverteidigung
PKWN	*Polski komitet wyzwolenia narodowego* Polnisches Komitee der Nationalen Befreiung
PPR	*Polska Partia Robotnicza* Polnische Arbeiterpartei
PPS	*Polska Partia Socialistyczna* Polnische Sozialistische Partei

PÚ	*Politické ústředí* Politische Zentrum
PZPR	*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza* Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
SA	Sturmabteilung
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SN	*Stronnictwo Narodowe* Nationalpartei
SNB	*Sbor národní bezpečnosti* Nationales Sicherheitskorps
SNR	*Slovenská národna rada* Slowakischer Nationalrat
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
UNRRA	United Nations Relief an Rehabilitation Administration
ÚVOD	*Ústřední výbor odboje domácího* Zentralausschuß des heimatlichen Widerstandes
WRN	*Wolność – Rowność – Niepodległość* Freiheit – Gleichheit – Unabhängigkeit
ZK	Zentralkomitee

HERKUNFTSNACHWEIS DER KARTEN

1. *Křen,* Jan: Odsun Němců ve světle nových pramenů [Die Abschiebung der Deutschen im Lichte neuer Quellen]. Dialog 1967, Nr. 4, 1-5 und Nr. 5, 7-10, hier 5.
2. *Perman,* Dagmar: The Shaping of the Czechoslovak State. Diplomatic History of the Boundaries of Czechoslovakia, 1914–1920. Leiden 1962 (Studien zur Geschichte Osteuropas 7), Anlage.
3. Češi a sudetoněmecká otázka [Die Tschechen und die sudetendeutsche Frage] 1939–1945. Zusammengest. von Jitka *Vondrová.* Hrsg. vom Ústav mezinárodních vztahů [Institut für internationale Beziehungen]. Praha 1994, Anlage.
4. Anlage zu: Lockhart an Eden, 22. Mai 1941. Smutný Papers, Archives of the Columbia University.
5. *Pautsch,* Ilse Dorothee: Die territoriale Deutschlandplanung des amerikanischen Außenministeriums 1941–1943. Frankfurt/M. 1990 (Mainzer Studien zur Amerikanistik 24), 167.
6. *Ebenda* 175.
7. Anlage zu: Foreign Office Research Department (Mabbott): „Germany's Eastern Frontiers" vom 20. November 1944. Public Record Office, FO 371/39139, C9093/2750/18.
8. Anlage zu: Nichols an Eden, 13. Februar 1945. Public Record Office, FO 371/47085, N1402/207/12.
9. Czechoslovak-Polish Negotiations on the Establishment of Confederation and Alliance 1939–1944. Czechoslovak Diplomatic Documents. Hrsg. von Ivan *Šťovíček* und Jaroslav *Valenta.* Praha 1995, 385; auch in: Československo-sovětské vztahy v diplomatických jednáních 1939–1945. Dokumenty. Díl 2: červenec 1943 – březen 1945 [Die tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen in den diplomatischen Verhandlungen 1939–1945. Dokumente. Teil 2: Juli 1943 – März 1945]. Praha 1999, 538.
10. Foreign Relations of the United States. The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945. Bd. 2, hinter S. 1152.